

Der Schwarzmarkt prägte die Nachkriegszeit des Zweiten Weltkriegs und war dabei ein Symbol für jene Phase der Orientierungslosigkeit, der Entbehrungen und des Umbruchs, aber auch des Neubeginns. Die Untersuchung dieses Themengebietes aus einer primär juristischen Perspektive eröffnet dabei einen besonderen Blick auf diesen Abschnitt der Geschichte. Durch eine Konzentration der Forschung auf die Rechtsprechung wird der schwarze Markt aus der Perspektive der Richter betrachtet, die aber zugleich kritisch hinterfragt wird, um die Rolle der Justiz in jener Zeit zu erforschen. Während der NS-Herrschaft und durch den darauffolgenden Zusammenbruch der staatlichen Ordnung waren Werte und Moralvorstellungen stark beschädigt worden. So mussten diese in einer von Mangel an überlebensnotwendigen Gütern geprägten Zeit neu definiert werden, wobei sich die Frage stellte, welche Bedeutung der Rechtsprechung dabei zukam. Die gewählte Methodik zielt außerdem darauf ab, den Schwarzmarkt der Stadt Nürnberg sowie des Umlandes zu analysieren, wodurch ein Blick insbesondere auf die Situation in der Nachkriegszeit in dieser Region ermöglicht wird.

ISBN: 978-3-96374-034-3



9 783963 740343

Rechtskultur Wissenschaft

Franziska Meixner: Schwarzmarkt der Nachkriegszeit in Nürnberg aus einer juristischen Perspektive

Rechtskultur Wissenschaft

21

Franziska Meixner

Schwarzmarkt der Nachkriegszeit in Nürnberg aus einer juristischen Perspektive



Rechtskultur Wissenschaft

Rechtskultur Wissenschaft

Band 21

Herausgegeben von
Martin Löhnig (Regensburg) und Ignacio Czeguhn (Berlin)

Franziska Meixner

Schwarzmarkt der Nachkriegszeit in Nürnberg aus einer juristischen Perspektive

Rechtskultur Wissenschaft

©2018 Edition Rechtskultur

Edition Rechtskultur im Förderverein Europäische Rechtskultur e.V., Regensburg

www.edition-rechtskultur.de

Satz und Gestaltung: Simon Naczinsky und Thomas Hornberger, Regensburg

ISBN: 978-3-96374-034-3

VORWORT UND DANKSAGUNG

Die vorliegende Untersuchung setzt sich mit der Rechtsprechung der Nürnberger Gerichte zum Schwarzmarkt in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg auseinander. In einer Zeit existentieller Probleme und größter Umwälzungen in gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht, war es an den Gerichten, eine Rechtsprechung zu entwickeln, die mit kaum lösbaren moralischen Konflikten umzugehen, gleichzeitig aber eine essentielle Funktion einzunehmen hatte: Eine glaubwürdige und verlässliche Rechtsprechung war in einer Phase, in der sich Auflösungserscheinungen auf sämtlichen Ebenen zeigten, beinahe der einzige Anker für die Bevölkerung, die Orientierung nicht nur in rechtlicher, sondern auch in ethisch-moralischer Hinsicht bieten konnte.

Die Leistung, welche die Richter damals trotz widrigster Umstände vollbrachten, kann – trotz stellenweise berechtigter Kritik, die keineswegs ignoriert werden sollte – nicht hoch genug gewürdigt werden. Sie stellte nämlich zugleich eine Weichenstellung für die darauffolgende Entwicklung der Justiz als tragende Säule des Rechtsstaates in der Bundesrepublik Deutschland dar. Bis heute wird nicht nur die juristische, sondern auch die gesellschaftliche Diskussion und der Lebensalltag der Bürger von Gerichtsentscheidungen geprägt. Diese zentrale Aufgabe und Rolle der Recht sprechenden Gewalt sollte niemals unterschätzt werden und auch im Bewusstsein der politischen Entscheidungsträger präsent sein. Nur eine Justiz, der Unterstützung und Wertschätzung entgegengebracht wird, wird in der Lage dazu sein, weiter in dieser Tradition Recht zu sprechen.

Die vorliegende Arbeit wurde von der Fakultät für Rechtswissenschaft an der Universität Regensburg als Dissertation angenommen. Literatur und Rechtsprechung konnten bis Januar 2018 Berücksichtigung finden.

Mein großer Dank gilt an dieser Stelle meinem Doktorvater Prof. Dr. Martin Löhnig, der die Anregung zu diesem Thema gab, der sich immer Zeit nahm und mir unterstützend mit zahlreichen Anregungen, Ideen und Hinweisen zur Seite stand und die Entwicklung der Arbeit so entscheidend prägte.

Ich bedanke mich auch bei Prof. Dr. Hans-Jürgen Becker für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Besonderer Dank gebührt meiner Familie. Meine Eltern Mariele Becher und Prof. Dr. Gerhard Meixner haben meine gesamte Ausbildung in jeder erdenklichen Hinsicht gefördert und mir so meinen bisherigen Lebensweg ermöglicht. Nur durch ihre besondere Unterstützung konnte die Promotion schlussendlich zügig beendet werden. Herzlich danke ich schließlich auch meinem Freund Victor Sotelo, nicht nur für seine wertvolle Unterstützung

in allen Lebenslagen, sondern auch für das Korrekturlesen der Arbeit und die zahlreichen Diskussionen und konstruktiven Anmerkungen.

Frankfurt am Main, im April 2018

Dr. Franziska Meixner, LL.M.

INHALTSÜBERSICHT

<u>EINLEITENDE ERLÄUTERUNGEN</u>	<u>1</u>
1. Hinführung	1
2. Bisheriger Forschungsstand	4
3. Zentrale Fragestellungen	8
4. Erklärung zentraler Begrifflichkeiten	12
5. Methodik	14
6. Inhaltliche Gliederung der Arbeit	17
<u>KAPITEL 1: RECHTSGRUNDLAGEN</u>	<u>25</u>
1. Gesetzssystem	25
2. Abgrenzung der Anwendungsbereiche der Gesetze	34
3. Auslegung zentraler Begrifflichkeiten	43
4. Analyse	83
<u>KAPITEL 2: TÄTER, DELIKTE, SCHWARZMÄRKTE</u>	<u>89</u>
1. Persönliche Daten und Lebensverhältnisse der Angeklagten	89
2. Beziehungen der Täter untereinander	94
3. Gehandelte Waren und Schwarzmärkte	97
4. Art der verwirklichten Delikte	108
5. Schwarzschlachtungen	109
6. Analyse	117
<u>KAPITEL 3: STRAFMASS</u>	<u>125</u>
1. Höhe der Strafe	125
2. Begründung des Strafmaßes	138
3. Unterschiedliche Behandlung	155
4. Fazit	160
<u>KAPITEL 4: ARBEITSWEISE DER GERICHTE</u>	<u>173</u>
1. Rechtsstaatliche Aspekte	173
2. Aktenführung	184
3. Argumentationsweise	187
4. Fazit	210
<u>FAZIT: DIE RECHTSPRECHUNG ALS ILLUSTRATION DER GESELLSCHAFTLICHEN WIRKLICHKEIT – ANALYSE UND ABSCHLIESSENDE BEURTEILUNG</u>	<u>219</u>
1. Äußerungen der Richter als Spiegel der öffentlichen Meinung	219
2. Auswirkungen auf die Gesellschaft	227

3. Auseinandersetzung mit moralischen Konflikten	230
4. Moralische Legitimation der Gerichte	235
5. Rechtsprechung als Spiegel der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen	240
6. Schlussgedanken	246

LITERATURVERZEICHNIS

249

INHALT

EINLEITENDE ERLÄUTERUNGEN	1
1. Hinführung	1
a. Themengebiet der Arbeit	1
b. Hintergrundinformationen in historischer, wirtschaftlicher und regionaler Hinsicht	2
2. Bisheriger Forschungsstand	4
a. Auseinandersetzung mit der bislang erschienenen Literatur	4
b. Ergänzung des bisherigen Forschungsstandes	7
3. Zentrale Fragestellungen	8
a. Äußerungen der Richter als Spiegel der öffentlichen Meinung	8
b. Auswirkungen auf die Gesellschaft	9
c. Auseinandersetzung mit moralischen Konflikten	10
d. Moralische Legitimation der Gerichte	11
e. Rechtsprechung als Spiegel der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung	11
4. Erklärung zentraler Begrifflichkeiten	12
a. Schwarzmarktdelikte	12
b. Schwarzmarktkriminalität	12
c. Weitere Begriffe	13
5. Methodik	14
a. Zugrundeliegende Quellen	14
b. Vorgehensweise	15
c. Schwierigkeiten im Rahmen der Vorgehensweise	15
6. Inhaltliche Gliederung der Arbeit	17
a. Rechtsgrundlagen	17
b. Täter, Delikte, Schwarzmärkte	18
c. Strafmaß	20
d. Arbeitsweise der Gerichte	21
KAPITEL 1: RECHTSGRUNDLAGEN	25
1. Gesetzssystem	25
a. Gesetze aus der Zeit vor 1945	25
aa. Kriegswirtschaftsverordnung	25
bb. Verbrauchsregelungsstrafverordnung	27
cc. Preisstrafrechtsverordnung	28
dd. Normen aus dem StGB	29
ee. Thematische Spezialgesetze	29
b. Gesetze nach Kriegsende	30
aa. Kontrollratsgesetz Nr. 50	30
bb. Gesetz Nr. 3 der bayerischen Landesregierung	31

cc. Weitere Gesetze	32
dd. Straffreiheitsgesetz vom 24. Januar 1948	32
ee. Wirtschaftsstrafgesetz	33
c. Zusammenfassung	33
2. Abgrenzung der Anwendungsbereiche der Gesetze	34
a. Umgang mit Normen aus der Zeit von 1933-1945	34
b. Anwendung der Normen aus der Zeit von 1933-1945 in der Nachkriegszeit	35
c. Konkurrenz zwischen der KWVO und dem KRG Nr. 50	37
d. Abgrenzung zwischen der KWVO und der VRStVO	40
e. Anwendungsbereich des Wirtschaftsstrafgesetzes im Verhältnis zur bisherigen Rechtslage	42
f. Fazit	43
3. Auslegung zentraler Begrifflichkeiten	43
a. Kriegswirtschaftsverordnung	44
aa. Begriffe des § 1 Abs. 1 und 2 KWVO	44
[1]. Rohstoffe oder Erzeugnisse, die zum lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung gehören	44
[2]. Bescheinigungen über eine Bezugsberechtigung oder Vordrucke hierfür	46
[3]. Beiseiteschaffen	47
[4]. Zurückhalten und Vernichten	48
[5]. Gefährdung des Bedarfes	49
[6]. Böswilligkeit	52
[7]. Schwerer Fall im Sinne des § 1 Abs. 1 S. 1 KWVO	58
bb. Bereicherungsabsicht (§ 1 Abs. 3 KWVO)	59
cc. Versuchsbeginn	60
dd. Verbotenes Tauschgeschäft im Sinne des § 1a Ziff. 2 KWVO	61
b. Verbrauchsregelungsstrafverordnung	62
aa. Ausübung eines Gewerbes nach § 1 Abs. 1 VRStVO	62
bb. Bezugsbeschränkte Erzeugnisse (§ 2 Abs. 1 Ziff. 1 VRStVO)	63
cc. Tathandlungen des § 2 Abs. 1 Ziff. 1 VRStVO	64
dd. Schwerer Fall im Sinne des § 2 Abs. 4 VRStVO	64
c. Preisstrafrechtsverordnung	66
d. Kontrollratsgesetz Nr. 50	68
aa. Anwendungsbereich	68
bb. Geschützte Gegenstände	69
cc. Tathandlungen	70
e. Begriffe aus dem StGB im Hinblick auf Schwarzmarktdelikte	73
aa. Begünstigung (§ 257 StGB)	73
bb. Hehlerei (§ 259 StGB)	74
cc. Urkundenfälschung (§ 267 StGB)	74
dd. Mittelbare Falschbeurkundung (§ 272 StGB)	75

ee. Kurze Würdigung	76	
f. Gesetz Nr. 3 der bayerischen Landesregierung	77	
g. Straffreiheitsgesetz	78	
aa. Zeitlicher Anwendungsbereich	78	
bb. Voraussetzungen für die Gewährung von Amnestie	79	
cc. Ausschlussgründe	80	
dd. Kurze Würdigung	81	
h. Fazit	81	
4. Analyse	83	
a. Äußerungen der Richter als Spiegel der öffentlichen Meinung	83	
b. Auswirkungen auf die Gesellschaft	84	
c. Auseinandersetzung mit moralischen Konflikten	84	
d. Moralische Legitimation der Gerichte	86	
e. Rechtsprechung als Spiegel der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen	87	
KAPITEL 2: TÄTER, DELIKTE, SCHWARZMÄRKTE		89
1. Persönliche Daten und Lebensverhältnisse der Angeklagten	89	
a. Alter und Geschlecht	90	
b. Familiäre Situation	91	
c. Berufliche Tätigkeiten und finanzielle Lage	92	
d. Fazit	93	
2. Beziehungen der Täter untereinander	94	
3. Gehandelte Waren und Schwarzmärkte	97	
a. Waren des Schwarzmarktes	97	
b. Ursprung	99	
c. Verwendung	101	
d. Menge der Waren, Preisgestaltung und Gewinnspanne	102	
e. Zusammenfassung	108	
4. Art der verwirklichten Delikte	108	
a. Allgemeines	108	
5. Schwarzschlachtungen	109	
a. Markenfälschungen	112	
6. Analyse	117	
a. Auswirkungen auf die Gesellschaft	117	
b. Auseinandersetzung mit moralischen Konflikten	120	
c. Gerichte als Spiegel der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen	122	
KAPITEL 3: STRAFMASS		125
1. Höhe der Strafe	125	
a. Statistische Auswertung des Strafmaßes	126	
b. Höhe in Bezug auf den verwirklichten Straftatbestand	128	
c. Strafe im Hinblick auf die Verwirklichung weiterer Strafgesetze	132	

d. Entwicklung im Laufe der Zeit	134
e. Zusammenfassung	136
2. Begründung des Strafmaßes	138
a. Straferschwerende Faktoren	138
aa. Allgemein anerkannte Gründe der Strafzumessung	138
bb. Einfluss der Ernährungssituation	144
b. Strafmildernde Faktoren	147
c. Zusammenfassung	155
3. Unterschiedliche Behandlung	155
a. Unterschiede zwischen den Geschlechtern	156
b. Umgang mit ehemaligen KZ-Insassen	157
c. Umgang mit Kriegsfolgen unterschiedlicher Art	158
4. Fazit	160
a. Äußerungen der Richter als Spiegel der öffentlichen Meinung	160
b. Auswirkungen auf die Gesellschaft	162
c. Auseinandersetzung mit moralischen Konflikten	164
d. Moralische Legitimation der Gerichte	168
e. Rechtsprechung als Spiegel der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen	170
KAPITEL 4: ARBEITSWEISE DER GERICHTE	173
1. Rechtsstaatliche Aspekte	173
a. Untersuchungshaft	173
b. Anzahl der erlassenen Urteile	176
c. Rechtsmittel	177
aa. Art und Häufigkeit	177
bb. Erfolg	179
cc. Arbeitsweise des Revisionsgerichts	180
2. Aktenführung	184
a. Sauberkeit	184
b. Tonfall	185
c. Umfang	186
3. Argumentationsweise	187
a. Darstellung der Argumentationsweise anhand von ausgewählten Beispielen	188
aa. Urteil vom 14. August 1946	188
bb. Urteil vom 13. Februar 1947	190
cc. Urteil vom 20. Oktober 1947	193
dd. Urteil vom 02. August 1948	197
ee. Urteil vom 10. Februar 1949	203
b. Rezeption der besprochenen Urteile	208
4. Fazit	210
a. Äußerungen der Richter als Spiegel der öffentlichen Meinung	210

b. Auseinandersetzung mit moralischen Konflikten	212
c. Moralische Legitimation der Gerichte	213
d. Rechtsprechung als Spiegel der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung	217
<u>FAZIT: DIE RECHTSPRECHUNG ALS ILLUSTRATION DER GESELLSCHAFTLICHEN WIRKLICHKEIT – ANALYSE UND ABSCHLIESSENDE BEURTEILUNG</u>	219
1. Äußerungen der Richter als Spiegel der öffentlichen Meinung	219
2. Auswirkungen auf die Gesellschaft	227
3. Auseinandersetzung mit moralischen Konflikten	230
4. Moralische Legitimation der Gerichte	235
5. Rechtsprechung als Spiegel der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen	240
6. Schlussgedanken	246
<u>LITERATURVERZEICHNIS</u>	249

EINLEITENDE ERLÄUTERUNGEN

1. Hinführung

a. Themengebiet der Arbeit

Die Rechtsprechung der Nürnberger Gerichte zum Schwarzmarkt in der Nachkriegszeit des zweiten Weltkriegs ist Gegenstand und Ausgangspunkt der vorliegenden Untersuchung. Anhand der Auswertung dieser Urteile und Beschlüsse soll die Arbeit der Richter sowohl im Hinblick auf die ihr zugrundeliegenden juristischen Fragestellungen als auch unter Berücksichtigung der sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Implikationen betrachtet werden. Von Interesse ist dabei nicht nur, wie in den Urteilen mit den historisch begründeten Schwierigkeiten unterschiedlicher Art umgegangen wurde und wie sich diese niederschlugen, beispielsweise in der Wahrung von rechtsstaatlichen Grundsätzen, Verfahrensgrundsätzen, aber auch im Umgang mit den Angeklagten. Vielmehr sollen sie auch dazu genutzt werden, ein Bild der in Nürnberg herrschenden Umstände jener Zeit zu zeichnen. Auf Grundlage der Rechtsprechung können Rückschlüsse auf die unterschiedlichsten Gegebenheiten gezogen werden, wie beispielsweise die soziale Struktur der Tätergruppen, die persönlichen Beziehungen der Angeklagten zueinander oder die hinter den Taten stehenden Beweggründe. Auch sind die typischerweise verwirklichten Handlungen ebenso von Interesse wie die Art und Herkunft der gehandelten Waren. Auf einer weiteren Ebene soll außerdem der Umgang der Gerichte mit den moralischen Konflikten und ethischen Wertungen des Schwarzmarktes, mit denen sie bei der Urteilsfindung zwangsläufig in Berührung kamen, analysiert werden. Die Erörterung dieser Problemfelder fand zum einen in der Interpretation einiger Tatbestandsmerkmale, in erster Linie aber im Ausspruch und der Begründung des Strafmaßes statt.

Die Analyse der Rechtsprechung eines einzelnen Gerichtsbezirkes erscheint dafür besonders geeignet. Zum einen muss berücksichtigt werden, dass angesichts der zum Teil unterschiedlichen Gesetzgebung in den jeweiligen Besatzungszonen und später sogar den einzelnen Bundesländern ohnehin nur eine vergleichbare Rechtsprechung in Landgerichtsbezirken der gleichen Bundesländer und Besatzungszonen stattfinden konnte. Zum anderen bietet die Beschränkung auf einen einzelnen Bezirk den Vorteil, dass es sich um eine überschaubare Zahl von Fällen handelt, die umso gründlicher analysiert werden können. Außerdem können so spezifische Besonderheiten wie beispielsweise die geografische Lage Nürnbergs und seines Umlandes sowie die Bevölkerungsstruktur in die Analyse mit aufgenommen werden, ohne dass das Untersuchungsergebnis durch unterschiedliche Entwicklungen in verschiedenen Bezirken verzerrt würde. Aufgrund der klaren Hierarchie von drei Strafkammern am Landgericht, die sich mit den Schwarzmarkt-Delikten befassten, sowie dem OLG als Revisionsinstanz können Entwicklungen in der Rechtsprechung besonders gut nachvollzogen werden. Indem die Analyse auf die Ergebnisse dieser Urteile und Beschlüsse beschränkt ist, ergibt sich ein stimmiges Bild, da juristische Diskussionen und die Etablierung von herrschenden Auffassungen umso

besser verfolgt werden können und die Untersuchung nicht durch die Interpretationen anderer Gerichte, die unter Umständen von ganz anderen tatsächlichen Gegebenheiten geprägt und so anderer Auffassung waren, ergänzt und beeinflusst wird.

Ziel der auf diese Weise vorgenommenen Untersuchungen ist es, die Rechtsprechung als Spiegel ihrer Zeit zu betrachten und sich so den damals bestehenden Wertungen und dem vorherrschenden Gedankengut zu nähern. Indem die Urteile nicht nur auf rechtlicher Ebene betrachtet werden, sondern dazu genutzt werden, Informationen unterschiedlichster Art zu sammeln, soll ein Zusammenhang zwischen verschiedenen Forschungsgebieten hergestellt werden. Da die Rechtsprechung aus einer Zeit des Umbruchs stammt, in der traditionelle Vorstellungen, Werte und Institutionen ins Wanken gerieten und viele Handlungen in moralischer und rechtlicher Hinsicht neu bewertet werden mussten, spiegeln die Urteile wie in kaum einer anderen Zeit die bereits geschehenen und sich weiterhin andeutenden Veränderungen wider. Der tiefgreifende Wandel auf gesellschaftlicher und ökonomischer, aber auch auf gesetzgebender und –auslegender Ebene ermöglicht es, historische und juristische Fragestellungen miteinander zu verknüpfen und darüber hinaus um Aspekte wirtschaftlicher und soziologischer Art zu erweitern.

b. Hintergrundinformationen in historischer, wirtschaftlicher und regionaler Hinsicht

Zum Verständnis dieser Arbeit dürften juristischen Kenntnisse hilfreich und von Vorteil, wenn auch nicht zwingend erforderlich sein. Darüber hinaus empfiehlt sich ein Grundverständnis der historischen Entwicklungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Zum besseren Verständnis sollen die wesentlichen Entwicklungen der für den Schwarzmarkt und seine Folgen relevanten Ereignisse in aller gebotenen Kürze beschrieben werden.

Bereits während des Zweiten Weltkrieges kam es aufgrund der zu diesem Anlass eingeführten Bewirtschaftungsregelungen und der sich zunehmend verschlechternden Ernährungslage zu verstärkten Aktivitäten auf dem Schwarzmarkt.¹ Aufgrund der großflächigen Zerstörung Deutschlands, des Verlusts bedeutender landwirtschaftlicher Flächen in den ehemaligen Ostgebieten verbunden mit dem Mangel an allen lebensnotwendigen Gütern, einem fast vollständigen Zusammenbruch des Transportsystems und eines gewaltigen Bevölkerungsanstiegs durch Flüchtlinge und Vertriebene, verschlechterte sich diese Situation nach Kriegsende noch bedeutend.² Aus diesem Grunde blieben auch die Bewirtschaftungsbestimmungen – einschließlich der dazugehörigen Strafbestimmungen wie der Kriegswirtschaftsverordnung – weiterhin in Kraft und wurden sogar noch durch weitere Bestimmungen ergänzt und modifiziert.³ Dies kurbelte auch den Schwarzmarkt weiter an. Bereits im Herbst 1945 wurde davon ausgegangen, dass etwa fast ein Drittel der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ihren Weg auf den Schwarzmarkt fanden.⁴

¹ Vgl. Mörchen, S. 51; Zierenberg, S. 85 ff.

² Vgl. Mörchen, S. 130 ff.

³ Mörchen, S. 131.

⁴ Trittel, S. 32.

Eine weitere Verschlechterung der Ernährungslage war ab Anfang des Jahres 1946 zu beobachten, wodurch auch der Schwarzmarkt nochmals neuen Zulauf zu verzeichnen hatte.⁵ Ein Tiefpunkt der Versorgung mit Lebensmitteln war zu Beginn des Jahres 1947 mit dem sogenannten Hungerwinter erreicht.⁶ Die Situation entspannte sich aufgrund des heißen und trockenen Sommers 1947, der zu erheblichen Missernten führte, auch im Anschluss nicht.⁷ Es dauerte trotz umfangreicher Lebensmittelimporte der Alliierten bis zum Frühling 1948, ehe die größte Krise überwunden werden konnte.⁸

Wegweisend zur Verbesserung der Lebenssituation und damit auch zur Eindämmung des schwarzen Marktes erwies sich die Währungsreform 1948: Die durch die Preispolitik der Nationalsozialisten vollständig entwertete Reichsmark (RM) stellte bereits seit längerem kein verlässliches und allgemein akzeptiertes Zahlungsmittel mehr dar.⁹ Dank der neuen, stabilen Währung der Deutschen Mark (DM) waren Geschäftsinhaber nun wieder dazu bereit, ihre zurückgehaltenen Waren auf dem Markt anzubieten.¹⁰ Ab dem Sommer 1948 ging infolge der wirtschaftlichen Entspannung der Schwarzmarkt spürbar zurück.¹¹ Ganz allmählich wurden in der darauffolgenden Zeit auch die ersten Bewirtschaftungsregeln gelockert.¹² Als im Jahre 1949 die Lebensmittelversorgung schließlich wieder stabilisiert war¹³ endete kurz vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland die Zwangsbewirtschaftung – auch in Nürnberg¹⁴ – endgültig.¹⁵ Dem Schwarzmarkt war nun jeglicher Boden entzogen.

Neben diesen allgemeinen historischen Entwicklungen sollen außerdem gewisse Besonderheiten der Stadt Nürnberg und ihres Umlandes kurz dargestellt werden, um die bereits geschilderten Geschehnisse spezifisch auf ihre Auswirkungen in dieser Region zu übertragen. Nürnberg gehörte ebenso wie fast das gesamte heutige Bayern, das in seinen alten Grenzen weiter bestand,¹⁶ seit 1945 zur amerikanischen Besatzungszone. Die Grenzen der anderen Zonen lagen relativ weit entfernt, einzig die Sowjetische Besatzungszone war nur etwas mehr als hundert Kilometer weit entfernt.

1946 lebten in Nürnberg 312.338 Menschen und damit über 100.000 Personen weniger als noch vor dem Krieg.¹⁷ Bis 1950 stieg diese Zahl immerhin wieder auf 362.459 Ein-

⁵ Brenner, S. 107.

⁶ Brenner, S. 109; Zierenberg, S. 260 f.

⁷ Häusser/Maugg, S. 189 f.

⁸ Mörchen, S. 133.

⁹ Sprenger, Historisch-Politische Mitteilungen 1998, Vol. 5 (1), S. 201 (201 ff.).

¹⁰ Sprenger, Historisch-Politische Mitteilungen 1998, Vol. 5 (1), S. 201 (211).

¹¹ Mörchen, S. 449; Zierenberg, S. 289.

¹² Zierenberg, S. 289.

¹³ Mörchen, S. 133.

¹⁴ Mittenhuber/Schmidt/Windsheimer, S. 216.

¹⁵ Hoffmann, S. 99 f.

¹⁶ Schultheiss, S. 151.

¹⁷ Statistisches Handbuch der Stadt Nürnberg 1965, S. 12.

wohner an.¹⁸ Damit war Nürnberg eine Großstadt von nicht unbedeutender Größe, in der auch innerhalb der Stadtgrenzen Schwarzhandel an zentralen Plätzen, beispielsweise durch den typischen Tausch von Waren stattfand.¹⁹ Gleichzeitig war die Stadt aber noch klein genug, um einen ausreichenden Bezug zum Umland zu haben. Dementsprechend versuchte die Stadtbevölkerung auch während der angespannten Ernährungssituation, sich durch Hamsterfahrten ins landwirtschaftlich geprägte Umland zu versorgen.²⁰ Die Landbevölkerung galt nämlich als deutlich besser gestellt als die Menschen in der Stadt.²¹

Nürnberg in seiner Eigenschaft als eines der Zentren des Nationalsozialismus, als wichtiger Industriestandort und Verkehrsknotenpunkt war durch den Bombenhagel besonders schwer getroffen worden und zählte zu einer der am meisten zerstörten Städte Deutschlands.²² 1945 waren ca. 90% der Wohngebäude zerstört oder beschädigt, mehr als ein Drittel des Straßensystems zerstört und fast alle wichtigen Leitungen unterbrochen.²³ Auch ein Großteil der Industriebetriebe war durch die Bomben demoliert worden oder wurde nach dem Krieg demontiert.²⁴ Nürnberg war nach Kriegsende eine zerstörte Stadt mit all den damit einhergehenden verheerenden Folgen für die Bevölkerung.

Hingegen hatte Nürnberg eben aufgrund seiner weitgehenden Zerstörung weniger als andere Städte oder Gegenden mit dem Flüchtlingszustrom der Nachkriegsjahre zu kämpfen.²⁵ Im Jahre 1947 hielten sich nur ca. 16.000 Vertriebene in der Stadt auf und selbst 1949 betrug ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung nur unterdurchschnittliche 7,2%.²⁶ Außerdem galt Bayern aufgrund seiner überwiegend ländlichen Struktur trotz aller Probleme als besser versorgt mit Lebensmitteln als viele andere Regionen Deutschlands wie beispielsweise das Ruhrgebiet.²⁷

Ähnlich wie in den anderen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland trat auch in Nürnberg mit der Währungsreform und dem endgültigen Ende der Zwangsbewirtschaftung eine deutliche Besserung der Situation ein und die Wirtschaft erholte sich zügig.²⁸

2. Bisheriger Forschungsstand

a. Auseinandersetzung mit der bislang erschienenen Literatur

Im Rahmen der bisherigen Forschung zu dem untersuchten Themengebiet sind unterschiedliche Herangehensweisen der Autoren zu erkennen. An erster Stelle zu nennen

¹⁸ Statistisches Handbuch der Stadt Nürnberg 1965, S. 12.

¹⁹ Höverkamp, in: Von der Trümmerstadt zur Frankenmetropole, S. 104; in dieser Richtung auch Schultheiss, S. 151.

²⁰ Mittenhuber/Schmidt/Windsheimer, S. 14.

²¹ Trittel, S. 285.

²² Höverkamp, in: Von der Trümmerstadt zur Frankenmetropole, S. 87 f.; Schieber, S. 171.

²³ Mittenhuber/Schmidt/Windsheimer, S. 12.

²⁴ Schultheiss, S. 160.

²⁵ Zahlaus, in Dageblieben!, S. 59.

²⁶ Zahlaus, in Dageblieben!, S. 61.

²⁷ Trittel, S. 97 f.

²⁸ Schultheiss, S. 153.

sind dabei die Werke „Schwarzer Markt – Kriminalität, Ordnung und Moral in Bremen 1939-1949“ von Stefan Mörchen und „Stadt der Schieber: Der Berliner Schwarzmarkt 1939-1950“ von Malte Zierenberg aus jüngerer Zeit, die sich auf einer breiten Basis mit dem Schwarzmarkt der Nachkriegszeit befassen. Der Schwarzmarkt wird dabei als Phänomen der damaligen Zeit charakterisiert und als solches aus einer historisch-soziologischen Perspektive heraus untersucht. Beide Autoren analysieren den schwarzen Markt sowohl während des Zweiten Weltkrieges als auch in der Nachkriegszeit in jeweils einer bestimmten Stadt. Zentrum der Untersuchung sind dabei auch die regionalen Besonderheiten und Orte des Schwarzmarktes, in erster Linie jedoch betrachten die Autoren den schwarzen Markt als soziales Phänomen, das die Gesellschaft und ihre moralischen Vorstellungen im Wandel widerspiegelt. Neben grundsätzlichen Reflektionen zum Wesen des Marktes werden auch seine tatsächlichen Umstände erläutert. Dabei findet auch das Normensystem, durch das der Schwarzmarkt bekämpft werden sollte, Erwähnung.²⁹ Die relevanten strafrechtlichen Normen werden aufgelistet, dienen jedoch eher als grobe Orientierung und werden dementsprechend kaum anhand ihrer Bedeutung oder Intention eingeordnet. Die Schwarzmarktrechtsprechung durch die jeweils regional bedeutenden Gerichte wird ebenfalls, wenngleich auf unterschiedliche Art und Weise, thematisiert. Mörchen beschäftigt sich mit den Urteilen, indem er diese statistisch auswertet und die daraus gewonnenen Ergebnisse in den Kontext allgemeiner gesellschaftlicher und moralischer Fragen setzt.³⁰ Auch die äußeren Umstände, welche die Rechtsprechung prägten, finden Erwähnung.³¹ Zierenberg hingegen zeigt in seiner Arbeit die wirtschaftlichen und tatsächlichen Hintergründe des Schwarzmarktes auf und benutzt dazu auch die Rechtsprechung des Kammergerichts Berlin, um die Daten der dort Verurteilten und die gehandelten Waren auszuwerten.³² Außerdem greift er einzelne Urteile heraus und setzt die dort geschilderten Einzelfälle in den Zusammenhang mit seiner weiteren Forschung.³³ Beiden Autoren ist jedoch gemein, dass sie den Schwarzmarkt aus einer kulturwissenschaftlichen und historischen Perspektive heraus erforschen und die Arbeit der Gerichte dort notwendigerweise nur einen Nebenaspekt darstellt.

In juristischer Hinsicht sind ansonsten vor allem die zeitgenössischen Artikel in den damaligen Fachzeitschriften relevant.³⁴ Zu nennen sind dabei insbesondere Schriften aus der Juristischen Rundschau, die sich teils sehr detailliert mit dem Anwendungsbe-
reich und der Auslegung der strafrechtlichen Vorschriften zur Bewirtschaftung und dem Schwarzmarkt auseinandersetzten. Ergänzend sind ebenfalls einige Aufsätze der neueren deutschen Forschung zu Kriegswirtschaftsverbrechen während des Zweiten Weltkrieges

²⁹ Mörchen, S. 169 ff.; Zierenberg, S. 81 f.

³⁰ Mörchen, S. 202 ff.

³¹ Mörchen, S. 202 ff.

³² Zierenberg, passim.

³³ Zierenberg, S. 229 ff., 264 f.

³⁴ So stellvertretend: Conrad, Juristische Rundschau 1947, Vol. 3, S. 65; v. Goetze, Juristische Rundschau 1948, Vol. 10, S. 263; Kern, Juristische Rundschau 1949, Vol. 0 (12), S. 367; Nüse, Juristische Rundschau 1949, Vol. 13, S. 401; Schmidt, Deutsche Rechts-Zeitschrift 1948, S. 412

zu nennen, aus denen zwar allgemeine Aussagen zu den Strafrechtsnormen entnommen werden konnten, die sich aber nicht mit der Nachkriegszeit selbst beschäftigen.³⁵

Im Allgemeinen fällt auf, dass die Zahl der Darstellungen, die den Schwarzmarkt der Nachkriegszeit ins Zentrum ihrer Untersuchung stellen, überschaubar ist. Dafür waren die Ursachen des Schwarzmarktes, wie beispielsweise die Ernährungskrise oder die Bewirtschaftung als prägende Elemente der unmittelbaren Nachkriegszeit umso häufiger Gegenstand der Forschung.³⁶ In diesem Kontext wurde der Schwarzmarkt zwar erwähnt, aber nur teilweise anhand dieser Grundlage selbst vertieft untersucht.³⁷ Beispielsweise erläutert Trittel³⁸ den Schwarzmarkt auf einer politischen, aber auch moralischen Grundlage, indem er seine Einordnung und Folgen innerhalb der Gesellschaft analysiert.

Außerdem widmen sich viele Bücher dem Schwarzmarkt und der Ernährungslage in der Nachkriegszeit aus einer deskriptiven Perspektive, die persönliche Erfahrungen oder Einzelschicksale in das Zentrum rückt.³⁹ Ausgehend von dieser Basis, die das Ausmaß der Ernährungskrise für einzelne Menschen und deren individuellen Tätigkeiten auf dem Schwarzmarkt zeigen soll, werden die Ereignisse der Nachkriegszeit dargestellt. Die persönlichen Elemente der Darstellung überwiegen dabei bei weitem die allgemeinen Forschungsansätze.

Erwähnenswert ist außerdem, dass es keine Abhandlung gibt, die sich mit dem Schwarzmarkt in der Nürnberger Gegend beschäftigt. Historische Werke zur Stadtgeschichte befassen sich zwar mit der Nachkriegsgeschichte, dabei aber in erster Linie mit der Zerstörung Nürnbergs und ihren Folgen.⁴⁰ Der Schwarzmarkt findet allenfalls am Rande als eines unter mehreren Phänomenen der Nachkriegszeit Erwähnung. Lediglich Boelcke erwähnt Einzelfälle des Nürnberger Schwarzmarktes in einer Reihe mit Informationen zu der Situation in anderen Städten.⁴¹ Spezifischere Informationen zu dem Schwarzmarktgeschehen als Ganzem oder gar seiner juristischen Aufarbeitung werden jedoch an keiner Stelle gegeben.

Insgesamt kann demnach festgehalten werden, dass die Forschung zum Thema Schwarzmarkt in der Nachkriegszeit nicht allzu umfassend ist. Im Rahmen der vorliegenden Literatur sind vor allem die Werke von Zierenberg und Mörchen aus jüngerer Zeit zu nennen, die sich jeweils aus einer historisch-soziologischen Perspektive mit dem Schwarzmarkt in einzelnen Städten beschäftigen. Eine breite wissenschaftliche Diskussion des Schwarzmarktes fand und findet darüber hinaus kaum statt. Dementsprechend gibt es auch kaum Erwähnungen des Schwarzmarktes in Nürnberg. Die fehlende

³⁵ Rauh-Kühne, *Historische Zeitschrift* 2002, Vol. 275 (1), S. 1; Zierenberg, *Geschichte in Köln* 2003, Vol. 50 (1), S. 175.

³⁶ Z.B. Brenner; Hoffmann; Häussler/Maugg; Trittel.

³⁷ So z.B. Trittel, S. 279 ff.

³⁸ Trittel, S. 279 ff.

³⁹ So Brenner; Häussler/Maugg; Grube/Richter; Boelcke.

⁴⁰ Höverkamp, in: von der Trümmerstadt zur Frankenmetropole, S. 87 ff.; Mittenhuber/Schmidt/Windsheimer, S. 12 ff.; Schieber, S. 171 f.; Schultheiss, S. 150 ff.

⁴¹ Boelcke, *passim*.

Auseinandersetzung mit diesem Thema mag damit zu begründen sein, dass viele Menschen diese als besonders schrecklich empfundene Zeit schnell vergessen wollten, mit dem Wiederaufbau und dem späteren wirtschaftlichen Aufschwung voll beschäftigt waren und die Nachkriegszeit womöglich sogar als Strafe für eigene Verbrechen während des Krieges empfunden haben mögen.⁴² Es fällt auf, dass viele der Abhandlungen zum Schwarzmarkt und zur Nachkriegszeit erst in den letzten zehn Jahren verfasst wurden und dieser Aspekt der Nachkriegszeit mittlerweile zunehmend Aufmerksamkeit erfährt.

b. Ergänzung des bisherigen Forschungsstandes

Wie bereits dargestellt, war der Schwarzmarkt bereits Gegenstand unterschiedlicher Forschungsvorhaben. Es ergeben sich im Rahmen dieses Themengebietes aber dennoch Lücken, welche die vorliegende Arbeit zum Teil schließen möchte. So gibt es kein aktuelles Werk, das den Schwarzmarkt aus einer primär juristischen Perspektive heraus beleuchtet. Auch die Veröffentlichungen in Zeitschriften befassen sich allenfalls mit den Gesetzen und der Rechtsprechung zur Zeit des Krieges, nicht jedoch der Nachkriegszeit. Auch wenn sich Zierenberg und Mörchen in ihren Abhandlungen mit der Analyse von Rechtsprechung zum Schwarzmarkt auseinandersetzen, dient diese dort in erster Linie zur Untermauerung und Ergänzung der historisch ausgerichteten Forschung. Teile ihrer Untersuchungen, wie beispielsweise die statistische Auswertung der Daten der Täter, werden sich in der Tat ähnlich auch in diesem Buch finden. Allerdings widmen sich die erwähnten Werke nicht den juristischen Grundlagen der Schwarzmarktbekämpfung und der rechtshistorischen Aufarbeitung der Rechtsprechung. Die Urteile werden vielmehr dazu benutzt, um bestimmte moralische Konflikte zu illustrieren, die bereits an anderer Stelle aufgeworfen wurden. Die relevanten Themen werden demnach aber nicht aus den Entscheidungen abgeleitet und diese werden auch nicht als ganz eigener Untersuchungsgegenstand betrachtet. Es gibt somit keine Darstellung, in der die Rechtsprechung das Zentrum und der Ausgangspunkt der Analyse ist.

In die daraus resultierenden Lücken soll die vorliegende Arbeit stoßen, indem sie die Rechtsprechung der Nürnberger Gerichte zum Anlass nimmt, den Schwarzmarkt auf einer juristischen, aber auch gesellschaftlichen und historischen Basis zu analysieren. Besondere Aufmerksamkeit kommt dabei den Gesetzen der Schwarzmarktbekämpfung, ihrem Anwendungsbereich und der Auslegung ihrer Tatbestandsmerkmale, aber auch der juristischen Beurteilung der Taten, vor allem im Bereich der Strafzumessung, zu. Dadurch soll der Schwarzmarkt von einer neuen Seite beleuchtet und der Aspekt der juristischen Bemühungen zur Eindämmung des schwarzen Marktes in den Mittelpunkt gerückt werden.

Die Beleuchtung des Schwarzmarktes aus juristischer Perspektive eröffnet außerdem einen ganz neuen Blickwinkel: Die Nachkriegszeit in Deutschland bot die wohl einzigartige Besonderheit, dass ein Staat in tatsächlicher und ideologischer Hinsicht komplett zerstört war, aber vor dem Zusammenbruch ein sehr entwickeltes Land mit einer – abge-

⁴² Häussler/Maugg, Klappentext; außerdem S. 7 ff.

sehen von den verheerenden nationalsozialistischen Einflüssen auch in diesem Bereich – seit langem funktionierenden Justiz war. Auch wenn die Gerichte durch die Zeit des Nationalsozialismus sowie den Krieg und sein Ende schwer mitgenommen waren, handelte es sich dennoch noch um eine weit entwickelte, traditionsreiche rechtsprechende Gewalt. Dieser Kontrast zwischen der fast kompletten Zerstörung einerseits und der aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus überlieferten, an rechtsstaatlichen Grundsätzen ausgerichteten Justiz dürfte einzigartig sein. In den meisten Fällen, in denen ein Land derart zusammengebrochen war, gab und gibt es kein Justizsystem, das die aus diesem Kollaps resultierenden, zahlreichen Straftaten in rechtsstaatlicher und angemessener Art und Weise ahndete. Insofern stellt die Schwarzmarktrechtsprechung der Nachkriegszeit die womöglich einzige Gelegenheit dar, derartige Delikte in größerem Ausmaß vor Gerichten verhandelt zu sehen. Gerade im Hinblick auf diese Umstände gewinnt die Analyse der Arbeitsweise der Gerichte nochmals an Bedeutung und wird auch an den schwierigen Gesamtumständen gemessen.

Mit der Rechtsprechung als alleiniger Basis der Untersuchung eröffnen sich vor diesem Hintergrund ganz andere Perspektiven und Forschungsziele, die die bereits bestehende Literatur in bestimmten Aspekten ergänzen können.

3. Zentrale Fragestellungen

Die zentralen Fragestellungen sollen im Laufe der vorliegenden Arbeit über die thematisch abgegrenzten Kapitel analysiert werden. Durch die Auswertung der Rechtsprechung anhand unterschiedlicher Kriterien und aus verschiedenen Blickwinkeln soll den Forschungszielen nachgegangen werden und so am Ende ein kongruentes Bild aus der Analyse der Urteile entstehen.

a. Äußerungen der Richter als Spiegel der öffentlichen Meinung

Trotz der richterlichen Unabhängigkeit sind Gerichte ein Spiegel der öffentlichen Meinung. Weniger, weil sie sich von ihr beeinflussen lassen, sondern vielmehr, weil jedes Urteil in gewisser Hinsicht ein Produkt seiner Zeit ist. Das bedeutet, dass sich darin die zur Zeit des Erlasses bestehenden tatsächlichen Umstände, deren Beurteilung und die allgemein vorherrschenden moralischen Erwägungen und Wertvorstellungen widerspiegeln. Auch einzelne, teils auffallende Äußerungen sind zumeist den allgemein bestehenden Ansichten geschuldet.

Auch bei Entscheidungen über Schwarzmarktdelikte liefert die Rechtsprechung daher wertvolle Erkenntnisse im Hinblick auf die öffentliche Meinung. Gerade im Rahmen dieser Thematik ist das besonders interessant, da das Phänomen des Schwarzmarktes die unterschiedlichsten Implikationen hervorrufen konnte. Die dem schwarzen Markt inhärente Problematik war die mangelhafte Ernährungssituation, unter der (fast) alle zu leiden hatten und die den Versuch, sich in dieser Lage mit allen – auch unerlaubten – Mitteln zu helfen, nur allzu nachvollziehbar machte. Jedoch wurde durch jeden illegalen Handel die Gesamternährungssituation verschlechtert, da die so beiseitegeschafften Güter der Bevölkerung als Ganzer nicht mehr zur Verfügung standen und eine gerechte

Verteilung der Waren durch die zuständigen Stellen konterkariert wurde. Davon ausgehend stellt sich die Frage, wie diese Problematik eingeordnet und beurteilt wurde.

So ist es denkbar, dass die Bevölkerung Verständnis für die Täter hatte, die keine andere Möglichkeit als das illegale Beschaffen von Lebensmitteln sahen, um ihr eigenes Überleben oder das ihrer Familien zu sichern. Umgekehrt könnte ihnen aber auch Verachtung entgegengeschlagen sein, weil in der Folge ihres Handelns gesetzestreue Bürger noch geringere Rationen erhielten. Außerdem könnte anzunehmen sein, dass die moralische Einordnung je nach Art und Ausmaß des Tätigwerdens oder anhand persönlicher Faktoren variierte. Es stellt sich demnach die Frage, wie die Schwarzmarktaktivitäten von der Bevölkerung rezipiert wurden. Die von den Richtern in diesem Zusammenhang vertretenen Wertungen und Formulierungen dürften in vielerlei Hinsicht stellvertretend für die in der Gesellschaft herrschenden Ansichten sein.

b. Auswirkungen auf die Gesellschaft

Es stellt sich nicht nur die Frage, wie die Allgemeinheit den Schwarzmarkt und seine Täter beurteilte, sondern auch, welche Auswirkungen der Schwarzmarkt selbst und die in der Rechtsprechung vorgenommenen Wertungen auf die Gesellschaft hatten. Dabei war zunächst fraglich, was unter dem Begriff „Gesellschaft“ zu verstehen war und wer Teil davon war. In Anbetracht der jahrelangen Ausgrenzungen und Unterdrückung bestimmter Gruppen während der NS-Zeit und der sich grundlegend ändernden Gesellschaftsstrukturen durch Flüchtlinge, Kriegsheimkehrer etc. war dies in den Augen vieler Menschen in der Nachkriegszeit nicht immer eindeutig. Die Frage nach der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft war deshalb bereits an sich von Bedeutung.

Es gilt weiterhin zu untersuchen, wie diese neue Gesellschaft damit umging, dass eine nicht unerhebliche Zahl ihrer Mitglieder durch die Verurteilung als Schwarzhändler als kriminell galt. Aufgrund der Besonderheiten des Schwarzmarktes, bei dem es oft um Verhaltensweisen ging, die vor Beginn der Bewirtschaftungsvorschriften ein legales und übliches Handel Treiben darstellten, traf der Vorwurf der Kriminalität oft auch zuvor unbescholtene, rechtschaffene Bürger und damit eine ganz andere Gruppe als bei anderen Straftaten. Angesichts dieser speziellen Ausgangssituation stellt sich die Frage, ob sich die Gesellschaft gegenüber den Verurteilten ablehnend zeigte, selbst aber in der Not zusammenstand und sich gegenüber den Tätern als Einheit betrachtete. Andererseits wäre es auch denkbar, dass der Schwarzmarkt aufgrund seiner Verbreitung durch alle Gesellschaftsschichten und Altersgruppen hinweg und der großen Zahl an Beteiligten bereits als sozialadäquat betrachtet wurde und die Teilnehmer weiterhin als normale Gesellschaftsmitglieder betrachtet und akzeptiert wurden. Anhaltspunkt dafür können die Ausführungen der Richter sein, die zum einen selbst Teil der Gesellschaft waren und daher auch für diese sprachen, zum anderen jedoch die Aufgabe hatten, die Strafnormen, die den Schutz der Bevölkerung vor noch schlimmerer Hungersnot zum Inhalt hatten, anzuwenden.

Auch ist fraglich, wie sich die andauernde Not auf die unterschiedlichen Gesellschaftsschichten auswirkte. Durch die Entwertung des Geldes und die teils großen persönlichen

Verluste im Krieg könnten zuvor bestehende Klassenunterschiede kleiner geworden sein, da sich die meisten Menschen nun mit den weitgehend gleichen, geringen Lebensmittelzuteilungen und dem Handel auf dem Schwarzmarkt auseinanderzusetzen hatten. Es ist daher denkbar, dass die Standesunterschiede verschwammen und die Gesellschaft dadurch grundsätzlich inklusiver wurde, dafür aber die in größerem Ausmaß tätig gewordenen „Schieber“ und anderweitig Bevorzugten ausschloss.⁴³

c. Auseinandersetzung mit moralischen Konflikten

Zentraler Teil der Analyse muss auch die Auseinandersetzung mit den moralischen Konflikten des Schwarzmarktes sein, die bei seiner juristischen Aufarbeitung zwangsläufig zu Tage traten. Angesichts des klassischen Problemfeldes, dass die Not eines Einzelnen ihn nachvollziehbarer Weise dazu verleiten mochte, sich Waren auf illegale Art und Weise zu beschaffen, damit aber die Ernährungssituation insgesamt weiter verschärft wurde, gab es für die Richter unterschiedliche Möglichkeiten, mit diesem Konflikt umzugehen. So wird zu untersuchen sein, ob die individuellen Umstände und die Not des einzelnen Täters Auswirkungen auf seine Bestrafung hatten oder ob die Schädigung der Gesellschaft bei der Verurteilung eine übergeordnete Rolle spielte. Die Auswirkungen, die jede einzelne Tat direkt und indirekt hatte, machte ein hartes Durchgreifen der Justiz auch zur Abschreckung künftiger Täter erforderlich. Besonders milde oder gar keine Strafen hätten das Bewirtschaftungssystem nämlich anderenfalls ad absurdum geführt. Eine Möglichkeit für die Gerichte, diesen Konflikten gerecht zu werden, könnte in Abstufungen innerhalb des Strafmaßes oder einer entsprechenden Auslegung der Straftatbestände liegen.

Außerdem befand man sich in der schwierigen Lage, dass eine Vielzahl von Handlungen untersagt war. Zum einen waren dies Verhaltensweisen, wie beispielsweise die Veräußerung von Eigentum, die viele Menschen nur schwerlich als verboten akzeptieren konnten und wollten. Durch die Zwangsbewirtschaftung wurden die Eigentumsrechte im Allgemeinen weitgehend eingeschränkt, was eine Neubewertung bestimmter Handlungen erforderlich machte und dadurch neue Konflikte hervorrief. Zum anderen waren die Grenzen zwischen noch sozialadäquatem und bereits strafbarem Verhalten bei Schwarzmarktdelikten fließend – man denke beispielsweise an eine Warenweitergabe geringeren Umfangs innerhalb einer Familie oder die Abgrenzung im Rahmen des Versuchsbeginns. In derartigen Fällen brachte die Beurteilung der Strafbarkeit weitere Schwierigkeiten nicht nur in juristischer Hinsicht mit sich.

Die Gerichte hatten die Aufgabe bei der Rechtsprechung zu diesen Themen einerseits mit der nötigen Härte vorzugehen, andererseits aber auch den individuellen, täterbezogenen Umständen gerecht zu werden und sich nicht dazu verleiten zu lassen, blindlings zu strafen. Aufzuzeigen, inwieweit die Richter diesen Konflikten in direkter oder indirekter Art und Weise Rechnung trugen, ist Ziel der Analyse.

⁴³ Trittel, S. 280; einschränkend auch Zierenberg, S. 267.

d. Moralische Legitimation der Gerichte

In den Zeiten des Zusammenbruchs, der Veränderung und Neuordnung stellt sich die Frage, inwieweit die Gerichte nicht nur strukturell, sondern auch moralisch legitimiert waren. Dies impliziert eine juristische und gleichzeitig eine gesellschaftliche Verantwortung. Für eine Rechtsprechung, die in schwierigen Zeiten über entscheidende Konflikte Recht spricht und so im besten Falle auch eine ethische Orientierung für die Gesellschaft bietet, war es von größter Bedeutung, glaubwürdig und weitestgehend unantastbar zu sein. Um diese Funktion erfüllen zu können, war es erforderlich, dass die Richter ein hohes Maß an Objektivität und Neutralität wahrten. Anhaltspunkte dafür können beispielsweise in der Argumentationsweise, dem Umfang und der Art der Auseinandersetzung mit den urteilsleitenden Gedanken oder – soweit aus den Urteilen erkennbar – der Wahrung wichtiger Verfahrensgrundsätze gesehen werden.

In diesem Kontext muss daher ebenfalls von Interesse sein, wie die Gerichte mit dem allgegenwärtigen Mangel, der auch ihre eigenen Angestellten betraf, mit den in jeder Hinsicht beschränkten Ressourcen und den spezifischen Problemen der Nachkriegszeit umgingen und wie sich dies auf ihre Rechtsprechung auswirkte. Nur wenn sich die Richter an den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit orientierten, konnte eine glaubwürdige und von der Bevölkerung respektierte Judikatur entstehen. Wie die Rechtsprechung wahrgenommen und akzeptiert wurde und inwieweit sie ihren Zweck erreichen konnte, hing daher zum großen Teil von der Arbeitsweise der Gerichte ab. Sie soll daher im Rahmen dieser Fragestellung ausführlich untersucht werden.

e. Rechtsprechung als Spiegel der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung

Die Rechtsprechung ist schließlich auch dazu geeignet, die wesentlichen Ereignisse und Entwicklungen der Nachkriegszeit an ihr abzulesen. In dem nur wenige Jahre dauernden Untersuchungszeitraum fand in Deutschland ein tiefgreifender Wandel gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Art statt. Darunter sind schleichende Veränderungen wie beispielsweise die sich zunächst gravierend verschlechternde und dann wieder erholende Ernährungslage, aber auch einzelne einschneidende Ereignisse, wie die Währungsreform oder die Gründung der Bundesrepublik zu verstehen. Es soll untersucht werden, inwieweit sich diese Entwicklungen in der Rechtsprechung niederschlugen und analog zu diesen Ereignissen ein Wandel in der Rechtsprechung beobachtet werden konnte. Es soll deswegen untersucht werden, ob die veränderten tatsächlichen Gegebenheiten das Urteil der Richter beeinflussten. Denkbar wäre dies beispielsweise im Rahmen der Auslegung von Tatbestandsmerkmalen, die einen gewissen Ermessensspielraum erlaubten, oder bei der Begründung und Höhe des Strafmaßes. Denkbar ist darüber hinaus auch, dass sich manche Handlungsweisen der Täter veränderten, sodass die Richter im Laufe der Zeit über unterschiedliche Handlungen Recht sprachen, oder dass sich die Gesetzeslage änderte und so andere Aspekte in tatsächlicher oder juristischer Hinsicht in den Fokus rückten. Ziel ist es daher, zu untersuchen, ob die tiefgreifenden Veränderungen jeglicher Art auch in der Rechtsprechung und gegebenenfalls in der Gesetzgebung

abgebildet wurden und auch das Recht selbst so eine ähnliche Entwicklung wie andere Bereiche durchlief.

4. Erklärung zentraler Begrifflichkeiten

a. Schwarzmarktdelikte

Der Begriff des Schwarzmarktes und seiner Delikte ist als solcher zunächst relativ weit und wenig konkret gefasst und es ist denkbar, eine Vielzahl von Handlungsweisen darunter zu subsumieren. Einige Autoren, die sich mit dem Thema befassen, wählen einen eher philosophischen Ansatz, um sich einer Definition anzunähern.⁴⁴

Da der Kern der vorliegenden Arbeit ein juristischer ist, kann sich auch die Definition der Schwarzmarktdelikte nur aus einer solchen Perspektive ergeben. Der Schwarzmarkt als solcher wurde in den einschlägigen Gesetzen und Verordnungen nicht explizit erwähnt oder definiert.⁴⁵ Dennoch kann durch diese Normen der Begriff des Schwarzmarktes abgegrenzt werden. Demnach kann der schwarze Markt als die Summe der Handlungen, die durch die zur Schwarzmarktbekämpfung erlassenen Gesetze unter Strafe gestellt wurden, definiert werden.⁴⁶ Relevant sind in diesem Zusammenhang vor allem die Kriegswirtschaftsverordnung, die Verbrauchsregelungsstrafverordnung, die Preisstrafrechtsverordnung aber auch das Kontrollratsgesetz Nr. 50 oder das bayerische Gesetz Nr. 3 und alle weiteren spezifisch der Schwarzmarktbekämpfung dienenden Normen. Diese Rechtssätze lassen sich dadurch charakterisieren, dass sie Verstöße gegen das System der Bewirtschaftung strafrechtlich sanktionieren. Diese Herangehensweise entspricht auch den zeitgenössischen Definitionen dieses Phänomens.⁴⁷ Demnach ist „Schwarzhandel [...] der Handel, der entgegen den Bewirtschaftungs- Versorgungs- und Preisbestimmungen vor sich geht“.⁴⁸

Bei dem hier verwendeten Ansatz handelt es sich um eine technische und juristische Definition. Als Schwarzmarktdelikte werden im Folgenden somit Handlungen, die unter den Straftatbestand der genannten Normen fallen, bezeichnet.

b. Schwarzmarktkriminalität

Im Kontext des Schwarzmarktes fällt es bereits aufgrund seiner Charakteristika schwer, eine feste Grenze der Kriminalität zu ziehen.⁴⁹ Kennzeichen des Schwarzmarktes war, dass Verhaltensweisen, die lange Zeit legal gewesen waren, nun verboten waren und somit viele alltägliche Handlungen strafbar waren. Beispielhaft mag hier die Ausübung von Eigentumsrechten sein. Die Frage nach der Kriminalität und die Akzeptanz ihrer staatlich angeordneten Grenzen war ein zentraler Aspekt des Umgangs mit dem Schwarz-

⁴⁴ So z.B. Mörchen, S. 24; Zierenberg, S. 30 ff.

⁴⁵ Vgl. auch Mörchen, S. 24.

⁴⁶ Vgl. Mörchen, S. 24 f.

⁴⁷ Vgl. dazu Mörchen, S. 25.

⁴⁸ Kromer, S. 9.

⁴⁹ Vgl. auch Boelcke, S. 80.

markt. Es ist daher fraglich, welche Handlungen als kriminell galten. War kriminell, was rein formell verboten war, von vielen Menschen aber nicht als illegal wahrgenommen wurde und allgemein übliche Praxis war?

Teile der Forschung versuchen, verschiedene philosophische Definitionsansätze zu kombinieren, um den Schwarzmarkt als soziales Phänomen zu charakterisieren, sodass dem Strafrecht nicht die alleinige Deutungshoheit über den Begriff der Kriminalität gegeben wird, sondern weitergehende Erwägungen Berücksichtigung finden.⁵⁰ Es stellte sich nämlich als problematisch dar, dass es für viele Menschen lebensnotwendig und damit alternativlos gewesen sein dürfte, die äußerst knappen Lebensmittelzuteilungen auf dem Schwarzmarkt aufzubessern, sie damit aber automatisch als kriminell galten.⁵¹ Daher wurde zum Teil angedacht, die Grenze der Strafbarkeit aus heutiger Perspektive erst bei darüber hinaus gehenden Handlungen, wie beispielsweise der Verletzung fremden Eigentums oder dem Tätigwerden als „Großschieber“ anzunehmen.⁵² Jedoch muss berücksichtigt werden, dass auch Eigentumsdelikte wie beispielsweise Diebstähle auf der allgemeinen Notsituation beruhten und auch hier die normalerweise geltenden Grenzen von Recht, Ordnung und Moral aus der Sicht vieler Menschen zum Teil aufgehoben waren.⁵³ Allerdings würde es paradox anmuten, eine Strafbarkeit dieser seit langem etablierten Straftatbestände mit dieser Begründung auszuschließen. Eine befriedigende Abgrenzung dürfte deshalb nur schwerlich möglich sein.

Auch darüber hinaus erscheinen diese Ansatzpunkte für die vorliegende Arbeit wenig zielführend. Mit den strafrechtlichen Urteilen als Ausgangspunkt ist es sinnvoll, Kriminalität anhand der Grundsätze des zur damaligen Zeit geltenden Strafrechts zu bestimmen. Kriminalität ist daher im Folgenden als strafrechtlich relevantes Tun oder Unterlassen zu verstehen, das durch die zuständigen Behörden verfolgt und angeklagt werden konnte.⁵⁴ Ob dies in der Bevölkerung respektiert wurde, stellt eine andere Fragestellung dar und ist eher Teil der Analyse als der Definition von Kriminalität. Würde man die Taten, die von den einschlägigen Normen zur Schwarzmarktbekämpfung unter Strafe gestellt wurden, nicht als kriminell ansehen, so wäre die komplette Rechtsprechung zum Schwarzmarkt in Frage gestellt bzw. ihrer Legitimität beraubt, sodass sie keinesfalls als taugliche Grundlage dieser Arbeit dienen könnte. Den moralischen Implikationen, die die Gesetze und ihre Anwendung mit sich brachten, ist an anderer Stelle Rechnung zu tragen.

c. Weitere Begriffe

Daneben gibt es noch einige weitere Begriffe, die der kurzen Erläuterung zur besseren Lesbarkeit des Textes bedürfen.

⁵⁰ So Mörchen, S. 23 f.

⁵¹ Trittel, S. 280 f.

⁵² Trittel, S. 281 ff.

⁵³ Vgl. Boelcke, S. 179.

⁵⁴ Ähnlich auch Boelcke, S. 80.

Sofern es sich um Normen aus dem StGB handelt, bezieht sich der Verweis auf diese Straftatbestände auf die Version des Gesetzes, die zum Zeitpunkt der Tatbegehung in Kraft war.

Unter dem Terminus Rechtsprechung sind, soweit keine weitergehende Konkretisierung erfolgt, die Urteile der Strafkammern des LG Nürnberg-Fürth und die Beschlüsse des OLG Nürnberg zu Schwarzmarktdelikten in der Nachkriegszeit zu verstehen. Der Begriff der Rechtsprechung ist insofern identisch mit den im weiteren Verlauf beschriebenen zugrundeliegenden Quellen.

Sofern von den Besatzungsmächten die Rede ist, so bezieht sich dies auf die Gesamtheit der Besatzungstruppen aus Großbritannien, Frankreich, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Für die Besatzer im Raum Nürnberg im Besonderen wird dagegen speziell auf die Amerikaner oder ihre Soldaten verwiesen.

5. Methodik

a. Zugrundeliegende Quellen

Die zentrale und beinahe ausschließliche Quelle, die Verwendung findet, ist die Rechtsprechung der Nürnberger Gerichte zum Schwarzmarkt. Dabei handelt es sich um Urteile der drei Strafkammern des LG Nürnberg-Fürth, die mit Schwarzmarktdelikten befasst waren, und um Beschlüsse des als Revisionsinstanz fungierenden OLG Nürnberg.

Das erste relevante Urteil stammt vom 27. Mai 1946 und damit aus einer Zeit, in der sich die Ernährungssituation zu verschlechtern begann und der Schwarzmarkt der Nachkriegszeit damit zunehmend an Bedeutung gewann. Die letzte Revisionsentscheidung des OLG fand am 12. Mai 1950 und somit bereits ein knappes Jahr nach Gründung der Bundesrepublik statt. Das letzte erstinstanzliche Urteil wurde im Juli 1949, also in der Phase der Entspannung der Ernährungssituation, gefällt. Die übrigen Urteile und Beschlüsse kommen aus dem dazwischenliegenden Zeitraum von knapp vier Jahren. Ein Schwerpunkt der Rechtsprechung ist dabei in den Jahren 1947 und 1948, dabei insbesondere jeweils in der ersten Jahreshälfte, zu beobachten. Davon ausgehend, dass die Zeit von Anfang 1947 bis zum Frühling 1948 als die härteste und entbehrungsreichste galt, ist es wenig überraschend, dass der Schwarzmarkt damals besonders florierte und dementsprechend die Zahl der Verurteilungen einige Wochen oder Monate später anstieg. Insgesamt handelt es sich um 54 untersuchte Fälle, von denen einige mehrere Instanzen durchliefen.

Neben diesen zentralen Quellen spielten außerdem die Gesetze, die sich mit der Schwarzmarktbekämpfung und den Begleiterscheinungen des schwarzen Marktes auseinandersetzen, als Basis der Rechtsprechung eine entscheidende Rolle. Ihre Interpretation und Einordnung ist essentiell für das Verständnis der Urteile und Beschlüsse, weshalb ihre Rezeption ebenfalls einen gewissen Raum einnimmt. Berücksichtigt wurden dabei alle für die einschlägige Rechtsprechung relevanten Normen aus der Zeit von 1923 bis 1949. Ein Schwerpunkt lag dabei in den Verordnungen aus der Zeit des Nationalso-

zialismus, die größtenteils während des Krieges erlassen wurden; weitere wichtige Gesetze stammten aus der Besatzungszeit.

b. Vorgehensweise

Wesentliches Merkmal dieser Arbeit ist es, die beschriebene Rechtsprechung als beinahe alleinige Basis der Untersuchung zu betrachten. Die vorliegenden Urteile wurden im Hinblick auf die unterschiedlichsten Kriterien juristischer oder tatsächlicher Art analysiert und die daraus resultierenden Ergebnisse in thematisch logische Abschnitte gegliedert, die ihrerseits auf die Beantwortung der Forschungsziele hinführen. Entscheidend bei dieser Herangehensweise ist, dass sich die Untersuchung alleine auf die Rechtsprechung beschränkt und auch bei Unklarheiten – beispielsweise einer nicht stimmigen Auslegung von Begriffen über mehrere Urteile hinweg – nicht auf die Urteile aus anderen Gerichtsbezirken oder zeitgenössische Literatur zurückgegriffen wird. So soll, wie bereits erläutert, ein kohärentes Bild der Nürnberger Rechtsprechung geschaffen werden, in dem die Interpretationen und Aussagen der Richter für sich genommen analysiert werden. Durch die isolierte Betrachtung dieses Bezirks ist es außerdem möglich, ein auf die regionalen Besonderheiten abgestimmtes Bild zu gewinnen, das explizit die Lebenswirklichkeit der Nürnberger Bevölkerung abbildet. Nur durch diese Beschränkung ist es außerdem möglich, einem der Ziele der Arbeit, nämlich der Analyse des Schwarzmarktes aus einer juristischen Perspektive mit der Rechtsprechung als Ausgangspunkt, gerecht zu werden. Anhand der Untersuchung eines kleinen, aber repräsentativen Teils der einschlägigen deutschen Rechtsprechung können die allgemein herrschenden Probleme beispielhaft hervorgehoben werden. Gewisse Muster, die in allen Besatzungszonen in ähnlicher Art und Weise bestanden haben dürften, können so ergänzt um regionale Besonderheiten untersucht werden, ohne dass andere Faktoren von der eigentlichen Forschung ablenken. Die in den nachfolgenden Kapiteln gewonnenen Erkenntnisse basieren also einzig und allein auf den anhand der Rechtsprechung gewonnenen Tatsachen und juristischen Argumentation.

Zum besseren Verständnis gerade in den ersten Abschnitten dieser Darstellung wird jedoch auch auf die andere bereits benannte Literatur zurückgegriffen, um die nachfolgenden Untersuchungsergebnisse in den Kontext zu setzen. Dies betrifft die in ganz Deutschland herrschende gesellschaftliche und wirtschaftliche Lage, ohne deren Hintergrund eine vertiefte Auseinandersetzung mit den spezifischeren Problemen nur schwer denkbar ist. Ähnliches gilt für zeitgenössische juristische Literatur, mit deren Hilfe insbesondere die Intention und die Rezeption der einschlägigen Gesetze eingeordnet werden soll.

c. Schwierigkeiten im Rahmen der Vorgehensweise

Durch diese Vorgehensweise treten allerdings auch manche Schwierigkeiten auf. Die Beschränkung auf die Rechtsprechung eines einzelnen LG-Bezirks und der weitgehende Verzicht auf zeitgenössische Fachliteratur hat nämlich auch zur Folge, dass eventuelle Lücken in der Rechtsprechung nicht mithilfe weiterer Quellen geschlossen werden kön-

nen. Diese Problematik kommt zum Tragen, wenn einzelne Umstände der Tatbegehung, zugrundeliegende Überlegungen der Richter oder die Grundlage für die Interpretation von Tatbestandsmerkmalen kaum erwähnt werden und so keine feste Basis zur Auslegung bieten. Angesichts der begrenzten Zahl an Urteilen ist die Analyse mancher Sachverhalte und juristischer Begriffe daher deutlich fundierter als die anderer.

Ebenso wirkt sich diese Begrenzung der Ressourcen in Fällen aus, in denen sich die Urteile widersprechen oder anderslautende Entscheidungen nicht berücksichtigen und es deshalb nicht möglich ist, eine herrschende Meinung oder Vorgehensweise herauszufiltern. Hinzu tritt ein klassisches Problem der Arbeit mit historischen Quellen. Auch wenn die Urteile mit Schreibmaschine geschrieben wurden, so ist die Lesbarkeit manchmal und insbesondere bei handschriftlichen Anmerkungen eingeschränkt. In Einzelfällen können bestimmte Ausdrücke nicht entziffert werden. Daher ist es manchmal unmöglich, alle Unklarheiten aufzuklären und bestimmte Aspekte müssen schlicht offengelassen werden.

Ein weiteres Problem, das aber zugleich auch einen nicht unerheblichen Vorteil der Arbeit darstellen kann, ist die Betrachtung der Rechtsprechung frei von vergleichenden Einflüssen. Daraus ergibt sich ein auf regionale Besonderheiten abgestimmtes Bild, gekennzeichnet dadurch, dass beispielsweise Schwarzschlachtungen aufgrund des teils ländlichen Einzugsgebietes des LG-Bezirks überproportional häufig vorkamen oder dass Nürnberg innerhalb der amerikanischen Besatzungszone relativ mittig und somit weit entfernt von den für den weiteren Handel relevanten Zonengrenzen lag. Nicht zu vernachlässigen sind in diesem Kontext auch die von Besatzungszone zu Besatzungszone und gar von Bundesland zu Bundesland unterschiedlichen Gesetze und sonstige Besonderheiten, die regional unterschiedliche Rahmenbedingungen boten. Die Untersuchung mag daher nicht vollumfänglich repräsentativ für den Schwarzmarkt und die juristische Aufarbeitung desselben in ganz Deutschland sein, sondern in gewissem Maße von den tatsächlichen und rechtlichen Besonderheiten Nürnbergs geprägt sein. Auch wenn sich daraus keine universell gültigen Aussagen für das gesamte heutige Bundesgebiet treffen lassen können, so muss dies jedoch nicht notwendigerweise ein großer Nachteil sein. Die großen moralischen Fragen des Schwarzmarktes und seiner rechtlichen Beurteilung werden nicht wesentlich durch regionale Aspekte beeinflusst. Die Kernaussagen sind damit durchaus allgemeingültig und werden lediglich durch speziellere Informationen ergänzt, was das Verständnis für die Gegebenheiten einer bestimmten Region fördert.

Schlussendlich bleibt zu erwähnen, dass man bei der Forschung auf Grundlage historischer Quellen auch mit Schwierigkeiten konfrontiert wird, mit denen sich auch die damals tätigen Juristen auseinandersetzen hatten. Unklarheiten, die durch die Anwendung neuer Gesetze oder die Währungsreform auftraten, führten damals wie heute zu nicht unerheblichen Problemen. Zu nennen ist hier beispielsweise die Herausforderung, eine gewisse Vergleichbarkeit zwischen in DM oder RM erlassenen Geldstrafen herzustellen, um sie statistisch auszuwerten. Aus der Rechtsprechung geht hervor, dass die Richter seinerzeit vor den gleichen Problemen standen. Die Auseinandersetzung mit derartigen

Erschweren aus heutiger Perspektive führt so unter Umständen auch zu einem besseren Verständnis der Situation der Richter.

6. Inhaltliche Gliederung der Arbeit

a. Rechtsgrundlagen

Die Gesetze und Verordnungen zur Bekämpfung des Schwarzmarktes entstammten unterschiedlichen Zeiten und unterschiedlichen Gesetzgebern. So gab es die Verordnungen aus der Zeit des Nationalsozialismus, die auch über das Ende des zweiten Weltkriegs hinaus in Kraft blieben. An erster Stelle ist dabei die Kriegswirtschaftsverordnung zu nennen, die viele der „klassischen“ Handlungen des schwarzen Marktes unter Strafe stellte und dadurch die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Waren schützen sollte. Von besonderer Bedeutung waren auch die Verbrauchsregelungsstraßverordnung, durch die der Handel mit bewirtschafteten Gütern ohne offizielle Bezugsberechtigung bestraft wurde sowie die Preisrechtsstraßverordnung, die Verstöße gegen die Preisvorschriften und somit den Handel zu höheren als den gesetzlich vorgeschriebenen Preisen sanktionierte. Diese Normen wurden durch Gesetze aus der Besatzungszeit ergänzt. Das von den Besatzungsmächten erlassene Kontrollratsgesetz Nr. 50 richtete sich an Personen, die in einer eigenverantwortlichen beruflichen Position unter anderem mit zwangsbewirtschafteten Gütern zu tun hatten. Mit hohen Strafen wurde dort beispielsweise die Entwendung derartiger Waren sanktioniert. Erwähnenswert ist außerdem das Gesetz Nr. 3 der bayerischen Landesregierung, das den unbefugten Besitz von Gegenständen der amerikanischen Besatzungsmacht verbot.

Neben diese Gesetze und Verordnungen mit ihrem relativ weiten Anwendungsbereich traten Normen aus der Zeit vor, während und nach dem Krieg, die spezifische Regelungen für einzelne Teilbereiche enthielten sowie Straftatbestände aus dem StGB, die zwar nicht den Schwarzmarkthandel selbst, aber ihn häufig begleitende Handlungen erfassten. Gegen Ende des untersuchten Zeitraums wurden außerdem das Straffreiheitsgesetz, das Amnestie für bestimmte, geringfügigere Taten gewährte, und das neue Wirtschaftsstrafgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das viele der Verordnungen zur Schwarzmarktbekämpfung ablöste, relevant.

Dieses komplexe System aus Bestimmungen unterschiedlichsten Ursprungs und mit zum Teil überlappenden Anwendungsbereichen führte zu großen Diskussionen über ihr Verhältnis zueinander. Zu Beginn der Rechtsprechung gingen die Gerichte häufig der Frage nach, ob insbesondere die von den Nationalsozialisten in Kraft gesetzten Verordnungen auch nach dem Ende des Dritten Reichs weiterhin Anwendung finden konnten. Auch wenn dies stets mit dem Verweis auf das nun modifizierte Strafmaß und die veränderten Auslegungsregeln bejaht wurde, zeigt es die schwierige Auseinandersetzung mit diesen rechtlichen „Altlasten“. Beherrschend war im späteren Verlauf die Festlegung des Anwendungsbereichs zwischen dem Kontrollratsgesetz Nr. 50 und der Kriegswirtschaftsverordnung. Bald etablierte sich die Auffassung, dass das Kontrollratsgesetz die Kriegswirtschaftsverordnung im Wege der Gesetzeskonkurrenz verdrängte und Tateinheit nicht bestand. Weniger eindeutig gestaltete sich die Abgrenzung zwischen der Ver-

brauchsregelungsstraßverordnung und der Kriegswirtschaftsverordnung mit ihren ähnlichen Anwendungsbereichen. Schlussendlich hatten sich die Gerichte noch mit der Frage auseinanderzusetzen, inwieweit das neue Wirtschaftsstrafgesetz die alten Verordnungen verdrängte und wie in der Übergangsphase zu verfahren war.

Unabdingbar zur Analyse der Rechtsprechung ist die Untersuchung der Auslegung und teilweise auch der Definition der oft eher unbestimmten Tatbestandsmerkmale. Dies ist zum einen von Interesse, um mehr über die Arbeitsweise der Gerichte zu erfahren und sich ihrem Vorgehen anzunähern. Andererseits erlaubten einige Begriffe eine weitergehende Diskussion und Auseinandersetzung der Gerichte mit ethischen Erwägungen. Insbesondere die „Böswilligkeit“ im Rahmen der Kriegswirtschaftsverordnung gibt anhand der Interpretation der Richter einen tiefen Einblick in die Gedankenwelt und Moralvorstellungen der damaligen Zeit. Ähnlich verhielt es sich mit dem Merkmal der Gefährdung des Bedarfs, durch dessen Auslegung die Entwicklung der Ernährungslage aufgezeigt wurde und das dazu benutzt wurde, das schädigende Ausmaß der verurteilten Taten darzustellen. Bestimmte Formulierungen in den Urteilen können auch an dieser Stelle bereits Rückschlüsse über die Beurteilung bestimmter Verhaltensweisen oder Personengruppen geben.

Die Interpretation der Tatbestandsmerkmale ist jedoch auch auf juristischer Ebene von Interesse. Die Rechtsprechung war geprägt von den schwierigen Umständen der damaligen Zeit, die sie in adäquater Art und Weise in ihrer Rechtsprechung zu berücksichtigen hatte. Insbesondere die Gesetze unterschiedlichen Ursprungs und die speziellen Probleme durch die Währungsreform brachten teils noch nie dagewesene Schwierigkeiten mit sich, die die Richter bei der Interpretation mancher Begrifflichkeiten vor besondere Herausforderungen stellte. Zu beobachten ist, dass sich die daraus resultierenden Diskussionen in unterschiedliche Richtungen entwickelten: Manche von ihnen blieben offen oder umstritten, bei anderen entwickelte sich jedoch eine auf sorgfältiger Argumentation beruhende Rechtsprechung, die sich im gesamten Gerichtsbezirk etablierte. Von Interesse ist außerdem die Frage, in welchem Verhältnis die Delikte des Schwarzmarktes und die „gewöhnlichen“ StGB-Delikte zueinander standen, insbesondere in welchen Taten der Schwerpunkt und die Hauptmotivation des strafbaren Tuns zu sehen waren.

Anhand der Auswertung der Anwendung der bestehenden Gesetze und der Interpretation und Definition wichtiger Tatbestandsmerkmale soll versucht werden, ein Bild von den Entwicklungen der damaligen Zeit zu zeichnen und Rückschlüsse auf die gesellschaftliche Einstellung gegenüber Schwarzhändlern zu gewinnen. Die Äußerungen der Richter zu den einzelnen Angeklagten aber auch zur Gesellschaft als solcher spielen dabei eine ebenso wichtige Rolle wie die Frage, ob im Rahmen der Interpretation rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt wurden.

b. Täter, Delikte, Schwarzmärkte

Das zweite Kapitel setzt sich mit den tatsächlichen Umständen des schwarzen Marktes auseinander. Dies ist zum einen relevant, um dessen Mechanismen und Charakteristika besser zu verstehen und aufgrund der so gesammelten Informationen das Phänomen

des Schwarzmarktes und seine Bedeutung innerhalb der Gesellschaft zu erforschen. Andererseits bilden diese Fakten auch die Basis für die weiteren Abschnitte dieser Arbeit, indem sie die Hintergründe des schwarzen Marktes darstellen und so die Grundlage für die weitere Forschung bilden.

Zunächst werden die persönlichen Angaben der Angeklagten analysiert. So ist das Geschlecht der Täter ebenso von Interesse wie ihr Alter oder ihr Familienstand. Anhand dessen können beispielsweise Rückschlüsse darauf gezogen werden, ob die Schwarzhändler für Familienmitglieder zu sorgen hatten oder inwieweit die jeweilige Verteilung der Bevölkerungsstruktur entsprach und mögliche Überrepräsentationen festzustellen. Auch die Motivation zum Tätigwerden auf dem schwarzen Markt kann so unter Umständen nachvollzogen werden. Mindestens ebenso aufschlussreich ist die Analyse des beruflichen Umfeldes. Bestimmte Faktoren wie der darauf basierende Umgang mit Nahrungsmitteln bzw. Lebensmittelmarken oder die überdurchschnittliche Mobilität einzelner Personen können dabei entscheidend für die Beteiligung am Markt sein. Die Betrachtung der finanziellen Lage, in der sich die Täter befanden, rundet das Bild von der Lebenssituation der Angeklagten ab.

Ein weiteres wichtiges Kriterium sind die Beziehungen, in denen die Täter untereinander standen. Dabei fällt zunächst die in vielen Fällen hohe Zahl an Angeklagten in den jeweiligen Prozessen auf. Dies ist zum einen aus rechtsstaatlicher Perspektive hinsichtlich der Wahrung der Verfahrensrechte von Interesse, andererseits soll untersucht werden, inwieweit diese Personen sich in einem persönlich oder geschäftlich geprägten Verhältnis zueinander befanden. Die Art der Beziehungen und die Häufigkeit einer solchen Bindung bei Geschäftsanbahnungen geben Hinweise auf die Funktionsweise des Schwarzmarktes. Ausgehend von der Beobachtung, inwieweit der Handel über derartige Kanäle abgewickelt wurde, können die Absatz- und Beschaffungsmethoden innerhalb des Schwarzmarktes nachvollzogen werden. Auch die Bedeutung der (erweiterten) Familie ist dabei aufgrund der Charakteristika des schwarzen Marktes nicht zu unterschätzen.

Von besonderem Interesse sind schließlich auch die auf dem Schwarzmarkt gehandelten Waren. Dabei geht es zunächst um die dort veräußerten Gegenstände, angefangen beim Notwendigsten bis hin zu den Luxusgütern der damaligen Zeit. Diese Dinge stammten aus den unterschiedlichsten Quellen – sei es aus dem nahen Umland, von den amerikanischen Besatzungssoldaten, aus einst legal erworbenen Beständen oder aus vorangegangenen Straftaten. Die Verwendung, die die Täter für diese Waren fanden, war sehr unterschiedlich und stand naturgemäß oft im Zusammenhang damit, welchen Umfang die Schwarzmarktaktivitäten hatten. Die Menge der gehandelten Güter reichte nämlich von Kleinstmengen für den ausschließlichen Eigenbedarf bis hin zu einer Quantität, die mehr oder weniger ausgereifte professionelle und umfangreiche Handelsaktivitäten erforderte, mit denen sogar ein einträgliches Auskommen gesichert werden konnte. Das Bild eines sehr heterogenen Marktes vervollständigt schließlich auch die Preisgestaltung der Schwarzhändler, die äußerst viele Abstufungen enthielt und in hohem Maße von persönlichen oder geschäftlichen Einflüssen wie beispielsweise privaten Bindungen oder

weiteren Tauschgeschäften abhing. Demgemäß ging auch der von den Tätern erzielte Gewinn weit auseinander, sodass hier ebenfalls große Unterschiede zu Tage treten.

Der Nürnberger Schwarzmarkt zeichnete sich schlussendlich vor allem durch Beschaffungskriminalität aus. Daher sollen zwei der populärsten Methoden zum „Organisieren“ von Schwarzmarktwaren näher beleuchtet werden. Schwarzschlachtungen gehörten dabei ebenso wie Markenfälschungen aller Art zu den besonders häufig verwirklichten und strafrechtlich verfolgten Delikten. Daher soll für beide Handlungskomplexe das gesetzlich vorgeschriebene Prozedere im Rahmen des Viehhandels und der Schlachtung sowie der Markenproduktion und –ausgabe erläutert werden, um im Anschluss die in der Rechtsprechung abgeurteilten Verstöße gegen dieses System darzustellen. Beide Bereiche zeichneten sich durch ein besonders straffes Normenkorsett aus, das einschlägige Kriminalität verhindern sollte. Damit gingen naturgemäß starke Einschränkungen des täglichen Lebens und gerade im Falle von Schwarzschlachtungen auch der Eigentumsrechte einher. Dennoch fanden die Täter, die oftmals in beruflichem Kontakt mit den fraglichen Gegenständen standen, immer wieder Möglichkeiten, gegen diese Regulierungen zu verstoßen.

Mithilfe der beschriebenen Auswertungen soll in diesem Kapitel der Frage nachgegangen werden, wie sich bestimmte Tatsachen, wie beispielsweise der Anteil an Tätern pro Bevölkerungsgruppe oder die Häufigkeit bestimmter Delikte, erklären lassen. Dies steht eng in Verbindung mit der Fragestellung, was die Charakteristik eines Schwarzhändlers ausmachte, mithin welche äußeren Faktoren in der Person des Angeklagten oder in seinem Umfeld ihn zum Täter werden ließen. Dabei sollen auch Rückschlüsse auf die Mechanismen des Marktes selbst gezogen und untersucht werden, inwieweit es sich dabei Besonderheiten des Schwarzhandels in Nürnberg und Umland handelte.

c. Strafmaß

Das Strafmaß in all seinen Facetten ist Gegenstand des dritten Kapitels. Dabei soll zunächst die bloße Höhe der Strafe in statistischer Hinsicht untersucht werden. Davon ausgehend stellt sich die Frage, inwieweit das Strafmaß auch im Hinblick auf den jeweiligen gesetzlich vorgeschriebenen Strafraum mit den zentralen Normen der Schwarzmarktbekämpfung korrelierte und in welchem Zusammenhang die Strafhöhe und der einschlägige Straftatbestand standen. Schließlich ist es im Rahmen der Strafhöhe beachtlich, wie sich diese im Laufe des Untersuchungszeitraums veränderte und ob in manchen Phasen der Schwarzmarktrechtsprechung eine besondere Milde oder Strenge in den Sanktionen zu beobachten war. In eine ähnliche Richtung zielt der nächste Untersuchungsabschnitt, der sich der Analyse der zusätzlich verwirklichten Straftatbestände widmet. Dabei ist zum einen von Interesse, ob und wie häufig weitere schwarzmarktspezifische Strafnormen verletzt wurden. Zum anderen soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit außerdem allgemeine Kriminalität in Gestalt von Delikten nach dem StGB begangen wurde. Dabei soll darauf eingegangen werden, ob diese Straftaten im Zusammenhang mit der Höhe der Strafen oder der verletzten Norm der Schwarzmarktbekämpfung standen. Außerdem soll analysiert werden, ob und in welche Richtung sich der Anteil der zusätz-

lich verwirklichten Straftatbestände, seien es solche des allgemeinen Strafrechts oder solche der Schwarzmarktbekämpfung, veränderte.

Im zweiten Hauptabschnitt des Kapitels sollen die Strafzumessungserwägungen analysiert werden. Diese werden in strafscharfende und strafmildernde Umstände unterteilt und für sich genommen analysiert. In beiden Fällen sind die etablierten und bis heute gängigen Kategorien der Strafzumessung ebenso relevant wie die Verknüpfung mit den zeittypischen Umständen. So spielte der erst kurz zurückliegende Krieg mit seinen Folgen eine ebenso gewichtige Rolle wie das von chaotischen Umständen geprägte Kriegsende. Eine zentrale Erwägung stellte außerdem die Ernährungssituation dar, die für die allgemeine Notlage verantwortlich war. Im Rahmen dieser Beobachtungen ist es ebenfalls aufschlussreich, den Tonfall der Richter zu untersuchen. Einzelne, sich teils wiederholende Äußerungen eröffnen die Gelegenheit, einen Einblick in die Gedankenwelt der Richter zu erhalten und so auch gesellschaftliche Tendenzen zu verfolgen. An kaum einer anderen Stelle in den Urteilen äußerten die Strafkammern ihre Auffassung so frei und unverblümt. Der Wortlaut einiger Aussagen ermöglicht es so, die richterliche Objektivität zu prüfen und gleichzeitig ein verhältnismäßig unverfälschtes Bild von den vorherrschenden moralischen Ansichten der damaligen Zeit zu erhalten.

Schlussendlich sollen einige Äußerungen des LG Nürnberg-Fürth zum Anlass genommen werden, um zu untersuchen, wie sich bestimmte, eher ungewöhnliche Faktoren auf das Strafmaß auswirkten. Dabei ist die mögliche Andersbehandlung von Frauen ebenso von Interesse wie eine zurückliegende KZ-Inhaftierung, eine lange Kriegsgefangenschaft oder weitere Kriegsfolgen. Es stellt sich die Frage, ob sich das Vorliegen eines solchen Umstandes in der Strafhöhe selbst niederschlug und darüber hinaus in strafmildernder oder strafscharfender Form bei der Strafzumessung Erwähnung fand.

Ziel des Kapitels ist es somit, das Strafmaß umfassend zu beleuchten. Es wird erwartet, dass so die Arbeit der Richter auch im Hinblick auf ihre Neutralität hin untersucht werden kann und außerdem Hinweise darauf gegeben werden, wie die Justiz mit den klassischen Konflikten des schwarzen Marktes umging. Gerade anhand einzelner Aussagen kann unter Umständen auch nachvollzogen werden, inwieweit die Angeklagten selbst, aber auch einzelne Bevölkerungsgruppen hinsichtlich ihrer Stellung in der Gesellschaft betrachtet wurden. Außerdem können Rückschlüsse auf die Meinungen und Werte eben dieser Gesellschaft gezogen werden. Nicht zuletzt darf angenommen werden, dass sich die wirtschaftlichen und historischen Entwicklungen und Ereignisse der damaligen Zeit im Strafmaß und seiner Begründung widerspiegeln.

d. Arbeitsweise der Gerichte

Das vierte und letzte Kapitel hat die Aufgabe, die Arbeitsweise der Gerichte zu untersuchen. Auch dieses Kapitel gliedert sich in drei Komplexe. Der Erste beschäftigt sich mit rechtsstaatlichen Aspekten. Dabei ist zunächst die Untersuchungshaft von Interesse. Die Dauer der Inhaftierung im Hinblick auf die Wahrung des Rechts auf ein zügiges Verfahren soll im Verlaufe der Jahre ebenso untersucht werden, wie die Begründungen zur Anrechnung oder Nichtanrechnung der Untersuchungshaft. Im Anschluss soll sich der

Fragestellung angenähert werden, warum es sich bei den Urteilen zur Schwarzmarktkriminalität in Nürnberg nur um eine verhältnismäßig geringe Anzahl handelt. Die mutmaßlichen Gründe hierfür dürften einige der Beobachtungen in ein neues Licht rücken. Bedeutsam ist auch die sich anschließende Untersuchung der unterschiedlichen Rechtsmittel. In erster Linie sind dabei die Revisionen von Interesse, bei denen analysiert werden soll, wie häufig sie – auch unter Berücksichtigung des zeitlichen Verlaufes – eingelegt wurden und inwieweit sie erfolgreich waren. Zuletzt soll die Arbeitsweise des OLG Nürnberg als Revisionsinstanz betrachtet werden. Ausgehend von den in den Rechtsmitteln relevanten Themen kann so nicht nur die Argumentationsweise des OLG, sondern auch die Bedeutung, die dem Revisionsgericht durch seine Entscheidungen zukam, untersucht werden.

Aufmerksamkeit soll anschließend auch der Aktenführung zuteil werden. Dabei sind insbesondere der Umfang der Ausführungen und die Sauberkeit der Akte selbst von Interesse, um so Rückschlüsse auf die Art und Weise der Urteilsfindung ziehen zu können und um zu untersuchen, inwieweit die Besonderheiten der damaligen Zeit die Rechtsprechung prägten. Außerdem wird der Tonfall der Ausführungen, der bereits in den vorherigen Kapiteln immer wieder Gegenstand der Untersuchung war, zusammenfassend beurteilt.

Im letzten Teil soll die Argumentationsweise der Strafkammern des LG und am Rande auch des OLG Aufmerksamkeit geschenkt werden. Dabei werden einzelne Urteile aus unterschiedlichen Phasen der Schwarzmarktrechtsprechung herausgegriffen. Die Auseinandersetzung der Richter mit dem Verteidigungsvorbringen soll weniger auf einer inhaltlichen, als vielmehr auf einer technischen Basis untersucht werden. Die Art und Weise, mit der sich die jeweilige Strafkammer mit den Argumenten der Angeklagten beschäftigte, soll dabei im Hinblick auf unterschiedliche Aspekte genauer beleuchtet werden. So ist die Ausführlichkeit der Argumentation ebenso von Interesse wie gewisse bewusst oder unbewusst gelassene Lücken. Ebenso soll der Einhaltung der Verfahrensrechte, der grundsätzlichen Schlüssigkeit der Darlegungen und den zugrundeliegenden, möglicherweise auch sachfremden Leitmotiven der Entscheidung Aufmerksamkeit geschenkt werden. Diese Analyse bietet so die Möglichkeit, sich anhand von Einzelfällen stellvertretend vertieft mit der Argumentationsweise der Richter zu beschäftigen, was aufgrund der Menge nicht bei allen Richtersprüchen möglich wäre.

Ziel des gesamten Kapitels ist es so, die Arbeitsweise der Gerichte hinsichtlich ihrer Qualität aus verschiedenen Perspektiven zu beurteilen. Dabei ist die Wahrung von Verfahrensrechten und rechtsstaatlichen Garantien ebenso von Interesse wie die einzelfallbezogene Auseinandersetzung der Richter mit dem Vorbringen der Angeklagten. Außerdem kann so analysiert werden, inwieweit sich die besonderen Zeitumstände auf die Rechtsprechung auswirkten. Nicht zu vernachlässigen ist schlussendlich auch die Möglichkeit, durch die vertiefte Auseinandersetzung mit der Argumentation einzelner Urteile die von den Richtern vorgenommenen Wertungen im Hinblick auf die essentiellen moralischen Fragestellungen zu untersuchen. Das Kapitel soll so die Grundlage dafür bieten, die Erkenntnisse der bisher vorgenommenen Forschung abschließend in den

Kontext des richterlichen Arbeitens zu stellen. Sofern diese Arbeit weitgehend glaubwürdig und überzeugend war, verleiht dies der Rechtsprechung weiteres Gewicht.

KAPITEL 1: RECHTSGRUNDLAGEN

Zum juristischen Verständnis der Problematik der Schwarzmarktbekämpfung ist ein detaillierter Blick auf die Rechtsgrundlagen unerlässlich. Unter Rechtsgrundlagen sind dabei die strafrechtlichen Normen – Gesetze sowie Verordnungen – zu verstehen, die von den Gerichten als Basis ihrer Rechtsprechung angewandt wurden. Dieses Kapitel befasst sich dabei ausschließlich mit denjenigen Normen, die die Nürnberger Gerichte zur strafrechtlichen Beurteilung des Handelns der Angeklagten verwendeten. Andere Bestimmungen werden nur erläutert, soweit dies zum besseren Verständnis notwendig ist. Das bedeutet auch, dass nur spezifische Bestimmungen der amerikanischen Besatzungsmacht und Landesgesetze, die von der bayerischen Regierung erlassen wurden, Berücksichtigung finden.

Nach einer kurzen Darstellung der relevanten strafrechtlichen Bestimmungen sollen die in der Rechtsprechung zu Tage getretenen Abgrenzungsschwierigkeiten und Konflikte in ihrem Anwendungsbereich analysiert werden. Der letzte Abschnitt befasst sich mit der Interpretation der Rechtsbegriffe der Normen und wertet aus, auf welche Art und Weise die Richter die teils unbestimmten Termini mit Leben füllten.

1. Gesetzssystem

Das in der Zeit von 1945 bis 1949 geltende Gesetzssystem bestand in erster Linie aus Vorschriften der Zeit vor dem Kriegsende sowie aus der Gesetzgebung der Besatzungsmächte. Ziel dieses Abschnittes ist es, den Anwendungsbereich und Inhalt der wichtigsten Gesetze darzustellen und – soweit möglich – die ihnen zugrundeliegenden gesetzgeberischen Intentionen zu beleuchten. Dies dient dem besseren Verständnis der folgenden Abschnitte.

a. Gesetze aus der Zeit vor 1945

Die meisten der strafrechtlich relevanten Normen stammten aus der Kriegszeit selbst. Doch auch weitere nationalsozialistisch geprägte Gesetze aus der Zeit vor dem Krieg und auch Normen aus den Jahren vor 1933 sollen an dieser Stelle weiter beleuchtet werden. Besondere Aufmerksamkeit ist dabei darauf zu lenken, dass einige Bestimmungen bei ihrem Erlass einem ganz anderen, oftmals nationalsozialistisch geprägten, Zweck dienten, als dies bei ihrer späteren Verwendung in der Nachkriegszeit der Fall war.

aa. Kriegswirtschaftsverordnung⁵⁵

Die Kriegswirtschaftsverordnung (KWVO) trat am 04. September 1939 in Kraft, also kurz nach Beginn des Zweiten Weltkrieges. Nochmals verschärft wurde die KWVO durch die Verordnung zur Ergänzung der Kriegswirtschaftsverordnung im Jahre 1942.

⁵⁵ Kriegswirtschaftsverordnung, 04. September 1939, RGBl. 1939, Teil I, S. 1609 ff; geändert durch Verordnung zur Ergänzung der Kriegswirtschaftsverordnung, 25. März 1942, RGBl. 1942, Teil I, S. 147 f. (fortan: KWVO).

Ausweislich ihrer Präambel hatte sie das Ziel, alle verfügbaren Kräfte und Mittel für den Krieg zu mobilisieren. Die damit einhergehenden Einschränkungen hatte der Bevölkerung in Kauf zu nehmen, damit das wirtschaftliche Leben aufrechterhalten werden konnte. Die KWVO wurde dabei als wirtschaftlicher Teil der Mobilmachung verstanden.⁵⁶ Außerdem sollte sie das staatliche Versorgungssystem schützen und die wegen der strengen Bewirtschaftung zu erwartenden Schwarzmarktdelikte sanktionieren.⁵⁷ Dadurch sollte einer drohenden Instabilität innerhalb des Deutschen Reiches entgegenge wirkt werden.⁵⁸

Denknotwendigerweise bestand nur die zweite Intention der Verordnung über das Kriegsende hinaus fort: Die KWVO sollte die aus der weiterhin gravierenden Waren- und Rohstoffknappheit resultierende staatliche Steuerung der Wirtschaft strafrechtlich durchsetzen.⁵⁹ Während in der Kriegszeit diejenigen Vorschriften der KWVO, die sich mit Kriegssteuern und der Steuerung von Löhnen und Preisen befassten, mit den bedeutendsten Teil der Verordnung darstellten,⁶⁰ änderte sich dies nach Kriegsende. Mit der Besatzungszeit wurde § 1 zu der zentralen Norm der KWVO und der Schwarzmarkt bekämpfung als solcher. Demnach machte sich strafbar, wer „Rohstoffe oder Erzeugnisse, die zum lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung gehören, vernichtet, beiseite schafft oder zurückhält und dadurch böswillig die Deckung dieses Bedarfs gefährdet“.⁶¹ § 1 Abs. 2 KWVO stellte das Beiseiteschaffen, Fälschen und Verwenden gefälschter Bezugsberechtigungen unter Strafe. Ebenfalls bedeutsam blieb § 1a KWVO, der Tauschgeschäfte basierend auf dem Erhalt oder der Erwartung eines Vorteils für Personen, die in Ausübung eines Gewerbes oder Berufs handelten, untersagte. Erwähnenswert ist dabei, dass Voraussetzung für die Anwendbarkeit der KWVO (im Gegensatz zur Verbrauchsregelungsstrafverordnung) nicht die formale Bewirtschaftung der betroffenen Güter war, sondern das eher praktisch angelegte Erfordernis, ob die Gegenstände zum lebenswichtigen Bedarf gehörten. Für den subjektiven Tatbestand des § 1 Abs. 1 KWVO waren Vorsatz und böswilliges Handeln erforderlich.⁶²

§ 1 KWVO regelte die Strafbarkeit für die meisten „klassischen“ Handlungen im Rahmen von Schwarzmarktaktivitäten wie zum Beispiel den schwarzen Handel, Schwarzschlachtungen oder die Fälschung von Lebensmittelmarken.⁶³ Die KWVO bildete damit das Herzstück und die Basis für die Verfolgung von Schwarzmarktdelikten.⁶⁴

Im Strafraumen der KWVO war zwingenderweise eine Gefängnis- oder Zuchthausstrafe, die bis zu unbeschränkter Höhe ausgesprochen werden konnte, vorgesehen. So

⁵⁶ Rauh-Kühne, Historische Zeitschrift 2002, Vol. 275 (1), S. 1 (15).

⁵⁷ Zierenberg, Geschichte in Köln 2003, Vol. 50 (1), S. 175 (181).

⁵⁸ Zierenberg, Geschichte in Köln 2003, Vol. 50 (1), S. 175 (181).

⁵⁹ V. Goetze, Juristische Rundschau 1948, Vol. 10, S. 263 (264).

⁶⁰ Vgl. Rauh-Kühne, Historische Zeitschrift 2002, Vol. 275 (1), S. 1 (15).

⁶¹ § 1 Abs. 1 S. 1 KWVO.

⁶² V. Goetze, Juristische Rundschau 1948, Vol. 10, S. 263 (265).

⁶³ Vgl. Zierenberg, Geschichte in Köln 2003, Vol. 50 (1), S. 175 (181).

⁶⁴ Vgl. auch Zierenberg, S. 81.

fern der Täter außerdem die Absicht hatte sich zu bereichern, war er gem. § 1 Abs. 3 KWVO zusätzlich zu einer Geldstrafe in unbeschränkter Höhe zu verurteilen. Ursprünglich war sogar die Todesstrafe für besonders schwere Fälle vorgesehen, die jedoch im Rahmen von Art. 4 des Gesetzes Nr. 1 der Militärregierung⁶⁵ außer Kraft gesetzt wurde. Aufgrund des Strafmaßes war es umstritten, ob eine Tat nach der KWVO als Vergehen oder als Verbrechen zu klassifizieren war, was besondere Relevanz im Hinblick auf die Versuchsstrafbarkeit hatte, da diese in der Verordnung nicht ausdrücklich zugelassen wurde.⁶⁶

Das Strafmaß, das die Verhängung der Höchststrafe der jeweiligen Zeit ermöglichte, zeigt welch hoher Unrechtsgehalt den Delikten der KWVO beigemessen wurde. In der Kriegszeit war der Grund dafür wohl in erster Linie in der Aufrechterhaltung der Disziplin an der „Heimatfront“ zu sehen.⁶⁷ In der Besatzungszeit dürfte dies eher mit den großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die ein energisches und abschreckendes Durchgreifen der zuständigen Stellen erforderte, zu begründen gewesen sein.

*bb. Verbrauchsregelungsstrafverordnung*⁶⁸

Der VRStVO lag der Gedanke zugrunde, dass aufgrund des vorherrschenden Mangels an vielen Gütern der Endverbraucher Waren nur dann beziehen durfte, wenn er dafür eine Bezugsberechtigung hatte.⁶⁹ Das aus diesem Grunde bestehende System aus verschiedenen Bewirtschaftungsvorschriften sollte und musste durch strafrechtliche Instrumente wie die VRStVO durchgesetzt werden.⁷⁰

Die beiden zentralen Normen der VRStVO stellten den Bezug von bezugsbeschränkten Gütern ohne Bezugsberechtigung sowie das Ausnutzen oder die Weitergabe von dem Täter nicht zustehenden Bezugsberechtigungen sowohl für Menschen, die in Ausübung eines Gewerbes oder Berufs handelten (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO) als auch für Verbraucher (§ 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO) unter Strafe. § 1 Abs. 1 Nr. 2-6 und § 2 Abs. 1 Nr. 1-3 VRStVO regelten weitere strafbare Handlungen in diesem Kontext. Der Bezug von bezugsbeschränkten Gütern ohne Bezugsberechtigung war dabei diejenige Alternative, die weitaus am häufigsten verwirklicht wurde. Auffällig ist bereits an dieser Stelle der Auslegungsspielraum, der durch den Begriff „Beziehen“ gegeben war. Der VRStVO fehlte außerdem ein Merkmal vergleichbar mit der Gefährdung der Bedarfsdeckung im Rahmen des § 1 Abs. 1 KWVO, weshalb sie auch Taten erfasste, bei denen deutlich geringere

⁶⁵ Gesetz Nr. 1 der Militärregierung – Aufhebung nationalsozialistischer Gesetze; Amtsblatt der Militärregierung Deutschlands 1944, S. 11 ff. (fortan: Gesetz Nr. 1 der Militärregierung).

⁶⁶ V. Goetze, Juristische Rundschau 1948, Vol. 10, S. 263 (264 f.).

⁶⁷ Zierenberg, Geschichte in Köln 2003, Vol. 50 (1), S. 175 (181).

⁶⁸ Verordnung über Strafen und Strafverfahren bei Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften auf dem Gebiet der Bewirtschaftung bezugsbeschränkter Erzeugnisse (Verbrauchsregelungs-Strafverordnung), 06. April 1940, RGBl. 1940, S. 610; geändert am 26. November 1941, RGBl. 1941, S. 734 (fortan: VRStVO).

⁶⁹ V. Goetze, Juristische Rundschau 1948, Vol. 10, S. 263 (266).

⁷⁰ V. Goetze, Juristische Rundschau 1948, Vol. 10, S. 263 (266).

Mengen betroffen waren und die daher nicht nach der KWVO strafbar waren. Sie orientierte sich ausschließlich an dem formalistischen Kriterium der Zwangsbewirtschaftung.

Gem. § 1 Abs. 1 VRStVO war der Strafraum für Täter, die in Ausübung eines Gewerbes oder Berufes handelten, Geldstrafe in unbeschränkter Höhe und Gefängnis. Deutlich milder konnte die Strafe für Täter nach § 2 Abs. 1 VRStVO ausfallen: Die Strafe war hier Geldstrafe bis zu 150 RM oder Gefängnis, wenn nicht ein schwerer Fall im Sinne des § 2 Abs. 4 VRStVO vorlag, der das gleiche Strafmaß wie § 1 Abs. 1 VRStVO beinhaltete und die Taten so spürbar schärfer sanktionierte. Gerade im Vergleich mit der KWVO fällt so das deutlich geringere Strafmaß auf. Auf Taten nach der VRStVO stand in keinem der Fälle Zuchthaus oder gar Todesstrafe und es war möglich, leichtere Taten mit nur niedriger Geldstrafe zu sanktionieren. Die dadurch entstandene Flexibilität stellte es in das Ermessen des Gerichts, nur in geringem Umfang tätig werdende Verbraucher relativ milde zu bestrafen.⁷¹ In Verbindung mit ihrem weiten Anwendungsbereich diente die VRStVO daher durchaus als eine Art Auffangtatbestand für leichtere Fälle neben der KWVO und war mit ihr zusammen eines der zentralen juristischen Mittel zur Bekämpfung des Schwarzmarktes.

cc. Preisstrafrechtsverordnung⁷²

Die kurz vor Kriegsbeginn erlassene PStRVO muss im engen Kontext mit den wirtschaftspolitischen Preisvorschriften gesehen werden. Normen wie beispielsweise die Preisstoppverordnung⁷³ oder die Anordnung über Preisbildung und Preisüberwachung in Bayern⁷⁴ legten die Preise und deren Entwicklung für viele Güter fest. Die entsprechenden Gesetze stammten aus der Zeit vor Beginn des Krieges und dienten der unmittelbaren wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung⁷⁵ oder wurden zur Fortführung dieser restriktiven Preispolitik unmittelbar nach dem Krieg erlassen. Anhand von Vorschriften wie dem Preisgesetz⁷⁶ ist erkennbar, dass die Preise noch weit über das Kriegsende hinaus reguliert blieben.

Wer solchen preisrechtlichen Anordnungen vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelte und damit Handel zu übersetzten Preisen betrieb, machte sich gem. § 1 PStRVO strafbar. Um die Ziele der restriktiven Preispolitik durchzusetzen, war ein derartiges strafrechtliches Instrumentarium unverzichtbar. Gem. § 8 der PStRVO war ein Verstoß mit Geldstrafe in bis zu unbeschränkter Höhe zu ahnden. Bedeutsam waren bei der

⁷¹ V. Goetze, Juristische Rundschau 1948, Vol. 10, S. 263 (266).

⁷² Verordnung über Strafen und Strafverfahren bei Zuwiderhandlungen gegen Preisvorschriften (Preisstrafrechtsverordnung), 03. Juni 1939, RGBl. 1939, S. 999, geändert am 26. Oktober 1944, RGBl. 1944, S. 264 (fortan: PStRVO).

⁷³ Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen, 26. November 1936, RGBl. 1936, S. 955.

⁷⁴ Anordnung über Preisbildung und Preisüberwachung in Bayern, 18. Juli 1945, GVBl. 1945 Nr. 1, S. 4.

⁷⁵ Vgl. Zierenberg, S. 23.

⁷⁶ Übergangsgesetz über Preisbildung und Preisüberwachung (Preisgesetz), 10. April 1948, Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1948, S. 27 (fortan: Preisgesetz).

Strafverfolgung außerdem § 4 PStRVO, der die Einziehung des erzielten Mehrerlöses regelte, und § 6 PStRVO, der ein Strafverlangen der zuständigen Behörde voraussetzte.

dd. Normen aus dem StGB

Im Rahmen des StGB waren im Kontext der Schwarzmarktrechtsprechung nur einige Normen relevant. Mehr oder weniger häufig wurden Straftatbestände wie Hehlerei, Begünstigung, Bestechung, Unterschlagung oder auch Urkundendelikte zusammen mit den klassischen Schwarzmarktdelikten verwirklicht.

Das StGB blieb während der Besatzungszeit grundsätzlich in Kraft, allerdings wurden durch das Kontrollratsgesetz Nr. 11 etliche Normen aufgehoben.⁷⁷ Art. I des KRG Nr. 11 setzte insbesondere Normen, die sich mit dem Staatsschutz befassten oder spezifisch auf den NS-Staat abgestimmt waren, außer Kraft. Der größte Teil des StGB und vor allem die meisten der klassischen StGB-Tatbestände, die auch bei der strafrechtlichen Verfolgung des Schwarzmarktes relevant waren, blieben jedoch in Kraft.⁷⁸

Es ist in diesem Kontext darauf hinzuweisen, dass keiner der Straftatbestände des StGB Schwarzmarktdelikte spezifisch regelte. Diese unterlagen lediglich auf Grundlage der in diesem Abschnitt dargestellten gesonderten Gesetze und Verordnungen der strafrechtlichen Verfolgung. Die Strafbarkeit nach dem StGB konnte sich daher allenfalls aus im Zusammenhang mit diesen Taten begangenen, weiteren Handlungen ergeben.

ee. Thematische Spezialgesetze

Neben diese zentralen Verordnungen und Gesetze zur Bekämpfung des Schwarzmarktes trat eine Vielzahl von Spezialnormen, die sich mit einzelnen Aspekten des illegalen Handels beschäftigten. Ihr Anwendungsbereich war oft nur klein und auf Sonderprobleme wie zum Beispiel besonders schützenswerte Waren beschränkt.

Im Einzelnen ist dabei insbesondere das Fleischbeschaugesetz⁷⁹ zu nennen, welches das Schlachten von Tieren weitgehend staatlicher Aufsicht unterwarf und Strafbestimmungen enthielt, die einen Verstoß gegen die genannten Vorschriften mit Haft- oder Geldstrafe sanktionierten. Auch die Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von Tieren und tierischen Erzeugnissen⁸⁰ und das Branntweinmonopolhinterziehungsgesetz⁸¹, die exemplarisch für viele andere Spezialgesetze an manchen Stellen eine Rolle in der vorliegenden Rechtsprechung spielten, sind erwähnenswert. Relevant war außer-

⁷⁷ Kontrollratsgesetz Nr. 11 – Aufhebung einzelner Bestimmungen des deutschen Strafrechts, 04. Februar 1946 (fortan: KRG Nr. 11).

⁷⁸ Vgl. Conrad, Juristische Rundschau 1947, Vol. 3, S. 65.

⁷⁹ Fleischbeschaugesetz in der Fassung vom 29. Oktober 1940, RGBl. 1940, S. 1463.

⁸⁰ Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, 27. August 1939, RGBl. 1939, S. 1521 zuletzt geändert durch die Verordnung zur Änderung der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von Tieren und tierischen Erzeugnissen, 21. Oktober 1943, RGBl. 1943, S. 576 (fortan: Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von Tieren und tierischen Erzeugnissen).

⁸¹ Gesetz über das Branntweinmonopol, 01. Oktober 1922, RGBl. 1922, S. 405.

dem die Verordnung über die Auskunftspflicht⁸², die bereits etliche Jahre vor dem Krieg in Kraft getreten war und es unter Strafe stellte, wenn Unternehmer verpflichtende Angaben über ihre Vorräte oder Preise unterließen.

Die Existenz derart spezifischer Normen zeigt, in welchem hohem Maße der Umgang mit Lebensmitteln staatlich gelenkt war. Auch diese Vielzahl und Vielfältigkeit führte dazu, dass sich die Rechtslage eher unübersichtlich darstellte.

b. Gesetze nach Kriegsende

Nach dem Kriegsende wurden die meisten Gesetze von den Besatzungsmächten erlassen. Mithin stammten die entsprechenden Regelungen in Bayern von den Amerikanern. Hinzu kamen einige Gesetze der neu eingesetzten bayerischen Landesregierung.

aa. Kontrollratsgesetz Nr. 50⁸³

Das KRG Nr. 50 ist gerade im Vergleich mit den zuvor besprochenen deutschen Verordnungen auffallend knapp gefasst. Gem. Art. I machen sich

„Personen, denen die Herstellung, Verwaltung, Beförderung oder Obhut von zwangsbewirtschafteten Nahrungsmitteln oder zwangsbewirtschafteten Gütern aller Art, einschließlich solcher, die sich im Herstellungsverfahren befinden, oder von Urkunden, die sich auf Zwangsbewirtschaftung beziehen, obliegt, wenn sie solche Gegenstände entwenden oder vorsätzlich deren Entwendung, widerrechtliche Vergeudung oder widerrechtlichen Gebrauch gestatten“

strafbar.⁸⁴ Art. II regelte die fahrlässige Begehungsweise. Eine immanente Einschränkung wie im Falle der KWVO die Bedarfsgefährdung war hier nicht vorgesehen, sodass davon auszugehen ist, dass ähnlich wie im Rahmen der VRStVO auch geringste Taten sanktioniert wurden.⁸⁵ Das KRG Nr. 50 erfasste nur Personen, die eine besonders enge berufliche Verbindung zu den geschützten Gütern und Urkunden haben. Dies schränkte den Anwendungsbereich des Gesetzes verglichen mit der KWVO zweifellos ein, obwohl angemerkt werden muss, dass gerade die vom KRG Nr. 50 adressierte Personengruppe diejenige mit den häufigsten Straftaten in diesem Bereich war.

Das Gesetz brachte zu seinem Inkrafttreten 1947 zum einen die Neuerung, dass Schwarzhändler, die in einem für die Ernährungswirtschaft besonders verantwortungsvollen Beruf arbeiteten, einer höheren Mindeststrafe ins Auge zu blicken hatten.⁸⁶ Außerdem schloss es eine strafrechtliche Lücke bestehend in denjenigen Fällen, in denen die Täter den Missbrauch von zwangsbewirtschafteten Gütern oder von Bezugsberechtigun-

⁸² Verordnung über die Auskunftspflicht, 13. Juli 1923, RGBl. 1923, S. 723.

⁸³ Kontrollratsgesetz Nr. 50 – Bestrafung der Entwendung und des rechtswidrigen Gebrauchs von zwangsbewirtschafteten Nahrungsmitteln und von Gütern und von Urkunden, die sich auf Zwangsbewirtschaftung beziehen, 20. März 1947 (fortan: KRG Nr. 50).

⁸⁴ Art. I KRG Nr. 50.

⁸⁵ Ähnlich auch v. Goetze, Juristische Rundschau 1948, Vol. 10, S. 263 (268).

⁸⁶ Vgl. v. Goetze, Juristische Rundschau 1948, Vol. 10, S. 263 (267).

gen durch andere Personen ermöglichten ohne selbst eine in der KWVO sanktionierte Handlung vorzunehmen.⁸⁷

Bereits die Präambel des KRG Nr. 50 gab die Intention des Gesetzes zu erkennen – nämlich den Schutz von Lebensmitteln, anderen zwangsbewirtschafteten Gütern und den entsprechenden Urkunden für die deutsche Bevölkerung. Mit strengen Strafen sollten Täter abgeschreckt werden, um so die Versorgung zu gewährleisten.⁸⁸ Die Strafandrohung des KRG Nr. 50 war nämlich sogar noch höher als die der KWVO. Obgleich die Geldstrafe auf 5.000 bis 500.000 RM beschränkt war, fiel stark ins Gewicht, dass sowohl eine Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe von mindestens sechs Monaten bis hin zu lebenslänglich als auch eine Geldstrafe zwingend vorgesehen waren. Der Strafraum war damit ähnlich hoch wie bei der KWVO, sah darüber hinaus aber eine nicht unerhebliche Mindeststrafe vor. Insbesondere die Geldstrafe galt in jener Zeit der allgemeinen Armut als enorme Bedrohung für die Existenz und als extrem hoch.⁸⁹ Die Strafen des KRG Nr. 50 wurden von zeitgenössischen Stimmen daher als „drakonisch“ bezeichnet.⁹⁰

Der Erlass des KRG Nr. 50 fiel in die Zeit der größten Engpässe in der Nahrungsmittelbeschaffung Anfang 1947, in der die Alliierten diverse Maßnahmen zur strengeren Durchsetzung der Zwangsbewirtschaftung ergriffen, um so ihr Überleben zu sichern.⁹¹ Seit seinem Inkrafttreten war das KRG Nr. 50 das zentrale Gesetz zur Schwarzmarktbekämpfung innerhalb des Besatzungsrechts.

bb. Gesetz Nr. 3 der bayerischen Landesregierung⁹²

Das Gesetz Nr. 3 regelte das Verhältnis der bayerischen Bevölkerung zu der amerikanischen Besatzungsmacht und ihren Anordnungen. Es setzte die Befolgung amerikanischer Normen im Kontext der Besatzung und das erwartete Verhalten gegenüber den Soldaten strafrechtlich durch. Im Rahmen der Schwarzmarktbekämpfung war dabei insbesondere Ziff. 9 relevant. Das Gesetz Nr. 3 sah dort Geld- Haft- oder in schweren Fällen auch Zuchthausstrafe vor, wenn jemand Eigentum der alliierten Streitkräfte oder eines Armeeingehörigen unbefugt besaß, darüber verfügte oder anderweitig störend darauf einwirkte.

Indem schon der Besitz von amerikanischen Gegenständen weitestgehend illegal war, bedeutete dies, dass Menschen, die solche Waren auf dem Schwarzmarkt verkaufen wollten, sich bereits strafbar machten, ehe sie überhaupt ein Geschäft angebahnt hatten. Die Regelung sollte wohl verhindern, dass die begehrten Güter der Besatzungsmacht und ihrer Angehörigen überhaupt Zugang zum deutschen Schwarzmarkt fanden.

⁸⁷ Schmidt, Deutsche Rechts-Zeitschrift 1948, S. 412.

⁸⁸ V. Goetze, Juristische Rundschau 1948, Vol. 10, S. 263 (267).

⁸⁹ Schmidt, Deutsche Rechts-Zeitschrift 1948, S. 412.

⁹⁰ V. Goetze, Juristische Rundschau 1948, Vol. 10, S. 263 (267); ähnlich auch Schmidt, Deutsche Rechts-Zeitschrift 1948, S. 412.

⁹¹ Trittel, S. 110 ff.

⁹² Gesetz Nr. 3 über die Bestrafung von Verfehlungen gegen die Anordnungen der Besatzungsbehörden, 16. Oktober 1945, GVBl. 1945 Nr. 6, S. 2.

cc. Weitere Gesetze

Neben den bereits erwähnten Gesetzen existierten zahlreiche weitere Normen, die sich mit der Schwarzmarktbekämpfung befassten. Viele von ihnen spielten aber kaum eine Rolle in der vorliegenden Rechtsprechung oder – ähnlich einigen Gesetzen aus der Zeit vor der Besatzung – befassten sich mit einem kleinen speziellen Bereich, der ihre praktische Bedeutung einschränkte.

Das Gesetz zur Bekämpfung des schwarzen Marktes⁹³ regelte beispielsweise gemeinsam mit seiner Durchführungsverordnung⁹⁴ ein Versammlungsverbot, indem es Zusammenkünfte von mehr als vier Personen zum Austausch von Waren untersagte und strafrechtlich sanktionierte.

Das Bewirtschaftungsnotgesetz⁹⁵ ermächtigte den Wirtschaftsrat in § 1 Abs. 1 zum Erlass von Verordnungen, die die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sicherstellen sollten und regelte gleichzeitig auch die Bestrafung von Verstößen gegen diese Verordnungen.

dd. Straffreiheitsgesetz vom 24. Januar 1948⁹⁶

Für die Länder der amerikanischen Besatzungszone war es durchaus üblich, nach dem Inkrafttreten ihrer Landesverfassungen Amnestiegesetze zu erlassen.⁹⁷ Diese Gesetze wurden teilweise als sehr weitgehend betrachtet.⁹⁸ Zumindest für andere Bundesländer ist bekannt, dass die Straffreiheitsgesetze auch der Entlastung der ohnehin knapp besetzten und an der Belastungsgrenze agierenden Gerichte dienen sollten.⁹⁹

Das in Bayern geltende Straffreiheitsgesetz von 1948 gewährte beim Vorliegen bestimmter Voraussetzungen Amnestie. Straftaten, die wegen einer unverschuldeten Notlage des Täters oder seiner Angehörigen, unter dem Einfluss der Kriegsverhältnisse oder der allgemeinen Verwirrung beim Zusammenbruch begangen worden waren, kamen grundsätzlich für eine Amnestie in Frage.¹⁰⁰ Beim Vorliegen einer dieser Grundvoraussetzungen waren die Anforderungen der §§ 2 bis 4 zu prüfen. Demnach kam es auf die bereits verhängte oder zu erwartende Strafe an. Sofern sich die Bestrafung, abhängig davon, wann die Tat begangen worden war,¹⁰¹ im Bereich zwischen einem Jahr Gefängnis

⁹³ Gesetz zur Bekämpfung des schwarzen Marktes, 25. September 1945, GVBl. 1945 Nr. 2, S. 1.

⁹⁴ Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Bekämpfung des schwarzen Marktes, 25. September 1945, GVBl. 1945 Nr. 2, S. 2.

⁹⁵ Gesetz über Notmaßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Ernährung und des Verkehrs (Bewirtschaftungsnotgesetz), 30. Oktober 1947, Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1948, S. 3 (fortan: Bewirtschaftungsnotgesetz).

⁹⁶ Gesetz Nr. 97 über die Gewährung von Straffreiheit anlässlich des Jahrestages des Inkrafttretens der Bayerischen Verfassung vom 24. Januar 1948, GVBl. 1948 Nr. 1, S. 3 f. (fortan: Straffreiheitsgesetz).

⁹⁷ Kern, Juristische Rundschau 1949, Vol. 0 (12), S. 367.

⁹⁸ Kern, Juristische Rundschau 1949, Vol. 0 (12), S. 367.

⁹⁹ Mörchen, S. 204 ff.

¹⁰⁰ § 1 Straffreiheitsgesetz.

¹⁰¹ Für Delikte, die vor dem 08. Dezember 1946 begangen worden waren, galten mildere Voraussetzungen als für solche zwischen dem 08. Dezember 1946 und dem 01. Oktober 1947 oder gar solche nach dem 01.

und 5.000 RM Geldstrafe oder neun Monaten Gefängnis und 5.000 RM Geldstrafe be-
 fand, wurde sie erlassen oder das Verfahren eingestellt bzw. gar nicht erst eingeleitet.
 Eine Besonderheit bestand darüber hinaus für § 4: Strafen, die niedriger als sechs Mo-
 nate Gefängnis und 3.000 RM Geldstrafe waren und vor dem Stichtag am 01. Oktober
 1947 begangen worden waren, wurden auch ohne das Vorliegen der Voraussetzungen
 des § 1 erlassen. Im Ergebnis bedeutete dies, dass solche geringeren Strafen, wenn sie vor
 dem Stichtag begangen worden waren, generell erlassen wurden und bei höheren Stra-
 fen abhängig vom Zeitpunkt der Tatbegehung zusätzlich ein besonderer Grund vorlie-
 gen musste.

Diesem Straffreiheitsgesetz folgten nach der Gründung der Bundesrepublik noch wei-
 tere Amnestiegesetze mit ähnlichem Inhalt, denen jedoch keine derart große Bedeutung
 auch in ethischer Hinsicht mehr zukam.

*ee. Wirtschaftsstrafgesetz*¹⁰²

Das Wirtschaftsstrafgesetz wurde 1949 vom Wirtschaftsrat beschlossen. Es regelte in
 § 102 die Aufhebung zahlreicher Vorschriften zur Schwarzmarktbekämpfung wie bei-
 spielsweise die KWVO, VRStVO oder die PStRVO und ersetzte sie durch eigene Nor-
 men mit weitgehend ähnlichem Inhalt.¹⁰³ Der Titel „Gesetz zur Vereinfachung des
 Wirtschaftsstrafrecht“ ist dabei symptomatisch, wurden doch durch das Gesetz die zahl-
 reichen verstreuten strafrechtlichen Normen vereinfacht und einheitlich in einem Ge-
 setz zusammengefasst. Das Strafmaß erhöhte sich dabei gerade für die leichteren, früher
 im Rahmen der VRStVO geregelter, Delikte spürbar.¹⁰⁴

Obwohl sich die Rechtslage insgesamt durch das neue Gesetz nicht allzu sehr geän-
 dert hatte, sondern die Straftatbestände trotz der einsetzenden wirtschaftlichen Ent-
 spannung aufrechterhalten wurden, kann das Wirtschaftsstrafgesetz dennoch als Zei-
 chen einer neuen Zeit gesehen werden. Es wurde nach Gründung der Bundesrepublik
 erlassen und fiel in eine Zeit, in der der Bewirtschaftung zunehmend weniger Bedeutung
 zukam.¹⁰⁵ Das Wirtschaftsstrafgesetz läutete das Ende der Rechtsprechung zu Schwarz-
 marktdelikten ein.

c. Zusammenfassung

Betrachtet man die bereits vor 1945 bestehenden und die erst nach dem Krieg erlassenen
 Normen gemeinsam, ergeben sich vier wichtige Säulen der juristischen Schwarzmarkt-
 bekämpfung: Die KWVO, die versorgungsgefährdende Delikte größeren Ausmaßes be-
 strafte, die VRStVO, die sich mit kleineren Vergehen gegen die Bewirtschaftungsbestim-

Oktober 1947; je näher die Tat also am Kriegsende lag, desto höher durfte die Strafe ausfallen, um noch
 unter die Amnestie zu fallen.

¹⁰² Gesetz zur Vereinfachung des Wirtschaftsstrafrecht (Wirtschaftsstrafgesetz), 26. Juli 1949, Gesetzblatt
 der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1949, S. 193 (fortan: Wirtschaftsstrafgesetz).

¹⁰³ Vgl. auch Nüse, Juristische Rundschau 1949, Vol. 13, S. 401.

¹⁰⁴ Nüse, Juristische Rundschau 1949, Vol. 13, S. 401.

¹⁰⁵ Vgl. Nüse, Juristische Rundschau 1949, Vol. 13, S. 401.

mungen befasste, die Verstöße gegen das Preisrecht sanktionierende PRStVO und das KRG Nr. 50, das besonders hohe Strafen für Personen mit persönlicher Verantwortung für zwangsbewirtschaftete Gegenstände vorsah.

Daneben trat eine Vielzahl von spezifischen Gesetzen, die besondere Teilbereiche der Bewirtschaftung und die strafrechtliche Sanktion von Verstößen gegen diese regelten, sowie Straftatbestände aus dem StGB, die im Kontext von Schwarzmarktdelikten verwirklicht wurden. Die Menge an Gesetzen, Verordnungen, Anordnungen und sonstigen Bestimmungen, die sich dem Ziel der Durchsetzung und Sicherung der Bewirtschaftung und der Bekämpfung des schwarzen Marktes verschrieben hatten, ist groß und unübersichtlich, zeigt aber gleichzeitig auch die herausragende Bedeutung, die diesem Thema zukam. Eine Vereinfachung erfuhr dieser Regelungsbereich erst durch das Wirtschaftsstrafgesetz 1949, das gemeinsam mit dem Straffreiheitsgesetz von 1948 das langsame Ende der Rechtsprechung zum Schwarzmarkt einläutete.

2. Abgrenzung der Anwendungsbereiche der Gesetze

Angesichts der Vielzahl an Gesetzen aus unterschiedlichen Zeiten waren Diskussionen über ihre sich teils überschneidenden Anwendungsbereiche unvermeidlich. Die Richter hatten sich dabei insbesondere mit der Frage zu befassen, ob die Gesetze aus der Zeit des Nationalsozialismus auch nach Kriegsende weiterhin Anwendung finden konnten und durften und in welchem Verhältnis die KWVO und das KRG Nr. 50 zueinander standen. Darüber hinaus waren der Anwendungsbereich der KWVO und der VRStVO voneinander abzugrenzen und, ganz am Ende des untersuchten Zeitraums, die Frage zu beantworten, wie sich das Inkrafttreten des Wirtschaftsstrafgesetzes auf die weitere Verwendung der KWVO auswirkte.

a. Umgang mit Normen aus der Zeit von 1933-1945

Bevor die konkreten Konflikte bei der Anwendung der Gesetze näher erläutert werden, soll an dieser Stelle zum besseren Verständnis allgemein erörtert werden, wie mit den im Dritten Reich erlassenen Gesetzen in der Nachkriegszeit umgegangen wurde.

Dem Gesetz Nr. 1 der Militärregierung nach blieben die nationalsozialistischen Gesetze zunächst in Kraft.¹⁰⁶ Davon wurden jedoch etliche Ausnahmen gemacht: Diejenigen Gesetze, die dem nationalsozialistischen Gedankengut zum Durchbruch verholfen hatten und charakteristisch für das Dritte Reich waren, wurden direkt oder indirekt für unanwendbar erklärt.¹⁰⁷ Neben denjenigen Gesetzen, deren Verwendung explizit ausgeschlossen war,¹⁰⁸ galt für die übrigen Normen:

„Kein deutscher Rechtsatz, gleichgültig wie und wann erlassen oder verkündet, darf durch die Gerichte oder die Verwaltung innerhalb des besetzten Gebietes angewendet werden, falls solche Anwendung im Einzelfalle Ungerechtigkeit und Ungleichheit ver-

¹⁰⁶ Vgl. auch Conrad, Juristische Rundschau 1947, Vol. 3, S. 65.

¹⁰⁷ Gesetz Nr. 1 der Militärregierung, Art. I, II.

¹⁰⁸ Auflistung in Gesetz Nr. 1 der Militärregierung, Art. I.

ursachen würde, indem entweder (a) jemand wegen seiner Beziehungen zur NSDAP, zu deren Gliederungen, angeschlossenen Verbänden oder betreuten Organisationen begünstigt wird, oder (b) jemandem wegen seiner Rasse, Staatsangehörigkeit, seines Glaubensbekenntnisses oder seiner Gegnerschaft zur NSDAP und deren Lehren Nachteile zugefügt werden.“¹⁰⁹

Des Weiteren wurde die Anwendung der dann noch verbleibenden Gesetze in ihrer Auslegung limitiert:

„Die Auslegung oder Anwendung des deutschen Rechts nach nationalsozialistischen Grundsätzen, gleichgültig wann und wo dieselben kundgemacht wurden, ist verboten.

Entscheidungen der deutschen Gerichte, deutscher Amtsstellen und Beamten, oder juristischer Aufsätze, die nationalsozialistische Ziele oder Lehren erklären oder anwenden, dürfen in Zukunft nicht mehr als Quelle für die Auslegung oder Anwendung deutschen Rechts zitiert oder befolgt werden.

Deutsches Recht, das nach dem 30. Januar 1933 in Kraft trat und in Kraft bleibt, ist so auszulegen und anzuwenden, wie es seinem einfachen Wortlaut entspricht. Der Gesetzeszweck und die Auslegungen, die in Versprüchen oder anderen Erklärungen enthalten sind, bleiben bei der Auslegung außer Betracht.“¹¹⁰

Diese Auslegungsregeln waren demnach die Grundlage für die Anwendung der Gesetze aus der Zeit des Nationalsozialismus, die weiterhin in Kraft blieben.

Die von den Besatzungsmächten erlassenen Gesetze und Verordnungen traten grundsätzlich neben die bereits bestehenden Bestimmungen und ergänzten sie weitgehend, soweit sie nicht früheres Recht explizit aufhoben.

b. Anwendung der Normen aus der Zeit von 1933-1945 in der Nachkriegszeit

In der Anfangszeit der Schwarzmarktrechtsprechung nach dem Krieg wurde der Umgang mit Gesetzen aus der Zeit des Nationalsozialismus des Öfteren thematisiert. Die Strafkammern nahmen Stellung zur Anwendbarkeit der einschlägigen Gesetze – insbesondere der KWVO als zentraler Bestimmung der Schwarzmarktbekämpfung – sofern diese von der Verteidigung bestritten wurde.

Das knapp vorgetragene Kernargument dieser Verteidigungsstrategie war, dass die Verwendung der KWVO unzulässig sei, da es sich dabei um ein nationalsozialistisches Gesetz handle.¹¹¹ Hinzu kamen dann noch einzelfallspezifische Argumente. In einem Fall wurde der Rückgriff auf die KWVO als unzulässig bezeichnet, weil es sich dabei um ein nationalsozialistisches Gesetz handle und stattdessen die VRStVO angewendet werden müsse.¹¹² Ein anderer Angeklagter stellte ausweislich der Verteidigung die Berücksich-

¹⁰⁹ Gesetz Nr. 1 der Militärregierung, Art. III.

¹¹⁰ Gesetz Nr. 1 der Militärregierung, Art. III.

¹¹¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 27. Mai 1946, Az. KLs 10/46, Nr. 1692, S. 3; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 14. Juni 1946, Az. KLs 18/46, Nr. 1705, S. 7; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 11.

¹¹² LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 11. Diese Argu-

tigung von Gesetzen hinter seinen Willen, sich und seine Familie ordentlich zu ernähren, zurück, was im besonderen Maße gelte, wenn es sich um ein „Nazigesetz“ handle.¹¹³

Die Strafkammern traten diesen Argumenten entgegen. Zum Teil wurde zunächst formell argumentiert, dass die KWVO zu den Gesetzen gehörte, die nicht explizit aufgehoben worden waren und ihre Anwendung daher grundsätzlich möglich blieb.¹¹⁴ Im nächsten Schritt wurde auf den Sinn und Zweck der KWVO abgestellt: Sie wurde nicht zu dem Zwecke erlassen, die nationalsozialistische Herrschaft zu unterstützen, sondern war ein Produkt der kriegsbedingten Notzeit.¹¹⁵ Da eine derartige Lage auch nach dem Kriegsende fortbestand, diene die KWVO ausschließlich der strafrechtlichen Durchsetzung der Bewirtschaftungsbestimmungen und musste solange wie diese selbst in Kraft bleiben.¹¹⁶ Die Regulierung der Wirtschaft und damit auch die KWVO waren notwendig für die Vermeidung einer Hungersnot und die einigermaßen gerechte Verteilung der lebensnotwendigen Güter.¹¹⁷ Die Aufgabe der KWVO wurde darin gesehen, den aus der wirtschaftlichen Notlage und den Versuchen Einzelner, sich über die Bewirtschaftungsbestimmungen hinwegzusetzen, resultierenden Schwarzmarkt zu bekämpfen.¹¹⁸ Im letzten Urteil zu dieser Thematik wurde schließlich ausgeführt, dass die Anwendbarkeit der KWVO in Literatur und Rechtsprechung bereits allgemein anerkannt sei.¹¹⁹ Dabei verwies die Kammer insbesondere auf die bereits vorliegende Rechtsprechung des LG Nürnberg-Fürth und des OLG Nürnberg.¹²⁰

Die Richter kamen daher zu dem Ergebnis, dass die Anwendung der KWVO angesichts der wirtschaftlich immer noch angespannten Lage weiterhin geboten und notwendig war.¹²¹ Dies galt trotz ihrer Entstehungsgeschichte und der daraus resultierenden Präambel.¹²² Allerdings musste diese bei der Auslegung im Einklang mit dem Gesetz Nr. 1 der Militärregierung ohnehin außer Betracht bleiben und es durfte nur der einfache Wortlaut berücksichtigt werden.¹²³

Bei der Analyse dieser Diskussion fällt auf, dass der Umfang der Argumentation mit jedem Urteil nachließ. Nach dem August 1946 fand diese Problematik keine Erwähnung mehr. Die Anwendung der Gesetze aus der Zeit des Nationalsozialismus wurde auch bis dahin nur in etwa der Hälfte der Urteile erwähnt. Dies – und die Erwähnung der be-

mentation ist durchaus überraschend, da auch die VRStVO während des Krieges erlassen wurde.

¹¹³ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 27. Mai 1946, Az. KLS 10/46, Nr. 1692, S. 3.

¹¹⁴ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 14. Juni 1946, Az. KLS 18/46, Nr. 1705, S. 7.

¹¹⁵ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 14. Juni 1946, Az. KLS 18/46, Nr. 1705, S. 7.

¹¹⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 27. Mai 1946, Az. KLS 10/46, Nr. 1692, S. 3.

¹¹⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 27. Mai 1946, Az. KLS 10/46, Nr. 1692, S. 3.

¹¹⁸ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 14. Juni 1946, Az. KLS 18/46, Nr. 1705, S. 8.

¹¹⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLS 53/46, Nr. 1739, S. 11.

¹²⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLS 53/46, Nr. 1739, S. 11.

¹²¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 27. Mai 1946, Az. KLS 10/46, Nr. 1692, S. 3; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 14. Juni 1946, Az. KLS 18/46, Nr. 1705, S. 8; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLS 53/46, Nr. 1739, S. 11.

¹²² LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 14. Juni 1946, Az. KLS 18/46, Nr. 1705, S. 8.

¹²³ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 27. Mai 1946, Az. KLS 10/46, Nr. 1692, S. 4.

reits eindeutigen Rechtsprechung in dem letzten Fall – zeigt, dass dem Thema im Untersuchungszeitraum wohl keine herausragende Bedeutung (mehr) zukam. Dies mag auch damit zu begründen sein, dass die vorgeschriebenen Auslegungsregeln den Gerichten die nötige Legitimation verschafften, Gesetze aus der Kriegszeit rechtsstaatlichen Maßstäben entsprechend anzuwenden. Die Anwendung der KWVO kann daher als die ganz vorherrschende und unangefochtene Meinung bezeichnet werden. Ihre Interpretation dürfte aber, wie die Gerichte auch nochmals verdeutlichten, im Lichte der Auslegungsregeln des Gesetzes Nr. 1 der Militärregierung zu sehen sein. Dadurch wurde es möglich, die Anwendbarkeit der KWVO in erster Linie auf ihre Bedeutung für die Sicherung der Ernährungssituation zu stützen und ihren darüber hinausgehenden Regelungsgehalt weitgehend auszuklammern.

c. Konkurrenz zwischen der KWVO und dem KRG Nr. 50

Die KWVO und das KRG Nr. 50 waren die zentralen Normen ihres jeweiligen Gesetzessystems, was die Bekämpfung des Schwarzmarktes anging. Auch wenn sich ihr Anwendungsbereich nicht komplett überschneidet, so verblieben doch etliche Fälle, in denen grundsätzlich eine Anwendung beider Gesetze in Betracht kam.

Die Frage der Konkurrenz zwischen den beiden Gesetzen, die mit dem Inkrafttreten des KRG Nr. 50 am 07. April 1947 relevant wurde, war eine derjenigen rechtlichen Fragen, mit denen sich das OLG Nürnberg in seiner Funktion als Berufungsgericht am häufigsten beschäftigen musste.¹²⁴ Hinzu kam eine relativ breit gefächerte Rechtsprechung durch die Kammern des LG.

Die Konkurrenzsituation wurde in den Urteilen aus Nürnberg erstmals im Juni 1948 relevant,¹²⁵ also bereits mehr als ein Jahr nach Inkrafttreten des KRG Nr. 50. In dieser Anfangsphase nahm das LG in seinen Urteilen ohne weitergehende Begründung Tateinheit zwischen dem KRG Nr. 50 und der KWVO an.¹²⁶ Diese Auffassung hatte allerdings keinen Bestand.¹²⁷ Sehr bald änderten das OLG und in der Folge auch die Strafkammern des LG konsequent ihre Spruchpraxis dahingehend, dass Tateinheit abgelehnt wurde: Sie sei überflüssig und damit sinnlos, da beide Normen durch die gleiche Handlung verletzt würden.¹²⁸ Beide enthielten die gleichen Schutzgüter¹²⁹ und die gleichen Tatbestandsmerkmale.¹³⁰ Die Gesetze standen vielmehr nach Auffassung der Rechtsprechung

¹²⁴ Siehe: OLG Nürnberg, B. v. 15. September 1948, Az. Ss 162/48, Nr. 2131; OLG Nürnberg, B. v. 16. November 1948, Az. Ss 169/48, Nr. 2181; OLG Nürnberg, B. v. 03. Januar 1949, Az. Ss 197/48, Nr. 2215; OLG Nürnberg, B. v. 11. Januar 1950, Az. Ss 171/49, Nr. 2299.

¹²⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. Juni 1948, Az. KLS 80/48, Nr. 2131.

¹²⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. Juni 1948, Az. KLS 80/48, Nr. 2131, S. 7; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLS 181/48, Nr. 2215, S. 17.

¹²⁷ Aufgehoben in der Revision: OLG Nürnberg, B. v. 15. September 1948, Az. Ss 162/48, Nr. 2131, S. 5; OLG Nürnberg, B. v. 03. Januar 1949, Az. Ss 197/48, Nr. 2215, S. 2.

¹²⁸ OLG Nürnberg, B. v. 03. Januar 1949, Az. Ss 197/48, Nr. 2215, S. 2.

¹²⁹ OLG Nürnberg, B. v. 15. September 1948, Az. Ss 162/48, Nr. 2131, S. 2; OLG Nürnberg, B. v. 03. Januar 1949, Az. Ss 197/48, Nr. 2215, S. 2.

¹³⁰ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 03. Juni 1948, Az. KLS 66/48, Nr. 2122, S. 2.

in Gesetzeskonkurrenz.¹³¹ In den meisten Fällen erkannten die Gerichte auf Subsidiarität der KWVO, da das KRG Nr. 50 im Vergleich dazu eine Strafvverschärfung darstellte und außerdem später in Kraft getreten war.¹³² Diese Auffassung schränkte das OLG Nürnberg allerdings später dahingehend ein, dass das KRG Nr. 50 nur dann vorrangig sei, wenn es im Einzelfall die strengere Strafe androhte.¹³³ Zum Teil wurde statt Subsidiarität auch Spezialität angenommen, was jedoch im Ergebnis keine Rolle spielte.¹³⁴ Andere Strafkammern führten nicht weiter aus, welche Art von Gesetzeskonkurrenz sie sahen.¹³⁵ Dass auch Sachverhalte denkbar waren, die nur den Tatbestand eines der Gesetze erfüllten, änderte nach Ansicht des OLG nichts an dieser Auffassung.¹³⁶ Ebenso wenig spielte es eine Rolle, wenn der Täter außerdem eines der dem KRG Nr. 50 fremden Merkmale wie Bereicherungsabsicht¹³⁷ oder Böswilligkeit¹³⁸ erfüllte. Allerdings konnten derartige Aspekte im Rahmen der Strafzumessung relevant werden und wurden deshalb von den Gerichten in einigen Fällen dennoch angesprochen.¹³⁹

Bemerkenswert ist, dass die Richter nach verhältnismäßig kurzer Zeit dazu übergingen, nur noch festzustellen, dass die KWVO aufgrund des Gesetzeskonkurrenz zum KRG Nr. 50 nicht anzuwenden war und sich dabei knapp auf weitere Rechtsprechung, in erster Linie des OLG Nürnberg, zu berufen.¹⁴⁰ Zum Teil wurde eine mögliche Anwendung der KWVO gar nicht mehr angesprochen, sondern nur das KRG Nr. 50 angewandt.¹⁴¹ Anders war dies zu Beginn der Diskussion nach dem Inkrafttreten des KRG Nr. 50. In den ersten Urteilen wurde ausführlich und umfassend argumentiert, häufiger als sonst wurden externe Fundstellen herangezogen und die Kammern des LG beriefen sich oft auf die bestehende Rechtsprechung des OLG. Es entsteht so der Eindruck einer sehr sorgfältigen und fundierten Auseinandersetzung mit dieser Problematik. Die Beantwortung dieser komplexen Frage verdient insbesondere angesichts der historischen Umstände Aufmerksamkeit. Die Gerichte waren gezwungen, innerhalb kurzer Zeit nach Inkraft-

¹³¹ OLG Nürnberg, B. v. 03. Januar 1949, Az. Ss 197/48, Nr. 2215, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 03. Juni 1948, Az. KLS 66/48, Nr. 2122, S. 2.

¹³² OLG Nürnberg, B. v. 15. September 1948, Az. Ss 162/48, Nr. 2131, S. 3 (nach Abschaffung der Todesstrafe durch das Gesetz Nr. 1 der Militärregierung Deutschlands, Art. IV, im Rahmen der KWVO gleiche Maximalstrafe, aber KRG Nr. 50 mit deutlich höherer Minimalstrafe); OLG Nürnberg, B. v. 03. Januar 1949, Az. Ss 197/48, Nr. 2215, S. 2; mit Verweis auf diese Rechtsprechung auch: LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 20. Juli 1949, Az. KLS 288/48, Nr. 2299, S. 8; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. Mai 1949, Az. KLS 181/48, Nr. 2215, S. 2 (Entscheidung nach Rückverweisung durch das OLG; schlussendlich aber aus anderweitigen Gründen keine Verurteilung nach KRG Nr. 50).

¹³³ OLG Nürnberg, B. v. 16. November 1948, Az. Ss 169/48, Nr. 2181, S. 6.

¹³⁴ So in LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 03. Juni 1948, Az. KLS 66/48, Nr. 2122, S. 2.

¹³⁵ OLG Nürnberg, B. v. 16. November 1948, Az. Ss 169/48, Nr. 2181, S. 6; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLS 239/48, Nr. 2259, S. 16.

¹³⁶ OLG Nürnberg, B. v. 15. September 1948, Az. Ss 162/48, Nr. 2131, S. 5.

¹³⁷ OLG Nürnberg, B. v. 03. Januar 1949, Az. Ss 197/48, Nr. 2215, S. 2.

¹³⁸ LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 20. Juli 1949, Az. KLS 288/48, Nr. 2299, S. 8.

¹³⁹ OLG Nürnberg, B. v. 16. November 1948, Az. Ss 169/48, Nr. 2181, S. 6.

¹⁴⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLS 239/48, Nr. 2259, S. 16.

¹⁴¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLS 275/48, Nr. 2287, S. 21 ff.

treten des KRG Nr. 50 im April 1947 eine wenigstens einigermaßen zuverlässige und belastbare Rechtsprechung zu entwickeln. Ein Rückgriff auf höchstrichterliche Rechtsprechung sowie Literaturmeinungen war angesichts der Kürze der Zeit und der instabilen Situation in der Nachkriegszeit nur eingeschränkt möglich. Die im Bezirk Nürnberg herrschende Meinung basierte also zum großen Teil auf der Argumentation des OLG selbst.

Die soeben dargestellte Veränderung in den Urteilen des LG sowohl in inhaltlicher als auch in argumentativer Hinsicht zeigt, wie schnell und nachhaltig sich die Auffassung des OLG Nürnberg in dem Gerichtsbezirk durchgesetzt hat. Die zunächst höchst umstrittene Frage des Anwendungsverhältnisses verlor rasch an Bedeutung und wurde in den späteren Urteilen zur Randnotiz. Das KRG Nr. 50 wurde stets vorrangig verwendet. Diese Entwicklung beruhte in erster Linie auf Einflüssen innerhalb des Bezirkes selbst und wurde – soweit erkennbar – nur wenig durch die Rechtsprechung anderer Gerichte oder durch Literatur beeinflusst.

So umstritten dieses Problem auch in dogmatischer Hinsicht gewesen sein mag, so gering waren die praktischen Folgen der diesbezüglichen Entscheidungen. Entschied das Berufungsgericht konträr zur ersten Instanz auf die alleinige Anwendung des KRG Nr. 50, wurde der Fall nicht wegen dieser Änderung an das LG zurückverwiesen.¹⁴² Stattdessen wurde das Urteil lediglich berichtigt.¹⁴³ Damit blieb auch das Strafmaß gleich. Sofern diese Überlegung überhaupt erwähnt wurde, wurde dies damit begründet, dass die strafschärfenden und –mildernden Umstände, die das Gericht zu seiner konkreten Strafe bewogen haben, dieselben sein dürften, gleich auf welches Gesetz sie sich bezogen.¹⁴⁴ Es bleibt fraglich, ob die vorrangige Anwendung des KRG Nr. 50 in anderen Urteilen eine höhere Strafe zur Folge hatte. Angesichts der im Gegensatz zur KWVO nicht unerheblichen Mindeststrafe des KRG Nr. 50 bleibt wenigstens in denjenigen Fällen, in denen nur diese Mindeststrafe verhängt wurde,¹⁴⁵ offen, ob die Anwendung der KWVO zu einer niedrigeren Strafe geführt hätte.

Endgültig beendet wurde diese Thematik durch die Erste Änderung der Ausführungsverordnung Nr. 3 zum Militärregierungsgesetz Nr. 2 im Jahre 1949.¹⁴⁶ Demnach konnte auf die Bestrafung einer Handlung, die nicht nur das KRG Nr. 50, sondern auch deutsches Strafrecht verletzte, auch die deutsche Strafbestimmung Anwendung finden. Die Gerichte hatten von diesem Zeitpunkt an die Wahlmöglichkeit, ob sie das KRG Nr. 50 oder die KWVO anwenden wollten.¹⁴⁷ Damit wurde jede Diskussion obsolet.

¹⁴² OLG Nürnberg, B. v. 15. September 1948, Az. Ss 162/48, Nr. 2131, S. 6; OLG Nürnberg, B. v. 16. November 1948, Az. Ss 169/48, Nr. 2181, S. 6; OLG Nürnberg, B. v. 03. Januar 1949, Az. Ss 197/48, Nr. 2215, S. 2.

¹⁴³ OLG Nürnberg, B. v. 15. September 1948, Az. Ss 162/48, Nr. 2131, S. 6; OLG Nürnberg, B. v. 16. November 1948, Az. Ss 169/48, Nr. 2181, S. 6; OLG Nürnberg, B. v. 03. Januar 1949, Az. Ss 197/48, Nr. 2215, S. 2.

¹⁴⁴ OLG Nürnberg, B. v. 03. Januar 1949, Az. Ss 197/48, Nr. 2215, S. 2.

¹⁴⁵ So in LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 03. Juni 1948, Az. KLs 66/48, Nr. 2122; LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 20. Juli 1949, Az. KLs 288/48, Nr. 2299.

¹⁴⁶ Erste Änderung der Ausführungsverordnung Nr. 3 zum Militärregierungsgesetz Nr. 2, 26. Juli 1949, GVBl. 1949, S. 211.

¹⁴⁷ OLG Nürnberg, B. v. 11. Januar 1950, Az. Ss 171/49, Nr. 2299, S. 2.

Das OLG hatte sich danach lediglich mit der Frage auseinanderzusetzen, wie es mit einem erstinstanzlichen Urteil umgehen sollte, das zu einem Zeitpunkt erlassen wurde, als die besagte Änderung noch nicht in Kraft getreten war.¹⁴⁸ Nach dem zur damaligen Zeit geltenden § 2a Abs. 2 StGB konnte, wenn zur Zeit der Entscheidung ein milderes Gesetz in Kraft war als zur Zeit der Begehung der Tat, ersteres angewandt werden.¹⁴⁹ Ob mit dem Zeitpunkt der Entscheidung nur ein Urteil durch den Tatrichter gemeint war, oder auch eine revisionsrichterliche Entscheidung erfasst sein konnte, war aufgrund der zahlreichen Änderungen des StGB dogmatisch umstritten.¹⁵⁰ Das OLG Nürnberg entschloss sich dazu, den relevanten Zeitpunkt auf denjenigen der revisionsrichterlichen Entscheidung auszudehnen, damit aus Billigkeitsgründen die in den damaligen Zeiten häufig veränderte Rechtslage besser berücksichtigt werden konnte.¹⁵¹ Das OLG interpretierte diese Veränderung der rechtlichen Situation als Strafminderung.¹⁵²

d. Abgrenzung zwischen der KWVO und der VRStVO

Das Verhältnis zwischen der KWVO und der VRStVO war weitaus weniger von dogmatischen Diskussionen geprägt. Beide stammten aus der gleichen Zeit, sodass es keine Probleme in ihrem Rangverhältnis gab. Allerdings kam es aufgrund ihres ähnlichen Anwendungsbereichs ebenfalls zu Problemen im Bereich der Konkurrenzen. Die Rechtsprechung charakterisierte das Verhältnis der beiden Normen sehr unterschiedlich.

In einigen Urteilen wurde angenommen, dass zwischen der KWVO und der VRStVO Tateinheit bzw. Idealkonkurrenz bestand, dass die gleiche Handlung also Normen beider Gesetze verletzen konnte.¹⁵³ Die Auffassung von der Tateinheit wurde einmal durch das OLG revidiert, da in dem konkreten Fall die VRStVO lediglich durch die Verwertung der aus dem Kriegswirtschaftsverbrechen stammenden Waren verletzt wurde und somit kein neues Rechtsgut betroffen war.¹⁵⁴ Der Verstoß gegen die VRStVO wurde durch die Bestrafung des Delikts nach der KWVO nach Ansicht des OLG in diesem Fall aufgezehrt.¹⁵⁵ Allerdings blieb dieser Beschluss die einzige obergerichtliche Meinung zu dieser Thematik.

In anderen Fällen grenzten jedoch die erstinstanzlichen Richter die Anwendungsbereiche von KWVO und VRStVO voneinander ab. Dabei entstand der Eindruck, dass

¹⁴⁸ OLG Nürnberg, B. v. 11. Januar 1950, Az. Ss 171/49, Nr. 2299, S. 2.

¹⁴⁹ OLG Nürnberg, B. v. 11. Januar 1950, Az. Ss 171/49, Nr. 2299, S. 2.

¹⁵⁰ OLG Nürnberg, B. v. 11. Januar 1950, Az. Ss 171/49, Nr. 2299, S. 3.

¹⁵¹ OLG Nürnberg, B. v. 11. Januar 1950, Az. Ss 171/49, Nr. 2299, S. 4.

¹⁵² OLG Nürnberg, B. v. 11. Januar 1950, Az. Ss 171/49, Nr. 2299, S. 2, 5.

¹⁵³ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 14. Juni 1946, Az. KLS 18/46, Nr. 1705, S. 8; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLS 53/46, Nr. 1739, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 19. März 1948, Az. KLS 266/47, Nr. 2030, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLS 181/48, Nr. 2215, S. 18; LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 05. Oktober 1948, Az. KLS 193/48, Nr. 2223, S. 5; wohl auch LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLS 275/48, Nr. 2287, S. 26; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 24. Februar 1949, Az. KLS 287/48, Nr. 2298, S. 13.

¹⁵⁴ OLG Nürnberg, B. v. 19. Februar 1947, Az. Ss 18/47, Nr. 1739, S. 2.

¹⁵⁵ OLG Nürnberg, B. v. 19. Februar 1947, Az. Ss 18/47, Nr. 1739, S. 2.

die Gerichte davon ausgingen, dass eine Handlung nur eines der beiden Gesetze verletzen konnte. Im Rahmen der Abgrenzung wurde zunächst auf die gesetzgeberische Intention abgestellt: Die KWVO sollte insbesondere „den gefährlichen Schieber“ bestrafen, der durch seine Tat das Wohl der Allgemeinheit gefährdete.¹⁵⁶ Diese Auffassung dürfte mit dem Erfordernis der Bedarfsdeckung der KWVO zu erklären sein. Die VRStVO war hingegen nach Ansicht der Richter dazu gedacht, weniger gefährliche Täter und geringere Taten zu erfassen.¹⁵⁷ Sie sollte somit bei geringeren Verstößen Anwendung finden, die nicht erheblich genug für die Anwendung der KWVO waren.¹⁵⁸ Bei Taten, die nicht das für die KWVO erforderliche Niveau erreichten, war es den Gerichten außerdem möglich, einen schweren Fall nach § 2 Abs. IV VRStVO anzunehmen und so innerhalb des Anwendungsbereiches weiter zu differenzieren.¹⁵⁹ Die Anwendung der KWVO kam demnach nur bei schweren Taten in Betracht.¹⁶⁰ Dies äußerte sich nach Ansicht der Nürnberger Richter bereits durch ihren Aufbau und die Charakterisierung der in ihr bestraften Delikte als Verbrechen.¹⁶¹ Die erste Strafkammer sprach als einzige Kammer Gesetzeskonkurrenz zwischen der VRStVO und der KWVO an.¹⁶²

Das bedeutet, dass der Umgang mit dieser Problematik unbefriedigend bleibt. Die Gerichte bezogen nicht immer eine eindeutige Position. Es ist unklar, ob die Gerichte stets Tateinheit annahmen oder ob in denjenigen Urteilen, in denen die Abgrenzung der beiden Verordnungen thematisiert wurde, von einem Konkurrenzverhältnis ausgegangen wurde. Tateinheit entsprach wohl der im Allgemeinen herrschenden Meinung.¹⁶³

Die praktische Bedeutung dieser Frage – insbesondere im Rahmen der Strafzumessung – dürfte jedoch eher unwesentlich gewesen sein: Bei Tateinheit wurde die Strafe dem strengeren Gesetz (also der KWVO) entnommen, sodass sich die zusätzliche Bejahung der VRStVO nicht strafe erhöhend ausgewirkt haben sollte. Schlussendlich dürfte aus der Rechtsprechung abgelesen werden können, dass die KWVO auf schwerere Fälle Anwendung finden sollte. Auf welche Art und Weise dies geschah – im Wege der Tateinheit zusätzlich zur VRStVO oder durch Verdrängung der VRStVO – wurde offenbar unterschiedlich gelöst.

¹⁵⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Mai 1947, Az. KLs 19/47, Nr. 1865, S. 9.

¹⁵⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Mai 1947, Az. KLs 19/47, Nr. 1865, S. 9.

¹⁵⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 27. Mai 1946, Az. KLs 10/46, Nr. 1692, S. 6; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 16. Dezember 1947, Az. KLs 167/47, Nr. 1974, S. 5.

¹⁵⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Mai 1947, Az. KLs 19/47, Nr. 1865, S. 9.

¹⁶⁰ Differenzierung, auch wenn das Gericht in diesem Urteil grundsätzlich von der Möglichkeit der Tateinheit ausging: LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLs 181/48, Nr. 2215, S. 22.

¹⁶¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLs 181/48, Nr. 2215, S. 22.

¹⁶² LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 27. April 1948, Az. KLs 54/48, Nr. 2113, S. 5 f.

¹⁶³ vgl. v. Goetze, Juristische Rundschau 1948, Vol. 10, S. 263 (266).

e. Anwendungsbereich des Wirtschaftsstrafgesetzes im Verhältnis zur bisherigen Rechtslage

Durch § 104 des Wirtschaftsstrafgesetzes, das am 26. Juli 1949 in Kraft trat, galt folgende Regelung:

„Wären Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften oder Verfügungen, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erlassen sind, nach Bestimmungen zu bestrafen oder zu verfolgen, die nach § 102 außer Kraft getreten sind, so gelten an deren Stelle die Bestimmungen dieses Gesetzes.“¹⁶⁴

Darunter fielen gem. § 102 Wirtschaftsstrafgesetz wesentliche Bestimmungen der Schwarzmarktbekämpfung wie zum Beispiel auch die KWVO oder die VRStVO.¹⁶⁵

Inwieweit durch diese Vorschrift die Gesetze selbst aufgehoben wurden, war umstritten. Das OLG Nürnberg ging in einem obiter dictum ohne weiteres davon aus, dass die erwähnten Gesetze durch Normen des Wirtschaftsstrafgesetzes ersetzt wurden.¹⁶⁶ Das LG, an das der Fall aus anderen Gründen zurückverwiesen worden war, sah sich an die Auffassung des OLG nicht gebunden.¹⁶⁷ Stattdessen nahm es an, dass aufgrund der Formulierung des § 104 Wirtschaftsstrafgesetz nicht die in § 102 genannten Gesetze selbst, sondern nur Bestimmungen, die ein bestimmtes Tun oder Unterlassen verboten, während die Strafe in einem besonderen Gesetz enthalten war, für unanwendbar erklärt wurden.¹⁶⁸ Die Strafkammer ging daher davon aus, dass § 104 „die Strafbarkeit von Verstößen gegen Bewirtschaftungs- und Preisvorschriften, die in Blankettstrafgesetzen mit Strafe bedroht waren“ regelte und berief sich dabei auf Kommentarliteratur.¹⁶⁹ Schlussendlich kam jedoch auch das LG über § 2a Abs. 2 StGB zur Anwendung des neuen Wirtschaftsstrafgesetzes, da es die im Vergleich mildere Strafe vorsah und das Gericht daher die Wahl hatte, es anzuwenden.¹⁷⁰

Nachdem die Anwendung des KRG Nr. 50 bereits seit geraumer Zeit im Ermessen der Gerichte stand, war nun auch die Verwendung der KWVO – je nachdem, welcher Ansicht man folgte – entweder nicht mehr möglich oder stand ebenfalls im Ermessen der Gerichte. Demnach kann die Einführung des Wirtschaftsstrafgesetzes faktisch als Endpunkt der klassischen Schwarzmarktrechtsprechung betrachtet werden. Nur wenige Monate später hatten sich sämtliche Diskussionen mit der weitestgehenden Aufhebung der Rationierung von Lebensmitteln im Januar 1950¹⁷¹ ohnehin erledigt.

¹⁶⁴ Gesetz zur Vereinfachung des Wirtschaftsstrafrechts, 26. Juli 1949, WiGBI. 1949, S. 193 ff.

¹⁶⁵ § 102 Ziff. 2, 5.

¹⁶⁶ OLG Nürnberg, B. v. 07. September 1949, Az. Ss 115/49, Nr. 2294, S. 6.

¹⁶⁷ LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 31. Oktober 1949, Az. KLS 283/48, Nr. 2294, S. 6.

¹⁶⁸ LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 31. Oktober 1949, Az. KLS 283/48, Nr. 2294, S. 6.

¹⁶⁹ LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 31. Oktober 1949, Az. KLS 283/48, Nr. 2294, S. 6.

¹⁷⁰ LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 31. Oktober 1949, Az. KLS 283/48, Nr. 2294, S. 6 f.

¹⁷¹ Beschluss der Bundesregierung vom 13. Januar 1950, veröffentlicht im Bundesarchiv, Kabinettsprotokolle 1950, 35. Kabinettsitzung, Tagesordnungspunkt D; erste Lockerungen aber schon kurz vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, vgl. Hoffmann, S. 99 f.

f. Fazit

Das Verhältnis der Normen zur Schwarzmarktbekämpfung untereinander war in Teilen höchst umstritten und unklar. Das überrascht nicht. In dem untersuchten Zeitraum waren viele Gesetze unterschiedlicher Art und unterschiedlichen Ursprungs in Kraft. Die Gerichte hatten die Aufgabe, ein dogmatisch und auch rechtsstaatlich akzeptables Rangverhältnis zwischen den Verordnungen aus der Zeit des Nationalsozialismus, den Gesetzen und Verordnungen der Besatzungszeit und schließlich auch den neuen Normen der Bundesrepublik zu schaffen. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und juristischen Umstände der Nachkriegszeit war dies keine einfache Aufgabe. Innerhalb kürzester Zeit musste so eine vollkommen neue Rechtsprechung entwickelt werden. Die Gesetze der Militärregierung und später der Bundesregierung, aber auch die veränderten Auslegungsregeln für die älteren Gesetze machten eine umfassende, neue Interpretation erforderlich. Es ist gut vorstellbar, dass die Gerichte sich dabei in erster Linie auf ihre eigenen Argumentationsfähigkeiten und ihr juristisches Einschätzungsvermögen verlassen mussten. Unter Berücksichtigung der häufig sehr kurzen Zeitspannen nach dem Erlass einer Bestimmung waren zumeist wenige andere Urteile oder gar Literatur vorhanden, auf die die Gerichte ihre Meinung stützen konnten.

In vielen Fällen gelang es den Richtern dennoch, eine relativ einheitliche, gut begründete und belastbare Rechtsprechung zu etablieren. Als gutes Beispiel hierfür mag die Rechtsprechung zum Verhältnis von KRG Nr. 50 und KWVO dienen. Trotz anfänglicher Unstimmigkeiten konnte durch die obergerichtlichen Entscheidungen eine nachvollziehbare herrschende Meinung begründet werden, an der sich die künftigen Urteile orientierten und welche die dazu gehörigen Diskussionen weitgehend verstummen ließ. Anders war die Situation im Rahmen des Anwendungsbereiches der KWVO und der VRStVO, wo kaum eine vorherrschende Meinung herausgelesen werden konnte. Möglicherweise kann dies mit der angesprochenen fordernden Situation und darüber hinaus auch der fehlenden praktischen Relevanz begründet werden.

Schließlich bleibt festzuhalten, dass die verschiedenen Streitigkeiten die juristische und auch politische Entwicklung des untersuchten Zeitraumes symbolisieren. Während in der Anfangszeit kurz nach dem Ende des Krieges vor allem die Anwendbarkeit der Gesetze aus dem Dritten Reich umstritten war, wurde diese Diskussion in der Hochzeit der Schwarzmarktrechtsprechung von der Frage nach dem Verhältnis zwischen KWVO und KRG Nr. 50 abgelöst, ehe schließlich das neue Wirtschaftsstrafrecht der jungen Bundesrepublik die Anwendbarkeit der VRStVO und der KWVO in Frage stellte. Die Rechtsprechung des LG und OLG spannte so einen weiten Bogen von den nationalsozialistischen Normen hin zu den ersten Gesetzen der neu gegründeten Bundesrepublik.

3. Auslegung zentraler Begrifflichkeiten

Die Auslegung der wichtigsten Begriffe der Gesetze, die der Schwarzmarktbekämpfung dienten, ist ein Kernelement der Auswertung der Urteile, da viele der relevanten Termini

ni eher unbestimmt waren und den Richtern so einen weiten Beurteilungsspielraum erlaubten.¹⁷²

Die Definition sowie die Interpretation der Tatbestandsmerkmale im Einzelfall zeigt, wie die Gerichte diese Begriffe ausfüllten. Daraus können die zugrundeliegenden juristischen, aber auch moralischen Erwägungen abgelesen werden. Der Umfang und die Aussagekraft der Untersuchung der einzelnen Begrifflichkeiten ist naturgemäß abhängig davon, wie oft sich die Gerichte mit den jeweiligen Normen auseinanderzusetzen hatten. Dabei ergaben sich größere Unterschiede, sodass die Interpretation einiger Gesetze deutlich umfassender analysiert werden kann als die anderer.

a. Kriegswirtschaftsverordnung

Besondere Aufmerksamkeit soll den Begriffen der KWVO gewidmet werden. Da sie das Herzstück der Schwarzmarktbekämpfung darstellte, äußerten sich die Gerichte in fast allen vorliegenden Fällen zur Auslegung ihrer Begriffe, sodass sich daraus ein sehr kohärentes Bild ergibt.

aa. Begriffe des § 1 Abs. 1 und 2 KWVO

Aufgrund des sehr ähnlichen Anwendungsbereichs und insbesondere wegen der zum Teil identischen Tathandlungen, die auch sehr ähnlich ausgelegt wurden, sollen die Ausdrücke des § 1 Abs. 1 und 2 KWVO miteinander besprochen werden.

[1]. Rohstoffe oder Erzeugnisse, die zum lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung gehören

Rohstoffe oder Erzeugnisse, die zum lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung gehören, waren diejenigen Güter, die durch § 1 Abs. 1 KWVO geschützt werden sollten. Darunter konnten grundsätzlich alle Waren subsumiert werden, gleich ob sie bezugsbeschränkt, beschlagnahmt oder frei erhältlich waren.¹⁷³ Auf das formelle Erfordernis des beschränkten Bezuges kam es dabei also nicht an. Es sollte darüber hinaus keine Rolle spielen, ob sich die Waren bereits vor Kriegsbeginn im Eigentum des Täters befanden.¹⁷⁴ Anhand dieser Einordnung wird deutlich, in welchem Ausmaß die Gesetze zur Schwarzmarktbekämpfung in die Eigentumsordnung eingriffen. Wenn ein Gegenstand, der sich seit Jahren im Eigentum einer Person befand, nun zum lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung gehörte, so durfte der Eigentümer nicht mehr frei darüber verfügen. Diese so fremd erscheinende Werteordnung verdeutlicht an dieser Stelle, welche Sondersituation die Gesetze zur Bekämpfung des Schwarzmarktes erfassen sollten.

Unbeachtlich war weiterhin auch, ob die Güter aus dem In- oder Ausland stammten, da auch (illegal) importierte Waren mit Erreichen des deutschen bzw. bayerischen Gebietes Teil der Bedarfsdeckung der Bevölkerung wurden.¹⁷⁵ Entscheidend war ledig-

¹⁷² So auch Zierenberg, S. 81 f.

¹⁷³ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 22. November 1946, Az. KLS 91/46, Nr. 1766, S. 5.

¹⁷⁴ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 22. November 1946, Az. KLS 91/46, Nr. 1766, S. 5.

¹⁷⁵ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. März 1948, Az. KLS 208/47, Nr. 1998, S. 5; LG Nürnberg-

lich, ob die Gegenstände „zum lebenswichtigen Bedarf des deutschen Volkes gehören“.¹⁷⁶ Dies wurde beispielsweise verneint, wenn Waren betroffen waren, die für ausländische Verbraucher bestimmt waren.¹⁷⁷ In diesem Falle entfiel eine Strafbarkeit nach § 1 Abs. 1 KWVO, da Ausländer nicht zum Kreise der Versorgungsberechtigten nach deutschem Recht gehörten.¹⁷⁸ Zusammengefasst bedeutet dies, dass die Frage, für wen die Güter bestimmt waren, das entscheidende Kriterium darstellte. Weder ihre Herkunft noch ihre Bewirtschaftung waren für die Ausfüllung des Tatbestandsmerkmals relevant.

Darüber hinaus wurde die Eigenschaft der Rohstoffe und Erzeugnisse kaum definiert und dementsprechend auch nicht begründet, wieso sie zum lebenswichtigen Bedarf gehörten. In vielen Fällen dürfte diese Eigenschaft jedoch auch auf der Hand gelegen haben. Bejaht wurde dieses Merkmal demnach für Butter,¹⁷⁹ Rindertalg,¹⁸⁰ Getreide¹⁸¹ wie Weizen und Roggen,¹⁸² Reis¹⁸³ und Zucker.¹⁸⁴ Mit am häufigsten genannt wurden Fleisch und Tiere.¹⁸⁵ Um einen umfassenden Schutz zu gewährleisten, wurden auch lebende Tiere unter diesen Begriff subsumiert, auch wenn es noch des Zwischenschrittes des Schlachtens bedurfte, ehe sie formell unter den Terminus fielen.¹⁸⁶ Aber nicht nur Lebensmittel, sondern auch andere mehr oder weniger alltägliche Güter waren von den Gerichten als zum lebenswichtigen Bedarf gehörig eingestuft worden: dazu zählten Tabakwaren,¹⁸⁷ Möbel,¹⁸⁸ Textilien und Kurzwaren,¹⁸⁹ darunter auch Matratzenstoff,¹⁹⁰ Glühbirnen und diverse Elektrogeräte,¹⁹¹ Reifen, Schläuche und Dieselkraftstoff.¹⁹²

Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 05. Oktober 1948, Az. KLS 193/48, Nr. 2223, S. 5.

¹⁷⁶ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 22. November 1946, Az. KLS 91/46, Nr. 1766, S. 5.

¹⁷⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 07. April 1948, Az. KLS 279/47, Nr. 2039, S. 3 f.

¹⁷⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 07. April 1948, Az. KLS 279/47, Nr. 2039, S. 3 f.

¹⁷⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 22. Februar 1947, Az. KLS 152/46, Nr. 1823, S. 5 f.; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 28. Oktober 1947, Az. KLS 140/47, Nr. 1958, S. 6.

¹⁸⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLS 275/48, Nr. 2287, S. 25.

¹⁸¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 26. November 1947, Az. KLS 160/47, Nr. 1969, S. 6.

¹⁸² LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 7.

¹⁸³ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. März 1948, Az. KLS 208/47, Nr. 1998, S. 5.

¹⁸⁴ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 28. Oktober 1947, Az. KLS 140/47, Nr. 1958, S. 6; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 11. Dezember 1947, Az. KLS 224/47, Nr. 2010, S. 7.

¹⁸⁵ Z.B.: LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 27. Mai 1946, Az. KLS 10/46, Nr. 1692, S. 4; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLS 53/46, Nr. 1739, S. 12; LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 28. April 1947, Az. KLS 165/47, Nr. 1834, S. 4; LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 04. März 1949, Az. KLS 17/48, Nr. 2072, S. 6; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 03. Februar 1949, Az. KLS 261/48, Nr. 2298, S. 19.

¹⁸⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLS 239/48, Nr. 2259, S. 14; indirekt auch: LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLS 100/48, Nr. 2147, S. 9; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 03. Februar 1949, Az. KLS 261/48, Nr. 2298, S. 19.

¹⁸⁷ OLG Nürnberg, B. v. 28. November 1947, Az. Ss 38/47, Nr. 1766, S. 5; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 09. Dezember 1947, Az. KLS 169/47, Nr. 1976, S. 5.

¹⁸⁸ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 28. Oktober 1947, Az. KLS 140/47, Nr. 1958, S. 7.

¹⁸⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 09. Mai 1947, Az. KLS 73/46, Nr. 1751, S. 5.

¹⁹⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 04. April 1949, Az. KLS 254/48, Nr. 2268, S. 15.

¹⁹¹ LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 27. September 1948, Az. KLS 199/48, Nr. 2228, S. 7.

¹⁹² LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 27. April 1948, Az. KLS 54/48, Nr. 2113, S. 5.

Mag die Einordnung von Zigaretten in diesem Kontext auch überraschen, so dürfte sie in erster Linie mit der schwachen RM zu begründen sein. Da viele Menschen nicht auf die üblichen Währungen vertrauten, erfreuten sich Zigaretten als Parallelwährung vor allem bis zur Währungsreform großer Beliebtheit.¹⁹³ Es ist davon auszugehen, dass dem mit der Einordnung als lebenswichtiges Gut ein Riegel vorgeschoben werden sollte, da so die umfassende strafrechtliche Verfolgung ermöglicht wurde. Hinzu kam, dass die Besatzungsmächte Tabakwaren auch eine beruhigende und ablenkende Funktion in der damals herrschenden schweren Situation zuschrieben, sodass Zigaretten wohl tatsächlich nicht nur als reines Genussmittel betrachtet wurden.¹⁹⁴ Auf Basis dieser Einordnung der Zigaretten war die Subsumtion unter Erzeugnisse, die zum lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung gehören, aus der damaligen Perspektive durchaus nachvollziehbar.

Verneint wurde das Tatbestandsmerkmal zumindest in der vorliegenden Rechtsprechung fast nie. Eine Ausnahme gab es lediglich bei Orangen, da das Gericht der Ansicht war, dass es sich dabei nicht um Nahrungsmittel handelte.¹⁹⁵ Die damit einhergehende Verneinung der Zugehörigkeit zum lebensnotwendigen Bedarf ist durchaus überraschend angesichts der Gegenstände, bei denen dies bejaht wurde (man denke zum Beispiel an Möbel oder Matratzenstoff). Diese Entscheidung mag damit zu begründen sein, dass ein derart exotisches Produkt in Nürnberg zu dieser Zeit kaum verbreitet war und daher seine Vorzüge (Vitamine, Zucker etc.) nicht bekannt waren.

In den anderen Fällen wurden alle Gegenstände ohne weitere Begründung als notwendig für den lebenswichtigen Bedarf erachtet. Dies erlaubt Rückschlüsse auf die damalige Situation: in einer Zeit stetigen Mangels wurden fast alle nützlichen und essbaren Gegenstände als lebensnotwendig betrachtet, weshalb den Richtern eine weitere Begründung obsolet erschienen sein mag.

[2]. Bescheinigungen über eine Bezugsberechtigung oder Vordrucke hierfür

Bescheinigungen über eine Bezugsberechtigung oder Vordrucke hierfür waren Gegenstand des § 1 Abs. 2 KWVO. Ihr Begriff ist durch den Wortlaut des Gesetzes recht eindeutig beschrieben, sodass es keine Diskussionen über ihre Auslegung gab. Erwähnenswert und auch von gewisser praktischer Relevanz war jedoch, dass auch Fehldrucke solcher Scheine vom Anwendungsbereich erfasst waren.¹⁹⁶ Dies ist angesichts des Schutzzwecks der Norm nachvollziehbar und beinahe unerlässlich. Darüber hinaus muss erwähnt werden, dass § 1 Abs. 2 KWVO aufgrund seines spezifischeren Anwendungsbereiches deutlich seltener Gegenstand der Rechtsprechung der Nürnberger Gerichte war als Abs. 1. Daher wurde eine weitaus weniger ausführliche Diskussion über seine Begrifflichkeiten geführt. Hinzu mag der Umstand getreten sein, dass insbesondere die Handlungen, die § 1 Abs. 2 KWVO unter Strafe stellte, häufig vom Anwendungsbereich des KRG Nr. 50 erfasst waren.

¹⁹³ Zierenberg, S. 279 f.

¹⁹⁴ Zierenberg, S. 279.

¹⁹⁵ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. März 1948, Az. KLs 208/47, Nr. 1998, S. 6.

¹⁹⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Mai 1947, Az. KLs 19/47, Nr. 1865, S. 7.

[3]. Beiseiteschaffen

Das Beiseiteschaffen von Rohstoffen oder Erzeugnissen (Abs. 1) oder von Bescheinigungen über eine Bezugsberechtigung bzw. Vordrucke hierfür (Abs. 2) war eine der Tathandlungen des § 1 KWVO. Es wurde definiert als widerrechtliche Herausnahme aus dem für die Deckung des Lebensbedarfs vorgesehenen geregelten und ordnungsgemäßen Verteilungsgang.¹⁹⁷

Bereits anhand der knappen Definition ist erkennbar, dass dieses recht weit angelegte und interpretierte Tatbestandsmerkmal auf relativ viele Handlungen zutraf. Es stellte die am häufigsten verwirklichte Alternative des § 1 Abs. 1 KWVO dar, da die „klassischen“ Schwarzmarktdelikte dadurch und nicht durch die beiden anderen Handlungen erfüllt wurden. Beiseiteschaffen lag nämlich beispielsweise vor, wenn es um Schwarzschlachtungen oder den Kauf oder Verkauf von Waren ohne Bezugsberechtigung ging.¹⁹⁸

Im Rahmen des § 1 Abs. 2 KWVO dagegen war es sogar die einzige für die Nürnberger Gerichte im untersuchten Zeitraum relevante Tathandlung. Ein Beiseiteschaffen lag im Rahmen dieser Norm vor, wenn eine Lebensmittelkarte gefälscht und bestimmungswidrig gebraucht wurde.¹⁹⁹ § 1 Abs. 2 KWVO sollte dabei insbesondere die Fälle erfassen, in denen der Täter selbst tätig wurde und durch sein eigenes Handeln Bescheinigungen beiseite schaffte.²⁰⁰

Neben diesen relativ offensichtlichen und in der Rechtsprechung unumstrittenen Auslegungen gab es jedoch auch diskussionswürdige Aspekte. Insbesondere die Frage, ob ein Gegenstand mehrmals beiseitegeschafft werden konnte, wurde erörtert. Grundsätzlich wurde die Möglichkeit des mehrfachen Beiseiteschaffens des gleichen Erzeugnisses durch unterschiedliche Personen bejaht.²⁰¹ Ein derartiges wiederholtes Beiseiteschaffen konnte beispielweise bei einer Schwarzschlachtung und dem anschließenden Verkauf des Fleisches²⁰² oder bei der wiederholten Weitergabe von Bescheinigungen über Bezugs-

¹⁹⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 27. Mai 1946, Az. KLS 10/46, Nr. 1692, S. 4; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 22. November 1946, Az. KLS 91/46, Nr. 1766, S. 5; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Februar 1948, Az. KLS 220/47, Nr. 2007, S. 4; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 03. Februar 1949, Az. KLS 261/48, Nr. 2298, S. 19.

¹⁹⁸ So z.B.: LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 27. Mai 1946, Az. KLS 10/46, Nr. 1692, S. 4; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLS 53/46, Nr. 1739, S. 12; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Februar 1948, Az. KLS 220/47, Nr. 2007, S. 4; LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 04. März 1949, Az. KLS 17/48, Nr. 2072, S. 5; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLS 100/48, Nr. 2147, S. 9; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 03. Februar 1949, Az. KLS 261/48, Nr. 2298, S. 19.

¹⁹⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLS 32/46, Nr. 1721, S. 9.

²⁰⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLS 32/46, Nr. 1721, S. 9.

²⁰¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Mai 1947, Az. KLS 19/47, Nr. 1865, S. 7 f.; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Februar 1948, Az. KLS 220/47, Nr. 2007, S. 5; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLS 181/48, Nr. 2215, S. 18 und OLG Nürnberg, B. v. 03. Januar 1949, Az. Ss 197/48, Nr. 2215, S. 5 f.; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 03. Februar 1949, Az. KLS 261/48, Nr. 2298, S. 28.

²⁰² LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Februar 1948, Az. KLS 220/47, Nr. 2007, S. 4 f.; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 03. Februar 1949, Az. KLS 261/48, Nr. 2298, S. 28.

berechtigungen in Frage kommen.²⁰³ Diese Auffassung wurde in erster Linie mit der Intention der Verordnung begründet: Das Ziel der KWVO war es, für eine gerechte Verteilung der Lebensmittel zu sorgen.²⁰⁴ Nur wenn die Möglichkeit bestand, jede erneute Weitergabe der geschützten Waren zu sanktionieren, konnte dieser Zweck erfüllt werden.²⁰⁵ Anderenfalls könnte jeder die Waren, sobald sie einmal beiseitegeschafft wurden, straflos weiterveräußern und so die Bedarfsdeckung weiter schädigen,²⁰⁶ da die Rückführung zur ordnungsgemäßen Bewirtschaftung dadurch weiter erschwert werden würde.²⁰⁷ Dies würde dem Sinn und Zweck der Norm zuwiderlaufen. Es sollten nämlich gerade diejenigen, die sich mit der Weiterveräußerung schwarzer Waren beschäftigten, durch die KWVO bestraft werden können.²⁰⁸ Diese Auslegung galt sowohl für das Beiseiteschaffen im Sinne des Abs. 1 als auch im Sinne des Abs. 2.²⁰⁹ Auch wenn die Begründung der Strafkammern nachvollziehbar erscheint und wohl auch der allgemein herrschenden Meinung entsprach²¹⁰ handelte es sich um eine relativ strenge Auslegung des Begriffes. Sie findet ihre Stütze zwar unter Umständen in der allgemein gültigen Definition und dem Wortlaut der Norm. Dennoch erweckt es den Anschein, als ob diese Interpretation dem Zeitgeist und dem Wunsch, Schwarzmarktdelikte umfassend zu bestrafen, geschuldet war. Sie dürfte damit wenigstens fragwürdig sein.

Von diesem besonderen Aspekt abgesehen ist ergänzend festzuhalten, dass die Strafkammern den Begriff zum Teil relativ mild und praktisch auslegten. So wurde das Merkmal des Beiseiteschaffens zum Beispiel im Einzelfall verneint, wenn Waren noch während des Krieges versteckt wurden, um sie vor Plünderungen oder Fliegerangriffen zu schützen, da dies sogar als Beitrag zum Erhaltungsbedarf interpretiert wurde.²¹¹

[4]. Zurückhalten und Vernichten

Neben dem Beiseiteschaffen stand im Rahmen des § 1 Abs. 1 KWVO auch das Zurückhalten von lebenswichtigen Erzeugnissen und Rohstoffen unter Strafe. Allerdings wurde diese Alternative weitaus seltener angesprochen und verwirklicht. Im Allgemeinen wurde der Terminus „Zurückhalten“ ähnlich wie „Beiseiteschaffen“ definiert: Demnach hielt jemand Waren zurück, wenn er sie dem ordnungsgemäßen Verteilungsgang entzog.²¹²

²⁰³ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Mai 1947, Az. KLs 19/47, Nr. 1865, S. 7; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLs 181/48, Nr. 2215, S. 17 f.

²⁰⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Mai 1947, Az. KLs 19/47, Nr. 1865, S. 8.

²⁰⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Mai 1947, Az. KLs 19/47, Nr. 1865, S. 8.

²⁰⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Mai 1947, Az. KLs 19/47, Nr. 1865, S. 8.

²⁰⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Februar 1948, Az. KLs 220/47, Nr. 2007, S. 5.

²⁰⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLs 181/48, Nr. 2215, S. 18.

²⁰⁹ OLG Nürnberg, B. v. 03. Januar 1949, Az. Ss 197/48, Nr. 2215, S. 6.

²¹⁰ Erwähnung der Rechtsprechung anderer Gerichte in OLG Nürnberg, B. v. 03. Januar 1949, Az. Ss 197/48, Nr. 2215, S. 6; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Februar 1948, Az. KLs 220/47, Nr. 2007, S. 5; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 03. Februar 1949, Az. KLs 261/48, Nr. 2298, S. 28.

²¹¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 09. Mai 1947, Az. KLs 73/46, Nr. 1751, S. 5 f.

²¹² LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 22. November 1946, Az. KLs 91/46, Nr. 1766, S. 5; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLs 140/48, Nr. 2181, S. 7.

Dies wurde bejaht, wenn Produkte während des Krieges auf das Land geschafft und später weder zurückgebracht und der Bewirtschaftung zugeführt, noch gemeldet wurden.²¹³ Gleiches galt, wenn über die Jahre ein Überbestand erwirtschaftet wurde, der versteckt und nicht an die zuständigen Behörden gemeldet wurde²¹⁴ oder wenn Waren ohne Erlaubnis und wenigstens nachträgliche Meldung eingelagert wurden.²¹⁵ Zwar war es jedem Kaufmann gestattet, einen gewissen Warenbestand zu besitzen, den er den Kunden nicht anbot, allerdings musste dieser Bestand trotzdem den zuständigen Behörden gemeldet werden.²¹⁶

Solche Handlungen wurden vom ähnlich definierten Beiseiteschaffen abgegrenzt, indem das Verstecken von Waren als Zurückhalten eingeordnet wurde, während eine Weitergabe aus diesem Bestand an Personen ohne Bezugsberechtigung ein Beiseiteschaffen darstellte.²¹⁷ Dadurch ergab sich ein relativ spezifischer und leicht abgrenzbarer Anwendungsbereich. Adressaten waren Kauf- oder andere Geschäftsleute, die Waren aus den unterschiedlichsten Gründen horteten, wodurch sie der Allgemeinheit nicht zur Verfügung standen. Entscheidend dabei war, dass diese Warenbestände den Behörden unbekannt waren und so nicht für die Bedarfsdeckung eingesetzt werden konnten. Größere rechtliche Probleme ergaben sich für die Gerichte dabei in den untersuchten Urteilen nicht.

Die dem Wortlaut nach erste Alternative des § 1 Abs. 1 KWVO (Vernichten) wurde von den Gerichten im Gegensatz zu den anderen beiden Tathandlungen nicht problematisiert. Dies dürfte auch und vor allem mit der wirtschaftlichen Lage zu begründen sein: In den Zeiten absoluter Knappheit wäre es wohl nur den wenigsten Menschen in den Sinn gekommen, derart wichtige Erzeugnisse und Rohstoffe zu vernichten. Dazu hätte ein ganz anderes Maß an Kriminalität gehört als zu den anderen Handlungen, die ja in den meisten Fällen auf den bloßen Erhalt der Lebensgrundlage abzielten und der Not geschuldet waren.

[5]. Gefährdung des Bedarfes

Die Bedarfsgefährdung stellte im Rahmen des § 1 Abs. 1 KWVO ein Korrektiv des ansonsten sehr weiten Tatbestandes dar. Nur wenn durch das Beiseiteschaffen, Vernichten oder Zurückhalten lebenswichtiger Rohstoffe oder Erzeugnisse die Gefährdung des Bedarfes der Bevölkerung hervorgerufen wurde, war eine Strafbarkeit nach der KWVO anzunehmen. Wann eine derartige Gefährdung vorlag, wurde nicht anhand einer festen

²¹³ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 09. Mai 1947, Az. KLS 73/46, Nr. 1751, S. 6; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 22. November 1946, Az. KLS 91/46, Nr. 1766, S. 5 (das Gericht führte nicht explizit aus, ob es Beiseiteschaffen oder Zurückhalten annahm).

²¹⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 7; LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 27. September 1948, Az. KLS 199/48, Nr. 2228, S. 7.

²¹⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 04. April 1949, Az. KLS 254/48, Nr. 2268, S. 16.

²¹⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 09. Mai 1947, Az. KLS 73/46, Nr. 1751, S. 6.

²¹⁷ LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 27. September 1948, Az. KLS 199/48, Nr. 2228, S. 7.

Definition beurteilt, sondern anhand von praktischen Erwägungen und Beispielen eingegrenzt.

So hing die Bedarfsgefährdung in erster Linie von der Menge der entzogenen Güter ab.²¹⁸ Es genügte, wenn die Gefährdung den Bedarf eines lokal abgegrenzten Verbraucherkreises betraf.²¹⁹ Dies galt auch dann, wenn eine Handlung vorgenommen wurde, die in Zukunft eine örtliche Bedarfsgefährdung hervorrufen könnte.²²⁰

Von diesem Kriterium ausgehend hatten sich gewisse Maßstäbe etabliert, wann eine solche Gefährdung anzunehmen war. Dabei kam es vor allem darauf an, die unteren Grenzen festzulegen. Leichter fiel dies bei Waren, die häufig in der Rechtsprechung vorkamen und eine gewisse Vergleichbarkeit aufwiesen. Insbesondere für Fleisch als häufigstes betroffenes Gut konnten die Gerichte dabei recht exakte Grenzen festsetzen. Anfangs wurde angenommen, dass der Bedarf beim Beiseiteschaffen von Fleischstücken mit wenigstens 20 Pfund gefährdet sei.²²¹ Auch beim Beiseiteschaffen von 60 Pfund Schweinefleisch wurde eine Bedarfsgefährdung angenommen.²²² Später pendelte sich die Grenze bei ca. 40 bis 50 kg Fleisch ein,²²³ sodass der Tatbestand des § 1 Abs. 1 KWVO bei darunter liegenden Mengen an Fleisch konsequent verneint wurde.²²⁴

Waren, die innerhalb einer Tat, aber über einen längeren Zeitraum hinweg beiseitegeschafft wurden, wurden addiert,²²⁵ Waren aus unterschiedlichen Taten wurden aber gesondert betrachtet.²²⁶ Bezüglich anderer Gegenstände wurde die Bedarfsdeckung beispielweise beim Entzug von 110 Päckchen Butter,²²⁷ Möbeln für eine ganze

²¹⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 27. Mai 1946, Az. KLs 10/46, Nr. 1692, S. 4; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 28. Oktober 1947, Az. KLs 140/47, Nr. 1958, S. 6; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLs 140/48, Nr. 2181, S. 7.

²¹⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 19. August 1948, Az. KLs 118/47, Nr. 1940, S. 6; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 26. November 1947, Az. KLs 160/47, Nr. 1969, S. 7; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLs 140/48, Nr. 2181, S. 7; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLs 239/48, Nr. 2259, S. 17.

²²⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Februar 1948, Az. KLs 220/47, Nr. 2007, S. 5.

²²¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 27. Mai 1946, Az. KLs 10/46, Nr. 1692, S. 4.

²²² LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 14. Oktober 1947, Az. KLs 154/47, Nr. 1965, S. 3.

²²³ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 07. April 1948, Az. KLs 279/47, Nr. 2039, S. 5 mit Verweis auf weitere Rechtsprechung.

²²⁴ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. Januar 1948, Az. KLs 209/47, Nr. 1999, S. 5.; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 07. April 1948, Az. KLs 279/47, Nr. 2039, S. 5; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLs 239/48, Nr. 2259, S. 18; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 03. Februar 1949, Az. KLs 261/48, Nr. 2298, S. 19.

²²⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLs 239/48, Nr. 2259, S. 17.

²²⁶ Vgl. LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 03. Februar 1949, Az. KLs 261/48, Nr. 2298, S. 19.

²²⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 22. Februar 1947, Az. KLs 152/46, Nr. 1823, S. 4 ff.

Zimmereinrichtung,²²⁸ 50 Pfund Zucker,²²⁹ mehreren tausend Glühbirnen²³⁰ oder von ca. 400 kg Treibstoff und fünf Autoreifen²³¹ angenommen.

Um die Bedeutung der für die Allgemeinheit verlorenen Güter zu betonen und die Auswirkungen der Tat auf die Bedarfsdeckung zu verdeutlichen, zogen die Gerichte häufig Parallelen zur Versorgungslage der Bevölkerung. So setzten sie die beiseitegeschafften Güter in Bezug zu den festgesetzten Nahrungsmittelrationen und errechneten beispielsweise, wie viele Menschen von den Lebensmitteln wie lange hätten ernährt werden können.²³² Durch diese Relation zur allgemeinen Versorgungslage führten sie den Angeklagten zum einen das Ausmaß ihres Tuns vor Augen und erklärten zum anderen, warum in dem konkreten Fall eine Gefährdung des Bedarfs gegeben war. Diese Vorgehensweise kann auch als Ausdruck der besonderen Missbilligung seitens Gerichte für das Handeln der Angeklagten interpretiert werden. Ein derartiges Verknüpfen der Tat des Einzelnen mit den Konsequenzen für die Bedarfsdeckung einer ganzen Bevölkerungsgruppe war jedoch kein neues Phänomen: Bereits in den Anfangsjahren des Krieges ging das RG ähnlich vor und führte den Tätern so vor Augen, welche Auswirkungen ihr Beiseiteschaffen für die Ernährungssituation hatte.²³³ Dies ist insofern beachtlich, dass zu Beginn des Krieges bei weitem kein mit der Nachkriegszeit vergleichbarer Mangel an Nahrungsmitteln herrschte.²³⁴

An einigen Stellen wurde die Gefährdung des Bedarfs noch weitergehend definiert. Beispielsweise wurde es als weiteres Indiz für die Bedarfsgefährdung gesehen, wenn die Tat dazu geeignet war, zur Nachahmung anzuregen.²³⁵ Eine Gefährdung wurde auch dann bejaht, wenn die Waren zwar gegen Marken veräußert, jedoch zuvor zurückgehalten wurden, sodass eine vorübergehende Gefahr bestand.²³⁶ Auch wenn es sich um Lebensmittel handelte, die eigentlich für Flüchtlinge oder Ausländer vorgesehen waren, wurde zum Teil eine Gefährdung des Bedarfs der deutschen Bevölkerung bejaht.²³⁷ Dies erscheint auch in Anbetracht der Definition der Rohstoffe und Erzeugnisse, die zum lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung gehören, unschlüssig.

²²⁸ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 28. Oktober 1947, Az. KLS 140/47, Nr. 1958, S. 7.

²²⁹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 28. Oktober 1947, Az. KLS 140/47, Nr. 1958, S. 6.

²³⁰ LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 27. September 1948, Az. KLS 199/48, Nr. 2228, S. 7.

²³¹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 27. April 1948, Az. KLS 54/48, Nr. 2113, S. 4 f.

²³² LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 14. Oktober 1947, Az. KLS 154/47, Nr. 1965, S. 3; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 26. November 1947, Az. KLS 160/47, Nr. 1969, S. 8; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. Januar 1948, Az. KLS 209/47, Nr. 1999, S. 3; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Februar 1948, Az. KLS 220/47, Nr. 2007, S. 5; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 11. Dezember 1947, Az. KLS 224/47, Nr. 2010, S. 7; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 8.

²³³ RG, 6. Strafsenat, U. v. 29. November 1940, Az. C 130/40, RGSt 75, S. 30.

²³⁴ Vgl. z.B. Theis, Süddeutsche Juristen-Zeitung 1946, Nr. 8/9, S. 213; v. Goetze, Juristische Rundschau 1948, Vol. 10, S. 263 (265).

²³⁵ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 28. Oktober 1947, Az. KLS 140/47, Nr. 1958, S. 6.

²³⁶ LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 20. Juli 1949, Az. KLS 288/48, Nr. 2299, S. 9.

²³⁷ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 04. März 1949, Az. KLS 17/48, Nr. 2072, S. 6; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 06. April 1948, Az. KLS 38/48, Nr. 2103, S. 13.

Darüber hinaus berücksichtigten die Gerichte teilweise auch persönliche Faktoren. So wurde als weiteres Argument für das Vorliegen einer Gefährdung angeführt, dass dem Angeklagten gerade wegen seiner Tätigkeit als Viehspediteur die schlechte Ernährungslage und die aus seinem Tun resultierende weitere Bedarfsgefährdung hätte bewusst sein müssen.²³⁸

Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Maßstäbe, die die Richter bei ihren Einschätzungen zum Vorliegen einer Bedarfsgefährdung anwandten, fällt auf, dass es im Rahmen dieses Tatbestandsmerkmals an einer einheitlichen Linie fehlt. Es entsteht der Eindruck, dass keine klaren Grenzen für die Bedarfsgefährdung gefunden wurden und die Gerichte eine Gefährdung in vielen Fällen anhand von recht unterschiedlichen Kriterien bemaßen.

[6]. Böswilligkeit

Die Böswilligkeit war Teil des subjektiven Tatbestandes des § 1 Abs. 1 KWVO. Bereits der Wortlaut lässt erahnen, dass dieser Begriff ein Einfallstor für moralische Bewertungen bot. Die allermeisten Urteile äußerten sich zur Auslegung dieses Begriffes als eines der zentralen Merkmale der KWVO. Daraus ergibt sich eine relativ einheitliche Definition, die durch speziellere Entscheidungen in Einzelfällen ergänzt wird. Neben der Auslegung dieses Begriffes selbst gibt auch die Wortwahl der Gerichte Einblick in die Bedeutung des Begriffes.

Die Böswilligkeit wurde als innerer Vorgang bezeichnet, der nicht durch äußere Umstände bewiesen werden konnte, denen jedoch immerhin Indizwirkung zukam.²³⁹ Die Urteile beherzigten diese Verortung zum größten Teil. Ausgangspunkt war die innere Einstellung des Täters, obgleich die Gerichte sich oft auch intensiv mit den äußeren Umständen der Tat auseinandersetzten, um die Böswilligkeit einer Handlung zu beurteilen.

Erforderlich für eine böswillige Gesinnung war nach Ansicht der zweiten Strafkammer eine „über den Vorsatz hinausgehende verwerfliche innere Einstellung des Täters“.²⁴⁰ Noch drastischer formulierte es die erste Strafkammer: „Wer aus einer, um das Gemeinwohl bewusst gleichgültigen Einstellung heraus handelt und das Gebot der Stunde alle Rohstoffe und Erzeugnisse, die die Bevölkerung für ihre Existenz dringend braucht, im Rahmen der ordentlichen Bewirtschaftung zu belassen, verletzt, handelt auch böswillig“.²⁴¹ Auf diesen beiden Definitionen bauten die weiteren Annäherungen an das Merkmal der Böswilligkeit auf. Die verwerfliche Einstellung wurde als zentrales und unverzichtbares Element der Böswilligkeit betrachtet.²⁴² Zum Teil wurde sie auch allgemei-

²³⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Februar 1948, Az. KLS 220/47, Nr. 2007, S. 5.

²³⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 9.

²⁴⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 24. Februar 1949, Az. KLS 287/48, Nr. 2298, S. 15 mit Verweis auf weitere Rechtsprechung.

²⁴¹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 14. Juni 1946, Az. KLS 18/46, Nr. 1705, S. 7.

²⁴² LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLS 53/46, Nr. 1739, S. 14; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 30. Mai 1947, Az. KLS 86/46, Nr. 1761, S. 6; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 22. November 1946, Az. KLS 91/46, Nr. 1766, S. 8; LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLS 119/46, Nr. 1793, S. 9; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. September 1947, Az. KLS 114/47, Nr. 1935, S. 17; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 19. Au-

ner als niedriger Beweggrund bezeichnet.²⁴³ Die Manifestierung dieser Einstellung wurde in der Missachtung der Interessen der gesamten Bevölkerung an einer geregelten Versorgung gesehen.²⁴⁴ Daraus resultierte häufig auch das Streben, sich über die Bewirtschaftungsbestimmungen hinwegzusetzen, um einen unrechtmäßigen Gewinn zu erzielen.²⁴⁵ Insbesondere das Bemühen um einen eigenen (finanziellen) Vorteil und der damit verbundene Egoismus wurde dabei als besonderes negativ empfunden.²⁴⁶

Das häufig angesprochene Ignorieren der Belange der gesamten Bevölkerung rief auf Seiten der Richter an etlichen Stellen beinahe emotionale Formulierungen hervor. Die Missbilligung ist förmlich spürbar, wenn das Gericht die Angeklagten dafür kritisierte, dass sie sich „in einer Zeit, in der die Gesamtbevölkerung von einer tödlich wirkenden Hungersnot bedroht war, unverantwortlich über die Mahnungen der zuständigen Stellen skrupellos hinwegsetzten“²⁴⁷ Stattdessen sei es die „Pflicht eines jeden Volksgenossen, an der Fortführung eines geregelten Wirtschaftslebens mitzuwirken“.²⁴⁸ Das Brennen

gust 1948, Az. KLS 118/47, Nr. 1940, S. 6; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 28. Oktober 1947, Az. KLS 140/47, Nr. 1958, S. 6; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 06. April 1948, Az. KLS 38/48, Nr. 2103, S. 13; LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 08. Dezember 1948, Az. KLS 145/48, Nr. 2185, S. 3; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLS 239/48, Nr. 2259, S. 17; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 03. Februar 1949, Az. KLS 261/48, Nr. 2298, S. 19.

²⁴³ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Februar 1948, Az. KLS 220/47, Nr. 2007, S. 5.

²⁴⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 27. Mai 1946, Az. KLS 10/46, Nr. 1692 S. 4; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLS 53/46, Nr. 1739, S. 14; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 09. Mai 1947, Az. KLS 73/46, Nr. 1751, S. 8; LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLS 119/46, Nr. 1793, S. 9; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 19. August 1948, Az. KLS 118/47, Nr. 1940, S. 6; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 14. Oktober 1947, Az. KLS 154/47, Nr. 1965, S. 4; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 26. November 1947, Az. KLS 160/47, Nr. 1969, S. 8; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 21. Juni 1948, Az. KLS 286/47, Nr. 2045, S. 6; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 31. Mai 1948, Az. KLS 28/48, Nr. 2087, S. 5 f.; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. Juni 1948, Az. KLS 80/48, Nr. 2131, S. 7; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLS 100/48, Nr. 2147, S. 9; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLS 275/48, Nr. 2287, S. 25.

²⁴⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 27. Mai 1946, Az. KLS 10/46, Nr. 1692 S. 4; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 28. Oktober 1947, Az. KLS 140/47, Nr. 1958, S. 6; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Februar 1948, Az. KLS 220/47, Nr. 2007, S. 5; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 11. Dezember 1947, Az. KLS 224/47, Nr. 2010, S. 7; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 11; LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 27. September 1948, Az. KLS 199/48, Nr. 2228, S. 7; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 03. Februar 1949, Az. KLS 261/48, Nr. 2298, S. 19, 29.

²⁴⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 30. Mai 1947, Az. KLS 86/46, Nr. 1761, S. 6; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 22. November 1946, Az. KLS 91/46, Nr. 1766, S. 8; LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLS 119/46, Nr. 1793, S. 9; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 19. August 1948, Az. KLS 118/47, Nr. 1940, S. 6; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 26. November 1947, Az. KLS 160/47, Nr. 1969, S. 8; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 27. April 1948, Az. KLS 54/48, Nr. 2113, S. 5; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. Juni 1948, Az. KLS 80/48, Nr. 2131, S. 7; LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 08. Dezember 1948, Az. KLS 145/48, Nr. 2185, S. 3; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLS 239/48, Nr. 2259, S. 17; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLS 275/48, Nr. 2287, S. 25.

²⁴⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLS 53/46, Nr. 1739, S. 6 f.

²⁴⁸ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 22. November 1946, Az. KLS 91/46, Nr. 1766, S. 8.

von Schnaps aus Getreide bezeichneten die Richter angesichts der herrschenden Notlage als „kalt und rücksichtslos“, da es sich bei Alkohol um ein „reines Genussmittel“ für den Angeklagten und seine „Gesinnungsgenossen“ handle.²⁴⁹ Als besonders verwerflich wurde es außerdem empfunden, wenn die Angeklagten ausschließlich zu ihrem eigenen, persönlichen Vorteil handelten ohne dabei überhaupt Not zu leiden.²⁵⁰ Einer Täterin wurde in diesem Zusammenhang „krasser Egoismus“ vorgeworfen, der „alle Not und alle Ermahnungen staatlicher Stellen“ ebenso wie die „schreiende Not“ der Bevölkerung ignorierte.²⁵¹ Der ersten Strafkammer zufolge begründete die „auf betonter Eigensucht beruhende Gleichgültigkeit gegenüber der Gesamternährung“ die Böswilligkeit.²⁵²

Zu diesen eher allgemeingültigen Definitionen und Auslegungen traten Besonderheiten des Einzelfalles, durch die die Böswilligkeit begründet oder aber abgelehnt wurde. Insbesondere alleinstehenden Tätern oder Täterinnen, die nur für ihre eigene Versorgung und die ihrer allernächsten Angehörigen handelten, wurde besonders rasch böswilliges Handeln vorgeworfen.²⁵³ Auch die Art und Behandlung der fraglichen Waren dienten als Hinweise auf das Vorliegen einer böswilligen Gesinnung. Das Verderbenlassen der beiseitegeschafften Lebensmittel anstatt sie anderen Menschen zur Verfügung zu stellen²⁵⁴ und der Entzug größerer Mengen insbesondere an Gütern, an denen besonderer Mangel bestand,²⁵⁵ führte häufig zur Bejahung der Böswilligkeit. Ähnlich wurde das Zurückhalten eines besonders alten und wertvollen Bestandes beurteilt.²⁵⁶

Die Böswilligkeit wurde außerdem beispielsweise an der (ehemaligen) Amtsträgerstellung einer Täterin festgemacht, da das Vertrauen der Bevölkerung in die Redlichkeit der Behörden durch ihr Verhalten erschüttert wurde und Nachahmung befürchtet wurde.²⁵⁷ Auch der Entzug von Lebensmitteln aus einem Kontingent, das für besonders schlecht gestellte Personengruppen wie ehemalige KZ-Häftlinge gedacht war, wurde als starker Hinweis auf das Vorliegen von Böswilligkeit gesehen.²⁵⁸ Umgekehrt wurde die Böswilligkeit dagegen verneint, wenn Fleisch beiseitegeschafft wurde, um es an ehemalige KZ-Inassen zu verteilen, da diesen nach Ansicht des Gerichts aufgrund des während der Zeit des Nationalsozialismus erlittenen Leides eine bevorzugte Behandlung bei der Lebens-

²⁴⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 26. November 1947, Az. KLS 160/47, Nr. 1969, S. 8.

²⁵⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 21. Juni 1948, Az. KLS 286/47, Nr. 2045, S. 6.

²⁵¹ LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 27. September 1948, Az. KLS 199/48, Nr. 2228, S. 7.

²⁵² LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 14. Oktober 1947, Az. KLS 154/47, Nr. 1965, S. 4.

²⁵³ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 21. Juni 1948, Az. KLS 286/47, Nr. 2045, S. 6; LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 27. September 1948, Az. KLS 199/48, Nr. 2228, S. 7; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLS 239/48, Nr. 2259, S. 17.

²⁵⁴ LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 27. September 1948, Az. KLS 199/48, Nr. 2228, S. 7.

²⁵⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLS 53/46, Nr. 1739, S. 14; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 21. Juni 1948, Az. KLS 286/47, Nr. 2045, S. 6; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 06. April 1948, Az. KLS 38/48, Nr. 2103, S. 13; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. Juni 1948, Az. KLS 80/48, Nr. 2131, S. 6.

²⁵⁶ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 22. November 1946, Az. KLS 91/46, Nr. 1766, S. 8 (verbunden mit dem Plan, sich später aufgrund dieser Bestände zu bereichern).

²⁵⁷ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 20. Mai 1947, Az. KLS 14/46, Nr. 1700, S. 12.

²⁵⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. September 1947, Az. KLS 114/47, Nr. 1935, S. 17.

mittelversorgung zustand.²⁵⁹ Das bedeutete, dass die ehemaligen Häftlinge in der Zuteilung von Lebensmitteln bevorzugt wurden und es deshalb nach der Ansicht der Richter der zweiten Strafkammer auch allenfalls nach der VRStVO strafbar war, ihnen zusätzliche beiseitegeschaffte Lebensmittel zukommen zu lassen. Dieser Kausalzusammenhang wirkt im Kontext der Böswilligkeit wenig nachvollziehbar.

Daneben gab es auch Fälle, in denen die Böswilligkeit erkennbar als eine Art Korrektiv verwendet wurde und eine Strafbarkeit verneint wurde. Bei einer Täterin, die aufgrund privater Schicksalsschläge und Problemen mit der Verwaltung ihres Geschäfts physisch und psychisch angeschlagen war, wurde aufgrund ihrer Überforderung und der damit verbundenen Nachlässigkeit, aus der das Zurückhalten der Waren resultierte, kein böswilliges Handeln angenommen.²⁶⁰ In Einzelfällen entfiel die Böswilligkeit beim Horten von Waren, wenn dies eine allgemein übliche Geschäftspraxis dieser Zeit war und der Angeklagten daher das Bewusstsein, wie sehr sie die Interessen der Allgemeinheit verletzte, fehlte.²⁶¹ Ähnlich verhielt es sich in der Zeit kurz nach der Währungsreform: Nachdem die Bewirtschaftungsbestimmungen bereits gelockert worden waren und weitere Erleichterungen allgemein erwartet wurden, war den Tätern oft nicht bewusst, dass sie durch ihr Verhalten die Allgemeinheit schädigten, weswegen sie nach Ansicht der Gerichte nicht aus verwerflichen Motiven heraus handelten.²⁶² Im Gegensatz dazu handelte derjenige, der eine aktuelle Warnung der zuständigen Stellen vor dem Schwarzhandel verbunden mit dem Hinweis auf die angespannte Nahrungsmittelsituation ignorierte, erst recht böswillig.²⁶³ Wenn die Rechtslage nicht mehr ganz klar war, sich der Angeklagte aber bei einer offiziellen Stelle nach der Legalität seines Tuns erkundigte und die daraus resultierenden vagen Anweisungen befolgte, so handelte er nicht böswillig.²⁶⁴ Ähnlich beurteilten die Richter die Lage wenige Monate nach Kriegsende, als die ernährungswirtschaftlichen Verhältnisse noch sehr unklar waren.²⁶⁵ Das Berufen auf den persönlichen Mangel an Nahrungsmitteln dagegen stellte keinen Grund dar, die Böswilligkeit zu verneinen, da fast alle Menschen in Deutschland sich in einer ähnlich prekären Ernährungssituation befanden.²⁶⁶

Neben diese Fälle, aus denen eher allgemeine Grundsätze abgeleitet werden konnten, traten Konstellationen, in denen die Böswilligkeit wegen spezieller Einzelfallaspekte verneint wurde. So wurde ein Angeklagter, der eine größere Menge Fleisch auf dem Schwarzmarkt verkaufte, da es aufgrund der hohen Temperaturen ansonsten verdorben wäre, entlastet.²⁶⁷ Ähnlich wurde im Hinblick auf den Sinn und Zweck der KWVO ar-

²⁵⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. September 1947, Az. KLs 114/47, Nr. 1935, S. 13.

²⁶⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 09. Mai 1947, Az. KLs 73/46, Nr. 1751, S. 9.

²⁶¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 19. August 1948, Az. KLs 118/47, Nr. 1940, S. 6.

²⁶² LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 23. November 1948, Az. KLs 236/48, Nr. 2256, S. 6.

²⁶³ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 25.

²⁶⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 24. Februar 1949, Az. KLs 287/48, Nr. 2298, S. 15.

²⁶⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. September 1947, Az. KLs 114/47, Nr. 1935, S. 13.

²⁶⁶ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 31. Mai 1948, Az. KLs 28/48, Nr. 2087, S. 6.

²⁶⁷ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 14. Oktober 1947, Az. KLs 154/47, Nr. 1965, S. 4.

gumentiert, dass jemand, der Fett, das zur Kerzenherstellung gedacht war, aus „reine[r] Profitgier“ auf dem Schwarzmarkt verkaufte, aber so der Ernährung zuführen wollte, nicht böswillig handelt.²⁶⁸ Eine „böswillige Schmälerung des Gesamtvorrates, von dem alle leben müssen“ war darin nämlich gerade nicht zu sehen.²⁶⁹

Aus der Analyse des umfangreich vorliegenden Materials ergeben sich so einige zentrale Aussagen. Die Auslegung des Begriffes der Böswilligkeit erlaubte den Gerichten, das Verhalten der Angeklagten in ethischer Hinsicht zu bewerten. Von dieser Einordnung hing häufig die allgemeine Strafbarkeit ab. Es wurde als besonders verwerflich empfunden, wenn die Angeklagten aus eigensüchtigen Motiven heraus die notleidende Bevölkerung schädigten. Der Vorteil, den der Einzelne aus seinem Verhalten schöpfte und der ihn im Vergleich zu der hungernden Allgemeinheit besserstellte, wurde scharf verurteilt.

Der beständige Vergleich mit der Situation der übrigen Bevölkerung war – auch aufgrund der verwendeten Wortwahl – dazu geeignet, die Täter als besonders verabscheuungswürdige Individuen darzustellen. Wie aus dem zuvor zitierten Wortlaut einiger Urteile deutlich wird, wurde die Bevölkerung als eine Art Einheit, zusammengeschweißt durch das gemeinsam zu durchleidende Übel der Knappheit, gesehen, die kollektiv durch die Handlungen der Täter geschädigt wurde. In der Auslegung dieses Begriffes spiegeln sich daher die moralischen Konflikte, die der rechtlichen Aufarbeitung des Schwarzmarktes generell inhärent waren. Auf dieser Ebene wurde kaum nach dem Ausmaß des Tätigwerdens differenziert. Stattdessen wurden die allermeisten Angeklagten – von den wenigen, bei denen die Böswilligkeit aus unterschiedlichen Gründen verneint wurde – als Schädiger des gesamten Volkes dargestellt. Opfer war mithin die gesamte, leidende Bevölkerung. Man mag sich nur schwerlich des Eindrucks erwehren, dass hierbei die nationalsozialistische Ideologie der Volksgemeinschaft, welche sich den Schädlingen entgegenzustellen hatte, weiterhin eine Rolle spielte. Ausgehend von dieser Opferstellung der Allgemeinheit wurde das Vorliegen der Böswilligkeit zumeist bejaht.

Trotz dieser grundsätzlichen Aspekte, von denen sich die Gerichte leiten ließen, berücksichtigten sie dennoch auch individuelle Besonderheiten, die einige der Fälle mit sich brachten. In vielen Beispielen beharrten die Gerichte nicht stur auf den üblichen Voraussetzungen für das Merkmal der Böswilligkeit, sondern interpretierten die tatsächlichen Gegebenheiten des einzelnen Falles und psychischen Voraussetzungen der individuellen Angeklagten im Hinblick auf den Begriff – zu Gunsten sowie zu Ungunsten der Betroffenen. Obwohl die Rechtsprechung in dieser Hinsicht eher einzelfallbezogen erscheint, ist die Vorgehensweise doch erstaunlich stimmig. Es ist zu beobachten, dass die Gerichte die Böswilligkeit meistens nur dann ablehnten, wenn den Tätern das Bewusstsein für die Verwerflichkeit und das schädigende Ausmaß ihres Tuns fehlte. Die äußeren Umstände, wie beispielsweise allgemeine Unklarheiten über die Rechtslage, stützten den

²⁶⁸ OLG Nürnberg, B. v. 12. Mai 1950, Az. Ss 98/49, Nr. 2287, S. 2.

²⁶⁹ OLG Nürnberg, B. v. 12. Mai 1950, Az. Ss 98/49, Nr. 2287, S. 2.

Eindruck, den das Gericht von der Einstellung der Angeklagten gewonnen hatte, und wurden in den vorliegenden Fällen ähnlich beurteilt.

Zumeist widmeten die Richter der Böswilligkeit nur wenige Sätze. Dennoch wurde ihr Vorliegen nie gänzlich ohne Argumentation beurteilt, sodass die entscheidungserheblichen Faktoren erkennbar und nachvollziehbar waren. Die Interpretation dieses Begriffes war beachtlicherweise nur selten angegriffener Gegenstand einer Revision.²⁷⁰

Abschließend stellt sich im Rahmen der Böswilligkeit die Frage, ob die dargestellte Interpretation des Begriffes ein reines Produkt der Nachkriegsrechtsprechung ist, oder ob die Auslegung der NS-Zeit zumindest zum Teil fortgeführt wurde. In der Anfangszeit der Rechtsprechung zur KWVO ab 1939 wurde der Vorwurf des böswilligen Handelns dazu benutzt, um Handlungen zu bestrafen, die typischerweise „Volksschädlingen“ und „Kriegsgewinnlern“ vorgeworfen wurden.²⁷¹ Das Merkmal beschränkte sich demnach auf einen bestimmten Tätertypus.²⁷² Wenig später jedoch sahen die Gerichte und allen voran das RG das entscheidende Kriterium der Böswilligkeit in der „besonderen Verwerflichkeit der Gesinnung“ und dem Bewusstsein des Täters für die Verwerflichkeit oder zumindest seiner Fähigkeit, diese zu erkennen.²⁷³ Die Beurteilung der Verwerflichkeit wurde in erster Linie von der „sittlichen Auffassung der Volksgemeinschaft“ abhängig gemacht.²⁷⁴ Dies erlaubte einen besonders weiten und in hohem Maße ideologisch geprägten Auslegungsspielraum. Hingegen spielte es keine Rolle, in welcher Hinsicht die Gesinnung des Täters verwerflich war.²⁷⁵ Dies führte dazu, dass der Anwendungsbereich des § 1 KWVO deutlich erweitert wurde.²⁷⁶ Die eigene bevorzugte Versorgung mit zusätzlichen Waren auf Kosten der Allgemeinheit unter Missachtung der durch die in der Präambel der KWVO auferlegte Opferbereitschaft oder unter Ausnutzung der Kriegsumstände konnte dabei als eine von mehreren Handlungsmöglichkeiten ebenfalls unter diese Definition subsumiert werden.²⁷⁷

Nach Kriegsende sah sich diese Interpretation Kritik aus der Literatur gegenüber, die angesichts des Zusammenbruchs des Dritten Reichs und des ideologischen Umdenkens forderte, die Rechtsprechung entsprechend anzupassen und eine eher einschränkende Auslegung anzuwenden.²⁷⁸ Auch wurde vorgebracht, dass die von allgemeiner Verwirrungen und Umwälzungen geprägte Nachkriegszeit nicht mit dem strikt hierarchisch

²⁷⁰ Nur in OLG Nürnberg, B. v. 04. Juni 1948, Az. Ss 93/48, Nr. 2007 und OLG Nürnberg, B. v. 16. November 1948, Az. Ss 169/48, Nr. 2181.

²⁷¹ V. Stackelberg, DRZ 1947, S. 19.

²⁷² V. Stackelberg, DRZ 1947, S. 19 (19 f.).

²⁷³ RG, 3. Strafsenat, U. v. 18. November 1940, Az. C 171/40, RGSt 74, S. 359; so auch v. Stackelberg, DRZ 1947, S. 19; v. Goetze, Juristische Rundschau 1948, Vol. 10, S. 263 (265); ähnlich auch RG, 2. Strafsenat, U. v. 19. September 1940, Az. 2 D 412/40, RGSt 74, S. 289.

²⁷⁴ RG, 3. Strafsenat, U. v. 18. November 1940, Az. C 171/40, RGSt 74, S. 359 (365 f.).

²⁷⁵ RG, 3. Strafsenat, U. v. 18. November 1940, Az. C 171/40, RGSt 74, S. 359 (365 f.).

²⁷⁶ So v. Stackelberg, DRZ 1947, S. 19.

²⁷⁷ RG, 3. Strafsenat, U. v. 18. November 1940, Az. C 171/40, RGSt 74, S. 359 (366); RG, 2. Strafsenat, U. v. 19. September 1940, Az. 2 D 412/40, RGSt 74, S. 289 (289 f.).

²⁷⁸ V. Stackelberg, DRZ 1947, S. 19; Theis, Süddeutsche Juristen-Zeitung 1946, Nr. 8/9, S. 213.

und autoritär geprägten Dritten Reich vergleichbar war und deshalb neue Maßstäbe angelegt werden mussten.²⁷⁹ Die Auslegung der Böswilligkeit war überdies stark von der Präambel der KWVO geprägt gewesen, die jedoch nach Kriegsende nicht mehr berücksichtigt werden durfte.²⁸⁰

Tatsächlich verwendeten die Nürnberger Richter – sei es bewusst oder unbewusst – den Wortlaut der Präambel keinesfalls. Zwangsläufig fiel außerdem in der Auslegung der Aspekt des Krieges und der damit verbundenen Opferpflicht weg. Darüber hinaus muss aber festgestellt werden, dass sich die Interpretation überraschend wenig verändert hatte. Weiterhin war die Verwerflichkeit das Charakteristikum böswilligen Handelns. Dieses wurde wiederum meist in einem egoistischen Verhalten gesehen, durch das die Allgemeinheit geschädigt wurde. Insofern war durchaus Kontinuität mit der Rechtsprechung während des Krieges gegeben. Andererseits muss ebenfalls berücksichtigt werden, dass der Tenor der Entscheidungen darauf hindeutet, dass die Verwerflichkeit nicht beliebig begründet werden konnte, sondern auf eigensüchtigem Verhalten und der Missachtung der Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft gesehen wurde. Dies entsprach wohl auch der allgemeinen Vorgehensweise der deutschen Gerichte nach 1945.²⁸¹ Aufgrund der Ernährungslage war dies jedoch in den meisten Fällen zutreffend, sodass die Böswilligkeit nur selten verneint wurde. Demnach schlossen sich die Gerichte der neueren RG-Rechtsprechung an, die sich in erster Linie auf die Verwerflichkeit konzentrierte und griff nicht, wie zum Teil von der Literatur gefordert,²⁸² auf eine von bestimmten Tätertypen geprägte Auslegung zurück. Bis auf die offensichtlichsten Änderungen (Nichtanwendung der Präambel und Kriegsende) führten die Nürnberger ebenso wie wohl auch andere deutsche Richter die Rechtsprechung des RG weitgehend fort.

[7]. *Schwerer Fall im Sinne des § 1 Abs. 1 S. 1 KWVO*

Im Rahmen der KWVO bestand grundsätzlich die Möglichkeit, einen schweren Fall im Sinne des § 1 Abs. 1 S. 2 anzunehmen. In der Rechtsprechungspraxis der Nürnberger Gerichte wurde ein schwerer Fall nur in einem einzigen Fall, in dem eine besonders große Menge betroffen war, bejaht.²⁸³ Dabei ist zu beachten, dass auf die Verwirklichung eines schweren Falles in den Zeiten des Nationalsozialismus die Todesstrafe stand, die während der Besatzungszeit und danach im Rahmen der KWVO keine Anwendung mehr fand. Das Strafmaß war bei einem normalen und einem schweren Fall somit das gleiche. Dies mag erklären, warum ein schwerer Fall nur äußerst selten angesprochen wurde. Angesichts des (mit Ausnahme der Todesstrafe) unbeschränkten Strafmaßes des § 1 Abs. 1 S. 1 KWVO kam S. 2 nun lediglich deklaratorischer Charakter zu.

²⁷⁹ V. Goetze, Juristische Rundschau 1948, Vol. 10, S. 263 (265).

²⁸⁰ V. Stackelberg, DRZ 1947, S. 19 (20).

²⁸¹ Vgl. Theis, Süddeutsche Juristen-Zeitung 1946, Nr. 8/9, S. 213 (213 f.).

²⁸² V. Stackelberg, DRZ 1947, S. 19 (20).

²⁸³ LG Nürnberg-Fürth, I. Strafkammer, U. v. 06. April 1948, Az. KLs 38/48, Nr. 2103, S. 11, Anwendung auf § 1 Abs. II KWVO.

bb. Bereicherungsabsicht (§ 1 Abs. 3 KWVO)

Ein in sehr vielen Fällen verwirklichtes Merkmal war die in § 1 Abs. 3 KWVO geregelte Bereicherungsabsicht. Eine echte Definition wurde eher selten vorgebracht, was auch mit der allgemeinen Bekanntheit dieses Begriffes zusammenhängen mag. Die zweite große Strafkammer stellte recht allgemein fest, dass eine erstrebte Vermögensmehrung erforderlich war.²⁸⁴ Drastischer formulierte es die dritte große Strafkammer, die Bereicherungsabsicht darin erblickte, dass die Angeklagten „in egoistischer Gewinnsucht auf leichte Art und Weise ihr Vermögen vermehren wollten“.²⁸⁵ Das OLG ging davon aus, dass derjenige in Bereicherungsabsicht handelte, der durch eine strafbare Handlung auf Kosten anderer im Vergleich zu einem gesetzestreuen Handeln seine Vermögenslage verbesserte.²⁸⁶ Unter diese Definitionen fielen demnach vor allem Verkäufe auf dem Schwarzmarkt, bei denen die Täter Waren zu erhöhten Preisen weiterverkauften und den daraus resultierenden Gewinn für sich behielten.²⁸⁷ Insbesondere bei Mengen, die den normalen Hausgebrauch bei weitem überstiegen, wurde Bereicherungsabsicht angenommen.²⁸⁸ Auch die Absicht zur Steigerung des eigenen Lebensstandards wurde als Bereicherungsabsicht klassifiziert.²⁸⁹

Während das Vorliegen von Bereicherungsabsicht in diesen Fällen verhältnismäßig einfach zu beurteilen war, gab es andere Konstellationen, in denen dies weit weniger eindeutig war. In der Zeit um die Währungsreform hatten die Gerichte zum Teil Probleme damit festzustellen, ob das Horten von Waren bis nach Inkrafttreten der Währungsreform eine Vermögensmehrung darstellte. Die zweite große Strafkammer entschied sich unter Berufung auf die bisherige Rechtsprechung des OLG Nürnberg zugunsten des Angeklagten dazu, dass ein derartiges Zurückhalten nicht der Vermögensmehrung, sondern lediglich dem Vermögenserhalt diene, da ein Verkauf vor der Umstellung auf DM das Vermögen mindern würde.²⁹⁰ Allerdings änderte das OLG seine bisherige Auffassung in der Revision desselben Falles und maß der wirtschaftlichen Betrachtungsweise mehr Gewicht bei: Der Wert der RM war durch die Kriegs- und Nachkriegszeit so gering, dass das Halten von RM im Vergleich zum Besitz von Waren eine Verschlechterung der Vermögenslage darstellte.²⁹¹ Wer sich diesen Folgen, die die gesamte Bevölkerung, insbesondere aber Lohnempfänger – nämlich „Beamte, Angestellte und Arbeiter“ – trafen, entziehen wollte, um mit der Veräußerung von gehorteten Waren auf eine neue Währung

²⁸⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 12.

²⁸⁵ LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 08. Dezember 1948, Az. KLS 145/48, Nr. 2185, S. 3.

²⁸⁶ OLG Nürnberg, B. v. 16. November 1948, Az. Ss 169/48, Nr. 2181, S. 5.

²⁸⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 27. Mai 1946, Az. KLS 10/46, Nr. 1692, S. 5; LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 04. März 1949, Az. KLS 17/48, Nr. 2072, S. 5; LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 08. Dezember 1948, Az. KLS 145/48, Nr. 2185, S. 3; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLS 275/48, Nr. 2287, S. 25; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 24. Februar 1949, Az. KLS 287/48, Nr. 2298, S. 19.

²⁸⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLS 181/48, Nr. 2215, S. 17.

²⁸⁹ LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 27. September 1948, Az. KLS 199/48, Nr. 2228, S. 8.

²⁹⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 12.

²⁹¹ OLG Nürnberg, B. v. 16. November 1948, Az. Ss 169/48, Nr. 2181, S. 3 f.

zu warten, handelte in Bereicherungsabsicht.²⁹² Nach der Währungsreform konnten die Waren nämlich einen deutlich höheren Wert in DM einbringen, nachdem die künstlich niedrig gehaltenen RM-Preise aufgehoben worden waren.²⁹³ Der erhaltene Gegenwert war damit deutlich höher, sodass sich die finanzielle Situation besser darstellte.²⁹⁴ Es ist außerdem anzumerken, dass die dritte große Strafkammer bereits vor diesem Beschluss des OLG die Hortung von Waren über die Währungsreform hinaus knapp als Bereicherungsabsicht eingeordnet hatte.²⁹⁵

Die Rechtsfolgen der Bereicherungsabsicht waren gesetzlich bereits relativ eindeutig geregelt, sodass wenig Raum zur Interpretation blieb. Zusätzlich zu der Strafe aus § 1 Abs. 1 oder 2 KWVO musste das Gericht beim Vorliegen von Bereicherungsabsicht auf Geldstrafe entscheiden. Deren Höhe war grundsätzlich unbegrenzt, musste aber „das Entgelt, das der Täter für seine Tat empfangen und den Gewinn, den er aus der Tat gezogen hat, übersteigen“.²⁹⁶ Damit wurde eine direkte Verbindung zur Tat hergestellt, was den Sanktionierungscharakter noch unterstrich. Es sollte unmissverständlich gezeigt werden, dass sich eine derartige Straftat nicht lohnte.

Es ist zu beobachten, dass die Gerichte das Merkmal der Bereicherungsabsicht eher lebensnah und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Besonderheiten der damaligen Zeit auslegten. Außerdem traten wegen der regulierten Preise und der Währungsreform sehr spezifische Probleme auf, für die es insbesondere in der Übergangszeit galt, eine juristisch korrekte und gerechte Lösung zu finden.

cc. Versuchsbeginn

Auch der Versuchsbeginn im Rahmen der KWVO wurde von den Gerichten diskutiert. Interessant dabei ist, dass es in der bundesdeutschen Literatur und Rechtsprechung umstritten war, ob im Rahmen der KWVO überhaupt eine Versuchsstrafbarkeit möglich war.²⁹⁷ Die Nürnberger Richter erwähnten diese Unstimmigkeiten jedoch nicht,²⁹⁸ sondern gingen offensichtlich von einer gegebenen Strafbarkeit des Versuchs aus und thematisierten lediglich den Beginn der Strafbarkeit. Der Versuchsbeginn war gerade im Rahmen von Schwarzmarktdelikten schwierig festzulegen, da dort im besonderen Maße zwischen noch sozialadäquatem Verhalten und bereits strafbarem Handeln abgegrenzt werden musste.

Die Strafkammern betrachteten dieses Problem vor allem einzelfallbezogen ohne dabei allgemeingültige Ansätze zu entwickeln. Eine Strafbarkeit nach der KWVO wurde

²⁹² OLG Nürnberg, B. v. 16. November 1948, Az. Ss 169/48, Nr. 2181, S. 4.

²⁹³ OLG Nürnberg, B. v. 16. November 1948, Az. Ss 169/48, Nr. 2181, S. 5.

²⁹⁴ OLG Nürnberg, B. v. 16. November 1948, Az. Ss 169/48, Nr. 2181, S. 5.

²⁹⁵ LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 27. September 1948, Az. KLs 199/48, Nr. 2228, S. 8.

²⁹⁶ KWVO, § 1 Abs. 3.

²⁹⁷ Vgl. v. Goetze, Juristische Rundschau 1948, Vol. 10, S. 263 (264 f.).

²⁹⁸ Allerdings wurden Taten nach der KWVO zum Teil unabhängig von diesem Streit als Verbrechen qualifiziert: LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLs 181/48, Nr. 2215, S. 22.

verneint, wenn die Güter noch nicht tatsächlich in den Besitz des Täters gelangt waren.²⁹⁹ Das Erscheinen am Ort des geplanten Schwarzmarktgeschäftes mit der Intention der Deliktsbegehung wurde als bloße strafflose Vorbereitungshandlung zum beabsichtigen Beiseiteschaffen klassifiziert.³⁰⁰ Erforderlich für die Annahme einer Versuchsstrafbarkeit war nach Ansicht der Richter, dass der Täter wenigstens in ein beginnendes Verfügungsverhältnis zu einer Sache trat.³⁰¹ Die bloße Beauftragung eines Anderen zur Beiseiteschaffung von Waren, die nur nach Art und Menge bestimmt waren, genügte dafür nicht.³⁰² Gleiches galt für ein relativ spezifisches Kaufangebot, bei dem die Angeklagte die angebotenen Waren tatsächlich noch nicht zur Verfügung hatte³⁰³ oder bloße Bemühungen zum Erwerb eines Tieres zum Zwecke der Schwarzschlachtung ohne aktive Erwerbs-handlungen vorgenommen zu haben.³⁰⁴ Der Versuchsbeginn war ebenfalls zu verneinen, wenn Schweine aufgezogen wurden, auch wenn von Anfang an die Absicht bestand, sie später illegal zu schlachten.³⁰⁵ Nach Ansicht der Richter waren sie vor der Schlachtung auch ohne Meldung bei Viehzählungen dem Verteilungsgang noch nicht endgültig entzogen, da immer noch die Möglichkeit bestand, dass sie entdeckt und anschließend erfasst wurden.³⁰⁶

Die Strafkammern haben den Versuchsbeginn somit nicht übermäßig nach vorne verlagert. Die meisten der entschiedenen Fälle dürften auch nach heutigen Grundsätzen straflos sein. Allerdings muss auch angemerkt werden, dass einzelne Handlungen wie beispielsweise die Zusammenkunft zu einem Schwarzmarktgeschäft bereits außerhalb des sozialadäquaten Bereiches lagen und dennoch keiner Strafbarkeit unterfielen. In dieser Hinsicht urteilten die Richter also eher günstig für die Angeklagten.

dd. Verbotenes Tauschgeschäft im Sinne des § 1a Ziff. 2 KWVO

Auch aufgrund seines eingeschränkten persönlichen Anwendungsbereiches war § 1a KWVO nur selten Gegenstand einer gerichtlichen Entscheidung. Im Hinblick auf die getauschten Güter war es ebenso wie im Rahmen des § 1 KWVO nicht erforderlich, dass sie bewirtschaftet waren, sondern auch frei verkäufliche Waren fielen unter den Anwendungsbereich der Norm.³⁰⁷ Allerdings musste es sich um Mangelwaren handeln, die nicht jederzeit in beliebiger Menge verfügbar waren, damit überhaupt eine Bevorzugung durch den Tausch vorliegen konnte.³⁰⁸ Ob eine solche Mangelware vorlag, wurde

²⁹⁹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 09. Dezember 1947, Az. KLs 169/47, Nr. 1976, S. 5.

³⁰⁰ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 09. Dezember 1947, Az. KLs 169/47, Nr. 1976, S. 5.

³⁰¹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. März 1948, Az. KLs 208/47, Nr. 1998, S. 4.

³⁰² LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. März 1948, Az. KLs 208/47, Nr. 1998, S. 4.

³⁰³ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. März 1948, Az. KLs 208/47, Nr. 1998, S. 10: Die Angeklagte übergab einen Zettel mit der Aufschrift „Sie können ab 5 Uhr einen Zentner weißen Zucker haben, Preis 75 RM, Peter Henleinstraße 55/0“.

³⁰⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLs 239/48, Nr. 2259, S. 19.

³⁰⁵ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. Januar 1948, Az. KLs 209/47, Nr. 1999, S. 5.

³⁰⁶ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. Januar 1948, Az. KLs 209/47, Nr. 1999, S. 5 f.

³⁰⁷ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 27. April 1948, Az. KLs 54/48, Nr. 2113, S. 3.

³⁰⁸ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 27. April 1948, Az. KLs 54/48, Nr. 2113, S. 3.

anhand von einzelfallbezogenen Umständen beurteilt, beispielsweise in welcher Menge das Gut hergestellt wurde und welche Absatzmethoden bestanden.³⁰⁹ So handelte es sich um Mangelware, wenn sie der „gewöhnliche Sterbliche“ momentan normalerweise „nicht zu Gesicht“ bekam.³¹⁰ Für die Annahme eines Tauschs war lediglich erforderlich, dass der Austausch der jeweiligen Ware voneinander abhängig war.³¹¹ Dies konnte auch stillschweigend erfolgen, eine ausdrückliche Vereinbarung oder eine gemeinsame Rechnungslegung waren nicht erforderlich.³¹² Kern dieser Vorschrift war das Ausnutzen der eigenen Stellung und der damit verbundenen Privilegien, um sich so bevorzugt bestimmte Waren zu beschaffen.³¹³ Eine weitergehende Analyse der Interpretation dieser Begrifflichkeiten war aufgrund der eingeschränkten Auseinandersetzung der Gerichte mit dem Straftatbestand nicht möglich.

b. Verbrauchsregelungsstrafverordnung

Im Rahmen der Untersuchung der Begriffe der VRStVO fällt auf, dass die Rechtsprechung weit weniger Informationen als zur KWVO bereithielt. Dies mag zum einen daran liegen, dass Delikte nach der KWVO häufiger begangen wurden und in gewisser Weise spektakulärer waren, zum anderen aber auch damit, dass Strafen nach der VRStVO oft sehr niedrig ausfielen und die Taten eher „nebenbei“ abgeurteilt wurden, während die Haupttäter eines Prozesses sich nach der KWVO oder dem KRG Nr. 50 strafbar gemacht hatten.

aa. Ausübung eines Gewerbes nach § 1 Abs. 1 VRStVO

Die VRStVO enthielt in § 1 Abs. 1 eine höhere Strafandrohung als in § 2 Abs. 1 für Personen, die bei der Tatbegehung in Ausübung eines Gewerbes handelten. Dafür war es erforderlich, dass das strafbare Geschäft im Zusammenhang mit einem Gewerbe stand.³¹⁴ Dies war beispielsweise zu bejahen, wenn dem Täter Waren in seiner Eigenschaft als Händler überlassen wurden³¹⁵ oder er den Gegenstand für sein Geschäft bezog und dort verwendete.³¹⁶ Der Begriff des Gewerbes selbst wurde so weit ausgedehnt, dass sogar ein illegales Gewerbe als Schwarzhändler darunter subsumiert wurde.³¹⁷ Dies ist durchaus fragwürdig und könnte bereits als unzulässige Analogie zu Lasten der Angeklagten eingeordnet werden.

³⁰⁹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 27. April 1948, Az. KLs 54/48, Nr. 2113, S. 3.

³¹⁰ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 27. April 1948, Az. KLs 54/48, Nr. 2113, S. 3.

³¹¹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 27. April 1948, Az. KLs 54/48, Nr. 2113, S. 3.

³¹² LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 27. April 1948, Az. KLs 54/48, Nr. 2113, S. 3.

³¹³ LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 27. September 1948, Az. KLs 199/48, Nr. 2228, S. 8.

³¹⁴ OLG Nürnberg, B. v. 28. November 1947, Az. Ss 38/47, Nr. 1766, S. 8.

³¹⁵ OLG Nürnberg, B. v. 28. November 1947, Az. Ss 38/47, Nr. 1766, S. 8.

³¹⁶ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. Oktober 1947, Az. KLs 149/47, Nr. 1964, S. 4.

³¹⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 17 (handschriftliche Anmerkung); LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 24. Februar 1949, Az. KLs 287/48, Nr. 2298, S. 30.

bb. Bezugsbeschränkte Erzeugnisse (§ 2 Abs. 1 Ziff. 1 VRStVO)

Bezugsbeschränkte Erzeugnisse stellten einen der Tatgegenstände des § 2 Abs. 1 Ziff. 1 VRStVO dar. Der Begriff als solcher wurde in der Rechtsprechung nicht weiter erläutert, erklärte sich seine Bedeutung doch aufgrund der Bewirtschaftungsvorschriften von selbst. Bezugsbeschränkte Erzeugnisse waren Lebensmittel im Allgemeinen,³¹⁸ Fleisch³¹⁹ und Tiere,³²⁰ bestimmte Kleidungsstücke und Schuhe,³²¹ Stroh und Futtermittel,³²² Tabakwaren³²³ und Benzin.³²⁴ Dagegen waren Spirituosen,³²⁵ Lacke und Farben³²⁶ nicht darunter zu subsumieren. Auch Tiere, die zwar ohne Bezugsberechtigung, aber mit der Absicht, sie großzufüttern, bezogen wurden, fielen nicht in den Anwendungsbereich des § 2 Abs. 1 Ziff. 1 VRStVO.³²⁷

Darüber hinaus gab es einige Konstellationen, in denen im Hinblick auf die Bewirtschaftungsvorschriften die Eigenschaft des bezugsbeschränkten Erzeugnisses aus anderen Gründen verneint wurde. So war die VRStVO dann nicht mehr anwendbar, wenn der Letztverbraucher das Erzeugnis rechtmäßig erhalten hatte und anschließend weitergab, weil die Bewirtschaftung mit der Abgabe an den Letztverbraucher zu Ende war.³²⁸ Folgerichtig waren gebrauchte Gegenstände keine bezugsbeschränkten Erzeugnisse.³²⁹ Auch das Verschenken von Waren, die zum persönlichen Gebrauch bestimmt waren, war nicht nach der VRStVO strafbar.³³⁰

Umstritten war, ob Waren ausländischen Ursprungs, darunter insbesondere Dinge der Besatzungsmächte, unter den Anwendungsbereich des § 2 Abs. 1 Ziff. 1 VRStVO fielen. Die erste Strafkammer verneinte dies unter Erwähnung der widerstreitenden Rechtsprechung aus ganz Deutschland.³³¹ Überraschenderweise entschied die gleiche Strafkammer nur eine Woche später ohne weitere Begründung gegensätzlich und bejahte die Strafbar-

³¹⁸ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 16. Dezember 1947, Az. KLs 167/47, Nr. 1974, S. 5; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 09. Dezember 1947, Az. KLs 169/47, Nr. 1976, S. 5; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 31. Mai 1948, Az. KLs 28/48, Nr. 2087, S. 5.

³¹⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 17; LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 23. November 1948, Az. KLs 236/48, Nr. 2256, S. 7.

³²⁰ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 31. Mai 1948, Az. KLs 28/48, Nr. 2087, S. 5.

³²¹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 16. Dezember 1947, Az. KLs 167/47, Nr. 1974, S. 5.

³²² LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 31. Mai 1948, Az. KLs 28/48, Nr. 2087, S. 5.

³²³ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 09. Dezember 1947, Az. KLs 169/47, Nr. 1976, S. 5.

³²⁴ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. Oktober 1947, Az. KLs 149/47, Nr. 1964, S. 3.

³²⁵ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 16. Dezember 1947, Az. KLs 167/47, Nr. 1974, S. 5.

³²⁶ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 16. Dezember 1947, Az. KLs 167/47, Nr. 1974, S. 5.

³²⁷ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 31. Mai 1948, Az. KLs 28/48, Nr. 2087, S. 5.

³²⁸ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. März 1948, Az. KLs 208/47, Nr. 1998, S. 11; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 27. April 1948, Az. KLs 54/48, Nr. 2113, S. 6.

³²⁹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 16. Dezember 1947, Az. KLs 167/47, Nr. 1974, S. 5.

³³⁰ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 27. April 1948, Az. KLs 54/48, Nr. 2113, S. 10.

³³¹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 16. Dezember 1947, Az. KLs 167/47, Nr. 1974, S. 5.

keit des Bezugs von Waren der Besatzungsmächte im Rahmen der VRStVO.³³² Insofern war die Rechtsprechung uneinheitlich.

cc. Tathandlungen des § 2 Abs. 1 Ziff. 1 VRStVO

Die am häufigsten verwirklichte und demnach auch besprochene Tathandlung im Rahmen der VRStVO war das „Beziehen“. Voraussetzung für dieses Tatbestandsmerkmal war, dass ein zweiseitiges Geschäft vorlag.³³³ Dafür war es erforderlich, dass der Besitz an der fraglichen Ware mit dem Willen des bisherigen Besitzers an eine andere Person überging.³³⁴ Der Erwerber musste dabei die tatsächliche Verfügungsgewalt erlangen.³³⁵ Der klassische Fall des Beziehens war somit Handel mit Waren auf dem Schwarzmarkt.³³⁶ Auch das Beschaffen von Lebensmitteln mit gefälschten Marken wurde als Beziehen klassifiziert.³³⁷ Dagegen lag bei einem Diebstahl kein Beziehen vor.³³⁸ Umstritten war hingegen, ob eine Schenkung die Anforderungen an das Beziehen erfüllen konnte. Die erste Strafkammer ging davon aus, dass dies nicht der Fall war.³³⁹ Kurz zuvor hatte die gleiche Strafkammer jedoch entschieden, dass es darauf nicht ankomme.³⁴⁰ Eine tiefergehende Diskussion entstand dazu nicht.

dd. Schwerer Fall im Sinne des § 2 Abs. 4 VRStVO

Als Verschärfung der Strafe aus § 2 Abs. 1 konnten die Gerichte einen schweren Fall gem. § 2 Abs. 4 VRStVO annehmen. Ein derartiger schwerer Verstoß gegen die VRStVO wurde ohne weitere Diskussion bejaht, wenn der Täter die Tat im Fortsetzungszusammenhang beging.³⁴¹ Dadurch handelte es sich nämlich nicht mehr um einen bloß gelegentlichen, leichten Verstoß.³⁴²

³³² LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 09. Dezember 1947, Az. KLS 169/47, Nr. 1976, S. 5 f.

³³³ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. September 1947, Az. KLS 114/47, Nr. 1935, S. 13.

³³⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. September 1947, Az. KLS 114/47, Nr. 1935, S. 15.

³³⁵ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. Oktober 1947, Az. KLS 149/47, Nr. 1964, S. 4.

³³⁶ so z.B.: LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLS 53/46, Nr. 1739, S. 17; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 22. November 1946, Az. KLS 91/46, Nr. 1766, S. 16; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 22. Februar 1947, Az. KLS 152/46, Nr. 1823, S. 9; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 07. April 1948, Az. KLS 279/47, Nr. 2039, S. 6; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 31. Mai 1948, Az. KLS 28/48, Nr. 2087, S. 5; LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 23. November 1948, Az. KLS 236/48, Nr. 2256, S. 7; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 24. Februar 1949, Az. KLS 287/48, Nr. 2298, S. 15 f.

³³⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 19. März 1948, Az. KLS 266/47, Nr. 2030, S. 2.

³³⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. September 1947, Az. KLS 114/47, Nr. 1935, S. 13.

³³⁹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 16. Dezember 1947, Az. KLS 167/47, Nr. 1974, S. 7.

³⁴⁰ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. Oktober 1947, Az. KLS 149/47, Nr. 1964, S. 4.

³⁴¹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. März 1948, Az. KLS 208/47, Nr. 1998, S. 8; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLS 181/48, Nr. 2215, S. 18; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 03. Februar 1949, Az. KLS 261/48, Nr. 2298, S. 27 f.

³⁴² LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. März 1948, Az. KLS 208/47, Nr. 1998, S. 8.

In eine ähnliche Richtung ging die Rechtsprechung, die einen schweren Fall bei besonders häufigem³⁴³ oder umfangreichem³⁴⁴ Tätigwerden annahm. Als erhebliche Menge wurden dabei zum Beispiel schon 40 Liter, nicht aber 10 Liter, Benzin bezeichnet.³⁴⁵ Wenig überraschend fiel auch der Bezug ganzer Tiere³⁴⁶ oder mehrerer dutzend Kilo Fleisch³⁴⁷ unter den Tatbestand des § 2 Abs. 4 VRStVO. Gleiches galt für den Bezug eines Zentners Mehl.³⁴⁸

Neben diesen eher allgemeinen und objektiv beurteilbaren Kriterien waren Besonderheiten des Einzelfalles relevant. Der Bezug von Fleisch wurde als besonders negativ und daher als schwerer Fall beurteilt, wenn es die Angeklagten aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit und guter Verbindungen in das bäuerliche Milieu aus Sicht des Gerichts nicht nötig hatten, Lebensmittel in nicht unerheblicher Menge ohne Bezugsberechtigung zu beziehen.³⁴⁹ Ein schwerer Fall wurde in einer anderen Konstellation auch angenommen, weil die Angeklagte die Belange der Bevölkerung „rücksichtslos“ außer Acht gelassen hatte.³⁵⁰ Sogar die besonders angespannte Ernährungslage des Jahres 1947 führte dazu, dass eine Tat aus dieser Zeit unter § 2 Abs. 4 VRStVO subsumiert wurde.³⁵¹

Die Möglichkeit, einen schweren Fall anzunehmen und entsprechend zu sanktionieren, erlaubte den Gerichten also, eine Differenzierung anhand der Art und der Verwerflichkeit des Handelns der Angeklagten vorzunehmen. Wie die dargestellten Beispiele zeigen, stand ihnen in der Beurteilung des Tatbestands des § 2 Abs. 4 VRStVO ein sehr weiter Ermessensspielraum zu, den sie dazu nutzten, Täter, die besonders häufig auf dem Schwarzmarkt in Erscheinung traten oder besonders große Mengen handelten, härter zu bestrafen und durch die Annahme eines schweren Falles die besondere Verabscheuungswürdigkeit auszudrücken. Unter § 2 Abs. 4 VRStVO wurden darüber hinaus aber auch Sachverhalte subsumiert, in denen die Gerichte sich aufgrund bestimmter Umstände des Einzelfalles dazu veranlasst sahen, aus moralischen Gründen einen schweren Fall anzunehmen. Auch wenn insbesondere Taten, in denen die Angeklagten häufig und in größerem Umfang tätig wurden, unter den Anwendungsbereich fielen, war § 2 Abs. 4 VRStVO auch eine Art Auffangbecken für Fälle, in denen die Richter offensichtlich nicht mit der bloßen Anwendung des § 2 Abs. 1 VRStVO zufrieden waren. Es ist zu beobachten,

³⁴³ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLS 181/48, Nr. 2215, S. 23.

³⁴⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLS 53/46, Nr. 1739, S. 18; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. Oktober 1947, Az. KLS 149/47, Nr. 1964, S. 3; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 31. Mai 1948, Az. KLS 28/48, Nr. 2087, S. 5; LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 23. November 1948, Az. KLS 236/48, Nr. 2256, S. 7; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLS 239/48, Nr. 2259, S. 18; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 03. Februar 1949, Az. KLS 261/48, Nr. 2298, S. 27 f.

³⁴⁵ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. Oktober 1947, Az. KLS 149/47, Nr. 1964, S. 3.

³⁴⁶ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 31. Mai 1948, Az. KLS 28/48, Nr. 2087, S. 5; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLS 239/48, Nr. 2259, S. 18 f.

³⁴⁷ LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 23. November 1948, Az. KLS 236/48, Nr. 2256, S. 7.

³⁴⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 24. Februar 1949, Az. KLS 287/48, Nr. 2298, S. 15.

³⁴⁹ LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 23. November 1948, Az. KLS 236/48, Nr. 2256, S. 7.

³⁵⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 03. Februar 1949, Az. KLS 261/48, Nr. 2298, S. 27 f.

³⁵¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Mai 1947, Az. KLS 19/47, Nr. 1865, S. 9.

dass ein schwerer Fall oft nur knapp festgestellt und nicht weiter begründet wurde. Angesichts des deutlich erhöhten Strafmaßes ist dies durchaus erstaunlich.

c. Preisstrafrechtsverordnung

Ein Verstoß gegen die Preisvorschriften wurde häufig im Zusammenhang mit Delikten der KWVO oder VRStVO begangen. Obgleich eine Straftat nach der PStRVO recht oft abgeurteilt wurde, entstanden keine größeren Kontroversen über deren Anwendbarkeit oder die Auslegung ihrer Begrifflichkeiten. Eine Ursache dafür mag darin zu sehen sein, dass die Verordnung kaum über weit angelegte und unbestimmte Termini verfügte, sondern sich eher an äußeren Tatbestandsmerkmalen orientierte und so wenig Raum zur Interpretation oder moralischen Diskussion blieb.

Voraussetzung für einen Verstoß gegen § 1 Abs. 1 PStRVO war der Handel zu überhöhten Preisen.³⁵² Strafbar war dabei sowohl derjenige, der überhöhte Preise verlangte, als auch derjenige, der sie bezahlte.³⁵³ Der zulässige Handelspreis richtete sich nach den zur damaligen Zeit bestehenden, unterschiedlichen Preisvorschriften.³⁵⁴ Eine Strafbarkeit wurde bei jeder Überschreitung dieser Vorschriften objektiv angenommen.³⁵⁵ So wurde ein Verstoß gegen die Preisvorschriften, der nach der PStRVO zu ahnden war, angenommen, wenn ein Pfund frisches Fleisch für 18-25 RM anstelle der vorgeschriebenen 1 RM für Rindfleisch und 1,15 RM für Schweinefleisch verkauft wurde.³⁵⁶ Für ein Kilo eines lebenden Schafes war ein Preis von 1 RM vorgesehen, was 20 RM für ein ganzes Schaf entsprach – bei einem Kaufpreis auf dem Schwarzmarkt von 70 bis zu 200 RM lag dementsprechend ebenfalls ein Verstoß vor.³⁵⁷ Die dritte Strafkammer war sogar der Ansicht, dass es weiterer Ausführungen zu einem Verstoß gegen die PStRVO nicht bedurfte, wenn ein Schwein für 3000 statt der legalen 200-250 RM verkauft wurde.³⁵⁸ In den Urteilen wurde ein Verstoß gegen die PStRVO nur selten verneint: In einem Fall wurde festgestellt, dass der Angeklagte weder vorsätzlich noch fahrlässig handelte, als er Waren zu geringen Überpreisen verkaufte.³⁵⁹ In einem anderen Fall erfolgte die Freisprechung aus Mangel an Beweisen.³⁶⁰

Die Rechtsfolge eines solchen Vergehens war neben der auszusprechenden Strafe der Einzug des erwirtschafteten Übererlöses zugunsten der Staatskasse, § 4 PStRVO.³⁶¹ Die-

³⁵² LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. Oktober 1947, Az. KLs 149/47, Nr. 1964, S. 3; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLs 100/48, Nr. 2147, S. 11; LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 05. Oktober 1948, Az. KLs 193/48, Nr. 2223, S. 5.

³⁵³ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLs 239/48, Nr. 2259, S. 18.

³⁵⁴ LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 08. Dezember 1948, Az. KLs 145/48, Nr. 2185, S. 3.

³⁵⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 03. Februar 1949, Az. KLs 261/48, Nr. 2298, S. 19.

³⁵⁶ LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 08. Dezember 1948, Az. KLs 145/48, Nr. 2185, S. 3.

³⁵⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLs 239/48, Nr. 2259, S. 15 f.

³⁵⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 14.

³⁵⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 03. Februar 1949, Az. KLs 261/48, Nr. 2298, S. 20.

³⁶⁰ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 22. November 1946, Az. KLs 91/46, Nr. 1766, S. 10.

³⁶¹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 16. Dezember 1947, Az. KLs 167/47, Nr. 1974, S. 8; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. März 1948, Az. KLs 208/47, Nr. 1998, S. 16; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLs 100/48, Nr. 2147, S. 10 f.; LG Nürnberg-Fürth, 2. große

se Verpflichtung zur Abführung des Mehrerlöses wurde als wirtschaftspolizeiliche Maßnahme und nicht als Nebenstrafe eingeordnet.³⁶² Es kam bei der Einziehung nicht darauf an, ob der Mehrerlös noch beim Täter vorhanden war.³⁶³ Nach der ganz herrschenden Meinung wurde bei der Berechnung dieses Erlöses außerdem nicht der vom Täter ursprünglich bezahlte Einkaufspreis (konkrete Berechnungsmethode), sondern der für die Ware gesetzlich zulässige Preis (abstrakte Berechnungsmethode) als Grundlage herangezogen.³⁶⁴ Sofern der Täter die Waren also zuvor selbst zu einem erhöhten Preis erworben hatte, wurde die volle Differenz seines eigenen Erlöses im Vergleich zum legalen Preis eingezogen, obwohl er selbst eigentlich einen geringeren Gewinn erzielt hatte.³⁶⁵ Der Mehrerlös konnte vom Gericht gem. § 4 Abs. 3 PStRVO geschätzt werden.³⁶⁶ Indem im Hinblick auf den Mehrerlös weniger auf die Abschöpfung des tatsächlich erzielten Gewinns als vielmehr auf den Aspekt des Sanktionierens der Überpreise abgestellt wurde, wird der Charakter als wirtschaftspolizeiliche Maßnahme umso deutlicher. Diese Berechnungsmethode ist im Hinblick auf die mit der PStRVO verfolgten Ziele durchaus schlüssig: Durch das Abstellen auf die legalen Preise wurde die Unrechtmäßigkeit der Überpreise umso deutlicher und die Angeklagten wurden auf die gesetzlich festgelegten Preise verwiesen.

Zwingend erforderlich für eine gerichtliche Verfolgung des Verstoßes war außerdem gem. § 6 PStRVO ein Strafverfolgungsverlangen.³⁶⁷ Dies wurde im Falle der Gerichte in Nürnberg von der Preisüberwachungsstelle der Regierung von Ober- und Mittelfranken³⁶⁸ in Ansbach³⁶⁹ oder später dem Regierungspräsidenten von Mittelfranken³⁷⁰ gestellt.

Die Rechtsprechung zur PStRVO lenkt die Aufmerksamkeit noch auf einen weiteren wichtigen Umstand: Es wird drastisch vor Augen geführt, wie stark die Preisvorschrif-

Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLS 275/48, Nr. 2287, S. 38.

³⁶² LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLS 239/48, Nr. 2259, S. 21.

³⁶³ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 16. Dezember 1947, Az. KLS 167/47, Nr. 1974, S. 8; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. März 1948, Az. KLS 208/47, Nr. 1998, S. 16.

³⁶⁴ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 16. Dezember 1947, Az. KLS 167/47, Nr. 1974, S. 8; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. März 1948, Az. KLS 208/47, Nr. 1998, S. 16; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLS 239/48, Nr. 2259, S. 21; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLS 275/48, Nr. 2287, S. 39; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 24. Februar 1949, Az. KLS 287/48, Nr. 2298, S. 19.

³⁶⁵ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. März 1948, Az. KLS 208/47, Nr. 1998, S. 16.

³⁶⁶ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 16. Dezember 1947, Az. KLS 167/47, Nr. 1974, S. 8.

³⁶⁷ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 16. Dezember 1947, Az. KLS 167/47, Nr. 1974, S. 6; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLS 100/48, Nr. 2147, S. 11.

³⁶⁸ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. Oktober 1947, Az. KLS 149/47, Nr. 1964, S. 3; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 16. Dezember 1947, Az. KLS 167/47, Nr. 1974, S. 5; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. März 1948, Az. KLS 208/47, Nr. 1998, S. 8; LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 08. Dezember 1948, Az. KLS 145/48, Nr. 2185, S. 3; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 24. Februar 1949, Az. KLS 287/48, Nr. 2298, S. 16.

³⁶⁹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. Oktober 1947, Az. KLS 149/47, Nr. 1964, S. 3; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLS 100/48, Nr. 2147, S. 10; LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 05. Oktober 1948, Az. KLS 193/48, Nr. 2223, S. 5.

³⁷⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLS 239/48, Nr. 2259, S. 16.

ten, deren Verstöße durch die PStRVO sanktioniert wurden, in das alltägliche wirtschaftliche Leben eingriffen und eine freie Marktwirtschaft, wie sie heute selbstverständlich erscheint, verboten. Die detaillierte Festsetzung der Preise zeigt deutlich, wie sehr nicht nur die Bewirtschaftung selbst, sondern auch die komplette Preisgestaltung Gegenstand staatlicher Lenkung war und welchen Einfluss dies auf das alltägliche Leben hatte. Die aus jedem Verstoß gegen die gesetzlich vorgeschriebenen Preise resultierende Strafbarkeit mag für viele Menschen nur schwer nachvollziehbar gewesen sein, war es doch zuvor durchaus üblich und nicht verwerflich, für Ware einen erhöhten Preis zu bezahlen, um sich gegenüber anderen Konsumenten einen Vorteil zu verschaffen. Dieser zuvor ganz normale Handel war aber durch die PStRVO und die seit dem Krieg herrschenden Preisvorschriften kriminalisiert worden.

d. Kontrollratsgesetz Nr. 50

Im Rahmen der Rechtsprechung zum KRG Nr. 50 gilt es zu beachten, dass das Gesetz in einem nicht unerheblichen Teil der untersuchten Urteile noch gar keine Rolle spielte, weil es erst am 07. April 1947 in Kraft trat. Dementsprechend ist die Rechtsprechung zur Auslegung dieses Gesetzes auch weniger umfassend als bei der KWVO.

aa. Anwendungsbereich

Die persönliche Anwendbarkeit des KRG Nr. 50 bezog sich auf „Personen, denen die Herstellung, Verwaltung, Beförderung oder Obhut von zwangsbewirtschafteten Nahrungsmitteln oder zwangsbewirtschafteten Gütern aller Art einschließlich solcher, die sich im Herstellungsverfahren befinden, oder von Urkunden, die sich auf Zwangsbewirtschaftung beziehen, obliegt“.³⁷¹ Auf dieser Basis sahen die Richter den persönlichen Anwendungsbereich für Angestellte des Ernährungsamtes im Bereich des Markenrücklaufs³⁷² oder -drucks³⁷³ oder für Buchhalter in größeren Lebensmittelgeschäften³⁷⁴ eröffnet. Gleiches galt für Metzger, die aufgrund ihres Berufes zwangsläufig andauernd mit der Herstellung und Obhut von Fett und Fleisch als zwangsbewirtschafteten Lebensmitteln zu tun hatten³⁷⁵ und ähnlich für einen Viehhändler.³⁷⁶ Detaillierter führte die zweite große Strafkammer den Anwendungsbereich des KRG Nr. 50 für einen Schäfer aus: Ihm oblag die Obhut von Tieren, die ihm von verschiedenen Bauern für einen längeren Zeitraum anvertraut worden waren, da er weitgehend selbstständig handelte und weitgehend unabhängige Entscheidungen über das Wohl der Tiere fällte.³⁷⁷ Damit implizierten die Richter, dass für die Anwendbarkeit des KRG Nr. 50 ein gewisses eigenständiges Han-

³⁷¹ Art. I KRG Nr. 50.

³⁷² LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 03. Juni 1948, Az. KLs 66/48, Nr. 2122, S. 2.

³⁷³ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLs 181/48, Nr. 2215, S. 4.

³⁷⁴ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 11. Dezember 1947, Az. KLs 224/47, Nr. 2010, S. 2, 5.

³⁷⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. Juni 1948, Az. KLs 80/48, Nr. 2131, S. 6; LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 20. Juli 1949, Az. KLs 288/48, Nr. 2299, S. 9.

³⁷⁶ LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 20. Juli 1949, Az. KLs 288/48, Nr. 2299, S. 8.

³⁷⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLs 239/48, Nr. 2259, S. 14.

deln in Kombination mit eigener Verantwortung für die zwangsbewirtschafteten Güter einherzugehen hatte. Konsequenterweise wurde deshalb auch die Strafbarkeit nach dem KRG Nr. 50 für einen Knecht³⁷⁸ sowie einen Metzgerei-gehilfen verneint, der nicht mit der Verwaltung und Obhut von zwangsbewirtschafteten Lebensmitteln betraut war und außerdem in einem sozialen Abhängigkeitsverhältnis zu seinem Vorgesetzten und Arbeitgeber stand.³⁷⁹

Obgleich das Kriterium der Eigenverantwortlichkeit auf sie zutraf, galt das KRG Nr. 50 jedoch nicht für Betriebsinhaber, wie zum Beispiel die Inhaberin eines Elektrogeschäfts.³⁸⁰ Die dritte große Strafkammer war der Ansicht, dass sowohl der Sinn und Zweck, als auch der Wortlaut der offiziellen englischen und französischen Fassung nicht dafür sprachen, das Gesetz auf Inhaber anzuwenden, ohne jedoch dafür eine sachliche Begründung zu liefern.³⁸¹

Abgesehen von diese, schwer nachvollziehbaren Aspekt der Rechtsprechung ist die Meinungsbildung der Gerichte zum persönlichen Anwendungsbereich des KRG Nr. 50 in sich durchaus schlüssig. Gerade die klare Abgrenzung zu untergeordneten und abhängigen Arbeitern ist konsequent, aber angesichts des gegenüber der KWVO deutlich erhöhten Strafrahmens auch erforderlich und entspricht der mit dem KRG Nr. 50 verfolgten Intention.

bb. Geschützte Gegenstände

Im Rahmen des Art. I KRG Nr. 50 geschützte Gegenstände waren zum einen zwangsbewirtschaftete Nahrungsmittel und zwangsbewirtschaftete Güter aller Art, zum anderen Urkunden, die sich auf die Zwangsbewirtschaftung bezogen. Unter letzteren waren beispielsweise Bezugsscheine für Lebensmittel³⁸² und Lebensmittelmarken, auch wenn sie aus der Makulatur stammten,³⁸³ zu verstehen.

Die Eigenschaften der durch Art. I KRG Nr. 50 geschützten Waren wurden kaum durch die Rechtsprechung konkretisiert. Es ist aber davon auszugehen, dass sich der Terminus der zwangsbewirtschafteten Lebensmittel und Güter auf die bereits bestehenden Vorschriften zur Zwangsbewirtschaftung stützte und die dort festgelegten Gegenstände vom KRG Nr. 50 geschützt wurden. Anhand der bereits seit dem Krieg bestehenden Wirtschaftsvorschriften war es relativ einfach festzustellen und kaum diskussionswürdig, welche Waren der Zwangsbewirtschaftung unterlagen.

³⁷⁸ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 04. März 1949, Az. KLs 17/48, Nr. 2072, S. 5.

³⁷⁹ LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 20. Juli 1949, Az. KLs 288/48, Nr. 2299, S. 9.

³⁸⁰ LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 27. September 1948, Az. KLs 199/48, Nr. 2228, S. 8.

³⁸¹ LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 27. September 1948, Az. KLs 199/48, Nr. 2228, S. 8.

³⁸² LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 11. Dezember 1947, Az. KLs 224/47, Nr. 2010, S. 5.

³⁸³ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLs 181/48, Nr. 2215, S. 14 f.

cc. Tathandlungen

Das Entwenden von zwangsbewirtschafteten Lebensmitteln oder anderen Gütern sowie Urkunden, die sich auf diese Gegenstände bezogen, stellte die am häufigsten verwirklichte Tathandlung dar. Uneinigkeit bei der Auslegung bestand vor allem hinsichtlich der Frage, ob das Merkmal des Entwendens zwingend auch eine Eigentumsverletzung beinhaltete. Relevant wurde diese Frage dann, wenn dem Eigentümer eines Gutes ein Verbrechen im Sinne des KRG Nr. 50 vorgeworfen wurde.

Das OLG setzte sich in einem Revisionsbeschluss ausführlich mit dieser Thematik auseinander. Ausgehend vom Wortlaut des Gesetzes wurde zum Teil argumentiert, dass zusätzlich zu einer Herausnahme aus dem ordnungsgemäßen Verteilungsgang auch eine Eigentumsverletzung erforderlich war.³⁸⁴ Dies wurde mit dem Wortlaut der englischen Originalfassung begründet, in der mit den Worten „stehlen“ und „Diebstahl“³⁸⁵ Begriffe verwendet wurden, die einen Eingriff in fremdes Eigentum voraussetzten.³⁸⁶ Andere Stimmen sahen die Interpretation anhand des Wortlautes weniger eindeutig: Zwar durfte der deutschen Gesetzesfassung als Übersetzung der offiziellen Fassungen kein über eine Erläuterung hinausgehender Wert zugemessen werden, jedoch führte die Betrachtung aller drei offiziellen Fassungen des Gesetzes auf Englisch, Französisch und Russisch gerade nicht zu einer einheitlichen Interpretation.³⁸⁷ Aufgrund dieses unbefriedigenden Ergebnisses galt es daher, im nächsten Schritt den Sinn und Zweck des Gesetzes zur Auslegung heranzuziehen.³⁸⁸ Ein Rückgriff auf die Entstehungsgeschichte sowie den gesetzgeberischen Willen war dabei jedoch nicht möglich, da das Gericht nach eigener Aussage keine Kenntnis darüber hatte.³⁸⁹

Aufgrund der Präambel des Gesetzes wurde angenommen, dass Hauptziel des Gesetzes die Versorgung der Bevölkerung in Deutschland mit zwangsbewirtschafteten Waren war.³⁹⁰ Auch im Hinblick auf die Zeit des Erlasses und den Strafraumen war das KRG Nr. 50 bezüglich der ihm zugrundeliegenden wirtschaftspolitischen Intention vergleichbar mit dem Sinn und Zweck der KWVO.³⁹¹ Der besonders hohe Strafraumen sprach außerdem dafür, dass nicht nur Eigentumsverletzungen, sondern vor allem darüber hinausgehende, das Allgemeinwohl beeinträchtigende Handlungen sanktioniert werden sollten, die zur Zeit des während des Inkrafttretens herrschenden Mangels an vielen Dingen als besonders verwerflich galten.³⁹²

³⁸⁴ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 27. April 1948, Az. KLs 54/48, Nr. 2113, S. 9.

³⁸⁵ Wortlaut der englischen Fassung des Art. I KRG Nr. 50: „[...] who steals them or intentionally permits their theft [...]“; Unterstreichungen der Bearbeiterin.

³⁸⁶ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 27. April 1948, Az. KLs 54/48, Nr. 2113, S. 9.

³⁸⁷ OLG Nürnberg, B. v. 15. September 1948, Az. Ss 162/48, Nr. 2131, S. 2.

³⁸⁸ OLG Nürnberg, B. v. 15. September 1948, Az. Ss 162/48, Nr. 2131, S. 2.

³⁸⁹ OLG Nürnberg, B. v. 15. September 1948, Az. Ss 162/48, Nr. 2131, S. 2.

³⁹⁰ OLG Nürnberg, B. v. 15. September 1948, Az. Ss 162/48, Nr. 2131, S. 2; so auch bereits LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. Juni 1948, Az. KLs 80/48, Nr. 2131, S. 6.

³⁹¹ OLG Nürnberg, B. v. 15. September 1948, Az. Ss 162/48, Nr. 2131, S. 3.

³⁹² OLG Nürnberg, B. v. 15. September 1948, Az. Ss 162/48, Nr. 2131, S. 3.

Die Beschränkung auf Eigentumsverletzungen würde nach Ansicht des OLG außerdem zu einem unannehmbaren Ergebnis führen, weil es in diesem Falle beispielsweise strafbar wäre, wenn ein Bauer einem anderen gestatten würde, eines seiner Tiere zu schlachten, nicht aber wenn er es selbst tun würde.³⁹³ Beide Konstellationen weisen einen sehr ähnlichen Unrechtsgehalt auf. Jedoch müsste nur in einem Fall eine Strafbarkeit bejaht werden, weil mehr oder weniger zufällig ein fremdes Eigentumsrecht betroffen wäre.³⁹⁴ Dieses Argument ist im Gegensatz zum anderen Vorbringen des OLG wenig überzeugend, da es mögliche Rechtfertigungsgründe nicht einmal erwägt, obwohl sie dieses inkongruente Ergebnis unter Umständen ausgleichen könnten.³⁹⁵

Diesen Überlegungen stand auch nicht entgegen, dass die KWVO derartige Konstellationen abdeckte, da sie aufgrund ihrer niedrigen Mindeststrafe nicht allen Zielen der Strafverfolgung genügen konnte und das KRG Nr. 50 nach Ansicht des OLG Nürnberg insofern eine Strafschärfung darstellte.³⁹⁶ Die reine Existenz der KWVO konnte außerdem den Anwendungsbereich des KRG Nr. 50 nicht beeinflussen, da im Hinblick auf Eigentumsverletzungen mit den §§ 242, 246 StGB ebenfalls bereits Normen bestanden, die dasselbe Schutzgut beinhalteten.³⁹⁷ Die vom Revisionsführer angeführte unzulässig ausdehnende Auslegung des Begriffes lehnte das Gericht ab, da dies angesichts der an Sinn und Zweck ausgerichteten Interpretation des Gesetzes nicht in Betracht käme.³⁹⁸ Nach alledem setzte das OLG den Begriff des „Entwendens“ also in seiner Bedeutung dem des „Beiseiteschaffens“ gleich.³⁹⁹

Damit entschied es im Ergebnis genauso wie die Vorinstanz, die mit einer knapperen Begründung das Entwenden durch den Eigentümer selbst aufgrund des Schutzzwecks des KRG Nr. 50, der den Schutz der Ernährung der deutschen Bevölkerung beinhaltete, als ausreichend angenommen hatte.⁴⁰⁰ Diese Entscheidungen führte das OLG fort.⁴⁰¹ Später definierte es das Entwenden als „Entziehen zwangsbewirtschafteter Güter aus dem Verteilungsgang“.⁴⁰² Sofern eine auch nur vorübergehende, empfindliche Störung des Verteilungsgangs anzunehmen war, war eine Strafbarkeit nach dem KRG Nr. 50 möglich.⁴⁰³ Deshalb wurde das KRG Nr. 50 in diesem Urteil auch auf einen Fall angewandt, in dem der Täter seine Waren zwar in seinem Betrieb beließ, ihre Existenz aber nicht an die zuständigen Behörden meldete.⁴⁰⁴ Diese zunächst so ausführlich diskutierte Auffassung

³⁹³ OLG Nürnberg, B. v. 15. September 1948, Az. Ss 162/48, Nr. 2131, S. 3.

³⁹⁴ OLG Nürnberg, B. v. 15. September 1948, Az. Ss 162/48, Nr. 2131, S. 3.

³⁹⁵ Dabei dürfte es jedoch auf die Frage ankommen, ob eine rechtfertigende Einwilligung angesichts des Schutzzwecks des Gesetzes überhaupt möglich wäre.

³⁹⁶ OLG Nürnberg, B. v. 15. September 1948, Az. Ss 162/48, Nr. 2131, S. 3.

³⁹⁷ OLG Nürnberg, B. v. 15. September 1948, Az. Ss 162/48, Nr. 2131, S. 3 f.

³⁹⁸ OLG Nürnberg, B. v. 15. September 1948, Az. Ss 162/48, Nr. 2131, S. 4.

³⁹⁹ OLG Nürnberg, B. v. 15. September 1948, Az. Ss 162/48, Nr. 2131, S. 4.

⁴⁰⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. Juni 1948, Az. KLS 80/48, Nr. 2131, S. 6.

⁴⁰¹ OLG Nürnberg, B. v. 16. November 1948, Az. Ss 169/48, Nr. 2181, S. 6.

⁴⁰² OLG Nürnberg, B. v. 16. November 1948, Az. Ss 169/48, Nr. 2181, S. 6.

⁴⁰³ OLG Nürnberg, B. v. 16. November 1948, Az. Ss 169/48, Nr. 2181, S. 6.

⁴⁰⁴ OLG Nürnberg, B. v. 16. November 1948, Az. Ss 169/48, Nr. 2181, S. 6.

galt bereits wenig später als herrschende Meinung und wurde von den Strafkammern des LG ganz selbstverständlich angewandt.⁴⁰⁵ Wesentlich für das Entwenden war es demzufolge, „wenn der Täter bewirtschaftete Güter aus der staatlichen Wirtschaftsregelung herausnimmt, sodass sie für die Versorgung der Bevölkerung nach wirtschaftsrechtlichen Vorschriften nicht mehr in Frage kommen“.⁴⁰⁶ Demzufolge wurde auch der (schwarze) Verkauf von Tieren ohne Ausstellung von Schluss Scheinen unter das Entwenden subsumiert.⁴⁰⁷ Die Auslegung ähnelte damit jener des „Beiseiteschaffens“ im Rahmen der KWVO.

Durch das Zitieren einer im Vergleich zu anderen umstrittenen juristischen Fragen der Rechtsprechung großen Zahl an obergerichtlichen Urteilen und Literaturstimmen wird außerdem deutlich, dass es sich um ein nicht nur in Nürnberg vieldiskutiertes Problem handelte und erklärt die detaillierte Auseinandersetzung des OLG damit.⁴⁰⁸ Die sehr ausführliche und juristisch saubere Auslegung durch das OLG Nürnberg erlaubt es dem Leser zudem, die Gedankengänge der Richter Stück für Stück nachzuvollziehen und so ein Gespür für ihre Herangehensweise zu bekommen. Dabei werden die Probleme, mit denen sich die Gerichte zu dieser Zeit auseinanderzusetzen hatten, sehr deutlich. So stießen die gewöhnlichen Auslegungsregeln relativ bald an ihre Grenzen, da die offiziellen Fassungen des KRG Nr. 50 in den drei Sprachen der Besatzungsmächte abgefasst waren und sich daher in entscheidenden Nuancen unterschieden⁴⁰⁹ – ganz abgesehen von dem Aufwand, den es bedeutete, das Gesetz in allen Sprachen, derer die Richter vermutlich nicht einmal vollständig mächtig waren, zu analysieren. Auch traute sich das OLG nicht zu, eine belastbare Aussage über die Intention und die Entstehungsgeschichte des Gesetzes zu treffen. Es war damit einmal mehr auf seine eigenen juristischen Argumentationsfähigkeiten angewiesen. Trotz dieser Schwierigkeiten gelang es dem OLG, ein zufriedenstellendes Ergebnis zu finden. Seine Auffassung wurde von allen weiteren Urteilen und Beschlüssen ohne größere Diskussion verwendet und entsprach nach Auffassung der Gerichte auch der sich dann herauskristallisierenden allgemein herrschenden Meinung.

Diese Auslegung verdeutlicht außerdem einmal mehr die strikte Einschränkung der Eigentumsrechte, die mit der Gesetzgebung und Rechtsprechung zum Schwarzmarkt einherging. Das besonders hohe Strafmaß des KRG Nr. 50 fand nämlich demnach auch Anwendung auf Personen, die ihre eigenen, bewirtschafteten Waren nicht dem Verteilungsgang zur Verfügung stellten bzw. sie diesem entzogen. Angesichts der äußerst angespannten Ernährungssituation und den mit der Bewirtschaftungspolitik verfolgten Zielen war diese Interpretation nachvollziehbar und womöglich sogar erforderlich. Aus heutiger Perspektive erscheint diese Einordnung aber überraschend streng und sie stellt

⁴⁰⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLS 239/48, Nr. 2259, S. 14.

⁴⁰⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLS 239/48, Nr. 2259, S. 14; ähnlich auch LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 20. Juli 1949, Az. KLS 288/48, Nr. 2299, S. 8.

⁴⁰⁷ LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 20. Juli 1949, Az. KLS 288/48, Nr. 2299, S. 8.

⁴⁰⁸ Vgl. OLG Nürnberg, B. v. 15. September 1948, Az. Ss 162/48, Nr. 2131.

⁴⁰⁹ Vgl. OLG Nürnberg, B. v. 15. September 1948, Az. Ss 162/48, Nr. 2131, S. 2.

einen massiven Eingriff in die Eigentumsordnung dar. An diesem Beispiel zeigt sich, wie sehr sämtliche, sonst fast selbstverständliche Rechte der schwierigen Lage unterworfen und zugunsten der Sicherung der Ernährung eingeschränkt wurden.

Eine weitere, jedoch deutlich seltener thematisierte Tathandlung im Rahmen des KRG Nr. 50 war das Vergeuden. Das bloße Verderben von Lebensmitteln genügte dafür nicht, wenn es kaum vermeidbar und auch bei äußerster Sorgfalt nicht zu verhindern gewesen war.⁴¹⁰ Eine Straftat durch die Alternative des Vergeudens im Sinne des KRG Nr. 50 konnte außerdem nicht durch den Eigenbesitzer begangen werden.⁴¹¹ Weitergehende Aussagen zu dieser Variante konnten den Urteilen nicht entnommen werden. Praktisch relevant war in erster Linie das Entwenden, vergleichbar mit der Bedeutung des Beiseiteschaffens im Rahmen der KWVO.

e. Begriffe aus dem StGB im Hinblick auf Schwarzmarktdelikte

Wie bereits angesprochen, wurden des Öfteren Straftaten nach dem StGB zusammen mit den klassischen Schwarzmarktdelikten verwirklicht. Unter Berücksichtigung der Ziele dieser Arbeit sollen jene Delikte nur im Hinblick auf ihre Verbindung mit dem Schwarzmarkt untersucht werden. Das bedeutet, dass die Auslegung der Begriffe der StGB-Tatbestände im Hinblick auf schwarzmarktspezifische Besonderheiten wie beispielsweise Markenfälschungen oder die Beschaffung von bewirtschafteten Waren analysiert werden soll.

aa. Begünstigung (§ 257 StGB)

Ein Vergehen der Begünstigung wurde bisweilen im Zusammenhang mit den Schwarzmarktdelikten weiterer Personen abgeurteilt. Eine Strafbarkeit für die Absicht, einen anderen vor Strafverfolgung zu bewahren wurde beispielsweise angenommen, wenn der Täter Bekannte vor drohender polizeilicher Verfolgung warnte oder gar Dinge aus Schwarzmarktgeschäften versteckte.⁴¹² Die Sicherung der Vorteile aus einem Verbrechen für einen Anderen sah die Strafkammer als gegeben an, wenn Gegenstände vor dem Zugriff der Polizei versteckt wurden.⁴¹³ Das Gericht sah keinen Hinderungsgrund für die Strafbarkeit, wenn sich der Angeklagte aus Freundschaft dazu verpflichtet sah, den auf dem Schwarzmarkt Handelnden zu helfen.⁴¹⁴ Vielmehr war es der Ansicht, er habe mit einer vagen ersten Warnung jeglicher Freundschaft Genüge getan und alles darüber Hinausgehende sei falsches Pflichtgefühl, das die Täterin nicht verdiene.⁴¹⁵

Auch wenn man aufgrund der eher weiten Fassung des § 257 StGB annehmen könnte, dass dieser Straftatbestand einigermassen häufig zusammen mit Schwarzmarktdelik-

⁴¹⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 13.

⁴¹¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 13.

⁴¹² LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLS 181/48, Nr. 2215, S. 22.

⁴¹³ LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 05. Oktober 1948, Az. KLS 193/48, Nr. 2223, S. 7.

⁴¹⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLS 181/48, Nr. 2215, S. 23.

⁴¹⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLS 181/48, Nr. 2215, S. 23.

ten verwirklicht wurde, so ist dies anhand der Rechtsprechung zu verneinen. Vielmehr kam eine Bestrafung nur in wenigen Fällen in Frage. Dafür mag es verschiedene Gründe geben. So ist denkbar, dass die Tat im Sinne des § 257 StGB eher im Verborgenen stattfand und den Strafverfolgungsbehörden daher nicht bekannt war. Außerdem fand der Schwarzmarkt – obgleich in der Gesellschaft integriert – häufig in abgeschlossenen Gruppen statt, in denen jeder der Beteiligten selbst an Schwarzmarktdelikten teilnahm, sodass innerhalb des Schwarzmarktes geschehens kaum jemand übrigblieb, der nicht an den Hauptdelikten beteiligt war und sich so der Begünstigung schuldig machen konnte.

bb. Hehlerei (§ 259 StGB)

Im Rahmen der Rechtsprechung zur Hehlerei stellte sich vor allem die Frage, ob die Beschaffung oder die Weitergabe von Waren eine Straftat nach § 259 StGB darstellte. Hehlerei wurde dabei verneint, wenn Waren bezogen wurden, die aus einer Straftat im Sinne der KWVO stammten.⁴¹⁶ Dies wurde damit begründet, dass derartige Delikte keine Verletzung von fremden Vermögensrechten darstellten, da normalerweise nicht in fremdes Vermögen eingegriffen wurde.⁴¹⁷ Das ist überzeugend und konsequent, legt man den Zweck der KWVO, der im Schutze der Ernährung der Bevölkerung und nicht im Schutze privater Vermögenspositionen zu sehen war, zugrunde. Dagegen wurde Hehlerei wenig überraschend bejaht, wenn gestohlene Waren auf dem Schwarzmarkt durch Tausch, Kauf oder Schenkung erworben wurden⁴¹⁸ oder während der Herstellung unterschlagene Marken empfangen wurden.⁴¹⁹ Der Straftatbestand der Hehlerei fand außerdem ebenfalls Anwendung, wenn der Täter Waren erwarb, die durch eine Amtsunterschlagung erlangt worden waren.⁴²⁰ Gleiches galt in einem anderen Fall, in welchem Waren ohne Bezugsberechtigung, die zuvor mutmaßlich von einem Arbeiter oder Angestellten unterschlagen worden waren, angekauft wurden.⁴²¹ Beachtlich ist dies insoweit, als dass nicht zweifelsfrei feststand, dass die Gegenstände aus einer Straftat stammten, das Gericht jedoch aufgrund der begleitenden Umstände der Auffassung war, dass sie nicht auf legale Art und Weise erworben worden sein konnten.⁴²² Diese Annahme war wohl zwar angesichts der damals herrschenden, umfassenden Bewirtschaftung durchaus nachvollziehbar und womöglich auch nicht ungewöhnlich, wirkt auf den heutigen Leser aber doch recht kühn.

cc. Urkundenfälschung (§ 267 StGB)

Das Delikt der Urkundenfälschung wurde im Zusammenhang mit Schwarzmarktdelikten in Konstellationen verwirklicht, in denen Lebensmittelmarken oder andere dazu-

⁴¹⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLS 53/46, Nr. 1739, S. 20.

⁴¹⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLS 53/46, Nr. 1739, S. 20.

⁴¹⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 22. Februar 1947, Az. KLS 152/46, Nr. 1823, S. 5, 9; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. September 1947, Az. KLS 114/47, Nr. 1935, S. 7 ff.; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 03. Februar 1949, Az. KLS 261/48, Nr. 2298, S. 22.

⁴¹⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Mai 1947, Az. KLS 19/47, Nr. 1865, S. 4 ff.

⁴²⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLS 181/48, Nr. 2215, S. 18 f.

⁴²¹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 22. November 1946, Az. KLS 91/46, Nr. 1766, S. 9.

⁴²² LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 22. November 1946, Az. KLS 91/46, Nr. 1766, S. 9.

gehörige Berechtigungen gefälscht oder illegal hergestellt wurden.⁴²³ Eine für die Ausstellung von Lebensmittelmarken erforderliche, gefälschte Arbeitsbestätigung wurde von dem Gericht so als private Urkunde im Sinne des § 267 StGB gesehen.⁴²⁴ Gleiches galt für eine Karteikarte, die der internen Kontrolle innerhalb der Kartenausgabestelle diente⁴²⁵ und für die im Rahmen von Schlachtungen auszustellenden Schlusscheine.⁴²⁶ Die Tathandlungen des § 267 StGB unterschieden sich auch bei mit dem Schwarzmarkt zusammenhängenden Taten nicht von dem Verhalten, dessen Auslegung im Rahmen der Urkundenfälschung allgemein bekannt war.⁴²⁷ Gegenstand der Fälschung waren beispielsweise die Änderung des Wohnortes auf den Bezugsscheinen, die Eintragung einer nicht existenten Arbeitsstelle⁴²⁸ oder die Unterzeichnung einer Urkunde mit einem fremden Namen.⁴²⁹ Auch wenn viele Tatbestandsmerkmale demnach also nur geringfügig von den Besonderheiten des Schwarzmarktes beeinflusst waren, bleibt festzuhalten, dass durch die allgegenwärtige Bewirtschaftung zahlreiche neue Urkunden in den Umlauf kamen, die Gegenstand von Fälschungen werden konnten.

dd. Mittelbare Falschbeurkundung (§ 272 StGB)

Die Konstellationen der Fälle, in denen eine Strafbarkeit wegen mittelbarer Falschbeurkundung angenommen wurde, ähnelten jenen der Urkundenfälschung. Im Gegensatz zu § 267 StGB waren öffentliche Urkunden Tatgegenstand im Rahmen des § 272 StGB – so beispielsweise die Haushaltskarte, die als Grundlage zum Bezug von Lebensmitteln diente.⁴³⁰ Sie stammte von einer öffentlichen Behörde und war zum Beweis rechtserheblicher Tatsachen, nämlich der Bezugsberechtigung von Lebensmitteln gedacht, wozu sie auch gegenüber anderen Behörden Verwendung fand und somit kein rein internes Dokument darstellte.⁴³¹ Ein für die mittelbare Falschbeurkundung gem. § 272 StGB erforderlicher erstrebter Vermögensvorteil war bereits in dem Erhalt von Lebensmittelmarken zu sehen, der einer Täterin Anwartschaft auf die vermögenswerten Marken selbst verschaffte.⁴³² Angesichts der damaligen wirtschaftlichen Situation in Deutschland ging die zweite Strafkammer davon aus, dass der Besitz von Lebensmittelmarken einen Vermögensvorteil darstellte, obwohl es sich dabei nicht um einen geldwerten Vorteil handelte.⁴³³ Anson-

⁴²³ Hinzu kamen Konstellationen, in denen Angeklagten Urkundendelikte sowie Verstöße gegen die Bewirtschaftungsregeln zur Last gelegt wurden, ohne dass diese jedoch in spezifischem Zusammenhang standen; so in LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 05. Oktober 1948, Az. KLs 193/48, Nr. 2223; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 04. April 1949, Az. KLs 254/48, Nr. 2268.

⁴²⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLs 32/46, Nr. 1721, S. 22.

⁴²⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLs 32/46, Nr. 1721, S. 6.

⁴²⁶ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLs 100/48, Nr. 2147, S. 10.

⁴²⁷ Vgl. LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLs 32/46, Nr. 1721, S. 6, 22 f.

⁴²⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLs 32/46, Nr. 1721, S. 6, 22.

⁴²⁹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 20. Mai 1947, Az. KLs 14/46, Nr. 1700, S. 13; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLs 100/48, Nr. 2147, S. 10.

⁴³⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLs 32/46, Nr. 1721, S. 5.

⁴³¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLs 32/46, Nr. 1721, S. 5.

⁴³² LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLs 32/46, Nr. 1721, S. 8.

⁴³³ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLs 32/46, Nr. 1721, S. 8.

sten ergaben sich im Rahmen des § 272 StGB keine Besonderheiten im Vergleich zu den „klassischen“ Konstellationen der mittelbaren Falschbeurkundung.

ee. Kurze Würdigung

Es lässt sich festhalten, dass sich bei der Beurteilung und Auslegung der strafrechtlichen Begriffe wenige Besonderheiten zeigen. Die vorliegende Rechtsprechung führt jedoch vor Augen, wie sehr sich die Bewirtschaftung von Gütern und mit den jeweils einhergehenden Begleiterscheinungen zur damaligen Zeit im Recht etabliert hatten. Die „gewöhnlichen“ Delikte nach dem StGB wurden auch auf Handlungen im engen Zusammenhang mit Schwarzmarktdelikten angewandt und entsprechend subsumiert.

Es fällt bereits an dieser Stelle auf, dass StGB-Taten verhältnismäßig selten zusammen mit Schwarzmarktdelikten abgeurteilt wurden. Den einzigen Tatbestand, der häufiger im Kontext von Schwarzmarktdelikten zu finden war, war die Hehlerei. Es ist naheliegend, dass Gegenstände, die mithilfe einer anderen Straftat erworben wurden, des Öfteren auf dem Schwarzmarkt gehandelt wurden. Schließlich stammten viele der dort verschobenen Waren aus eher undurchsichtigen, wenn nicht gar unrechtmäßigen Quellen, was zu dem im Verborgenen bestehenden, selbst illegalen Schwarzmarkt passte.

Es kann angenommen werden, dass der Schwarzmarkt weniger vom Täter eines Diebstahls oder einer Unterschlagung als Möglichkeit benutzt wurde, Waren aus einer Straftat weiterzuveräußern, weil dies auf einem legalen Markt nicht möglich war. Vielmehr ist davon auszugehen, dass der Hintergrund der Straftat im Sinne des StGB bereits darin zu sehen war, Waren zu beschaffen, um diese dann im Rahmen des schwarzen Marktes weiterzugeben. Das bedeutet, dass die Hauptmotivation beider Parteien eines Geschäfts mit Hehlerware darin zu sehen war, sich Güter zu verschaffen, die auf dem freien Markt nicht frei verfügbar waren – gleich auf welche Art und Weise.

Ähnlich ist die Situation im Zusammenhang mit Markenfälschungen zu beurteilen. Die Tat der Urkundenfälschung oder der mittelbaren Falschbeurkundung diente zumeist ausschließlich dem Zwecke, Lebensmittelmarken zu erhalten, um diese anschließend auf dem Schwarzmarkt zu verwenden. Das Urkundendelikt wurde eher „nebenbei“ und als Mittel zum Zweck benutzt.

Dies gilt für die meisten anderen Tatbestände des StGB. Sie wurden wohl eher als Werkzeug betrachtet, um das mit den Handlungen auf dem Schwarzmarkt bezweckte Ziel zu erreichen. Die Begehung der StGB-Delikte dürfte eher zwangsläufig erfolgt sein, um die Schwarzmarktaktivitäten zu ermöglichen. Nur in wenigen Fällen stellten sonstige strafbare Handlungen den Ausgangspunkt des strafrechtlich relevanten Tuns dar.⁴³⁴ Deshalb entsteht insgesamt der Eindruck, dass das Verhalten auf dem Schwarzmarkt selbst den Kern der strafbaren Handlungen darstellte.

⁴³⁴ So jedoch z.B. in LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 30. Mai 1947, Az. KLS 86/46, Nr. 1761; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 04. April 1949, Az. KLS 254/48, Nr. 2268.

f. Gesetz Nr. 3 der bayerischen Landesregierung

Das Gesetz Nr. 3 verbot den unbefugten Besitz von Gegenständen, die von den Besatzungssoldaten stammten. Bis auf wenige Ausnahmen war der Besitz amerikanischer Waren grundsätzlich unbefugt, weil die Führung der amerikanischen Streitkräfte Tauschgeschäfte mit der deutschen Bevölkerung untersagt hatte und es daher unmöglich war, befügten Besitz zu erwerben.⁴³⁵ Schon bei dem bloßen Besitz amerikanischer Waren wurde daher vermutet, dass diese unbefugt erworben waren, solange nicht das Gegenteil bewiesen wurde.⁴³⁶ Dies galt auch, wenn es sich dabei um Geschenke handelte.⁴³⁷

Im konkreten Falle der Zigaretten wurde die Abgrenzung zwischen befugtem und unbefugtem Besitz häufig daran festgemacht, ob die Zigaretten als versteuert oder unversteuert gekennzeichnet waren: In ersterem Fall wurde von rechtmäßigem Besitz ausgegangen.⁴³⁸ Dies stellte also eine Möglichkeit des Beweises der Rechtmäßigkeit dar. Unbefugter Besitz wurde in einem Fall sogar bejaht, weil Gegenstände der Armee, die in der städtischen Schuttgrube entsorgt wurden, von dort aus mitgenommen und in den eigenen Besitz verbracht wurden.⁴³⁹ Dies wurde damit begründet, dass es den einzelnen Soldaten, die die Sachen wohl weggeworfen hatten, vermutlich gar nicht zustand, über den Verbleib der Gegenstände zu verfügen und die zuständigen Stellen aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mit diesem Handeln einverstanden waren.⁴⁴⁰ Daher waren die weggeworfenen Gegenstände nach Ansicht des Gerichts nicht herrenlos gewesen und amerikanische Offiziere konnten mit Recht weiterhin Eigentum an ihnen beanspruchen.⁴⁴¹

Das Verbot wurde in der Presse mehrfach erwähnt, sodass nach Ansicht der Richter eine Berufung auf die Unkenntnis dieser Regelung nicht möglich war.⁴⁴² Sofern die Angeklagten jedoch Waren in ihrem Besitz hatten, die aus einer Zeit stammten, in denen der Besitzerwerb noch gestattet war, unterlagen sie keiner Strafbarkeit.⁴⁴³ Bei den Waren, deren Besitz demnach unrechtmäßig war, handelte es sich in erster Linie um die klassischen

⁴³⁵ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. März 1948, Az. KLS 208/47, Nr. 1998, S. 6 f.

⁴³⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLS 32/46, Nr. 1721, S. 23.

⁴³⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLS 32/46, Nr. 1721, S. 23; ähnlich auch LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. März 1948, Az. KLS 208/47, Nr. 1998, S. 6.

⁴³⁸ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 28. Oktober 1947, Az. KLS 140/47, Nr. 1958, S. 8 f.; LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 05. Oktober 1948, Az. KLS 193/48, Nr. 2223, S. 8; LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 27. September 1948, Az. KLS 199/48, Nr. 2228, S. 6, 8.

⁴³⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 19. August 1948, Az. KLS 118/47, Nr. 1940, S. 6 f.

⁴⁴⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 19. August 1948, Az. KLS 118/47, Nr. 1940, S. 7.

⁴⁴¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 19. August 1948, Az. KLS 118/47, Nr. 1940, S. 7.

⁴⁴² LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLS 32/46, Nr. 1721, S. 23; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. März 1948, Az. KLS 208/47, Nr. 1998, S. 6.

⁴⁴³ LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 05. Oktober 1948, Az. KLS 193/48, Nr. 2223, S. 8.

Luxusgüter amerikanischen Ursprungs wie Kaffee,⁴⁴⁴ Kuchen,⁴⁴⁵ Zucker,⁴⁴⁶ Schokolade,⁴⁴⁷ Kakao⁴⁴⁸ und vor allem Zigaretten,⁴⁴⁹ aber auch Heeresgegenstände.⁴⁵⁰

Auffällig an der Rechtsprechung zu diesem Gesetz ist, dass die Strafvorschriften sehr weit ausgelegt wurden und auch zahlreiche Grenzfälle noch unter den Anwendungsbereich subsumiert wurden. Insbesondere die Auslegung der (vermeintlichen) Eigentumsaufgabe war eher extensiv und dehnte die Grenzen der Rechtsstaatlichkeit so weit aus, dass die Argumentation kaum noch nachvollziehbar ist. Diese Vorgehensweise mag auch damit zu tun gehabt haben, dass die amerikanischen Streitkräfte selbst bestrebt waren, jeglichen Handel zwischen ihren Angehörigen und der Bevölkerung zu unterbinden und die deutschen Gerichte diese Bemühungen offensichtlich mit allen Mitteln unterstützen wollten. Das Gesetz Nr. 3 ist ein Beispiel dafür, dass die deutsche Justiz zum Teil stark von der eigenen, internen Gesetzgebung der amerikanischen Besatzer betroffen war und deren Vorschriften in ihre eigenen Entscheidungen integrieren musste.

Die einigermaßen häufige, wenn auch knappe Erwähnung des Gesetzes Nr. 3 in den Urteilen zeigt, dass es eine wichtige Ergänzung zu den Schwarzmarktnormen darstellte, insbesondere was die Herkunft von Waren betraf. Die zusätzliche Sanktion des Besitzes von Gegenständen amerikanischer Herkunft und ihre richterrechtlich geprägte weite Ausdehnung mag außerdem zusätzlich abgeschreckt haben, solche Waren auf dem Schwarzmarkt zu erwerben, da so eine strafbare Handlung noch lange Zeit nachweisbar und verfolgbar blieb.

g. Straffreiheitsgesetz

Das 1948 in Kraft tretende Straffreiheitsgesetz stellte einen Wendepunkt in der Rechtsprechung zum Schwarzmarkt dar und läutete das – ganz allmähliche – Ende der strafrechtlichen Verfolgung dieser Kriminalität ein.

aa. Zeitlicher Anwendungsbereich

Der zeitliche Anwendungsbereich des Gesetzes ging aus den §§ 2 bis 4 hervor: Entscheidend war demnach der Zeitpunkt der Tatbegehung. Sofern alle Handlungen vor dem

⁴⁴⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLS 32/46, Nr. 1721, S. 23; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 28. Oktober 1947, Az. KLS 140/47, Nr. 1958, S. 8; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 11. Dezember 1947, Az. KLS 224/47, Nr. 2010, S. 5.

⁴⁴⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLS 32/46, Nr. 1721, S. 23.

⁴⁴⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLS 32/46, Nr. 1721, S. 23.

⁴⁴⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLS 32/46, Nr. 1721, S. 23.

⁴⁴⁸ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 11. Dezember 1947, Az. KLS 224/47, Nr. 2010, S. 5.

⁴⁴⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLS 32/46, Nr. 1721, S. 23; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 28. Oktober 1947, Az. KLS 140/47, Nr. 1958, S. 8; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 11. Dezember 1947, Az. KLS 224/47, Nr. 2010, S. 5; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 27. April 1948, Az. KLS 54/48, Nr. 2113, S. 7; LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 05. Oktober 1948, Az. KLS 193/48, Nr. 2223, S. 8; LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 27. September 1948, Az. KLS 199/48, Nr. 2228, S. 8.

⁴⁵⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 19. August 1948, Az. KLS 118/47, Nr. 1940, S. 7.

Stichtag des 01. Oktober 1947 begangen wurden, gab es daher keine Schwierigkeiten.⁴⁵¹ Problematisch wurde es jedoch dann, wenn eine Tat aus mehreren Handlungen bestand, die zum Teil vor, zum Teil aber auch nach dem relevanten Tag begangen worden waren. Die zweite Strafkammer entschied, dass bei einer fortgesetzten Handlung, bei der die Mehrzahl der Akte nach dem relevanten Datum begangen wurde und die Tat daher erst danach vollendet war, das Straffreiheitsgesetz keine Anwendung finden konnte.⁴⁵² Im Einklang mit dieser Auffassung steht auch die Entscheidung, dass bei einem fortgesetzten Delikt nur dem gesamten Verbrechen, nicht aber einzelnen Akten für sich Amnestie gewährt werden konnte.⁴⁵³ Es wird mithin bei der Anwendung des Straffreiheitsgesetzes auf die gesamte Tat abgestellt und nicht auf ihre einzelnen Akte. Dies ergibt sich auch aus § 2 Abs. 2 des Straffreiheitsgesetzes.

bb. Voraussetzungen für die Gewährung von Amnestie

Die Anforderungen für die Gewährung von Straffreiheit ergaben sich aus den §§ 1 bis 4. § 1 des Straffreiheitsgesetzes regelte dabei die Erfordernisse bezogen auf die persönliche Lage des Täters zur Zeit der Tatbegehung, die vorliegen mussten, damit Straffreiheit in Erwägung gezogen werden konnte.

Aus der Rechtsprechung ergeben sich teils knappe, teils ausführliche Definitionen für die Interpretation der Varianten des § 1. Für eine Begehung infolge der allgemeinen Verwirrung beim Zusammenbruch war ein enger zeitlicher Zusammenhang zwischen der Tat und diesen Ereignissen erforderlich.⁴⁵⁴ Sofern die Tat zu einem Zeitpunkt begangen wurde, in dem sich jene Verwirrung bereits wieder legte und der Täter diese Situation lediglich noch ausnutzte, kam Straffreiheit nicht in Frage.⁴⁵⁵

An eine Notlage des Täters wurde die relativ hohe Anforderung gestellt, dass die Not so groß gewesen sein musste, dass selbst die Befriedigung der elementarsten Bedürfnisse und die berufliche Existenz gefährdet waren.⁴⁵⁶ Dafür reichten allgemeine Beschaffungsprobleme, mit denen alle Geschäftsleute auf gleiche Art und Weise zu kämpfen hatten, nicht aus, da ansonsten eine uferlose Ausdehnung dieses Tatbestandes zu befürchten gewesen wäre.⁴⁵⁷ Außerdem würde sich eine andere Auffassung widersprüchlich zur Existenz des § 4 verhalten, der eine Amnestie auch für Fälle, in denen die Voraussetzungen des § 1 nicht vorlagen, ermöglichte, sodass davon auszugehen war, dass eine restriktive Rechtsprechung angedacht war.⁴⁵⁸ Eine für § 1 relevante Notlage war demnach nur bei besonderer individueller Not zu sehen, die zum einen über das allgemein zu ertragen-

⁴⁵¹ Vgl. LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLs 100/48, Nr. 2147, S. 12.

⁴⁵² LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 07. April 1948, Az. KLs 279/47, Nr. 2039, S. 5.

⁴⁵³ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 27. April 1948, Az. KLs 54/48, Nr. 2113, S. 7.

⁴⁵⁴ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 31. Mai 1948, Az. KLs 28/48, Nr. 2087, S. 7.

⁴⁵⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 04. April 1949, Az. KLs 254/48, Nr. 2268, S. 30.

⁴⁵⁶ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 31. Mai 1948, Az. KLs 28/48, Nr. 2087, S. 7.

⁴⁵⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Februar 1948, Az. KLs 220/47, Nr. 2007, S. 8.

⁴⁵⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Februar 1948, Az. KLs 220/47, Nr. 2007, S. 8.

de Maß hinausging und zum anderen der Auslöser für die begangene Straftat war.⁴⁵⁹ Die zweite Strafkammer begründete diese Auffassung auch damit, dass § 1 eine „unverschuldete Notlage“ voraussetzte, die allgemein herrschende Not ja aber generell jeden ohne persönliche Verantwortung dafür betraf.⁴⁶⁰

Die zunächst relativ weit formulierte Alternative der Tatbegehung unter dem Einfluss der Kriegsverhältnisse wurde ebenfalls durch die Rechtsprechung konkretisiert und eingeschränkt. So war es gerade nicht ausreichend, wenn die Tat nur kausal auf den Krieg zurückzuführen war, da ansonsten alle Delikte, die irgendwie im Zusammenhang mit Bewirtschaftung, Mangelwirtschaft etc. standen ausnahmslos von § 1 erfasst wären.⁴⁶¹ Nicht einmal erhebliche persönliche Einbußen, wie die Ausbombung oder die Beschlagnahme des eigenen Wohnhauses genügten für die Annahme einer Tatbegehung unter dem Einfluss der Kriegsverhältnisse.⁴⁶² Ein solches Schicksal hätten nämlich „Tausende“ erlitten.⁴⁶³ Erforderlich war es vielmehr, dass zur allgemeinen kriegsbedingt schlechten Lage weitere persönliche Faktoren traten, „die das Merkmal des Einflusses auf den Willen des Täters in besonderem Maße in sich tragen“.⁴⁶⁴

cc. Ausschlussgründe

Um den Anwendungsbereich des Straffreiheitsgesetzes nicht uferlos auszudehnen, gab es die Ausschlussgründe des § 6, die den Straferlass für bestimmte Straftaten ausschlossen. Neben eher offensichtlichen Ausschlussgründen⁴⁶⁵ war im Kontext der Schwarzmarktbekämpfung insbesondere § 6 Ziff. 3 relevant. Demnach waren gewohnheitsmäßig oder gewerbsmäßig begangene Straftaten ebenso von der Amnestie ausgenommen wie Taten, die auf „ehrloser Gesinnung“ beruhten. Nach Ansicht der Richter lag eine derartige Gesinnung vor, wenn sich die begangenen Taten gegen die Ernährungswirtschaft im Allgemeinen richteten.⁴⁶⁶ Dies wurde auch von einem erneuten Urteil nach der Revisionsentscheidung des OLG Nürnberg bestätigt.⁴⁶⁷ Eine darüber hinausgehende Begründung oder weitere Rechtsprechung zu dieser Aussage existiert jedoch nicht. Gewohnheitsmäßiges Handeln, das ebenfalls einen Ausschlussgrund darstellen konnte, wurde bei einer größeren Anzahl an begangenen Taten über einen längeren Zeitraum hinweg angenommen.⁴⁶⁸

⁴⁵⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Februar 1948, Az. KLS 220/47, Nr. 2007, S. 8.

⁴⁶⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Februar 1948, Az. KLS 220/47, Nr. 2007, S. 8.

⁴⁶¹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 31. Mai 1948, Az. KLS 28/48, Nr. 2087, S. 7.

⁴⁶² LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 31. Mai 1948, Az. KLS 28/48, Nr. 2087, S. 7.

⁴⁶³ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 31. Mai 1948, Az. KLS 28/48, Nr. 2087, S. 7.

⁴⁶⁴ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 31. Mai 1948, Az. KLS 28/48, Nr. 2087, S. 7.

⁴⁶⁵ Z.B. der vorsätzliche Tod eines Menschen, eine Verletzung von Gesetzen des Kontrollrats oder der Militärregierung oder Straftaten, die eine nationalsozialistische Einstellung beinhalteten.

⁴⁶⁶ LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 08. März 1949, Az. KLS 283/48, Nr. 2294, S. 18.

⁴⁶⁷ LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 31. Oktober 1949, Az. KLS 283/48, Nr. 2294, S. 9.

⁴⁶⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLS 239/48, Nr. 2259, S. 22.

dd. Kurze Würdigung

Im Rahmen des Straffreiheitsgesetzes lohnt sich ein Blick auf die Konsequenzen, die das Gesetz mit sich brachte. Die Folgen des Straffreiheitsgesetzes waren gewichtig: Weniger gravierende Straftaten wurden relativ weitgehend amnestiert, teilweise sogar ohne einen Bezug zur Kriegs- bzw. Nachkriegssituation zu haben.⁴⁶⁹ Die Gerichte bemühten sich bei der Auslegung der Voraussetzungen des § 1 erkennbar, diese relativ eng auszulegen, um die Intention des Gesetzes zu wahren und nicht eine allumfassende Amnestie auszusprechen. Anzumerken ist bereits an dieser Stelle gleichwohl, dass – auch wenn die Stufe für das Vorliegen der Voraussetzungen des § 1 nicht erreicht wurde – eine Notlage der Angeklagten im Rahmen der Strafzumessung Berücksichtigung fand und so nicht gänzlich außer Acht gelassen wurde.

Das Straffreiheitsgesetz war gleichwohl ein Zeichen dafür, dass die Gesetzgebung den Schwierigkeiten der unmittelbaren Nachkriegszeit Rechnung tragen wollte. Tätern, die nur aufgrund widrigster äußerer Umstände in die Kriminalität abgerutscht waren und in geringerem Maße straffällig geworden waren, sollte so Amnestie gewährt werden. Gleichzeitig wurde der Oktober 1947 somit als Zeitpunkt gesehen, zu dem bereits eine ausreichende Entspannung der allgemeinen Lage eingetreten war, sodass die Begehung auch geringerer Straftaten nicht mehr entschuldbar war.

h. Fazit

Anhand der Auslegung der Tatbestandsmerkmale lässt sich festhalten, dass die Interpretation und Definition der Begrifflichkeiten teils sehr unterschiedlich ausfiel. So gab es einige häufig beurteilte Termini, die relativ unumstritten waren und überwiegend einheitlich ausgelegt wurden. Dabei sind insbesondere die von der KWVO geschützten Waren oder die Tathandlungen im Rahmen der KWVO oder VRStVO zu nennen. In anderen, umstrittenen Fällen kann ein ähnliches Phänomen wie bei den Diskussionen um das Konkurrenzverhältnis der Gesetze beobachtet werden. In schwierigen dogmatischen Fragen wie der Auslegung des Entwendens im Rahmen des KRG Nr. 50 gelang es den Strafkammern, insbesondere aber dem OLG, auf Basis einer ausführlichen Argumentation eine angemessene Lösung zu finden, die sich in der späteren Rechtsprechung etablierte, auch wenn einzelne Aspekte der dazugehörigen Erklärung nicht immer nachvollziehbar waren. Bei der Entwicklung einer solchen Auffassung muss den Gerichten insbesondere zu Gute gehalten werden, dass sie bei den Gesetzen der Besatzungsmächte mit Sprachbarrieren zu kämpfen hatten und auf sonst übliche Auslegungsgrundsätze wie die gesetzgeberische Intention nicht zurückgreifen konnten.

Auch an anderen Stellen machten sich die politischen und gesellschaftlichen Umstände dieser Zeit bemerkbar. Im Rahmen der Feststellung der Bereicherungsabsicht waren die Besonderheiten der Währungsreform zu berücksichtigen, die ganz neue Schwierigkeiten bereithielten und für die es kaum vorherige, ähnliche Situationen als Maßstab gab. Auch bei der Gefährdung der Bedarfsdeckung, bei deren Interpretation sich die Recht-

⁴⁶⁹ Vgl. § 4 Straffreiheitsgesetz.

sprechung uneins war, muss berücksichtigt werden, dass sich die Ernährungslage immer wieder änderte und die Gerichte – je nach der momentan herrschenden Situation – bemüht waren, ihre Rechtsprechung an den gegebenen Umständen auszurichten. Ganz allgemein kann ebenfalls beobachtet werden, dass die Gerichte ihre Auslegung in vielen Urteilen relativ lebensnah und praktisch ausrichteten. Dies fällt beispielsweise bei der Bedarfsdeckung oder der Bereicherungsabsicht auf. Die Richter bemühten sich in diesen Fällen, nicht allzu dogmatisch zu argumentieren, sondern auf die tatsächlichen Umstände abzustellen.

In anderen Fällen wurde wiederum besonders viel Wert auf eine Berücksichtigung der Intention der zugrundeliegenden Vorschriften gelegt. Während dies beispielsweise bei den Berechnungsmethoden im Rahmen der PStRVO überzeugte, bewegten sich die Strafkammern in anderen Fällen bereits in einer Grauzone, was die Zulässigkeit der Auslegung betraf. Rechtsstaatliche Bedenken ergeben sich dabei besonders bei der Interpretation des wiederholten Beiseiteschaffens, der Subsumtion eines illegalen Gewerbes unter § 1 Abs. 1 VRStVO oder der Erörterung der Voraussetzungen für eine Eigentumsaufgabe im Rahmen des Gesetzes Nr. 3.

Nicht zu vernachlässigen ist schlussendlich, dass die Interpretation der Tatbestandsmerkmale in manchen Fällen auch ein Einfallstor für moralische Aspekte darstellte. An erster Stelle zu nennen ist dabei die Böswilligkeit, aber auch die Gefährdung des Bedarfes. Diese Begrifflichkeiten dienten dabei zum einen als eine Art Korrektiv, beispielsweise um diejenigen Täter ohne verwerfliche Gesinnung von den höheren Strafen auszunehmen, zum anderen boten sie den Richtern auch die Möglichkeit, eigene ethische Erwägungen einfließen zu lassen, was den Urteilen eine über die bloße juristische Beurteilung hinausgehende Bedeutung verleiht. Obgleich damit ein großer Ermessensspielraum einherging, ist zu beobachten, dass die Gerichte ihre Entscheidungen nicht willkürlich trafen, sondern sorgfältig argumentierten und ihre Urteile meist auf eine objektiv nachprüfbare Basis stellten. Nur in wenigen Fällen scheinen persönliche Beweggründe der Richter wie beispielsweise Neid durch, wenn sie das Verhalten der Täter beurteilten. Dennoch wurde der Ermessensspielraum weitestgehend verantwortungsvoll und mit der erforderlichen Neutralität genutzt. Jedoch darf bei dieser grundsätzlich positiven Einordnung nicht übersehen werden, dass die Rechtsprechung auch kleinere Mängel aufwies. So kam es bei einzelnen Aspekten der Böswilligkeit der KWVO im Hinblick auf die Weitergabe von Waren an ehemalige KZ-Häftlinge oder des mehrfachen Entwendens im Rahmen des KRG Nr. 50 zu in praktischer oder juristischer Hinsicht nicht nachvollziehbaren Aussagen. Auch bei der Interpretation der bezugsbeschränkten Erzeugnisse wurden in verschiedenen Urteilen teils vollkommen konträre Aussagen getroffen, ohne dass die bisherige Rechtsprechung Berücksichtigung fand.

Insgesamt betrachtet kann festgestellt werden, dass die Rechtsprechung bei der Interpretation der Tatbestandsmerkmale durchaus von den Schwierigkeiten der damaligen Zeit geprägt war. Allerdings muss ebenfalls beachtet werden, dass es den Gerichten meistens gelang, diese Probleme zu lösen, indem sie vertretbare Auslegungsgrundsätze zu den einzelnen Begriffen entwickelten. Auch wenn in einigen Entscheidungen wenig-

stens Bedenken hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit angemeldet werden müssen, so ist dennoch zu erwähnen, dass die Zahl dieser Fälle überschaubar ist und ansonsten trotz der schwierigen Umstände mindestens vertretbare Urteile gefällt wurden. Bei der Berücksichtigung moralischer Aspekte bemühten sich die Richter ebenfalls um eine solide Argumentation, die ihre Entscheidungen nachvollziehbar machte. Angesichts der Bedeutung, die diesen Erwägungen bei der Interpretation einiger Tatbestandsmerkmale zukam, ist dies besonders positiv zu bewerten.

4. Analyse

a. Äußerungen der Richter als Spiegel der öffentlichen Meinung

Die Auslegung der Tatbestandsmerkmale, die den Gerichten ein weites Ermessen einräumten, erlaubt Rückschlüsse auf die Ansichten der Richter, die in vielen Fällen stellvertretend für die öffentliche Meinung sein dürften. Nicht nur aus diesen zusammenfassenden Aussagen, sondern auch aus einzelnen Äußerungen, die aufgrund besonderer Formulierungen herausstechen, lassen sich Einblicke in die damalige Gedankenwelt gewinnen.

Als besonders negativ wurde es empfunden, wenn Täter ohne tatsächliche Not handelten oder sie die durch die Tat gewonnenen Vorteile nur für sich alleine, nicht aber für Bekannte oder Familienmitglieder nutzen wollten. Ein Beiseiteschaffen aus rein egoistischen Gründen wurde als einer der schlimmsten Beweggründe betrachtet und die Schuldigen konnten kaum auf Milde oder Verständnis hoffen. Dies führte dazu, dass das Handeln alleinstehender Personen oft als besonders verwerflich empfunden wurde. Ähnliches galt für Täter, die unachtsam mit den erlangten Waren umgingen und sie eher verderben ließen, als sie Notleidenden zur Verfügung zu stellen. Dementsprechend wurde ein Fall, in dem Getreide abgezweigt wurde, um daraus Schnaps zu brennen, besonders kritisch betrachtet. Der Alkohol diente einer bestimmten Klientel als „reines Genussmittel“,⁴⁷⁰ was der notleidenden Bevölkerung besonders bitter aufstieß und selbst bei den Richtern zu verhältnismäßig emotionalen Formulierungen führte.

Sehr nüchtern und wenig mitfühlend äußerten sich die Richter bei der Auslegung der Voraussetzungen des Straffreiheitsgesetzes. Der Verlust des Wohneigentums durch Ausbombung oder Beschlagnahmung genügte nicht zur Annahme der Tatbegehung unter dem Einfluss der Kriegsverhältnisse. Stattdessen wurde ein besonderes Einzelschicksal verlangt, das die Not des Täters über diejenigen anderer Menschen nochmals hinaushob. Diese Auslegung ist sicherlich nachvollziehbar, um den Anwendungsbereich der Amnestien nicht zu weit auszudehnen. Die sehr nüchterne und manchmal sogar kalt wirkende Beurteilung der Einzelschicksale mag gleichwohl von der Abstumpfung zeugen, die angesichts des überall herrschenden Leids eingetreten war. Gleichzeitig zeigt der Umgang mit dieser Problematik, dass die Richter und wohl auch die Allgemeinheit der Ansicht waren, dass ein hartes Schicksal, das ja bekanntlich viele Leute getroffen hatte, nicht zum Anlass für Schwarzmarktkriminalität werden durfte.

⁴⁷⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 26. November 1947, Az. KLs 160/47, Nr. 1969, S. 8.

Neben diesen spezifischen Feststellungen zur Beurteilung von Schwarzmarktkriminalität äußerten sich die Richter beispielsweise auch am Rande zum Umgang mit ehemaligen KZ-Häftlingen. Eine Herausnahme aus dem Bestand, der für diese Personengruppe vorgesehen war, wurde als besonders verwerflich beurteilt, während es einem Täter an anderer Stelle zu Gute gehalten wurde, wenn er Waren beiseiteschaffte, um sie ehemaligen KZ-Insassen zukommen zu lassen. Zumindest anhand dieser Äußerungen präsentieren sich die Nürnberger Richter wohlwollend gegenüber dieser Gruppe. Eine weitere Äußerung gewährt hingegen Einblick in die Gedankenwelt kurz nach dem Ende des Krieges und dem Sturz des Nationalsozialismus. 1946 wurden einige Verhaltensregeln der Bevölkerung noch als „Pflicht eines jeden Volksgenossen“ bezeichnet.⁴⁷¹ Daran sind – zumindest in rhetorischer Hinsicht – noch Reste nationalsozialistischer Ideologien erkennbar, die dem nationalen oder gar völkischen Aspekt in sprachlicher Hinsicht Rechnung trugen.

b. Auswirkungen auf die Gesellschaft

Der Schwarzmarkt wurde an vielen Stellen als Resultat des Bestrebens Einzelner gesehen, sich durch das Hinwegsetzen über die Bewirtschaftungsbestimmungen einen individuellen Vorteil auf Kosten der Gesellschaft zu verschaffen. Die Gleichgültigkeit oder gar Missachtung der Interessen der ganzen Bevölkerung wurde von den Richtern immer wieder als Erkennungsmerkmal der Schwarzhändler eingeordnet und dementsprechend verurteilt. Dieses Streben nach einer Verbesserung der eigenen Situation, das als besonders verwerflich empfunden wurde, machte den Täter zum Außenseiter, der sein Wohl über das der Volksgemeinschaft stellte. Dies wurde beispielsweise deutlich, wenn die Richter darauf abstellten, dass der Täter die Vorräte geschmälert habe, von denen „alle“ leben mussten.⁴⁷² Im Gegensatz dazu wurde die übrige Bevölkerung als Einheit gesehen, die kollektiv geschädigt wurde und mit Ausnahme der Täter mit vereinten Kräften mit dem allgegenwärtigen Mangel zu kämpfen hatte. Die Gerichte betonten diese Außenseiterrolle der Täter, indem sie die als verwerflich empfundenen Handlungen in den Kontext der Lebenswirklichkeit der Bevölkerung stellten. Das geschah beispielsweise, indem die von den Tätern entnommenen Waren in Wochen- bzw. Monatsrationen einzelner Menschen oder gar ganzer Orte umgerechnet wurden. Dadurch kommunizierten die Richter deutlich, dass die Schwarzhändler durch ihre meist aus egoistischen Beweggründen begangenen Taten die Allgemeinheit schädigten und dieser deshalb nun ein bestimmtes Kontingent fehlte. Die Gesellschaft wurde demnach als Gemeinschaft dargestellt, die kollektiv durch die Täter geschädigt wurde, weshalb diese auch mit wenig Verständnis oder Unterstützung rechnen konnten.

c. Auseinandersetzung mit moralischen Konflikten

Es fand eine gewisse Klassifikation der Täter in unterschiedliche Gruppen statt. Die Gerichte nahmen im Rahmen der Festlegung der Anwendungsbereiche von KWVO und

⁴⁷¹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 22. November 1946, Az. KLS 91/46, Nr. 1766, S. 8.

⁴⁷² OLG Nürnberg, B. v. 12. Mai 1950, Az. Ss 98/49, Nr. 2287, S. 2.

VRStVO eine Abgrenzung dahingehend vor, dass „der gefährliche Schieber“⁴⁷³ härter (nämlich anhand der KWVO) zu bestrafen war als derjenige Täter, der in weniger großem und gefährlichem Maße tätig wurde. Gewöhnliche Delikte nach der VRStVO wurden nur als Vergehen geahndet, während den nach der KWVO zu bestrafenden Angeklagten ein weitaus größerer Makel anhaftete.

Wie bereits erwähnt, galt die bloße, durch den Krieg verursachte Not nicht als Grund, um Amnestie zu erteilen. Die enge Auslegung der Voraussetzungen des Straffreiheitsgesetzes legt den Schluss nahe, dass eine solche schwierige Lage – zumindest bei Delikten größeren Umfangs – keine Entschuldigung für strafbares Handeln bieten durfte.

Auch ganz grundsätzlich zieht sich die Menge der betroffenen Güter wie ein roter Faden durch die Beurteilung der Strafbarkeit. In verschiedenen Tatbestandsmerkmalen der KWVO ist die Menge eines der entscheidenden Abgrenzungskriterien, was die Bestrafung angeht. Beim Tätigwerden in geringerem Ausmaß wurde eher auf eine Anwendung der KWVO verzichtet. Aber auch im Rahmen der VRStVO ist die Masse der betroffenen Güter das wichtigste Kriterium für die Annahme eines strafscharfenden schweren Falles. Insofern deutet sich an, dass das Ausmaß der Tätigkeiten auf dem Schwarzmarkt für die Richter eine wichtige Rolle bei der Beurteilung der Strafbarkeit spielte und somit als Differenzierungskriterium dienen kann, um „professionelle“ Schwarzhändler von denjenigen abzugrenzen, die nur zur Sicherung der Existenzgrundlage tätig wurden. Demnach wurde auf diese Art und Weise einem der zentralen Konflikte des Schwarzmarktes teilweise Rechnung getragen, soweit dies sinnvollerweise mit der Intention der Regelungen vereinbar war.

Zu beachten ist in diesem Kontext auch, dass die Nürnberger Gerichte nur selten Erwägungen über die Einschlägigkeit des Notstandes anstellten und dessen Anwendbarkeit meist in aller Kürze ablehnten.⁴⁷⁴ Die Anwendung dieses Rechtfertigungsgrundes wurde von der deutschen Literatur zumindest erwogen, wenn auch aus moralischen Gründen kritisch betrachtet.⁴⁷⁵ Der weitestgehende Verzicht auf die Erörterung dieser Möglichkeit mag bereits als Entscheidung in dieser Angelegenheit zu verstehen sein, nämlich dahingehend, dass die Richter eine Aushöhlung der Bewirtschaftungs- und Bewirtschaftungsstrafvorschriften vermeiden wollten und die Voraussetzungen des Notstandes von Anfang an für nicht gegeben erachteten.

Was die Abgrenzung von strafbarem und noch sozialadäquatem Verhalten betraf, wählten die Richter – soweit erkennbar – einen zurückhaltenden Weg und urteilten eher im Sinne der Angeklagten, indem zahlreiche Handlungen im Rahmen des Versuchsbeginns nur als strafflose Vorbereitungshandlungen klassifiziert wurden oder Geschenke nicht als Bezug im Rahmen der VRStVO eingeordnet wurden.

⁴⁷³ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Mai 1947, Az. KLS 19/47, Nr. 1865, S. 9.

⁴⁷⁴ So in: OLG Nürnberg, B. v. 18. Juli 1947, Az. Ss 49/47, Nr. 1793, S. 1; OLG Nürnberg, B. v. 04. Juni 1948, Az. Ss 93/48, Nr. 2007, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLS 119/46, Nr. 1793, S. 6.

⁴⁷⁵ Vgl. v. Goetze, Juristische Rundschau 1948, Vol. 10, S. 263 (268).

Eine sehr eindeutige Position bezogen die Richter hingegen bei der Abwägung zwischen Eigentumsrechten und der Sicherstellung bzw. Verbesserung der Ernährung der Gesamtbevölkerung. Die Verfügungsrechte über das Eigentum wurden durch die Zwangsbewirtschaftung sehr weitgehend eingeschränkt. Sofern Güter bewirtschaftet waren, spielte es in der Beurteilung der Strafbarkeit keine Rolle, ob der Täter, der die Sachen beispielsweise versteckte, Eigentümer war. Aus dem Eigentum wurden keine Rechte abgeleitet, die die Strafbarkeit abmilderten. Die Schutzfunktion des Eigentums war fast vollständig beschnitten. Allerdings muss gleichzeitig betont werden, dass dieses Ergebnis größtenteils bereits in der Gesetzgebung zur Zwangsbewirtschaftung insgesamt und in den dazugehörigen Strafvorschriften angelegt war und den Gerichten dementsprechend nicht allzu viel Entscheidungsspielraum zustand. Mit der weiten und für die Täter nachteiligen Auslegung des Begriffs des „Entwendens“ im Rahmen des KRG Nr. 50 trafen die Richter jedoch eine noch stärker in diese Richtung weisende Entscheidung, sodass durchaus davon ausgegangen werden kann, dass diese Wertungen von der Nürnberger Rechtsprechung mitgetragen wurden.

d. Moralische Legitimation der Gerichte

In manchen Fällen mag es zweifelhaft erscheinen, ob die Gerichte ihre Aufgaben im Hinblick auf die Rechtsstaatlichkeit zufriedenstellend erfüllen konnten. An einigen Stellen drängte sich der Eindruck auf, dass die Richter dem Wunsch, verpönte Verhalten umfassend zu bestrafen, Grundsätze wie das Analogieverbot unterordneten. In Fällen wie zum Beispiel dem mehrfachen Beiseiteschaffen schien die Definition der Richter ebenso konstruiert und an praktischen Erwägungen ausgelegt wie die Argumentation im Rahmen des Gesetzes Nr. 3.

Zum Teil überraschte auch die durchweg knappe Argumentation zu bestimmten Tatbestandsmerkmalen. Bei der Beantwortung der Frage, ob bestimmte Delikte als schwerer Fall im Rahmen der VRStVO einzuordnen waren, hielten die Richter ihre Begründung relativ kurz, obwohl dieser Entscheidung angesichts des deutlich erhöhten Strafmaßes nicht unerhebliche Bedeutung zukam. Hinzu kamen Fälle – zu denken ist dabei an die Rechtsprechung zum Verhältnis zwischen VRStVO und KWVO, aber auch einige kleinere Problemfelder – in denen sich kein eindeutiges Bild der Rechtsprechung ergibt und ein beabsichtigter oder unbeabsichtigter Dissens zwischen einzelnen Urteilen bestand, der ignoriert oder zumindest nicht thematisiert wurde. Teils kam es außerdem zu Äußerungen, die in tatsächlicher oder juristischer Hinsicht wenig sinnvoll erschienen. Zu bedenken ist dabei jedoch, dass sich die Richter mit einer Vielzahl an Problemen auseinanderzusetzen hatten. Man denke beispielsweise an die Sprachbarrieren bei der Auslegung der Gesetze der Besatzungsmächte oder den erschwerten Zugang zu anderen Urteilen oder Literatur, die unterschiedliche Rechtslage in den einzelnen Besatzungszonen, begrenzte personelle Ressourcen und nicht zuletzt den allgemein herrschenden Mangel, der auch vor den Richtern nicht Halt machte und unter dem sie persönlich wohl ebenfalls zu leiden hatten.

Es gab außerdem viele Beispiele, sei es bei der Bestimmung des Anwendungsverhältnisses zweier Gesetze oder der Auslegung von Tatbestandsmerkmalen, in denen sich über die Zeit hinweg eine anerkannte Rechtsprechung entwickelte. Trotz anfänglicher Unsicherheiten oder gar Unstimmigkeiten konnte durch das OLG in vielen Fällen eine dogmatisch und moralisch zufriedenstellende Auffassung gefunden werden, die sich auch in den Urteilen der Strafkammern durchsetzte. Zu nennen ist dabei beispielsweise der Streit über das Verhältnis zwischen KWVO und KRG Nr. 50 oder die Auslegung des Begriffes „Entwenden“ im Rahmen des KRG Nr. 50. In beiden Fällen wurde sorgsam abgewogen und eine saubere juristische Lösung gefunden, die im Anschluss folgerichtig in den weiteren Entscheidungen übernommen und bestätigt wurde. Die zuvor kritisierte Auslegung orientiert an praktischen Erwägungen wirkte sich zudem in anderen Fällen auch positiv aus. Indem die Richter bei einigen Tatbestandsmerkmalen nicht starr auf dem Gesetzeswortlaut oder festen Definitionsgrenzen beharrten, gelang es ihnen, eine gewisse Flexibilität zu wahren. Diese relative Freiheit wurde oft dazu genutzt, den sich rasch wandelnden Umständen der Zeit Rechnung zu tragen und so gerechte Urteile zu fällen.

Daher kann festgehalten werden, dass die Urteile im Hinblick auf die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit zwar nicht über jeden Zweifel erhaben waren. Dennoch sind sie, was die Auslegung und Definition von relevanten Begriffen betrifft, angesichts der von diversen tatsächlichen und rechtlichen Schwierigkeiten geprägten Zeit und begrenzter Ressourcen sowie der sich ständig ändernden Rechtslage an dieser Stelle als grundsätzlich überzeugend einzuordnen.

e. Rechtsprechung als Spiegel der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen

Die sich wandelnden Umstände in der Nachkriegszeit wurden in vielen Fällen von den Richtern in ihre Erwägungen aufgenommen. So ließen die Strafkammern im Rahmen der Auslegung einiger Tatbestandsmerkmale Milde walten, als in den Wochen und Monaten nach dem Krieg die ernährungswirtschaftliche Situation noch unklar war und sich die Täter nachvollziehbarerweise nicht über die geltende Rechtslage im Klaren sein konnten. Gleiches galt, wenn auch zu einem späteren Zeitpunkt allgemeine Unsicherheiten über die Legalität bestimmter Handlungen und die Fortdauer der Bewirtschaftungsregelungen bestand. Gleichzeitig ist auch zu beobachten, dass sich die Rechtsprechung der Nürnberger Gerichte, beispielsweise zur Frage, wann eine Gefährdung des Bedarfes vorlag, erst im Laufe der Zeit einpendelte. Bestand nach dem Krieg noch Unsicherheit darüber, wo bei Fleisch eine feste Grenze gesetzt werden sollte, etablierte sich im Laufe der Jahre kontinuierlichen Mangels ein relativ exakter Wert. Sobald die Bewirtschaftungsrealität also einigermaßen geklärt war, konnten auch die Gerichte darauf eingehen und so eine beständige Judikatur entwickeln.

Die stetig veränderten Umstände schlugen sich auch auf weitere rechtliche Fragestellungen durch. Es entstanden immer wieder Probleme, die es in dieser Form wohl noch nie zuvor gegeben hatte und in der die Richter gezwungen waren, in Sonderkonstellatio-

nen Recht zu sprechen ohne sich dabei auf Erfahrungswerte verlassen zu können. Eines der wichtigsten Beispiele in diesem Kontext waren die Umwälzungen durch die Währungsreform. Die Einordnung der Wertveränderungen durch die lange anhaltende Entwertung der alten Währung und die Einführung der neuen DM verlangte den Richtern einiges an wirtschaftlichem Verständnis ab und erforderte eine ganz neue Rechtsprechung unter Berücksichtigung der tatsächlichen Lebenswirklichkeit. Insbesondere im Rahmen der Bereicherungsabsicht kam den Erwägungen der Richter große Bedeutung zu und unterstrich die Wichtigkeit ihrer Überlegungen für das Strafmaß.

Bei der Betrachtung der Verknüpfung von StGB- und Schwarzmarktdelikten fällt außerdem auf, dass der Schwerpunkt der Handlung in fast allen Fällen auf den klassischen Handlungen des schwarzen Marktes lag und die anderen Delikte im Zuge dessen begleitend verwirklicht wurden. Daraus kann wohl auch abgelesen werden, dass sich die grundsätzlichen Werte der Allgemeinheit trotz der Zeit des Zusammenbruchs und des allgegenwärtigen Mangels nicht wesentlich geändert hatten. Bis auf wenige Fälle stand der illegale Handel im Zentrum und die anderen Delikte wurden vor allem zu dessen Ermöglichung begangen. Das Handeltreiben als zuvor legale Verhaltensweise dürfte für viele Menschen weniger verwerflich gewesen sein als andere Handlungen, die bereits seit langem unter Strafe standen, wie beispielsweise Eigentumsdelikte oder Falschaussagen. Durch den schwarzen Markt versuchten wohl viele Leute, die eigene Not etwas zu lindern und sich durch eine in ihren Augen weniger kriminelle Handlungsweise das zu verschaffen, was sie als üblich und ihnen zustehend empfanden.

Der Lauf der Zeit lässt sich schlussendlich an der Rechtsprechung zum Anwendungs-verhältnis der unterschiedlichen Gesetze nachvollziehen. War zu Beginn der Rechtsprechung noch die Frage, ob Gesetze aus der Zeit des Nationalsozialismus weiter angewandt werden sollten, entscheidend, wurde dies bald abgelöst von der Diskussion zum Verhältnis zwischen nationalem und Besatzungsrecht, ehe schließlich entschieden werden musste, wie sich die Gesetze der Bundesrepublik auf das alte Recht auswirkten.

Insgesamt kann jedoch beobachtet werden, dass die Auslegung der Tatbestandsmerkmale nicht wesentlich variierte, auch wenn im Laufe der Jahre gewisse Änderungen in der Lebenswirklichkeit der Menschen eintraten. Die Charakteristiken der einzelnen Tatbestandsmerkmale blieben über die Jahre hinweg ohne größere Veränderungen erhalten.

KAPITEL 2: TÄTER, DELIKTE, SCHWARZMÄRKTE⁴⁷⁶

Das vorliegende Kapitel beschäftigt sich mit den tatsächlichen Gegebenheiten des Schwarzmarktes. Anhand der Urteile werden die wesentlichen Informationen zum Geschehen des schwarzen Marktes zusammengetragen und analysiert. Von Interesse sind dabei die Angeklagten selbst, so beispielsweise ihre persönlichen Daten sowie ihre berufliche Tätigkeit und ihr finanzieller Hintergrund. Auch die Beziehungen der gemeinsam Angeklagten zueinander sollen untersucht werden, insbesondere dahingehend, ob sie in einem persönlichen, familiären oder geschäftlichen Verhältnis standen. Relevant für das Verständnis des Schwarzmarktes sind außerdem die dort vertriebenen Waren. Ihre Herkunft, Verwendungsart, die Menge, in denen sie gehandelt wurden und die damit erzielten Gewinnspannen sind dafür geeignet, die Hintergründe und das Geschehen des Marktes zu erforschen. Genauerer Untersuchung bedürfen schließlich auch die typischen Handlungen, die den Kern der Schwarzmarktkriminalität ausmachten. Beispielfhaft sollen dabei Schwarzschlachtungen und Markenfälschungen herausgegriffen und aufgezeigt werden, auf welche Art und Weise die Täter gegen das zugrundeliegende, streng reglementierte System verstießen. Anhand dieser Ergebnisse kann analysiert werden, welchen Mechanismen der Schwarzmarkt unterlag, durch welche Charakteristika er sich besonders in Nürnberg und Umgebung auszeichnete und was die auf ihm handelnden Täter unterschied oder verband. Durch die mit dieser Untersuchung zu Tage tretenden Besonderheiten können sowohl Rückschlüsse auf die Funktionsweise des schwarzen Marktes selbst als auch über dessen Verankerung und Bedeutung in der Gesellschaft gezogen werden.

1. Persönliche Daten und Lebensverhältnisse der Angeklagten⁴⁷⁷

Die statistische Auswertung der persönlichen Informationen der Angeklagten gibt nicht nur Hinweise auf die Lebenssituation der Täter, sondern erlaubt auch Rückschlüsse auf den Schwarzmarkt im Allgemeinen. So lassen sich beispielsweise Aussagen zur Herkunft der Waren treffen oder die Motive der Menschen, wie beispielsweise eine versorgungsbedürftige Familie oder die beruflich gegebene Möglichkeit zum Tätigwerden ergründen.

Zu erwähnen ist innerhalb dieser Analyse, dass in manchen Fällen bestimmte Angaben zu einzelnen Angeklagten fehlten. Diese konnten dementsprechend nicht in der Analyse berücksichtigt werden. Allerdings handelt es sich dabei um eine sehr geringe Zahl, sodass dennoch ein aussagekräftiges Bild entstehen kann.

⁴⁷⁶ Die Basis für die Auswertungen dieses Kapitels bildet die in der Einleitung unter E. I. erläuterte Rechtsprechung. Alle nicht anderweitig belegten Daten stammen aus diesen Urteilen und Beschlüssen.

⁴⁷⁷ Die Daten dieses Abschnitts beziehen sich auf sämtliche Angeklagten – unabhängig davon, ob sie tatsächlich verurteilt oder freigesprochen wurden. Insbesondere in den Urteilen nach Inkrafttreten des Straffreiheitsgesetzes ist es unmöglich und wenig zielführend, anhand eines Freispruchs zu differenzieren. Daher gebietet es die Einheitlichkeit und Übersichtlichkeit, die Datensätze aller Angeklagten zu berücksichtigen. Gleiches gilt für Angeklagte, die sich mehrmals in unterschiedlichen Verfahren vor Gericht zu verantworten hatten.

a. Alter und Geschlecht

Alter sowie Geschlecht von Angeklagten wurden bereits in mehreren Werken zum Schwarzmarkt analysiert.⁴⁷⁸ Dennoch erscheint es angesichts der regionalen Ausrichtung dieser Arbeit unverzichtbar, diese Daten für die Nürnberger Rechtsprechung ebenfalls auszuwerten, um so möglichen lokalen Besonderheiten gerecht werden zu können.

Unter den Angeklagten befanden sich 220 Männer und 74 Frauen. Dies entspricht einem Anteil von 74,8% an männlichen Angeklagten, während die Frauen nur 25,2% stellten. Die Überrepräsentation der Männer ist besonders auffällig, wenn man berücksichtigt, dass im Jahre 1946 nur 44,7% und 1950 nur 46,2% der Einwohner der Stadt Nürnberg männlich waren. Eine ähnliche Verteilung konnte jedoch in anderen Städten ebenfalls beobachtet werden⁴⁷⁹ und ist auch angesichts allgemeiner Kriminalitätsstatistiken⁴⁸⁰ wenig überraschend. Es fällt allerdings auf, dass in der Anfangszeit die Anzahl der männlichen Täter diejenige der Frauen nur leicht überstieg und erst im Laufe des Jahres 1948 die Frauen zunehmend seltener auf der Anklagebank saßen.

Die hohe Überrepräsentation der Männer unter den Angeklagten mag damit zusammenhängen, dass diese oft als Versorger der Familie galten und außerdem weitaus häufiger in Bereichen tätig waren, in denen sich ihnen die Möglichkeit bot, Waren abzuzeuhen. Hinzu kommt, dass einige Tätigkeiten auf dem Schwarzmarkt vermutlich als gefährlich galten oder ein gewisses Maß an körperlicher Kraft erforderten – man denke beispielsweise an Schwarzschlachtungen – und deshalb besonders häufig von Männern übernommen wurden. Außerdem waren Männer weitaus häufiger als Frauen Inhaber von Geschäften und hatten auch in Familienbetrieben meistens eine führende Rolle inne, wodurch sie weitere Möglichkeiten zur Betätigung auf dem schwarzen Markt hatten.

Bei der Auswertung des Alters der 289 Angeklagten, bei denen das Geburtsdatum vorlag, ergibt sich die folgende Verteilung.⁴⁸¹

⁴⁷⁸ Vgl. Mörchen; Zierenberg.

⁴⁷⁹ So auch Mörchen, S. 215 ff. (für die Verfahren vor den Gerichten der Militärregierung); Zierenberg, S. 103 (für Schwarzmarktvorfälle während des Krieges).

⁴⁸⁰ Beispielhaft: Frevel, Die Kriminalitätslage, Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/innere-sicherheit/135312/die-kriminalitaetslage-im-spiegel-der-polizeilichen-kriminalstatistik?p=all> (aufgerufen am 06.12.2017).

⁴⁸¹ Die Statistik erläutert in der zweiten Spalte den Anteil, den ausschließlich die Männer einer bestimmten Altersgruppe an der Gesamtzahl der männlichen Täter ausmachen. Gleiches gilt in der dritten Spalte für die Frauen. Die vierte Spalte schließlich zeigt den Anteil, den die Menschen einer bestimmten Altersgruppe an den Tätern insgesamt, also an Männern und Frauen zusammengenommen, hatten. Diese Spalte ist somit eine Zusammenfassung der anderen Spalten unter Berücksichtigung des tatsächlichen Männer-/Frauenanteils; keine Addition der vorigen Spalten. Das bedeutet auch, dass jede der Spalten für sich genommen 100% ergibt. Das Alter ist in ganzen Lebensjahren angegeben.

Altersgruppe	Männer	Frauen	Gesamt
Unter 20	0,9%	1,4%	1,0%
20 – 29	16,6%	18,0%	17,0%
30 – 39	35,0%	37,5%	35,7%
40 – 49	24,9%	27,8%	25,6%
50 – 59	16,1%	15,3%	15,9%
Über 60	6,5%	0,0%	4,8%

Der jüngste Angeklagte war 18, der Älteste 72 Jahre alt.

Im Wesentlichen zeigt sich bei Männern und Frauen hier ein ähnliches Bild. Die mit Abstand am häufigsten vertretene Altersgruppe war diejenige der 30 – 39-Jährigen, gefolgt von derjenigen der 40 – 49-Jährigen. Die Gruppen der 20 – 29-Jährigen und der 50 – 59-Jährigen zählten vergleichbar häufig zu den Angeklagten, waren dort jedoch deutlich seltener zu finden als die zuvor genannten. Auffällig ist einzig, dass bei den männlichen Angeklagten auch mehrere Personen betroffen waren, die über 60 Jahre alt waren, bei den Frauen hingegen überhaupt nicht.

Im Vergleich mit anderen statistischen Erhebungen⁴⁸² ergibt sich kein einheitliches Bild, da die Verteilung von Stadt zu Stadt, bedingt durch örtliche Besonderheiten, zu einem gewissen Maße abweichen dürfte. Vergleicht man die erhobenen Zahlen mit der Bevölkerungsstruktur Nürnbergs,⁴⁸³ zeigt sich, dass die Gruppe der 30 – 39-Jährigen als Täter stark überrepräsentiert war. Ihr Anteil unter den Angeklagten ist beinahe doppelt so hoch wie ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung der Stadt. Die Gruppe der 40 – 49-Jährigen war spürbar, die Gruppen der 20 – 29-Jährigen sowie 50 – 59-Jährigen waren leicht überrepräsentiert. Prozentual sehr wenig vertreten waren hingegen die jüngste und die älteste untersuchte Gruppe – was aus biologischen Gründen wenig überraschend ist.

Die Altersverteilung dürfte in erster Linie damit zu erklären sein, dass insbesondere die Menschen im Alter von 30 – 39, aber auch von 40 – 49 Jahren versorgungsbedürftige Kinder hatten und so dazu gezwungen waren, durch den schwarzen Markt an lebensnotwendige Güter zu gelangen. Im Vergleich zu den sehr alten und den sehr jungen Bevölkerungsgruppen ist wiederum zu berücksichtigen, dass es sich bei den häufig unter den Tätern vertretenen Altersklassen um diejenigen mit der besten körperlichen Verfassung handelte.

b. Familiäre Situation

73,3% der Angeklagten waren verheiratet, 6,5% geschieden oder getrennt lebend, 4,7% verwitwet und 15,5% ledig. Diese Verteilung ist angesichts der Altersstruktur der Täter

⁴⁸² Vgl. Mörchen, S. 216 f. für Verfahren vor den Gerichten der Militärregierung; Zierenberg, S. 103 ff. für Verfahren während des Krieges.

⁴⁸³ Statistisches Handbuch der Stadt Nürnberg 1965, S. 15; zu berücksichtigen ist allerdings, dass die Bevölkerungsstatistiken nur die Stadt Nürnberg erfassten, in den Urteilen aber auch Einwohner aus dem Umland oder umliegenden Städten wie beispielsweise Fürth betroffen waren.

durchaus einleuchtend und dürfte in etwa den in Nürnberg allgemein bestehenden Familienverhältnissen entsprochen haben.⁴⁸⁴ Das bedeutet gleichzeitig auch, dass die weit überwiegende Mehrheit der Angeklagten für wenigstens eine weitere Person zu sorgen hatte und nur wenige gänzlich ungebunden waren.

Eine definitive Aussage zu der weiteren familiären Situation lässt sich nur schwerlich treffen, da man in diesen Fällen in hohem Maße abhängig von den in den Urteilen zur Verfügung gestellten Informationen ist. Das bedeutet, dass in einigen Fällen unklar sein dürfte, ob die Angeklagten weitere Personen wie beispielsweise Kinder oder alte Eltern zu versorgen hatten. So geht lediglich in 26 Fällen aus den Urteilen hervor, dass die Beschuldigten Kinder hatten und in drei weiteren Fällen ist von pflegebedürftigen Angehörigen die Rede. Allerdings ist angesichts dieser geringen Zahl davon auszugehen, dass die Familiensituation nicht in jedem Urteil protokolliert oder überhaupt angesprochen wurde, sodass die Aussagekraft dieser Angaben relativ eingeschränkt ist.

c. Berufliche Tätigkeiten und finanzielle Lage

Die größte Berufsgruppe der Angeklagten, die sich für Schwarzmarkt-Delikte vor Gericht zu verantworten hatten, stellten die Handwerker mit 27,8%. Mehr als ein Drittel davon war im Lebensmittelgewerbe tätig, wobei Metzger und deren Angestellte mit einem Anteil von 7,5% der gesamten Angeklagten besonders häufig betroffen waren. Auch das handelnde Gewerbe, mithin Händler, Kaufleute, Geschäftsinhaber und deren Angestellte, war mit 19,7% auffällig stark vertreten. Menschen, die in der Landwirtschaft tätig waren, machten 9,8% der Angeklagten aus, Gastwirte 2,7%. 3,7% der Beschuldigten waren Mitarbeiter in Behörden – in den meisten Fällen tätig in Kartenausgabestellen und ähnlichen Einrichtungen. 7,8% stammten aus dem Transportgewerbe und waren dort beispielsweise als Kraftfahrer, Spediteure, Fuhrunternehmer oder Beifahrer tätig. Auf sonstige Tätigkeiten (beispielsweise Hilfsarbeiten oder auch Büro- und Haushaltstätigkeiten) entfielen 11,9%, auf Akademiker und Studenten 3,4%. Schließlich waren unter den Angeklagten auch Menschen ohne berufliche Tätigkeit zu finden: 3,0% waren Rentner oder erwerbslos, 10,2% Hausfrauen.⁴⁸⁵

Im Großen und Ganzen dürfte die hier gezeigte Verteilung auch der allgemein vorherrschenden Struktur der Bevölkerung des LG-Bezirks Nürnberg-Fürth entsprochen haben. Die relativ hohe Zahl an Landwirten ist mit dem ländlich geprägten Umland der Stadt zu begründen, auch die hohe Anzahl an Hausfrauen dürfte in Anbetracht der Verhältnisse der damaligen Zeit nicht überraschend sein. Darüber hinaus sind jedoch drei der am häufigsten betroffenen Berufsgruppen gesondert herauszugreifen. Bei den Handwerkern fällt auf, dass relativ viele Menschen betroffen waren, die in ihrem Betrieb mit Lebensmitteln und insbesondere mit Fleisch zu tun hatten. Aus diesen Unternehmen dürften viele der Waren gestammt haben, die auf den Schwarzmarkt gelangten. Ähnliches dürfte für Kaufleute gelten, die Zuteilungen für begehrte Güter erhielten, von denen

⁴⁸⁴ Vgl. für 1950: Statistisches Handbuch der Stadt Nürnberg 1965, S. 19.

⁴⁸⁵ Zu beachten ist, dass bei einigen Angeklagten mehrere Berufe, beispielsweise Land- und Gastwirt, genannt wurden. In diesen Fällen flossen beide Bezeichnungen in die Auswertung ein.

sie relativ leicht etwas abzweigen konnten, und die darüber hinaus aus geschäftlichen Gründen über viele Kontakte und Netzwerke verfügten, über welche sie schwarze Waren vertreiben konnten. Die, gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung, wohl relativ stark repräsentierte Gruppe der Kraftfahrer, Fuhrunternehmer etc. war trotz des Benzinmangels vergleichsweise mobil, sodass sie prädestiniert dafür war, Waren über mittlere bis größere Distanzen zu befördern und so beispielsweise den Handel zwischen Stadt und Land in Gang zu halten.

Ein Vergleich mit den Zahlen anderer Städte ist hier nicht geboten. Eine Gegenüberstellung mit den anderen untersuchten Städten Bremen und Berlin erscheint nicht sinnvoll, da in diesen deutlich größeren Städten eine andere Bevölkerungsstruktur mit beispielsweise einem deutlich geringeren Anteil an in der Landwirtschaft Beschäftigten vorherrschend gewesen sein dürfte und der Schwarzmarkt daher auch andere Anforderungen mit sich brachte.

Die Analyse der finanziellen Verhältnisse, in denen sich die Angeklagten befanden, gestaltet sich deutlich schwieriger als diejenige der beruflichen Tätigkeit. Nur in etwa einem Viertel der Fälle machen die Richter Angaben zu den persönlichen Einkommensverhältnissen oder der finanziellen Lage der Beschuldigten. Dabei geht aus unterschiedlichen Urteilen hervor, dass die Verhältnisse, in denen die Täter lebten, recht unterschiedlich waren. Die erwähnten Monatseinkommen der Angeklagten reichten relativ bunt gemischt von 100 bis hin zu 1000 RM.⁴⁸⁶ Ein Einkommen in Höhe von etwa 400 RM pro Monat und der Besitz zweier Häuser wurde bereits als relativ gute Lebenssituation betrachtet.⁴⁸⁷ In mehreren Fällen wurde auch das Bestehen eines kleineren oder größeren Barvermögens erwähnt.⁴⁸⁸ Anhand der nur beschränkt vorliegenden Daten wird dennoch deutlich, dass Menschen mit den unterschiedlichsten finanziellen Hintergründen und Einkommen auf dem Schwarzmarkt tätig waren und auch eine relativ gute finanzielle Situation keinen Hinderungsgrund darstellte.

d. Fazit

Anhand der Auswertung der unterschiedlichen Daten der Angeklagten in den Schwarzmarktprozessen wird zunächst vor allem eines deutlich: Der Schwarzmarkt war ein Phä-

⁴⁸⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 25. Februar 1948, Az. KLS 73/46, Nr. 1751, S. 3; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 22. November 1946, Az. KLS 91/46, Nr. 1766, S. 5; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 23. Mai 1947, Az. KLS 166/46, Nr. 1835, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 26. November 1947, Az. KLS 160/47, Nr. 1969, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 07. April 1948, Az. KLS 279/47, Nr. 2039, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 21. Juni 1948, Az. KLS 286/47, Nr. 2045, S. 4; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. Juni 1948, Az. KLS 80/48, Nr. 2131, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 23. Mai 1949, Az. 140/48, Nr. 2181, S. 6; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLS 181/48, Nr. 2215, S. 12; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 04. April 1949, Az. KLS 254/48, Nr. 2268, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 03. Februar 1949, Az. KLS 261/48, Nr. 2298, S. 5.

⁴⁸⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 25. Februar 1948, Az. KLS 73/46, Nr. 1751, S. 3 f.

⁴⁸⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLS 53/46, Nr. 1739, S. 5; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 07. April 1948, Az. KLS 279/47, Nr. 2039, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. Juni 1948, Az. KLS 80/48, Nr. 2131, S. 2.

nomen, das die ganze Gesellschaft durchzog. Es betraf die allermeisten Berufs- und Altersgruppen, sozialen Schichten und Menschen in den unterschiedlichsten persönlichen oder finanziellen Situationen. Im Gegensatz zu anderen Formen der Kriminalität, die meistens von bestimmten Gruppen begangen wurden und werden, bildeten die Täter des Schwarzmarktes also einen relativen Querschnitt der Bevölkerung ab.

Hervorzuheben ist lediglich die Tatsache, dass Personen, die in Berufen arbeiteten, in denen sie mit potentieller Ware für den Schwarzmarkt zu tun hatten oder die besonders mobil waren, sich auffallend häufig vor Gericht zu verantworten hatten. Dies könnte zum einen daran liegen, dass diese Gruppen im Gegensatz zu anderen überhaupt erst die Gelegenheit hatten, Güter zu erlangen, die dann auf dem Schwarzmarkt veräußert werden konnten. Andererseits ist es auch denkbar, dass die Strafverfolgungsbehörden gerade durch diese Eigenschaft häufiger auf solche Täter aufmerksam wurden, weil Warenströme zu ihnen leichter als zu Privatpersonen zurückverfolgt werden konnten. Auf welche dieser Gründe die häufigere Anklage im Einzelnen zurückzuführen sind, kann heute nicht mehr nachvollzogen werden.

2. Beziehungen der Täter untereinander

Es fällt auf, dass in den meisten der untersuchten Urteile eine Vielzahl an Personen angeklagt wurde. So gab es lediglich neun Fälle, in denen sich nur ein einziger Angeklagter vor Gericht zu verantworten hatte. Gleich in acht Verfahren waren hingegen mehr als zehn Angeklagte beteiligt; dem größten Prozess sahen sich ganze 25 Angeklagte gegenüber. Im Durchschnitt hatten es die Richter pro Verfahren mit fünf bis sechs⁴⁸⁹ Beschuldigten zu tun. Anzumerken ist, dass insbesondere in den späteren Verfahren ab Ende 1948 besonders viele Personen auf einmal an einem Prozess beteiligt waren.

Es stellt sich die Frage, worin der Grund dafür zu sehen sein mag. Um sich einer Antwort anzunähern, ist es unverzichtbar, die Beziehungen der jeweils miteinander Angeklagten zu prüfen. Die Analyse, ob diese Menschen auf geschäftlicher oder persönlicher Basis miteinander verbunden waren, ist auch dazu geeignet, den Schwarzmarkt auf seine Handelsbeziehungen und Netzwerke hin zu untersuchen und so Erkenntnisse über die Vorgehensweise bei illegalem Kauf und Tausch zu gewinnen.

In ungefähr der Hälfte der untersuchten Urteile bestand eine persönliche Beziehung zwischen den gemeinsam Angeklagten. Damit sind insbesondere familiäre Beziehungen und Liebesbeziehungen unverheirateter Menschen, aber auch freundschaftliche oder Nachbarschaftsverhältnisse gemeint. Es ist zunächst naheliegend, dass Personen innerhalb einer Partnerschaft, die zumeist auch zusammen wohnten und wirtschafteten, auch gemeinsam Schwarzmarktdelikte begingen. Dies geschah oft im Rahmen der Sicherung der gemeinsamen Lebensgrundlage und die gehandelten Waren stammten entweder aus dem gemeinsamen Haushalt oder wurden für diesen verwendet. Es ist wenig überraschend, dass Eheleute oder andere Familienmitglieder dabei jeweils Aufgaben übernahmen und der Schwarzhandel arbeitsteilig vonstatten ging. Fast zwangsläufig kam es so

⁴⁸⁹ Exakt 5,4 Angeklagte pro Verfahren.

auch zur gemeinsamen Strafverfolgung. Darüber hinaus kann außerdem angenommen werden, dass der Familie in der Zeit nach dem Krieg, den politischen Umwälzungen und Neuordnungen als Halt und Konstante besondere Bedeutung zukam. Sie bildete zum einen eine Art Schutzraum, da man innerhalb der Familie ein relativ geringes Risiko hatte, an die Behörden verraten zu werden und sich so bei den illegalen Betätigungen einigermaßen sicher fühlen konnte. Zum anderen war der familiäre Zusammenhalt wichtig für die Versorgung mit überlebensnotwendigen Gütern und Lebensmitteln. Gerade Menschen, die beruflich oder über andere Wege die Gelegenheit hatten, an begehrte Waren heranzukommen, teilten diese Quelle oft mit der (erweiterten) Familie, um so auch Angehörige in Notsituationen zu unterstützen.

Schließlich spricht noch ein weiterer Grund für die Familie als zentralen Marktplatz für schwarz gehandelte Güter, den sie jedoch mit den anderen persönlichen Beziehungen gemeinsam hat. Der Schwarzmarkt fand trotz seiner weiten Verbreitung nicht offen statt und die Täter agierten meist im Verborgenen, um der Strafverfolgung zu entgehen. Das bedeutete auch, dass ein öffentliches Angebot der Waren und Warengesuche nicht möglich war. Aus diesem Grund dürften der Handel und die Beschaffung von Gütern über bereits bestehende Kontakte stattgefunden haben. Dazu zählten Nachbarn, Mieter, Freunde, Bekannte, Angestellte, Kollegen und Familienmitglieder. Die Nutzung bereits bestehender Kontakte erleichterte die Geschäftsanbahnung. Ohne diese dürften viele Geschäfte sogar mehr oder weniger unmöglich gewesen sein. Darüber hinaus war ein gewisses Vertrauensverhältnis oder zumindest die bessere Bekanntschaft der Handelspartner auch hilfreich, um einer Denunziation bei der Polizei weitgehend vorzubeugen. Nicht zuletzt muss bedacht werden, dass der Schwarzmarkt ein relativ rechtsfreier Raum war, in dem beispielsweise nicht mit der zivilrechtlichen Durchsetzung von Ansprüchen gerechnet werden konnte. Sofern der Geschäftspartner nicht bezahlte oder nicht lieferte, hatte der Andere keine vernünftige Möglichkeit seine Rechte einzufordern und durchzusetzen. Dieses Risiko dürfte durch persönliche Bekanntheit verringert worden sein.

Das alles machte ein privates Netzwerk als Grundlage des Schwarzhandels besonders attraktiv und dürfte die hohe Dichte an persönlichen Beziehungen unter den Tätern erklären. Beispielhaft für die Vielfältigkeit der zugrundeliegenden Kontakte und deren Wichtigkeit für den Handel ist der Fall von Ernst Giessbeck und Babette Gukkenberger.⁴⁹⁰ Die Beiden führten miteinander eine Beziehung und erwarben bzw. tauschten unterschiedliche Güter ohne Berechtigung oder führten Schwarzschlachtungen durch. Ihre Handelspartner und Unterstützer dabei waren in erster Linie Nachbarn, Geschwister und anderweitig bekannte Paare. Vor Gericht wurden diverse Delikte verhandelt, bei denen sowohl die Beschaffung der Waren als auch deren Verwertung bzw. Weiterveräußerung überwiegend auf persönlichen Kontakten beruhte. Auch zusätzliche geschäftliche Kontakte kamen wiederum durch die Vermittlung von Verwandten zustande. Vor Gericht standen schlussendlich 12 Personen, die alle auf unterschiedliche Art und Weise

⁴⁹⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 21. Juni 1948, Az. KLS 286/47, Nr. 2045.

zusammen Schwarzmarktdelikte begangen hatten und in den unterschiedlichsten privaten Beziehungen miteinander standen.

Ähnlich verhielt es sich bei den Tätern rund um die Familie Schmalz.⁴⁹¹ Einer der Brüder arbeitete beim Ernährungsamt der Stadt Nürnberg und hatte so die Gelegenheit, immer wieder unterschiedliche Mengen an Makulaturbögen von Lebensmittellkarten zu entwenden. Diese reichte er vor allem an seine Geschwister und seine Mutter weiter. Diese wiederum veräußerten sie zum Teil an Bekannte weiter, welche die Marken ihrerseits mit ihrer Familie oder Freunden teilten. Die Verbreitungswege der Karten über die Kanäle von Verwandten und Freunden, die beispielhaft für die Absatzwege vieler Waren gewesen sein dürften, können so gut nachvollzogen werden. Derartige Netzwerke können als symptomatisch für die Gestalt des Schwarzmarktes in Nürnberg betrachtet werden, der in erster Linie von persönlichen Beziehungen geprägt gewesen sein dürfte.

Neben diesen auf persönlichen Verbindungen beruhenden Absatzwegen gab es auch Handelsbeziehungen, bei denen in erster Linie der geschäftliche Kontakt im Mittelpunkt stand. Diese bestanden einerseits in Verhältnissen, die unabhängig vom Schwarzmarkt selbst bestanden, dann jedoch für diesen genutzt wurden. Dabei sind beispielsweise Kollegen zu nennen, die sich zusammenschlossen, um von den Ressourcen ihres Arbeitsplatzes gemeinsam etwas abzuzweigen und dann weiterzuveräußern. Daneben gab andererseits es auch zahlreiche Fälle, in denen zwar erwähnt wurde, dass die Handelspartner miteinander bekannt waren, ohne dass jedoch tiefer auf diese Bekanntschaft eingegangen wurde. Bei der Verhandlung dieser Fälle kam es häufiger vor, dass über eine ganze Reihe von ähnlichen Delikten geurteilt wurde, in denen die Täter immer wieder zusammen tätig wurden, um Waren für den schwarzen Markt zu beschaffen oder mit diesen zu handeln. Daher kann unter Umständen angenommen werden, dass sich die Täter – vielleicht auch schon von vorherigen, unentdeckt gebliebenen Schwarzmarktgeschäften – kannten, ohne jedoch über eine ähnlich gefestigte persönliche Beziehung wie in den zuvor genannten Konstellationen zu verfügen. Einige der Täter könnten auf diese Art und Weise Handelsbeziehungen über mehrere Schwarzmarktdelikte hinweg aufgebaut haben. In einigen anderen Fällen wurden Gegenstände von nur flüchtigen Bekannten oder gar Unbekannten erworben, mit denen der Täter zufällig ins Gespräch kam. Allerdings war dies deutlich seltener als der Handel mit mehr oder weniger bekannten Personen.

Die große Zahl an Angeklagten in etlichen Verfahren ist bemerkenswert. Dies gilt insbesondere für die Endphase der Schwarzmarktrechtsprechung, in der oft große Handelsnetzwerke Gegenstand der Urteile waren und viele Täter gemeinsam vor Gericht standen. Die zahlreichen Urteile mit mehreren Beschuldigten erlauben so eine Vielzahl an Rückschlüssen auf die Handelsprozesse innerhalb des Schwarzmarktes und seine Funktionsweise an sich. Insbesondere können dadurch die Absatzwege der Schwarzmarktgüter nachvollzogen werden. Der Schwarzmarkt in Nürnberg war demnach in erster Linie geprägt von sozialen und teils auch rein geschäftlichen Kontakten. Es ist angemessen, hier von ganzen Schwarzmarkt-Netzwerken zu sprechen. Oft nahmen sie ihren Anfang bei Einzelpersonen, die beispielsweise durch Zufall oder eigene berufliche Tätigkeiten

⁴⁹¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLs 181/48, Nr. 2215.

an bestimmte Waren gelangten und diese Gegenstände dann über familiäre, andere soziale Kontakte oder sogar über bereits zuvor bestehende (schwarze) Handelsbeziehungen anboten.

Eine Erklärung für die Zusammensetzung der Angeklagten in den einzelnen Prozessen dürfte neben diesen gesellschaftspolitischen auch mit praktischen Erwägungen zu begründen sein: Wenn die Polizei auf ein einzelnes Schwarzhandelsgeschäft aufmerksam wurde, so war es vermutlich nicht allzu schwer durch intensivere Ermittlungstätigkeiten in dessen unmittelbarem sozialen Umfeld weitere Delikte aufzufinden. Auch ist anzunehmen, dass in einigen Fällen die Herkunft der Waren ermittelt werden konnte und man auf diese Weise weitere Beteiligte ausfindig machte.

Aus der vorgenommenen Analyse ergibt sich demnach, dass sich der Schwarzhandel in Nürnberg – zumindest soweit dies aus der Rechtsprechung ersichtlich ist – anders als in manch anderen Städten⁴⁹² kaum auf bekannten öffentlichen Handelsplätzen, sondern eher im Privaten abspielte. Er war damit viel zergliederter und fand an zahlreichen kleineren Einzelschauplätzen statt. Wichtiger als ein Ort an sich waren einzelne Personen, die beispielsweise in der Lage waren, Waren zu besorgen oder die als bekannte Schwarzhändler galten und mit denen die Leute, die Interesse an bestimmten Gütern hatten, deshalb in Kontakt traten. Der öffentlich praktizierte Schwarzmarkt mit Beteiligung vieler Personen, den es wohl auch in Nürnberg gab,⁴⁹³ fand nur äußerst selten Erwähnung in den Urteilen.⁴⁹⁴ Allerdings wurden auch in anderen Orten, wie beispielsweise in München, ähnliche Tendenzen beobachtet und der Handel fand zunehmend mehr im privaten, verborgenen Raum als auf öffentlichen Plätzen und Straßen statt.⁴⁹⁵ Insofern ist die Fokussierung auf Personen als Zentren des Handels im Verborgenen zwar auffällig, wenngleich nicht ungewöhnlich.

3. Gehandelte Waren und Schwarzmärkte

a. Waren des Schwarzmarktes

Gegenstand des Schwarzmarktes waren die unterschiedlichsten Güter, unabhängig davon, ob sie illegal gehandelt, anderweitig beschafft oder gehortet wurden. Auch wenn die Bandbreite der Produkte sehr weit war, zählten Lebensmittel mit Abstand zu den wichtigsten Produkten.

Die gehandelten Nahrungsmittel entsprachen dabei weitestgehend den im Rahmen der KWVO geschützten Rohstoffen und Erzeugnissen oder den bewirtschafteten Gegenständen. Die bei weitem am häufigsten gehandelte oder beiseite geschaffte Ware war dabei Fleisch, das in ganzen 61,1%⁴⁹⁶ der Urteile zumindest eine Rolle spielte. Butter und

⁴⁹² Vgl. Zierenberg, S. 201 ff. für Berlin.

⁴⁹³ Vgl. Höverkamp, in: Von der Trümmerstadt zur Frankenmetropole, S. 104.

⁴⁹⁴ so z.B. in LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLs 181/48, Nr. 2215, S. 10.

⁴⁹⁵ Boelcke, S. 96.

⁴⁹⁶ Aufgrund der Vielfalt und teils auch Vielzahl der gehandelten Waren sind in den meisten Urteilen mehrere unterschiedliche Waren Gegenstand der Verhandlung; die Summe der aufgezählten Dinge ergibt so-

andere Arten von Fett waren in 31,5%, Mehl, Getreide und Brot in 24,1% und Zucker in 18,1% der untersuchten Fälle betroffen. Die Luxusgüter Alkohol (zum Beispiel Bier, Wein und verschiedene Arten von Schnaps), Kaffee und Kakao waren zusammen in jeweils 11,1% der Urteile relevant. Im Rahmen von Gegenständen, die nicht Lebensmittel waren, wurden Zigaretten und Tabakwaren am häufigsten erwähnt (29,6%). Sie dienten in vielen Fällen als Gegenleistung beim Tausch⁴⁹⁷ oder wurden als Bezahlung für Arbeitsleistungen⁴⁹⁸ herausgegeben. Ebenfalls von Bedeutung waren Stoff, Kleidung und Schuhe, wegen deren Handel in 27,8% der Urteile verhandelt wurde, sowie Autozubehör und Benzin mit 11,1%.

Darüber hinaus wurden weitere Lebensmittel, wie beispielsweise Eier, Reis, Nudeln, Haferflocken, Gerstengrütze, Gries, Gemüse, Orangen, Schokolade und Käse gehandelt. Haushaltsgegenstände wie Bügeleisen, Fleischwölfe, Waschpulver, Möbel und elektronische Geräte waren ebenso betroffen wie Dinge für den persönlichen Gebrauch. Zu nennen sind hierbei etwa Schmuck, Seife, ein Kinderdreirad oder Medikamente. Geschäfts- oder Firmeninhaber hatten aufgrund der bereits erwähnten großflächigen Zerstörung und des Mangels an vielen Gegenständen, die für einen normalen Betrieb benötigt wurden, ein gesteigertes Interesse am Erwerb notwendiger Betriebsmittel. So wurden neben dem bereits erwähnten Treibstoff und Autozubehör auch Farben und Lacke, Holz, Kalk, Bodenwachs, Terpentinöl, Blech, Kohlen, Futterschneidemaschinen und Kohlensäure gehandelt.

Im Grunde war damit fast jeder nur erdenkliche Artikel Teil der Schwarzmarktkriminalität. Die betroffenen Güter stellen ein Sammelsurium an den verschiedensten Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen dar – oft waren auch in einem einzelnen Fall mehr als ein Dutzend unterschiedlicher Waren Gegenstand der Verhandlung.⁴⁹⁹ Dies ist folgerichtig, bedenkt man den allgemein herrschenden Mangel und die Tatsache, dass alle der begehrten Güter bewirtschaftet waren und ein Handel ohne die entsprechenden Marken daher von vornherein Schwarzhandel war. Die betroffenen Waren stellen ein Abbild derjenigen Gegenstände dar, an denen es den Menschen zu jener Zeit mangelte, seien es Grundnahrungsmittel, notwendige Betriebsmittel, Luxusgegenstände, die Ablenkung vom tristen Alltag boten, und nicht zuletzt Dinge, die gut für weitere Tauschgeschäfte verwendet werden konnten. Ein besonderer Schwerpunkt ist bei Lebensmitteln,

mit nicht 100%.

⁴⁹⁷ Z.B.: LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Mai 1947, Az. KLS 19/47, Nr. 1865, S. 6; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 28. Oktober 1947, Az. KLS 140/47, Nr. 1958, S. 4; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 26. November 1947, Az. KLS 160/47, Nr. 1969, S. 3; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 11. Dezember 1947, Az. KLS 224/47, Nr. 2010, S. 4 f.; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 06. April 1948, Az. KLS 38/48, Nr. 2103, S. 5.

⁴⁹⁸ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 14. Oktober 1947, Az. KLS 154/47, Nr. 1965, S. 2.

⁴⁹⁹ So z.B. in LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 30. Mai 1947, Az. KLS 86/46, Nr. 1761; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 22. November 1946, Az. KLS 91/46, Nr. 1766; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. September 1947, Az. KLS 114/47, Nr. 1935; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 16. Dezember 1947, Az. KLS 167/47, Nr. 1974; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 11. Dezember 1947, Az. KLS 224/47, Nr. 2010; LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 05. Oktober 1948, Az. KLS 193/48, Nr. 2223.

die Teil fast jedes Geschäfts waren, und bei Tabakwaren zu beobachten. Es darf außerdem nicht unerwähnt bleiben, dass sich die Art der Waren über die Jahre hinweg kaum änderte und so beispielsweise Fleisch aus Schwarzschlachtungen zu jeder Zeit eine entscheidende Rolle einnahm. Möglicherweise ist die besonders häufige Verurteilung von Delikten, in denen Fleisch beiseitegeschafft wurde, auch damit zu begründen, dass diese Taten leichter aufgedeckt werden konnten. Zum einen erforderten Schwarzschlachtungen nicht nur die entsprechenden technischen Fähigkeiten, eine spezielle Räumlichkeit über gewisse Zeit hinweg und zumeist mehr als eine Person, die sie ausführte, zum anderen war rohes, oft noch blutiges Fleisch auch aufgrund seines Geruches weitaus weniger leicht und vor allem schnell zu verstecken als beispielsweise ein Pfund Butter, einige Eier oder Zigaretten.

b. Ursprung

Angesichts der strengen Bewirtschaftungsvorschriften und der nur sehr begrenzt vorhandenen Ressourcen stellt sich naturgemäß die Frage, woher diese begehrten Waren stammten. Je nach Art der Waren gab es vor allem fünf bedeutende Quellen: landwirtschaftliche Betriebe auf dem Land, die Besatzungsmächte, ursprünglich legale Bestände, Straftaten und vorangegangene Schwarzmarktgeschäfte. Es stellt sich jedoch schwierig dar, für die Herkunft der Waren exakte Zahlen anzugeben. In einigen Fällen ist die Herkunft nicht endgültig geklärt und es könnte lediglich spekuliert werden. Außerdem kam es vor, dass Waren unter mehrere Kategorien fielen, die Gegenstände also zum Beispiel zuerst einem Landwirt gestohlen und anschließend auf dem Schwarzmarkt weiterveräußert wurden. Dies statistisch zu berücksichtigen ist nur schwerlich möglich.

Der offensichtlichste und zugleich auch einer der wichtigsten Handelswege war derjenige vom Land in die Stadt. Sämtliches Fleisch, das aus Schwarzschlachtungen stammte, hatte dort beispielsweise seinen Ursprung. Da Fleisch, wie soeben dargestellt, den wohl wichtigsten Teil der Schwarzmarktwaren darstellte, ist die Bedeutung, welche der Versorgung aus ländlichen landwirtschaftlichen Betrieben zukam, nicht hoch genug einzuschätzen. Die Tiere stammten dabei entweder aus der Aufzucht der Täter selbst oder wurden Landwirten von der meist städtischen Bevölkerung zum Zwecke der Schwarzschlachtung abgekauft.

Ein geringerer Anteil der betroffenen Waren stammte aus den Beständen der amerikanischen Besatzungsmacht. Diese wurden meist auf illegale Art und Weise – man beachte das Bayerische Gesetz Nr. 3 – durch Tausch oder Schenkung erworben oder wurden durch Diebstahl oder Unterschlagung aus den Beständen entfernt. Auch wenn nur in wenigen Fällen explizit angesprochen wurde, dass die Gegenstände von den Amerikanern stammten, so ist davon auszugehen, dass dies häufiger der Fall war. Insbesondere ist anzunehmen, dass ein Großteil der Zigaretten dieses Ursprungs war. Ansonsten stammten in erster Linie weitere Luxusgüter, wie beispielsweise Kaffee, Kakao oder Schokolade von den Besitzern. Besonders wichtig und prägend war der Tauschhandel mit den Amerikanern vor allem im Hinblick auf die begehrten Zigaretten.

Einige der Waren, die in den Urteilen als Gegenstände des schwarzen Marktes aufgeführt wurden, waren auf ursprünglich legale Art und Weise erworben worden. Dies betraf insbesondere die Bestände von Geschäfts- oder Betriebsinhabern, die diese früher legal erstanden hatten, es aber entweder zum Beginn der Bewirtschaftung unterlassen hatten, die Gegenstände ordnungsgemäß zu melden oder sie zu einem späteren Zeitpunkt nicht als Überbestände kundgetan hatten. Diese Hortung war, wie bereits dargestellt, ebenso strafbar wie der Weiterverkauf oder Tausch dieser Waren. Es gab nicht allzu viele Vorkommnisse dieser Art, wenn sie jedoch aufgedeckt wurden, waren die Fälle meist recht spektakulär, da es sich um bedeutende Mengen handelte. Erwähnenswert sind in diesem Kontext auch persönliche Bestände. Gerade Gegenstände wie Schmuck oder Kleidung, die schon vor Beginn der Bewirtschaftung im Eigentum der Täter standen, wurden des Öfteren verwendet, um sie einzutauschen, wodurch sie Teil des Schwarzmarktes wurden.

Eine verbreitete Methode, sich Waren zu beschaffen, waren anderweitige Straftaten. Diese Delikte waren meist strafbar nach dem StGB und unterschiedlichster Natur. Eines der am häufigsten verwirklichten Delikte war die Fälschung von Urkunden und damit assoziierte Delikte, um an falsche Lebensmittelmarken zu gelangen, die im Anschluss in Geschäften gegen Nahrungsmittel eingetauscht werden konnten. Auch wurden des Öfteren Gegenstände der Arbeitgeber unterschlagen oder Produkte vom Arbeitsplatz, wie beispielsweise aus Nahrungsmittelfabriken, gestohlen. Diebstahl spielte auf mehreren Ebenen eine nicht unerhebliche Rolle: So kam es nicht selten vor, dass Landwirten ein oder mehrere Tiere gestohlen wurden, die die Täter anschließend schlachteten. Ebenso wurden Gegenstände aus Privathaushalten oder Geschäften entwendet. In immerhin knapp 40% der Fälle wurden die Täter neben den klassischen Schwarzmarktdelikten auch wegen eines StGB-Straftatbestandes verurteilt. Dies bedeutet im Umkehrschluss zwar nicht, dass auch der gleiche Anteil der Waren aus Straftaten stammte, da in beinahe jedem Urteil mehrere oder sogar eine Vielzahl an Gegenständen betroffen war. Allerdings gibt diese Zahl einen Hinweis darauf, dass allgemeine Kriminalität keine ungewöhnliche Beschaffungsmethode darstellte.

Schlussendlich diente auch der Schwarzmarkt im Wortsinne als Quelle für Waren. Häufiger wurden Gegenstände erworben oder eingetauscht, die schon ein oder mehrere Male auf dem schwarzen Markt gehandelt worden waren, sodass ihr Ursprung zum Teil gar nicht mehr nachvollzogen werden konnte. Diese mehrfache Weitergabe von Gegenständen und der damit verbundene kontinuierliche Handel entspricht wohl der gängigen Vorstellung vom schwarzen Markt. Allerdings überwogen diejenigen Fälle in den Urteilen, in denen Güter vom Land oder durch andere Straftaten beschafft wurden und die illegale Weiterveräußerung von Waren eine untergeordnete Rolle einnahm. Jedoch ist es nicht unwahrscheinlich, dass manche der Güter, zu deren Herkunft in den Urteilen keine Angabe gemacht wurde oder die sogar unbekannt war, bereits aus früheren Schwarzmarktaktivitäten stammten, ohne dass dies den Gerichten bekannt wurde.

Auch bei der Betrachtung der Herkunft der Schwarzmarktwaren fällt auf, dass Nürnberg und seine Nachbarstädte sehr stark von dem landwirtschaftlich geprägten Umland

profitierten. Von dort stammten die meisten und die am häufigsten betroffenen Waren. Außerdem war der Schwarzmarkt auch von einer gewissen über ihn selbst hinausgehenden Kriminalität geprägt, da eine nicht zu vernachlässigende Anzahl an Gütern aus vorhergehenden Straftaten, wie beispielsweise Diebstählen oder Urkundenfälschungen, stammte. Insgesamt betrachtet ist festzustellen, dass die Beschaffungskriminalität gegenüber dem Handel eine übergeordnete Rolle einnahm. Der Schwarzmarkt selbst war deutlich seltener Quelle der fraglichen Gegenstände als andere Ursprungsoptionen, wie beispielsweise die soeben genannten. Das bedeutet auch, viele Menschen die erworbenen Waren selbst verwendeten und nicht allzu häufig längere Handelsketten in Gang gesetzt wurden.

c. Verwendung

Von Interesse ist weiterhin, wie die betroffenen Waren verwendet wurden, insbesondere, ob sie in weiteren Tauschgeschäften benutzt, im Wege der Schenkung weitergegeben oder aber von den Tätern selbst verwendet wurden. Diese Untersuchung erlaubt gleichzeitig – in Kombination mit weiteren Abschnitten dieses Kapitels – Einblicke in die dem Verhalten auf dem Schwarzmarkt zugrundeliegenden Intentionen, insbesondere ob die Täter als Schwarzhändler im größeren Stile oder zum Zwecke der Sicherung der eigenen Versorgung mit dem Notwendigsten tätig wurden.

Grundsätzlich gab es, mit einzelnen Abstufungen, vor allem zwei Möglichkeiten, wie nach dem Erwerb mit den betroffenen Waren verfahren wurde: Entweder wurden sie vom Erwerber selbst direkt verwendet oder aber auf dem Schwarzmarkt weiterverkauft. In ersterem Falle schlachteten im Rahmen der Beschaffungskriminalität beispielsweise Landwirte eigene Tiere oder andere Personen kauften Vieh an, um es zu schlachten und verzehrten das Fleisch anschließend selbst. Außerdem war es nicht selten, dass Lebensmittelmarken auf illegalem Wege – teils auch in geringer Menge – besorgt und von den Tätern selbst verwertet wurden. Zum Teil wurden aus diesem Kontingent auch Waren innerhalb des Familien- oder Bekanntenkreises verschenkt oder als Belohnung oder Bezahlung verwendet, ohne dass ein darüberhinausgehender Handel oder eine Bereicherungsabsicht festzustellen waren.

Im Rahmen des eigentlichen Handelns auf dem Schwarzmarkt muss differenziert werden: In etwas mehr als der Hälfte der Fälle mit tatsächlichem Handelsbezug waren unter mehreren Angeklagten in der einen oder anderen Rolle sogenannte „Schieber“ beteiligt, die Waren zu dem Zwecke ankauften, eintauschten oder sich auf anderweitigem illegalem Wege beschafften, um sie später wieder weiterzuveräußern. Dabei stand eben nicht die Sicherung der persönlichen Lebensgrundlage, sondern das Geschäft als solches im Mittelpunkt. So kam es auch vor, dass einzelne dieser Menschen bei den Gerichten bereits einen einschlägigen Ruf als Schwarzhändler hatten.⁵⁰⁰ Die andere Hälfte

⁵⁰⁰ So in LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 22. Februar 1947, Az. KLs 152/46, Nr. 1823, S. 7; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 28. Oktober 1947, Az. KLs 140/47, Nr. 1958, S. 10; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. März 1948, Az. KLs 208/47, Nr. 1998, S. 13; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 34.

der Fälle ist ähnlich zu beurteilen wie die zuerst genannten Konstellationen. Teils wurden die Menschen zwar im Schwarzhandel tätig, erwarben oder tauschten dort aber nur in bescheidenerem Umfang Waren ein, die sie für ihren eigenen Bedarf verwendeten, ohne dass der Gedanke an einen gewinnbringenden Weiterverkauf oder der Aufbau eines Handelsnetzwerkes leitend war. Die Handelspartner waren dabei zwar zum Teil jene bereits genannten Schwarzhändler im großen Stile, es waren jedoch auch Geschäftspartner zu finden, die Teile ihrer in geringerem Umfang beschafften Waren, sei es durch Markenfälschungen oder Schwarzschlachtungen, auf dem Schwarzmarkt weiterveräußerten. Natürlich muss umgekehrt auch berücksichtigt werden, dass die Handelspartner der „Schieber“ oft ebenfalls Menschen waren, die selbst nur in geringem Umfang tätig wurden. In vielen Konstellationen trafen also – wenig überraschend und logisch nachvollziehbar – Selbstversorger und (halb) professionelle Händler auf dem Markt aufeinander. Der Anteil der Großhändler auf dem schwarzen Markt war gemessen an der Gesamtzahl der Täter dennoch eher gering. Es fällt besonders auf, dass der Anteil der „Schieber“ in den späteren Urteilen, etwa ab Ende 1948 und vor allem während des Jahres 1949, enorm zunahm und sich fast die gesamte Rechtsprechung dieses Zeitraums mit entsprechend größeren Fällen beschäftigte.

Alles in allem lässt sich daher festhalten, dass die meisten der Angeklagten in erster Linie tätig wurden, um ihren eigenen, eher kleinen Bedarf zu decken. In vielen Fällen stand die Versorgung der eigenen Familien mit geringeren Mengen an Lebensmitteln oder anderen notwendigen Gegenständen im Vordergrund und der Handel und die Weitergabe der erlangten Güter spielte nur eine untergeordnete Rolle.

d. Menge der Waren, Preisgestaltung und Gewinnspanne

Eng verknüpft mit der Verwendungsart der Schwarzmarktwaren ist auch die Menge der Handelsgüter und die mit ihnen erzielten Gewinne. Gerade bei der Verwendung für eigene Zwecke und den reinen „Hausgebrauch“ wurden deutlich geringere Mengen bezogen, als dies bei den mehr oder weniger professionellen „Schiebern“ der Fall war, die mit großen Mengen und teils erheblichen Gewinnspannen agierten.

Grundsätzlich waren auf dem Schwarzmarkt Geschäfte jeglicher Größenordnung zu finden. Eine starre Kategorisierung stellt sich aufgrund der Unterschiedlichkeit der Waren schwierig dar – ein mengenmäßiger Vergleich beispielsweise zwischen Zigaretten und Fleisch dürfte unmöglich sein. Die Handlungen reichten von reinen Eigenbedarfsgeschäften, in denen beispielsweise nur 1600g Zucker beiseite geschafft wurden⁵⁰¹ bis hin zum Beiseiteschaffen und Veräußern von über 200 Schafen⁵⁰² oder dem Horten von knapp 84.000 Zigaretten.⁵⁰³ Kleinstmengen waren jedoch relativ selten Gegenstand der Verurteilung. Stattdessen kam es in der Rechtsprechung häufiger vor, dass Gegenstände in Mengen, die zur Verwendung innerhalb der erweiterten Familie geeignet waren, ab-

⁵⁰¹ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 03. Juni 1948, Az. KLs 66/48, Nr. 2122.

⁵⁰² LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLs 239/48, Nr. 2259.

⁵⁰³ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 22. November 1946, Az. KLs 91/46, Nr. 1766.

gezweigt wurden. Dies geschah zum Beispiel durch die Schwarzschlachtung eines einzelnen Tieres⁵⁰⁴ oder das illegale Beschaffen von Marken in geringerem Umfang.⁵⁰⁵ Noch öfter ging es um Waren in etwas größerer Menge, sodass zusätzlich zu dem Element des eigenen Verbrauchs zumindest in der Nebensache der Handel relevant wurde. Dies war beispielsweise bei der Schlachtung und Verwertung mehrerer Tiere⁵⁰⁶ oder dem Handel mit verschiedenen Waren oder den dazugehörigen Marken unterschiedlicher Art und in nicht unbedeutenden Mengen⁵⁰⁷ relevant. Diese Konstellationen müssen jedoch nochmals von den Handlungen jener Täter abgegrenzt werden, die in besonders großem Umfang tätig wurden und sich mithilfe des Schwarzmarktes ein richtiggehendes Gewerbe schufen. Dies kann beim fortdauernden Handel mit mehreren Zentnern an Zucker⁵⁰⁸ oder Mehl⁵⁰⁹ ebenso angenommen werden wie bei der Veräußerung des Fleisches von mehr als zehn Tieren⁵¹⁰ oder des unrechtmäßigen Vertriebs mehrerer Tonnen Rindertalg.⁵¹¹ Diese Beispiele zeigen, dass oft nicht nur viele verschiedene Waren, sondern auch ganz unterschiedliche Mengen gehandelt wurden und so eine große Bandbreite bestand, in der fast jede Form des Tätigwerdens vorhanden war.

Ebenso unterschiedlich wie die Quantität der Waren war auch deren Bezahlung. Das jeweilige Entgelt variierte stark und ließ sich auch nicht in jedem der Fälle feststellen. Am besten lassen sich die Preise und die damit verbundenen Gewinne anhand einiger ausgewählter Produkte so wie Fleisch, Zigaretten und Butter nachvollziehen. Diese Güter wurden entweder besonders häufig gehandelt oder sind hinsichtlich ihrer Menge abgrenzbar und daher einigermaßen vergleichbar. Dennoch gestaltet es sich auch hier schwierig, klare und allgemeingültige Aussagen hinsichtlich der Preisgestaltung zu treffen. Wie bereits angesprochen, fand der Schwarzhandel häufig im Rahmen persönlicher Beziehungen statt, sodass anzunehmen ist, dass das Entgelt in einigen Fällen niedriger ausfiel, wenn es sich beispielsweise um einen Handel unter Bekannten oder gar Verwandten handelte. Außerdem darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Gegenleistung bei einem Geschäft des Öfteren nicht nur in Geld bestand, sondern auch in

⁵⁰⁴ Z.B. LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 28. April 1947, Az. KLS 165/47, Nr. 1834; LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 06. März 1947, Az. KLS 167/46, Nr. 1836; LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 23. November 1948, Az. KLS 236/48, Nr. 2256.

⁵⁰⁵ Z.B. LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 20. Mai 1947, Az. KLS 14/46, Nr. 1700; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 19. März 1948, Az. KLS 266/47, Nr. 2030; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 13. Mai 1948, Az. KLS 72/48, Nr. 2126.

⁵⁰⁶ So z.B. LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. Januar 1948, Az. KLS 209/47, Nr. 1999; LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 08. Dezember 1948, Az. KLS 145/48, Nr. 2185.

⁵⁰⁷ So z.B. LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 30. Mai 1947, Az. KLS 86/46, Nr. 1761; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Mai 1947, Az. KLS 19/47, Nr. 1865; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 27. April 1948, Az. KLS 54/48, Nr. 2113.

⁵⁰⁸ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 11. Dezember 1947, Az. KLS 224/47, Nr. 2010.

⁵⁰⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 24. Februar 1949, Az. KLS 287/48, Nr. 2298.

⁵¹⁰ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 13. August 1947, Az. KLS 122/47, Nr. 1944; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLS 100/48, Nr. 2147; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 03. Februar 1949, Az. KLS 261/48, Nr. 2298; LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 20. Juli 1949, Az. KLS 288/48, Nr. 2299.

⁵¹¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLS 275/48, Nr. 2287.

Arbeitsleistungen und anderen Gefälligkeiten oder in Naturalien und Gebrauchsgegenständen.⁵¹² Schließlich dürfen die Schwankungen der Währungen, insbesondere im Kontext der Währungsreform, nicht außer Acht gelassen werden, die einen Vergleich zusätzlich erschweren.

Wie bereits erwähnt war Fleisch jeglicher Art die prägende Ware des Schwarzmarktes und verdient deshalb bei der Analyse der Preise und Gewinne besondere Beachtung. Der Preis für ein Pfund Fleisch auf dem Schwarzmarkt begann relativ niedrig bei 1,50 RM,⁵¹³ häufiger wurden Preise von in etwa sechs bis neun RM bezahlt.⁵¹⁴ Dennoch kam es auch vor, dass ein Pfund mit 14 bis 20 RM vergütet wurde.⁵¹⁵ Die Preise hingen wenigstens zum Teil von der Art des Fleisches ab: So ist bekannt, dass gleichzeitig ein Pfund Rindfleisch für 18 RM und ein Pfund Schweinefleisch für 25 RM verkauft wurden.⁵¹⁶ Der legale, von der Preisüberwachungsstelle festgelegte Kurs lag im Gegensatz dazu bei einer RM pro Pfund für Rindfleisch und 1,15 RM pro Pfund für Schweinefleisch.⁵¹⁷

Zu unterscheiden davon waren die Kosten für noch lebende Tiere. So wurden ganze Schweine illegal für 1.500 bis 3.000 RM verkauft,⁵¹⁸ während der gesetzlich geregelte, legale Höchstpreis bei 200 bis 250 RM für ausgewachsene Schweine⁵¹⁹ und je nach Größe bei 60 bis 85 RM für Läuferschweine⁵²⁰ lag. Ausgewachsene Ochsen wurden für 700 bis 2.000 RM⁵²¹ oder auch 4.000 RM,⁵²² Kühe häufig für 1.000 bis 1.200 RM⁵²³, teilweise aber

⁵¹² Z.B. LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. Oktober 1947, Az. KLS 149/47, Nr. 1964, S. 2 f.; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. Januar 1948, Az. KLS 209/47, Nr. 1999, S. 2 ff.; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Februar 1948, Az. KLS 220/47, Nr. 2007, S. 4; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 21. Juni 1948, Az. KLS 286/47, Nr. 2045, S. 2 ff.; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 27. April 1948, Az. KLS 54/48, Nr. 2113, S. 8; LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 05. Oktober 1948, Az. KLS 193/48, Nr. 2223, S. 8.

Nur in LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 06. April 1948, Az. KLS 38/48, Nr. 2103, S. 6 f. wurden Tauschgegenstände wurden ihrem Wert nach angerechnet.

⁵¹³ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. September 1947, Az. KLS 114/47, Nr. 1935, S. 4.

⁵¹⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 27. Mai 1946, Az. KLS 10/46, Nr. 1692, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. Oktober 1947, Az. KLS 149/47, Nr. 1964, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. Januar 1948, Az. KLS 209/47, Nr. 1999, S. 3.

⁵¹⁵ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 16. Dezember 1947, Az. KLS 167/47, Nr. 1974, S. 3; LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 04. März 1949, Az. KLS 17/48, Nr. 2072, S. 3; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 06. April 1948, Az. KLS 38/48, Nr. 2103, S. 8.

⁵¹⁶ LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 08. Dezember 1948, Az. KLS 145/48, Nr. 2185, S. 2.

⁵¹⁷ LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 08. Dezember 1948, Az. KLS 145/48, Nr. 2185, S. 3.

⁵¹⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLS 53/46, Nr. 1739, S. 5; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLS 100/48, Nr. 2147, S. 5.

⁵¹⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLS 53/46, Nr. 1739, S. 14.

⁵²⁰ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 31. Mai 1948, Az. KLS 28/48, Nr. 2087, S. 2.

⁵²¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLS 53/46, Nr. 1739, S. 4; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLS 100/48, Nr. 2147, S. 8.

⁵²² LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLS 100/48, Nr. 2147, S. 5.

⁵²³ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLS 119/46, Nr. 1793, S. 4; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 13. August 1947, Az. KLS 122/47, Nr. 1944, S. 4; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 14. Oktober 1947, Az. KLS 154/47, Nr. 1965, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLS 100/48, Nr. 2147, S. 6.

auch breit gefächert günstiger für 300 bis 910 RM auf dem schwarzen Markt gehandelt.⁵²⁴ Für Kälber wurden 120 bis 200 RM,⁵²⁵ aber auch bis zu 600⁵²⁶ oder gar 2.700 RM,⁵²⁷ für Schafe mindestens 120 bis 180 RM⁵²⁸ und für Schafhammel 625 RM⁵²⁹ bezahlt. Der von offizieller Seite festgelegte Preis für ein ganzes Schaf lag hingegen bei in etwa 20 RM.⁵³⁰ Bei der Betrachtung dieser Zahlen ist im Vergleich mit den bereits genannten Daten für Schlachtfleisch zu berücksichtigen, dass die Preise für lebendiges Vieh deutlich darunter lagen, da naturgemäß nicht alle Körperteile bei einer Schlachtung verwertet werden konnten. Außerdem musste die Handlung des Schlachtens an sich noch vorgenommen werden, die zum einen ein gewisses Maß an Geschicklichkeit und Können voraussetzte und zum anderen auch ein besonders hohes Entdeckungsrisiko mit sich brachte. Die genannten Beispiele zeigen, dass es bei der Preisgestaltung eine hohe Varianz gab, die auch auf den eingangs erläuterten Faktoren beruhen dürfte. Dementsprechend gestaltet es sich auch schwierig, den mit den Schwarzmarktgeschäften erzielten Gewinn zu berechnen und einzuordnen, da dieser nur aus wenigen Urteilen ersichtlich ist. Oft ist nämlich der Einkaufspreis nicht bekannt oder gerade im Falle von im Ganzen erworbenen Tieren im Kontext der Schlachtungen schwer nachvollziehbar, sodass der beim Schwarzhändler verbliebene Gewinn in vielen Konstellationen nicht genau berechnet werden kann. So ist die Zahl der Fälle, in denen sich der Gewinn mehr oder weniger exakt angeben lässt, überschaubar.

Ein Täter machte beispielsweise mit dem Weiterverkauf von etwa 75 kg Rindfleisch einen Gewinn von 300 RM.⁵³¹ Ein ähnlicher Gewinn wurde jedoch in einem anderen Fall bereits mit dem Verkauf von nur 40 kg Rind- und Schweinefleisch erzielt.⁵³² Eine andere Gruppe von Schwarzhändlern erwarb Rindfleisch für 18 RM pro Pfund und verkaufte es für 20 RM weiter.⁵³³ Bei der Menge von 390 Pfund, von der aufgrund der Sachverhaltsangaben ausgegangen werden kann, bedeutete dies einen Gewinn von insgesamt immerhin 780 RM.⁵³⁴ Beim Weiterverkauf ganzer Tiere konnte ein besonders „geschäftstüchtiger“ Schwarzhändler sogar Gewinne von bis zu 1.150 RM pro Stück erzielen.⁵³⁵ Auch wenn dieser Täter nicht jedes Vieh derart lukrativ weiterverkaufen konnte, so ist dennoch da-

⁵²⁴ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLs 100/48, Nr. 2147, S. 6 f.

⁵²⁵ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. Oktober 1947, Az. KLs 149/47, Nr. 1964, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLs 100/48, Nr. 2147, S. 6.

⁵²⁶ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLs 100/48, Nr. 2147, S. 7 ff.

⁵²⁷ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLs 100/48, Nr. 2147 S. 5.

⁵²⁸ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 13. August 1947, Az. KLs 122/47, Nr. 1944, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLs 239/48, Nr. 2259, S. 10.

⁵²⁹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLs 100/48, Nr. 2147, S. 6.

⁵³⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLs 239/48, Nr. 2259, S. 10.

⁵³¹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 14. Oktober 1947, Az. KLs 154/47, Nr. 1965, S. 3.

⁵³² LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 08. Dezember 1948, Az. KLs 145/48, Nr. 2185, S. 2 f.

⁵³³ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 04. März 1949, Az. KLs 17/48, Nr. 2072, S. 3.

⁵³⁴ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 04. März 1949, Az. KLs 17/48, Nr. 2072, S. 3.

⁵³⁵ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLs 100/48, Nr. 2147, S. 5 ff.

von auszugehen, dass er sich mit dem Ankauf und der Weiterveräußerung von 16 Tieren ein ansehnliches Auskommen verschaffen konnte.⁵³⁶

Ein ebenfalls relativ häufig gehandeltes Produkt war Butter. Im Gegensatz zu Fleisch bietet sie im Rahmen dieser Beobachtung den Vorteil, dass es keine wesentlich unterschiedlichen Arten gab und sie standardmäßig in Pfund-Einheiten vertrieben wurde. Erstaunlich ist dabei zunächst, dass die Preise auch in Relation zu anderen Lebensmitteln wie Fleisch auffallend hoch ausfielen. Ein Grund dafür kann in dem hohen, lebensnotwendigen Fettanteil zu sehen sein, gerade weil „gutes“ Fett in diesem Umfang kaum anderweitig beschafft werden konnte. Aber auch die Umstände, dass einzelne Stücke Butter unauffällig und einfach weitergegeben werden konnten und diese eine längere Haltbarkeit als unbehandeltes Fleisch aufwies, könnten zu den hohen Preisen beigetragen haben. Der durchschnittliche Preis für ein halbes Kilogramm Butter bewegte sich zwischen 100 RM und 125 RM, wobei sie unter Bekannten teilweise für 80 RM abgegeben wurde oder nach mehrfachem Weiterverkauf bis zu 175 RM angesetzt wurden.⁵³⁷ Durch den schwarzen Verkauf des Fettes konnten so teilweise erhebliche Gewinne erzielt werden. In einem Fall wurde ein Pfund für 120 RM angekauft und für 140 RM weiterverkauft, was bei der betroffenen Menge von 72 kg einem Profit von 2.880 RM entsprach.⁵³⁸ Ein noch größerer Gewinn pro Pfund wurde beim Handel mit gefälschten Buttermarken erzielt: Bei einem „Einkaufspreis“ von 100 RM und einem Weiterverkaufspreis von 125 RM pro Pfund-Marke kam der Täter so auf einen Gewinn von 2.500 RM.⁵³⁹ Der Käufer dieser Marken wiederum verkaufte diese für stolze 175 RM pro Stück weiter und konnte dementsprechend fast 5.000 RM aus diesem Geschäft behalten.⁵⁴⁰

Das Beispiel der Butter verdeutlicht besonders einprägsam die großen Preisunterschiede. Diese Schwankungen beruhten so weit erkennbar nicht auf zeitlichen Faktoren, sondern dürften eher auf persönliche Beziehungen zurückzuführen sein, die die Preisgestaltung beeinflussten. Außerdem ist zu beobachten, dass der Preis bei mehrfachem Weiterverkauf bedeutend anstieg. Dies dürfte damit zu begründen sein, dass die Butter dadurch auch zu Leuten gelangte, die keine Kontakte zu Arbeitern in einer Butterfabrik oder Angestellten in der Markenherstellung hatten und deshalb bereit waren, weit aus höhere Preise zu bezahlen.

Im Gegensatz zu Butter und Fleisch war im Bereich des Zigarettenhandels ein zumindest weitgehend stabiles Preisniveau zu beobachten. Der Preis für eine Stange amerikanischer Zigaretten lag bei 820 RM.⁵⁴¹ Eine Schachtel wiederum wurde für 70⁵⁴² bis 80⁵⁴³ RM

⁵³⁶ Vgl. LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLS 100/48, Nr. 2147, S. 5 ff.

⁵³⁷ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 28. Oktober 1947, Az. KLS 140/47, Nr. 1958, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 06. April 1948, Az. KLS 38/48, Nr. 2103, S. 6 ff.

⁵³⁸ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 28. Oktober 1947, Az. KLS 140/47, Nr. 1958, S. 2.

⁵³⁹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 06. April 1948, Az. KLS 38/48, Nr. 2103, S. 7.

⁵⁴⁰ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 06. April 1948, Az. KLS 38/48, Nr. 2103, S. 8.

⁵⁴¹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 28. Oktober 1947, Az. KLS 140/47, Nr. 1958, S. 5.

⁵⁴² LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 27. April 1948, Az. KLS 54/48, Nr. 2113, S. 7.

⁵⁴³ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 16. Dezember 1947, Az. KLS 167/47, Nr. 1974, S. 3.

gehandelt. Französische Zigaretten brachten hingegen nur 50 RM pro Packung ein.⁵⁴⁴ Diese Stabilität könnte damit zu begründen sein, dass bei Zigaretten deutlich weniger Abweichungsmöglichkeiten hinsichtlich Qualität, Abmessungen und weiterer Faktoren bestanden, sodass eine fast einzigartige Vergleichsmöglichkeit gegeben war. Außerdem dürfte der etablierte Status als Parallelwährung ebenfalls zu einem einheitlicheren Handelspreis geführt haben. Der dadurch geprägte Charakter der Zigaretten als „harte“ Ware mit einem festgelegten Preisgefüge mag in der Folge dazu beigetragen haben, dass persönliche Umstände eine weitaus untergeordnetere Rolle bei der Bepreisung spielten als dies bei anderen Gegenständen der Fall war.

Die Analyse des Umfangs der Warenströme und die damit verbundene Preisgestaltung zeigen die Vielfältigkeit des schwarzen Marktes. Die dort getätigten Geschäfte reichten von kleineren Eigenbedarfsgeschäften bis hin zum Handeltreiben im größeren Stile. Daran zeigt sich, dass sich der Schwarzmarkt als Markt sowohl für Selbstversorger als auch für halb-professionelle Händler darstellte. Auch wenn viele Menschen nur ab und zu in kleinem Umfang tätig wurden und die erworbenen Güter nur im eigenen Haushalt verwendeten, um die ärgste Not zu lindern, so gab es auch die bekannten „Schieber“, die mit Schwarzmarktwaren handelten, um damit einen möglichst großen Profit zu erzielen.

Diese Diversität wird auch durch die Weiterverkaufspreise und den damit erzielten Gewinn deutlich. In einigen Fällen bewegten sich die Schwarzmarktpreise kaum über den behördlich festgelegten Preisen, zum Teil lagen sie aber auch das mehr als Hundertfache darüber. Trotz dieser großen Varianz kann beobachtet werden, dass sich die Preise für einige Güter zwischen diesen beiden Extremen einpendelten und so zum Beispiel bei Butter, Schlachtfleisch oder lebenden Kühen durchaus ein gleichwohl schwankender Marktpreis festgestellt werden kann. Im Ergebnis betrug dieser in etwa das Zehnfache, teils auch das Zwanzigfache des legalen Entgelts. Insbesondere bei Tieren und Fleisch sind jedoch sehr große Preisschwankungen zu beobachten. Wie bereits angedeutet, dürfte dies zum Teil damit zu begründen sein, dass es bei Tieren aufgrund unterschiedlicher körperlicher Bedingungen wie beispielsweise Gewicht oder Gesundheitszustand zu signifikanten Abweichungen kam. Zu beachten ist auch, dass so manch überraschend niedriger Preis dadurch zustande kam, dass der Verkäufer davon ausging, dass es sich um ein mehr oder weniger legales Geschäft handelte und das Tier künftig auch beim Käufer als Arbeitstier eingesetzt werden sollte.⁵⁴⁵ Dies dürfte dazu geführt haben, dass zum Teil nur die behördlich festgelegten Preise bezahlt wurden.

Da aber auch bei der Butter immerhin Abweichungen von bis zu 50% zu beobachten sind, können diese allgemeinen Schwankungen als Anzeichen für die Volatilität des Schwarzmarktes gewertet werden. Dies mag an der Bedeutung persönlicher Beziehungen im Rahmen des Handels, aber auch an dem Charakteristikum der Heimlichkeit des schwarzen Marktes liegen, das zu weniger Vergleichbarkeit und Transparenz führte und

⁵⁴⁴ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 16. Dezember 1947, Az. KLs 167/47, Nr. 1974, S. 3.

⁵⁴⁵ So z.B. in LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLs 100/48, Nr. 2147, S. 5 ff.

die notleidenden Menschen so dazu zwang, auch auf unvorteilhafte Geschäfte einzugehen.

In den – eher überschaubaren – Fällen, in denen Güter ausschließlich gegen Geld an- und weiterverkauft wurden, wird deutlich, dass sich der Schwarzmarkt für diejenigen Menschen, die in Gewinnerzielungsabsicht tätig wurden, durchaus gelohnt haben dürfte. Meistens konnten sie ihre Waren mit einem gewissen Gewinn weiterverkaufen. Allerdings bewegte sich dieser in einem eher bescheidenen Rahmen, sodass es doch einer gewissen Menge an Waren bedurfte, um sich durch den Schwarzmarkt tatsächlichen Wohlstand zu verschaffen.

e. Zusammenfassung

Die Analyse der Schwarzmarktwaren zeigt, dass das entscheidende Charakteristikum des Schwarzmarktes seine Vielfalt auf allen nur erdenklichen Ebenen war – seien es die Waren selbst, ihre Herkunft, ihre Verwendung, die Mengen, in denen sie gehandelt wurden oder die für sie bezahlten Preise. Auch wenn sich manche Tendenzen festhalten lassen, wie beispielsweise der Fokus auf Fleisch als das wichtigste der betroffenen Güter oder die Etablierung mehr oder weniger einheitlicher Marktpreise, so lassen sich für viele Aspekte keine abschließenden und verallgemeinernden Aussagen treffen. Die von den Tätern gehandelten Mengen unterschieden sich ebenso signifikant wie die Weiterverwendung der Waren. Über alle der analysierten Kategorien hinweg wird jedoch deutlich, dass auf dem Schwarzmarkt zwei Gruppen tätig wurden. Dies waren zum einen die klassischen Eigenversorger, die sich kleine Mengen verschafften und diese entweder selbst verwendeten oder aber nur mit geringem Gewinn weiterveräußerten oder eintauschten. Zum anderen traten aber auch die in größerem Umfang handelnden Schwarzhändler in Erscheinung, deren Aktivitäten sich nicht nur auf den Schwarzmarkt selbst beschränkten, sondern die darüber hinausgehend kriminell handelten und Handel im großen Umfang betrieben, um daran zu verdienen. Freilich waren diese beiden Kategorien nicht strikt voneinander abgegrenzt, sondern viele Menschen bewegten sich in gewissen Abstufungen dazwischen. Die unterschiedlichen Tätertypen begegneten sich außerdem regelmäßig beim Handel auf dem schwarzen Markt. In den Urteilen überwogen außerdem die Fälle der Beschaffungskriminalität diejenigen des Handels, was bedeutet, dass die Aneignung von Waren für den Gebrauch im eigenen Haushalt einen größeren Raum einnahm als der Tauschhandel.

4. Art der verwirklichten Delikte

a. Allgemeines

Wie bereits angedeutet, wäre es falsch, den Schwarzmarkt ausschließlich als geographischen Ort zu betrachten, an welchem Güter getauscht oder verkauft wurden. Er bestand vielmehr aus den unterschiedlichsten Handlungen, von denen viele der Beschaffung von Waren dienten. Das Heranschaffen der späteren potentiellen Schwarzhandelswaren spielte sogar die größte Rolle im Rahmen der Schwarzmarktkriminalität. In diesem Abschnitt sollen daher beispielhaft Schwarzschlachtungen und Markenfälschungen unter-

schiedlichster Art näher beleuchtet werden. Gerade diese Handlungen wurden relativ oft im Nürnberger Raum verwirklicht und fanden entsprechend häufig Erwähnung in den Urteilen. Beide Bereiche waren streng reguliert, sodass durch die Analyse der einzelnen Taten auch die umfassenden Regeln, die so viele Bereiche des alltäglichen Lebens betrafen, an diesen ausgewählten Beispielen aufgezeigt werden können. Um die jeweiligen Begehungsweisen zu veranschaulichen, sollen deshalb zunächst der legale Weg bei Schlachtungen sowie die ordnungsgemäße Kartenproduktion und –ausgabe dargestellt werden. Auf dieser Grundlage kann anschließend nachvollzogen werden, auf welche Art und Weise die Menschen dieses System umgingen.

5. Schwarzschlachtungen

In immerhin knapp 40% der untersuchten Urteile wurden Schwarzschlachtungen verhandelt. Dies zeigt die enorme Bedeutung, die dieser Aspekt der Warenbeschaffung hatte und der gerade wegen der ländlichen Regionen des LG-Bezirks Nürnberg-Fürth oft im Mittelpunkt der Beschaffungsmaßnahmen stand.

Da Fleisch wie bereits dargestellt zu den Gütern gehörte, die als überlebensnotwendig erachtet wurden, wurde dementsprechend die Verfügungsmacht über Tiere überwacht und eingeschränkt. Nach der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von Tieren und tierischen Erzeugnissen waren alle Tiere, einschließlich Nutztiere, beschlagnahmt.⁵⁴⁶ Der Handel mit ihnen war deshalb gesetzlich geregelt und für den Erwerb des Viehs und des daraus resultierenden Fleisches sowie zur Schlachtung war eine Bezugsberechtigung erforderlich.⁵⁴⁷ Ausnahmen galten nur für Selbstversorger, die sich aber für diesen Status eine gesonderte Genehmigung beschaffen mussten.⁵⁴⁸ Außerdem war es Züchtern und Landwirten erlaubt, jüngere Schweine ohne Bezugsnachweis zu erwerben, um sie großzufüttern.⁵⁴⁹ Zum Erwerb eines Tieres war, abgesehen von diesen Ausnahmen, deshalb ein Schlussschein erforderlich.⁵⁵⁰ Das Erfordernis des Schlussscheins beruhte auf der Anordnung Nr. 21 der Hauptvereinigung der deutschen Wirtschaft vom 29. November 1943.⁵⁵¹

Der Schlussschein wurde vom Käufer erstellt und an den Verkäufer übergeben.⁵⁵² Er war eine private Urkunde im Sinne des § 267 StGB.⁵⁵³ Zum Teil war es im Nürnberger Umland üblich, den für eine legale Schlachtung erforderlichen Schlussschein erst gleich-

⁵⁴⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 12.

⁵⁴⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 12; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 01. März 1947, Az. KLs 166/46, Nr. 1835, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 31. Mai 1948, Az. KLs 28/48, Nr. 2087, S. 5.

⁵⁴⁸ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 01. März 1947, Az. KLs 166/46, Nr. 1835, S. 2.

⁵⁴⁹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 31. Mai 1948, Az. KLs 28/48, Nr. 2087, S. 5.

⁵⁵⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 12.

⁵⁵¹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLs 100/48, Nr. 2147, S. 12.

⁵⁵² LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Februar 1948, Az. KLs 220/47, Nr. 2007, S. 2.

⁵⁵³ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLs 100/48, Nr. 2147, S. 10.

zeitig mit dem Kaufpreis auszuhändigen und nicht bereits bei der Übergabe des Tieres.⁵⁵⁴ In manchen Orten war es sogar gestattet, Tiere auch ohne solchen Schein zu verkaufen oder einzutauschen, wenn es sich dabei ausschließlich um Nutzvieh handelte und es auch nur in dieser Eigenschaft gehandelt wurde.⁵⁵⁵ Allerdings beruhte diese Erlaubnis vor allem auf der Tatsache, dass die erforderlichen Formulare dafür zeitweise schlicht nicht zur Verfügung standen und manchen Ernährungsämtern somit nicht viel anderes übrig blieb, als auch den Handel ohne Ausstellung eines Schlussscheins wenigstens zu billigen.⁵⁵⁶ Von Viehhändlern musste ein Schlussschein unabhängig davon immer ausgestellt werden.⁵⁵⁷ An die Händler wurden die Scheine demnach trotz des Mangels an Dokumenten stets ausgegeben.⁵⁵⁸ Zum weiteren Schutz der bewirtschafteten Tiere bedurfte die Ausübung des Gewerbes als Viehhändler selbst ebenfalls einer behördlichen Genehmigung, verbunden mit einer Legitimationskarte.⁵⁵⁹ Über das Schlussscheinerfordernis hinaus musste Viehhandel bei den Behörden angemeldet werden.⁵⁶⁰ Sollte es zur (legalen) Schlachtung eines Tieres kommen, musste des Weiteren zuvor eine Fleischschau erfolgen.⁵⁶¹ Außerdem war eine Schlachtgenehmigung erforderlich.⁵⁶²

Die Regularien waren also relativ umfassend. Sowohl der Handel als auch die Schlachtung von Tieren war streng reguliert. Durch Maßnahmen wie beispielsweise die verschärften Anforderungen für Viehhändler, die über ein ausgeprägtes Netzwerk verfügten und meist weit herumkamen, wurde zudem versucht, den Schwarzhandel mit Fleisch weitgehend einzudämmen. Dennoch wurden immer wieder Mittel und Wege gefunden, diese Vorschriften zu umgehen. Die dabei am häufigsten verwendete Methode war gleichzeitig auch die naheliegendste: Oft wurde der Verkauf eines Tieres zum Zwecke der Schlachtung einfach ohne den erforderlichen Schlussschein ausgeführt.⁵⁶³ Hinzu kamen

⁵⁵⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Februar 1948, Az. KLS 220/47, Nr. 2007, S. 2.

⁵⁵⁵ Vgl. LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLS 100/48, Nr. 2147, S. 12.

⁵⁵⁶ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLS 100/48, Nr. 2147, S. 13.

⁵⁵⁷ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLS 100/48, Nr. 2147, S. 12.

⁵⁵⁸ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLS 100/48, Nr. 2147, S. 13.

⁵⁵⁹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLS 100/48, Nr. 2147, S. 12 ff.

⁵⁶⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLS 53/46, Nr. 1739, S. 13.

⁵⁶¹ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLS 119/46, Nr. 1793, S. 9; vgl. auch LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLS 53/46, Nr. 1739, S. 19; LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 28. April 1947, Az. KLS 165/47, Nr. 1834, S. 5.

⁵⁶² Vgl. LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. Oktober 1947, Az. KLS 149/47, Nr. 1964, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 14. Oktober 1947, Az. KLS 154/47, Nr. 1965, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. Januar 1948, Az. KLS 209/47, Nr. 1999, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 04. März 1949, Az. KLS 17/48, Nr. 2072, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 08. Dezember 1948, Az. KLS 145/48, Nr. 2185, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 20. Juli 1949, Az. KLS 288/48, Nr. 2299, S. 5.

⁵⁶³ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLS 53/46, Nr. 1739, S. 12; LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 28. April 1947, Az. KLS 165/47, Nr. 1834, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Februar 1948, Az. KLS 220/47, Nr. 2007, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLS 100/48, Nr. 2147, S. 14; LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 08. Dezember 1948, Az. KLS 145/48, Nr. 2185, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 20. Juli 1949, Az. KLS 288/48, Nr. 2299, S. 4.

Fälle, in denen beim Erwerb eines Tieres ein gefälschter Schlussschein ausgestellt wurde.⁵⁶⁴ Zum Teil erreichten die Täter den Erwerb eines Tieres außerdem dadurch, dass sie den Verkäufern vorspiegelten, einen Schlussschein zu besorgen, dies aber dann tatsächlich unterließen und eine illegale Schlachtung durchführten.⁵⁶⁵ Diese Möglichkeit konnte aber nur dann gewählt werden, wenn der Verkäufer sich dazu überreden ließ, das Tier ohne die Übergabe eines Schlussscheines herauszugeben. Oft erfolgte der Ankauf des Tieres deshalb mit der Begründung, dass es als Nutzvieh gebraucht würde und nur auf diese Art und Weise Verwendung finden würde.⁵⁶⁶ Durch eine derartige Vorgehensweise waren Landwirte des Öfteren der Ansicht, ein legales Geschäft zu tätigen und wurden erst nach Übergabe des Viehs eines Besseren belehrt. Die Verkäufer machten sich in derartigen Konstellationen dementsprechend mangels Vorsatz auch nicht strafbar.⁵⁶⁷ Die illegalen Schlachtungen selbst wurden im Anschluss ohne Schlachtgenehmigung⁵⁶⁸ oder Bezugsberechtigung⁵⁶⁹ vorgenommen. Die erforderliche Information der Behörden unterblieb folgerichtig genauso⁵⁷⁰ wie auch die ordnungsgemäße Fleischbeschau.⁵⁷¹ Eine weitere Möglichkeit zur Schwarzschlachtung bot sich für den Eigentümer, wenn Jungtiere gar nicht erst im Rahmen der vierteljährlich stattfindenden Viehzählungen bei den Behörden gemeldet wurden und deshalb die spätere Schlachtung entsprechend unauffällig erfolgen konnte.⁵⁷²

Der Terminus „Schwarzschlachtung“ umfasst demnach Konstellationen, in denen eine Schlachtung oder bereits der Ankauf der Tiere ohne die dafür erforderlichen Dokumente und Genehmigungen vorgenommen wurde. Die Schwarzschlachtung war gekennzeichnet durch die Ausführung im Verborgenen, ohne Hinzuziehung öffentlicher Einrichtungen und ohne das Ausstellen offizieller Dokumente. In strafrechtlicher Hinsicht

⁵⁶⁴ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLs 100/48, Nr. 2147, S. 10.

⁵⁶⁵ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLs 119/46, Nr. 1793, S. 5; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Februar 1948, Az. KLs 220/47, Nr. 2007, S. 3; LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 20. Juli 1949, Az. KLs 288/48, Nr. 2299, S. 5.

⁵⁶⁶ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLs 119/46, Nr. 1793, S. 12; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Februar 1948, Az. KLs 220/47, Nr. 2007, S. 2.

⁵⁶⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Februar 1948, Az. KLs 220/47, Nr. 2007, S. 3; vgl. auch LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLs 100/48, Nr. 2147, S. 13; LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 20. Juli 1949, Az. KLs 288/48, Nr. 2299, S. 3 ff.

⁵⁶⁸ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. Oktober 1947, Az. KLs 149/47, Nr. 1964, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 14. Oktober 1947, Az. KLs 154/47, Nr. 1965, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. Januar 1948, Az. KLs 209/47, Nr. 1999, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 04. März 1949, Az. KLs 17/48, Nr. 2072, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 08. Dezember 1948, Az. KLs 145/48, Nr. 2185, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 20. Juli 1949, Az. KLs 288/48, Nr. 2299, S. 5.

⁵⁶⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 27. Mai 1946, Az. KLs 10/46, Nr. 1692, S. 3; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 12; LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 08. Dezember 1948, Az. KLs 145/48, Nr. 2185, S. 2.

⁵⁷⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 13; LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLs 119/46, Nr. 1793, S. 9; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 23. Mai 1947, Az. KLs 166/46, Nr. 1835, S. 2.

⁵⁷¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 23. Mai 1947, Az. KLs 166/46, Nr. 1835, S. 2.

⁵⁷² LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. Januar 1948, Az. KLs 209/47, Nr. 1999, S. 3.

wurden Schwarzschlachtungen als Beiseiteschaffen im Sinne der KWVO eingeordnet.⁵⁷³ Gleichzeitig lag darin häufig auch eine Verletzung des Fleischbeschaugesetzes.⁵⁷⁴ Der Verstoß gegen die Schlusscheinpflicht wurde außerdem manchmal zusätzlich nach § 1 Ziff. 6 VRStVO sanktioniert.⁵⁷⁵ Bei der Fälschung eines Schlussscheins war § 267 StGB einschlägig.⁵⁷⁶

a. Markenfälschungen

Lebensmittelmarken waren essentiell, um die knappen, bewirtschafteten Güter an die Bevölkerung zu verteilen. Nur durch deren Vorlage konnten Lebensmittel erworben werden, sodass es für einige Menschen verlockend erschienen sein mag, die Rationen durch die Fälschung von Marken oder Bezugsscheinen aufzubessern. Das Potential, das Markenfälschungen im Raum Nürnberg hatten, lässt sich bereits durch die folgenden Zahlen belegen: Alleine für das Ernährungsamt Nürnberg wurden pro Zustellungsperiode 30.000 Bögen Papier mit Marken bedruckt.⁵⁷⁷ Die Produktion in dieser Größenordnung involvierte naturgemäß eine nicht unbedeutende Anzahl an Arbeitern und Verwaltungsangestellten und bedurfte einer Vielzahl an Arbeitsschritten. Dies erlaubte diverse Möglichkeiten, in diesen Ablauf auf illegale Art und Weise einzugreifen. Beispielsweise waren in nur einer mehrwöchigen Zuteilungsperiode im Frühling 1947 – soweit bekannt – in der Stadt Fürth gefälschte Marken für jeweils weit über 100 kg Zucker und Fleisch und 70 kg Fett im Umlauf.⁵⁷⁸

In der Rechtsprechung der Nürnberger Gerichte kamen derartige Fälschungen zwar seltener vor als Schwarzschlachtungen, allerdings muss berücksichtigt werden, dass die Fälschungen als Beschaffungsmaßnahmen auch nur für einen deutlich kleineren Personenkreis in Frage kamen. Im Grunde hatten nur Angestellte einer Kartenstelle oder Arbeiter, die in der Produktion der Karten tätig waren, überhaupt die Möglichkeit, an gefälschte Marken zu gelangen. Aufgrund der zahlreichen unterschiedlichen Sicherheitsmerkmale, welche die Marken aufwiesen, dürfte eine Fälschung außerhalb des vorgesehenen Herstellungs- und Verwaltungsprozesses schwierig oder gar unmöglich gewesen sein. Zumindest ist kein derartiger Fall in den Akten erkennbar. Demnach gab es insbesondere in Fabriken, in denen die Dokumente hergestellt wurden, und in Behör-

⁵⁷³ So z.B.: LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 12; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 23. Mai 1947, Az. KLs 166/46, Nr. 1835, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 06. März 1947, Az. KLs 167/46, Nr. 1836, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. Oktober 1947, Az. KLs 149/47, Nr. 1964, S. 3; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 14. Oktober 1947, Az. KLs 154/47, Nr. 1965, S. 3; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 31. Mai 1948, Az. KLs 28/48, Nr. 2087, S. 5; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLs 100/48, Nr. 2147, S. 9.

⁵⁷⁴ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 28. April 1947, Az. KLs 165/47, Nr. 1834, S. 5.

⁵⁷⁵ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLs 100/48, Nr. 2147, S. 12.

⁵⁷⁶ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLs 100/48, Nr. 2147, S. 10.

⁵⁷⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLs 181/48, Nr. 2215, S. 4.

⁵⁷⁸ Boelcke, S. 191.

den, denen die Verwaltungsaufgaben oblagen, Möglichkeiten, die vorgesehenen Arbeitsabläufe zu umgehen und Marken zu beschaffen.

Zentral für die Verteilung der Marken waren die Kartenstellen des Ernährungsamtes, durch welche die Verteilung sämtlicher Scheine, nicht nur für Lebensmittel, sondern auch für andere lebensnotwendige Güter erfolgte.⁵⁷⁹ Im Rahmen der Zuteilung von Nahrungsmitteln war der sogenannte grüne Haushaltsausweis von besonderer Wichtigkeit, in dem zur Verwendung innerhalb der Behörde auf der Basis von öffentlichen Dokumenten, wie beispielsweise Meldebescheinigungen, für jeden Haushalt das Markenkontingent und dessen Ausgabe vermerkt wurde.⁵⁸⁰ Zur Legitimation besaß jeder Haushalt einen inhaltlich gleichen Ausweis, der zur Abholung der Marken vorgelegt werden musste.⁵⁸¹ Eine schriftliche Bestätigung des Empfangs der Marken wurde hingegen normalerweise nicht gefordert.⁵⁸² Bei der Verteilung von Karten für Kleidung waren einige zusätzliche Schritte, wie beispielsweise ein gesonderter Antrag und ein Abgleich mit dem vorhandenen Kontingent erforderlich.⁵⁸³ In der Ausgabe für Lebensmittelkarten bekam jeder Leiter einer Kartenausgabestelle die zur Ausgabe bestimmten Marken abgezählt vom Kartenstellenleiter und hatte die am Ende einer Zuteilungsperiode übrig gebliebenen Karten wieder zurückzugeben.⁵⁸⁴ Die Abgabe der Karten verlief nach einem streng formellen Muster und die ausgebenden Mitarbeiter hatten keinerlei Ermessensspielraum bei der Zuteilung.⁵⁸⁵

Allerdings gelang es Angestellten einer Kartenausgabestelle, interne Haushaltsausweise auf den Namen von Bekannten auszustellen, die selbst nicht im Bezirk dieser Kartenstelle wohnten und daher auch nicht dort registriert, geschweige denn bezugsberechtigt waren.⁵⁸⁶ Auf Grundlage dieser unrichtigen Dokumente und teils unter Zuhilfenahme eines gefälschten externen Haushaltsausweises bezogen die Täterinnen zusätzliche Lebensmittelmarken.⁵⁸⁷ Außerdem fälschten sie Anträge für Textilien mit der Unterschrift des Kartenstellenleiters und gelangten auf diese Art und Weise nach der Bearbeitung durch nichtsahnende Kollegen auch in den Besitz von Bezugsscheinen für Kleidungsstücke.⁵⁸⁸

Dieses System der Haushaltsausweise machte sich auch eine weitere Täterin zunutze, die den externen Haushaltsausweis von Familienangehörigen, die in den Bezirk einer anderen Kartenstelle gezogen waren und sich dorthin umgemeldet hatten, behielt und

⁵⁷⁹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 20. Mai 1947, Az. KLs 14/46, Nr. 1700, S. 2.

⁵⁸⁰ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 20. Mai 1947, Az. KLs 14/46, Nr. 1700, S. 3.

⁵⁸¹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 20. Mai 1947, Az. KLs 14/46, Nr. 1700, S. 3.

⁵⁸² LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 20. Mai 1947, Az. KLs 14/46, Nr. 1700, S. 3.

⁵⁸³ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 20. Mai 1947, Az. KLs 14/46, Nr. 1700, S. 3.

⁵⁸⁴ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 20. Mai 1947, Az. KLs 14/46, Nr. 1700, S. 3.

⁵⁸⁵ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 20. Mai 1947, Az. KLs 14/46, Nr. 1700, S. 4.

⁵⁸⁶ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 20. Mai 1947, Az. KLs 14/46, Nr. 1700, S. 4.

⁵⁸⁷ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 20. Mai 1947, Az. KLs 14/46, Nr. 1700, S. 4 f.

⁵⁸⁸ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 20. Mai 1947, Az. KLs 14/46, Nr. 1700, S. 5.

dort eine andere Adresse eintrug.⁵⁸⁹ Diese Karte wurde ohne weitere Prüfung von den Mitarbeitern der Kartenstelle registriert.⁵⁹⁰ Mit den Angestellten des Bezirkes, in dem sich die gefälschte Anschrift befand, hatte die Täterin ein freundschaftliches Verhältnis, sodass sie während eines ihrer Besuche dort in einen internen Haushaltsausweis ebenfalls die gleiche falsche Adresse eintragen konnte.⁵⁹¹ Fortan holte die Angeklagte die Marken für diesen Ausweis ab und verwendete sie zu ihren eigenen Zwecken.⁵⁹² Auch in weiteren Fällen fälschte die Angeklagte interne und externe Haushaltsausweise, zu denen sie dank ihrer Kontakte Zugriff hatte, und stellte sie auf fiktive Personen aus.⁵⁹³ Außerdem bezog sie durch falsche Angaben bei der Kartenstelle Marken für weitere Güter.⁵⁹⁴ Die Täterin profitierte bei diesen Vorgehensweisen davon, dass die einschlägigen Vorschriften innerhalb der Behörde nicht immer eingehalten wurden und mehrere Mitarbeiterinnen ihre Handlungen nicht bemerkten oder aufgrund ihrer Freundschaft nicht bemerken wollten.⁵⁹⁵ Darüber hinaus fielen nicht nur bei der Ausgabe der Karten, sondern auch bei den an die Behörden zurückgelaufenen Marken zahlreiche Tätigkeiten an, wie beispielsweise das Aufkleben, Nachzählen und Entwerten der Dokumente.⁵⁹⁶ Darin erblickte eine Täterin die Möglichkeit, die Marken nicht zu entwerten, sondern beiseitezuschaffen und stattdessen selbst einzulösen.⁵⁹⁷

Aber nicht nur in den Ämtern, sondern auch in Fabriken bot sich so manche Gelegenheit zur Fälschung. Die Marken mussten in großem Umfang industriell hergestellt werden. Private Druckereien übernahmen daher den Druck der Lebensmittelmarken.⁵⁹⁸ Direkt nach dem Krieg wurde das dafür erforderliche Papier zum Teil nicht verpackt und einzeln abgezählt, sondern nur gewichtsmäßig abgeschätzt geliefert.⁵⁹⁹ Dies und die teils sehr lockeren Sicherheitsmaßnahmen machte sich ein Fabrikarbeiter zunutze, um einzelne Bögen des Papiers zu entwenden.⁶⁰⁰ Zusätzlich verschaffte er sich die für den Druck notwendigen Matrizen und stellte mit deren Hilfe Lebensmittelmarken her, die er im Anschluss für seinen persönlichen Bedarf einlöste.⁶⁰¹ Die Geschäftsführerin einer Druckerei nutzte wiederum den Umstand, dass die Papierlieferungen auch möglichen Ausschuss umfassen mussten und deshalb immer einige Bögen zu viel geliefert und bedruckt wurden.⁶⁰² Die überzähligen Marken sowie die Makulatur waren eigentlich an das Ernäh-

⁵⁸⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLS 32/46, Nr. 1721, S. 4 f.

⁵⁹⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLS 32/46, Nr. 1721, S. 5.

⁵⁹¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLS 32/46, Nr. 1721, S. 5.

⁵⁹² LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLS 32/46, Nr. 1721, S. 5.

⁵⁹³ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLS 32/46, Nr. 1721, S. 11.

⁵⁹⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLS 32/46, Nr. 1721, S. 17.

⁵⁹⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLS 32/46, Nr. 1721, S. 11 ff.

⁵⁹⁶ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 03. Juni 1948, Az. KLS 66/48, Nr. 2122, S. 2.

⁵⁹⁷ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 03. Juni 1948, Az. KLS 66/48, Nr. 2122, S. 2.

⁵⁹⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 19. März 1948, Az. KLS 266/47, Nr. 2030, S. 1.

⁵⁹⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 19. März 1948, Az. KLS 266/47, Nr. 2030, S. 1.

⁶⁰⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 19. März 1948, Az. KLS 266/47, Nr. 2030, S. 1.

⁶⁰¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 19. März 1948, Az. KLS 266/47, Nr. 2030, S. 2.

⁶⁰² LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Mai 1947, Az. KLS 19/47, Nr. 1865, S. 4.

rungsamt zurückzugeben, jedoch ergriff die Täterin, die eigentlich genau diesen Prozess zu überwachen hatte, die Gelegenheit, einige dieser Dokumente zu entwenden.⁶⁰³

Nicht nur das Papier, sondern auch die für den Druck notwendigen Matrizen wurden vom Ernährungsamt an die Druckereien geliefert.⁶⁰⁴ Es gelang einem Drucker, heimlich ein Duplikat der Originalmatrize herzustellen.⁶⁰⁵ Mit dieser Fälschung stellte er in der Folge auf Abfallpapier aus der Druckerei eine Vielzahl von verschiedenen Lebensmittelmarken her.⁶⁰⁶ Diese Marken wurden nicht nur vom Täter selbst verwendet, sondern verbreiteten sich aufgrund der mengenmäßig gewaltigen Nachproduktion in diesem Falle sogar besonders weit und wurden vielfach auf dem Schwarzmarkt gehandelt.⁶⁰⁷ Ähnlich ging auch eine andere Gruppe von Tätern – alle bei der gleichen Fabrik beschäftigt – vor, die auf unterschiedliche Art und Weise Druckvorlagen für Lebensmittelmarken herstellten und davon mehrere Abzüge machten, die sie für ihren eigenen Verbrauch verwendeten.⁶⁰⁸ Dabei umgingen sie auch das Unterdruckmuster, das die Karten zusätzlich gegen Fälschungen sichern sollte.⁶⁰⁹

Angestellte des Ernährungsamtes, die das Geschehen in den Druckereien eigentlich überwachen sollten, versuchten ebenfalls, sich mithilfe von Fälschungen Extrarationen zu besorgen.⁶¹⁰ Eigentlich sollten die Behördenmitarbeiter die Drucker überwachen, welche die beim Druck entstandenen Makulaturbögen direkt nach der Produktion durch einen Schlitz in einen verschlossenen Behälter werfen mussten und später die Papiere in ihrer Dienststelle aus besagter Kiste entnehmen und abzählen.⁶¹¹ Die Makulatur wurde dann mit der Zahl der ordnungsgemäß bedruckten Bögen und dem insgesamt gelieferten Papier abgeglichen und auf mögliche Fehlbestände überprüft.⁶¹² Alle Schritte und auch mögliche Unregelmäßigkeiten bei der Berechnung mussten genau dokumentiert werden.⁶¹³ Außerdem waren stets zwei Angestellte gemeinsam an allen Schritten beteiligt, um möglichem Missbrauch vorzubeugen.⁶¹⁴ Ein mit dieser Aufgabe betrauter Angeklagter nutzte dennoch während des Drucks unbeobachtete Augenblicke, um Makulaturbögen heimlich einzustecken und mitzunehmen.⁶¹⁵ Der gleiche Täter verschaffte sich auch mehrfach übrig gebliebene Bögen, die eigentlich zur Einstampfung gebracht wer-

⁶⁰³ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Mai 1947, Az. KLS 19/47, Nr. 1865, S. 4.

⁶⁰⁴ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 06. April 1948, Az. KLS 38/48, Nr. 2103, S. 4.

⁶⁰⁵ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 06. April 1948, Az. KLS 38/48, Nr. 2103, S. 4 f.

⁶⁰⁶ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 06. April 1948, Az. KLS 38/48, Nr. 2103, S. 5.

⁶⁰⁷ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 06. April 1948, Az. KLS 38/48, Nr. 2103, S. 5 ff.

⁶⁰⁸ LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 31. Oktober 1949, Az. KLS 283/48, Nr. 2294, S. 4 ff.

⁶⁰⁹ LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 31. Oktober 1949, Az. KLS 283/48, Nr. 2294, S. 4 f.

⁶¹⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLS 181/48, Nr. 2215, S. 4 ff.

⁶¹¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLS 181/48, Nr. 2215, S. 4 ff.

⁶¹² LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLS 181/48, Nr. 2215, S. 4.

⁶¹³ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLS 181/48, Nr. 2215, S. 4 f.

⁶¹⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLS 181/48, Nr. 2215, S. 8 f.

⁶¹⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLS 181/48, Nr. 2215, S. 6.

den sollten, indem er diese nicht vernichtete, sondern an sich nahm.⁶¹⁶ Die notwendigen Berichte über die Arbeitsprozesse fälschte er, damit sein Handeln nicht auffiel.⁶¹⁷ Um die Karten einlösen zu können, entwendete der Täter außerdem das entsprechende Siegel, damit ein Mittäter dieses auf den Marken anbringen konnte, da dies vor der Zuführung zur Vernichtung von offizieller Seite noch nicht geschehen war.⁶¹⁸

Nicht gefälscht im klassischen Sinne, aber dennoch unrechtmäßig erworben, wurden Lebensmittelmarken, die unzulässigerweise beantragt wurden. Dies geschah beispielsweise durch die Beantragung von Schwerarbeiterkarten für eine größere Zahl an Arbeitern, als tatsächlich bei einem Unternehmen beschäftigt waren⁶¹⁹ oder den Bezug von Marken für Kinder, die tatsächlich gar nicht mehr in dem Haushalt wohnten.⁶²⁰ Hinzu kamen Fälle, in denen eigentlich ordnungsgemäß hergestellte Bezugsscheine durch Vorgänge innerhalb der Behörde illegal weitergegeben oder gestohlen wurden.⁶²¹ Sie dienten im Anschluss als Tauschware oder wurden als Zahlungsmittel verwendet.⁶²²

Um Kriminalität hinsichtlich der Marken zu vermeiden, wurden auch im Geschäftsverkehr einige Vorsichtsmaßnahmen getroffen. So mussten Großhändler beispielsweise die von Kleinhändlern im Tausch gegen die entsprechenden Waren abgegebenen Lebensmittelbezugsscheine sammeln und am Ende einer Zuteilungsperiode beim Ernährungsamt abgeben.⁶²³ Ab einem bestimmten Zeitpunkt durften Geschäftsinhaber außerdem Karten für größere Mengen nicht mehr lose entgegen nehmen, wodurch die Verwendung gefälschter Marken erschwert werden sollte.⁶²⁴ Die Täter, die beruflich mit der Verwaltung oder Herstellung der Marken zu tun hatten, wurden darüber hinaus bei Dienstantritt darauf hingewiesen, dass deren Entwendung strafbar war.⁶²⁵

Mithin kann festgehalten werden, dass das für die Ernährungssituation gefährliche Potential der Markenfälschungen von den offiziellen Stellen durchaus erkannt worden war und auch zahlreiche Maßnahmen dagegen ergriffen wurden. Zu nennen sind dabei das Vier-Augen-Prinzip bei der Überwachung, zunehmend verschärfte Sicherheitsmerkmale auf den Marken selbst, umfassende Dokumentationspflichten und Belehrungen, Vorschriften für Geschäfte, die die Karten entgegennahmen etc. Dennoch fanden die Täter die unterschiedlichsten Möglichkeiten, sich während der verschiedenen Arbeitsschritte der Kartenherstellung und -verwaltung gefälschte Dokumente zu verschaffen.

⁶¹⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLs 181/48, Nr. 2215, S. 7 f.

⁶¹⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLs 181/48, Nr. 2215, S. 8.

⁶¹⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLs 181/48, Nr. 2215, S. 9.

⁶¹⁹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 13. Mai 1948, Az. KLs 72/48, Nr. 2126, S. 2.

⁶²⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 22. Februar 1947, Az. KLs 152/46, Nr. 1823, S. 5.

⁶²¹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 14. Juni 1946, Az. KLs 18/46, Nr. 1705, S. 3 ff.; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 11. Dezember 1947, Az. KLs 224/47, Nr. 2010, S. 3.

⁶²² LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 14. Juni 1946, Az. KLs 18/46, Nr. 1705; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 11. Dezember 1947, Az. KLs 224/47, Nr. 2010, S. 3 ff.

⁶²³ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 11. Dezember 1947, Az. KLs 224/47, Nr. 2010, S. 2.

⁶²⁴ LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 31. Oktober 1949, Az. KLs 283/48, Nr. 2294, S. 5.

⁶²⁵ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 03. Juni 1948, Az. KLs 66/48, Nr. 2122, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLs 181/48, Nr. 2215, S. 5.

In strafrechtlicher Hinsicht wurden die Delikte nicht einheitlich beurteilt, was damit zu begründen ist, dass im Rahmen der illegalen Markenbeschaffung diverse Tathandlungen zu finden waren. Bei der Fälschung, Entwendung oder unrechtmäßigen Beantragung der Marken war aber in allen Fällen ein Verstoß gegen die KWVO⁶²⁶ oder das KRG Nr. 50⁶²⁷ gegeben. Zum Teil wurde auch eine Strafe nach der VRStVO⁶²⁸ verhängt. Hinzu kamen Sanktionen, die sich nach der spezifischen Begehungsweise richteten, wie beispielsweise Diebstahl,⁶²⁹ Urkundendelikte,⁶³⁰ Verwahrungsbruch,⁶³¹ passive Bestechlichkeit,⁶³² Abgabe falscher eidesstattlicher Versicherungen,⁶³³ Hehlerei⁶³⁴ oder Amtsunterschlagung.⁶³⁵

Die unterschiedlichen Taten in diesem Zusammenhang zeigen, dass auch die Marken und Bezugsscheine eine beliebte Quelle zum „Erwerb“ von Lebensmitteln darstellten. Die Menschen fanden die unterschiedlichsten Mittel und Wege, um an zusätzliche Marken zu gelangen und so ihre Versorgung mit Lebensmitteln zu verbessern. Der Täterkreis war dabei weitestgehend auf bestimmte berufliche Tätigkeiten beschränkt. Trotz umfassender Vorschriften zum Umgang mit diesen sensiblen Dokumenten wurden immer wieder Schlupflöcher gefunden, um sich dieser recht angenehmen Möglichkeit der Warenbeschaffung zu bedienen.

6. Analyse

a. Auswirkungen auf die Gesellschaft

Betrachtet man den Schwarzmarkt in seiner Verknüpfung mit der Gesellschaft, so fällt auf, dass es sich dabei um ein äußerst weit verbreitetes Phänomen handelte. Die we-

⁶²⁶ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 20. Mai 1947, Az. KLS 14/46, Nr. 1700, S. 1 f.; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 14. Juni 1946, Az. KLS 18/46, Nr. 1705, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLS 32/46, Nr. 1721, S. 1; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Mai 1947, Az. KLS 19/47, Nr. 1865, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 11. Dezember 1947, Az. KLS 224/47, Nr. 2010, S. 1; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 19. März 1948, Az. KLS 266/47, Nr. 2030, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 06. April 1948, Az. KLS 38/48, Nr. 2103, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 03. Juni 1948, Az. KLS 66/48, Nr. 2122, S. 1; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 13. Mai 1948, Az. KLS 72/48, Nr. 2126, S. 1; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLS 181/48, Nr. 2215, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 31. Oktober 1949, Az. KLS 283/48, Nr. 2294, S. 2.

⁶²⁷ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 11. Dezember 1947, Az. KLS 224/47, Nr. 2010, S. 1.

⁶²⁸ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 14. Juni 1946, Az. KLS 18/46, Nr. 1705, S. 1; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 11. Dezember 1947, Az. KLS 224/47, Nr. 2010, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 06. April 1948, Az. KLS 38/48, Nr. 2103, S. 2.

⁶²⁹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 20. Mai 1947, Az. KLS 14/46, Nr. 1700, S. 1; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 19. März 1948, Az. KLS 266/47, Nr. 2030, S. 2 f. (allerdings aufgrund des Straffreiheitsgesetzes eingestellt).

⁶³⁰ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 20. Mai 1947, Az. KLS 14/46, Nr. 1700, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLS 32/46, Nr. 1721, S. 1 f.

⁶³¹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 20. Mai 1947, Az. KLS 14/46, Nr. 1700, S. 1 f.

⁶³² LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLS 32/46, Nr. 1721, S. 2 f.

⁶³³ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLS 32/46, Nr. 1721, S. 2.

⁶³⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Mai 1947, Az. KLS 19/47, Nr. 1865, S. 2.

⁶³⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLS 181/48, Nr. 2215, S. 2.

gen Schwarzmarktdelikten Angeklagten bildeten sowohl hinsichtlich ihres Geschlechts, Alters und ihrer beruflichen Tätigkeit als auch hinsichtlich ihrer finanziellen Situation einen Querschnitt der Bevölkerung ab. Jedoch kann trotz dieser weiten Streuung der Schwarzmarktkriminalität nicht von einer gleichmäßigen Verteilung die Rede sein. Es fällt auf, dass Männer in der Statistik weit überrepräsentiert sind. Dies steht zum einen im relativen Einklang mit allgemeinen Kriminalitätsstatistiken, zum anderen waren Männer aufgrund körperlicher Erfordernisse für viele Tätigkeiten insbesondere im Rahmen der Beschaffung von Schwarzmarktwaren besser geeignet als Frauen und dürften schließlich vielleicht auch aufgrund ihrer Funktion als Familienoberhäupter eine besonders große Verantwortung zur besseren Versorgung ihrer Angehörigen empfunden haben. Letztere Gründe mögen auch Auffälligkeiten in der Altersstatistik erklären: Die Gruppe der 20 bis 49-Jährigen und dabei insbesondere diejenige der 30 bis 39-Jährigen war besonders häufig unter den Angeklagten zu finden. Dabei handelt es sich um die körperlich stärksten, aber gleichzeitig auch um diejenigen Menschen, die am ehesten für Familienangehörige und insbesondere Kinder zu sorgen hatten. Man muss im Rahmen dieser Betrachtung aber anmerken, dass nicht ausgeschlossen werden kann, dass auch Kinder und Jugendliche gerade im Rahmen kleinerer Geschäfte tätig wurden, gegen diese jedoch aufgrund ihres Alters kein Verfahren eröffnet wurde und sie deshalb nicht in der aus der Rechtsprechung hervorgehenden Statistik auftauchen.

Weiterhin fällt auf, dass zwar die unterschiedlichsten Berufsgruppen vertreten waren, aber ein besonderer Schwerpunkt bei Arbeitern, Angestellten oder Selbstständigen zu beobachten war, die in ihrer Tätigkeit mit Gütern oder Bezugsmarken zu tun hatten oder die sich durch eine besonders hohe Mobilität auszeichneten. Getreu dem Motto „Gelegenheit macht Schwarzhändler“ wurden somit insbesondere diejenigen Menschen aktiv, denen sich im Rahmen ihres beruflichen Umfeldes die Möglichkeit bot, Waren und Marken beiseitezuschaffen oder weiterzuvertreiben. Dies zeigt gleichzeitig ebenfalls, aus welchen Quellen die Schwarzmarktwaren stammten und wie diese in den Handel flossen. Daneben mag es aber auch eine nicht unerhebliche Rolle gespielt haben, dass diese Täter aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit bei Auffälligkeiten umso leichter gefasst werden konnten, da der Ursprung der Güter hier besonders einfach nachvollzogen werden konnte. Auch dieser Umstand kann die auffällige Häufung mancher Berufsgruppen unter den Angeklagten erklären.

Im Allgemeinen kann demnach festgestellt werden, dass der Schwarzmarkt quer durch alle Schichten und Gruppen in der Gesellschaft verbreitet war. Gleichwohl gab es bestimmte Schwerpunkte. So wurden insbesondere Männer jüngeren bis mittleren Alters tätig, die nicht selten Angehörige zu versorgen hatten und zudem häufig in entsprechenden Berufen tätig waren, die ihnen die Möglichkeit zur Beschaffung der Waren boten.

Die Verankerung in der Gemeinschaft wird außerdem dadurch unterstrichen, dass der Markt insbesondere innerhalb privater Netzwerke florierte. Die Bekanntschaft mit einer Vielzahl an Menschen, seien es Familienmitglieder, Nachbarn, Freunde oder geschäftliche bzw. berufliche Kontakte, ermöglichte zumeist erst den Schwarzhandel. Dies bedeutete, dass der Erfolg eines Schwarzhändlers – und damit unter Umständen auch das

körperliche Wohlbefinden im Hinblick auf die Versorgung mit Nahrungsmitteln – in erster Linie davon abhing, über welches Netzwerk er selbst verfügte. Nur wenn er entweder selbst, beispielsweise über seine berufliche Tätigkeit, die Möglichkeit hatte, an begehrte Güter zu gelangen oder Menschen kannte, bei denen dies der Fall war oder die ihrerseits Kontakte zu weiteren Schwarzhändlern pflegten, konnte der Bezug von Waren gesichert werden. Gleichgültig, ob ein Täter Güter weiterveräußern wollte, oder ob er umgekehrt selbst Gegenstände erwerben wollte: Beziehungen erwiesen sich dafür als unverzichtbar. Dadurch, dass sich der Markt in Nürnberg wohl weniger an öffentlichen Plätzen abspielte, waren bestehende Kontakte fast die einzige Möglichkeit zur Teilhabe am Schwarzhandel. Aufgrund der Heimlichkeit und Verborgenheit des Schwarzmarktes war es kaum möglich, Handelsbeziehungen gänzlich ohne persönliche Kontakte zu knüpfen, da weder bekannt war, wer bestimmte Waren beschaffen konnte, noch ob Zufallsbekanntschaften nicht möglicherweise Spitzel der Behörden waren.⁶³⁶ Darüber hinaus war das Entdeckungsrisiko bei bekannten Handelspartnern geringer, da man eher auf deren Loyalität und Verschwiegenheit zählen konnte, als dies bei völlig Fremden der Fall war. Eine besonders wichtige Rolle spielte dabei die Familie. Unter deren Mitgliedern dürfte bei der Weitergabe von Waren das größte Vertrauen geherrscht haben, während man sich gleichzeitig durch deren jeweilige Kontakte und Geschäfte mitversorgt wusste. Sobald ein Einzelner an Mangelwaren gelangen konnte, waren seine Angehörigen nämlich zumeist die Ersten, denen dies zugute kam. Die Familie war damit einer der zentralen Versorgungspunkte und gleichzeitig vertrauter Rückzugsort. Hier mag auch der durch die Zeit des Nationalsozialismus geprägte hohe Stellenwert der Familie zusätzlich eine Rolle gespielt haben. Die Bedeutung des Familienbundes für den Schwarzhandel muss demnach als besonders hoch eingeschätzt werden.

Bereits aus praktischen Erwägungen, die auf das Wesen des schwarzen Marktes zurückzuführen waren, stellten sich persönliche Verbindungen als entscheidendes Element des Handeltreibens dar. Dies mag bedeuten, dass die Versorgung mit Nahrungsmitteln von dem Glück oder auch einem gewissen Zufallselement abhing, eine engagierte Familie oder gut vernetzte Freunde zu haben. Ohne die entsprechenden Kontakte, sei es zu „Schiebern“, zur Landbevölkerung oder direkt bzw. indirekt zu den Amerikanern, dürfte es unmöglich gewesen sein, bestimmte Waren zu erwerben. Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass gerade die in größerem Umfang tätig werdenden Schwarzhändler ganz bewusst, teils auch über mehrere Geschäfte hinweg, ein solches Netzwerk aufbauten. Dieses praktisch notwendige Nutzen von Beziehungen könnte außerdem Hinweise darauf geben, dass der Schwarzmarkt bei weitem keine Erscheinung am Rande der Gesellschaft war. So könnte der Ablauf über soziale Netze dafür sprechen, dass es möglicherweise nicht als verwerflich galt, sich vor Freunden oder Familie als Handeltreibender auf dem illegalen Markt zu präsentieren. Hätten sich die Menschen davor gescheut, Schwarzmarktaktivitäten auch in ihrem privaten Umfeld zu offenbaren, so wäre der Schwarzhandel wohl kaum möglich gewesen. Daher dürften die Täter innerhalb ih-

⁶³⁶ Eine derartige Konstellation wird ausführlich dargestellt in LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. März 1948, Az. KLS 208/47, Nr. 1998, S. 3.

rer privaten Kontakte einigermaßen offen tätig geworden sein. Von einer moralischen Verurteilung ist in diesem Umfeld daher nicht auszugehen. Das Florieren des in erster Linie auf persönlichen Beziehungen beruhenden Schwarzmarktes könnte als ein Anzeichen dafür gewertet werden, dass das Bekanntwerden von Tätigkeiten auf dem schwarzen Markt im privaten Umfeld nicht zu einer Ächtung führte.

Dieses Element der persönlichen Involvierung mag auch der Grund dafür gewesen sein, dass der Schwarzmarkt hinsichtlich der auf ihm gehandelten Waren äußerst heterogen war. Die Preise für die meisten Produkte variierten stark und damit auch der von den Tätern erzielte Gewinn. Eine der wichtigsten Ursachen dafür dürfte darin zu sehen sein, dass ein nicht unerheblicher Anteil der fraglichen Güter im Familien- und Bekanntenkreis weitergegeben wurde und dafür teilweise besonders niedrige Preise verlangt wurden. Auch gab es viele Mischgeschäfte, in denen sowohl Geld bezahlt, als auch weitere Naturalien eingetauscht wurden. Nicht zu vernachlässigen waren auch einzelne Geschäfte, insbesondere bei der Veräußerung von lebenden Tieren, bei denen der Verkäufer annehmen durfte, dass es sich um ein legales Geschäft handelte und er deswegen nur den gesetzlich vorgeschriebenen Preis verlangte. In diesen Konstellationen bewegte sich der schwarze an der Grenze zum legalen Markt: Nur einer der Handelspartner wusste schließlich, dass es sich um ein illegales Geschäft handelte, während sich der Andere in den Grenzen der Legitimität wähnte. Durch diese Vermischung verbreitete sich der Schwarzmarkt zusätzlich in der Gesellschaft und betraf so letztlich auch Menschen, die eigentlich nicht dort tätig werden wollten.⁶³⁷ Nicht zuletzt war auch der schwarze, im Verborgenen gedeihende Markt als solcher nicht dazu geeignet, eine transparente Preisgestaltung zu ermöglichen. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die Mischung aus persönlichen Einflüssen, Verhandlungsgeschick, undurchsichtigen Preisen und der Tatsache, über wie viele Händler die Ware bereits gegangen war, den Preis bestimmte. Von festgelegten „Marktpreisen“ konnte daher keineswegs die Rede sein.

Schlussendlich kann festgehalten werden, dass es sich beim Schwarzmarkt in Nürnberg und Umgebung keineswegs um eine Erscheinung am Rande der Gesellschaft handelte. Die Not – und in einigen Fällen wohl auch das Profitstreben – brachte Menschen aus allen Bevölkerungsschichten zur Betätigung im Schwarzhandel. Aufgrund der Beteiligung der unterschiedlichsten Gruppen und der Verwurzelung des Marktes in der Gemeinschaft ist er vielmehr als gesamtgesellschaftliches Phänomen zu betrachten. Er dürfte deshalb in der Bevölkerung als allgegenwärtige Erscheinung akzeptiert worden sein. Dies steht im krassen Kontrast zur Vorgehensweise vieler Richter, die, wie bereits beschrieben, versuchten, den schwarzen Handel als Randerscheinung fernab von der Lebenswirklichkeit der durchschnittlichen Bevölkerung darzustellen.

b. Auseinandersetzung mit moralischen Konflikten

Das Kapitel eröffnet nur wenige Möglichkeiten, den Umgang der Gerichte mit moralischen Fragestellungen zu ergründen. Dafür liefert es jedoch die Hintergründe, die in

⁶³⁷ Jedoch ist anzumerken, dass sich diese ahnungslosen Handelspartner jedenfalls meistens nicht strafbar machten.

den folgenden Abschnitten die entscheidende Basis für die weitere Forschung bilden. Zu nennen sind dabei beispielsweise die Beschaffungsmethoden für Schwarzmarktwaren. Die am unterschiedlichsten zu bewertenden Vorgehensweisen dabei waren der Verkauf gehorteter Bestände aus dem Eigentum des Täters und der Diebstahl oder die Unterschlagung fremder Gegenstände. Aus heutiger Perspektive liegen wohl Welten zwischen der Verwerflichkeit dieser beiden Methoden. Im ersten Falle handelte es sich um ursprünglich rechtmäßig erworbenes Eigentum, welches der Eigentümer nach seiner Disposition weitergab und wodurch er gegen die geltenden Bewirtschaftungsregeln verstieß. Der zweite Fall stellt jedoch ein weit darüberhinausgehendes kriminelles Handeln dar, durch welches nicht nur die Allgemeinheit, sondern auch ganz konkret der Eigentümer des Diebesgutes geschädigt wurde. Dabei wurde nicht nur gegen Bewirtschaftungsvorschriften, sondern auch gegen die allgemeinen Bestimmungen des StGB verstoßen. Während erstgenanntes Vorgehen aus heutiger Sicht auf mehr Verständnis stößt, da nur temporär geltende Rechtssätze verletzt wurden, erscheint letzteres in strafrechtlicher Hinsicht weit schwerwiegender und beinhaltet ein größeres kriminelles Potential.

Ein ähnliches Problemfeld zeigt sich im Rahmen des Viehhandels und der Schlachtungen. Durch die Analyse des entsprechenden gesetzlichen Rahmens wird deutlich, dass dadurch ein enormer Eingriff in das Eigentum der Viehbesitzer stattfand und ihre Verfügungsmöglichkeiten bis auf wenige Ausnahmen weitestgehend limitiert waren. Demnach dürfte es vor allem im Rahmen des Strafmaßes interessant sein zu beobachten, ob und wie sich die Eigentümerstellung bzw. die Verwirklichung weiterer Straftaten auf die Entscheidungen der Strafkammern auswirkten.

Anhand der Analyse der gehandelten Waren wird außerdem deutlich, dass es unter den Schwarzhändlern massive Unterschiede gab. So gab es Menschen, die sich für die Versorgung ihrer Familie mit kleineren Mengen eindeckten, um diese in ihrem eigenen Haushalt zu verwenden. Andere hingegen schafften weit darüberhinausgehende Posten beiseite und veräußerten diese in Gewinnerzielungsabsicht weiter. Auch dieser Umstand könnte für die Strafzumessung von Bedeutung sein.

Schließlich wird noch ein weiteres Problemfeld offensichtlich, das symptomatisch für das Spannungsverhältnis um den schwarzen Markt in der Nachkriegszeit steht. Wie in einem Urteil bekannt wurde, standen aufgrund der allgemeinen Mangelsituation zu wenige Formulare zur Ausstellung der Schlusscheine zur Verfügung, sodass der Viehhandel zum Teil auch ohne diesen Schein geduldet wurde. Dies führte naturgemäß zu einem höheren Missbrauchspotential, da dadurch eine Methode zur Überwachung des Handels wegfiel. Somit war es wegen der allgemeinen Notsituation nicht möglich, Handlungen, die diese schlimme Lage noch weiter verschlechterten, effektiv zu bekämpfen. Dieser konkrete Fall fand zwar lediglich einmal in der Rechtsprechung Erwähnung, mag jedoch beispielhaft sein. Es ist wahrscheinlich, dass sich die äußerst begrenzten Ressourcen in jeglicher Hinsicht, sei es materieller oder auch personeller Art, negativ auf die Bekämpfung des Schwarzmarktes auswirkten und er auch aufgrund dieser allgemeinen Mangelsituation und dem damit einhergehenden „Teufelskreis“ weiter gedeihen konnte.

Eng damit verknüpft ist auch die Umgehung des engmaschigen Regelungssystems beispielsweise bei Markenfälschungen. Trotz der umfassenden Regularien und diverser Sicherheitsvorkehrungen auf den unterschiedlichsten Ebenen, die im Laufe der Zeit noch weiter verschärft wurden, gelang es immer wieder, falsche Marken herzustellen oder Bezugsberechtigungen beiseitezuschaffen. In vielen Fällen war dies auf menschliches Versagen zurückzuführen, sei es, dass die für bestimmte Prozesse Verantwortlichen selbst kriminell tätig wurden oder aber illegale Aktivitäten Dritter nicht erfassten oder sogar duldeten. Dies zeigt, dass trotz umfassendster Bemühungen vielfältige Möglichkeiten für den schwarzen Markt gegeben waren und dieser, so lange notleidende oder nach Gewinn strebende Menschen auf irgendeine Art und Weise in das System eingebunden waren, nicht endgültig zu bekämpfen war.

c. Gerichte als Spiegel der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen

Die auffälligste Veränderung in der Zeit von 1946 bis 1949/50 war zweifellos in der Art und dem Umfang der vor Gericht verhandelten Delikte zu erblicken. Zeigte sich in den Anfangsjahren ein recht durchmisches Bild mit den unterschiedlichsten Taten und Tätern, so änderte sich dies ab etwa Mitte 1948. Von diesem Zeitpunkt an waren es vor allem Delikte größeren Ausmaßes, die von einer ganzen Reihe von Tätern begangen wurden, bei denen es sich fast ausschließlich um diejenigen Personen handelte, die als „professionelle Schieber“ galten. Es gibt mehrere Möglichkeiten, mit denen diese Veränderung begründet werden könnte. Nach der Währungsreform befand sich der Schwarzmarkt auf dem Rückzug. Mit der abnehmenden Not der Bevölkerung dürfte sich der Absatzmarkt deutlich verringert haben. Es kann nun angenommen werden, dass die Geschäfte, die trotzdem noch getätigt wurden, einen besonders großen Umfang hatten, um den Schwarzhändlern dennoch einen gewissen Profit zu sichern. Ebenso ist es denkbar, dass mit dem Ende der ärgsten Notlage diejenigen Menschen, die nur durch den allgegenwärtigen Mangel kriminell geworden waren, ihre Aktivitäten einstellten und sich wieder in ihr gewohntes, legales Leben einfügten. Diejenigen jedoch, die sich durch den Schwarzhandel und teilweise noch darüberhinausgehende Kriminalität bereichern wollten, dürften deutlich weniger gewillt gewesen sein, diese Einkommensquelle aufzugeben. So ist es nicht unwahrscheinlich, dass diese Menschen weiterhin auf dem Schwarzmarkt tätig wurden, während die Eigenverbraucher zunehmend verschwanden. Allerdings ist es ebenso möglich, dass dem Schwarzmarkt behördlicherseits aufgrund der sich entspannenden Ernährungslage weniger Aufmerksamkeit zuteil wurde.⁶³⁸ Sofern der Schwarzhandel weniger umfangreich verfolgt wurde, wäre es nicht überraschend, wenn gerade die kleineren und damit unauffälligeren Täter leichter unter das Radar der Ermittler fielen. Es wäre naheliegend, wenn die Schwarzmarktkriminalität zunehmend weniger verfolgt worden wäre und daher nur noch die spektakuläreren und für die Allgemeinheit besonders schädigenden Fälle vor Gericht gekommen wären. In eine ähnliche Richtung

⁶³⁸ Dafür spricht die folgende Aussage des Oberbürgermeisters von Schwabach (wohl im Oktober 1948) bezüglich eines Lebensmittelverkaufs ohne Marken: „Das können Sie machen, wie Sie wollen. Das geht auf Ihre Kappe. Wir sehen nichts!“, LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 24. Februar 1949, Az. KLs 287/48, Nr. 2298, S. 7.

zielt auch der letzte Erklärungsansatz. Neben geringeren Aktivitäten der Polizei wäre auch ein milderes Vorgehen der Justiz selbst denkbar. So ist es nicht unwahrscheinlich, dass auch in den aufgedeckten, kleineren Fällen seltener Anklage erhoben wurde oder die Verfahren gegen Strafbefehl eingestellt wurden, weil das öffentliche Strafverfolgungsinteresse immer weiter abnahm. Eine Anwendung des Straffreiheitsgesetzes kam aufgrund des Begehungszeitraumes der Taten hingegen nicht mehr in Frage. Letztlich lässt sich nicht endgültig feststellen, womit die Veränderung in der Verbrechenstruktur zu begründen ist. Es ist jedoch gut vorstellbar, dass es sich um eine Kombination aus den dargestellten Möglichkeiten handelte.

Raum für Interpretationen bietet auch die Beobachtung, dass sich der Anteil der angeklagten Frauen im Laufe der Jahre spürbar verringerte. Insbesondere ab Mitte 1948 waren weibliche Angeklagte eine Seltenheit, während das Geschlechterverhältnis zuvor fast ausgeglichen war. Dies kann zu einem geringeren Teil mit der Rückkehr der Soldaten aus Kriegsgefangenschaft begründet werden, durch die der männliche Anteil an der Bevölkerung wieder anwuchs.⁶³⁹ Über die anderen Gründe kann nur spekuliert werden. So ist es einerseits denkbar, dass die Frauen nach der Zeit des Krieges und des Zusammenbruchs, in der sie ganz überwiegend die privaten und beruflichen Positionen der Männer übernommen hatten, wieder allmählich in ihre frühere Rolle als Hausfrauen zurückkehrten. Das bedeutete, dass sie seltener berufstätig waren und sich ihnen somit auch immer weniger Gelegenheiten zum Tätigwerden beispielsweise im Rahmen der Ausgabe von Lebensmittelmarken boten. Außerdem könnten sie den Handel auf dem Schwarzmarkt zunehmend den Männern überlassen und so bewusst oder unbewusst die Verantwortung für das Auskommen der Familie wieder abgegeben haben. Andererseits kann diese Entwicklung auch im Zusammenhang mit der soeben erläuterten Entwicklung gesehen werden, dass in den letzten Jahren des Schwarzmarktes in erster Linie Delikte größeren Umfangs verhandelt wurden, an denen Frauen schlichtweg seltener beteiligt waren. Dies könnte wiederum im Zusammenhang mit den allgemeinen Erkenntnissen über die im Vergleich höhere Kriminalität bei Männern stehen: In der Phase der zunehmenden Entspannung, in der der Schwarzhandel nicht mehr überlebensnotwendig war, wurden Frauen möglicherweise nicht mehr dort tätig, da das Handeln zu diesem Zeitpunkt ein höheres Maß an Kriminalität erforderte und nicht mehr zwingende Voraussetzung zur Ernährung der Familie war. Ebenso ist es denkbar, dass Frauen auch aufgrund ihrer körperlichen Voraussetzungen weiterhin eher unauffälligere und kleinere Delikte begingen, die in der Endzeit des schwarzen Marktes unter Umständen, wie bereits angesprochen, weniger häufig vor Gericht verhandelt wurden.

Auffallend ist schließlich auch die Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen, die im Laufe der Jahre spürbar zunahm. Waren in der unmittelbaren Nachkriegszeit aufgrund der chaotischen Zustände nach dem Zusammenbruch einige Arbeitsläufe noch unorganisierter und weniger überwacht, so wurde in den späteren Jahren umso energischer versucht, jegliche Kriminalität, insbesondere hinsichtlich der Markenherstellung und –

⁶³⁹ Vgl. hierzu für die Stadt Nürnberg: Statistisches Handbuch der Stadt Nürnberg 1965, S. 12.

produktion, zu verhindern. Dies dürfte mit der zunehmend besseren Organisation des gesamten Verwaltungsapparates, der zu einem besseren Überblick über Schwachstellen im System und einer effizienteren Zuteilung der verfügbaren und benötigten Ressourcen führte, zu begründen sein. Die unmittelbaren Auswirkungen des Kriegsendes waren somit immer weniger spürbar.

Ein Umstand, der hingegen im Laufe der Jahre kaum Veränderung erfuhr, war die Art der gehandelten Güter. Von Beginn an bis in die letzten Tage des Schwarzmarktes spielte die Beschaffung und der Handel mit Fleisch eine übergeordnete Rolle. Die weitaus seltener gehandelten Luxusgüter, oft amerikanischer Herkunft, wurden in den Notzeiten ebenso weitergegeben wie in den Phasen der Entspannung. Alleine an den Gütern selbst lässt sich demnach kein Wandel über die Jahre hinweg feststellen. Die überlebensnotwendigen Gegenstände bildeten zu jeder Zeit den Kern des Schwarzhandels.

KAPITEL 3: STRAFMASS

Die Analyse des Strafmaßes ist dazu geeignet, den Schwarzmarkt zu erforschen, da sich dadurch Aussagen über die Rezeption des Marktes in der Öffentlichkeit treffen lassen. Außerdem gilt es zu untersuchen, wie sich bestimmte Faktoren auf die Höhe der Strafe auswirkten und inwieweit dies eine Rolle bei der Begründung des Strafmaßes spielte. Auch ist es von Interesse, wie das Strafmaß von den sich wandelnden Umständen beeinflusst wurde. Das Strafmaß bot die meisten Möglichkeiten zu persönlich beeinflussten Äußerungen seitens der Richter, sodass hier auch der Tonfall der Ausführungen zu untersuchen ist. Schließlich gibt die Höhe und die Begründung des Strafmaßes auch Hinweise auf die Arbeit der Strafkammern, beispielsweise hinsichtlich ihrer Neutralität oder der Anwendung des teils sehr weiten gesetzlichen Strafrahmens.

Im Hinblick darauf soll daher zunächst die Höhe und Art der ausgesprochenen Strafen analysiert werden. Dabei ist die Strafhöhe in Relation zu dem verwirklichten Straftatbestand von Interesse, um sich so einem in gewissem Maße üblichen Strafmaß für bestimmte Delikte anzunähern. Daran schließen sich die Überlegungen an, ob der Strafrahmen dabei regelmäßig ausgeschöpft wurde und ob sich die Höhe der Strafen im Laufe der Jahre veränderte. Im weiteren Verlauf soll außerdem der Begründung des Strafmaßes besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Welche Umstände als straferschwerend oder strafmildernd angesehen wurden und in welchem Tonfall diese Argumente vorgebracht wurden, dürfte Rückschlüsse auf die allgemeine Beurteilung des Schwarzmarktes zulassen. Schlussendlich soll darauf eingegangen werden, inwieweit die Richter im Rahmen des Strafmaßes anhand bestimmter Faktoren differenzierten. Dabei wird die etwaige Andersbehandlung von Frauen und bestimmten Bevölkerungsgruppen wie ehemaligen KZ-Häftlingen, Flüchtlingen oder Kriegsheimkehrern untersucht.

1. Höhe der Strafe⁶⁴⁰

Hinsichtlich der reinen Höhe der Strafe ist es zunächst von Interesse, wie die Strafen ihrer Art und Höhe nach statistisch verteilt waren. Anschließend soll untersucht werden, inwieweit ein Zusammenhang zwischen dem Strafmaß und den verwirklichten Strafnormen bestand, insbesondere wie sich der gesetzlich vorgeschriebene Strafrahmen und die Mindeststrafen der wichtigsten Verordnungen und Gesetze auswirkten. Auch den neben den zentralen Schwarzmarktnormen verwirklichten Straftatbeständen, seien es weitere zur Bekämpfung des schwarzen Marktes oder solche des StGB, soll hinsichtlich ih-

⁶⁴⁰ Alle in diesem Abschnitt verwendeten Daten stammen aus den erstinstanzlichen Urteilen der untersuchten Rechtsprechung. Auch wenn einige dieser Richtersprüche in der zweiten Instanz aufgehoben wurden, so ist in etlichen Fällen das Strafmaß anschließend nicht erkennbar, sodass bei einer Einbeziehung dieser Entscheidungen eine Vergleichbarkeit nicht mehr gewährleistet wäre. Sämtliche statistischen Daten und Analysen sowie Zitate stammen daher ausschließlich aus den Urteilen der Strafkammern der ersten Instanz. Eine Ausnahme bildet lediglich das Urteil LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 30. Mai 1947, Az. KLs 86/46, Nr. 1761, welches nach der Rückverweisung durch das OLG erlassen wurde, da in diesem Falle weder das ursprüngliche erstinstanzliche Urteil noch der Revisionsbeschluss erhalten sind.

rer Verknüpfung mit dem Strafmaß Aufmerksamkeit gewidmet werden. Schließlich ist es von Interesse, inwieweit sich die benannten Daten im Laufe der Nachkriegszeit veränderten.

a. Statistische Auswertung des Strafmaßes

Die Höhe der verhängten Strafen variierte stark und reichte von einer Geldstrafe in Höhe von 25 RM⁶⁴¹ bis hin zu sieben Jahren und drei Monaten Zuchthaus in Verbindung mit einer Geldstrafe von 30.000 RM.⁶⁴² Hinzu kam eine nicht unerhebliche Zahl an Verfahren, die aufgrund des Straffreiheitsgesetzes eingestellt wurden sowie Freisprüche. Grundsätzlich waren drei Arten von Strafen zu unterscheiden: Haft im Zuchthaus, Haft im Gefängnis und Geldstrafen. Daneben gab es noch weitere, aber deutlich seltener verhängte Sanktionen wie beispielsweise den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, die Untersagung der Ausübung eines Gewerbes oder die öffentliche Bekanntmachung der Bestrafung. Wohl mit Rücksicht auf die von allgemeiner Armut geprägten Zeitumstände merkten die Gerichte außerdem in allen Fällen an, dass eine Geldstrafe im Falle der Uneinbringlichkeit und damit einer Zahlungsunfähigkeit seitens des Täters durch eine festgelegte Zahl an Gefängnistagen ersetzt werden konnte. Im Rahmen der Haftstrafen fällt außerdem auf, dass eine mögliche Aussetzung zur Bewährung an keiner Stelle Erwähnung fand.

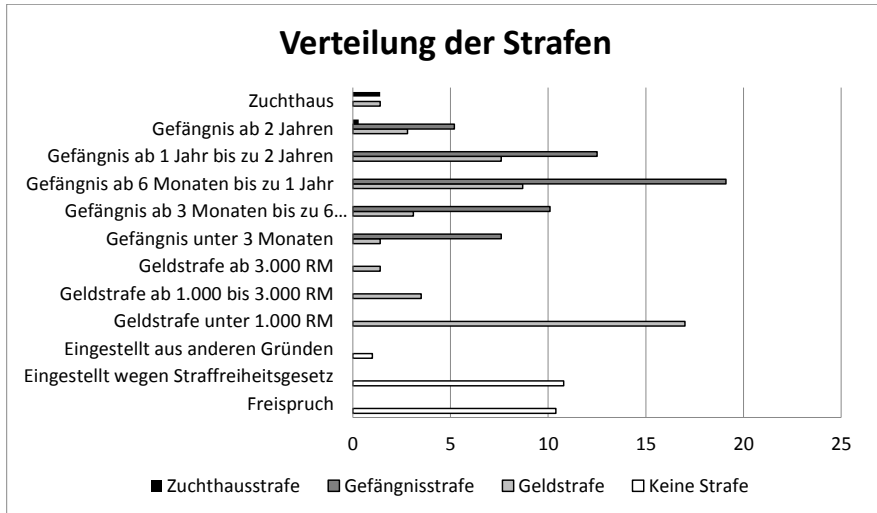
Die in Schwarzmarktdelikten verhängten Strafen deckten also insgesamt ein weites Spektrum ab. Anhand der 288 Menschen, bei denen sich die Richter hinsichtlich der Strafe äußerten, ergibt sich folgendes Bild: In 22,2% der Fälle wurde aus unterschiedlichen Gründen keine Strafe ausgesprochen, in 21,9% bestand sie in einer Geldstrafe, in 54,5% in Gefängnis- und in 1,4% einer Zuchthaushaft. Die detailliertere Verteilung der Strafen ergibt sich aus dem nachfolgenden Diagramm.⁶⁴³

⁶⁴¹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 22. November 1946, Az. KLS 91/46, Nr. 1766, S. 3.

⁶⁴² LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 06. April 1948, Az. KLS 38/48, Nr. 2103, S. 2.

⁶⁴³ Der längste Balken in jeder Strafkategorie zeigt den Anteil, den diese Art der Strafe an der Gesamtzahl derjenigen Verurteilten ausmachte, deren Strafe oder Strafflosigkeit aus den Urteilen hervorgeht. Die kürzeren Balken zeigen den Anteil der Angeklagten aus dieser Gesamtzahl, die außerdem zu einer weiteren Strafe, meistens einer Geldstrafe, verurteilt wurden. Die Zuordnung zu einer der zwölf Kategorien erfolgte über die Höchststrafe. Eine Ausnahme dazu wurde nur in einem Fall der Kategorie „Gefängnis ab 2 Jahren“ gemacht: In einem Beispiel bestand der Hauptteil der Strafe in Gefängnishaft und nur ein kleiner Teil der Haft musste im Zuchthaus abgeleistet werden, weshalb diese Sanktion der Gruppe der Gefängnisstrafen zugeordnet wurde. Geldstrafen, die zusätzlich zu einer Gefängnisstrafe oder Zuchthaus verhängt wurden, sind nicht zusätzlich in den Geldstrafen-Kategorien erfasst.

Die später erlassenen Geldstrafen in DM werden nachfolgend zur statistischen Vergleichbarkeit im Verhältnis von 1:10 zu Strafen in RM umgerechnet, was einem häufig verwendeten Wechselkurs entsprach. Diese Vorgehensweise ist keineswegs vollkommen zufriedenstellend, dürfte aber die einzige Möglichkeit sein, in irgendeiner Weise Vergleichbarkeit herzustellen. Die Strafen in DM fielen insgesamt deutlich niedriger aus als diejenigen in RM, wenngleich sie mehr als 10% des Wertes der RM-Sanktionen betrug. Auch das OLG Nürnberg ließ in seinem Beschluss OLG Nürnberg, B. v. 19. April 1950, Az. LS 108/49, Nr. 2181 anklängen, dass sich die Umstellung der Geldstrafen schwierig gestaltete, ohne jedoch einen Hinweis auf die angebrachte Vorgehensweise zu geben. Angesichts der (rechtlichen) Schwierigkeiten, die mit der Währungsreform einhergingen und angesichts der Tatsache, dass die Geldstrafen von den Tatumständen, den Vermögensverhältnissen der Täter und nicht zuletzt auch vom Wert des Geldes



Bei Betrachtung dieser Verteilung fällt zunächst auf, dass häufig Haftstrafen ausgesprochen wurden. Diese reichten von einigen Tagen oder Wochen bis hin zu mehreren Jahren Gefängnis oder gar Zuchthaus. Der weit überwiegende Teil der Gefängnisstrafen befand sich unter der Grenze von zwei Jahren und besonders häufig mussten die Angeklagten sogar nur für weniger als ein Jahr in Haft. Im Falle des Zuchthauses hingegen wurde keine Strafe, die unter zwei Jahren Haft lag, ausgesprochen. Außerdem stieg der Anteil der zusätzlich verhängten Geldstrafen zusammen mit der Höhe der Haftstrafen an. Wurde beispielsweise eine Strafe von mehr als einem Jahr verhängt, so kam in deutlich mehr als der Hälfte der Fälle noch eine Geldbuße hinzu. Dies mag damit zu begründen sein, dass es sich bei den mit hohen Gefängnis- oder Zuchthausstrafen geahndeten Taten um solche größeren Umfangs gehandelt haben dürfte, in denen die Richter häufiger eine die Geldstrafe begründende Bereicherungsabsicht sahen. Das Bild wird komplettiert von einer nicht unerheblichen Anzahl an Geldstrafen. Dort dominierten die niedrigen Strafen im Bereich unter 1000 RM bzw. 100 DM. Die Häufung in diesem niedrigen Bereich ist eklatant, mag aber in erster Linie damit zusammenhängen, dass für schwerwiegendere Taten in erster Linie Haftstrafen verhängt wurden und die Geldstrafe als solche nur dazu diente, kleinere Fälle zu sanktionieren.

Schließlich wurde in etwa einem Fünftel der Fälle überhaupt keine Strafe ausgesprochen, sei es wegen der Anwendung des Straffreiheitsgesetzes, wegen der Einstellung aus anderweitigen Gründen oder aufgrund eines Freispruchs. Mehr als jeder Zehnte Angeklagte wurde erstinstanzlich freigesprochen. Dieser Anteil spricht dafür, dass die Gerichte trotz ihrer teils offenkundigen Verachtung für den Schwarzmarkt nicht blindlings

selbst beeinflusst waren, erscheint es schwierig, die Strafen in den unterschiedlichen Währungen angemessen in den Zusammenhang zu setzen. Die Umrechnungsquote von 1:10 dürfte insgesamt zu den akzeptabelsten Ergebnissen führen, was die statistische Vergleichbarkeit angeht.

schuldig sprachen, sondern vielmehr dennoch ein gewisses Maß an Neutralität wahren. Gemessen an heutigen Verhältnissen, in denen nur etwa 3% der in einem Straf- oder Strafbefehlsverfahren von Strafgerichten Abgeurteilten freigesprochen werden,⁶⁴⁴ ist dies nämlich ein durchaus ein beachtlicher Wert. Auch wenn über die internen Vorgänge bei Polizei und Justiz wenig bekannt ist und unter Umständen davon ausgegangen werden kann, dass es schneller als heutzutage zu Verfahren vor Strafgerichten kam, besitzt dieser Wert eine gewisse Aussagekraft. Darüber hinaus gab es außerdem zahlreiche Fälle, in denen ein Angeklagter zwar für ein oder mehrere Delikte verurteilt wurde, aber außerdem von weiteren Vorwürfen freigesprochen wurde. Zu beachten ist jedoch auch, dass nur in einem einzigen Verfahren gegen keinen der Angeklagten eine Strafe ausgesprochen wurde.⁶⁴⁵

Alles in allem dürfte das Strafmaß so den schwarzen Markt in all seinen Facetten zeigen. Wie in dem vorherigen Kapitel erläutert wurde, bewegte sich der Handel auf dem Schwarzmarkt zwischen kleineren Eigenbedarfsgeschäften und Geschäftstreiben im größeren Stile, teils mit dominierender Gewinnerzielungsabsicht. Die dort bestehenden Unterschiede werden auch durch das Strafmaß abgebildet. Inwieweit sich andere Besonderheiten des Strafmaßes, wie beispielsweise der hohe Anteil an Haftstrafen, begründen lassen, soll mit Blick auf das gesetzlich vorgeschriebene Strafmaß anhand der einschlägigen Rechtsnormen erläutert werden.

b. Höhe in Bezug auf den verwirklichten Straftatbestand

Ausgehend von der Analyse der Höhe der verhängten Strafen stellt sich die Frage, inwieweit diese von dem verwirklichten Straftatbestand abhingen. Dies ist hinsichtlich der zugrundeliegenden Tat selbst, aber auch mit Blick auf den gesetzlich vorgegebenen Strafraum von Interesse. Zum besseren Verständnis soll dieser daher nochmals in aller Kürze für die Schlüsselnormen dargestellt werden. Bei den deutschen Verordnungen sind die nach Kriegsende in Kraft befindlichen Versionen maßgeblich. Um eine gewisse Übersichtlichkeit und Vergleichbarkeit zu wahren, sollen in erster Linie die Strafen, die auf Grundlage der KWVO und VRStVO sowie des KRG Nr. 50 als wichtigste Rechtsgrundlagen ausgesprochen wurden, analysiert werden.

Bei Delikten nach § 1 Abs. 1 KWVO, dem zentralen Tatbestand der allgemeinen Schwarzmarktbekämpfung, war das Strafmaß Zuchthaus oder Gefängnis. Eine Ober- oder Untergrenze war nicht festgelegt. Geldstrafe kam nur dann in Betracht, wenn gem. § 1 Abs. 3 KWVO Bereicherungsabsicht vorlag. In diesem Falle konnte eine Geldstrafe in bis zu unbeschränkter Höhe verhängt werden. Daran lässt sich erkennen, dass das Strafmaß der KWVO besonders flexibel war. Festgelegt war lediglich, dass das Grunddelikt mit Gefängnis- oder Zuchthausstrafe gleich welcher Höhe zu ahnden war und beim Vorliegen der Voraussetzungen des § 1 Abs. 3 eine an den Umständen der Tat orientierte Geldbuße zu zahlen war.

⁶⁴⁴ Vgl. beispielhaft für 2012: Statistisches Bundesamt, Justiz auf einen Blick, Ausgabe 2015, S. 14.

⁶⁴⁵ So nämlich in LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, B. v. 24. März 1950, Az. KLs 191/48, Nr. 2221.

§ 1 Abs. 1 VRStVO sah eine Geld-, Gefängnis- oder eine Kombination dieser beiden Strafen vor, wobei die Geldstrafe nach oben hin unbeschränkt war. Täter, die unter den häufiger verwirklichten Tatbestand des § 2 Abs. 1 VRStVO fielen, mussten hingegen nur mit einer nicht näher spezifizierten Haftstrafe oder einer Geldstrafe von bis zu 150 RM rechnen. Eine Mindeststrafe war nicht vorgesehen. Auch durch die Möglichkeit, nur eine niedrige Geldstrafe zu verhängen, wird deutlich, dass das Strafmaß der VRStVO ebenfalls sehr flexibel war, gleichzeitig jedoch sehr milde interpretiert werden konnte.

Charakteristikum des Art. I des KRG Nr. 50 schließlich war eine besonders hohe Mindeststrafe. Der für den Täter günstigste Fall war eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten verbunden mit einer Geldbuße in Höhe von 5.000 RM. Ihm konnte jedoch auch eine bis zu lebenslängliche Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe und eine Geldstrafe bis hin zu 5.000.000 RM drohen. Damit ergibt sich auch für das Strafmaß des KRG Nr. 50 eine breite Fächerung. Allerdings gilt dieser Spielraum nur hinsichtlich der hohen Strafen. Hingegen war die Mindeststrafe an sich bereits bedeutend, sodass selbst kleinere Taten, sobald der Tatbestand des KRG Nr. 50 eröffnet war, einer verhältnismäßig drastischen Strafe unterlagen und gerade dort für die Richter wenig Ermessensspielraum gegeben war.

Zunächst ist zu beobachten, dass das KRG Nr. 50 trotz seiner formell höchst bedeutsamen Stellung praktisch nur eine untergeordnete Rolle spielte. In lediglich zehn Fällen fand eine Verurteilung auf dieser Grundlage statt. Dies ist vor allem mit dem späten Inkrafttreten des Gesetzes im Frühjahr 1947 und mit dem im Vergleich zu den deutschen Verordnungen eingeschränkten Anwendungsbereich zu erklären. Im Gegensatz dazu unterstrich die Anzahl an Verurteilungen nach der KWVO deren zentrale Bedeutung. Knapp 60% aller Verurteilungen fußten ausschließlich oder unter anderem auf der KWVO. Bei der VRStVO traf dies immerhin auf 44,2% der Fälle zu und in einem guten Fünftel der Verurteilungen basierten diese auf beiden Verordnungen gemeinsam. Die anderen Straftatbestände im Bereich der juristischen Schwarzmarktbekämpfung wurden weitaus seltener oder meist zusammen mit einer der genannten Rechtsnormen verwirklicht, sodass auf sie nicht gesondert eingegangen wird.

Die geringsten Strafen wurden bei Schuldsprüchen auf Basis der VRStVO verhängt. In mehr als zwei Drittel der Verurteilungen, die auf der VRStVO ohne einer gleichzeitigen Verwirklichung der KWVO beruhten, kam es lediglich zu einer Geldstrafe, die meist sogar weniger als 1.000 RM betrug. Der Rest verteilte sich auf niedrigere Haftstrafen von unter sechs Monaten und nur in 7,6% der Fälle wurden Gefängnisstrafen von einem halben Jahr oder mehr verhängt. Die VRStVO wird damit ihrem Charakter als mildestem der wichtigen Schwarzmarktgesetze gerecht. Indem, wie bereits zu Beginn der Arbeit erläutert, ein mit der Bedarfsdeckung vergleichbares Korrektiv fehlte, fielen sehr viele Konstellationen unter ihren Anwendungsbereich, die sich häufig dadurch auszeichneten, dass sie ihrem Umfang nach eben nicht die Schwelle der KWVO erreichten. Die mögliche Ausschöpfung des Strafrahmens ist im Rahmen der VRStVO ebenso wenig wie später bei der KWVO von Interesse, da bei beiden Verordnungen ein besonders flexibles Strafmaß ohne Mindeststrafe und ohne klar definierte Höchststrafe galt.

Spürbar höher als die Strafen im Rahmen der VRStVO stellten sich diejenigen der KWVO dar. Am häufigsten – nämlich in 40,9% der Fälle – wurde eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis zu einem Jahr ausgesprochen. Strafen von einem bis zu zwei Jahren Haft wurden in mehr als einem Viertel der Fälle verhängt. Dies bedeutet, dass zwei Drittel der wegen KWVO-Delikten Verurteilten zu einer Haftstrafe von sechs Monaten bis zwei Jahren verurteilt wurden. Mit einem Anteil von 4,5% waren dagegen Strafen, die darüber hinausgingen, selten und Zuchthausstrafen kamen an dieser Stelle überhaupt nicht vor. Außerdem nahmen die Strafkammern in 37,2% der Verurteilungen zu Haftstrafen Bereicherungsabsicht an und erkannten dementsprechend auf eine zusätzliche Geldstrafe. Erwähnenswert ist schließlich, dass in zehn Fällen lediglich eine Geldstrafe ausgesprochen wurde, obgleich das Strafmaß diese Möglichkeit gar nicht vorsieht. Dies ist damit zu begründen, dass die Richter diese Sanktion anstelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe verhängten, ohne dass hierzu nähere Ausführungen erfolgten. Anhand dieser Daten lassen sich vor allen Dingen zwei Aussagen treffen: Die Bandbreite der Sanktionen, die auf Basis der KWVO verhängt wurden, war groß. Dennoch ist eine Konzentrierung im Bereich der mittleren bis schweren Strafen erkennbar. Unter Zugrundelegung der bisherigen Ergebnisse kann letzteres in erster Linie damit begründet werden, dass auf kleinere Delikte häufig nur die VRStVO Anwendung gefunden haben dürfte und Geldstrafen aufgrund des gesetzlich vorgeschriebenen Strafrahmens grundsätzlich nicht verhängt werden konnten. Ersteres ist hingegen mit der bereits ausführlich erläuterten Bandbreite des Schwarzmarktes erklärbar, zu dessen Bekämpfung die KWVO das zentrale gesetzliche Mittel darstellte.

Besonders schwierig stellt sich die Beurteilung derjenigen Fälle dar, in denen sowohl die VRStVO als auch die KWVO verletzt wurden. Wie bereits im ersten Kapitel angesprochen bestand in juristischer Hinsicht große Unsicherheit über den Anwendungsbereich der beiden Verordnungen und ihr Verhältnis zueinander. Deshalb fällt eine Vielzahl an rechtlich unterschiedlich bewerteten Sachverhalten in diese Gruppe. Zum einen gab es bei Annahme von Tateinheit diejenigen Konstellationen, in denen die Beschaffungshandlung des Schwarzmarktgutes unter die KWVO und die Verwertungshandlung unter die VRStVO subsumiert wurde. Demnach handelte es sich um Fälle, in denen der Angeklagte die beschafften Waren weitergab und so auf dem Schwarzmarkt agierte. Es konnte sich dabei nur um ein einzelnes Delikt, wie beispielsweise eine Schwarzschlachtung mit anschließendem Weiterverkauf handeln. Jedoch darf nicht vergessen werden, dass andere Richter, wie bereits dargestellt, in derartigen Konstellationen von einer Aufzehrung des zweiten Verstoßes ausgingen. Demnach sind manch andere, ähnlich gelagerte Fälle nicht in dieser Gruppe enthalten, da sie nur der KWVO unterlagen. Zum anderen existierten auch solche Fälle, in denen die beiden Normen nicht in Tateinheit, sondern in Tatmehrheit verletzt wurden, sodass von mehreren, zumeist ähnlichen Handlungen des Täters auszugehen war. Das bedeutet, dass sehr unterschiedliche Sachverhalte unter beide Verordnungen gemeinsam subsumiert wurden.

Auch wenn bezüglich des Verhältnisses der beiden Verordnungen einige rechtliche Unklarheiten bestanden und die Verurteilungen auf Basis der KWVO und VRStVO da-

her hinsichtlich der ihnen zugrundeliegenden rechtlichen und tatsächlichen Umstände weniger homogen waren, dürfte die Anzahl der Taten größeren Umfangs hier insgesamt relativ hoch sein. Denn schließlich sprachen sowohl die Konstellationen, in denen Tateinheit zwischen VRStVO und KWVO angenommen wurde, als auch diejenigen, in denen Tatmehrheit bestand, für ein Tätigwerden in nicht unerheblichem Umfang. Dieser Eindruck bestätigt sich dadurch, dass alle in Nürnberger Schwarzmarktprozessen verhängten Zuchthausstrafen bei Verurteilungen wegen dieser beiden Verordnungen gemeinsam anfielen. Geldstrafen wurden überhaupt nicht und Gefängnisstrafen von unter drei Monaten nur in 6,5% der Fälle verhängt. Der Großteil der Verurteilungen in diesem Bereich konzentrierte sich relativ gleichmäßig auf den Bereich von drei Monaten bis zu zwei Jahren Gefängnis. Dieser Anteil ist demjenigen im Rahmen der KWVO alleine nicht unähnlich. Darüber hinaus wurden in über 60% der Haftstrafen zusätzliche Geldbußen verhängt, was den Anteil im Rahmen der Strafen bei den jeweils einzelnen Verordnungen deutlich übersteigt. Da die Strafe der KWVO als der strengsten Strafnorm entnommen wurde, zeigt dieser Umstand, dass ein hoher Anteil der Täter mit Bereicherungsabsicht handelte und mithin wohl in eher größerem Umfang tätig geworden war. Insgesamt ergibt sich deshalb insbesondere auch unter Berücksichtigung der Zuchthausstrafen und der ausschließlichen Verhängung von Haftstrafen der Eindruck, dass in diesem Kontext relativ strenge Strafen ausgesprochen wurden.

Die durchschnittlich höchsten Strafen aber wurden für Delikte nach dem KRG Nr. 50 ausgesprochen. In der Hälfte der Fälle wurde eine Gefängnisstrafe von mindestens 2 Jahren und in der übrigen Hälfte eine Haftstrafe von über sechs Monaten bis zu einem Jahr, jeweils zusätzlich zu einer Geldstrafe verhängt. Besonders auffällig war dabei eine Geldstrafe in Höhe von 10.000 DM.⁶⁴⁶ Auch wenn die Strafzumessung an dieser Stelle außergewöhnlich hoch erscheint, muss die stattdliche Mindeststrafe des Gesetzes berücksichtigt werden. So wurde in einem Drittel der Fälle die niedrigste zulässige Geldstrafe (allerdings in Verbindung mit einer höheren Haftstrafe) und in einem weiteren Urteil explizit nur die Mindeststrafe⁶⁴⁷ ausgesprochen. Insgesamt betrachtet ist im Rahmen der Strafzumessung des KRG Nr. 50 zu beobachten, dass sich die beurteilten Delikte in zwei Kategorien aufteilten: Zum einen gab es Fälle, in denen nur auf die Mindeststrafe oder eine darüber hinausgehende Strafe erkannt wurde. Dies waren wohl Fälle geringeren Ausmaßes, in denen die Täter aber eine entsprechende berufliche Tätigkeit ausübten, sodass die Anwendung des KRG Nr. 50 unumgänglich war. Zum anderen gab es Taten größeren Ausmaßes, in denen die Angeklagten daher Gefängnisstrafen von über zwei Jahren erhielten. Diese Kategorisierung wird auch daran deutlich, dass es keine Haftstrafe von über einem, aber unter zwei Jahren gab, obgleich dies im Rahmen der gesamten Schwarzmarktkriminalität eine durchaus übliche Strafhöhe war. Stattdessen wurden zu gleichen Teilen mildere oder höhere Strafen verhängt.

⁶⁴⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 2, 33.

⁶⁴⁷ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 03. Juni 1948, Az. KLs 66/48, Nr. 2122, S. 2.

c. Strafe im Hinblick auf die Verwirklichung weiterer Strafgesetze

Schließlich stellt sich die Frage, wie häufig neben den benannten „Hauptdelikten“ weitere Straftatbestände, sei es im Sinne des StGB oder seien es weitere spezielle Normen zur Schwarzmarktbekämpfung, verwirklicht wurden und inwieweit sich dies im Strafmaß niederschlug. Allgemein lässt sich festhalten, dass die neben den zentralen Gesetzen verwirklichten StGB-Straftatbestände vor allem Diebstahl, (Amts-)Unterschlagung, Begünstigung, Hehlerei sowie Urkundendelikte waren. Dies steht im Einklang mit der Art der bereits untersuchten Schwarzmarkttaten. Im Rahmen der zusätzlich verwirklichten Schwarzmarktbekämpfungstatbestände ist zuvorderst die PStRVO zu nennen,⁶⁴⁸ aber auch das Bayerische Gesetz Nr. 3 und das Fleischbeschaugesetz waren durchaus relevant. Die besonders häufige Verurteilung auf Basis der PStRVO überrascht keineswegs, ist doch davon auszugehen, dass in den meisten Fällen, in denen es zum tatsächlichen Handel mit schwarzen Waren kam, höhere als die gesetzlich vorgeschriebenen Preise bezahlt wurden und somit der Anwendungsbereich der PStRVO eröffnet war.

Ganz grundsätzlich ist zu beachten, dass die einzelnen Delikte oft in Tateinheit standen, sodass die Verwirklichung mehrerer Straftatbestände sich allenfalls im Rahmen der Strafzumessung der schwersten der verwirklichten Normen durchschlagen konnte. Ähnlich verhielt es sich im Rahmen des der Rechtsprechung heute unbekannten, damals aber häufig angewandten Fortsetzungszusammenhangs. Seltener hingegen kam es zu Konstellationen, in denen Tatmehrheit angenommen wurde.

Hinsichtlich der Verteilung auf die einzelnen Straftatbestände und bei der Höhe der Strafen zeigt sich ein eher durchmishtes Bild. Neben (reinen) VRStVO-Delikten wurden in 18,9% der Fälle StGB-Normen und in 22,6% andere Schwarzmarktdelikte verwirklicht. Bei Verurteilungen nur auf Basis KWVO beruhte ein Viertel der Verurteilungen jeweils zusätzlich auf StGB-Tatbeständen und auf anderweitiger Schwarzmarktkriminalität. Gänzlich unterschiedlich stellt sich die Situation dar, wenn sowohl die VRStVO als auch die KWVO verwirklicht wurden. In diesen Konstellationen wurde in weniger als 9% ein StGB-Tatbestand erfüllt, während in 60,9% weitere Gesetze zur Schwarzmarktbekämpfung verletzt wurden. Täter, die sich nach dem KRG Nr. 50 strafbar machten, begingen in 40% der Verurteilungen auch Delikte nach allgemeinem Strafrecht und in den meisten dieser Fälle machten sie sich zusätzlich anhand weiterer Straftatbestände zur Schwarzmarktbekämpfung strafbar.

Es stellt sich die Frage, wie diese so unterschiedlichen Daten erklärt werden können. Dabei sind insbesondere die Verteilungen innerhalb der Strafen nach dem KRG Nr. 50 und der KWVO und VRStVO gemeinsam von Interesse, die von den übrigen Beobachtungen abweichen. Der hohe Anteil an neben der KWVO und VRStVO zusammen verwirklichten Straftatbeständen der Schwarzmarktbekämpfung ergänzt das Bild der insgesamt recht hohen Strafen in diesem Bereich. Dies kann mit der Struktur der Taten begründet werden. Gerade die Verletzung der beiden Verordnungen gemeinsam zeigt,

⁶⁴⁸ In einem Viertel aller Fälle wurden die Täter ausschließlich oder auch auf Grundlage der PStRVO verurteilt.

dass die Angeklagten häufig nicht nur durch eine einzelne Handlung auf dem schwarzen Markt straffällig wurden, sondern beispielsweise einen Gegenstand beiseiteschaffen und anschließend weiterveräußerten oder mehrere in Tatmehrheit stehende Taten verübten. Durch dieses Vorgehen und die Tätigkeit im größeren Umfang war es gleichzeitig auch wahrscheinlich, weitere Verordnungen und Gesetze, wie das Fleischbeschaugesetz und vor allem die PStRVO zu verletzen. Jedoch können auch diese Schlüsse nicht erklären, weshalb es trotz der insgesamt höheren Strafen und der umfangreicheren zugrundeliegenden Taten seltener zu Verurteilungen aufgrund von allgemeinem Strafrecht kam. Es erstaunt durchaus, dass anteilig eine weitaus größere Anzahl an Tätern StGB-Straftatbestände verletzte, wenn sie nur gegen die KWVO oder die VRStVO verstießen, als wenn sie wegen beiden Delikten zugleich verurteilt wurden.

Die hohe Dichte an allgemeinen Straftaten neben der Verwirklichung des KRG Nr. 50 könnte dagegen gerade mit dessen Anwendungsbereich hinsichtlich der beruflichen Tätigkeit der Täter zu begründen sein. Sofern diese Menschen nicht selbstständig, sondern angestellt waren, konnten diese die fraglichen Gegenstände gar nicht entwenden, ohne sich außerdem des Diebstahls oder der Unterschlagung strafbar zu machen. Insofern ist die Verwirklichung derartiger Straftaten ebenso wenig überraschend wie die recht häufige Verletzung weiterer Normen zur Schwarzmarktbekämpfung.

Außerdem kann kein Zusammenhang zwischen der Höhe der Strafe und der zusätzlich verwirklichten Straftatbeständen beobachtet werden. Auch wenn es naheliegend wäre, dass die Häufigkeit der weiteren Delikte zunimmt, je höher die ausgesprochene Strafe ist, so kann dies nicht unbedingt bestätigt werden. Zwar wurden im Rahmen von Haftstrafen öfter weitere Tatbestände verwirklicht als bei reinen Geldstrafen, jedoch gibt es nur einen bedingten Zusammenhang mit der Höhe der Haftstrafe. Es kann lediglich beobachtet werden, dass bei den Gefängnisstrafen von über zwei Jahren besonders häufig weitere Delikte verwirklicht wurden. Die Werte bei den niedrigen bis mittleren Haftstrafen sind hingegen sehr schwankend, sowohl was die Verstöße gegen StGB-Normen als auch spezifische Gesetze zur Schwarzmarktbekämpfung angeht.

Alles in allem zeigt die Analyse der Verwirklichung von StGB-Straftatbeständen im Besonderen auch, dass in immerhin fast 18% der Verurteilungen wegen Schwarzmarktdelikten auch allgemeine strafrechtliche Vorschriften verletzt wurden.⁶⁴⁹ Dies lässt durchaus Rückschlüsse auf das allgemeine moralische Empfinden der damaligen Zeit zu. So ist festzuhalten, dass sich die Schwarzmarktkriminalität nicht isoliert außerhalb der übrigen Illegalität befand, sondern die unterschiedlichen Tatbestände des Öfteren gleichzeitig verwirklicht wurden, wodurch eine Vermischung der Kriminalität des schwarzen Marktes mit allgemeiner Kriminalität stattfand. Es war nicht unbedingt so, dass die Schwarzmarktkriminalität einen abgeschlossenen Kosmos für sich bildete, in dem aus-

⁶⁴⁹ Hinzu kamen immerhin 14 Fälle, in denen die Angeklagten in den untersuchten Urteilen nur wegen StGB-Delikten, nicht aber wegen den Schwarzmarktgesetzen verurteilt wurden. In den meisten Fällen handelte es sich dabei um Delikte, die der Beschaffungskriminalität oder dem weiteren Handel mit oder der Verwendung von Schwarzmarktwaren zuzurechnen waren und sich so ebenfalls im Dunstkreis des Schwarzmarktes befanden.

schließlich diese Art der Straftaten aus der Not heraus begangen wurde, die traditionellen Wertvorstellungen aber weiterhin beachtet wurden. Allerdings ist unter Betrachtung der StGB-Delikte aus dem Dunstkreis des Schwarzmarktes und der gemeinsam mit den Schwarzmarktdelikten begangenen Taten einschränkend festzustellen, dass immerhin auch nur ein Viertel der Täter in den untersuchten Urteilen gegen allgemeines Strafrecht verstieß. Dies ist zwar ein nicht zu vernachlässigender Wert, bleibt aber dennoch eine Minderheit. Außerdem darf nicht unerwähnt bleiben, dass gerade im Rahmen der geringeren Strafen, insbesondere den Geldstrafen, seltener über den Schwarzmarkt hinausgehende Kriminalität begangen wurde. Diesbezüglich kann einerseits angenommen werden, dass das Hinzutreten zusätzlicher Straftaten an sich schon dazu führte, dass die Täter strenger bestraft wurden und eben nicht mehr mit Geldstrafen davonkommen konnten. Andererseits ist es ebenso gut denkbar, dass die niedrigeren Strafen auf Taten geringeren Umfangs beruhten und die Täter, die demnach eher zur Sicherung ihrer Existenzgrundlage denn zur darüberhinausgehenden Bereicherung handelten, nur im Rahmen des Schwarzmarktgeschehens selbst kriminell wurden. Die Angeklagten, die in größerem Stile tätig wurden, dürften hingegen auch vor allgemeiner Kriminalität weniger zurückgeschreckt sein. Ein Indiz für diesen letztgenannten Ansatz bietet die Beobachtung, dass StGB-Tatbestände wie Diebstahl, Hehlerei oder Unterschlagung, die einzeln begangen wurden, teils sehr milde bestraft wurden, sodass nicht unbedingt davon ausgegangen werden kann, dass sich die Verwirklichung dieser Delikte an sich bereits deutlich straferschwerend auswirkte.

d. Entwicklung im Laufe der Zeit

Abschließend stellt sich die Frage, inwieweit sich die Strafen im Laufe der Jahre veränderten und so mögliche Ereignisse oder andere Entwicklungen Einfluss auf die Höhe der Strafen nahmen. Vorab muss dazu jedoch angemerkt werden, dass bei der Analyse beachtet werden muss, dass teils kleinere, teils aber auch deutlich größere Zeitspannen zwischen dem Tatzeitpunkt und dem Urteil lagen, je nach dem, wann die Taten aufgedeckt wurden und wann sie verhandelt wurden. Somit dürften sich viele der tatsächlichen Veränderungen erst zeitversetzt bemerkbar gemacht haben. Auch gestaltet es sich deshalb schwierig, Aussagen über den Einfluss bestimmter Ereignisse oder saisonale Schwankungen zu treffen. Eine gewisse Tendenz über längere Zeiträume hinweg dürfte angesichts der daraus resultierenden größeren Anzahl an Urteilen feststellbar sein, jedoch sind klare Ergebnisse nur schwerlich vertretbar.

Hinsichtlich der Höhe der Strafen ist zu beobachten, dass grundsätzlich zu jeder Zeit jede Art von Strafen erlassen wurden. Zu keinem Zeitpunkt bestand eine generelle, auffällige Milde oder Strenge im Strafmaß. Dennoch fallen einige Besonderheiten ins Auge. Um eine gewisse Vergleichbarkeit des Strafmaßes zu gewährleisten, soll in erster Linie auf die niedrigste und die höchste Strafe pro Verfahren abgestellt werden. Angesichts der Vielzahl an Angeklagten und der unterschiedlichen Anzahl an Beschuldigten in den einzelnen Prozessen erscheint diese Methode am geeignetsten, um den zeitlichen Verlauf darstellen zu können.

Um die Jahreswende 1946/1947 und bis zum Ende des Jahres 1947 bestanden besonders viele der niedrigsten der ausgesprochenen Sanktionen in verhältnismäßig geringen Geldstrafen. Auch später stellte dies eine häufige Strafe dar, eine ähnliche Häufung ist 1946 und erst recht ab 1948 jedoch nicht zu beobachten. Angesichts der zeitlichen Abfolge von Taten und Prozess bedeutet dies vermutlich, dass vor allem in den Verfahren, die sich mit Taten während des Hungerwinters 1946/1947 und der in der Folge weiterhin angespannten Ernährungssituation befassten, häufiger mildere Strafen ausgesprochen wurden. Dazu muss aber angefügt werden, dass sich die niedrigeren Strafen ab Anfang 1948 mit dem Inkrafttreten des Straffreiheitsgesetzes häufig erledigten und daher gerade in der ersten Hälfte 1948⁶⁵⁰ die niedrigsten Strafen in den jeweiligen Verfahren deutlich höher ausfielen als zuvor und danach. Dieser Umstand erklärt die vielen niedrigen Strafen im Jahre 1947 im Vergleich zu den späteren Urteilen wenigstens zum Teil.

Die höchsten Strafen pro Verfahren wiederum schwankten bis 1947 stark, sodass an dieser Stelle keine eindeutige Tendenz erkennbar ist. Im ersten Quartal 1948 hingegen waren diese Strafen besonders niedrig, sodass in vielen Prozessen keine Strafe von mehr als einem Jahr Gefängnis ausgesprochen wurde. Dies änderte sich während des Sommers, sodass das Strafmaß ab der zweiten Jahreshälfte 1948 für die Haupttäter spürbar anstieg und bis zum Ende des Untersuchungszeitraums auf dem hohen Niveau von meist mindestens eineinhalb Jahren Haft verharrte. Auch die niedrigeren Strafen stiegen tendenziell an, unterlagen aber größeren Schwankungen. Dies unterstreicht wenigstens zum Teil die bislang gewonnenen Erkenntnisse bezüglich des sich wandelnden schwarzen Marktes: Gerade im letzten Jahr des Schwarzmarktes ergingen konstant hohe Strafen, während zuvor auch häufiger im Vergleich mildere Sanktionen die höchsten verhängten Strafen in einem Prozess darstellten.

Im Allgemeinen ist schließlich zu beobachten, dass die jeweils höchsten und niedrigsten Strafen in den Prozessen weit auseinander gingen und sich nur in den wenigsten Fällen auf einem ähnlichen Niveau befanden. Dies dürfte vor allem im Zusammenhang mit der großen Zahl an Angeklagten und der Systematik der Händlernetzwerke stehen. In vielen Fällen standen die Beteiligten an Liefernetzwerken oder -ketten gemeinsam vor Gericht. Diese nahmen ihren Anfang zumeist in einer einzelnen Person, die Zugang zu bestimmten Gütern hatte, und diese dann mit Hilfe weiterer Menschen weiterveräußerte. Dass vor allem die Beschaffer und Vertreiber der Waren mit hohen Strafen rechnen mussten ist wenig überraschend. Andererseits konnten diejenigen, die am Ende des Handels standen und so beispielsweise nur Waren für den Eigenbedarf erwarben, darauf hoffen, nur auf Basis der VRStVO verurteilt zu werden und mit einer geringen Geldstrafe davonzukommen. Die Struktur des schwarzen Marktes dürfte diese Diversität der Strafen auch in den einzelnen Prozessen erklären.

Schlussendlich fällt noch eine weitere Beobachtung hinsichtlich der abgeurteilten Straftatbestände ins Auge. Der Anteil der Verurteilungen, die wegen eines Verstoßes ge-

⁶⁵⁰ Zu diesem Zeitpunkt war zum einen das Amnestiegesetz bereits in Kraft, zum anderen wurden damals noch mehrere Taten verhandelt, die vor dem relevanten Stichtag des 01. Oktober 1947 begangen wurden.

gen die PStRVO ergingen, nahm über die Jahre hinweg deutlich zu. Vor allem im Jahre 1946 spielte diese Verordnung kaum eine Rolle, während ab Mitte 1948 und vor allem 1949 beständig Verstöße gegen sie abgeurteilt wurden und knapp die Hälfte der Verurteilungen auch auf einem Verstoß gegen die Preisvorschriften beruhte.⁶⁵¹ Nachdem die PStRVO ausschließlich von Bedeutung war, wenn es um den Handel von Schwarzmarkt-gütern ging, kann dies durchaus so interpretiert werden, dass von der zweiten Hälfte des Jahres 1948 an der Handel im Vergleich zur Beschaffungskriminalität einen größeren Raum einnahm. Das steht auch im Einklang mit den Erkenntnissen über die Handelsnetzwerke, deren Größe im gleichen Zeitraum zunahm. Zusammen mit dem ansteigenden Strafmaß verstärkt dies den Eindruck, dass in der Endphase des schwarzen Marktes der weiter verzweigte Handel größeren Umfangs zumindest in den Urteilen zunehmend an Bedeutung gewann.

Ein leicht gegenläufiger Trend ist im Rahmen der StGB-Kriminalität zu verzeichnen, die ab der zweiten Jahreshälfte 1948 leicht zurückging. Es sollte also nicht davon ausgegangen werden, dass die Kriminalität über den Schwarzmarkt hinaus in der Endphase analog zu den größer werdenden Straftaten zunahm. Allerdings mag dies auch an der Vielzahl an Angeklagten pro Verfahren liegen, die mit den Handelsnetzwerken zu begründen ist. Die letzten Käufer der Güter, die oft nur eine geringere Menge zur eigenen Verwendung erwarben, waren in einigen Verfahren in großer Zahl vertreten, machten sich jedoch meist nur anhand der Schwarzmarktbekämpfungsnormen strafbar, was sich durchaus auf die Statistik auswirken dürfte. Oft beschafften nur einer oder wenige der Angeklagten die fraglichen Waren, jedoch wurden gerade im Rahmen der Beschaffung typischerweise StGB-Straftatbestände verwirklicht.⁶⁵² Betrachtet man nun lediglich den Anteil der Täter mit den höchsten Strafen pro Verfahren, so ist zu beobachten, dass dieser hinsichtlich der Verstöße gegen allgemeine Strafsätze im Laufe der Zeit sogar anstieg. Demnach kann insgesamt nicht von einem Rückgang der allgemeinen Kriminalität ausgegangen werden; diese verlagerte sich lediglich auf weniger Personen.

e. Zusammenfassung

Die Analyse des Strafmaßes bestätigt etliche der bisher gewonnenen Erkenntnisse, ist in anderen Fällen jedoch schwierig einzuordnen. Allgemeingültige Aussagen sind deshalb mit Vorsicht zu treffen. Es muss dabei erklärend festgehalten werden, dass die teils widersprüchlichen Daten auch mit den für eine statistische Erhebung eher geringen Fallzahlen und den damit einhergehenden Abweichungen begründet werden können, weshalb sehr detaillierte Beobachtungen oft unzuverlässig sein dürften.

Aus der Gesamtschau der Daten zu der Höhe der Strafen lassen sich dennoch einige Tendenzen erkennen und Rückschlüsse ziehen. Im Rahmen der allgemeinen Strafhöhe lässt sich zunächst festhalten, dass auch hier die Heterogenität des schwarzen Marktes zu erkennen ist. Die Strafen bewegten sich in einem relativ breiten Bereich und reich-

⁶⁵¹ Im Zeitraum von 1946 bis Mitte 1948 war dies dagegen nur bei weniger als einem Fünftel der Fall.

⁶⁵² Eine Ausnahme davon bildet der Tatbestand der Sachhehlerei, der naturgemäß in erster Linie im Rahmen des Handels relevant war.

ten von Geldstrafen bis zu höheren Haftstrafen oder gar Zuchthaus. Dabei ist zu beobachten, dass es vor allem zwei Schwerpunkte gab: Es wurden besonders viele Geldstrafen von unter 1.000 RM bzw. unter 100 DM und noch mehr Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu unter einem Jahr ausgesprochen. Diese Verteilung spiegelt sich in der Art der begangenen Delikte wieder: Die meisten Geldstrafen wurden bei Verurteilungen auf Grundlage der VRStVO verhängt, während die meisten Gefängnisstrafen mittlerer Höhe bei Verurteilungen nur wegen der KWVO oder der KWVO und der VRStVO gemeinsam ausgesprochen wurden. Dies bestätigt den an früherer Stelle gewonnenen Eindruck des Charakters beider Verordnungen.

Auffällig ist schließlich, dass trotz der Bandbreite an Sanktionen nur relativ wenige Haftstrafen von über zwei Jahren oder gar Zuchthaus ausgesprochen wurden. Dies zeigt, dass die Richter im Allgemeinen wohl auf gewisse Art und Weise Milde walten ließen, gleichzeitig in einigen Fällen, die zumeist die Konstellationen der sogenannten „professionellen Schieber“ betrafen, aber durchaus zu drastischeren Strafen bereit waren. Dies traf insbesondere auf die Zeit ab Mitte 1948 zu, in der Haftstrafen ab eineinhalb Jahren zumindest für die Haupttäter üblich waren. Dabei dürfte das Strafmaß auch von der Mindeststrafe beeinflusst gewesen sein. Sobald ein Straftatbestand unter den Anwendungsbereich des KRG Nr. 50 fiel, war es für die Richter alternativlos, die empfindliche Mindeststrafe zu verhängen. Zumindest in denjenigen Fällen, in denen auch nur dieses Mindestmaß verhängt wurde, dürfte sich die Existenz dieses Gesetzes für die Täter besonders straferschwerend bemerkbar gemacht haben. Dieser Effekt, der gerade Menschen in kritischen beruflichen Positionen betraf, dürfte gleichwohl eine der Intentionen des Gesetzgebers gewesen sein.

Überraschend wenig wirkte sich hingegen die Verwirklichung weiterer Straftatbestände auf das Strafmaß aus. Insgesamt betrachtet drängt sich über alle Normen hinweg zwar der Eindruck auf, dass diese bei höheren Strafen auch tendenziell häufiger verwirklicht wurden, allerdings wird dies nicht von allen Daten bestätigt, sodass keine belastbare Aussage hierzu getroffen werden kann. Schlussendlich kann nur festgehalten werden, dass der Anteil an zusätzlich verwirklichten Delikten im Rahmen von Geldstrafen unterdurchschnittlich ausfiel. Eine Tendenz, dass beispielsweise eine hohe Gefängnisstrafe im engen Zusammenhang mit der Verwirklichung weiterer Straftatbestände stand, kann jedoch nicht bestätigt werden. Dies bedeutet zumindest auch, dass sich die Verwirklichung weiterer Straftatbestände, auch des StGB, kaum strafferhöhend auswirkte. Dies ist durchaus bemerkenswert, heißt dies doch, dass es für die Richter wohl keinen oder nur einen geringen Unterschied machte, ob jemand zusätzlich zu den Schwarzmarktdelikten beispielsweise durch Diebstahl oder Unterschlagung auch fremdes Eigentum verletzte. Der so erhöhte Unrechtsgehalt der Taten wirkte sich wenigstens kaum spürbar auf die Höhe des Strafmaßes aus. Mehr als jeder Sechste der wegen Schwarzmarktkriminalität Verurteilten verletzte auch allgemeine Straftatbestände. Dies bedeutet, dass in der Zeit des Mangels moralische Barrieren zumindest teilweise so weit eingerissen waren, dass nicht nur gegen die relativ neuen Schwarzmarktbekämpfungsgesetze, sondern auch gegen traditionelle Rechtssätze verstoßen wurde. Dies traf offensichtlich auf die Mehr-

heit der Schwarzhändler nicht zu, dennoch handelt es sich um einen so großen Anteil, dass von diesem Phänomen nicht nur die Großhändler des schwarzen Marktes, sondern auch „normale“ Schwarzmarktteilnehmer betroffen gewesen sein mussten. Im Großen und Ganzen blieb der Anteil an Verurteilungen auf Grundlage des StGB über die Jahre hinweg hinsichtlich aller Angeklagter relativ ähnlich. Folgendes kann daher gerade nicht festgestellt werden: Der Zusammenbruch 1945 an sich trug nicht dazu bei, dass das moralische Empfinden gänzlich auf den Kopf gestellt wurde. Der Anteil der StGB-Taten war in den Verfahren zu Beginn des Untersuchungszeitraums kaum höher als später. Die allgemeine Kriminalität in Verbindung mit den Schwarzmarktdelikten war so weitgehend unabhängig von gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und historischen Entwicklungen und Ereignissen.

2. Begründung des Strafmaßes

Ebenso interessant wie die reine Höhe der ausgesprochenen Strafen ist die Frage, wie das Strafmaß begründet wurde. Dabei sollen die von den Strafkammern erwähnten straferschwerenden ebenso wie die strafmildernden Faktoren untersucht werden. Neben allgemeinen Beobachtungen, wie häufig bestimmte Umstände in den Erwägungen Berücksichtigung fanden, sollen auch einzelne, besonders auffällige Formulierungen analysiert werden. So soll untersucht werden, wie die soeben erläuterten Strafen zustande kamen.

a. Straferschwerende Faktoren

aa. Allgemein anerkannte Gründe der Strafzumessung

Die Gerichte erwähnten eine Reihe von Faktoren, die sich straferschwerend auswirkten. Größtenteils lassen sich diese den auch heute noch üblichen Kategorien im Rahmen der Strafzumessung zuordnen.⁶⁵³

Zunächst sind diejenigen Kriterien, die dem Erfolgsunwert zuzurechnen sind, erwähnenswert. Der tatbestandliche Erfolg war im Rahmen der Schwarzmarktdikatur in der Gefährdung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu sehen. In diesem Zusammenhang wurde besonders häufig, nämlich in mehr als der Hälfte der untersuchten Urteile, auf die Menge der von den Angeklagten beiseitegeschafften Güter abgestellt. Die Menge stellte damit ein gewichtiges, strafschärfendes Kriterium dar. Teils war die Rede von einer „ungeheure[n] Menge“, die „weit über die sonst in Bayern üblich gewesene Warenhortung“ hinausging.⁶⁵⁴ Letztere Formulierung zeigt neben dem für die Behörden wohl erschreckenden Ausmaß an betroffenen Waren noch etwas anderes: Die Hortung von Lebensmitteln schien damals bereits so weit verbreitet gewesen zu sein, dass sie als ganz normale Vergleichsgröße in die Strafzumessung einbezogen wurde und die Besonderheit des Falles sich nur noch aus der besonderen Höhe der zurückgehaltenen Waren ergab. Außerdem wurde in einem anderen Urteil das allmähliche Horten von Gegenständen als weniger strafwürdig angesehen, als das rasche Beiseiteschaffen, wenn bereits

⁶⁵³ Vgl. hierzu Schäfer/Sander/van Gemmeren, Rn. 587 ff.

⁶⁵⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLs 140/48, Nr. 2181, S. 14.

die polizeiliche Entdeckung drohte.⁶⁵⁵ Das Beiseiteschaffen „lebenswichtige[r] Erzeugnisse in größerem Umfang“ führte teilweise sogar dazu, dass sich Täter einen sehr guten Lebensstil ausschließlich auf der Grundlage von Schwarzmarktgeschäften finanzieren konnten, was sich wiederum ebenfalls strafferhöhend auswirkte.⁶⁵⁶ Das Ermöglichen eines höheren Lebensstandards durch Schwarzmarktgeschäfte wurde dabei als Handeln „auf Kosten der Allgemeinheit“ verstanden.⁶⁵⁷ Aus der Quantität der beiseitegeschafften Güter wurde so relativ direkt die Bedarfsgefährdung der übrigen Bevölkerung abgeleitet, sodass mit dem Umfang der Tätigkeiten und damit der beiseitegeschafften Güter der Grad des tatbestandsmäßigen Erfolges anstieg. Dieser Faktor war der von den Gerichten am häufigsten straferschwerend angeführte, sodass seine Bedeutung bei der Strafzumessung als besonders hoch einzuschätzen ist.

Im Rahmen des Handlungsunwertes waren mehrere Beurteilungskategorien von Interesse. Die Vorwerfbarkeit des Verhaltens der Schwarzmarkttäter wurde zunächst anhand von psychologischen Faktoren beurteilt. Dabei wurde durchaus häufig darauf abgestellt, ob die Angeklagten die aus den Straftaten erworbenen Gegenstände „nötig hatten“. Das bedeutet, dass es ihnen negativ angelastet wurde, wenn sie sich in einigermaßen gesicherten wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen befanden oder aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit ohnehin Zugang zu Lebensmitteln hatten und dennoch auf dem schwarzen Markt tätig wurden. Mit Verständnis durfte daher ein aus richterlicher Sicht relativ gut verdienender Sparkassenmitarbeiter ebenso wenig rechnen wie der Inhaber einer Zimmerei.⁶⁵⁸ Arbeiter mussten sich anrechnen lassen, dass es ihnen nicht schlechter erging als anderen Lohnempfänger, die auch mit ihren normalen Rationen auskommen mussten.⁶⁵⁹ Weitaus besser als der sogenannte „Normalverbraucher“ war nach Ansicht der zweiten Strafkammer auch ein Fuhrunternehmer gestellt, der durch seine Einkünfte sowie einige Fernfahrten keine Not leiden musste.⁶⁶⁰ Nachteilig auf die Strafzumessung wirkte sich außerdem auch die Weitergabe von Gütern an Ausländer aus, die nach Ansicht des Gerichts ohnehin besser versorgt waren als die deutsche Bevölkerung.⁶⁶¹ Weitere Ausführungen dazu erfolgten auch im Tatbestand nicht, sodass die Aussage relativ isoliert steht und nicht nachvollzogen werden kann, ob sie der Wahrheit oder Ressentiments den Ausländern gegenüber entsprach. Da nicht weiter erläutert wurde, um welche Gruppe von Ausländer es sich bei den Geschäftspartnern handelte, fällt es auch aus heutiger Perspektive schwer, den Wahrheitsgehalt dieser Äußerung zu überprüfen.

⁶⁵⁵ LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 27. September 1948, Az. KLs 199/48, Nr. 2228, S. 15.

⁶⁵⁶ LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 05. Oktober 1948, Az. KLs 193/48, Nr. 2223, S. 8; ähnlich auch LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 03. Februar 1949, Az. KLs 261/48, Nr. 2298, S. 33.

⁶⁵⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 04. April 1949, Az. KLs 254/48, Nr. 2268, S. 22.

⁶⁵⁸ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLs 100/48, Nr. 2147, S. 17 f.

⁶⁵⁹ LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 08. März 1949, Az. KLs 283/48, Nr. 2294, S. 16.

⁶⁶⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 26. November 1947, Az. KLs 160/47, Nr. 1969, S. 9.

⁶⁶¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLs 239/48, Nr. 2259, S. 23.

Besonders auffällig war die generelle Auffassung seitens der Gerichte, dass sich die Angeklagten, die aus ländlichen Regionen stammten oder gar dem Beruf des Landwirts nachgingen, gerade in keiner Zwangslage befanden. Sofern ein Bauer dennoch Schwarzmarktgeschäfte tätigte, musste er sich den Vorwurf gefallen lassen, sich mit den im Vergleich zu seinen legalen beruflichen Tätigkeiten „einträglicheren und müheloseren Geschäften des Schwarzhandels“ abzugeben und daher besonders skrupellos zu handeln.⁶⁶² Eine Angeklagte sei außerdem „in dem [landwirtschaftlichen] Anwesen ihres Bruders und auf dem Lande weit besser untergebracht, als es der größte Teil der Kriegerfrauen, die auch Kinder haben, in den Städten sind“, weshalb sie sich erst recht nicht auf Schwarzmarktgeschäfte hätte einlassen dürfen.⁶⁶³ Die „darbende [...] Bevölkerung der Stadt, die ehrlich arbeitet und auf ihre zugeteilten Lebensmittelrationen angewiesen ist“ wurde den Angeklagten in diesem Prozess sogar gleich mehrfach vorgehalten.⁶⁶⁴ Die Inhaberschaft eines Viehhandels und die daraus resultierenden, nahrungsmitteltechnisch vorteilhaften Beziehungen zu Landwirten führten dazu, dass bei einer dennoch erfolgten Betätigung auf dem Schwarzmarkt ein umso größerer verbrecherischer Wille angenommen wurde.⁶⁶⁵ Die Vorteile, die ein Landwirt aus seiner beruflichen Tätigkeit zog – nämlich sich vor der Währungsreform durch den Erwerb von Sachwerten abzusichern – wurde ihm negativ ausgelegt, da dies „der großen Mehrzahl seiner Mitbürger nicht möglich war“.⁶⁶⁶ Aus diesen Gründen hatten es die Landbewohner aus der Sicht der Nürnberger Richter eben nicht nötig, sich auf Schwarzmarktgeschäfte einzulassen, weshalb sich eine entsprechende Betätigung umso nachteiliger in der Strafzumessung niederschlug. Ähnlich wirkte sich ein von den Gerichten als besonders auf Egoismus oder Eigensucht begründeter Tatantrieb aus. Dies wurde beispielsweise bei Tätern besonders hervorgehoben, die durch ihre Geschäfte größere Mengen Geld verdienen und damit „ein flottes Leben führen wollten“.⁶⁶⁷ Ausschließlich eigensüchtige Tatanreize wurden auch bei einer verwitweten und kinderlosen Geschäftsinhaberin angenommen und wirkten sich negativ auf das Strafmaß aus.⁶⁶⁸

Heutzutage gilt die aus der Tat sprechende Gesinnung überwiegend als ein kritischer Faktor im Rahmen der psychologischen Kriterien, da dort die Gefahr besteht, dass die angestellten Überlegungen zu „moralisierend“ sind und das Urteil so angreifbar wird.⁶⁶⁹ Ein derartiges Problem dürften die Nürnberger Richter wohl nicht gesehen haben: Gerade die Ausführungen an dieser Stelle sind oft geprägt von moralischen, teils beinahe pathetischen Darlegungen. Oft wurden die aus der Tat sprechende Gesinnung und der bei

⁶⁶² LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLs 100/48, Nr. 2147, S. 18.

⁶⁶³ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 04. März 1949, Az. KLs 17/48, Nr. 2072, S. 8.

⁶⁶⁴ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 04. März 1949, Az. KLs 17/48, Nr. 2072, S. 8.

⁶⁶⁵ LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 23. November 1948, Az. KLs 236/48, Nr. 2256, S. 10.

⁶⁶⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLs 239/48, Nr. 2259, S. 23.

⁶⁶⁷ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 06. April 1948, Az. KLs 38/48, Nr. 2103, S. 14.

⁶⁶⁸ LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 27. September 1948, Az. KLs 199/48, Nr. 2228, S. 14.

⁶⁶⁹ so Schäfer/Sander/van Gemmeren, Rn. 614; Miebach/Mayer in Münchener Kommentar zum StGB, § 46, Rn. 193.

der Tatausführung aufgewendete Wille gemeinsam besprochen. Einer ganzen Reihe von Angeklagten wurde beispielsweise ein verbrecherischer Hang bzw. Wille attestiert, der ihre Tatausführung bestimmte. Auch die aus dem Bereich der Auslegung der KWVO bereits bekannten Begriffe der Böswilligkeit, Verwerflichkeit und Rücksichtslosigkeit spielten bei der Beurteilung der Gesinnung im Rahmen der Tatausführung eine gewichtige Rolle. Ein erheblicher, strafscharfender Grad an Böswilligkeit wurde so beispielsweise angenommen, wenn sich eine Angeklagte aus Sicht der Richter trotz der allgegenwärtigen Not einen gewissen Wohlstand sichern wollte.⁶⁷⁰ Ein großer verbrecherischer Wille und eine besondere Skrupellosigkeit, mit der die „Belange der Allgemeinheit selbstsüchtig“ verletzt wurden,⁶⁷¹ wurde an anderer Stelle ebenso erwähnt wie „eine grobe rücksichtslose Einstellung gegenüber der der Allgemeinheit“.⁶⁷² Ein solcher „kaltblütige[r] und rücksichtslose[r] Egoismus“ sowie Genusssucht galten als besonders verabscheuungswürdige Tatantriebe.⁶⁷³ Diese und ähnliche stark moralisch geprägte Überlegungen wurden nicht selten angestellt und gingen zum Teil auch in eine Bewertung der Lebensführung der Angeklagten über. So wurde ein Angeklagter als ein „jede Einsicht in das Verwerfliche seines Treibens vermissen lassende[r] Trinker[...]" bezeichnet.⁶⁷⁴ Ein Anderer frönte mit den Worten der Richter „in skrupelhafter Weise und hochstaplerischer Manier angesichts allgemeiner Not seiner Eigensucht“.⁶⁷⁵

Außerdem wurde in manchen Fällen darauf abgestellt, dass der oder die Täter mit besonderer Raffinesse vorgingen oder bereitwillig zur Tat schritten. Ein Beispiel für eine solch besondere Raffinesse wurde darin gesehen, dass sich der Täter eines falschen Pases bediente, um so seine Identität zu verschleiern und seine Aktivitäten fortzuführen.⁶⁷⁶ Von „besonderer Frechheit und Frivolität“ wurde ein anderes Täuschungsmanöver gegenüber den Behörden eingeschätzt.⁶⁷⁷ Als besondere „Frechheit“ wurde es außerdem bezeichnet, dass ein Angeklagter in dem Fragebogen zur Entnazifizierung fälschlicherweise angab, vollkommen unbelastet zu sein.⁶⁷⁸ In anderen Fällen wirkte es sich strafscharfend aus, dass der Täter „sehr leichtfertig und schnell“ zur Tatausführung bereit war⁶⁷⁹ oder jede nur erdenkliche Möglichkeit zur Begehung von Straftaten ausnutzte.⁶⁸⁰

Die Art der Tatausführung stellte eine weitere wichtige Erwägung dar und wurde auf mehreren Ebenen relevant. Erstens hinsichtlich der Menge der betroffenen Güter, die auf das Ausmaß und die Dauer der Taten schließen ließ. In dieser Hinsicht gilt das im Rah-

⁶⁷⁰ LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 27. September 1948, Az. KLS 199/48, Nr. 2228, S. 14.

⁶⁷¹ LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 23. November 1948, Az. KLS 236/48, Nr. 2256, S. 10.

⁶⁷² LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLS 275/48, Nr. 2287, S. 33.

⁶⁷³ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 26. November 1947, Az. KLS 160/47, Nr. 1969, S. 8.

⁶⁷⁴ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 13. Mai 1948, Az. KLS 72/48, Nr. 2126, S. 5.

⁶⁷⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 30. Mai 1947, Az. KLS 86/46, Nr. 1761, S. 7.

⁶⁷⁶ LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 05. Oktober 1948, Az. KLS 193/48, Nr. 2223, S. 8.

⁶⁷⁷ LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 27. September 1948, Az. KLS 199/48, Nr. 2228, S. 15.

⁶⁷⁸ LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 05. Oktober 1948, Az. KLS 193/48, Nr. 2223, S. 8 f.

⁶⁷⁹ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 06. März 1947, Az. KLS 167/46, Nr. 1836, S. 3.

⁶⁸⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. September 1947, Az. KLS 114/47, Nr. 1935, S. 21.

men des Erfolgsunwertes Gesagte. Zweitens spielte der Umfang der Tatbeteiligung eine wichtige Rolle. Hier war es insbesondere von Interesse, wer unter mehreren Tätern die treibende Kraft war, mithin wer der Kopf der Unternehmungen war oder wer die meisten bzw. die entscheidenden Ausführungshandlungen vornahm. Dabei kam es zum Beispiel darauf an, ob ein Angeklagter bei der Tatausführung aktiver war,⁶⁸¹ einen weiteren Beteiligten zur Teilnahme verleitete,⁶⁸² der „treibende Keil“⁶⁸³ oder „geistige Kopf“⁶⁸⁴ bei der Tatausführung war. Neben der Menge der beiseitegeschafften Waren war dies der Faktor, der von den Richtern am häufigsten erwähnt wurde. Schließlich spielte in einigen Fällen die berufliche Position der Täter auf unterschiedliche Art und Weise eine wichtige Rolle. Bei Angestellten wirkte sich beispielsweise im Rahmen des Entwendens von Gegenständen ihres Arbeitgebers der damit einhergehende Vertrauensverlust seitens der Firma negativ aus.⁶⁸⁵ Gleiches galt für einen Gemeindeschäfer, dem die Tiere durch die Eigentümer gutgläubig überlassen worden waren.⁶⁸⁶ Von Viehhändlern und Landwirten wurde die Einhaltung besonderer Sorgfaltspflichten und die strikte Befolgung der Wirtschaftsregeln aufgrund ihrer Position im Besonderen erwartet.⁶⁸⁷ Zum Teil wurde den Tätern aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit entgegengehalten, dass sie aufgrund ihrer Stellung ein schlechtes Vorbild für den Rest der Bevölkerung abgaben und deshalb umso strenger bestraft werden mussten. Dieser Aspekt kam beispielsweise bei der Beteiligung von Behördenmitarbeitern in der Markenverteilung und -produktion zum Tragen, da „das Volk [...] ein Recht darauf [hat], daß gerade die mit solchen Aufgaben betrauten Beamten und Angestellten sich dieser Aufgabe bewusst sind und eine besondere Charakterfestigkeit an den Tag legen“.⁶⁸⁸ Die Richter gingen dabei sogar davon aus, dass bereits aus der Art der Arbeit als solcher, auch wenn sie nur relativ gering entlohnt wurde, eine entsprechende Verpflichtung der Angestellten entstand.⁶⁸⁹ Gerade den Mitarbeiterinnen in den Kartenstellen kam nach Ansicht der Richter dabei eine besondere Verantwortung zu, da die Korruption dort „wie an keiner anderen behördlichen Stelle so geeignet ist, das Vertrauen der Bevölkerung in die neue Verwaltung und in den demokratischen Staat zu erschüttern“.⁶⁹⁰ Mit derartigen Aussagen überbürdeten die Richter den oftmals ganz gewöhnlichen, weder besonders gut qualifizierten, noch entlohnnten Angestellten der Kartenproduktion und -verwaltung ein hohes Maß an Verantwortung. Eine Arbeit in diesem Bereich war somit ein entscheidender Malus bei der Strafzumessung. Bedenkt man,

⁶⁸¹ LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 08. Dezember 1948, Az. KLs 145/48, Nr. 2185, S. 4.

⁶⁸² LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 22. Februar 1947, Az. KLs 152/46, Nr. 1823, S. 10; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 13. Mai 1948, Az. KLs 72/48, Nr. 2126, S. 5.

⁶⁸³ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLs 181/48, Nr. 2215, S. 26.

⁶⁸⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 33.

⁶⁸⁵ So beispielsweise in LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 11. Dezember 1947, Az. KLs 224/47, Nr. 2010, S. 6.

⁶⁸⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLs 239/48, Nr. 2259, S. 20.

⁶⁸⁷ LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 20. Juli 1949, Az. KLs 288/48, Nr. 2299, S. 12.

⁶⁸⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLs 181/48, Nr. 2215, S. 25.

⁶⁸⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLs 181/48, Nr. 2215, S. 25.

⁶⁹⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLs 32/46, Nr. 1721, S. 36.

dass ihre berufliche Stellung es vielen Angeklagten erst ermöglichte, Waren beiseitezuschaffen, ist dies jedoch kohärent gerade im Hinblick auf die damit einhergehende abschreckende Wirkung. Gleichzeitig wird dadurch jedoch auch eine gewisse Verzweiflung deutlich: Durch die zahlreichen Verstöße gegen die Bewirtschaftungsregeln an den unterschiedlichsten Stellen dürfte es zunehmend schwerer geworden sein, die Einhaltung der Regularien gegenüber der breiten Masse durchzusetzen. Dieses Nicht-Funktionieren eines zentralen Bereichs der Verwaltung dürfte somit auch die allgemeine Akzeptanz der Obrigkeit nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus beeinträchtigt haben, was ein strenges Durchgreifen der Richter gerade in diesem Bereich erforderlich machte.

Schließlich dürfen auch die Auswirkungen des Vor- und Nachtatverhaltens nicht außer Acht gelassen werden. Wenig überraschend wurden bestehende, zumeist hohe oder einschlägige Vorstrafen bei der Strafzumessung erwähnt und wirkten sich zu Ungunsten der Angeklagten aus. Bei immerhin 25 Angeklagten war dieser Aspekt von Belang. Dies zeigt, dass zumindest ein kleinerer Anteil der Täter erneut straffällig wurde. In eine ähnliche Richtung zielen Aussagen, in denen die Richter in einigen Fällen wörtlich oder implizit in ihre Erwägungen einfließen ließen, dass die Angeklagten der Szene der „Schieber“ zugehörig waren bzw. als solche allgemein bekannt waren. So wurden Angeklagte beispielsweise als „gewissenlose Schwarzhändler“,⁶⁹¹ „ausgesprochene und noch aktivere Schwarzhändlerin“⁶⁹² oder „versierte Schwarzhändler“⁶⁹³, die „sich in Schwarzhandelskreisen herumtreiben“⁶⁹⁴ bezeichnet. Manchen Tätern wurde gar die zweifelhafte Ehre zuteil, als „Träger des schwarzen Marktes“⁶⁹⁵ charakterisiert zu werden. Diese „dunklen Kräfte“, nämlich die „Großen des schwarzen Marktes“,⁶⁹⁶ erfuhren so nicht nur strafrechtliche, sondern auch moralische Verurteilung. Bemerkenswert in diesem Kontext ist jedoch, dass einige dieser angeblichen Schwarzhändler nicht vorbestraft waren, sodass in manchen Fällen offen bleibt, worauf sich das vernichtende Urteil der Richter stützte. In anderen Urteilen wurde diese Einschätzung damit begründet, dass eine Angeklagte einem Interessenten gegenüber bereitwillig anbot, bestimmte Waren zu besorgen, was andere Menschen wohl als „hellen Unsinn“ abgelehnt hätten⁶⁹⁷ und dass einem Täter ohne weiteres eine sehr hohe Anzahl an Lebensmittelmarken gegen entsprechende Gegenleistung zum Weitervertrieb angeboten wurde.⁶⁹⁸

Straferschwerend wirkte es sich schließlich ebenfalls aus, wenn die Angeklagten im Vorfeld des Verfahrens versuchten, ihre Taten zu vertuschen, indem sie zum Beispiel bei drohender Festnahme noch Spuren verwischten oder den Versuch unternahmen, ihre Beute zu sichern. Angesichts der besorgniserregenden Ernährungslage wurde es außer-

⁶⁹¹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 28. Oktober 1947, Az. KLs 140/47, Nr. 1958, S. 10.

⁶⁹² LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. März 1948, Az. KLs 208/47, Nr. 1998, S. 14.

⁶⁹³ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 35.

⁶⁹⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 35.

⁶⁹⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLs 181/48, Nr. 2215, S. 27.

⁶⁹⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 21.

⁶⁹⁷ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. März 1948, Az. KLs 208/47, Nr. 1998, S. 13.

⁶⁹⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLs 181/48, Nr. 2215, S. 27.

dem als besonders negativ und damit strafscharfend wahrgenommen, wenn ein Täter die beiseitegeschafften Waren in der auf seine Tat folgende Zeit lieber verderben ließ anstatt sie an die zuständigen Ämter zu melden oder anderen Menschen zur Verfügung zu stellen.⁶⁹⁹

Problematisch stellt sich schlussendlich die Beurteilung des Verhaltens der Angeklagten im Prozess selbst dar. Heutzutage sollen und dürfen bestimmte Handlungsweisen der Beschuldigten, wie beispielsweise Leugnen oder Schweigen im Prozess nicht straferschwerend berücksichtigt werden oder als Hinweis auf fehlende Reue interpretiert werden.⁷⁰⁰ Dies wurde im Rahmen der damaligen Schwarzmarktrechtsprechung jedoch anders gehandhabt: In vielen Fällen wurde Leugnen, Schweigen oder die Beschuldigung anderer Personen während des Strafverfahrens ebenso strafscharfend berücksichtigt wie das Fehlen eines Geständnisses. Die grundsätzliche Abwesenheit von Reue wurde darüber hinaus ebenfalls häufig erwähnt.

bb. Einfluss der Ernährungssituation

Neben diesen weitgehend bis heute etablierten Kategorien war für die Richter seinerzeit noch eine weitere Erwägung von entscheidender Bedeutung, nämlich die allgemeine Versorgungs- und Ernährungssituation. Derartige Überlegungen wurden der konkreten Strafzumessung häufig einer Präambel gleich vorangestellt. An dieser Stelle sind auch sehr einprägsame Formulierungen zu finden, welche die damals herrschende, schwierige Lage und deren Einschätzung durch die Richter aufzeigen. So malte beispielsweise die zweite Strafkammer des LG Nürnberg im Sommer 1946 ein besonders düsteres Bild:

„Die Ernährungslage in Deutschland hatte sich gegen Ende des Jahres 1945 so weitgehend verschlechtert, daß die Existenz der gesamten Bevölkerung von einer tödlichen Gefahr bedroht erschien. Die verantwortlichen Stellen der Besatzungsmacht und der deutschen Behörden wandten sich in immer eindringlicheren Formen an den Opferwillen der Erzeuger und an die Moral und den Gemeinschaftssinn der Verbraucher.“⁷⁰¹

Diese „Zeit wirtschaftlicher Depression“⁷⁰² und einer „allgemeinen Notlage“⁷⁰³ war eine Phase, in der „die Ernährungslage des gesamten Volkes, besonders des Normalverbrauchers in der Stadt, ausserordentlich ernst war“.⁷⁰⁴ Das Ausmaß dieser „ohnedies aufs äußerste angespannten Ernährungslage“⁷⁰⁵ wurde manchmal außerdem an einzelnen Beispielen aufgezeigt. So wurde das Beiseiteschaffen von Butter als besonders negativ aufgefasst, da zur Tatzeit nicht einmal die kleinen, zuge teilten Rationen ausgegeben

⁶⁹⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 27. Mai 1946, Az. KLs 10/46, Nr. 1692, S. 6.

⁷⁰⁰ So Schäfer/Sander/van Gemmeren, Rn. 673 ff.

⁷⁰¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 21.

⁷⁰² LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 31. Mai 1948, Az. KLs 28/48, Nr. 2087, S. 6.

⁷⁰³ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 07. April 1948, Az. KLs 279/47, Nr. 2039, S. 7; ähnlich auch LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLs 181/48, Nr. 2215, S. 25.

⁷⁰⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLs 239/48, Nr. 2259, S. 20.

⁷⁰⁵ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 13. Mai 1948, Az. KLs 72/48, Nr. 2126, S. 5.

werden konnten.⁷⁰⁶ Täter, die in dieser Lage auf dem Schwarzmarkt tätig wurden, ließen dadurch „Belange des Volksganzen“ bewusst außer Acht.⁷⁰⁷

Davon ausgehend fühlten sich die Strafkammern zum Teil dazu berufen angesichts dieser Lage Regeln bei der Strafzumessung abzuleiten:

„Bei der Strafzumessung war [...] davon auszugehen, dass das Bestehen der gesamten Ernährungswirtschaft gerade in den kritischen Monaten des ersten Halbjahres 1948 davon abhing, dass die vorhandenen Lebensmittelbestände möglichst gleichmässig zur Verteilung kamen und daß die gesamte Planung nicht gestört wurde durch gefälschte oder zu Unrecht in den Verkehr gebrachte echt Lebensmittelmarken. Es ist allgemein bekannt und auch seinerzeit schon bekannt gewesen, dass der große Umlauf von gefälschten oder widerrechtlich in den Verkehr gebrachten echten Marken ein beinahe untragbares Ausmass angenommen hat. Es ist Aufgabe der Gerichte, durch Ausspruch fühlbarer Strafen gegen Wirtschaftsverbrecher solcher Art, wie sie die Angeklagten darstellen, mitzuwirken, dass diesem Treiben nach Möglichkeit Einhalt geboten werden kann. Der Umstand, dass die Verfehlungen der Angeklagten erst jetzt abgeurteilt werden können, also in einem Zeitpunkt, in dem die grösste Krise überwunden zu sein scheint, kann nicht bestimmend sein für die Straffindung. [...] Auch jetzt noch erfordert der Schutz der grossen Masse des Volkes die harte Bestrafung solcher Verbrecher. Das Gericht ist davon überzeugt, dass die sämtlichen Angeklagten sowie auch deren Angehörige eine harte Strafe von einem Gericht verlangen würden, wenn sie nicht gerade selber jetzt als Angeklagte wegen solcher Vergehen vor dem Gericht stehen würden.“⁷⁰⁸

Eine Legitimierung der hohen Strafe durch die Ansichten der Gesellschaft nahm auch die zweite Strafkammer an, als sie davon ausging, dass insbesondere beim Beiseiteschaffen besonders gefragter Lebensmittel wie Fleisch und Fett ein hartes Durchgreifen der Judikative erwartet würde.⁷⁰⁹ Ähnlich verhielt es sich, wenn die Richter davon ausgingen, dass „Schwarzschlachtungen [...] mit allen Mitteln im Interesse der Volksernährung bekämpft werden“ müssten⁷¹⁰ oder anmerkten, dass das Funktionieren des Markensystems für die Ernährung der gesamten Bevölkerung bedeutsam sei, weswegen „Anschläge“ darauf gerade in „der schwersten Zeit unseres Volkes“ besonders geahndet werden mussten.⁷¹¹ In diesem Kontext hieß es außerdem: „Derartige Elemente, die ein Krebschaden der deutschen Wirtschaft sind, müssen mit strengen Strafen zur Ordnung gerufen werden.“⁷¹² Das bedeutet, dass hohe Strafen mit dem öffentlichen Interesse an dem

⁷⁰⁶ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 06. April 1948, Az. KLs 38/48, Nr. 2103, S. 14.

⁷⁰⁷ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 28. April 1947, Az. KLs 165/47, Nr. 1834, S. 6.

⁷⁰⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLs 181/48, Nr. 2215, S. 24 f.

⁷⁰⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. Juni 1948, Az. KLs 80/48, Nr. 2131, S. 7.

⁷¹⁰ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. Oktober 1947, Az. KLs 149/47, Nr. 1964, S. 4.

⁷¹¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 19. März 1948, Az. KLs 266/47, Nr. 2030, S. 3.

⁷¹² LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 34 f.; fast wortgleich auch in LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 24. Februar 1949, Az. KLs 287/48, Nr. 2298, S. 18.

Schutz der Versorgung begründet wurden.⁷¹³ Denn „durch solche Schädlinge an der Allgemeinheit“ werde die Deckung des Bedarfs der Allgemeinheit weiterhin erschwert.⁷¹⁴ Dies impliziert außerdem, dass die Strafen angesichts der Ernährungslage abschreckende Wirkung haben sollten. Dieses Ziel der Abschreckung fand teils auch explizite Erwähnung.⁷¹⁵

Das „schwere Ringen des deutschen Volkes um das tägliche Brot“⁷¹⁶ und die damit einhergehenden strengen Bewirtschaftungsregeln nahm das LG Nürnberg so des Öfteren zum Anlass, um eine strenge Bestrafung derjenigen zu begründen, die durch ihr Handeln die Allgemeinheit schädigten, da nur dadurch das Funktionieren des Bewirtschaftungssystems einigermaßen gewährleistet werden konnte.⁷¹⁷ Dies galt nicht nur für die besonders aktiven Schwarzhändler, sondern auch für „Außenseiter und Mitläufer“.⁷¹⁸ Beide der verwendeten Begriffe fallen ins Auge. Die Verwendung des Wortes „Außenseiter“ bezieht sich hier auf die Täter, die der Schwarzmarkt-Gemeinschaft nicht zugehörig waren, da sie nur in verhältnismäßig geringem Umfang tätig wurden. An anderen Stellen wurden jedoch die Schwarzhändler selbst als nicht der Gesellschaft zugehörig dargestellt, sodass der Eindruck entsteht, dass die am Schwarzmarkt Beteiligten in den Augen der Richter eine eigene Gemeinschaft abseits der eigentlichen Gesellschaft bildeten. Für diejenigen, die diesem Bunde nur am Rande angehörten, blieb somit eine Rolle ab von jeder Art der Gemeinschaft. Fraglich ist überdies, ob der Begriff „Mitläufer“ mit Bedacht gewählt wurde. Heutzutage ist dieser Begriff im Rahmen der alliierten Entnazifizierungsmaßnahmen stark politisch und negativ behaftet, allerdings dürfte fraglich sein, ob sich ein entsprechender Sprachgebrauch 1949 bereits in die Alltagssprache eingeschlichen hatte und mit „Mitläufer“ nicht schlicht eine periphere Beteiligung in untergeordneter Position gemeint war.

Seitens der Rechtsprechung wurde davon ausgegangen, dass die Ernährungskrise im Jahre 1947 ihren Höhepunkt erreicht hatte.⁷¹⁹ Im Laufe des Jahres 1948 befanden die Nürnberger Richter außerdem, dass die Hortung unter Geschäftsinhabern wieder zugenommen habe, weswegen dem Gesetz „wieder Achtung und Geltung verschafft werden“ musste.⁷²⁰ Ein Sachverständiger äußerte sich in einer Hauptverhandlung im Frühling 1948 des Weiteren dahingehend, dass auch die Zahl der Markenfälschungen spürbar angestiegen waren, weshalb das Gericht in erster Linie aus Gründen der Abschreckung

⁷¹³ LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 08. März 1949, Az. KLS 283/48, Nr. 2294, S. 16.

⁷¹⁴ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 13. Mai 1948, Az. KLS 72/48, Nr. 2126, S. 5.

⁷¹⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 26. November 1947, Az. KLS 160/47, Nr. 1969, S. 9; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Februar 1948, Az. KLS 220/47, Nr. 2007, S. 7.

⁷¹⁶ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLS 100/48, Nr. 2147, S. 16 f.

⁷¹⁷ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLS 100/48, Nr. 2147, S. 16 f.; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLS 275/48, Nr. 2287, S. 33 ff.; LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 08. März 1949, Az. KLS 283/48, Nr. 2294, S. 16.

⁷¹⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLS 275/48, Nr. 2287, S. 38.

⁷¹⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. Juni 1948, Az. KLS 80/48, Nr. 2131, S. 2; 7.

⁷²⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLS 181/48, Nr. 2215, S. 14.

eine hohe Strafe verhängte.⁷²¹ Auch in den ersten Monaten des Jahres 1948 beobachtete die zweite Strafkammer ein Ansteigen der Schwarzmarktkriminalität.⁷²² Nach der Währungsreform war nach Ansicht der Richter ebenfalls ein Wiederaufflammen des schwarzen Marktes erkennbar, das bekämpft werden musste.⁷²³ Somit erblickten die Richter fast durchgängig einen Höhepunkt der Ernährungskrise oder eine Ausbreitung des schwarzen Marktes.

Insgesamt betrachtet diente die Darstellung der verheerenden Ernährungssituation also meist dazu, eine schwere Strafe zu begründen. Die Vorgehensweise dabei erinnert an die Auslegung des Begriffes der Gefährdung der Bedarfsdeckung im Rahmen des § 1 Abs. 1 KWVO: Die Situation der Allgemeinheit wurde in den Kontext des Täterverhaltens gesetzt. Hier geschah dies oft, um eine abschreckende Wirkung der Strafen zu begründen. Gerade wegen der schwierigen Versorgungslage mussten nach Ansicht der Richter viele Sanktionen hoch ausfallen, um sowohl dem Täter selbst die fatalen Auswirkungen seines Handelns vor Augen zu führen, als auch dem Rest der Bevölkerung die Wirksamkeit des Bewirtschaftungssystems zu beweisen. Dem Element der Abschreckung, sowohl als Spezial-, als auch als Generalprävention kam damit entscheidende Bedeutung zu. Darüber hinaus zog sich die Mangellage mit ihren Begleiterscheinungen – wie bereits anhand einiger Beispiele verdeutlicht wurde – auch durch viele andere Erwägungen zur Strafzumessung und wurde so an unterschiedlichen Stellen immer wieder aufgegriffen.

b. Strafmildernde Faktoren

Auch die strafmildernden Faktoren orientierten sich weitestgehend an den bis heute verwendeten Kategorien der Strafzumessung.⁷²⁴ Im Rahmen der strafzumessungserheblichen Umstände fand die Nachkriegszeit mit ihren Besonderheiten und insbesondere der schwierigen Ernährungssituation immer wieder Erwähnung. Allerdings geschah dies weniger in Form eines eigenen Kriteriums wie soeben beobachtet, sondern die herrschende Not und das zurückliegende Kriegsende wurden in Bezug zur Person des Angeklagten gesetzt und zeigten sich so im Rahmen unterschiedlicher Kriterien.

Die strafmildernden Umstände stellten zum Teil außerdem ein Spiegelbild der strafschärfenden Kriterien dar. Das bedeutet, dass bereits benannte, für die Angeklagten nachteilige Faktoren, sich positiv auswirkten, wenn sie in umgekehrter Art und Weise oder gar nicht vorlagen. Dies ist beispielsweise im Rahmen des Erfolgsunwertes zu beobachten, wo es sich für die Angeklagten günstig auswirkte, wenn sie lediglich kleine Mengen beiseitegeschafft hatten. Jedoch spielte dieses Kriterium nur eine relativ untergeordnete Rolle und wurde weitaus seltener erwähnt als die großen Mengen im Rahmen der strafschärfenden Faktoren. Positiv wirkte es sich für die Täter außerdem aus, wenn die von ihnen beiseitegeschafften Güter nicht endgültig verloren waren, sondern sicherge-

⁷²¹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 06. April 1948, Az. KLS 38/48, Nr. 2103, S. 14.

⁷²² LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 07. April 1948, Az. KLS 279/47, Nr. 2039, S. 7.

⁷²³ LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 23. November 1948, Az. KLS 236/48, Nr. 2256, S. 10.

⁷²⁴ Vgl. hierzu Schäfer/Sander/van Gemmeren, Rn. 587 ff.

stellt werden konnten und so wieder (auf Umwegen) der allgemeinen Bewirtschaftung zugeführt werden konnten. In derartigen Fällen gingen die Richter davon aus, dass erst gar kein Schaden entstanden sei.⁷²⁵ Ähnlich wurde es einem Angeklagten zugute gehalten, dass er die von ihm gehorteten Waren nicht auf dem Schwarzmarkt angeboten hatte und diese demnach nach der Entdeckung vollständig sichergestellt werden konnten.⁷²⁶ Aus rechtspolitischen Gründen mag diese Überlegung durchaus sinnvoll sein, in praktischer Hinsicht wirkt sie jedoch wenigstens zweifelhaft: Zu dem Zeitpunkt, zu dem die Gegenstände sichergestellt wurden, war die Ernährungssituation meistens besser, zumindest jedoch nicht schlechter als zur Zeit des Beiseiteschaffens. Es erscheint daher doch zweifelhaft, ob der Allgemeinheit damit mehr gedient war, dass sich die fraglichen Lebensmittel in der Zeit der angespanntesten Lage versteckt in einem Lager befanden, anstatt – wenn auch auf illegalem Wege – für den Konsum freigegeben wurden.

Bei dem Handlungsunwert fand im Rahmen der psychischen Faktoren zunächst, obgleich selten, die verminderte Zurechnungsfähigkeit der Angeklagten Erwähnung.⁷²⁷ Auch die Jugend mancher Angeklagter wirkte sich in einigen Fällen unter Umständen positiv aus, da die Strafkammern davon ausgingen, dass gerade die jüngeren Täter die Folgen ihres Handelns nicht überblicken konnten⁷²⁸ oder sich aufgrund ihrer Unerfahrenheit leichter zu Straftaten überreden ließen.⁷²⁹ Jedoch fand umgekehrt auch ein höheres Alter Erwähnung. Ohne dass begründet wurde, warum sich dieser Umstand strafmildernd auswirkte, wurde bei wenigen der über 50-jährigen Täter diese Tatsache zu ihren Gunsten verbucht.⁷³⁰ Einmal wurde das Alter der Angeklagten (59 Jahre) auch zum Anlass genommen, um von einem Berufsverbot abzusehen, da die Richter davon ausgingen, dass es ihr angesichts ihrer Betagtheit schwerfallen würde, sich eine andere Existenzgrundlage aufzubauen.⁷³¹

Einer der entscheidenden Faktoren bei der Strafzumessung waren weiterhin die der Tat zugrundeliegenden Beweggründe und Ziele. Dort fanden auch am ehesten die besonderen Zeit- sowie die individuellen Lebensumstände der Täter Berücksichtigung. Das Handeln aus einer Notlage heraus war dabei ein durchaus anerkanntes Kriterium zur Strafmilderung. Einzelne Handlungen, die „der Not des Augenblicks“⁷³² oder der „allgemeinen wirtschaftlichen Not“⁷³³ entsprangen, wurden so milder beurteilt. Auch eine

⁷²⁵ So z.B. in LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 21. Juni 1948, Az. KLS 286/47, Nr. 2045, S. 5; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 31. Mai 1948, Az. KLS 28/48, Nr. 2087, S. 6.

⁷²⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 14.

⁷²⁷ So nur in LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 09. Mai 1947, Az. KLS 73/46, Nr. 1751, S. 10.

⁷²⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLS 275/48, Nr. 2287, S. 33.

⁷²⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 22. Februar 1947, Az. KLS 152/46, Nr. 1823, S. 10; ähnlich auch LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 03. Februar 1949, Az. KLS 261/48, Nr. 2298, S. 33.

⁷³⁰ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. Januar 1948, Az. KLS 209/47, Nr. 1999, S. 6; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 14; LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 27. September 1948, Az. KLS 199/48, Nr. 2228, S. 14.

⁷³¹ LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 27. September 1948, Az. KLS 199/48, Nr. 2228, S. 15.

⁷³² LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 06. März 1947, Az. KLS 167/46, Nr. 1836, S. 3.

⁷³³ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 19. März 1948, Az. KLS 266/47, Nr. 2030, S. 3.

ungünstige finanzielle Lage, die zu großer Not führte, wurde strafmildernd berücksichtigt, obwohl diese „teilweise durch eigenes Verschulden“ verursacht worden war.⁷³⁴ Eine Notsituation konnte auf verschiedenen Faktoren beruhen. Die unmittelbaren Kriegsfolgen, wie die Rückkehr aus längerer Kriegsgefangenschaft und die daraus resultierende Unterernährung des Täters oder eines seiner Angehörigen, der erst wieder „herauszufüttern“ war,⁷³⁵ wurden als solche Notlage gesehen, die auch strafmildernd berücksichtigt wurde.⁷³⁶ Gleiches galt, wenn ein Angeklagter aufgrund langen Militärdienstes und anschließender Kriegsgefangenschaft nun arbeitslos war.⁷³⁷ Auch die Tatsache, dass ein Kriegsheimkehrer aufgrund der schmerzhaften Folgen einer Kriegsverletzung auf dem Schwarzmarkt tätig wurde, um sich so ein Betäubungsmittel finanzieren zu können, wurde strafferleichternd berücksichtigt.⁷³⁸ Ähnlich wurde bei einer Verwundung verfahren, durch welche ein Täter seinen erlernten Beruf nicht mehr ausüben konnte und so in finanzielle Schwierigkeiten geriet.⁷³⁹ Aber auch ohne das Hinzutreten weiterer Faktoren wurde eine Kriegsverletzung zugunsten des Täters berücksichtigt.⁷⁴⁰ Unabhängig von einem Kriegseinsatz galt ebenso ein im Allgemeinen angegriffener Gesundheitszustand als strafferleichternd, wenn die Schwarzhandelsgeschäfte wenigstens auch zum Teil vorgenommen wurden, um diesem abzuhelpen.⁷⁴¹ Ein derart „leidender Zustand“ machte „eine Freiheitsstrafe [...] ohnedies fühlbarer“.⁷⁴²

Besonders häufig wurde im Rahmen der bejahten Notsituation darauf eingegangen, ob die Angeklagten Güter für versorgungsbedürftige Angehörige benötigten. So wurde einem Angeklagten, der für Frau und neun Kinder zu sorgen hatte, diese mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten einhergehende Gegebenheit zugute gehalten.⁷⁴³ Gleiches galt in mehreren Fällen, wenn die Täter Kinder oder andere versorgungsbedürftige Familienmitglieder hatten und aus Sorge um deren Ernährung handelten.⁷⁴⁴ Auch extreme persönliche Schicksalsschläge – ein Angeklagter hatte im Krieg zwei Söhne und einen

⁷³⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Mai 1947, Az. KLs 19/47, Nr. 1865, S. 13.

⁷³⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Mai 1947, Az. KLs 19/47, Nr. 1865, S. 13.

⁷³⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 23. Mai 1947, Az. KLs 166/46, Nr. 1835, S. 3; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. September 1947, Az. KLs 114/47, Nr. 1935, S. 22; LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 08. März 1949, Az. KLs 283/48, Nr. 2294, S. 8.

⁷³⁷ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 06. April 1948, Az. KLs 38/48, Nr. 2103, S. 15; ähnlich auch LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 03. Februar 1949, Az. KLs 261/48, Nr. 2298, S. 32.

⁷³⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Mai 1947, Az. KLs 19/47, Nr. 1865, S. 12.

⁷³⁹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 16. Dezember 1947, Az. KLs 167/47, Nr. 1974, S. 8.

⁷⁴⁰ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 06. April 1948, Az. KLs 38/48, Nr. 2103, S. 15; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLs 239/48, Nr. 2259, S. 22; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 03. Februar 1949, Az. KLs 261/48, Nr. 2298, S. 34.

⁷⁴¹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. März 1948, Az. KLs 208/47, Nr. 1998, S. 13 f.; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 11. Dezember 1947, Az. KLs 224/47, Nr. 2010, S. 8.

⁷⁴² LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 11. Dezember 1947, Az. KLs 224/47, Nr. 2010, S. 8.

⁷⁴³ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 23. Mai 1947, Az. KLs 166/46, Nr. 1835, S. 3.

⁷⁴⁴ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 11. Dezember 1947, Az. KLs 224/47, Nr. 2010, S. 9; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 13. Mai 1948, Az. KLs 72/48, Nr. 2126, S. 5; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLs 100/48, Nr. 2147, S. 17; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLs 181/48, Nr. 2215, S. 27.

Schwiegersohn verloren und seine Tochter eine Behinderung erlitten, weshalb er nun auch für seine Enkelkinder Sorge trug – fanden in den Urteilen Erwähnung und trugen zur Strafminderung bei.⁷⁴⁵ Hingegen wurde in einem weiteren Falle deutlich gemacht, dass die schwierige Ernährungssituation als solche fast jeden traf und deshalb die Sorge um kranke oder bedürftige Familienangehörige nicht als strafmildernder Grund akzeptiert wurde.⁷⁴⁶ Auch der allgegenwärtige Mangel an bestimmten Betriebsgegenständen wurde von der ersten Strafkammer nicht als zu berücksichtigender strafmildernder Grund anerkannt, denn „schließlich leidet jeder Deutsche mehr oder weniger unter dem Mangel bestimmter Artikel“.⁷⁴⁷ Paradoxiert wurde jedoch in erstgenanntem Fall die Sorge um die Ernährung kranker Familienmitglieder bei einem anderen Angeklagten dennoch als strafmildernder Grund genannt. Insofern sind die Erwägungen bezüglich der Strafzumessung an dieser Stelle inkonsistent. In einem anderen Urteil äußerten sich die Richter vermittelnd dahingehend, dass die Sorge um seine Familie die Betätigung des Angeklagten auf dem schwarzen Markt erklärbar, wenn auch nicht entschuldbar machte.⁷⁴⁸

Die Begründung einer Notlage konnte schließlich auf der erst kurz zurückliegenden Entlassung aus dem KZ, aber auch aus einer anderen Strafanstalt fußen.⁷⁴⁹ Bereits die zurückliegende Inhaftierung im KZ selbst und die damit verbundenen Nachteile konnten eine Strafmilderung begründen.⁷⁵⁰ Ähnlich verhielt es sich, wenn die Täter von Bombenschäden hart getroffen waren und sich deshalb in einer Notlage befanden.⁷⁵¹ Auch der Umstand, dass ein Täter Flüchtling war, wurde wenigstens erwähnt und zählte zu denjenigen Faktoren, die strafmildernd berücksichtigt wurden⁷⁵² – insbesondere dann, wenn er einen Großteil seines Besitzstandes verloren hatte⁷⁵³ oder damit bei jungen Menschen der Verlust des sozialen Umfeldes einherging.⁷⁵⁴ Die direkten oder indirekten Folgen des Dritten Reichs und des Krieges für den einzelnen Menschen wurden so im Rahmen der Strafzumessung berücksichtigt. Die so oft angesprochene Notlage beruhte also in den allermeisten Fällen auf persönlichen Schicksalsschlägen und Verhältnissen und nicht auf der allgemein herrschenden Mangelsituation. Dies ist nur konsequent bedenkt man, dass alles andere der Intention der Gesetze und Verordnungen zur Schwarzmarktbekämpfung widersprochen hätte. Die allgemeine Notlage war für jedermann fühlbar, sodass nur besondere, darüber hinausgehende Umstände dazu geeignet sein konnten,

⁷⁴⁵ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. Januar 1948, Az. KLs 209/47, Nr. 1999, S. 6.

⁷⁴⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLs 181/48, Nr. 2215, S. 25.

⁷⁴⁷ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 31. Mai 1948, Az. KLs 28/48, Nr. 2087, S. 6.

⁷⁴⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLs 239/48, Nr. 2259, S. 22.

⁷⁴⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 21 f.

⁷⁵⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 24. Februar 1949, Az. KLs 287/48, Nr. 2298, S. 17.

⁷⁵¹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 31. Mai 1948, Az. KLs 28/48, Nr. 2087, S. 6; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 34.

⁷⁵² LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Mai 1947, Az. KLs 19/47, Nr. 1865, S. 12.

⁷⁵³ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 06. April 1948, Az. KLs 38/48, Nr. 2103, S. 15.

⁷⁵⁴ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLs 100/48, Nr. 2147, S. 17.

strafmildernd zu wirken. Dies korreliert mit der zuvor erläuterten Ansicht, dass eine Besserstellung gegenüber der Allgemeinheit strafscharfend wirkte.

Positiv wirkte es sich außerdem aus, wenn die auf dem Schwarzmarkt erworbenen Waren dazu dienen sollten, einen durch den Krieg zerstörten Betrieb wieder aufzubauen und zur Produktion zu führen.⁷⁵⁵ Dazu zählte auch das Beiseiteschaffen von Betriebsmitteln, an denen ein allgegenwärtiger Mangel bestand, die aber zur Fortführung des Geschäftes unverzichtbar waren.⁷⁵⁶ Den nicht zu vernachlässigenden Stellenwert, den das Streben der Menschen nach der Aufrechterhaltung der Produktion im Rahmen der Strafzumessung hatte, wird auch daran deutlich, dass es einem Angeklagten zugute gehalten wurde, dass er vor allem seinen Betrieb am Laufen halten wollte und erst daraus seine Strafbarkeit erwuchs.⁷⁵⁷

Ebenso wurde es den Tätern positiv angerechnet, wenn sie bei ihren Schwarzmarktgeschäften nicht in Bereicherungsabsicht handelten, sondern die daraus erhaltenen Güter aus altruistischen Gründen an Andere weitergaben.⁷⁵⁸ So wurde es einem Angeklagten zugute gehalten, dass er Schwarzschlachtungen nicht aus Egoismus vornahm, sondern das daraus gewonnene Fleisch seinen ehemaligen Mithäftlingen im KZ überließ.⁷⁵⁹ Ein anderer Täter durfte auf eine mildere Strafe hoffen, weil er die schwarz erworbenen Güter nicht nur für sich und seine Familie verwendete, sondern auch an weitere Personen, wie beispielsweise einen Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft, weitergab.⁷⁶⁰ Dementsprechend wirkte es sich für eine andere Täterin ebenso positiv aus, dass sie die schwarz erworbenen Lebensmittelmarken an Soldaten, Flüchtlinge, Kriegsgefangene, „Polenfrauen“ oder bedürftige Freunde und Verwandte abgab.⁷⁶¹

Der bei der Tat aufgewendete Wille spielte an verschiedenen Stellen eine Rolle. Sofern der Angeklagte bei der Tatbegehung aus Nachlässigkeit oder besonderer Aufregung heraus gehandelt hatte, wurde ihm dies strafmildernd ausgelegt. Gleiches galt, wenn den Tätern die Tatbegehung aus den unterschiedlichsten Gründen besonders leicht gemacht wurde. Dies geschah beispielsweise dann, wenn der Täter einer sich „bietenden Gelegenheit zum Opfer“ fiel.⁷⁶² Teils wurde die Tatbegehung auch durch offizielle Stellen begünstigt, etwa durch unklare persönliche Aussagen zur Legalität bestimmter Handlungen, sodass hier nur ein geringer Vorwurf gemacht werden konnte.⁷⁶³ Ähnlich leicht wurde die Tatausführung einer anderen Angeklagten durch die „laxe Dienstauffassung“ in ei-

⁷⁵⁵ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. Januar 1948, Az. KLs 209/47, Nr. 1999, S. 6; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 07. April 1948, Az. KLs 279/47, Nr. 2039, S. 6; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 27. April 1948, Az. KLs 54/48, Nr. 2113, S. 11.

⁷⁵⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Februar 1948, Az. KLs 220/47, Nr. 2007, S. 7.

⁷⁵⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLs 140/48, Nr. 2181, S. 14.

⁷⁵⁸ So z.B. in LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 19. März 1948, Az. KLs 266/47, Nr. 2030, S. 3.

⁷⁵⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. September 1947, Az. KLs 114/47, Nr. 1935, S. 21.

⁷⁶⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLs 239/48, Nr. 2259, S. 23.

⁷⁶¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLs 32/46, Nr. 1721, S. 26.

⁷⁶² LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 27. September 1948, Az. KLs 199/48, Nr. 2228, S. 15.

⁷⁶³ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 24. Februar 1949, Az. KLs 287/48, Nr. 2298, S. 17.

ner Kartenstelle gemacht.⁷⁶⁴ Auch darüber hinaus wirkte es sich bei der Strafbemessung positiv aus, wenn Menschen zur Tatausführung durch das Handeln Anderer oder äußere Umstände verleitet wurden. So wurde angenommen, dass Angeklagte wegen der „knappen Winterzuteilungen“ im ersten Nachkriegswinter leichter zu Tätigkeiten auf dem schwarzen Markt verführbar waren.⁷⁶⁵ Ein ähnlicher „ungeheure[r] Grad der Versuchung“ wurde beispielsweise bei der beruflichen Tätigkeit im Rahmen des Drucks von Lebensmittelmarken angenommen.⁷⁶⁶ Gleiches galt insbesondere nach Kriegsende, als in den Kartenstellen geringere Kontrollmechanismen bestanden und auch die Vorgesetzten – nach Ansicht des Gerichts – ihren Aufgaben nicht vollständig gerecht wurden, weshalb eine umso größere Versuchung bestand.⁷⁶⁷ Bei einer anderen Angeklagten nahmen die Richter an, „dass nicht jedem Menschen in seiner grossen Not die innere Haltung gegeben ist, um jeder Verlockung zu widerstehen.“⁷⁶⁸ An dieser Stelle wirken die Ausführungen gegenüber der Täterin fast schon schulmeisterlich. Es wirkte sich außerdem positiv aus, wenn die Angeklagte in die Kriminalität nur „hineingeschlittert“ waren oder sich „hinreißen“ ließen, ohne mit ausgeprägtem verbrecherischen Willen zu handeln.⁷⁶⁹

Gerade im Hinblick auf die angesprochene Versuchung, der die Menschen ausgesetzt waren, die in sensiblen beruflichen Positionen arbeiteten, ist ein gewisser Widerspruch feststellbar. Bei den strafscharfenden Faktoren wurde erwähnt, dass eine solche Tätigkeit ein hohes Maß an Verantwortung mit sich brachte, sodass sich ein Regelverstoß dieser Personen umso negativer auswirkte. Hier wird hingegen dahingehend argumentiert, dass sich die mit der einschlägigen Arbeit einhergehenden großen Verlockungen zu Gunsten des Angeklagten auswirkten. Auch Landwirten gegenüber wurde der einfachere Zugang zu Lebensmitteln negativ hervorgehoben, ohne dass hier die zweifellos bestehende Versuchung strafmildernd wirkte.

Im Rahmen des Maßes der Pflichtwidrigkeit wirkte es sich – spiegelbildlich zu den strafscharfenden Faktoren – strafmildernd aus, wenn einer der Täter einen geringen Tatanteil geleistet hatte oder erst durch die Intervention des Haupttäters zur Tatausführung überredet worden war. Gleiches galt, wenn ein Täter in sozialer oder finanzieller Hinsicht von einem Anderen abhängig war und nur so zur Tatausführung kam.

Ein geringeres Maß an Pflichtwidrigkeit wurde auch in Konstellationen angenommen, in denen das Tatgeschehen in den Kontext zu den besonderen Umständen der jeweiligen Begehungszeit gesetzt wurde. Am häufigsten geschah dies in denjenigen Verhandlungen, die sich mit Delikten befassten, die kurz nach Kriegsende begangen worden waren.

⁷⁶⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLS 32/46, Nr. 1721, S. 26.

⁷⁶⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLS 53/46, Nr. 1739, S. 23.

⁷⁶⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLS 181/48, Nr. 2215, S. 25.

⁷⁶⁷ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 20. Mai 1947, Az. KLS 14/46, Nr. 1700, S. 14.

⁷⁶⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLS 181/48, Nr. 2215, S. 27; in eine ähnliche Richtung auch LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLS 239/48, Nr. 2259, S. 20.

⁷⁶⁹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 16. Dezember 1947, Az. KLS 167/47, Nr. 1974, S. 8; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 13. Mai 1948, Az. KLS 72/48, Nr. 2126, S. 5; LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 05. Oktober 1948, Az. KLS 193/48, Nr. 2223, S. 9.

Diese Phase wurde als „Zeit des allgemeinen Zusammenbruchs“,⁷⁷⁰ in der „Unklarheit und mangelnde Ordnung“⁷⁷¹ herrschten, sowie als „Zeit allgemeiner Verwirrung und der Lockerung der Rechtsauffassung“⁷⁷² bezeichnet. In jener Phase waren „Begriffe von Recht und Unrecht bei einem Großteil der Bevölkerung erheblich ins Wanken geraten“.⁷⁷³ Daher wurden „mehrere[...] bedenkliche[...] Handhabungen“ toleriert⁷⁷⁴ und Täter, die in jener Zeit auf dem schwarzen Markt handelten, dürften nach Ansicht des Gerichts „ein Opfer der allgemeinen Lockerung der Begriffe von Recht und Unrecht“ geworden sein.⁷⁷⁵ Bei einem Angeklagten wurde außerdem davon ausgegangen, dass nach dem Zusammenbruch und seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft das Rechtsbewusstsein bei ihm und auch der Allgemeinheit „noch nicht wieder so recht gefestigt“ gewesen war.⁷⁷⁶ Diese Argumentation wurde nur für im Jahr 1946 oder in der ersten Jahreshälfte 1947 begangene Taten in dieser Weise geführt. Dies ist kohärent mit den Wertungen des Straffreiheitsgesetzes, das für die in und vor diesem Zeitraum begangenen Taten Amnestie gewährte, sofern sie beispielsweise unter dem Eindruck des Zusammenbruchs und der damit einhergehenden Verwirrung begangen worden waren. Das Straffreiheitsgesetz trat erst nach diesen Urteilen in Kraft, kann also nicht als Orientierungshilfe gedient haben. Dennoch zeigt sich eine gewisse Konsistenz, mit der Gesetzgebung und Rechtsprechung die moralische Orientierungslosigkeit, die mit dem Ende des Krieges und des Dritten Reiches sowie der anschließenden Besatzung einherging, in die Straferwägungen aufnahmen. Der gesellschaftliche und politische Kontext fand an dieser Stelle also auch zugunsten der Angeklagten Berücksichtigung. Seltener war dies auch noch an anderen Stellen der Fall. So wurde gegen Ende des Untersuchungszeitraums ähnlich verfahren, als Zweifel darüber bestanden, ob einzelne Bewirtschaftungsvorschriften überhaupt noch fortbestanden und diese wurden von den Behörden auch zum Teil nicht mehr mit aller Strenge durchgesetzt oder manche Verhaltensweisen wie beispielsweise Hortungen wurden sogar stillschweigend geduldet.⁷⁷⁷ Anderen Angeklagten wurde es zugute gehalten, dass sie „von der Unmoral der Zeit, nur noch zu kompensieren, angesteckt sind“, weshalb „sie vielleicht darin gar nicht mehr so sehr etwas Strafbares erblicken“.⁷⁷⁸

Schlussendlich fand auch das Vor- bzw. Nachtatverhalten Berücksichtigung. Einer der wichtigsten Faktoren waren dabei wiederum mögliche Vorstrafen. Sofern keine, keine einschlägigen oder nur geringfügige Vorstrafen vorhanden waren, wurde dies den Angeklagten zugute gehalten. Von den 178 Malen, in denen vorherige Strafen erwähnt wur-

⁷⁷⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLs 32/46, Nr. 1721, S. 26.

⁷⁷¹ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 20. Mai 1947, Az. KLs 14/46, Nr. 1700, S. 14.

⁷⁷² LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. September 1947, Az. KLs 114/47, Nr. 1935, S. 21.

⁷⁷³ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 22. November 1946, Az. KLs 91/46, Nr. 1766, S. 12.

⁷⁷⁴ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 20. Mai 1947, Az. KLs 14/46, Nr. 1700, S. 14.

⁷⁷⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLs 32/46, Nr. 1721, S. 26.

⁷⁷⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 23. Mai 1947, Az. KLs 166/46, Nr. 1835, S. 3.

⁷⁷⁷ LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 27. September 1948, Az. KLs 199/48, Nr. 2228, S. 14; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 24. Februar 1949, Az. KLs 287/48, Nr. 2298, S. 16 f.; LG Nürnberg-Fürth, 3. große Strafkammer, U. v. 20. Juli 1949, Az. KLs 288/48, Nr. 2299, S. 11.

⁷⁷⁸ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 27. April 1948, Az. KLs 54/48, Nr. 2113, S. 11.

den, wurde in 86% der Fälle die bisherige Strafflosigkeit bzw. die nur geringfügigen oder nicht einschlägigen Strafen positiv hervorgehoben. Dies ist nach heutigen Maßstäben eine sehr hohe Quote der Strafflosigkeit.⁷⁷⁹ Allerdings sind in diesen 86% auch Fälle enthalten, in denen lediglich keine einschlägige Verurteilung erwähnt wurde, wobei offen bleibt, ob bereits anderweitige Strafen ausgesprochen wurden. Somit sind die Zahlen hinsichtlich der rückfälligen Täter nicht ausreichend aussagekräftig. Die bisherige gute Führung stellte gleichzeitig auch den am häufigsten genannten Grund zur Strafmilderung dar. Einem Wiederholungstäter wurde im Übrigen zugute gehalten, dass er seine sämtlichen Taten erst nach Ausbruch des Krieges sowie in der Nachkriegszeit begangen hatte, weil er durch die schwierigen Verhältnisse dazu verleitet worden war.⁷⁸⁰ Außerdem ist darauf hinzuweisen, dass die Strafkammern frühere politische Strafen mehrmals explizit nicht berücksichtigten. Hier war also eine klare und wohl auch offiziell so vorgegebene Distanzierung von der NS-Herrschaft zu beobachten. Folgerichtig wirkten sich auch Straftaten, die KZ-Aufenthalte zur Folge gehabt hatten, nicht nachteilig auf die Strafzumessung aus.⁷⁸¹ Gleiches galt für Strafen im militärischen Kontext.⁷⁸²

Sofern die Angeklagten außerdem bislang durch eine aus richterlicher Sicht einwandfreie Lebensführung aufgefallen waren und so beispielsweise insbesondere ihre Geschäfte ordentlich und ohne Beanstandungen geführt hatten, wurde ihnen dies ebenfalls zugutegehalten. In diesem Kontext wirkte es sich für einen Metzgereiinhaber positiv aus, dass er die Überbestände, wegen deren Hortung er nach dem KRG Nr. 50 verurteilt wurde, nicht auf „unlautere Art und Weise“ erworben hatte, sondern sie aus den allgemeinen Zuteilungen heraus erwirtschaftet hatte.⁷⁸³ Die Richter bezogen es ebenfalls in ihre Überlegungen mit ein, wenn die Täter dazu beitrugen, dass Schwarzhandel überhaupt erst aufgedeckt werden konnte bzw. dessen Fortgang unterbunden werden konnte.⁷⁸⁴ Wenig überraschend wirkte sich schließlich auch ein Geständnis oder offensichtliche Reue strafmildernd aus und stellte eine weitere der am häufigsten berücksichtigten Erwägungen dar.

Schlussendlich lässt sich außerdem beobachten, dass die für die Angeklagten positiven Faktoren bei der Strafzumessung oft weitaus knapper dargestellt wurden als die strafscharfenden. In nicht wenigen Fällen wurden lediglich die offensichtlichsten Umstände, wie beispielsweise die bisherige Strafflosigkeit oder ein Geständnis aufgeführt, während den strafscharfenden Faktoren, auch gerade im Hinblick auf die Darstellung der Ernährungslage, deutlich mehr Aufmerksamkeit eingeräumt wurde. Es ist jedoch festzustellen, dass die Ausführlichkeit der Abwägung der strafmildernden Faktoren gerade in den spä-

⁷⁷⁹ Zum Vergleich: Schäfer/Sander/van Gemmeren, Rn. 647.

⁷⁸⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 24. Februar 1949, Az. KLS 287/48, Nr. 2298, S. 17.

⁷⁸¹ So z.B. LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 27. Mai 1946, Az. KLS 10/46, Nr. 1692, S. 5.

⁷⁸² So z.B. LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 06. April 1948, Az. KLS 38/48, Nr. 2103, S. 14 f.; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLS 100/48, Nr. 2147, S. 17 f.

⁷⁸³ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. Juni 1948, Az. KLS 80/48, Nr. 2131, S. 7.

⁷⁸⁴ So z.B. LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLS 32/46, Nr. 1721, S. 40; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 11. Dezember 1947, Az. KLS 224/47, Nr. 2010, S. 9.

teren Urteilen zunahm und dort beispielsweise auch mehr Wert darauf gelegt wurde, die Lebenssituation oder die persönlichen Umstände der Angeklagten darzustellen. Ähnliches galt auch für die Anfangsphase der Schwarzmarktrechtsprechung der Nachkriegszeit, sodass vor allem 1947 und weitgehend auch 1948 die strafmildernden Faktoren besonders knapp abgehandelt wurden.

c. Zusammenfassung

Im Rahmen der Strafzumessungskriterien ist festzuhalten, dass sich die Erwägungen größtenteils an den auch heute noch üblichen Kategorien orientierten und daher oft gut nachvollziehbar sind. Auffällig ist jedoch, dass sich auch die Ernährungslage und andere Ereignisse, wie das Kriegsende und die Folgen des Krieges selbst in den richterlichen Überlegungen niederschlugen. Gerade an dieser Stelle wurden teils sehr emotionale, teils beinahe pathetische Formulierungen verwendet, bei denen in manchen Fällen die Verachtung den Tätern gegenüber spürbar war. Die sogenannten „professionellen Schieber“ wurden dabei besonders negativ gesehen, obwohl nicht immer ersichtlich war, worauf sich deren Einordnung als solche stützte. In engem Zusammenhang damit steht auch die Berücksichtigung der Menge an betroffenen Gütern. Diese war eine der am häufigsten erwähnten Erwägungen im Rahmen der Strafzumessung, wobei sich eine große Menge in sehr vielen Fällen strafscharfend auswirkte. Auch die Tätigkeiten der ländlichen Bevölkerung und insbesondere der Landwirte auf dem schwarzen Markt wurde im Besonderen verurteilt, da diese nach Ansicht des Gerichts ohnehin weniger Ernährungs-sorgen hatten. Die schwierigen Umstände der damaligen Zeit wurden den Angeklagten jedoch auch teilweise zugute gehalten, beispielsweise wenn zum Zeitpunkt der Tatbegehung Unklarheit über die bestehenden gesetzlichen Regeln herrschte oder die Delikte in der chaotischen Phase des Umbruchs nach Kriegsende begangen wurden.

Abschließend ist anzumerken, dass im Rahmen der Strafzumessungskriterien nur erforscht werden kann, welche Kriterien Berücksichtigung fanden, in welchem Kontext und in welchem Tonfall sie erwähnt wurden. Inwieweit die einzelnen Faktoren sich schlussendlich in der ausgesprochenen Strafe niederschlugen, kann nicht untersucht werden. So sind Fälle zu beobachten, in denen trotz der Erwähnung mehrerer Strafmilderungsgründe dennoch hohe Strafen ausgesprochen wurden. Aufgrund der Unterschiedlichkeit der Straftaten und zugrundeliegenden Umstände wie beispielsweise abweichenden Tatbeteiligungen ist es unmöglich, hier Vergleiche anzustellen. Die Strafzumessungserwägungen gewähren daher Einblicke in die Gedankenwelt der Richter, der konkrete Einfluss der einzelnen Faktoren auf die ausgesprochene Strafe muss aber offen bleiben.

3. Unterschiedliche Behandlung

Nach der Erläuterung der relevanten Strafzumessungserwägungen stellt sich die Frage, ob im Rahmen der Strafen bewusst oder unbewusst anhand weiterer Kriterien differenziert wurde. Neben den klar und objektiv feststellbaren Faktoren wie der Menge der bei-

seitegeschafften Güter oder Vorstrafen könnten so noch weitere Umstände Einfluss auf die Strafzumessung und die Strafhöhe genommen haben.

a. Unterschiede zwischen den Geschlechtern

Es ist denkbar, dass Frauen und Männer bei der Strafzumessung unterschiedlich behandelt wurden. Dieser Eindruck entsteht aufgrund einzelner Aussagen, die speziell auf das Geschlecht abzielen. So wurde manchmal im Rahmen der Strafzumessung betont, dass es sich um „bisher unbestrafte Frauen“ handle.⁷⁸⁵ Einmal erwähnte die dritte Strafkammer sogar als Strafmilderungsgrund: „eine Freiheitsstrafe wirkt für sie als Frau auch seelisch stärker als bei einem Mann“.⁷⁸⁶ Andererseits wurde es einer anderen Täterin vorgeworfen, dass sie als Mutter verpflichtet gewesen wäre, ihren Sohn von seinen Schwarzmarkttaten abzuhalten.⁷⁸⁷ Eine vergleichbare Pflicht wurde für mitangeklagte Väter von Tätern nicht angesprochen.

Derartige Äußerungen wurden zum Anlass genommen, um die Strafhöhe im Hinblick auf das Geschlecht zu untersuchen. Bei der statistischen Auswertung muss berücksichtigt werden, dass nur gegenüber 69 Frauen ein Schuld- oder Freispruch erfolgte, sodass Einzelfälle umso stärker ins Gewicht fallen. Zunächst ist zu beobachten, dass anteilig gegenüber Frauen häufiger Geldstrafen ausgesprochen wurden als dies im Durchschnitt der Fall war (30,4% gegenüber 21,8%⁷⁸⁸). Insbesondere niedrige Geldstrafen kamen dabei häufig vor. Haftstrafen von unter drei Monaten wurden anteilig fast doppelt so oft gegenüber Frauen ausgesprochen wie dies bei allen Angeklagten gemeinsam der Fall war. Auch Haftstrafen von drei bis unter sechs Monaten wurden bei den Täterinnen etwas häufiger verhängt als im Allgemeinen. Dieses Bild änderte sich bei denjenigen Gefängnisstrafen von sechs Monaten und mehr: Gegenüber den weiblichen Angeklagten wurden seltener derartige Sanktionen ausgesprochen. Gleiches galt bei Haftstrafen von sechs Monaten bis unter einem Jahr. Schließlich wurde lediglich eine Angeklagte (= 1,4%) zu einer mehr als zweijährigen Haftstrafe verurteilt und keine Einzige zu Zuchthaus. Im allgemeinen Durchschnitt mussten immerhin 6,6% aller Angeklagten eine solch lange Gefängnis- oder Zuchthausstrafe antreten. Bei der Zahl an Freisprüchen ergaben sich keine geschlechterspezifischen Unterschiede. Auffällig ist aber, dass weitaus weniger Frauen in den Genuss des Straffreiheitsgesetzes kamen. Allerdings kann dies unter Umständen mit dem beschränkten Anwendungszeitraum dieser Normen zusammenhängen, der in eine Zeit fiel, in der ohnehin weniger Frauen als in der Anfangszeit der Schwarzmarktrechtsprechung vor Gericht standen.

Man kann demnach festhalten, dass die Strafen Frauen gegenüber etwas milder ausfielen als im Durchschnitt aller Angeklagten. Gerade die eingangs erwähnten Zitate könn-

⁷⁸⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 37.

⁷⁸⁶ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLs 119/46, Nr. 1793, S. 17.

⁷⁸⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. September 1948, Az. KLs 181/48, Nr. 2215, S. 27.

⁷⁸⁸ Die Prozentzahlen beziehen sich auf den Anteil der Frauen, die zu einer bestimmten Strafe verurteilt wurden, an den weiblichen Angeklagten, denen gegenüber ein Urteil erfolgte bzw. den Anteil der Angeklagten gleich welchen Geschlechts an allen Angeklagten, über die ein Urteil gesprochen wurde.

ten somit den Schluss nahelegen, dass die Richter im Allgemeinen Frauen gegenüber wohlwollender eingestellt waren und daher eher Milde walten ließen. Dies kann jedoch nicht pauschal angenommen werden. Zum einen sind die Fälle, in denen im Rahmen der Strafzumessung speziell auf das Geschlecht eingegangen wurde, eher rar gesät, und nicht ausschließlich mildernd zu bewerten. Zum anderen ist zu berücksichtigen, dass es kaum eine Konstellation gab, in der ein Mann und eine Frau die exakt gleichen Taten begingen, den gleichen Tatbeitrag leisteten und auf welche die gleichen strafschärfenden und –mildernden Umstände zutrafen. Der Fall beinahe jedes einzelnen Angeklagten ist so unterschiedlich, sodass ein Vergleich unmöglich erscheint. Zumindest war eine Ungleichbehandlung von Männern und Frauen in einigermaßen ähnlichen Konstellationen während eines einzelnen Prozesses nicht offensichtlich. Es ist außerdem denkbar, dass Frauen angesichts der damaligen sozialen Umgangsformen und Werte seltener eine Führungsrolle bei der Tatausführung übernahmen und bei manchen Handlungen, wie beispielsweise Schwarzschlachtungen, ohnehin kaum die praktisch bedeutsamsten Tathandlungen übernehmen konnten. Insofern kann zwar festgehalten werden, dass die Strafen Frauen gegenüber milder ausfielen. Ob diese Unterschiede in ihrem Geschlecht selbst oder vielmehr in praktischen Gründen hinsichtlich der Tatausführung zu sehen sind, muss jedoch offenbleiben.

b. Umgang mit ehemaligen KZ-Insassen

Die Erwähnung von Konzentrationslagern im Kontext der Strafzumessung ist ebenfalls von Interesse. Zum einen, weil dies eine zeitspezifische Erwägung der Strafzumessungsfaktoren darstellte, zum anderen, da so auch Rückschlüsse auf den Umgang der Justiz mit dem verbrecherischen System der Nationalsozialisten gezogen werden können.

Wie bereits angesprochen, wurde eine zurückliegende Inhaftierung in einem KZ strafmildernd berücksichtigt.⁷⁸⁹ So erkannten die Richter an, dass ein Angeklagter „als politischer K.Zettler während des Dritten Reiches schwere Nachteile erlitten hat“.⁷⁹⁰ Diese Äußerung passt auch zu den bisherigen Erwähnungen von Konzentrationslagern. Wie bereits im ersten Kapitel (unter Punkt C.I.1.f) dargestellt, wurde eine Wegnahme von Lebensmitteln aus den Kontingenten ehemaliger KZ-Häftlinge als besonders verwerflich wahrgenommen, da diese besonders schlecht gestellt und bedürftig waren.⁷⁹¹ Auch nahm man an, dass diese Menschen „auf Grund der in den Jahren 1933 bis 1945 erduldeten Leiden“ bei der Verteilung von Nahrungsmitteln bevorzugt behandelt werden mussten.⁷⁹² Diese Gesamtschau an Äußerungen zeigt, dass die Nürnberger Richter die Inhaftierung in Konzentrationslagern als durchaus unrechtmäßig beurteilten und so in ihren Urteilen darauf hinwirkten, die dort erlittenen Erfahrungen als strafmildernd zu be-

⁷⁸⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 27. Mai 1946, Az. KLs 10/46, Nr. 1692, S. 5; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 22; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 03. Februar 1949, Az. KLs 261/48, Nr. 2298, S. 17.

⁷⁹⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 03. Februar 1949, Az. KLs 261/48, Nr. 2298, S. 17.

⁷⁹¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. September 1947, Az. KLs 114/47, Nr. 1935, S. 17.

⁷⁹² LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. September 1947, Az. KLs 114/47, Nr. 1935, S. 13.

rücksichtigen. Dass die KZ-Häftlinge Schlimmes erdulden mussten und daher in der Nachkriegszeit teilweise besser gestellt wurden, wurde keineswegs in Zweifel gezogen, sondern an den relevanten Stellen entsprechend umgesetzt. Eventuelle Ressentiments gegenüber den Häftlingen waren an keiner Stelle feststellbar, sodass vielmehr davon ausgegangen werden kann, dass die Richter zumindest nicht mehr offensichtlich von der NS-Ideologie beeinflusst waren.

Ob die ehemaligen KZ-Insassen jedoch grundsätzlich milder bestraft wurden, kann nicht festgestellt werden. Zwei der drei Angeklagten, bei denen dieser Aspekt im Rahmen der Strafzumessung erwähnt wurde, wurden zu mehr als eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt,⁷⁹³ der Dritte zu einer Geldstrafe von 150 DM.⁷⁹⁴ Aufgrund der niedrigen Anzahl an KZ-Häftlingen dürften diese Zahlen jedoch kaum einer weitergehende Aussagekraft haben.

c. Umgang mit Kriegsfolgen unterschiedlicher Art

Im Rahmen der Strafzumessungskriterien ist auch die Berücksichtigung der verschiedensten Kriegsfolgen von Interesse. Dazu zählten Bombenschäden ebenso wie die Eigenschaft als Flüchtling, Kriegsverletzungen, Kriegsgefangenschaft oder eine lange Dienstzeit als Soldat.

Sofern Menschen ausgebombt wurden, wurde das aufgrund der daraus entstehenden Notsituation zu ihren Gunsten berücksichtigt.⁷⁹⁵ Allerdings wurde dies nur verhältnismäßig selten erwähnt bedenkt man den eingangs beschriebenen hohen Zerstörungsgrad Nürnbergs. Auch wenn dieser im ländlichen Umland deutlich geringer gewesen sein dürfte, kann doch davon ausgegangen werden, dass weitaus mehr Angeklagte von der Zerstörung ihrer Wohnungen betroffen waren, als dies von den Richtern angesprochen wurde. Gerade in den ersten Monaten und Jahren nach Kriegsende fand dieser Umstand nie Erwähnung, sondern erst ab 1948, sodass davon ausgegangen werden kann, dass Bombenschäden nur sehr selten eine Rolle im Rahmen der Strafzumessung spielten. In den Urteilen, in denen sie bei der Strafzumessung Berücksichtigung fanden, wurden häufig dennoch recht hohe Strafen erwähnt, die nicht unter acht Monaten Gefängnis lagen.

Selten wurde auch die Eigenschaft als Flüchtling im Rahmen der Strafzumessung erwähnt. Diese wirkte sich nur in drei Fällen strafmildernd aus, weil die Vertreibung zum Verlust des materiellen Besitzes⁷⁹⁶ und der Heimat als solcher⁷⁹⁷ geführt hatte oder weil

⁷⁹³ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 27. Mai 1946, Az. KLS 10/46, Nr. 1692, S. 5; LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLS 53/46, Nr. 1739, S. 22.

⁷⁹⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 03. Februar 1949, Az. KLS 261/48, Nr. 2298, S. 17.

⁷⁹⁵ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. Januar 1948, Az. KLS 209/47, Nr. 1999, S. 6; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 31. Mai 1948, Az. KLS 28/48, Nr. 2087, S. 6; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLS 275/48, Nr. 2287, S. 34.

⁷⁹⁶ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 06. April 1948, Az. KLS 38/48, Nr. 2103, S. 15.

⁷⁹⁷ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 15. September 1948, Az. KLS 100/48, Nr. 2147, S. 17.

damit die Versorgung bedürftiger Angehöriger einherging.⁷⁹⁸ Es gab jedoch auch wenigstens ein Urteil, aus dem hervorging, dass eine Täterin zwar Flüchtling war, dies jedoch im Rahmen der Strafzumessung nicht erwähnt wurde.⁷⁹⁹ Mithin ist nicht klar, ob sich die Vertriebenen-Eigenschaft in jedem Falle positiv auswirkte oder ob sie zum Teil unerwähnt und unberücksichtigt blieb. Wenn der Status als Flüchtling in den Strafzumessungsgründen angesprochen wurde, führte dies keineswegs zu einer auffallend milden Strafe. Vielmehr wurden die besagten drei Angeklagten jeweils zu relativ hohen Haft- oder sogar Zuchthausstrafen verurteilt.

Auch die Besonderheiten, die der Krieg selbst mit sich brachte, fanden sich zum Teil in den Urteilen wieder, auch weil es sich bei den Angeklagten vor allem um Männer handelte. Der Militärdienst als solcher wirkte sich dabei naturgemäß nicht in den Erwägungen aus, waren davon doch fast alle Männer entsprechenden Alters betroffen. Weitere Faktoren wie eine besonders lange Militärzeit⁸⁰⁰ oder eine Kriegsverletzung, die die Gesundheit oder Arbeitsfähigkeit des Täters manchmal noch über das Kriegsende hinaus beeinträchtigte,⁸⁰¹ wurden hingegen strafmildernd berücksichtigt. Gleiches galt für eine späte Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft, teils verbunden mit einem daraus resultierenden, schlechten Ernährungszustand.⁸⁰² Auch wurde einem Täter zugestanden, dass er durch seine lange Gefangenschaft noch Nachholbedarf hatte, was die Einhaltung der Regeln der Ernährungswirtschaft betraf.⁸⁰³ Bei den Strafen der Täter, bei denen die Kriegsfolgen strafmildernd berücksichtigt wurden, fällt auf, dass diese breit gestreut waren und von einer geringeren Geldstrafe bis hin zu mehreren Jahren Zuchthaus reichten. Die überwiegende Mehrheit der Strafen bewegten sich jedoch im Bereich von zwei bis zu sechs Monaten und fiel damit relativ gering aus. Dies könnte dahingehend interpretiert werden, dass ehemaligen Soldaten, die persönlich besonders hart vom Krieg getroffen waren, am ehesten Milde entgegengebracht wurde. Allerdings darf nicht unerwähnt bleiben, dass es sich auch hierbei nur um acht Fälle handelt, sodass eine zuverlässige statistische Auswertung nicht möglich ist.

Insgesamt betrachtet zeigt sich, dass die Kriegsfolgen, die den Einzelnen trafen, bei der Strafzumessung nicht unerwähnt blieben und sich vor allem strafmildernd auswirkten. Besonders großer Raum wurde ihnen jedoch nicht zugestanden, sodass es sich eher um Einzelfälle handelte, in denen diese besonderen Umstände Berücksichtigung fan-

⁷⁹⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Mai 1947, Az. KLs 19/47, Nr. 1865, S. 12 f.

⁷⁹⁹ So in LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 02. März 1948, Az. KLs 208/47, Nr. 1998, S. 12, 14 f.

⁸⁰⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLs 239/48, Nr. 2259, S. 22.

⁸⁰¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 16. Mai 1947, Az. KLs 19/47, Nr. 1865, S. 12; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 16. Dezember 1947, Az. KLs 167/47, Nr. 1974, S. 8; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 06. April 1948, Az. KLs 38/48, Nr. 2103, S. 15; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 11. Januar 1949, Az. KLs 239/48, Nr. 2259, S. 22; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 03. Februar 1949, Az. KLs 261/48, Nr. 2298, S. 34.

⁸⁰² LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. September 1947, Az. KLs 114/47, Nr. 1935, S. 22; LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 06. April 1948, Az. KLs 38/48, Nr. 2103, S. 15; LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 08. März 1949, Az. KLs 283/48, Nr. 2294, S. 15.

⁸⁰³ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 23. Mai 1947, Az. KLs 166/46, Nr. 1835, S. 3.

den. Mit Ausnahme der ehemaligen Soldaten kann auch nicht beobachtet werden, dass die Strafen auffallend niedrig ausfielen, es war eher das Gegenteil der Fall. Kaum je wurden beispielsweise bei Erwähnung der angesprochenen Umstände nur Geldstrafen verhängt. Möglicherweise ist dies aber bei näherer Betrachtung weniger überraschend: Ausführliche Strafzumessungserwägungen wurden meist dann vorgenommen, wenn es sich um Taten größeren Ausmaßes handelte und damit auch eine höhere Strafe im Raum stand. Bei den geringeren Delikten wurden im Rahmen der strafmindernden Faktoren dagegen häufig nur die offensichtlichsten Umstände wie beispielsweise ein Geständnis oder die bisherige Straflosigkeit erwähnt. Insofern ist es denkbar, dass sich die Kriegsfolgen tatsächlich strafmildernd auswirkten, auch wenn die Strafen insgesamt höher als üblich ausfielen.

4. Fazit

a. Äußerungen der Richter als Spiegel der öffentlichen Meinung

Die Äußerungen der Strafkammern im Rahmen der Strafzumessung eignen sich dazu, herauszulesen, welche Handlungsweisen oder Eigenschaften als besonders verachtenswert galten. Grundsätzlich kann hier festgestellt werden, dass diejenigen Menschen mit besonders wenig Verständnis rechnen konnten, die eine Betätigung auf dem Schwarzmarkt nach Ansicht der Richter – stellvertretend für die Allgemeinheit – nicht notwendig zum Überleben brauchten. An dieser Stelle manifestiert sich insbesondere die Abneigung, die die Nürnberger Richter der ländlichen Bevölkerung insbesondere aus dem bäuerlichen Milieu entgegenbrachten. Gerade diese Gruppe galt nämlich als weitaus besser versorgt als die Menschen in der Stadt, weswegen auf deren Schwarzmarkttätigkeiten mit besonders viel Unverständnis reagiert wurde. An mehreren Stellen wurde deutlich gemacht, dass es im Allgemeinen wenig nachvollziehbar erschien, dass Landwirte und deren Familienmitglieder sich überhaupt des schwarzen Marktes bedienten, da sie dies doch erst recht nicht nötig gehabt hätten. Manche der entsprechenden Formulierungen bei den Strafzumessungserwägungen legen den Schluss nahe, dass die Stadtbewohner durchaus mit Neid auf die Landbevölkerung blickten. Dafür spricht auch die Betonung der Situation der Städter, die nach Ansicht der Richter ehrlich arbeiteten und dennoch mit kleinen Rationen auskommen mussten. Auch im Übrigen gibt es einzelne Äußerungen, aus denen deutlich wird, dass das Tätigwerden auf dem schwarzen Markt bei manchen Menschen besonders negativ gesehen wurde, etwa wenn sie keine Angehörigen zu versorgen hatten oder aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit aus Sicht des Gerichts ohnehin nicht allzu schlecht gestellt waren. Generell wurde es ebenfalls als besonders negativ aufgefasst, wenn jemand Gelegenheiten nutzte, die anderen Menschen nicht offenstanden. Auch hier ist wieder eine gewisse Missgunst spürbar.

Aufgrund der zum Teil drastischen Äußerungen zu manchen Tätern kann angenommen werden, dass die Abneigung insbesondere den in größerem Umfang tätigen Schwarzhändlern gegenüber zum Teil groß war. Die entsprechenden Formulierungen gingen in ihrer Abwertung so weit, dass kaum noch von einer bloßen strafrechtlichen Missbilligung ausgegangen werden kann. Vielmehr wirkt es so, als ob die Ablehnung tie-

fer wurzelte und auch auf einer persönlichen Ebene bestand. Dies legt wiederum den Schluss nahe, dass nicht nur die Richter, sondern auch weite Teile der Bevölkerung zumindest die in größerem Umfang auf dem Schwarzmarkt Aktiven sehr negativ betrachteten. In eine ähnliche Richtung zielen auch vereinzelte Äußerungen, in denen sich die Gerichte bei ihren Entscheidungen darauf berief, dass im Allgemeinen ein hartes Durchgreifen der Justiz erwartet würde, um den schwarzen Markt einzudämmen. Nun kann natürlich nicht nachgewiesen werden, ob dies tatsächlich so der Fall war, oder ob die Richter dies erwähnten, um die Legitimität ihrer Entscheidung zu untermauern und deren Akzeptanz in der Gesellschaft zu erhöhen. Dennoch zeigen diese Äußerungen, dass sich die Richter möglicherweise in der Rolle sahen, den Anliegen des leidenden Volkes zum Durchbruch zu verhelfen. Dies zusammen mit der persönlichen Betroffenheit, denn auch die Richter dürften unter der allgegenwärtigen Nahrungsknappheit gelitten haben, dürfte zu den teils durchaus emotional und sogar pathetisch anmutenden Äußerungen geführt haben.

Die tatsächlichen oder vermeintlichen Erwartungen der Bevölkerung waren auch an anderer Stelle relevant. Es wurde betont, dass die Allgemeinheit von den zuständigen Behörden eine zuverlässige Arbeitsweise erwartete. Das LG sah daher deren Mitarbeiter und darüber hinausgehend zum Teil sogar Landwirte und Viehhändler in der Pflicht, alles für die Aufrechterhaltung des Bewirtschaftungssystems zu tun und erst recht nicht auf dem schwarzen Markt tätig zu werden. Teils konnte daher eine gewisse Anspruchshaltung an die entsprechenden Personen beobachtet werden. Dies ist durchaus nachvollziehbar, bedenkt man die Schlüsselrolle, die sie einnahmen. Nur wenn ein grundsätzliches Vertrauen zu den Verantwortlichen gegeben war, konnte das Markensystem auch auf gesellschaftlicher Ebene funktionieren. In eine ähnliche Richtung zielte bekanntlich auch das KRG Nr. 50, dessen Intention sich so auch in der Rechtsprechung wirklichte. Gerade hinsichtlich des erst kurze Zeit zurückliegenden Zusammenbruchs des NS-Systems und der daraus resultierenden chaotischen Umstände war es auch in ideologischer Hinsicht wichtig, eine funktionierende Verwaltung zu schaffen, zu der die Bevölkerung Vertrauen fassen konnte. Die Integrität der Behörden spielte bei der Formung eines neuen demokratischen Staates eine wichtige Rolle. Die hohen Erwartungen, die an diese speziellen Positionen gestellt wurden, manifestierten sich in der Vorbild-Funktion, die einigen beruflichen Tätigkeiten zugeschrieben wurden. Entsprechend negativ wurde es daher empfunden, wenn Personen dieser Verantwortung nicht nachkamen und über eine nach Ansicht der Richter ungenügende Dienstauffassung verfügten.

Aufmerksamkeit verdient schlussendlich der Umgang mit dem Nationalsozialismus und seinen Folgen. Die Richter äußerten sich meist distanziert dieser Zeit gegenüber und in keiner der in diesem Kontext getätigten Aussagen war Sympathie erkennbar. Vielmehr wurde das Leid der ehemaligen KZ-Insassen gewürdigt und ihnen auch durch die Rechtsprechung, wenn möglich, eine bessere Behandlung bei der Lebensmittelverteilung zugestanden. Als besonders negativ wurde es überdies empfunden, wenn ein ehemaliger Nationalsozialist seine Vergangenheit zu verschleiern suchte. Die entsprechenden Äußerungen zur NS-Zeit und den Konzentrationslagern erfolgten ohne weitere Begrün-

dung und wie selbstverständlich. Allerdings dürfte fraglich sein, ob dies auch der allgemein herrschenden Auffassung in der breiten Bevölkerung entsprochen hat. Schließlich standen die Richter unter besonderer öffentlicher Beobachtung und es kann davon ausgegangen werden, dass gerade im Rahmen der Justiz zumindest einige, wenngleich nicht alle, der glühendsten Nationalsozialisten im Rahmen der Entnazifizierungsmaßnahmen entfernt worden waren. Inwieweit die richterlichen Aussagen repräsentativ für die Allgemeinheit waren, ist in diesem Punkt daher eher fraglich.

Schließlich lassen einige Äußerungen Rückschlüsse auf andere gesellschaftliche Tendenzen wie beispielsweise die damals bestehenden Rollenbilder zu. Diese manifestieren sich in einer allerdings relativ geringen Zahl von Urteilen, in denen implizit oder explizit angenommen wurde, dass eine Haftstrafe für eine Frau härter wirkte als für einen Mann und den Frauen so eine gewisse Schwäche unterstellt wurde. Umgekehrt wurden von einer Angeklagten auch ihrem erwachsenen Sohn gegenüber noch erzieherische Maßnahmen erwartet. Auch diese Anspruchshaltung dürfte dem damaligen Rollenbild entsprochen haben. Die Rechtsprechung spiegelt so am Rande die damaligen Verhältnisse auch in dieser Hinsicht wieder und ist daher als zeithistorisches Dokument von Bedeutung.

b. Auswirkungen auf die Gesellschaft

Im Rahmen der Strafzumessung ergeben sich wenige, aber durchaus aufschlussreiche Hinweise hinsichtlich der Stellung des Schwarzmarktes in der Gesellschaft. Wie bereits an anderer Stelle wird auch hier anhand einiger Äußerungen deutlich, dass die Schwarzhändler als Schädiger gesehen wurden, die durch ihr Handeln der Allgemeinheit schwere Nachteile zufügten. Dieser Umstand wurde besonders dann betont, wenn es den Tätern nach Ansicht der Richter vorrangig darum ging, sich einen höheren Lebensstandard zu verschaffen und dies auf Kosten der Gemeinschaft geschah. Unterstreichend wurden die Schwarzhändler daher des Öfteren auch persönlich sehr negativ dargestellt. Dies trug dazu bei, das Bild der egoistischen und rücksichtslosen Schädiger an der Gesellschaft zu verstärken. Die bereits an anderen Stellen propagierte Außenseiterstellung der Täter wurde so weitergeführt.

Im Gegenzug legte das Gericht häufig Wert darauf, die Einheit des „Volksganzen“ zu betonen. So wurde das allgemeine Zusammengehörigkeitsgefühl in der Not betont, dies aber insbesondere im Hinblick auf das „deutsche Volk“. Derartige Formulierungen fanden sich recht häufig, sodass der Eindruck entsteht, dass großer Wert auf die nationale Zusammengehörigkeit gelegt wurde und gerade dieses „deutsche Volk“ als Schicksalsgemeinschaft betrachtet wurde. Das wird im Einzelfall dadurch untermauert, dass mit negativer Konnotation darauf hingewiesen wurde, dass die Ausländer hinsichtlich der Ernährung teils besser gestellt waren als die Deutschen. Allerdings ist die Betonung der Nationalität angesichts der damaligen Zeit wenig überraschend. Im Nationalsozialismus, aber auch in den Jahren zuvor war ein gewisser – oder eben überzogener – Nationalstolz normal, sodass es nicht ungewöhnlich erscheint, dass Reste davon auch den Krieg überdauerten. Auch dürfte das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl in der Nachkriegszeit, in der sich weite Teile der Bevölkerung als Opfer der Besatzungsmächte sa-

hen, ein relativ natürlicher Reflex gewesen sein. Diese Auffassung gibt dennoch Rückschlüsse darauf, wie sich die damalige Gesellschaft definiert haben dürfte, nämlich als Gesamtheit der deutschen Bevölkerung. Interessant ist an dieser Stelle jedoch, dass über Flüchtlinge nicht abwertend gesprochen wurde, sondern ihnen dieser Status eher im Rahmen der Strafzumessung zum Vorteil gereichte. Die wenigen diesbezüglichen Beispiele in der Rechtsprechung erwecken nicht den Eindruck, als ob die Vertriebenen aus dieser Gemeinschaft ausgeschlossen werden sollten. Gleiches gilt für die eher wohlwollende Erwähnung der ehemaligen KZ-Häftlinge, die zumindest seitens der Richter nicht mit Nachteilen rechnen mussten oder bei den Nahrungsmittelzuteilungen auch im Rahmen der Rechtsprechung sogar bevorzugt behandelt wurden. Hinsichtlich der Kriegsheimkehrer entstand der Eindruck, dass diese in die Gesellschaft re-integriert werden sollten. Indem dieser Umstand in denjenigen Fällen, die über das allgemein übliche Maß des Kriegsdienstes hinausgingen mildernd berücksichtigt wurde, wurde der langen Abwesenheit vom vertrauten Umfeld sowie von den üblichen Wertevorstellungen ebenso wie den traumatischen Erfahrungen Rechnung getragen. Es entsteht daher der Eindruck, dass diesen Männern so die Gelegenheit gegeben werden sollte, sich wieder in der Gesellschaft zu etablieren und ihre Dienste allgemeine Anerkennung fanden. Durch diese Inklusion wird ihre Zugehörigkeit zur Gemeinschaft trotz der langen Abwesenheit betont.

Anders wurde die ländliche Bevölkerung betrachtet. Diese wurde mehrmals negativ dargestellt und die Richter wiesen darauf hin, dass diese Menschen eine Betätigung auf dem schwarzen Markt im Gegensatz zu den Städtern nicht nötig gehabt hätten. Durch die betonte Abgrenzung von Stadt und Land wirkt es so, als würden die Menschen aus der Stadt, die nochmals schlechter gestellt waren, die wahre Schicksalsgemeinschaft bilden. Aus manchen Äußerungen geht so ein besonderes Zusammengehörigkeitsgefühl der Stadtbevölkerung hervor, die in ihrem Leid vereint zusammenstand. Zwar wurden Landwirte und deren Angehörige nicht aus der Gesellschaft ausgeschlossen, jedoch schien es innerhalb dieser Gemeinschaft wiederum Abstufungen zu geben, sodass sich der Kern der Solidarität bei der Stadtbevölkerung konzentrierte. Es wirkt so, als würde es der Landbevölkerung übel genommen, dass ihnen zusätzliche Möglichkeiten offen standen, an Nahrungsmittel zu gelangen. Dafür spricht auch, dass es Tätern im Allgemeinen besonders negativ angelastet wurde, wenn sie beispielsweise aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeiten Gelegenheiten nutzten, die Anderen verschlossen blieben. Dies legt den Schluss nahe, dass die angesprochene Schicksalsgemeinschaft auch die entsprechende Verpflichtung mit sich brachte, derartige Gelegenheiten nicht zu nutzen. Ansonsten drohte der moralische Ausschluss aus dieser Gesellschaft.

Schließlich ist noch ein weiterer Aspekt zu berücksichtigen, der nur in einer einzelnen Äußerung anklingt, möglicherweise aber dennoch Rückschlüsse auf die Position der Schwarzhändler und wie diese gesehen wurden, erlaubt. Indem ein Einzelner als Außen-seiter im Hinblick auf den Schwarzmarkt bezeichnet wurde, entsteht der Eindruck, als würden auch die am schwarzen Markt Beteiligten eine Art Gemeinschaft für sich, abseits der Gesellschaft bilden. In diesem Lichte wirkt es so, als würde es sich dabei um einen

Bund außerhalb der etablierten Gesellschaft handeln und nicht um einzelne, für sich stehende Außenseiter. In gewisser Weise wurden der Schwarzhandel und die Mitwirkenden so als eine Art Parallelgesellschaft betrachtet.

Schlussendlich kann noch eine Aussage zur Etablierung des schwarzen Marktes in der Gesellschaft getroffen werden. Es fällt auf, dass nur eine geringe Zahl an Tätern vorbestraft war. Aufgrund der uneinheitlichen Erwähnung von allgemeinen oder nur einschlägigen Vorstrafen fällt es zwar schwer, hierzu eine endgültige Aussage zu treffen. Dennoch gibt es Hinweise darauf, dass die Quote der Vorbestraften weitaus niedriger als heute üblich war und nur weniger als 15% der Täter einschlägig vorbestraft waren. Dies zeigt im Bezug auf die Vorstrafen im Allgemeinen zum einen, dass die Schwarzmarktkriminalität kein Phänomen einer bestimmten Bevölkerungsschicht oder -gruppe war, wie dies im Rahmen anderweitiger Straffälligkeit sonst häufig der Fall war und ist, sondern unterschiedliche Personenkreise kriminell wurden. Es handelte sich bei den Schwarzhändlern nicht um Menschen, die ohnehin kriminell waren und im schwarzen Markt ein weiteres Tätigkeitsfeld erschlossen, auf dem sie ihre Straftaten fortführten. Dadurch, dass sich die Kriminalität stattdessen weitgehend ausschließlich auf den Schwarzmarkt selbst bezog, kann davon ausgegangen werden, dass erst die schwierige Ernährungssituation die Menschen in die Kriminalität trieb. Beachtlich ist angesichts der niedrigen Anzahl an einschlägig Vorbestraften zum anderen die geringe Quote an rückfälligen Schwarzhändlern, die den Schluss nahelegt, dass die meisten Täter nach einer Verurteilung nicht mehr auf dem schwarzen Markt tätig wurden. Dies könnte dahingehend interpretiert werden, dass die von den Richtern propagierte Abschreckung tatsächlich funktionierte. Es ist jedoch außerdem zu berücksichtigen, dass der Untersuchungszeitraum relativ kurz ist, was bedeutet, dass Menschen mit längeren Haftstrafen nach deren Verbüßung zum Teil gar nicht mehr zu Schwarzmarktaktivitäten in der Lage waren, da der Markt nicht mehr bestand. Auch ist es denkbar, dass bereits Verurteilte schlicht vorsichtiger wurden und sich weniger leicht erwischen ließen, was aufgrund der ohnehin überlasteten Polizei wenig überraschend wäre. Geht man außerdem davon aus, dass viele Schwarzhändler ohnehin nicht aufgegriffen wurden, ist es ebenso denkbar, dass die Wiederholungstäter schlicht das Glück hatten, nicht zu den erneut Verhafteten zu zählen. Die Ursachen für die niedrige Rückfallquote dürften sich heute nicht mehr belastbar klären lassen. Es kann jedoch festgehalten werden, dass die geringe Anzahl an Vorstrafen dafür spricht, dass sich der Schwarzmarkt nicht nur in einem bestimmten kriminellen Milieu abspielte, sondern weite Teile der Bevölkerung erfasste. Dies steht wiederum im Widerspruch von der gerichtlich propagierten Stellung der Täter außerhalb der Gesellschaft.

c. Auseinandersetzung mit moralischen Konflikten

Das Strafmaß selbst und insbesondere die Strafzumessungserwägungen geben Hinweise auf den Umgang mit den moralischen Problemfeldern des schwarzen Marktes. Zunächst fällt auf, dass große Schwankungen im Strafmaß zu beobachten sind. Die Strafen reichen von Geldstrafen im zweistelligen RM-Bereich bis hin zu etlichen Jahren Zuchthaus. Dies spiegelt durchaus die im vorherigen Kapitel dargestellten großen Unterschiede im

Rahmen der Menge oder der Häufigkeit bei der Tatbegehung der einzelnen Täter wieder. Die Abstufungen im Strafmaß zeigen, wie die verschiedenen Handlungen in der Strafzumessung Berücksichtigung fanden. Im Rahmen der Strafhöhe fällt die Häufung bei den niedrigen Geldstrafen und den Gefängnisstrafen von sechs bis zwölf Monaten ins Auge. Die erstgenannten Strafen wurden vor allem denjenigen Tätern gegenüber verhängt, die mit kleinen Mengen zu tun hatten und oft am Ende der Händlernetzwerke standen. Die Haftstrafen hingegen bewegten sich im Vergleich zu den übrigen Sanktionen im mittleren Bereich und betrafen so häufig diejenigen Angeklagten, die in etwas größerem Umfang auf dem Schwarzmarkt tätig waren. Die von ihnen beiseite geschafften Mengen gingen über den Eigenbedarf hinaus, erreichten aber wohl selten das Niveau der oft genannten „professionellen Schieber“. Der Umstand, dass nur einer von fünfzehn Tätern eine hohe Strafe von mindestens zwei Jahren Gefängnis oder Zuchthaus erhielt, dürfte nämlich auch zeigen, dass der Anteil derjenigen Täter, deren Taten ein besonders schädigendes Ausmaß annahmen, eher gering war. Dies, zusammen mit der Beobachtung, dass Geldstrafen und niedrigere Haftstrafen dominierten, gibt Hinweise darauf, dass der überwiegende Anteil der Schwarzmarktaktivitäten wohl eher in den Bereich der geringeren Kriminalität fiel. Nichtsdestotrotz gab es auch Delikte großen Umfangs, die entsprechend abgeurteilt wurden. Die Häufigkeit dieser Strafen steht durchaus im Einklang mit den im vorherigen Kapitel erläuterten, unterschiedlichen Tatausführungen. Die Strafzumessung eröffnete den Richtern somit die Möglichkeit, den intrinsischen Konflikt des Schwarzmarktes abzubilden. Inwieweit dies geschah, kann vor allem in der Begründung des Strafmaßes abgelesen werden.

Die häufigste strafschärfende Erwägung war in der Tat die Menge an beiseite geschafften Waren. Indem große Umfänge strafschärfend und kleine Mengen – wenn auch seltener – strafmildernd berücksichtigt wurden, fand hier eine Abstufung zwischen den „Schiebern“ und den aus der Not heraus handelnden Eigenverbrauchern statt. Erstere wurden in den Urteilen zum Teil auch als solche bezeichnet und diese Eigenschaft dürfte ihnen durchaus zum Nachteil gereicht sein. Der Begriff des aktiven Schwarzhändlers oder „Schiebers“ impliziert dabei, dass es sich um Personen handelte, die des Öfteren auf dem Schwarzmarkt tätig waren und daraus unter Umständen auch finanzielle Vorteile zogen. Jedenfalls fielen Menschen, die in geringerem Umfang aus der Not heraus handelten, um sich oder ihrer Familie überlebensnotwendige Nahrungsmittel zu verschaffen, nicht unter diese Formulierung. Indem dieser Umstand in den Strafzumessungserwägungen besonders negative Berücksichtigung fand, wird deutlich, dass das andauernde Tätigwerden auf dem schwarzen Markt auf wenig Verständnis stieß und jene Fälle zu denjenigen gehörten, in denen das Wohl der Allgemeinheit aus richterlicher Sicht klar überwog. Zum Teil formulierten die Richter davon ausgehend sogar explizit, dass die großen beiseite geschafften Mengen oder die Häufigkeit der Tätigkeiten entsprechend geahndet werden müssten. So wurde angenommen, dass diejenigen, die die Belange der Allgemeinheit im Besonderen schädigten, deswegen mit hohen Strafen bedacht werden mussten. Hier erfolgte also die Einschätzung, dass die Allgemeinheit vor den Tä-

tern geschützt und das Funktionieren des Bewirtschaftungssystems mithilfe hoher Strafen durchgesetzt werden musste.

Außerdem spielte auch die Tätigkeit oder Stellung der Angeklagten eine gewichtige Rolle im Rahmen der Strafzumessung. Wenn die Tatbegehung aus einer mehr oder minder verantwortungsvollen Positionen des Bewirtschaftungssystems erfolgte, wirkte sich dies strafscharfend aus. Durch die strengeren Strafen versuchte die Rechtsprechung diese sensiblen Bereiche zu schützen und so einen Missbrauch der Bewirtschaftungsregeln zu unterbinden. So sollte wohl auch verhindert werden, dass Menschen mit Tätigkeiten in entsprechenden Bereichen von ihrer Position profitieren konnten und ihnen dadurch Möglichkeiten eröffnet wurden, die Anderen nicht zukamen. In eine ähnliche Richtung gehen die Aussagen, die darauf hindeuten, dass es als besonders verwerflich galt, wenn Einzelne versuchten, sich besser als die Allgemeinheit zu stellen. Eine Bereicherung des Individuums war so ein besonders abzulehnendes Motiv einzuordnen.

Strafmindernd wirkten dagegen Konstellationen, in denen die Angeklagten bei der Tatbegehung durch persönliche Not oder kriegsbedingte Schicksalsschläge gelehrt wurden. Hier stützte sich die Strafzumessung darauf, dass Einzelne unter Umständen aus einer Notlage heraus handelten, die ihnen kaum eine andere Wahl ließ als die Tätigkeit auf dem Schwarzmarkt. Meistens wurde dies mit individuellen, täterbezogenen Umständen begründet, sodass hier die Möglichkeit blieb, im Einzelfall harte Schicksale im Rahmen der Strafzumessung zu berücksichtigen. Allerdings darf nicht unerwähnt bleiben, dass in einzelnen Fällen auch die allgemein herrschende Notlage zur Strafmilderung herangezogen wurde. Dies ist im Hinblick auf die ansonsten vorgenommenen Erwägungen inkonsequent. Von besonders harten Phasen war Jeder betroffen und die zu dieser Zeit begangenen Schwarzmarktdelikte trugen eher noch zur Verschlechterung der Situation bei. Jedoch stellte diese Erwägung eine Ausnahme dar und in den meisten Fällen stützte sich die Straferleichterung auf rein persönliche Umstände, was nicht im Widerspruch zu anderen Überlegungen und Wertungen steht. In eine ähnliche Richtung geht die Beobachtung, dass es Tätern zugute gehalten wurde, wenn ihre Taten der Zeit unmittelbar nach dem Krieg entstammten, als es zu Unklarheiten über die bestehende Rechtslage gab und zum anderen die tradierte Werteordnung gelockert war.

Mithin ermöglichen es die Strafzumessungskriterien, ein besseres Bild davon zu gewinnen, wie die Gerichte mit der ständigen Problematik des Schwarzmarktes – der Not des Einzelnen gegenüber der Not der Allgemeinheit – umgingen. Grundsätzlich genoss der Schutz der Gesellschaft Vorrang. Dies führte dazu, dass Umstände wie das Beiseiteschaffen großer Mengen oder häufige Schwarzmarktaktivitäten, die die Gesellschaft zusätzlich beeinträchtigten, zu einer Strafverschärfung führten. Andererseits wurden individuelle Notsituationen ebenfalls in die Erwägungen aufgenommen, sodass beim Vorliegen entsprechender Tatsachen eine Strafmilderung in Betracht kam. Auch im Hinblick darauf, dass eine Besserstellung Einzelner abgelehnt wurde, verfestigt sich so der Eindruck, dass es Menschen trotz der Priorität des Allgemeinwohls in gewisser Weise nachgesehen wurde, wenn sie auch aufgrund persönlicher Einflüsse in nicht allzu großem Umfang auf dem Schwarzmarkt tätig wurden, um ihr Überleben zu sichern.

Im Hinblick auf den zweiten Kernkonflikt des Schwarzmarktes und der Bewirtschaftungsregeln stellt sich zunächst die Frage, inwieweit der Anteil an über die zentralen Normen hinaus verwirklichten Straftatbeständen dabei von Interesse ist. Die Verwirklichung weiterer Normen der Schwarzmarktbekämpfung lässt sich dabei zunächst relativ schlüssig erläutern und ist wenig ergiebig. Im Rahmen mancher Delikte wie beispielsweise Schwarzschlachtungen war es beinahe unvermeidbar, weitere Gesetze zu verletzen und dies geschah zwangsläufig. Auch ein Verstoß gegen die Preisvorschriften ergab sich fast automatisch durch den Handel mit Schwarzmarktwaren, der meist zu höheren als den gesetzlich vorgeschriebenen Preisen stattfand. Interessanter, aber auch komplizierter ist hingegen die Analyse der zusätzlichen Begehung von StGB-Straftatbeständen. Diese kamen selten in Verbindung mit niedrigen Geldstrafen vor, zogen sich ansonsten aber mehr oder weniger gleichmäßig durch die unterschiedlichen Strafhöhen. Insgesamt begingen ungefähr jeder Vierte der Verurteilten mindestens ein Delikt des allgemeinen Strafrechts, sei es im Kontext des schwarzen Marktes oder während der dortigen Betätigung selbst. Dies ist zwar ein nicht unerheblicher, aber dennoch verhältnismäßig geringer Wert, bedenkt man, dass die Begehung mancher StGB-Delikte bei einigen Tatbegehungen fast unvermeidbar war. Die überwiegende Mehrheit der Täter bewegte sich damit außerhalb der allgemeinen Kriminalität und beging nur Verstöße gegen schwarzmarktspezifische Regularien. Mithin wurden häufig nur die Bewirtschaftungsregeln, nicht aber fremde Eigentumsrechte verletzt. Allerdings ist hierbei nur ein eingeschränkter Zusammenhang mit der Höhe der Strafe feststellbar: Es kann nicht beobachtet werden, dass mit dem Umfang und der Häufigkeit der Schwarzmarktaten auch der Anteil an allgemeiner Kriminalität anstieg. Somit kann nicht davon ausgegangen werden, dass eine schwerwiegende Schwarzmarktaktivität eher mit einem Verstoß gegen allgemeine Strafrechtssätze einherging als die Delikte geringeren Umfangs.

Auf Grundlage dieser Daten ist es möglich, Rückschlüsse auf den Umgang mit dem Problemfeld der Eigentumsrechte zu ziehen. Bei den einschlägigen Normen des StGB handelte es sich neben Urkundendelikten in erster Linie um Vorschriften des strafrechtlichen Eigentumsschutzes. Indem sich eine Verletzung dieser Tatbestände nicht oder kaum straferschwerend auswirkte und auch die Strafen für diese Delikte selbst im Vergleich relativ niedrig ausfielen, wird eine durchaus eindeutige Aussage zur Gewichtung der Eigentumsrechte im Vergleich zum Schutz der Bewirtschaftung getroffen. Ein Verstoß gegen das Bewirtschaftungssystem wurde wohl in den meisten Fällen als gravierender eingeschätzt, sodass der in der Rechtsprechung verwirklichte strafrechtliche Schutz des Eigentums insgesamt im Vergleich eher gering ausfiel. Dadurch schlägt auch das schon länger etablierte Wertesystem des allgemeinen Strafrechts weniger durch als dies möglicherweise zu erwarten gewesen wäre. Auch hier entsteht der Eindruck, dass Vieles dem Funktionieren des Bewirtschaftungssystems selbst untergeordnet und dessen Gelingen oberste Priorität eingeräumt wurde.

Allerdings gibt es auch einzelne Beispiele, die im Kontrast zu diesem Grundtenor stehen. So wurde im Rahmen der Strafzumessungserwägungen das langsame Horten von rechtmäßig erworbenen Gegenständen als weniger strafwürdig angesehen, als das rasche

Beiseiteschaffen fremder Gegenstände unter dem Eindruck der drohenden Entdeckung durch die Polizei. In einem weiteren Fall wurde es dem Täter positiv angerechnet, dass er gehortete Waren nicht unlauter erworben, sondern aus seinen rechtmäßig erworbenen Beständen erwirtschaftet hatte. Auch wenn es sich hierbei um nur um einzelne Beispiele handelt, wird deutlich, dass den Eigentumsrechten in bestimmten Konstellationen Bedeutung eingeräumt wurde. Dies geschah in den soeben angesprochenen Fällen im Kontext der Strafzumessungserwägungen. Der allgemein herrschende Tenor ist freilich ein anderer, sodass insgesamt festgehalten werden muss, dass der Schutz des Eigentums weit hinter dem des Bewirtschaftungssystems zurückblieb.

d. Moralische Legitimation der Gerichte

Zunächst ergeben sich aus dem Strafmaß und den zugrundeliegenden Strafzumessungserwägungen einige Anhaltspunkte für eine saubere und angemessene Arbeit der Gerichte. Zunächst ist es positiv zu bewerten, dass immerhin jeder Zehnte Angeklagte freigesprochen wurde. Wie bereits erwähnt, ist dies ein durchaus hoher Wert im Vergleich mit der heutigen Quote. Obgleich sich die Arbeit von Polizei und Justiz damals und heute unterscheiden dürfte und die Zahlen daher nur bedingt vergleichbar sind, ist der hohe Anteil an Freisprüchen dennoch richtungsweisend. Er zeigt nämlich, dass das Gericht keineswegs blindlings verurteilte, sobald ein gewisses Verdachtsmoment bestand. Vielmehr waren die Richter wohl objektiv genug, um auch bereit zu sein, Unschuldige freizusprechen, selbst wenn sie sich im Dunstkreis des schwarzen Marktes bewegten. Von einer Vorverurteilung der Angeklagten kann daher nicht ausgegangen werden. Dies könnte dem Ruf der Justiz in der Bevölkerung durchaus gut getan haben und ihre Reputation und Glaubwürdigkeit gefördert haben. Dies war unerlässlich für eine Legitimierung der Gerichte auch in moralischer Hinsicht, da anderenfalls ihre Entscheidungen kaum allgemeinen Respekt gefunden hätten und so auch beispielsweise keine abschreckende Wirkung hätten entfalten können.

Positiv fällt außerdem auf, dass es keine offensichtliche Ungleichbehandlung unterschiedlicher Gruppen gab. Auch wenn die Höhe der Strafen gegenüber Frauen beispielsweise milder, gegenüber ehemaligen KZ-Insassen oder Flüchtlingen härter ausfielen als im Allgemeinen, dürfte dies weitestgehend mit den bereits erwähnten Begleitumständen zusammenhängen. Einzig die Strafen gegenüber Kriegsheimkehrern erscheinen relativ milde, weswegen hier möglicherweise von einer leichten positiven Voreingenommenheit ausgegangen werden kann. Zumindest die Strafzumessungserwägungen unterstreichen diesen Eindruck. Augenfällige Diskriminierungen sind insgesamt nicht erkennbar.

Außerdem bemühten sich die Richter im Rahmen der Strafzumessungserwägungen zum Teil um eine ausführliche Darlegung der relevanten Umstände. Dies galt insbesondere in denjenigen Fällen, in denen eine hohe Strafe im Raum stand. Hier erwecken die Ausführungen durchaus den Eindruck, dass sich die Strafkammern ausführlich mit den persönlichen Gegebenheiten der Täter auseinandersetzten und so zu einer fundierten Entscheidung hinsichtlich des Strafmaßes kamen. Ganz anders war dies jedoch, wenn es um geringere Strafen ging. Häufig wurden die strafmildernden Umstände in einem ein-

zigen Satz, der sich auf die offensichtlichsten objektiven Faktoren beschränkte, abgetan. Die auffallend knappe Darstellung dieses so wichtigen Teils eines Urteils muss kritisch betrachtet werden.

Im Großen und Ganzen wirkt die Strafzumessung nachvollziehbar und konsistent. Größtenteils wurden Strafzumessungskategorien verwendet, die auch heute noch üblich und anerkannt sind. Nur Einzelfälle fallen negativ ins Gewicht, beispielsweise wenn hinsichtlich der Strafzumessungskriterien eine gewisse Konsequenz fehlte und beispielsweise Faktoren nur in manchen der relevanten Fällen strafmindernd berücksichtigt wurden. Außerdem muss man kritisch sehen, dass in nicht wenigen Fällen auf die Gesinnung der Täter abgestellt wurde und dort auch die aus der Auslegung der Strafnormen bekannten Begriffe der Verwerflichkeit oder Böswilligkeit auftauchten. Ein intensives Abstellen auf die Gesinnung des Täters wird heute abgelehnt und wirkt hier gerade im Hinblick auf die erst kurz zurückliegende NS-Herrschaft zumindest befremdlich. Allerdings darf dies unter Berücksichtigung des historischen Kontextes nicht als grundsätzlich missbilligenswert betrachtet werden.

Auffällig ist außerdem der Tonfall im Rahmen der Strafzumessung, der in etlichen Fällen ein angemessenes Maß an Neutralität vermissen lässt. Formulierungen, die pathetisch anmuten und teilweise sogar eine gewisse persönliche Emotionalität vermuten lassen, sind insbesondere bei den strafschärfenden Faktoren zu finden und dort durchaus keine Seltenheit. Unter Umständen kann dies als Besonderheit der Schwarzmarktrechtsprechung gedeutet werden, da sich aufgrund der allgemeinen Notsituation, die die Richter selbst ähnlich wie den Großteil der Bevölkerung getroffen haben dürfte, eine vollkommen objektive Herangehensweise wohl schwierig darstellte. Dennoch sind die Unsachlichkeit und die Überheblichkeit, die aus einigen Äußerungen sprechen, nicht unbedingt dazu geeignet, die Neutralität und damit auch die Glaubwürdigkeit der Justiz zu untermauern.

In einigen Fällen fehlten für die Aussagen der Strafkammer außerdem ausreichend belastbare Hintergründe. Dies gilt insbesondere, wenn Angeklagte als besonders aktive Schwarzhändler oder Größen des schwarzen Marktes bezeichnet wurden, diese Menschen aber zum Teil nicht einmal einschlägig vorbestraft waren oder andere Anhaltspunkte für eine andauernde Tätigkeit als Schwarzhändler gegeben waren. In einigen, wenngleich nicht allen Urteilen war dementsprechend keine ausreichende Begründung für derartige Behauptungen vorhanden. Es entsteht daher der Eindruck, als hätten sich die Richter hinsichtlich dieses Aspekts auf dem Gebiet der Spekulation bewegt.

Überraschend positiv fällt hingegen der Umgang der Justiz mit den Vermächtnissen des Nationalsozialismus auf. Die Erwähnung des Dritten Reiches erfolgt zumeist in einer sachlich-distanzierten, nüchternen Art und Weise. Im Umgang mit ehemaligen KZ-Innassen ist außerdem durchaus Empathie spürbar und Ressentiments waren aus den entsprechenden Äußerungen an keiner Stelle herauszulesen. Eine Beeinflussung durch nationalsozialistische Ideologie ist so keineswegs feststellbar. Unter Umständen konnte die Justiz so eine gewisse Vorbildfunktion für die Bevölkerung einnehmen.

Schlussendlich ist zu beobachten, dass sich die Richter in einigen Äußerungen explizit darauf beriefen, durch das Volk legitimiert zu sein und ihre Entscheidungen auf dieser Grundlage zu treffen. Somit sah sich das Gericht selbst in gewisser Weise in einer Funktion als moralische Instanz, das den Interessen der Bürger zum Durchbruch verhalf. Dies sagt vieles über das Selbstverständnis der Gerichte aus und zeigt, welche Position sie innerhalb der Gesellschaft beanspruchten.

Insgesamt betrachtet muss der Arbeit der Strafkammern Respekt gezollt werden. Weitestgehend handelte es sich bei ihren Äußerungen in den Urteilen um ausreichende, nachvollziehbare Überlegungen, die durchaus dazu geeignet schienen, das Vertrauen in einen neuen Rechtsstaat zu unterstützen. Negativ fällt lediglich der Tonfall an einigen Stellen ins Gewicht, der nicht selten ein angemessenes Maß an Neutralität vermissen lässt.

e. Rechtsprechung als Spiegel der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen

Sowohl die Strafhöhe selbst, als auch die Argumentationsweise im Rahmen der Strafzumessungserwägungen zeigen die Entwicklungen unterschiedlicher Art während des Untersuchungszeitraums auf. Zu Beginn des Untersuchungszeitraums spielte das Durcheinander des Kriegsendes eine nicht unerhebliche Rolle bei den Strafzumessungserwägungen. Sowohl die tatsächlichen Schwierigkeiten, die sich in der Lockerung gewisser Regeln und Kontrollmechanismen manifestierten, als auch die psychisch-moralische Orientierungslosigkeit, die mit dem plötzlichen Ende der NS-Herrschaft und der folgenden Besatzung einherging, wurden in den Strafzumessungserwägungen mildernd berücksichtigt. Es kann aber nicht beobachtet werden, dass der Anteil an allgemeiner Kriminalität in den Verfahren des Jahres 1946 höher als später war. Dies spricht dafür, dass der Zusammenbruch und die damit einhergehenden Zweifel in ethischer Hinsicht nicht dazu beitrugen, allgemeine Wertvorstellungen auf den Kopf zu stellen. Vielmehr wurde nicht häufiger als zu anderen Zeitpunkten gegen das StGB verstoßen, obwohl dies angesichts der Umstände und der in diese Richtung zielenden Aussagen der Richter gut vorstellbar gewesen wäre.

In den Verfahren des Jahres 1947 war zu beobachten, dass besonders viele niedrige Geldstrafen ausgesprochen wurden. Bei den Haupttätern waren keine auffällig niedrigen Strafen zu beobachten, bei den am Rande Beteiligten fiel die Häufigkeit dieser Sanktionen hingegen ins Auge. Es könnte angenommen werden, dass dies mit dem zurückliegenden Hungerwinter zu begründen war, durch den sich eine noch größere Zahl an Menschen gezwungen sah, auf dem Schwarzmarkt tätig zu werden. Einerseits könnte so eine andere Art von Tätern betroffen sein als in den späteren Phasen der Entspannung, andererseits dürfte es sich oft um kleinere Mengen gehandelt haben, die dem bloßen Überleben galten. Außerdem ist es möglich, dass die Richter angesichts der extremen Notsituation eher Milde walten ließen. Auch wenn diese Erklärungsversuche durchaus nahe liegen und vermutlich auch in unterschiedlichem Maße zu den Urteilen beigetragen haben dürften, muss ein anderer Faktor ebenfalls berücksichtigt werden. So gilt es

zu beachten, dass in diesem Zeitfenster das Straffreiheitsgesetz noch nicht in Kraft war, das in der Folgezeit viele geringe Strafen entfallen ließ. Gerade im Rahmen der geringeren Strafen fällt außerdem auf, dass die Strafzumessungserwägungen und insbesondere die strafmildernden Faktoren oft sehr knapp abgehandelt wurden. Dies dürfte damit zu begründen sein, dass die Richter sich bei den milden Strafen weniger dazu veranlasst sahen, ihre Erwägungen ausführlich darzulegen oder diese überhaupt anzustellen.

Gegen Ende des Untersuchungszeitraums, nämlich im Laufe des Jahres 1948, stiegen in erster Linie die höchsten der verhängten Strafen pro Verfahren an. Das bedeutete, dass es zum einen kaum einen Prozess gab, in dem nicht wenigstens ein Angeklagter zu mindestens eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde, zum anderen jedoch die jeweils geringeren Strafen kaum anstiegen und sich weiterhin auf einem niedrigen Niveau befanden. Diese Tendenz fiel mit der Entspannung der Ernährungslage zusammen. Dies ergänzt die Erkenntnisse des vorherigen Kapitels, wonach in diesem Zeitraum größere Delikte mit meist zahlreichen Beteiligten verhandelt wurden. Von einer besonderen Strenge ist daher wohl nicht auszugehen, eher dürften diejenigen Straftaten, die vor Gericht kamen, einen größeren Umfang gehabt haben. Außerdem dürfte es eine Rolle gespielt haben, dass das Kriegsende sowie die schlimmste Ernährungskrise bereits einige Zeit zurücklag, sodass – auch im Einklang mit den Wertungen des Straffreiheitsgesetzes – die Kriegsfolgen jeglicher Art und persönliche Notsituationen eine geringere Rolle spielten und sich kaum noch mildernd auswirkten.

Damit korreliert eine weitere Entwicklung, die jedoch weniger offensichtlich ist. Die allgemeine, gemeinsam mit den Schwarzmarktdelikten verwirklichte Kriminalität nahm in diesem Zeitraum eher ab. Dennoch wurden diejenigen Täter mit den höchsten Strafen pro Verfahren häufiger wegen StGB-Delikten verurteilt, als dies zuvor der Fall war. Diese statistische Besonderheit ist damit zu begründen, dass es ab 1948, wie im vorherigen Kapitel dargestellt, in jedem Verfahren mehrere Angeklagte gab, von denen jedoch viele nur peripher und in geringem Umfang beteiligt waren. Bei den Beschaffungen größeren Umfangs durch einzelne Täter wurden hingegen fast zwangsläufig besonders häufig StGB-Straftatbestände verwirklicht. Eine ähnliche Entwicklung ist auch bei Verstößen gegen die PRStVO zu beobachten, die im Verlauf des Untersuchungszeitraums eine zunehmend größere Rolle spielte. Ein derartiger Verstoß impliziert, dass gehandelt wurde, da Überpreise beim Handel mit Schwarzmarktwaren an der Tagesordnung gewesen sein dürften. Dies stützt die These, dass zum Ende des schwarzen Marktes vor allem größere Netzwerke aktiv waren – oder solche besonders häufig vor Gericht standen, was für einen weiter verzweigten Handel spricht, während es sich zu Beginn häufiger um einzelne oder wenige Angeklagte handelte und die Beschaffungskriminalität dementsprechend eine größere Rolle spielte. Auch die größere Bandbreite an Strafen, die in den späteren Urteilen zu beobachten waren, steht im Einklang mit dieser Annahme. In den letzten Monaten des Untersuchungszeitraums ist außerdem anhand einiger Äußerungen zu beobachten, dass die Behörden weniger Durchsetzungskraft und Strenge bei der Umsetzung der bestehenden Regeln zeigten und manche eigentlich verbotenen Handlungen stillschweigend duldeten oder sich sogar unsicher darüber waren, ob die Vorschriften

überhaupt noch in Kraft waren. Eine derartige Vorgehensweise spricht für eine einsetzende Entspannung der Ernährungslage.

Immer wieder bezogen sich die Richter im Laufe der Zeit auf die tatsächlich herrschenden Umstände. So nahmen sie zum Teil an, dass Hortungen allgemein üblich waren, erwähnten bestimmte behördliche Anweisungen oder Vorgehensweisen oder dass der Höhepunkt der Ernährungskrise erreicht war. Letzteres allerdings wurde so häufig zu unterschiedlichen Zeiten festgestellt, sodass die Belastbarkeit dieser Aussagen fraglich ist und wohl vor allem persönliche Eindrücke und Empfindungen geschildert wurden. Die Häufung an niedrigen Strafen 1947 und die ansteigenden hohen Strafen ab 1948 stellten die einzigen signifikanten Ausschläge hinsichtlich des Strafmaßes dar. Ansonsten muss festgehalten werden, dass es große Unterschiede bei der Höhe der Strafen gab und eine konstante Entwicklung nur an wenigen Stellen beobachtet werden kann. Mit hin dürfte das Zeitgeschehen zwar durchaus eine gewisse Rolle bei der Strafzumessung gespielt haben, als entscheidend kann es aber nicht unbedingt bezeichnet werden.

KAPITEL 4: ARBEITSWEISE DER GERICHTE

Das letzte Kapitel befasst sich mit der Arbeitsweise des LG Nürnberg-Fürth und des OLG Nürnberg. Dabei soll zunächst auf rechtsstaatliche Aspekte eingegangen werden. Die Dauer sowie die Anrechnung der Untersuchungshaft ist ebenso Untersuchungsgegenstand wie die auffallend geringe Anzahl der Verhandlungen, die sich mit Schwarzmarktdelikten beschäftigten. Größere Aufmerksamkeit soll auch der Arbeit des Revisionsgerichts zukommen. Neben der Art und Häufigkeit der Einlegung von Rechtsmitteln auch im Laufe der Zeit soll auf deren Erfolg eingegangen werden und untersucht werden, wie das OLG in seinen Entscheidungen vorging und welche Impulse sich daraus für die Rechtsprechung ergaben. Weitere Hinweise für Beurteilung der Arbeitsweise der Gerichte ergeben sich aus der Aktenführung. Die Sauberkeit der Urteilsfassung ist dabei ebenso relevant wie der sich daraus ergebende Umfang. Ergänzend zu bisher angestellten Untersuchungen zum vorherrschenden Tonfall soll dieser zusammenfassend analysiert werden. Schlussendlich wird der Argumentationsweise weiterer Raum eingeräumt. Um diese detaillierter untersuchen zu können, sollen einzelne Urteile herausgegriffen und die Darlegungen der Verteidigung sowie den Umgang der Richter damit analysiert werden. Dabei ist es von Interesse, wie sorgfältig und ausführlich das Verteidigungsvorbringen berücksichtigt wurde, wie nachvollziehbar und einheitlich dabei die richterliche Argumentation war und inwieweit die Verfahrensrechte geachtet wurden.

Die genauere Untersuchung der Arbeit der Gerichte soll so dazu beitragen, eine bessere Vorstellung von der Qualität der damaligen Rechtsprechung zu erhalten. Dies dürfte die in den bisherigen Kapiteln gewonnenen Erkenntnisse in einen entsprechenden Kontext setzen und dazu geeignet sein, ein detaillierteres Bild der Justiz in der damaligen Zeit zu erhalten und so die Position der Gerichte in der Gesellschaft zu erörtern.

1. Rechtsstaatliche Aspekte

a. Untersuchungshaft

Hinsichtlich der Untersuchungshaft soll zunächst ihre Höhe untersucht werden. Diese erlaubt Rückschlüsse darauf, wie lange die Menschen inhaftiert auf ihren Prozess warten mussten und ist so ein wichtiger Indikator der Rechtsstaatlichkeit. Insgesamt wurde die Untersuchungshaft in 73 Fällen erwähnt, wobei deren Höhe in mindestens 15 Fällen offen blieb. Bei einigen weiteren der verbleibenden 58 Angeklagten ist die tatsächliche Höhe der Untersuchungshaft außerdem nicht exakt nachweisbar, da nur der auf die Haftstrafe angerechnete Teil der Inhaftierung erwähnt wurde. In denjenigen Konstellationen, in denen dies nicht vollständig geklärt werden konnte, wurde in der statistischen Erhebung der anrechenbare Teil der Inhaftierung verwendet.

Die Länge der Untersuchungshaft schwankte sehr stark und bewegte sich im Bereich von zwölf Tagen⁸⁰⁴ bis zu zehn Monaten.⁸⁰⁵ Gut 40% der inhaftierten Täter, für die Zahlen vorliegen, musste nur für weniger als zwei Monate in Untersuchungshaft. Für ähnlich viele Angeklagte dauerte die angerechnete Untersuchungshaft zwei bis zu fünf Monate. Die Übrigen Täter verbrachten mehr als fünf Monate in Untersuchungshaft. Im zeitlichen Verlauf fällt auf, dass in den Verfahren der Jahre 1946/47 weitaus mehr Täter eine längere Untersuchungshaft erdulden mussten, als dies 1948 oder 1949 der Fall war. In den Verfahren des Jahres 1949 gab es so beispielsweise nur drei Täter, deren Untersuchungshaft länger als vier Monate andauerte. Gleiches gilt für die im Jahre 1948 verhandelten Prozesse. Es kann außerdem festgestellt werden, dass in den Jahren 1948 und 1949 der Anteil der Angeklagten, die für weniger als drei Monate in Untersuchungshaft mussten, denjenigen unter den Verfahren des Jahres 1947 bei weitem überstieg. Wenn die Untersuchungshaft hingegen länger als drei Monate dauerte, kehrte sich dieses Bild deutlich um. Mithin kann festgehalten werden, dass die Dauer der Untersuchungshaft im Laufe der Jahre deutlich abnahm. Dieser Trend lässt sich über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg beobachten, besonders deutlich zeigt er sich jedoch vor allem hinsichtlich der Verfahren aus den Jahren 1946 und 1947 im Vergleich zu denjenigen der Jahre 1948 und 1949.

Alles in allem handelt es sich also um nicht unerhebliche Zeitspannen. Im Vergleich mit heutigen Erhebungen ist jedoch anzumerken, dass es sich hierbei keineswegs um außergewöhnlich lange Inhaftierungen handelt. Nach heutigen Maßstäben fiel die Untersuchungshaft vielmehr sogar eher kurz aus und es gab insbesondere deutlich weniger sehr lange Inhaftierungen von sechs Monaten oder mehr als dies momentan in Deutschland der Fall ist.⁸⁰⁶ Mithin kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Dauer der Untersuchungshaft das Recht der Menschen auf ein zügiges Verfahren in übermäßigem oder unüblichem Ausmaß einschränkte. In anderen Städten wurde dies zum Teil anders wahrgenommen und die Untersuchungshaft dauerte möglicherweise häufig auch länger an.⁸⁰⁷

Neben der Länge der Untersuchungshaft stellte sich außerdem die Frage, inwieweit diese auf die in den Urteilen verhängten Haftstrafen angerechnet wurde. Die Grundlage für eine vollständige oder teilweise Anrechnung bildete der damalige § 60 StGB, wonach die Berücksichtigung der Untersuchungshaft im Ermessen der Richter stand. Dies entspricht – unter der Voraussetzung eines anderen Regelfalles – dem heutigen § 51 Abs. 1 StGB. Ausgehend davon wurde die Untersuchungshaft in 11% der Fälle nicht angerechnet. Ob und inwieweit ansonsten nur Teile der Untersuchungshaft oder ihre volle Länge berücksichtigt wurden, kann nicht analysiert werden, da dies zumeist nicht eindeutig

⁸⁰⁴ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 04. März 1949, Az. KLS 17/48, Nr. 2072, S. 2; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 1.

⁸⁰⁵ LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 20. Mai 1947, Az. KLS 14/46, Nr. 1700, S. 2.

⁸⁰⁶ Vgl. Zahlen für 2015: Statistisches Bundesamt, Rechtspflege – Strafverfolgung, S. 373.

⁸⁰⁷ So Mörchen, S. 206 ff.; allerdings nennt der Autor nur einzelne Fallbeispiele, sodass ein zuverlässiger Vergleich nicht möglich war. Die Situation in Bremen wurde aber wohl als verschärfter als in Nürnberg wahrgenommen. Ob dies tatsächlich so der Fall war oder auf persönlichen Einschätzungen beruht, ist nicht feststellbar.

aus dem Wortlaut hervorging. Im Übrigen kann festgehalten werden, dass sich hinsichtlich der Anrechnung keine zeitlichen Besonderheiten ergaben, sondern die Fälle, in denen keine Berücksichtigung erfolgte, relativ gleichmäßig über den Untersuchungszeitraum verteilt waren.

Die Gründe für die fehlende Anrechnung der Untersuchungshaft wurden oft sehr knapp abgehandelt. Am häufigsten wurde erwähnt, dass die Angeklagten ihre Taten leugneten, zu verschleiern suchten, kein Geständnis ablegten oder sich nach Ansicht der Strafkammern uneinsichtig zeigten. Ebenso gab es Fälle, in denen die fehlende Anrechnung mit einer nur sehr kurzen Untersuchungshaft⁸⁰⁸ oder dem unentschuldigtem Fernbleiben von einem Verfahren⁸⁰⁹ begründet wurden. Aufschlussreich ist schließlich eine weitere Erklärung, wonach die lange Dauer der Untersuchungshaft auch mit dem „Personalmangel der Justizbehörde“ begründet wurde.⁸¹⁰ Schlussendlich wurden dem Angeklagten jedoch wegen seines Leugnens nur sechs Monate davon angerechnet.⁸¹¹ Die tatsächliche Dauer der offensichtlich sehr langen Untersuchungshaft fand keine Erwähnung. Es handelt sich hierbei außerdem um die einzige Äußerung in den Urteilen, aus der eine Überlastung der Justiz eindeutig hervorgeht. Angesichts des nicht lange zurückliegenden Kriegsendes und der noch andauernden Entnazifizierung erscheint ein erheblicher Personalmangel im Allgemeinen als wahrscheinlich.

Ansonsten wurde häufig wenigstens knapp begründet, weshalb die Untersuchungshaft angerechnet wurde. Dies geschah vor allem in den späteren Urteilen ab 1948, während zuvor nur selten auf diesen Aspekt eingegangen wurde. In fast allen Fällen wurde dabei der Hauptgrund in einem Geständnis seitens der Angeklagten, in der Mithilfe bei der Aufdeckung des Geschehens oder in Billigkeitserwägungen gesehen. Nur eine Begründung fiel etwas aus dem Rahmen, da dort neben einem Geständnis auch auf die damals herrschenden Verhältnisse im Untersuchungsgefängnis abgestellt wurde.⁸¹² Angesichts der Zeit, in der dieses Urteil erlassen wurde – nämlich im Winter 1947 – kann so angenommen werden, dass die Zustände in den Gefängnissen gerade in der Zeit der größten Ernährungsnot besonders schlimm waren. Weitere Informationen hierzu sind in den Urteilen jedoch nicht auffindbar, sodass nur diese einzelne Äußerung einen kleinen Einblick gewährt.

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass das Verhalten der Angeklagten der entscheidende Faktor für die Anrechnung der Untersuchungshaft war. Die zugrundeliegenden Erwägungen wurden an keiner Stelle ausführlich dargelegt und eine kritische Auseinandersetzung war ebenfalls nicht zu beobachten, sodass hier wenige Anhaltspunkte für eine tiefergehende Analyse gegeben sind.

⁸⁰⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 20. Oktober 1947, Az. KLs 118/47, Nr. 1940, S. 10.

⁸⁰⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 23. Mai 1947, Az. KLs 166/46, Nr. 1835, S. 3.

⁸¹⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 30. Mai 1947, Az. KLs 86/46, Nr. 1761, S. 8.

⁸¹¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 30. Mai 1947, Az. KLs 86/46, Nr. 1761, S. 8.

⁸¹² LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 22. Februar 1947, Az. KLs 152/46, Nr. 1823, S. 11.

b. Anzahl der erlassenen Urteile

Hinsichtlich der Arbeitsweise der Gerichte ist ein weiterer Aspekt von Interesse. Wie bereits dargestellt gab es im LG-Bezirk Nürnberg-Fürth nur 54 erstinstanzliche Urteile, deren Gegenstand Schwarzmarktdelikte in der Nachkriegszeit waren. Dies ist angesichts des Untersuchungszeitraums von etwas mehr als drei Jahren und der Bedeutung, die dem Schwarzmarkt zweifellos zukam (vgl. hierzu Abschnitt A.II der Einleitung), durchaus verwunderlich. Selbst wenn einige der knapp 300 Angeklagten mehrere Delikte begingen, erscheint es doch mehr als unwahrscheinlich, dass dies die einzigen Schwarzhändler im mehrere Hunderttausend Menschen umfassenden Bezirk waren und der schwarze Markt davon abgesehen nicht existierte. Es dürfte offensichtlich sein, dass die untersuchten Urteile nicht den gesamten Nürnberger Schwarzmarkt darstellten. Schwieriger gestaltet es sich hingegen, die Gründe hierfür zu eruieren.

Zunächst kann angenommen werden, dass nur ein Bruchteil der Schwarzhändler überhaupt aufgegriffen wurde. Die Polizei hatte ebenso wie die meisten staatlichen Stellen in der Nachkriegszeit unter erheblichem Personalmangel zu leiden, sodass davon auszugehen ist, dass sie der weit verbreiteten Schwarzmarktkriminalität kaum Herr werden konnte. Außerdem fand der Schwarzhandel charakteristischerweise oft versteckt statt und gerade kleinere Transaktionen dürften leicht zu verstecken gewesen sein. Gerade in diesen Fällen könnte der Tatnachweis auch nur schwierig zu führen gewesen sein, sodass viele der kleineren Taten schlicht unentdeckt geblieben sein dürften.

Hinzu kommen noch weitere Überlegungen. Aus der Literatur⁸¹³ geht hervor, dass das Wirtschafts- und Ernährungsamt Ordnungsstrafen aussprach und auch in der Rechtsprechung⁸¹⁴ ist von einem einschlägigen Ordnungsstrafbescheid die Rede. Daher kann angenommen werden, dass einige Delikte bereits auf diese Art und Weise geahndet wurden und so gar nicht erst in der Rechtsprechung des LG oder OLG auftauchten. Auch dürften geringfügigere Fälle per Strafbefehl eingestellt worden sein, obgleich sich der Rechtsprechung hierfür kein Hinweis entnehmen lässt. Darüber hinaus wurde in einem Fall ein sogenanntes Schnellgericht angesprochen, vor dem der Angeklagte zu einer niedrigen Gefängnis- und Geldstrafe verurteilt wurde.⁸¹⁵ Diese Schnellgerichte waren auch in anderen Städten üblich⁸¹⁶ und sollten wohl der Entlastung der ordentlichen Gerichte dienen, indem vor ihnen die geringfügigeren oder leichter aufzuklärenden Schwarzmarktdelikte verhandelt wurden. Dafür spricht auch der Umstand, dass in jedem der vor dem Nürnberger LG verhandelten Fälle wenigstens einer oder mehrere Täter zu nicht unerheblichen Gefängnisstrafen verurteilt wurden und lediglich diejenigen Angeklagten, die in privaten oder geschäftlichen Beziehungen zu den Angeklagten standen, mit geringen Geldstrafen davon kamen. Daher liegt die Vermutung nahe, dass die Verfahren gegen diese Angeklagten aus praktischen Erwägungen mit denjenigen der Haupttäter zusam-

⁸¹³ Boelcke, S. 96.

⁸¹⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLs 140/48, Nr. 2181, S. 5.

⁸¹⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 34.

⁸¹⁶ So Mörchen, S. 205 f.; ähnlich Zierenberg, S. 237.

mengefasst wurden, da es sich zum Teil um die gleichen Taten handelte, und nur wegen der schwereren Verfehlungen des oder der Hauptangeklagten vor einer Kammer des LG verhandelt wurde.

Diese Beobachtungen mögen auch manch andere Phänomene erklären, wie beispielsweise die Abwesenheit jugendlicher Täter, die unter Umständen unauffälliger waren und so seltener aufgegriffen wurden oder die womöglich nicht vor die normalen Strafkammern des LG gestellt wurden. Auch erscheint es nicht unwahrscheinlich, dass diejenigen Täter, die auf den Handelsplätzen des schwarzen Marktes tätig wurden, welche in der vorliegenden Rechtsprechung überhaupt keine Rolle spielten, wegen eher geringerer Delikte aufgegriffen wurden, ihre Taten dementsprechend nicht vom LG verhandelt wurden und somit nicht in dieser Analyse auftauchen.

Mithin kann angenommen werden, dass die hier untersuchte Rechtsprechung nur einen kleinen Teil des Schwarzmarktes in der Nürnberger Region abbildet und weite Teile aus heutiger Sicht im Verborgenen bleiben müssen. Die hier angesprochenen Überlegungen weisen auch in die Richtung, dass die Strafkammern des LG lediglich mit komplizierteren Sachverhalten und schwerwiegenderen Delikten befasst waren und die einfacheren Fälle vermutlich vor anderen Gerichten verhandelt oder anderweitig erledigt wurden. Dies ist bei der Einordnung der aus den Urteilen hervorgehenden tatsächlichen Tatumstände wie beispielsweise der Menge der gehandelten Güter und der Höhe der Strafen ebenso wenig zu vernachlässigen wie hinsichtlich der des Umfangs und der Argumentationsweise der Gerichte. Dennoch bildet die untersuchte Rechtsprechung die unterschiedlichen Facetten des schwarzen Marktes ab. Häufig wurden die Handelspartner oder anderweitige Helfer der Haupttäter, wohl aus Gründen der Prozessökonomie, im gleichen Verfahren abgeurteilt, obwohl diese Menschen häufig nur in geringerem Umfang tätig geworden waren. So ist es möglich, auch die Peripherien des Schwarzmarktes zu untersuchen und es kann festgehalten werden, dass aus diesem Grunde nicht nur die professionell tätig werdenden Schwarzhändler Eingang in die Rechtsprechung des LG und des OLG fanden.

c. Rechtsmittel

aa. Art und Häufigkeit

Im Rahmen der eingelegten Rechtsmittel sind zunächst einige Beschwerden und ein Wiederaufnahmeverfahren zu nennen. Die Beschwerden befassten sich vorrangig mit den jeweiligen Umständen des Einzelfalles, wie beispielsweise einem bedingten Straferlass, der Aussetzung einer Gefängnisstrafe oder auch der Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand. Ihr Erfolg war dabei insgesamt durchwachsen. Thematisch sind vor allem Beschwerden gegen die nicht erfolgte Gewährung der Anträge auf bedingten Straferlass herauszugreifen. In den darauf folgenden Entscheidungen des OLG wurde des Öfteren betont, dass die Art der begangenen Straftaten – also schwarzmarkttypische Delikte – ein so großes öffentliches Interesse an hohen Strafen begründete, dass ein Straferlass nicht

in Betracht kam.⁸¹⁷ Schließlich werde „allenthalben mit Recht von den Gerichten gefordert [...], dass sie durch die Verhängung und Vollstreckung von fühlbaren Strafen dazu beitragen, dass dem Gesetz wieder Achtung verschafft wird [...]“.⁸¹⁸ In derartigen Äußerungen und Erwägungen sind ähnliche Gedanken wie im Rahmen der Strafzumessung erkennbar.

Darüber hinaus waren vor allem hinsichtlich des Einflusses auf die gesamte Rechtsprechung die Revisionen von weitaus größerer Bedeutung. Diese wurden in insgesamt 28 Fällen, also gegen etwa die Hälfte der erstinstanzlichen Urteile eingelegt. In den meisten Fällen ging dies von einem, manchmal auch mehreren Angeklagten, seltener hingegen von der Staatsanwaltschaft aus. Hinsichtlich der Häufigkeit ist auch die Entwicklung während des Untersuchungszeitraums von Interesse. Gegen Urteile der ersten Instanz im Jahre 1946 wurde mit einer Häufigkeit von 57% Revision eingelegt. In der ersten Jahreshälfte 1947 traf dies nur noch auf ein Fünftel der Urteile zu. In der zweiten Jahreshälfte desselben Jahres stieg der Anteil an angegriffenen Urteilen auf 50% und blieb bis zur Mitte des Jahres 1948 gleich. Von Juli bis Dezember 1948 waren gut 71% der erlassenen Urteile des LG Gegenstand einer Revision und 1949 wurde gegen zwei Drittel der erstinstanzlichen Richtersprüche das Rechtsmittel eingelegt. Mithin lässt sich eine zeitliche Entwicklung ablesen. Es ist zu beobachten, dass ein ähnlicher Anteil erstinstanzlicher Urteile aus dem Jahr 1946, sowie der zweiten Jahreshälfte 1947 und der ersten Jahreshälfte 1948 von Revisionen betroffen war. Ab Juli 1948 stieg dieser Wert nochmals deutlich an. Sehr niedrig ist hingegen der Anteil der Revisionen gegen Urteile, die von Januar bis Juni 1947 erlassen wurden. Dieser signifikant niedrige Wert könnte mit der damals besonders angespannten Ernährungssituation zusammenhängen, in der den Menschen möglicherweise schlicht die Energie für einen weiteren Rechtsstreit fehlte oder in der sie nicht über die nötigen finanziellen Mittel für rechtlichen Beistand und die drohenden, zusätzlichen Gerichtskosten verfügten. Auch könnte es eine Rolle gespielt haben, dass in dieser Zeit tendenziell niedrigere Strafen ausgesprochen wurden (vgl. dazu Kapitel 3 unter Punkt A.IV), sodass die Einlegung eines Rechtsmittels den Verurteilten insgesamt weniger lohnenswert erschien. Der hohe Anteil an Revisionen in der Endphase des schwarzen Marktes könnte wiederum mit der Umkehr dieses Umstandes, aber auch mit der häufiger veränderten Rechtslage, die zusätzliche Ansatzpunkte für eine Revision bot, zusammenhängen. Inwieweit das Rechtsmittel in der jeweiligen Zeit Erfolg hatte, wird im weiteren Verlauf zu untersuchen sein.

Die Bedeutung der Revisionen für das materielle Recht und dessen Entwicklung ist weitaus größer als diejenige der übrigen, oft auf Einzelfälle bezogenen Rechtsmittel. Daher soll in den folgenden Abschnitten vor allem den Revisionensentscheidungen in Gestalt der Beschlüsse des OLG Nürnberg Aufmerksamkeit geschenkt werden.

⁸¹⁷ So z.B. OLG Nürnberg, B. v. 02. August 1948, Az. Ss 125/48, Nr. 2126, S. 2; OLG Nürnberg, B. v. 18. November 1948, Az. Ss 194/48, Nr. 2228, S. 4 f.

⁸¹⁸ OLG Nürnberg, B. v. 18. November 1948, Az. Ss 194/48, Nr. 2228, S. 4 f.

bb. Erfolg

Im nächsten Schritt soll der Erfolg der Revisionen untersucht werden. Es ist zunächst anzumerken, dass der Ausgang zum Teil unklar bleiben muss, falls das OLG den Fall beispielsweise an das LG zurückverwies, aber kein weiteres LG-Urteil in den Akten auftaucht. Dies sind jedoch Einzelfälle. Als Erfolg sind in diesem Sinne diejenigen Revisionen zu verstehen, die das erstinstanzliche Urteil in irgendeiner Weise abänderten oder an das LG zurückverwiesen. Ob dies auf Basis der Revision eines oder mehrerer Angeklagten oder der Staatsanwaltschaft geschah, ist hierfür unerheblich. Es kann beobachtet werden, dass die Hälfte der Revisionen als vollkommen unbegründet hinsichtlich aller Angeklagten verworfen wurde. In den übrigen Fällen zeigte sich unterschiedlicher Erfolg.

Zunächst gab es diejenigen Revisionsbeschlüsse, in denen die Urteile gegen einen oder mehrere Angeklagte nur berichtigt wurden, weil in der ersten Instanz die Gesetzeskonkurrenzen fälschlich angegeben worden waren, sich aber an der Strafe selbst nichts änderte. Größere Veränderungen ergaben sich hingegen in denjenigen Fällen, in denen zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Revision Straffreiheitsgesetze wie beispielsweise jenes aus dem Jahre 1948 in Kraft getreten waren und die Verfahren auf dieser Grundlage eingestellt wurden.

In denjenigen Fällen, in denen die Sache an das LG zurückverwiesen wurde und beide Urteile der Strafkammern erhalten sind, lässt sich die Veränderung der Höhe der Strafen gut nachvollziehen. Lediglich in einem einzigen Fall wurde die Strafe nach der erneuten Entscheidung des LG nicht abgeändert.⁸¹⁹ Ansonsten waren die geringsten Reduktionen der Strafe im Rahmen der erfolgreichen Revisionen in denjenigen Fällen zu erblicken, in denen ein Angeklagter statt einer Haftstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten sowie einer Geldstrafe von 5.000 DM nur eine Strafe von zwei Jahren und zwei Monaten und 5.000 DM Geldstrafe verbüßen musste⁸²⁰ und ein anderer Angeklagter statt zwei Jahren nur ein Jahr in Gefängnishaft musste – dafür jedoch zusätzlich 20.000 DM Geldstrafe entrichten musste.⁸²¹ In den anderen erfolgreichen Revisionen wurde die Haftstrafe nach der Rückverweisung an das LG meist fast halbiert.⁸²² In einem weiteren Fall, dessen Ergebnis offen blieb, kann ebenfalls von einer deutlichen Reduktion der Strafe von eineinhalb Jahren Gefängnis und 3.500 DM Geldstrafe ausgegangen werden, da die Richter des OLG vor der aus Beweisgründen notwendigen Rückverweisung lediglich einen Verstoß gegen die PStRVO, nicht aber, wie in der ersten Instanz angenommen, gegen die KWVO,

⁸¹⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 09. Mai 1947, Az. KLS 73/46, Nr. 1751 und LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 25. Februar 1948, Az. KLS 73/46, Nr. 1751.

⁸²⁰ OLG Nürnberg, B. v. 03. Januar 1949, Az. Ss 197/48, Nr. 2215 und LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. Mai 1949, Az. KLS 181/48, Nr. 2215.

⁸²¹ OLG Nürnberg, B. v. 16. November 1948, Az. Ss 169/48, Nr. 2181 und LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 23. Mai 1949, Az. 140/48, Nr. 2181.

⁸²² So in OLG Nürnberg, B. v. 28. Juni 1948, Az. Ss 32/48, Nr. 1940 und LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 19. August 1948, Az. KLS 118/47, Nr. 1940; OLG Nürnberg, B. v. 07. September 1949, Az. Ss 115/49, Nr. 2294 und LG Nürnberg-Fürth, 1. große Strafkammer, U. v. 31. Oktober 1949, Az. KLS 283/48, Nr. 2294.

VRStVO und weitere Verordnungen gegeben sahen.⁸²³ Insgesamt wurden die Strafen also nach der Rückverweisung spürbar nach unten korrigiert. Dies galt insbesondere für diejenigen Entscheidungen, die gegen Ende des Untersuchungszeitraums, also 1949 oder gar 1950 ergingen.

Unter Berücksichtigung des zeitlichen Verlaufes ergibt sich ein eher durchwachsenes Bild. Vorab ist anzumerken, dass es sich insgesamt nur um 14 erfolgreiche Revisionen handelte, die sich auf die sechs Untersuchungszeiträume verteilten. Demnach ist von einigen Ungenauigkeiten auszugehen, da den jeweiligen Einzelfällen ein großer statistischer Einfluss zukommt sodass die folgenden Zahlen nur eine stark eingeschränkte Belastbarkeit haben. Von den Revisionsentscheidungen, die sich gegen erstinstanzliche Urteile des Jahres 1946 richteten, waren drei Viertel erfolgreich. In der ersten Jahreshälfte 1947 traf dies sogar auf beide der eingelegten Revisionen zu, während der Wert in der zweiten Jahreshälfte nur bei 40% lag. Von Januar bis Juni 1948 war gar nur eines von sechs Rechtsmitteln erfolgreich. Von Juli bis Dezember stieg der Anteil hingegen auf 60% und lag für das Jahr 1949 ebenfalls noch bei 50%. Eine Interpretation dieser Ergebnisse gestaltet sich insbesondere aufgrund der sehr niedrigen Fallzahlen schwierig. Die hohe Erfolgsquote bis Mitte 1947 lässt sich unter Umständen damit erklären, dass in diesem Zeitraum anteilig weniger Revisionen eingelegt wurden und dieser Weg nur gewählt wurde, wenn hohe Erfolgsaussichten bestanden. Die auffallend niedrige Erfolgsquote in der ersten Jahreshälfte 1948 kann man möglicherweise damit begründen, dass die Rechtsprechung in dieser Zeit bereits einigermaßen etabliert war, aber noch keine größeren gesetzgeberischen Umwälzungen stattfanden wie in den späteren Monaten. Außerdem war die Währungsreform, über deren Folgen häufiger Uneinigkeit bestand, im Rahmen der Urteile noch kein Thema. Es ist jedoch bei dieser Statistik nochmals darauf hinzuweisen, dass es sich um sehr geringe Fallzahlen handelt und die Ergebnisse teilweise bereits bei einem einzigen Beschluss, wenn er gegenteilig ausgefallen wäre, ein anderes Bild gezeigt hätten. Insofern sind die hier dargestellten Statistiken mit aller gebotenen Vorsicht zu betrachten.

Es ist festzuhalten, dass sich im Fall des Erfolgs insbesondere in der Endphase der Rechtsprechung zum Schwarzmarkt die Strafen zum Teil spürbar verringerten oder sogar ganz entfielen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die meisten Revisionen von den Angeklagten selbst eingelegt wurden und daher die *reformatio in peius* zu beachten war, ist dieses Ergebnis nicht unbedingt überraschend. Dennoch fällt auf, dass die Höhe der Strafen in beinahe allen Fällen zurückging und am Ende des Untersuchungszeitraums im Wege der Revision sogar drastisch verringert wurden.

cc. Arbeitsweise des Revisionsgerichts

Schließlich soll die Arbeitsweise des OLG als Revisionsinstanz anhand unterschiedlicher Faktoren genauer untersucht werden. Zunächst ist festzuhalten, dass sich die Revisionen sowohl hinsichtlich ihres Umfangs, der von ihnen behandelten Themen als auch ihrer Bedeutung für die Entwicklung der Rechtsprechung sehr unterschiedlich darstellten. Et-

⁸²³ OLG Nürnberg, B. v. 12. Mai 1950, Az. Ss 98/49, Nr. 2287.

liche Revisionsanträge befassten sich mit Details des jeweiligen Einzelfalles und wurden vom OLG oft eher knapp verworfen. In anderen Beschlüssen nahm die Auslegung einzelner Begriffe mehrere Seiten in Anspruch und die Argumentation bewegte sich auf einem anspruchsvollen juristischen Niveau.

Die Revisionen hatten unterschiedliche Themen zum Gegenstand, wobei sich gewisse Fragestellungen von Zeit zu Zeit wiederholten. Zu nennen sind hierbei beispielsweise Angriffe im Rahmen der Beweiswürdigung sowie die fehlende Berücksichtigung von Strafnormen durch die erste Instanz. Auch die Frage, ob es sich bei Delikten nach der KWVO um Vergehen oder Verbrechen handelte oder das Konkurrenzverhältnis der Normen spielte eine Rolle. Keinem dieser Themen kam jedoch eine besondere Komplexität oder über den Einzelfall hinausgehende Bedeutung zu.

Eine interessante Beobachtung betrifft jedoch die Figuren des Notstandes und des übergesetzlichen Notstandes, die selten Erwähnung fanden. Das OLG stellte in denjenigen Fällen, in denen durch die Revisionsschrift die Nichtanwendung dieser Rechtfertigungsgründe kritisiert wurde, nur knapp fest, dass sie eben nicht anwendbar seien.⁸²⁴ Dies wurde in einem Fall etwas ausführlicher damit begründet, dass aus der Unmöglichkeit, bestimmte Gegenstände für die Fortführung eines Geschäftes auf legalem Wege zu erwerben, keine Rechtfertigung durch übergesetzlichen Notstand erfolgen dürfe, selbst wenn in der Folge eine Stilllegung des Betriebes nicht mehr zu verhindern war.⁸²⁵ Die Meinung des OLG ist nicht überraschend und steht im Einklang mit den gesetzlichen Wertungen und Intentionen. Die entsprechenden Rechtfertigungsgründe spielten in den erstinstanzlichen Urteilen keine Rolle und der knappe Umgang des Gerichts mit diesem Vorbringen ist folgerichtig, da bei einer anderen Auffassung sämtliche Bewirtschaftungsregelungen, die ja für Zeiten der Not gestaltet worden waren, ad absurdum geführt würden.

Im Rahmen der Interpretation bestimmter Tatbestandsmerkmale sind einige Beispiele gesondert herauszugreifen. Großen Einfluss hatte die bereits im ersten Kapitel (im Abschnitt C.IV.3.a) ausführlich erläuterte Auslegung des OLG zum Begriff des „Entwendens“ im Rahmen des KRG Nr. 50. Das Gericht entschied, dass für dieses Merkmal keine Eigentumsverletzung von Nöten war und so auch Eigentümer ihre eigenen Waren entwenden konnten.⁸²⁶ Dies hatte weitreichende Folgen, wurde der Anwendungsbereich des KRG Nr. 50 doch auf diese Art und Weise entscheidend erweitert, da nun auch Hortungen seitens der Betriebsinhaber selbst unter diesen Begriff subsumiert werden konnten. Die Argumentation des OLG orientierte sich an den allgemein anerkannten Auslegungskategorien und wirkt daher auch auf den heutigen Leser systematisch und wohl durchdacht. Auch werden zahlreiche Urteile und sogar manche Aufsätze zitiert. Trotz des unter Umständen problematischen Ergebnisses der Argumentation war das Resultat nachvollziehbar und erweckte keineswegs den Eindruck der Willkür. Das OLG positio-

⁸²⁴ OLG Nürnberg, B. v. 18. Juli 1947, Az. Ss 49/47, Nr. 1793, S. 1; OLG Nürnberg, B. v. 04. Juni 1948, Az. Ss 93/48, Nr. 2007, S. 2.

⁸²⁵ OLG Nürnberg, B. v. 04. Juni 1948, Az. Ss 93/48, Nr. 2007, S. 2.

⁸²⁶ OLG Nürnberg, B. v. 15. September 1948, Az. Ss 162/48, Nr. 2131.

nierte sich so hinsichtlich des problematischen moralischen Spannungsfeldes zwischen Eigentumsrechten und Zwangsbewirtschaftung recht eindeutig und prägte so die künftige Rechtsprechung, da diese Auslegung von den Strafkammern in der Folge übernommen wurde.

Von besonderem Interesse war außerdem die Interpretation der Bereicherungsabsicht und damit die Auslegung des § 1 Abs. 3 KWVO im Kontext der Währungsreform, da diese Problematik gleich Gegenstand zweier Revisionen war. Diese Fragestellung wurde bereits im ersten Kapitel ausführlicher dargestellt. In dem ersten Fall sahen die erstinstanzlichen Richter bereits im Oktober 1947 im Hinblick auf die geplante Währungsreform Bereicherungsabsicht gegeben, da die Angeklagte Waren zurückhalten hatte und diese nach der Währungsumstellung vorteilhafter veräußern wollte.⁸²⁷ Das OLG interpretierte diesen Sachverhalt im Juni 1948, nur wenige Tage nach der Reform, dahingehend, dass es sich bei derartigem Verhalten lediglich um eine Vermögenserhaltung, nicht jedoch um eine Vermögensmehrung handle, da ein Verkauf vor der Währungsreform einer Minderung des Vermögens gleichkäme.⁸²⁸ In einem ganz ähnlichen Sachverhalt änderte das OLG diese Auffassung jedoch nach einer Revision der Staatsanwaltschaft: Nach ausführlichen und durchaus nachvollziehbaren Erläuterungen kam das Gericht zu dem Schluss, dass sich die Vermögenslage des Täters durch die nicht erfolgte Abgabe der Lebensmittel zum vorgeschriebenen Zeitpunkt vor der Währungsreform verbessert habe, da er die Güter nach der Reform zu weitaus höheren Preisen veräußern konnte, als dies bei einer gesetzestreuen Abgabe der Fall gewesen wäre.⁸²⁹ Diese geänderte Rechtsprechung ist durchaus überraschend, bedenkt man, dass es sich jeweils um sehr ähnliche Sachverhalte handelte und zwischen beiden Beschlüssen weniger als fünf Monate lagen. Die zunächst vertretene Auffassung stellte nach eigenen Angaben die ständige Rechtsprechung des OLG dar, die im zweiten benannten Beschluss explizit aufgegeben wurde.⁸³⁰

Neben diesen besonders bedeutenden und wegweisenden Fragestellungen waren auch weitere Aspekte der Auslegung von zentralen Tatbestandsmerkmalen Gegenstand von Revisionen. Zu nennen sind hierbei beispielsweise die Subsumtion von Sondergewehr-sam unter den Begriff des Beiseiteschaffens,⁸³¹ die Gefährdung der Bedarfsdeckung der deutschen Bevölkerung⁸³² oder die Beurteilung der Rechtswidrigkeit im Sonderfall eines Selbstversorgers.⁸³³ Durch die entsprechenden Interpretationen ergaben sich jedoch keine Änderung in der Rechtsprechung, sodass lediglich eine Bestätigung der bisherigen Judikatur, nicht jedoch eine direkte Weiterentwicklung stattfand.

⁸²⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 20. Oktober 1947, Az. KLs 118/47, Nr. 1940, S. 10.

⁸²⁸ OLG Nürnberg, B. v. 28. Juni 1948, Az. Ss 32/48, Nr. 1940, S. 2.

⁸²⁹ OLG Nürnberg, B. v. 16. November 1948, Az. Ss 169/48, Nr. 2181, S. 3 ff.

⁸³⁰ OLG Nürnberg, B. v. 16. November 1948, Az. Ss 169/48, Nr. 2181, S. 3.

⁸³¹ OLG Nürnberg, B. v. 03. Juni 1948, Az. Js 89/48, Nr. 1999, S. 1 f.

⁸³² OLG Nürnberg, B. v. 04. Juli 1949, Az. Ss 95/49, Nr. 2072, S. 1 f.

⁸³³ OLG Nürnberg, B. v. 17. August 1948, Az. Ss 135/48, Nr. 2087, S. 2 f.

Ein weiterer Aspekt, der in der Endphase der Schwarzmarktrechtsprechung im Rahmen der Revisionsentscheidungen an Relevanz gewann, war der Anwendungsbereich der neuen Gesetze der jungen Bundesrepublik. Dabei war insbesondere das Wirtschaftsstrafgesetz von Bedeutung, dessen Anwendbarkeit aus prozessualer Sicht Gegenstand einer längeren, komplexen Prüfung durch das OLG war (vgl. dazu bereits das erste Kapitel unter B.V.).⁸³⁴ An anderer Stelle wurde im Rahmen der Rückverweisung an die erste Instanz bereits auf die Berücksichtigung dieses neuen Gesetzes hingewiesen.⁸³⁵

Angriffe gegen die Strafzumessung als solche blieben stets erfolglos. Diese Entscheidungen beruhten darauf, dass die Richter den für eine revisionsrechtliche Überprüfung notwendigen Verstoß gegen das Verbot unmenschlicher Strafen nicht als gegeben ansahen und auch keine groben Fehler bei der Abwägung der Strafzumessungstatsachen vorlagen⁸³⁶ oder kurz gesagt, kein Revisionsgrund gegeben war.⁸³⁷ Dabei wurde seitens des OLG im Rahmen der Begründung besonderer Wert darauf gelegt, dass die Strafen durchaus der Schuld der Angeklagten entsprachen und nicht aus Gründen der Abschreckung unangemessen hoch ausfielen.⁸³⁸ Da die Strafzumessung ohnehin nur in engen Grenzen überprüfbar war, wurde ein erforderlicher grober Verstoß in keinem Falle festgestellt, sodass das Strafmaß aus Gründen der Strafzumessung selbst nie revidiert wurde. Schlussendlich gab es wenige erstinstanzliche Urteile, in denen die Revisionsrichter zwar Fehler erblickten, durch welche die Angeklagten jedoch nicht beschwert waren, sodass keine Rückverweisung notwendig war.⁸³⁹

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die Beschlüsse des OLG Nürnberg relativ unterschiedlich ausfielen. Besonders relevant dürften die angesprochenen Beispiele gewesen sein, in denen das OLG komplizierte Sachverhalte unter die bestehenden Normen subsumierte und so die Rechtsprechung prägte. Im Rahmen dieser richtungsweisenden Beschlüsse zeichnete sich die Argumentation meist durch ihre Ausführlichkeit und Systematik aus, sodass die Entscheidungen trotz ihres teils nicht unumstrittenen und komplexen Inhalts dogmatisch nachvollziehbar erscheinen. An anderen Stellen waren die Darlegungen hingegen eher knapp gehalten, wobei es sich dabei häufig um Problematiken handelte, die bereits zuvor von der Rechtsprechung hinreichend geklärt worden waren. Aufgrund derjenigen Entscheidungen, die sich mit durchaus zentralen, juristisch anspruchsvollen Fragestellungen befassten, ist die Rolle des OLG hinsichtlich der Entwicklung der Nürnberger Schwarzmarktrechtsprechung als durchaus bedeutsam einzuschätzen. Die Arbeitsweise macht einen sorgsam und zuverlässigen Eindruck, was die

⁸³⁴ OLG Nürnberg, B. v. 11. Januar 1950, Az. Ss 171/49, Nr. 2299.

⁸³⁵ OLG Nürnberg, B. v. 07. September 1949, Az. Ss 115/49, Nr. 2294, S. 6.

⁸³⁶ So in OLG Nürnberg, B. v. 29. Juli 1948, Az. Ss 115/48, Nr. 2103, S. 1 f.; OLG Nürnberg, B. v. 03. Januar 1949, Az. Ss 197/48, Nr. 2215, S. 4; ähnlich auch OLG Nürnberg, B. v. 18. November 1948, Az. Ss 194/48, Nr. 2228, S. 2 f.; OLG Nürnberg, B. v. 17. August 1948, Az. Ss 135/48, Nr. 2087, S. 3.

⁸³⁷ OLG Nürnberg, B. v. 09. Mai 1949, Az. Ss 31/49, Nr. 2185, S. 3; OLG Nürnberg, B. v. 07. September 1949, Az. Ss 115/49, Nr. 2294, S. 3.

⁸³⁸ So äußerte sich das OLG Nürnberg, B. v. 29. Juli 1948, Az. Ss 115/48, Nr. 2103, S. 2; OLG Nürnberg, B. v. 18. November 1948, Az. Ss 194/48, Nr. 2228, S., S. 3.

⁸³⁹ OLG Nürnberg, B. v. 19. Februar 1947, Az. Ss 18/47, Nr. 1739, S. 4.

Qualität der Rechtsprechung verbessert haben dürfte. Das Wissen um eine verlässliche Revisionsinstanz, die sich, wie bereits gezeigt, auch nicht davor scheute, Urteile zu ändern bzw. diese zurückzuverweisen, dürfte das Vertrauen der Bürger in die Justiz durchaus gestärkt haben.

2. Aktenführung

a. Sauberkeit

Um einen besseren Einblick in die Arbeit der Gerichte zu erhalten und sie im zeitlichen Kontext zu untersuchen, ist auch die Betrachtung der Aktenführung selbst von Interesse. Dabei sind größere Unterschiede zu beobachten. Alle Urteile und Beschlüsse sind, wie dies zur damaligen Zeit allgemein üblich gewesen sein dürfte, mit Schreibmaschinen abgefasst. In fast allen Richtersprüchen sind darüber hinaus jedoch auch handschriftliche Ausbesserungen oder Anmerkungen zu finden. Nur die allerwenigsten Urteile kommen ohne derartige Ergänzungen aus. In den meisten Fällen finden sich ungefähr ein bis zwei solcher Verweise pro Seite. Es gibt jedoch auch Urteile, in denen es deutlich mehr Anmerkungen gibt, die so das Bild des Urteils dominieren.⁸⁴⁰ Es ist im Allgemeinen unklar, wann und von wem die oft nur schwer entzifferbaren Notizen eingefügt wurden. Man kann beobachten, dass es sich bei den Ausbesserungen häufig um sprachliche oder grammatikalische Punkte handelte, die in den Urteilstext eingearbeitet wurden. Des Öfteren wurden außerdem einzelne Worte gestrichen oder unterstrichen und Gliederungsnummern ergänzt. In inhaltlicher Hinsicht wurden teils Feinheiten im Tatbestand ergänzt und ausgebessert oder einzelne Worte ersetzt bzw. hinzugefügt. Gerade in der Anfangsphase wurden außerdem in einigen Urteilen Lücken gelassen, in welche später die exakten Namen oder Ausfertigungsdaten mancher Gesetze oder Verordnungen eingefügt wurden. Dies mag ein Hinweis darauf sein, dass die Richter selbst keinen vollständigen Überblick über die geltenden Rechtsnormen hatten und dies während der Ausfertigung des Urteils auch nicht überprüfen konnten. Angesichts der Vielzahl an Normen verschiedener Gesetzgeber dürfte dies wenig überraschend sein.

Auffällig ist schließlich auch, dass in denjenigen erstinstanzlichen Urteilen mit mehreren Angeklagten deren Namen häufig abgehakt oder anderweitig markiert wurden, was den Eindruck erweckt, bei den Schuldsprüchen so der Überblick über die Vielzahl der Angeklagten behalten werden sollte, um niemanden zu vergessen. Markant ist schließlich noch eine Begebenheit in einem Urteil der zweiten Strafkammer: Dort wurde am Rande des Papiers eine handschriftliche Rechnung vorgenommen, die sich allem Anschein nach auf die zuvor benannten Fleischbestände bezogen, die so addiert wurden.⁸⁴¹

Schlussendlich fällt auf, dass die Revisionen grundsätzlich einen saubereren Eindruck hinterlassen als die erstinstanzlichen Urteile. Im Allgemeinen kann außerdem eine leichte Tendenz dahingehend erkannt werden, dass die spätere Rechtsprechung im Nachhinein weniger überarbeitet wurde und so etwas weniger handschriftliche Ergänzungen

⁸⁴⁰ Beispielhaft: LG Nürnberg-Fürth, 1. Strafkammer, U. v. 14. Juni 1946, Az. KLs 18/46, Nr. 1705.

⁸⁴¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 18. Juni 1948, Az. KLs 80/48, Nr. 2131, S. 3.

aufweist. Es kann alles in allem festgehalten werden, dass die handschriftlichen Ergänzungen durchaus ins Auge fallen und demonstrieren, dass die Urteile im Nachhinein nochmals gelesen und überarbeitet wurden. Einige Anmerkungen – insbesondere diejenigen sprachlicher Natur – dürften jedoch auch darauf zurückzuführen sein, dass die Schriften in Schreibmaschinenschrift abgefasst waren und so naturgemäß kaum Möglichkeiten zur Korrektur boten.

b. Tonfall

Der in den Urteilen und Beschlüssen vorherrschende Tonfall wurde bereits an anderen Stellen immer wieder thematisiert. Grundsätzlich kann man beobachten, dass der Tonfall weitgehend neutral und sachlich war. Entsprechend der bisherigen Erkenntnisse kann aber festgehalten werden, dass abweichend davon vor allem im Rahmen der Strafzumessung und einzelner Tatbestandsmerkmale markante Formulierungen zu finden waren.

Das im ersten Kapitel untersuchte Merkmal der Böswilligkeit, für das eine verwerfliche Gesinnung Voraussetzung war, zeigt dabei, wie sich die Richter in einigen Fällen zu Äußerungen hinreißen ließen, die keineswegs als sachlich oder angemessen bezeichnet werden können. Die bereits ausführlich dargestellten diesbezüglichen Formulierungen erwecken den Eindruck, als würden die Richter den Tätern ihr Handeln persönlich übelnehmen und sich dadurch sogar selbst angegriffen fühlen (vgl. ausführlich erstes Kapitel im Abschnitt C.I.1.f). Das Merkmal der Böswilligkeit als solches und die ihm inhärenten Voraussetzungen trugen zweifellos dazu bei, dass derartige Äußerungen entstehen konnten und so den Tonfall bei der Subsumtion prägten. Dieser Begriff entsprang dem Geiste der Entstehungszeit der KWVO und mutet aus heutiger Perspektive fragwürdig an. Es ist davon auszugehen, dass dieses Tatbestandsmerkmal die Richter im Besonderen zu den teils unsachlichen Darlegungen hinsichtlich der verwerflichen Gesinnung einlud, da sich bei anderen Strafnormen – auch bei solchen, die ebenfalls aus der NS-Zeit stammten – keine in diesem Maße vergleichbaren Begriffe finden ließen. Die Böswilligkeit und der bei ihrer Interpretation verwendete Tonfall können so in gewisser Weise als ein Relikt des nationalsozialistischen Gesinnungsstrafrechts betrachtet werden.

Ähnliches kann im Rahmen der Strafzumessungserwägungen beobachtet werden. Dort war der Tonfall der Richter an einigen Stellen geprägt von Abneigung und teils auch Missgunst gegenüber denjenigen Personen, die es nach allgemeiner Ansicht besser hatten als die normale Bevölkerung. Insbesondere bei den strafschärfenden Faktoren waren die Ausführungen teils auffallend emotional und ließen so eine fast persönliche Betroffenheit vermuten. Diejenigen Täter, die als versierte Schwarzhändler eingeschätzt wurden, mussten im Besonderen mit der moralischen Verurteilung durch das Gericht rechnen. Im Bereich der Strafzumessung konnte so das Aufbrechen von bestehenden Animositäten beobachtet werden, sei es gegenüber den „Großen“ des schwarzen Marktes oder gegenüber der durchschnittlich besser versorgten Landbevölkerung. Bei der Darlegung der Strafzumessungserwägungen für manche Angeklagte ist von Neutralität wenig zu spüren und der Tonfall wirkt durchaus emotional aufgeladen. Umgekehrt sind die

Formulierungen im Rahmen der strafmildernden Faktoren weniger auffällig. Teils wird zwar durchaus Verständnis für die individuelle Lebenssituation der Täter gezeigt, allerdings ist die Darstellung dort distanzierter und sachlicher.

Im Rahmen der Beschlüsse des OLG fällt schlussendlich auf, dass der Tonfall dort sehr sachlich war und anders als in den Urteilen des LG auch nicht stellenweise emotional oder verurteilend wurde. Daraus sollte jedoch nicht generell geschlossen werden, dass das OLG grundsätzlich neutraler und in gewisser Weise auch professioneller urteilte. Vielmehr gilt es zu berücksichtigen, dass sich das OLG als Revisionsgericht nicht mit der Strafzumessung auseinanderzusetzen hatte, die ein besonderes Einfallstor für subjektivere Äußerungen bot. Auch hatte es sich seltener mit der Subsumtion unter die benannten Tatbestandsmerkmale auseinanderzusetzen. Das OLG beschäftigte sich häufig mit in erster Linie dogmatischen Fragen, sodass ohnehin ein sachlicher Tonfall dominierte.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass der Tonfall über weite Strecken hinweg angemessen und objektiv war. Eklatante Abweichungen ergaben sich dabei in erster Linie bei der Interpretation bestimmter Tatbestandsmerkmale und bei der Strafzumessung. Sofern von der üblichen und zu erwartenden sachlichen Ausdrucksweise abgewichen wurde, so war dies ganz überwiegend in negativer Art und Weise. Das bedeutet, dass verurteilende und teils auch verachtende Formulierungen vorherrschten und ausgehend von den Äußerungen nicht mit Verständnis oder Nachsicht gerechnet werden konnte. Insbesondere bei Sachverhalten, welche die Richter offensichtlich als besonders verachtenswert empfanden, bewegten sich die Formulierungen im Bereich der moralischen Verurteilung dieser Menschen. Insofern ist hier eine Schwachstelle der Rechtsprechung erkennbar, durch die auch ihre Anerkennung in der Öffentlichkeit möglicherweise gelitten haben könnte.

c. Umfang

Der Umfang der untersuchten Urteile ist höchst unterschiedlich und nur schwer vergleichbar. Das kürzeste (erstinstanzliche) Urteil umfasste lediglich zwei Seiten,⁸⁴² während sich die beiden längsten auf 40 Seiten erstreckten.⁸⁴³ Allerdings ist die reine Länge nur wenig aussagekräftig, da diese in hohem Maße von der Zahl der Angeklagten und der Komplexität des Sachverhalts abhing. Von Interesse kann daher nur die Ausführlichkeit sein, mit der sich die Richter mit dem Fall auseinandersetzten. Die Basis dafür können lediglich persönliche Beobachtungen und Einschätzungen bilden.

Im Allgemeinen kann festgehalten werden, dass die Ausführungen in den Urteilen und Beschlüssen nur an sehr wenigen Stellen unangemessen kurz scheinen. Häufig wurden einzelne Punkte zwar knapp abgehandelt, die entscheidenden Fragestellungen und Probleme aber ausführlicher dargestellt. Ein gutes Beispiel hierfür sind, wie bereits im vorherigen Kapitel angedeutet, die Strafzumessungserwägungen. Dort wurden die straf-

⁸⁴² LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 03. Juni 1948, Az. KLS 66/48, Nr. 2122.

⁸⁴³ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 03. Juli 1946, Az. KLS 32/46, Nr. 1721; LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLS 275/48, Nr. 2287.

schärfenden und –mildernden Faktoren für diejenigen Angeklagten, die mit hohen Strafen rechnen mussten, ausführlich dargelegt, während die Umstände bezüglich der Täter, die nur einer relativ niedrigen Geldstrafe entgegensehen, häufig knapper dargestellt wurden.

Entscheidend für die Ausführlichkeit der Darstellungen war meistens die Zahl der Täter. Bei mehreren Tätern musste der Tatbeitrag jedes einzelnen dargestellt und untersucht werden. Auch deutete eine Vielzahl von Tätern auf einen umfangreicheren Sachverhalt wie beispielsweise Geschäfte mit mehreren Menschen hin. Auch eine große Anzahl an unterschiedlichen Schwarzmarktwaren verlängerte ein Urteil, besonders, wenn diese ausführlich aufgelistet wurden oder der teils unterschiedliche Verbleib der Waren aufgeklärt werden musste. Dementsprechend unterlag auch der Tatbestand hinsichtlich des Umfangs großen Schwankungen. Bei besonders komplexen Sachverhalten, wie beispielsweise Markenfälschungen, bei denen die genauen Handlungen der Täter ebenso erläutert werden mussten wie die regelkonforme Vorgehensweise, um die Verstöße darzulegen, waren die Ausführungen relativ umfangreich. Ähnliches galt auch in Fällen, in denen mehrere Taten Gegenstand der Verhandlung waren, deren Umstände nach und nach aufgeschlüsselt wurden. Im Gegensatz dazu wurden Sachverhalte, die nur aus einer einzelnen Handlung bestanden und keine besondere Komplexität aufwiesen, deutlich kürzer ausgeführt.

Der Umgang der Gerichte mit dem Vorbringen der Angeklagten war höchst unterschiedlich. Während in einigen Fällen explizit auf die einzelnen Punkte eingegangen wurde, waren die Argumente der Verteidigung in anderen Urteilen nicht zu erkennen, sodass auch unklar bleibt, inwieweit die Richter diese berücksichtigten. Da es sich schwierig gestaltet, über die Auseinandersetzung mit der Verteidigung allgemeingültige Aussage zu treffen, soll diese im nächsten Abschnitt an einzelnen Beispielen näher untersucht werden.

3. Argumentationsweise

Schlussendlich ist die Argumentationsweise der Richter ein wichtiger Faktor, um sich der Arbeitsweise der Gerichte als solcher anzunähern. Beispielhaft sollen Urteile aus unterschiedlichen Zeiten der Schwarzmarktrechtsprechung herausgegriffen und vertieft untersucht werden. Dabei geht es in erster Linie darum, den Umgang der Gerichte mit den von der Verteidigung vorgebrachten Argumenten zu analysieren. Dabei werden die inhaltlichen Fragestellungen zwar kurz dargestellt, der Fokus soll jedoch auf der Art und Weise, mit der die Strafkammern mit dem Vorbringen der Angeklagten umgingen, liegen. Grundsätzlich ist zu beachten, dass alle der in diesem Abschnitt untersuchten Urteile relativ ausführlich auf das Verteidigungsvorbringen eingingen und auch die von den Angeklagten dargelegten Argumente erkennbar sind. Dies ist keineswegs bei allen Urteilen der Fall, jedoch ist eine tiefergehende Analyse nur bei denjenigen Gerichtsentscheiden sinnvoll, bei denen eine argumentative Auseinandersetzung mit der Verteidigung erfolgte.

a. Darstellung der Argumentationsweise anhand von ausgewählten Beispielen

aa. Urteil vom 14. August 1946⁸⁴⁴

Im ersten der untersuchten Urteile, das aus dem Jahre 1946 stammt, befasste sich die zweite Strafkammer mit zahlreichen unterschiedlichen Verteidigungsargumenten der Angeklagten. Zunächst wurde vorgebracht, dass die KWVO als nationalsozialistisches Gesetz keine Anwendung finden dürfe.⁸⁴⁵ Obwohl die Anwendbarkeit der KWVO der allgemein anerkannten Meinung entsprochen haben dürfte und diese Thematik bereits häufiger angesprochen wurde (vgl. hierzu das erste Kapitel unter B. II) ging das Gericht auf das Vorbringen des Angeklagten ein. Es erläuterte knapp, aber präzise die Gründe, wegen derer die KWVO anwendbar blieb und verwies mehrfach auf die vorherrschende Auffassung sowohl innerhalb der Judikatur des Nürnberger Bezirks als auch die allgemeine Meinung in Rechtsprechung und Literatur.⁸⁴⁶

Neben diesem dogmatischen Problem wurden auch die tatsächlichen Umstände der Taten und die dahinterstehenden Motive von der Verteidigung dargelegt. Einige Täter machten geltend, dass sie das Tatbestandsmerkmal des „Beiseiteschaffens“ nicht erfüllt hätten, da sie das aus Schwarzschlachtungen gewonnene Fleisch lediglich im eigenen Haushalt verwendet, nicht aber auf dem schwarzen Markt veräußert hatten.⁸⁴⁷ Das Gericht ging knapp auf den Wahrheitsgehalt dieser Äußerungen ein, um anschließend – ohne weitergehende Begründung – festzuhalten, dass dies für die Interpretation des „Beiseiteschaffens“ ohnehin unerheblich sei.⁸⁴⁸ Dies ist überzeugend und steht im Einklang mit der allgemein angewandten Definition dieses Tatbestandsmerkmals (vgl. dazu Abschnitt C.I.1.c des ersten Kapitels).

Ein Angeklagter machte geltend, dass er beim Verkauf seines Tieres nicht gewusst habe, dass es die Käufer schwarz schlachten wollten.⁸⁴⁹ Obwohl bei dem Geschäft keine Papiere ausgestellt wurden und die erforderliche Anmeldung bei den Behörden unterblieb, beharrte der Verkäufer darauf, dass es sich aus seiner damaligen Sicht um ein legales Geschäft gehandelt habe.⁸⁵⁰ Diese Gegebenheiten und die Tatsache, dass der Angeklagte nicht einmal nach dem Namen seines Geschäftspartners fragte, ließen das Gericht ebenso an seinem Vorbringen zweifeln wie der Umstand, dass es sich bei dem Tier um einen Mastochsen handelte, den der Angeklagte gezielt abstoßen wollte.⁸⁵¹ Ebenso wurde davon ausgegangen, dass der Angeklagte als ehemaliger Bürgermeister mit den Regelungen, die es beim legalen Verkauf von Tieren zu beachten galt, ausreichend vertraut war und er spätestens beim Auftreten des Käufers mit einer Gruppe von Männern, denen im Rahmen des Verkaufsprozesses keine klare Aufgabe zukam, misstrauisch hät-

⁸⁴⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739.

⁸⁴⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 11.

⁸⁴⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 11.

⁸⁴⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 12.

⁸⁴⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 12.

⁸⁴⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 13.

⁸⁵⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 13.

⁸⁵¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 13.

te werden müssen.⁸⁵² Hinzu kam außerdem, dass die Männer anschließend explizit nach dem Ankauf eines Schweines fragten, um es sofort zu schlachten und dafür überdies einen erheblichen Überpreis bezahlten.⁸⁵³ Die Zusammenschau dieser Umstände führte schließlich dazu, dass die Richter der Aussage des Angeklagten keinen Glauben schenken. Die Darlegung der Überlegungen, die zu diesem Schluss führten, war dabei sehr ausführlich und strukturiert. Durch die einzelnen, aufeinander aufbauenden Argumente, die sich aus unterschiedlichen Beobachtungen des Sachverhalts ergaben, gewinnt der Leser durchaus den Eindruck, dass die Richter sich die – nachvollziehbare – Entscheidung nicht leicht gemacht hatten und sie außerdem auf eine Vielzahl von belastbaren Beobachtungen stützten.

Die Käufer jener beiden Tiere tätigten außerdem weitere, ähnlich geartete Geschäfte. Vor Gericht versuchten sie, diese damit zu verteidigen, dass eine Schwarzschlachtung beim Kauf einiger Tiere überhaupt nicht geplant gewesen sei. Vielmehr seien die Angeklagten nur als Vermittler und Helfer für eine Zufallsbekanntschaft aus einem Wirtshaus aufgetreten, die jedoch nach dem Kauf und der Abholung der Tiere nicht aufgetaucht sei.⁸⁵⁴ Nur weil einer der Ochsen eine Beinverletzung hatte, hätten sie diesen notgedrungen schlachten müssen.⁸⁵⁵ Die Richter nannten dieses Vorbringen „einen plumpen Versuch der Ablenkung“.⁸⁵⁶ Sie bezweifelten zum einen, dass ein ehrlicher Viehhändler ein derartiges Geschäft in einem Wirtshaus abschloss und zum anderen, dass ein solcher sich in keiner Weise an dem Handel beteiligte und die fraglichen Tiere beispielsweise nicht einmal in Augenschein nahm.⁸⁵⁷ Auch hier schenkte die Strafkammer der Verteidigung keinen Glauben.

Im Falle einer anderen Schlachtung argumentierte einer der Täter, dass er nichts davon gewusst habe, dass es sich um eine Schwarzschlachtung gehandelt habe, da über dieses Thema nicht gesprochen worden sei und im Anschluss zusammen mit den gleichen beteiligten Personen eine legale Schlachtung stattgefunden habe.⁸⁵⁸ Das Gericht erblickte in dieser Aussage unter Berücksichtigung des Tatbestandes einen Widerspruch: Bei der legalen Schlachtung waren der Dorfmetzger und ein Fleischbeschauer zugegen, bei der ersten, schwarzen Schlachtung jedoch nicht.⁸⁵⁹ Dies hätte den Angeklagten, obwohl er nach Ansicht der Strafkammer „einen recht einfältigen Eindruck machte“, durchaus stutzig machen müssen, sodass davon ausgegangen wurde, dass er durchaus um die Illegalität der Handlung wusste.⁸⁶⁰

⁸⁵² LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 13.

⁸⁵³ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 13 f.

⁸⁵⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 15.

⁸⁵⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 15.

⁸⁵⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 15.

⁸⁵⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 15 f.

⁸⁵⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 16.

⁸⁵⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 16.

⁸⁶⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 16.

Schließlich hatte sich das Gericht noch mit dem Vorbringen zweier weiterer Angeklagter zu befassen, die Beihilfehandlungen zu jenen Schwarzschlachtungen abstritten. Im Wesentlichen brachte einer von ihnen vor, dass er in keiner Weise Beihilfe geleistet und von den Schlachtungen nicht einmal etwas gewusst habe.⁸⁶¹ Dem schenkte das Gericht wegen übereinstimmender, anderslautender Aussagen der anderen Angeklagten keinen Glauben.⁸⁶² Anders verhielt es sich bei der Frau eines der Haupttäter, die zwar von einigen der Geschäften gewusst haben dürfte, der aber keine Beteiligungshandlungen an den Schlachtungen selbst nachgewiesen werden konnten, da einer der Täter eine belastende Aussage aus dem Ermittlungsverfahren nicht aufrecht erhielt.⁸⁶³

In dem vorliegenden Urteil setzte sich die Strafkammer mit dem Vorbringen mehrerer Angeklagter zu unterschiedlichen Themen auseinander. In allen Fällen sind die Ausführungen dazu angemessen ausführlich und durchdacht. Auch wenn den Argumenten der Verteidigung in fast allen Fällen widersprochen wurde und sich das Gericht höchst kritisch damit auseinandersetzte, erwecken die Darlegungen der Strafkammer nicht den Eindruck der Willkür oder Vorverurteilung. Sie erscheinen vielmehr nachvollziehbar insbesondere in der vorliegenden Konstellation, in der die meisten der Täter an mehreren Handlungen beteiligt waren, sodass es unwahrscheinlich erscheint, dass sie für jeden dieser Anlässe eine tatsächliche, glaubwürdige Ausrede hatten. Viele der Beobachtungen, mit denen die Richter das Vorbringen der Angeklagten in Zweifel zogen, basierten auf Beobachtungen des allgemeinen Handelsverkehrs. So wurden Bräuche und menschliche Handlungsweisen mit den Darlegungen der Angeklagten abgeglichen, um so deren Wahrheitsgehalt zu überprüfen. Außerdem bedienten sich die Richter der Aussagen von Zeugen und glichen diese mit den Aussagen der Beschuldigten ab. In diesem Urteil ging es im Allgemeinen weniger um Argumentationstechniken und Wertungen, sondern darum, die Glaubwürdigkeit des Vorbringens der Angeklagten zu überprüfen. Die Vorgehensweise der Richter wirkt hierbei überzeugend.

*bb. Urteil vom 13. Februar 1947*⁸⁶⁴

Ähnliche Tatumstände wie im soeben besprochenen Urteil fanden sich auch in einem Richterspruch vom Beginn des Jahres 1947. Die in einer Metzgerei beschäftigten Täter versuchten eine Schwarzschlachtung damit zu rechtfertigen, dass zum Tatzeitpunkt im Mai 1945 aus praktischen Gründen kein Fleisch auf Marken zu bekommen gewesen sei, sie daher ihre Kunden nicht mehr beliefern konnten und die Tat daher vom Notstand nach § 54 StGB gedeckt gewesen sei.⁸⁶⁵ Das Gericht lehnte diese Argumentation ab. Es berief sich dabei auf den Inhalt des § 54 StGB, wonach eine Rechtfertigung nur erfolgen konnte, wenn dies zur Abwehr einer Gefahr für den Täter selbst oder seine Angehöri-

⁸⁶¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 17.

⁸⁶² LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 17.

⁸⁶³ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 14. August 1946, Az. KLs 53/46, Nr. 1739, S. 18.

⁸⁶⁴ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLs 119/46, Nr. 1793.

⁸⁶⁵ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLs 119/46, Nr. 1793, S. 6.

gen geschah – die Kunden einer Metzgerei zählten dazu jedoch nicht.⁸⁶⁶ Auch einen Fall des übergesetzlichen Notstandes sahen die Richter nicht gegeben, da dieser voraussetzte, dass die fragliche Handlung das einzige Mittel zum Schutze eines höheren Rechtsgutes sein müsse, dies aber nicht zutrefte, weil nachweislich nicht unerhebliche Mengen an Fleisch legal an die Metzgerei geliefert worden waren.⁸⁶⁷ Die Strafkammer war dabei der Ansicht, dass die fehlende Anwendbarkeit der Rechtfertigungsgründe „eigentlich keiner Erörterung bedürfen“ sollte.⁸⁶⁸ Am Ende fügte sie noch an, dass selbst das Vorliegen eines Notstandes an sich eine Schwarzschlachtung niemals rechtfertigen könnte.⁸⁶⁹ Die vorgebrachten Gründe dafür bleiben dem Leser leider verborgen, da diese in unleserlicher Handschrift nachträglich eingefügt wurden. Die Beweggründe dürften jedoch auf der Hand liegen, da nämlich eine Anwendbarkeit dieses Rechtfertigungsgrundes der Intention der Bewirtschaftungsregeln vollkommen zuwidergelaufen wäre.

Als nächstes machte der Inhaber der Metzgerei geltend, dass er nichts von den von seinem Sohn und seiner Haushälterin vorgenommenen Schwarzschlachtungen von Großrindern und der anschließenden Verwertung des Fleisches in seinem Betrieb mitbekommen habe.⁸⁷⁰ Dies begründete er mit seinem weitgehenden Rückzug aus dem Betrieb aus gesundheitlichen Gründen und anderweitigen beruflichen Verpflichtungen außer Hauses.⁸⁷¹ Das Gericht hielt dies für eine Ausrede, da es davon ausging, dass er nicht nur von den Handlungen gewusst, sondern vielmehr auch Beihilfe dazu geleistet habe.⁸⁷² Dabei stützten sich die Richter auch auf die Aussagen der anderen Angeklagten, die – anders als im Ermittlungsverfahren – angaben, dass der Geschäftsinhaber entscheidend an den strafbaren Handlungen beteiligt war.⁸⁷³ Außerdem erweckte der Angeklagte nach Ansicht des Gerichts auch in der Verhandlung nicht den Eindruck, als wäre er nicht in der Lage, sich in leitender Position um sein Geschäft zu kümmern.⁸⁷⁴ Er war außerdem ausreichend oft in seinem Betrieb anwesend, um den Überblick über die dortigen Vorkommnisse zu behalten, wie sich aus der Beschreibung seiner Tätigkeiten seitens der Beschäftigten ergab.⁸⁷⁵ Die Aufgaben und Tätigkeitsbereiche des Angeklagten erschienen den Richtern daher ähnlich wie bei vergleichbaren Geschäftsinhabern, sodass nicht davon auszugehen war, dass er von derart bedeutenden Vorgängen keine Kenntnis hatte.⁸⁷⁶ Es wurde nämlich nur alle ein bis zwei Wochen ein größeres Stück Vieh in der Metzgerei geschlachtet und dementsprechend musste der Erwerb dem Inhaber spätestens im Rah-

⁸⁶⁶ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLs 119/46, Nr. 1793, S. 6.

⁸⁶⁷ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLs 119/46, Nr. 1793, S. 6.

⁸⁶⁸ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLs 119/46, Nr. 1793, S. 6.

⁸⁶⁹ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLs 119/46, Nr. 1793, S. 6.

⁸⁷⁰ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLs 119/46, Nr. 1793, S. 6.

⁸⁷¹ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLs 119/46, Nr. 1793, S. 7.

⁸⁷² LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLs 119/46, Nr. 1793, S. 7.

⁸⁷³ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLs 119/46, Nr. 1793, S. 7.

⁸⁷⁴ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLs 119/46, Nr. 1793, S. 7.

⁸⁷⁵ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLs 119/46, Nr. 1793, S. 7.

⁸⁷⁶ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLs 119/46, Nr. 1793, S. 7 f.

men der Buchhaltung auffallen.⁸⁷⁷ In diesem Kontext wurde dem Angeklagten ein Schreiben an den Viehwirtschaftsverband vorgehalten, in welchem er darlegte, dass er bei der Führung seines Betriebes die nötige Aufmerksamkeit habe walten lassen – nach Ansicht des Gerichts war dies jedoch nicht mit einer Unkenntnis der Schlachtung von Rindern in den Betriebsräumen vereinbar.⁸⁷⁸

Die Darstellung der aus unterschiedlicher Zeit stammenden Zeugenaussagen zu diesen Fragen erfolgte etwas chaotisch. Allerdings war die Darlegung der für das Gericht argumentationsleitenden Faktoren sehr umfangreich. Dies war auch notwendig, da sich anhand der Aussagen des Angeklagten und der Zeugen sowie der begleitenden Umstände kein eindeutiges Bild ergab. Für eine sorgfältige Abwägung spricht auch der Umstand, dass die Strafkammer den Angeklagten hinsichtlich einer Beteiligung an der Schlachtung eines Kalbes und eines Schweines freisprach. Diese wurden häufiger geschlachtet und nur kurze Zeit oder überhaupt nicht in den Räumlichkeiten der Metzgerei aufbewahrt.⁸⁷⁹ Dementsprechend gestand das Gericht dem Angeklagten hier zu, dass zumindest die Möglichkeit bestanden haben könnte, dass er nichts von deren Schlachtung gewusst habe. Allerdings erlaubte es sich anschließend die Bemerkung, dass die Gesamtheit der Handlungen zeige, „mit welcher Leichtfertigkeit und Skrupellosigkeit man sich ans Schwarzschlachten machte, ein bedenkliches Zeichen, wie weit der Betrieb Ruckdäschels vom Gesetz abgekommen war“.⁸⁸⁰

Einer der Landwirte, von denen die Metzger Tiere für die Schwarzschlachtungen bezogen hatten, brachte zu seiner Verteidigung vor, dass das geschlachtete Tier zuvor verletzt worden sei und eine Schlachtung daher unumgänglich gewesen sei.⁸⁸¹ Da es sich um eine nicht aufschiebbare Notschlachtung gehandelt habe und kein Tierarzt erreichbar gewesen sei, habe die Schlachtung ohne einen solchen stattfinden müssen.⁸⁸² Er sei außerdem davon ausgegangen, dass bei einer Notschlachtung eine Fleischbeschau nicht notwendig sei.⁸⁸³ Das Gericht hielt es für unglaubwürdig, dass der angeklagte Bauer, welcher Mühlenbesitzer, Geschäftsmann und außerdem der Schwager des Metzgereibesitzers war, nicht über die ordnungsgemäße Vorgehensweise Bescheid wusste.⁸⁸⁴ Zudem hatte der Angeklagte wohl vor der Schlachtung verlauten lassen, dass er dafür sorgen würde, dass alles seine Ordnung habe – allerdings verzichtete er auf die Übergabe eines Schlussscheins und befolgte auch im Übrigen die Vorgaben einer ordnungsgemäßen Schlachtung nicht.⁸⁸⁵ Schließlich habe der Angeklagte sich auch gegenüber einem Zeugen

⁸⁷⁷ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLS 119/46, Nr. 1793, S. 8.

⁸⁷⁸ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLS 119/46, Nr. 1793, S. 8.

⁸⁷⁹ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLS 119/46, Nr. 1793, S. 8.

⁸⁸⁰ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLS 119/46, Nr. 1793, S. 8.

⁸⁸¹ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLS 119/46, Nr. 1793, S. 10.

⁸⁸² LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLS 119/46, Nr. 1793, S. 10. Außerdem gab der Angeklagte an, dass „meistens ja doch keiner kam“, auch wenn ein Tierarzt verständigt worden sei.

⁸⁸³ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLS 119/46, Nr. 1793, S. 10.

⁸⁸⁴ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLS 119/46, Nr. 1793, S. 10.

⁸⁸⁵ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLS 119/46, Nr. 1793, S. 10 f.

dahingehend geäußert, dass er nicht wisse, was er mit dem Tier anfangen solle.⁸⁸⁶ Dies waren nach Ansicht der Strafkammer genügend Anzeichen dafür, dass dem Angeklagten die Illegalität des Sachverhalts vollkommen bewusst war.⁸⁸⁷ Auch wenn die Auseinandersetzung des Gerichtes mit dem Vorbringen des Angeklagten an dieser Stelle etwas durcheinander wirkt, ist sie insofern naheliegend, als dass der Beschuldigte wohl eine auf mehreren Ebenen wenig nachvollziehbare Argumentation vorlegte. Dennoch wäre eine ausführlichere und strukturiere Auseinandersetzung mit diesen Argumenten durchaus angebracht gewesen.

In diesem Urteil ist generell zu beobachten, dass die Ausführungen der Richter von sehr unterschiedlicher Länge waren. Die kritischen Punkte, bei denen es auf eine lebensnahe Betrachtung der Arbeitsabläufe einer Metzgerei ankam, führte die Strafkammer ausführlich aus und blieb sich bei der Argumentation zur Schlachtung verschiedener Tiere treu. Auch wenn die Darlegungen im Großen und Ganzen neutral gehalten waren, fällt die abwertende Bewertung hinsichtlich der Gesetzestreue des fraglichen Betriebes auf. Im Allgemeinen wirkt die Argumentation der Strafkammer hier weniger durchdacht und schlüssig als im zuvor untersuchten Urteil.

*cc. Urteil vom 20. Oktober 1947*⁸⁸⁸

Intensiv mit dem Vorbringen der beiden Angeklagten setzte sich auch die zweite große Strafkammer auseinander, was in diesem Falle zu einer teilweisen Entlastung der Täter führte. Die Angeklagten waren ein Ehepaar, dem die Hortung und der unrechtmäßige Besitz unterschiedlicher Gegenstände vorgeworfen wurde. Der eine Teil dieser Waren stammte aus dem Schnittwarengeschäft der angeklagten Ehefrau. Ihr Mann wehrte sich gegen den Vorwurf, an der Hortung dieser Gegenstände beteiligt gewesen zu sein, indem er angab, bis auf Hilfstätigkeiten im Krieg und kurz danach nichts mit dem Geschäft seiner Frau zu tun gehabt zu haben.⁸⁸⁹ Dieses Argument wurde von der Strafkammer tatsächlich anerkannt: Auch wenn sie annahm, dass der Angeklagte vermutlich Kenntnis von der Hortung seitens seiner Ehefrau hatte und dabei unter Umständen sogar geholfen hatte, genügte dies nicht für eine Verurteilung, denn der Angeklagte hatte einen eigenen Beruf ausgeübt und es lagen keine ausreichenden Beweise dafür vor, dass er sich an der Hortung beteiligt hatte.⁸⁹⁰ Das Gericht bezeichnet die Verteidigung des Angeklagten dennoch als „Schutzbehauptung“, welche es jedoch schlussendlich nicht widerlegen konnte.⁸⁹¹ Das Ergebnis dieser Auseinandersetzung ist geprägt von dem in-dubio-pro-reo-Grundsatz, demzufolge die Strafkammer den Angeklagten trotz erheblicher Zweifel an seiner Unschuld wegen mangelhafter Beweise nicht verurteilen konnte.

⁸⁸⁶ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLS 119/46, Nr. 1793, S. 10.

⁸⁸⁷ LG Nürnberg-Fürth, 3. Strafkammer, U. v. 13. Februar 1947, Az. KLS 119/46, Nr. 1793, S. 10 f.

⁸⁸⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 20. Oktober 1947, Az. KLS 118/47, Nr. 1940.

⁸⁸⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 20. Oktober 1947, Az. KLS 118/47, Nr. 1940, S. 5.

⁸⁹⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 20. Oktober 1947, Az. KLS 118/47, Nr. 1940, S. 6.

⁸⁹¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 20. Oktober 1947, Az. KLS 118/47, Nr. 1940, S. 6.

Anders war die Beurteilung hinsichtlich der zweiten Warengruppe. Hierbei handelte es sich um Waren amerikanischen Ursprungs, die sich der Angeklagte aus der Schuttgrube angeeignet hatte.⁸⁹² Zentrales Argument zur Verteidigung war hierbei, dass es sich nach Auffassung des Angeklagten bei den fraglichen Gegenständen um herrenlose Dinge gehandelt habe, die von amerikanischen Soldaten als wertlos betrachtet und daher in der Schuttgrube entsorgt worden waren.⁸⁹³ Dadurch hätten sie das Eigentum an den Sachen aufgegeben, weshalb einer Aneignung seinerseits nichts im Wege stand.⁸⁹⁴ Das Gericht gestand dem Angeklagten zwar zu, dass er die fraglichen Gegenstände – trotz ihres nicht unerheblichen Wertes – wirklich aus der Schuttgrube entnommen hatte, zweifelte aber deren Eigenschaft als herrenlos an.⁸⁹⁵ Es ging vielmehr davon aus, dass aufgrund der Gepflogenheiten der Amerikaner nicht darauf geschlossen werden konnte, dass durch die Verbringung auf den Schuttplatz seitens der Soldaten das Eigentum des amerikanischen Staates aufgegeben und die Gegenstände zur Aneignung durch die Bevölkerung freigegeben werden sollten.⁸⁹⁶ Die Richter nahmen an, dass die zuständigen Stellen bei den Amerikanern nicht damit einverstanden waren, dass deutsche Bürger die entsprechenden Dinge aus der Schuttgrube in Besitz nahmen.⁸⁹⁷ Als Beweis dafür wurde das Handeln durch einen „Provostmarschall“⁸⁹⁸ gesehen, der nach Begutachtung der fraglichen Gegenstände diese als amerikanisches Eigentum ansah und dementsprechend beanspruchte.⁸⁹⁹ Der Angeklagte war damit strafbar. Diese Argumentation, die bereits im ersten Kapitel kurz angesprochen wurde, wirft einige Fragen auf. So wird als eines der Hauptargumente für die Schuld des Angeklagten vorgebracht, dass ein amerikanischer Militärbeamter die Gegenstände nach ihrer Begutachtung als Eigentum des amerikanischen Staates zurückforderte. Inwieweit diese Aussage glaubwürdig war und ob der provost marshal ausreichend über die konkreten, vermutlich in ihrer Bedeutung eher untergeordneten, Vorgänge informiert war, lässt sich dem Urteil nicht entnehmen. Außerdem wird nicht thematisiert, ob eine Eigentumsaufgabe durch die amerikanischen Soldaten eventuell möglich war, obwohl zuständige Stellen mutmaßlich nicht damit einverstanden waren. Wenigstens hätte angesprochen werden müssen, ob der Angeklagte einem Tatbestandsirrtum bezüglich der Eigenschaft der Herrenlosigkeit unterlag. Bei Gegenständen, die in einer Schuttgrube aufgefunden wurden, wäre es durchaus naheliegender gewesen, anzunehmen, dass das Eigentum an diesen aufgegeben wurde. Schließlich konnte er den äußeren Umständen zufolge nicht damit rechnen, dass Soldaten, die die Dinge entsorgt hatten, damit gegen den Willen ihrer Vorgesetzten verstießen. Auch wäre es denkbar, dass durch das Abladen an dieser Stelle zumindest das Einverständnis

⁸⁹² LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 20. Oktober 1947, Az. KLs 118/47, Nr. 1940, S. 5.

⁸⁹³ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 20. Oktober 1947, Az. KLs 118/47, Nr. 1940, S. 5 f.

⁸⁹⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 20. Oktober 1947, Az. KLs 118/47, Nr. 1940, S. 6.

⁸⁹⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 20. Oktober 1947, Az. KLs 118/47, Nr. 1940, S. 6 f.

⁸⁹⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 20. Oktober 1947, Az. KLs 118/47, Nr. 1940, S. 7.

⁸⁹⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 20. Oktober 1947, Az. KLs 118/47, Nr. 1940, S. 7.

⁸⁹⁸ Gemeint war damit wohl die militärische Figur des unter anderem in amerikanischen Gruppen verbreiteten provost marshal, dem eine Position entsprechend eines Kommandeurs der Militärpolizei zukam.

⁸⁹⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 20. Oktober 1947, Az. KLs 118/47, Nr. 1940, S. 7.

zur Aneignung gegeben wurde und sich der Angeklagte so unter Umständen in einem Erlaubnistatbestandsirrtum befand. All diese Überlegungen finden sich in dem Urteil jedoch nicht. Daher bleibt der Eindruck, dass das Gericht sich mit dem Sachverhalt nicht in ausreichendem Maße auseinandergesetzt hat. Es wirkt beinahe, als hätte man der Besatzungsmacht in gewisser Weise einen Gefallen tun wollen. Diese Betrachtungsweise stützt sich vor allem darauf, dass interne Abläufe, die womöglich eine Kritik an der amerikanischen Organisation oder an einzelnen Soldaten bedeutet hätte, überhaupt nicht angesprochen oder hinterfragt wurden, obwohl dies angesichts der vorliegenden Konstellation durchaus naheliegend gewesen wäre. Die Argumentation des Gerichts kann so keineswegs überzeugen.

Des Weiteren beschäftigte sich die zweite große Strafkammer mit dem Verteidigungsvorbringen der ebenfalls angeklagten Ehefrau. Wie bereits angedeutet, wurde dieser zur Last gelegt, beträchtliche Mengen an Textilien aus ihrem Geschäft zurückgehalten und gehortet zu haben. Die Angeklagte berief sich darauf, einen Teil der Waren schon vor der Einführung der Zwangswirtschaft angeschafft zu haben und nicht gewusst zu haben, dass sie diese an die zuständigen Behörden hätte melden müssen.⁹⁰⁰ Es habe sich dabei um eine eiserne Reserve und Geldanlage gehandelt.⁹⁰¹ Bei den anderen Gegenstände habe es sich um persönliche Gebrauchsgegenstände gehandelt, die sie sich als Händlerin auch in größerem Umfang gut habe besorgen können, um für ihre Familie vorzusorgen.⁹⁰² Den ungewöhnlichen Aufbewahrungsort der Waren – nämlich in einem Schuppen, verdeckt von Brennholz – erklärte sie damit, dass sie die Sachen lediglich „vor Diebstahl und Plünderung durch herumstreunende Fremde“ habe schützen wollen.⁹⁰³ Einen Teil der Waren, nämlich eine große Anzahl an Kinderausstattung, erklärte die Angeklagte damit, dass ihr 20-jähriger Sohn sehr kinderlieb sei und verlobt gewesen sei.⁹⁰⁴

Die Richter hielten dem entgegen, dass auch die Angeklagte wusste, dass sämtliche Lagerbestände anmeldepflichtig gewesen seien.⁹⁰⁵ Dass die Täterin diese Gegenstände als eisernen Bestand und Wertanlage gesehen habe, bestätigte die Ansicht des Gerichts, dass sie auch diese Dinge als zum Lager gehörig betrachtet und für „ihre eigensüchtigen Zwecke gehortet“ habe.⁹⁰⁶

Anhand zahlreicher Zeugenaussagen beschäftigte sich die Strafkammer anschließend detailliert mit den einzelnen Stücken aus dem Bestand, der nach Angaben der Angeklagten für den persönlichen Gebrauch vorgesehen war.⁹⁰⁷ Im Ergebnis kamen die Richter so zu der Feststellung, dass ein Teil davon tatsächlich privat war.⁹⁰⁸ Auch wenn die An-

⁹⁰⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 20. Oktober 1947, Az. KLS 118/47, Nr. 1940, S. 6.

⁹⁰¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 20. Oktober 1947, Az. KLS 118/47, Nr. 1940, S. 6.

⁹⁰² LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 20. Oktober 1947, Az. KLS 118/47, Nr. 1940, S. 6.

⁹⁰³ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 20. Oktober 1947, Az. KLS 118/47, Nr. 1940, S. 6.

⁹⁰⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 20. Oktober 1947, Az. KLS 118/47, Nr. 1940, S. 9.

⁹⁰⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 20. Oktober 1947, Az. KLS 118/47, Nr. 1940, S. 8.

⁹⁰⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 20. Oktober 1947, Az. KLS 118/47, Nr. 1940, S. 8.

⁹⁰⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 20. Oktober 1947, Az. KLS 118/47, Nr. 1940, S. 8.

⁹⁰⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 20. Oktober 1947, Az. KLS 118/47, Nr. 1940, S. 8.

geklagte sehr sparsam mit ihrer Wäsche umging, Teile unter anderem für die Aussteuer ihrer Söhne zurücklegte und sie einiges geschenkt bekommen hatte, konnte das Gericht jedoch nicht glauben, dass die angegebenen großen Mengen tatsächlich ausschließlich zum persönlichen Gebrauch bestimmt waren.⁹⁰⁹ Daher analysierte es die vorhandenen Warenbestände und kategorisierte sie – nach eigenen Angaben „großzügig zu Gunsten der Angeklagten“ – nach Privat- und Geschäftsbeständen.⁹¹⁰ Dabei wurde besonders hervorgehoben, dass das Vorhandensein der Kinderausstattung für den Sohn nicht glaubwürdig erschien: Nach Ansicht der Richter widersprach es jeder Lebenserfahrung, dass ein derart junger Mann, der von Kinderausstattung ohnehin nichts verstünde und bei dem unklar sei, ob er überhaupt jemals Kinder haben werde, derartige Dinge schon auf Vorrat anschaffen würde.⁹¹¹ Daher wurden auch diese Textilien dem Geschäftsbestand der Angeklagten zugerechnet, die diese selten verfügbaren Dinge sehr lohnenswert auf dem Tauschmarkt einsetzen könnte.⁹¹² Im Ergebnis wurde also ein Teil der aufgefundenen Gegenstände dem Privatbedarf zugerechnet und nicht sanktioniert, während die anderen Waren als beiseitegeschafft im Sinne des § 1 KWVO galten.

Der hier besprochene Fall ist insofern interessant, als dass er sehr unterschiedliche Ergebnisse im Hinblick auf den Umgang mit den Argumenten der Verteidigung zeigt. Bei dem männlichen Angeklagten verließ sich die Strafkammer nicht auf allgemeine Beobachtungen und Erfahrungswerte, die nahelegen würden, dass der Ehepartner Hortungen in größerem Umfang durchaus mitbekommen müsste. Sie hegte zwar große Zweifel daran, dass der Angeklagte mit alledem nichts zu tun hatte, handelte aber angesichts fehlender ausreichender Beweise nach der Maxime in dubio pro reo und sprach den Beschuldigten hinsichtlich dieser Vorwürfe frei. Umso überraschender ist es, dass der Umgang mit dem zweiten Vorwurf der Anklage ein ganz anderer war. Sowohl die tatsächliche Lage, als auch ihre rechtliche Beurteilung wurden von den Richtern nicht ausreichend gewürdigt und der Umgang damit erscheint aus rechtsstaatlicher Perspektive sehr fragwürdig. Auch wenn das Ergebnis unter Umständen vertretbar sein mag, so mangelte es doch an einer ausreichenden Auseinandersetzung mit den fraglichen Punkten.

Hinsichtlich der Angeklagten dürfte das Ergebnis der Strafkammer überzeugend sein. Wie aus der dem Urteil angehängten Liste hervorgeht, handelte es sich durchaus um erhebliche Mengen an Textilien und es ist in der Tat wenig glaubwürdig, dass 37 Babyjäckchen oder mehr als 170 Meter Hemdenstoff rein privater Bestand waren.⁹¹³ Auch wurden der Angeklagten relativ große Mengen als Privatbesitz zugestanden.⁹¹⁴ Insofern kann durchaus angenommen werden, dass die Berechnungen der Richter tatsächlich den in

⁹⁰⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 20. Oktober 1947, Az. KLS 118/47, Nr. 1940, S. 8.

⁹¹⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 20. Oktober 1947, Az. KLS 118/47, Nr. 1940, S. 8 f.

⁹¹¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 20. Oktober 1947, Az. KLS 118/47, Nr. 1940, S. 9.

⁹¹² LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 20. Oktober 1947, Az. KLS 118/47, Nr. 1940, S. 9.

⁹¹³ Vgl. dazu LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 20. Oktober 1947, Az. KLS 118/47, Nr. 1940, Anlage Liste 4.

⁹¹⁴ Vgl. dazu LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 20. Oktober 1947, Az. KLS 118/47, Nr. 1940, Anlage Liste 1.

dubio pro reo Grundsatz berücksichtigten. Lediglich die Ausführungen zu den mehr oder minder geplanten Enkeln der Angeklagten wirken unter Umständen antiquiert. Hier spielten mit Sicherheit die damaligen Zeitumstände, wonach es unüblich war, dass Männer sich um die Ausstattung und andere Anliegen hinsichtlich der Kindererziehung kümmerten, eine große Rolle.

dd. Urteil vom 02. August 1948

Der Fall, mit dem sich die zweite große Strafkammer ein knappes Jahr später beschäftigte, ist einer der kontroversesten in der vorliegenden Rechtsprechung. Zu dieser Konstellation existieren jeweils zwei erstinstanzliche und revisionsrichterliche Urteile. Doch bereits das erste Urteil, mit dem der gesamte Instanzenzug begann, ist sehr interessant, da sich das LG dort intensiv mit dem Vorbringen des Angeklagten zu verschiedenen Punkten auseinandersetzte. Ausgangspunkt war dabei die Tatsache, dass bei dem Täter, der eine Mühle betrieb, 9.996,5 Zentner an teils verdorbenem Getreide und Mehl gefunden worden waren, die nicht an die zuständigen Stellen gemeldet worden waren.

Der Angeklagte bestritt nicht, dass die aufgefundenen Überbestände existierten und teils auch muffig waren.⁹¹⁵ Jedoch brachte er zu seiner Verteidigung vor, dass Müller im Rahmen der Bewirtschaftungsregeln 4,5% des Mahlgutes als Schwund oder Verstauung angeben konnten und einen Verlust in dieser Höhe während des Mahlvorganges auch nicht erklären mussten.⁹¹⁶ In der Mühle des Angeklagten sei es wegen effizienter Arbeitsweise und guter technischer Voraussetzungen aber nie zu einem Schwund in dieser Höhe gekommen.⁹¹⁷ Bei seiner Buchführung und der Meldung an die Behörden habe er die Schwundmenge von 4,5% einberechnet, sodass das Mehl, das wegen der soeben benannten Gründe zusätzlich produziert worden sei, dort nicht auftauchte, sondern von ihm eingelagert worden sei.⁹¹⁸ Der Angeklagte ging davon aus, dass er mit dieser Vorgehensweise bereits 1935, als die Meldepflichten eingeführt worden waren, begonnen habe, weshalb auch solch erhebliche Mengen zustande kamen.⁹¹⁹ Von deren genauen Ausmaß habe er keine Kenntnis gehabt, da er nur das entstandene Mehl, nicht aber das dafür verwendete Getreide abgewogen habe.⁹²⁰ Im Laufe der Jahre habe ihm dieser Überbestand durchaus Sorgen bereitet und er habe Möglichkeiten erwogen, wie er ihn melden könne, jedoch keine Option gefunden, die keine strafrechtlichen Konsequenzen nach sich gezogen hätte.⁹²¹ Die Gelegenheit der straffreien nachträglichen Meldung im Jahre 1945 habe er nicht mitbekommen.⁹²² Aus Angst vor Strafe, aber anfangs auch, um in Notzeiten für die von ihm belieferten Bäcker einen gewissen Bestand zurückzuhalten, habe er die not-

⁹¹⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 4.

⁹¹⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 4.

⁹¹⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 4.

⁹¹⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 4.

⁹¹⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 4.

⁹²⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 4.

⁹²¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 5.

⁹²² LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 5.

wendigen Meldungen unterlassen.⁹²³ Das muffige Mehl und Getreide begründete er zum einen mit bereits verdorbenen Lieferungen der Landwirte und zum anderen durch unverschuldete technische Störungen in seinem eigenen Betrieb.⁹²⁴ Auch das muffige Mehl sei jedoch verzehrbar, wenn es mit einer ausreichenden Menge unverdorbenen Mehls gemischt werde.⁹²⁵ Außerdem habe er hinsichtlich des nicht gemahlten Mehls bereits einen rechtskräftigen Ordnungsstrafbescheid erhalten.⁹²⁶

Zusätzlich zu diesen spezifischen Argumenten verteidigte sich der Angeklagte außerdem damit, dass er seinen Betrieb stets einwandfrei geführt habe, die Bewirtschaftungsregeln immer eingehalten habe und daher niemals auch noch so kleine Mengen an Mehl ohne die entsprechenden Marken und Scheine abgegeben habe.⁹²⁷ Er betonte, dass er die fragliche Menge an Mehl eben nicht dem schwarzen Markt zugeführt, sondern es lediglich zurückgehalten habe.⁹²⁸ Diese Hortung sollte dazu dienen, in Zeiten, in denen keine Getreidezuteilungen von offizieller Seite erfolgten – was bisher des Öfteren über einen Zeitraum von vier Wochen der Fall gewesen sei – über eine stille Reserve zu verfügen.⁹²⁹ Gerade wegen seiner Überbestände sei es ihm als einzigen Müller der Gegend bislang gelungen auch in solchen Phasen seine Kunden zu beliefern und keine Bezugsscheine abzulehnen.⁹³⁰

Einen Zusammenhang der Hortung mit der bevorstehenden Währungsreform wies er mit dem Hinweis zurück, dass er seine entsprechende Handlungsweise bereits 1935 begonnen und dementsprechend 1945 schon einen erheblichen Überbestand aufzuweisen hatte.⁹³¹ Er bezeichnete das Getreide als für ihn unverkäuflich, ehe es den zuständigen Behörden bekannt gemacht worden wäre.⁹³² Es sei auch keineswegs versteckt gewesen und jeder Angestellte habe die Vorräte gekannt.⁹³³ Dem widersprechende Aussagen oder widersprüchliches Verhalten seines Sohnes und des Betriebsleiters könnten ihm selbst nicht zugerechnet werden oder sie beruhten seiner Ansicht nach auf Missverständnissen.⁹³⁴ Soweit das auffallend ausführlich dargestellte Verteidigungsvorbringen.

Im Anschluss stellte das Gericht die Aussagen eines Sachverständigen dar. Dieser – Leiter der Rechtsabteilung des Getreidewirtschaftsverbandes in München – führte aus, dass Überbestände im Rahmen der obligatorischen Meldungen an Getreide ebenfalls

⁹²³ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 5.

⁹²⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 5.

⁹²⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 5.

⁹²⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 5.

⁹²⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 5.

⁹²⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 6.

⁹²⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 6.

⁹³⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 6.

⁹³¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 6.

⁹³² LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 6.

⁹³³ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 6.

⁹³⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 6.

aufgeführt werden mussten.⁹³⁵ Die Zuteilung des Mehls an Bäckereien fiel gerade nicht in den Aufgabenbereich der einzelnen Mühlen, sondern ging zentral vonstatten, da nur so eine gleichmäßige Verteilung gewährleistet werden konnte.⁹³⁶ Dies würde durch solch erhebliche Überbestände wie im vorliegenden Fall konterkariert, da davon nur ein kleiner Kreis an Bäckern, die von gerade dieser Mühle beliefert wurden, davon profitierte.⁹³⁷

Im Anschluss subsumierte das LG die unproblematischeren Tatbestandsmerkmale. Im Rahmen der Bedarfsgefährdung des § 1 KWVO ging es erstmals auf das Verteidigungsvorbringen ein. Die Aussage des Angeklagten, dass andere Müller, im Gegensatz zu ihm, manchmal die Bezugsscheine nicht annehmen konnten, wurde ihm dergestalt zur Last gelegt, dass dies mit der Meldung und Zurverfügungstellung seiner Überbestände hätte vermieden werden können und so die Versorgung der Bevölkerung hätte gewährleistet werden können.⁹³⁸ Alleine durch seine Überbestände hätte die Hälfte der Nürnberger Bäcker im gewohnten Ausmaß für eineinhalb Monate beliefert werden können.⁹³⁹ Unter Zugrundelegung der im Winter 1947/1948 üblichen Rationen hätte er alleine mit seinen gehorteten Mitteln die gesamte Nürnberger Bevölkerung eine Woche lang mit Brot versorgen können.⁹⁴⁰ Diese Zahlen versinnbildlichten für das LG das Ausmaß der Hortungen.

Die Richter gaben dem Angeklagten aber insofern recht, dass ihm die Versuche seines Sohnes, die Mehlbestände bei einer Durchsuchung zu verstecken, nicht zuzurechnen waren.⁹⁴¹ Dieser Sachverhalt stellte für das Gericht aber einen Beweis dafür dar, dass auch der Sohn über die erheblichen Überbestände Bescheid wusste.⁹⁴² Allerdings bleibt es unklar, was das LG mit dieser Feststellung bezweckte. Im nächsten Satz ging es darauf ein, dass es unbeachtlich sei, dass, wie der Angeklagte vorgebracht hatte, alle Angestellten der Mühle über die Hortungen Bescheid wussten.⁹⁴³ Diese Unbeachtlichkeit begründeten die Richter zum einen damit, dass die gesamten, großen Lagerbestände zum einen nicht hätten versteckt werden können und zum anderen mit der Auffassung, dass keiner der Angestellten und nicht einmal die Buchhalterin einen ausreichenden Überblick über die Vorgänge in der Mühle gehabt hätten, um so die immer wieder schwankenden Bestände einzuordnen und als Hortungen zu qualifizieren.⁹⁴⁴ Inwieweit dies für die Auslegung des Tatbestandsmerkmals der Bedarfsdeckung relevant war, bleibt jedoch offen.

Ein zentraler Punkt des Verteidigungsvorbringens war, wie bereits angesprochen, der Umstand, dass der Angeklagte seine Überbestände nach eigenen Angaben in Notzeiten

⁹³⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLs 140/48, Nr. 2181, S. 6.

⁹³⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLs 140/48, Nr. 2181, S. 6.

⁹³⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLs 140/48, Nr. 2181, S. 6 f.

⁹³⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLs 140/48, Nr. 2181, S. 8.

⁹³⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLs 140/48, Nr. 2181, S. 8.

⁹⁴⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLs 140/48, Nr. 2181, S. 8.

⁹⁴¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLs 140/48, Nr. 2181, S. 8.

⁹⁴² LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLs 140/48, Nr. 2181, S. 8.

⁹⁴³ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLs 140/48, Nr. 2181, S. 8.

⁹⁴⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLs 140/48, Nr. 2181, S. 8 f.

zur Versorgung der von ihm belieferten Bäckereien einsetzen wollte. Dem begegnete die Strafkammer mit dem Argument, dass eine derartige Planung „nicht zum Aufgabengebiet der Handelmühle Weidner & Assenbaum“ gehöre, sondern sie nur „das gelieferte Getreide zu mahlen und die gewonnenen Erzeugnisse ohne Zurückbehaltung irgendwelcher Mengen auf unbestimmte Zeit der Bewirtschaftung wieder zur Verfügung zu stellen“ habe.⁹⁴⁵ Daran, dass er durch die Hortungen die Bedarfsdeckung gefährdete, änderte es auch nichts, dass er seine Kunden stets beliefern konnte: Wer wie viel Mehl erhielt, stand dadurch nämlich im Ermessen des Angeklagten, sodass eine gleichmäßige Verteilung wie durch staatliche Stellen keineswegs gewährleistet war und diejenigen Menschen in der Region, die nicht Teil der Handelskette des Täters waren, weiterhin Mangel zu leiden hatten.⁹⁴⁶ Nach Ansicht der Richter wäre die Versorgung sogar zusammengebrochen, wenn sich jeder Müller ähnlich wie der Angeklagte verhalten und eigene Reserven angehäuft hätte.⁹⁴⁷ Es wurde sogar toleriert, dass die Müller nicht immer ganz exakte Mengenangaben in ihren Meldungen machen konnten und dazu tendierten, eher zu geringe als zu große Bestände anzugeben – das Verhalten des Angeklagten überschritt diese Toleranzgrenzen aber nach Ansicht der Richter bei Weitem.⁹⁴⁸ Auf Basis dieser ausführlichen Argumentation, die durch das dahingehende umfangreiche Verteidigungsvorbringen notwendig geworden war, sah das LG das Merkmal der Bedarfsgefährdung als erfüllt an.

Auch die Böswilligkeit bedurfte ausführlicher Auseinandersetzung mit dem Vorbringen des Angeklagten. Die Strafkammer sah die Definition der Böswilligkeit als erfüllt an, weil der Täter zwar angab, nicht über die genaue Größe der Überbestände Bescheid gewusst zu haben, gleichzeitig aber zugab, bereits 1935 mit den Hortungen begonnen und 1945 bereits über entsprechend hohe Vorräte verfügt zu haben, die sich aufgrund seiner unveränderten Arbeitsweise in der Folgezeit noch erhöht haben mussten.⁹⁴⁹ Dies erscheint einleuchtend, jedoch überrascht es, dass dieses Argument im Rahmen der Böswilligkeit und nicht des Vorsatzes aufgegriffen wurde. Das Hauptmotiv des Müllers war nach Ansicht der Richter eigensüchtiger Art, da es dem Täter nicht vorrangig um Lieferrückstellungen für Notzeiten ging.⁹⁵⁰ Hinweise dafür wurden in den Äußerungen gesehen, in denen er angab, dass er die Bestände gemeldet hätte, wenn dies ohne Strafen möglich gewesen wäre.⁹⁵¹ Dies legte das Gericht dahingehend aus, dass der Täter also bereit gewesen wäre, die Bestände straffrei zu melden, auch wenn damit die Vorräte für Notzeiten dahin gewesen wären, weshalb das Halten der Bestände zur Belieferung in Notzeiten für sein Handeln nicht das leitenden Motiv dargestellt haben konnte.⁹⁵² Die

⁹⁴⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 9.

⁹⁴⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 9.

⁹⁴⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 9.

⁹⁴⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 9.

⁹⁴⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 9 f.

⁹⁵⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 10.

⁹⁵¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 10.

⁹⁵² LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLS 140/48, Nr. 2181, S. 10.

Sorgen, die sich der Angeklagte nach eigenen Angaben wegen seines Überbestandes gemacht hatte, erkannte das Gericht zwar an, stellte aber zugleich fest: „Aber welcher Verbrecher macht sich wegen einer begangenen Tat keine Sorgen, insbesondere dann nicht, wenn die Gefahr der Aufklärung stets vor der Türe steht!“⁹⁵³ Es wäre dem Angeklagten aus Sicht der Richter möglich gewesen, seinen guten Willen zum Abbau der Überbestände zu zeigen, wenn er mit jeder regelmäßigen Meldung einen kleinen Überbestand abgegeben hätte, der ohne Strafe hätte offenbart werden können.⁹⁵⁴ Die Befürchtungen des Angeklagten hinsichtlich seiner Überbestände spielten für das Gericht zur Beurteilung der Böswilligkeit also schlussendlich keine Rolle.

Der von der Verteidigung vorgebrachte Umstand, dass mit den Hortungen 1935 begonnen wurde, wurde vom LG überdies für unglaublich gehalten.⁹⁵⁵ Der Zweck der damaligen, weniger strengen Bewirtschaftungsregeln wurde nicht in der künftigen Bedarfsdeckung, sondern „offensichtlich in den Autarkiebestrebungen der damaligen Staatsführung“ gesehen.⁹⁵⁶ Daher ging das Gericht davon aus, dass die Hortungen erst nach Kriegsanfang begannen und dazu dienen sollten, dem Täter einen Konkurrenzvorteil zu verschaffen.⁹⁵⁷ An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass die richterliche Argumentation hier zum Teil inkonsistent ist. Nur kurz zuvor berief sich das Gericht darauf, dass die Hortungen bereits 1935 begonnen hätten, ohne zu erwähnen, dass es dies für unwahrscheinlich hielt. Auf das Ergebnis dürfte dieser Widerspruch kaum Auswirkungen haben, dennoch fällt er dem aufmerksamen Leser auf.

Außerdem wurde angenommen, dass der Angeklagte, da er auch im Februar 1948, als nach Ansicht der Richter eine besonders schwere Zeit herrschte, nichts von seinem Vorrat nach außen gab, die Hortungen keineswegs aus menschenfreundlicher Gesinnung, sondern aus geschäftlichen Erwägungen vornahm.⁹⁵⁸ Das Argument des Müllers, dass er nie Mehl ohne Bezugsschein herausgegeben habe, veranlasste das Gericht zu der Überlegung, dass es dann wohl auch unmöglich gewesen sei, die Not der Bevölkerung zu lindern: Die Bestände waren den Behörden schließlich unbekannt, sodass sie auch keine entsprechenden Bezugsscheine ausstellen konnten.⁹⁵⁹ Hinsichtlich des von der Verteidigung vorgebrachten Argumentes, dass die Währungsreform keine Rolle gespielt haben könne, da die Hortungen bereits viele Jahre vor Kriegsende ihren Anfang genommen hatten, stellte das Gericht fest, dass dies nur für die Zeit vor 1945 gelten könne.⁹⁶⁰ Für die Jahre danach nahm es ohne weitere Ausführungen dazu an, dass die geplante Bereiche-

⁹⁵³ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLs 140/48, Nr. 2181, S. 10.

⁹⁵⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLs 140/48, Nr. 2181, S. 10.

⁹⁵⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLs 140/48, Nr. 2181, S. 10.

⁹⁵⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLs 140/48, Nr. 2181, S. 10 f.

⁹⁵⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLs 140/48, Nr. 2181, S. 11.

⁹⁵⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLs 140/48, Nr. 2181, S. 11.

⁹⁵⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLs 140/48, Nr. 2181, S. 11.

⁹⁶⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLs 140/48, Nr. 2181, S. 11.

rung durch das Halten der Bestände bis nach der Reform ebenfalls zu den egoistischen Beweggründen des Angeklagten zählte.⁹⁶¹

Für unbeachtlich erachtete das LG sowohl die Argumente, wonach die laufenden Überbestände nur einen geringen Anteil an der Gesamtproduktion ausmachten, da nur die absolute Menge zählen könne, als auch den Umstand, dass sich die Bestände nur aus der effizienten Arbeitsweise, nicht aber anderweitigen, schwarzen Zukäufen speisten.⁹⁶² Vielmehr sei es die Pflicht des Angeklagten gewesen, das Maximum aus dem ihm zuge- teilten Getreide herauszuholen, wobei ihm zwar der Gewinn aus seinen neuen Produkti- onsmethoden zustehe, was ihm jedoch nicht das Recht gäbe, über die Güter an sich frei zu verfügen.⁹⁶³ Es ist jedoch zu erwähnen, dass sich die nicht erfolgte Betätigung auf dem schwarzen Markt in den Strafzumessungserwägungen mildernd auswirkte und das Ge- richt an dieser Stelle auch annahm, dass ein geringerer Grad an Böswilligkeit vorlag.⁹⁶⁴ Die Gesamtschau der Erwägungen führte dazu, dass die Strafkammer in dem Handeln des Müllers eine böswillige Einstellung erkannte.

Im vorliegenden Urteil ist zu beobachten, dass sowohl das Verteidigungsvorbringen selbst als auch die richterliche Auseinandersetzung damit im Rahmen der Subsumti- on der Tatbestandsmerkmale sehr ausführlich vorgenommen wurden. Dies ist mit den enormen Mengen, die im Raum standen sowie dem nicht ganz unkomplizierten Sach- verhalt und seiner Beurteilung zu erklären. Es ist festzustellen, dass sich die Richter aus- führlich und alles andere als oberflächlich mit der Verteidigung befassten. Sie setzten sich mit den Darlegungen auseinander und legten sie anhand der Tatbestandsmerkmale aus. Dabei wurden Argumente, die an anderer Stelle als Verteidigung gedacht waren, ge- nau untersucht und zum Teil auch für den Angeklagten negativ interpretiert. Die Argu- mentation der Strafkammer war dabei bis auf wenige Ausnahmen in sich schlüssig und überzeugend. Das Verteidigungsvorbringen wurde so weitestgehend widerlegt. Das Ge- richt ging dabei auf die meisten, wenngleich nicht alle von der Verteidigung vorgebrach- ten Argumente ein. Manche der zunächst unberücksichtigten Erklärungen, wie bei- spielsweise die dargelegte Eigenschaft des Angeklagten als zuverlässiger Geschäftsmann, fanden dafür in den Strafzumessungserwägungen Berücksichtigung. Auch im Allgemei- nen fällt auf, dass die Argumentation des Angeklagten zwar nicht dazu führte, dass der Tatbestand der Strafnormen verneint wurde, sich aber bei der Begründung der Strafe durchaus positiv niederschlug. Der Tonfall der Richter war weitgehend neutral, lediglich bei der Frage, ob der Müller selbst für Notzeiten vorsorgen durfte, lesen sich die Äuße- rungen etwas überheblich.

Zu erwähnen bleibt, dass sich die anschließende Revision des Angeklagten unter an- derem gegen die Interpretation des hier so ausführlich besprochenen Merkmals der Bö- swilligkeit richtete. Das OLG ging darauf allerdings kaum ein und hielt lediglich fest, dass

⁹⁶¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLs 140/48, Nr. 2181, S. 11.

⁹⁶² LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLs 140/48, Nr. 2181, S. 11.

⁹⁶³ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLs 140/48, Nr. 2181, S. 11 f.

⁹⁶⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLs 140/48, Nr. 2181, S. 14.

keine falschen rechtlichen Erwägungen zu erkennen gewesen seien.⁹⁶⁵ Zu den Ausführungen zur Bedarfsdeckung seitens der ersten Instanz stellte das OLG fest, dass diese anschaulich und anhand von Beispielen dargelegt worden sei.⁹⁶⁶ Die hier dargestellten Erwägungen der Strafkammer hinsichtlich des Vorbringens des Angeklagten blieben somit bestehen. Der lange Instanzenzug dieses Falles ist hingegen damit zu erklären, dass das OLG seine Rechtsprechung zur Bereicherungsabsicht auf die Revision der Staatsanwaltschaft hin änderte. Das Ergebnis dieses Beschlusses wird im Abschnitt A.III.3 dieses Kapitels sowie ausführlich in dem Punkt C.I.2 des ersten Kapitels dargestellt. Die Revision des zweiten landgerichtlichen Urteils hatte sich mit der Höhe der verhängten Geldstrafe im Angesicht der Währungsreform zu befassen.⁹⁶⁷

ee. Urteil vom 10. Februar 1949

Das Urteil, das am 10. Februar 1949 erlassen wurde,⁹⁶⁸ ist einer jener Fälle, in denen eine Vielzahl von Angeklagten gemeinsam vor Gericht stand: In diesem Prozess handelte es sich um 25 Beschuldigte. Aufgrund dieser hohen Anzahl an Angeklagten, die alle etwas zu ihrer Verteidigung vorbrachten, wäre es wenig zielführend, alle Argumente darzustellen. Außerdem müsste dies zu einer vertieften inhaltlichen Auseinandersetzung führen, die an dieser Stelle nicht realisierbar ist. Daher soll der Fokus auf der Verteidigung der beiden Angeklagten liegen, die die höchsten Strafen erhielten und die den Ausgangspunkt der abgeurteilten Handelskette bildeten.

Der Angeklagte Hansen war Fuhrunternehmer und sollte eine Ladung mit Rindertalg, der zur Herstellung von Emulgatoren in der Margarineproduktion bestimmt war, von Regensburg aus in seine norddeutsche Heimat bringen.⁹⁶⁹ Bei einem reparaturbedingten Halt in Nürnberg bot er den Talg dem Angeklagten Lang und dessen Familie an, die er zufällig traf, wobei er angab, dass es sich um Speisefett aus der Ostzone handle, das ursprünglich zur Kerzenproduktion bestimmt sei, nun aber in Rücksprache mit dem Eigentümer in der amerikanischen Zone an die Bevölkerung veräußert werden solle, da es unnötig sei, solch wertvolles Fett für Kerzen zu verwenden.⁹⁷⁰ Hansen schmückte diese Geschichte weiter aus und Lang entschied sich dazu, am Verkauf des Fettes mitzuwirken, um sich so einen gewissen Gewinn zu verschaffen.⁹⁷¹ Er übernahm den Vertrieb des Talgs und veräußerte mit der Hilfe Anderer so die ganze Wagenladung.⁹⁷²

Aus dem sehr strukturierten Urteilstext geht hervor, was die Anklage den Männern auf Basis dieses Tatbestandes zur Last legte. Der Fahrer wurde wegen Verstößen gegen

⁹⁶⁵ OLG Nürnberg, B. v. 16. November 1948, Az. Ss 169/48, Nr. 2181, S. 2 f.

⁹⁶⁶ OLG Nürnberg, B. v. 16. November 1948, Az. Ss 169/48, Nr. 2181, S. 2.

⁹⁶⁷ Vgl. OLG Nürnberg, B. v. 19. April 1950, Az. Ls 108/49, Nr. 2181.

⁹⁶⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLS 275/48, Nr. 2287.

⁹⁶⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLS 275/48, Nr. 2287, S. 6.

⁹⁷⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLS 275/48, Nr. 2287, S. 7.

⁹⁷¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLS 275/48, Nr. 2287, S. 7.

⁹⁷² LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLS 275/48, Nr. 2287, S. 7 ff.

das KRG Nr. 50 sowie die PStRVO angeklagt.⁹⁷³ Dem Verkäufer wurde eine Verletzung der KWVO, PStRVO sowie Hehlerei angelastet.⁹⁷⁴ Letzteres nahm die Staatsanwaltschaft an, weil sie davon ausging, dass dem Angeklagten bewusst gewesen sein musste, dass der Fahrer das Fett veruntreut hatte.⁹⁷⁵

Hansen wehrte sich gegen die Vorwürfe, indem er zu bedenken gab, dass er nicht gewusst habe, dass das Fett bewirtschaftet gewesen sei, sondern davon ausging, dass es zur Kerzenherstellung freigegeben gewesen sei.⁹⁷⁶ Er habe das Fett „für die Volksernährung sichern wollen“ und sich nach seiner bislang von Schwierigkeiten geprägten Fahrt und dem Gespräch mit dem Angeklagten Lang spontan zum Verkauf entschieden.⁹⁷⁷ Er gab an, davon ausgegangen zu sein, dass sein Auftraggeber damit einverstanden sei, da er ihm so einen größeren Gewinn verschaffen könne.⁹⁷⁸ Daher sah der Angeklagte höchstens den Tatbestand der Unterschlagung, nicht aber den des KRG Nr. 50 oder der KWVO als gegeben an.

Das Gericht trat diesem Vorbringen entschieden entgegen. Zunächst verfolgte es den Ursprung und den Weg des Talgs ausführlich nach, subsumierte die konkrete Art des Fettes unter die anzuwendenden Spezialgesetze und kam so zu dem Ergebnis, dass es zweifellos bewirtschaftet gewesen sei – unabhängig davon, dass es in der damaligen Form einem Gutachter zufolge nicht zum menschlichen Verzehr geeignet gewesen sei.⁹⁷⁹ Die fehlende Kenntnis des Angeklagten von der Bewirtschaftung war nach Ansicht der Richter unbeachtlich: Die entsprechenden Rechtssätze seien ordnungsgemäß veröffentlichte Normen, auf deren Unkenntnis er sich nicht berufen könne.⁹⁸⁰ Die Unkenntnis dieser Gesetze ließe sich unter keine der anerkannten Irrtumsformen subsumieren.⁹⁸¹ Selbst nach früherer Rechtslage wäre eine Straflosigkeit dem damaligen § 59 StGB, der den Tatbestandsirrtum regelte, zufolge nur möglich, wenn der Angeklagte die Tat als solche für erlaubt gehalten hätte, den Irrtum nicht selbst verschuldet hätte und keine Zweifel hinsichtlich der Legalität seiner Handlungen gehabt hätte.⁹⁸² Zur Untermauerung zitierte das LG an dieser Stelle eine Entscheidung des RG.⁹⁸³ Nach Ansicht der Richter zweifelte der Angeklagte aber wenigstens daran, gegen Bewirtschaftungsbestimmungen zu verstoßen.⁹⁸⁴ Durch die Aneignung des Rindertalgs sah die Strafkammer den Tatbestand des

⁹⁷³ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 15.

⁹⁷⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 15.

⁹⁷⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 16.

⁹⁷⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 17.

⁹⁷⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 17.

⁹⁷⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 17.

⁹⁷⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 21 f.

⁹⁸⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 22.

⁹⁸¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 22.

⁹⁸² LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 22 f.

⁹⁸³ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 23.

⁹⁸⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 23.

KRG Nr. 50 und den der erschwerten Unterschlagung gem. § 246 StGB als erfüllt an.⁹⁸⁵ Ein Verstoß gegen die Preisvorschriften wurde außerdem in dem Weiterverkauf an den Angeklagten Lang gesehen.⁹⁸⁶ Damit folgte das Gericht nicht nur den Vorwürfen der Anklage, es ging sogar über diese hinaus und verurteilte Hansen zusätzlich noch wegen Unterschlagung. Allerdings findet sich im Urteil an späterer Stelle der Verweis, dass alle Angeklagten, und so wohl auch Hansen, gem. § 265 StPO darauf hingewiesen wurden, dass das Gericht den Sachverhalt anders als die Anklage würdigte.⁹⁸⁷ Den Angeklagten wurde im Hinblick darauf auch die Möglichkeit zur Verteidigung gegeben.⁹⁸⁸ Insofern wurde das Recht auf rechtliches Gehör ausreichend gewahrt.

Der Angeklagte Lang verteidigte sich mit dem Argument, dass er nicht gewusst habe, dass Hansen den Talg unterschlagen habe und er davon ausgegangen sei, dass das Fett aus der Ostzone stammte und der freien Verfügung des Hansen unterstand.⁹⁸⁹ Außerdem sei man zu dieser Zeit allgemein davon ausgegangen, dass die Bewirtschaftung von Fett enden würde, weshalb er sich keines Verbrechens bewusst gewesen sei.⁹⁹⁰

Erstgenanntes Argument erkannten die Richter an. Es konnte kein Beweis dafür gefunden werden, dass der Angeklagte wusste, dass die Fässer mit Fett unterschlagen worden waren, weshalb der Tatbestand der Hehlerei nicht erfüllt war.⁹⁹¹ Insbesondere stellte ein Erwerb auf dem Schwarzmarkt, den der Angeklagte möglicherweise noch hätte annehmen müssen, keine taugliche Vortat dar, sodass die Anwendung des § 259 StGB ausschied.⁹⁹² Hinsichtlich der im Rahmen einer Verurteilung nach der VRStVO relevanten Bewirtschaftung des Talgs verwies die Strafkammer auf die bei Hansen im Rahmen des KRG Nr. 50 gemachten Ausführungen.⁹⁹³ Das Vorbringen des Angeklagten, er sei davon ausgegangen, dass der Talg aus der Ostzone stamme und daher nicht der Bewirtschaftung unterlegen habe,⁹⁹⁴ wurde als unbeachtlich eingeordnet.⁹⁹⁵ Die in der amerikanischen Zone geltenden Bewirtschaftungsbestimmungen sahen vor, dass jedes in dieser Zone bewirtschaftete Gut als bewirtschaftet galt, sobald es sich auf jenem Gebiet befand und dem dortigen Wirtschaftskreislauf zugeführt wurde.⁹⁹⁶ Dementsprechend war der Talg wenigstens ab demjenigen Zeitpunkt, als er von Hansen an Lang veräußert wurde, bewirtschaftet.⁹⁹⁷ Eine mögliche Unkenntnis dieser Bestimmungen wertete das LG als

⁹⁸⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 23.

⁹⁸⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 23.

⁹⁸⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 32.

⁹⁸⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 32.

⁹⁸⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 17.

⁹⁹⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 17.

⁹⁹¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 23.

⁹⁹² LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 24.

⁹⁹³ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 24.

⁹⁹⁴ Dieses Argument taucht bei der Darstellung des Verteidigungsvorbringens nur in stark verkürzter Form auf und wird erst bei der Reaktion des Gerichts noch weiter ausgeführt.

⁹⁹⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 24.

⁹⁹⁶ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 24.

⁹⁹⁷ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLs 275/48, Nr. 2287, S. 24.

unbeachtlichen Strafrechtsirrtum, da klare gesetzliche Vorschriften bestünden.⁹⁹⁸ Darüber hinaus hielt das Gericht die diesbezüglichen Ausführungen des Angeklagten Lang sowie einiger Mitangeklagter für „eine leere Ausrede“.⁹⁹⁹ Wie es zu dieser Ansicht kam, legte es jedoch nur für einen anderen Angeklagten, nicht aber für Lang selbst dar, sodass unklar bleibt, worauf sich diese Ansicht stützte.¹⁰⁰⁰ Der Umstand, dass der Angeklagte davon ausging, dass es sich bei dem Talg um für den menschlichen Verzehr geeignetes Fett gehandelt habe, wirkte sich bei der strafrechtlichen Beurteilung hingegen aus: Da dies tatsächlich nicht der Fall war, wurde nur ein versuchter Verstoß gegen die VRStVO angenommen, allerdings – ohne nähere Darlegung und mit einem bloßen Verweis auf die Tatumstände – in einem besonders schweren Fall.¹⁰⁰¹

Auf das Vorbringen des Angeklagten, dass er angenommen habe Fett werde bald frei von Bewirtschaftung, gingen die Richter nicht weiter ein. Sie betonten jedoch im Rahmen der Subsumtion der Tatbestandsmerkmale der KWVO, dass zum Tatzeitpunkt immer noch ein Mangel an Fett geherrscht habe und die bestehende Warnung des bayerischen Landwirtschaftsministeriums vor dem Schwarzhandel mit Fett missachtet worden sei.¹⁰⁰² Demnach diene Fett der Deckung des lebenswichtigen Bedarfs der Bevölkerung, weshalb eine Strafbarkeit nach § 1 Abs. 1 KWVO bejaht wurde.¹⁰⁰³ Durch den Handel mit dem Talg sah das Gericht außerdem einen Verstoß gegen die PStRVO sowie im Rahmen der KWVO auch Bereicherungsabsicht als gegeben an.¹⁰⁰⁴

Es ist jedoch unbedingt darauf hinzuweisen, dass dieses Urteil gegen Lang in der Revision aufgehoben und zur Entscheidung an das LG zurückverwiesen wurde.¹⁰⁰⁵ Ausgangspunkt war dabei der Umstand, dass der Angeklagte dem mitangeklagten Hansen geglaubt hatte, der angab, dass es sich um zum Verzehr geeignetes Fett handle, das er zusammen mit dem Eigentümer für die Bevölkerung gerettet habe, da es ansonsten zur Kerzenproduktion verwendet würde.¹⁰⁰⁶ Auf dieser Informationsgrundlage begann der Angeklagte den Handel mit dem Fett, weshalb das OLG weder ein Beiseiteschaffen noch eine böswillige Bedarfsgefährdung erkennen konnte.¹⁰⁰⁷ Selbst wenn Langs Handeln von Profitstreben geleitet war, trug sein Handeln aus seiner Sicht dennoch dazu bei, dass der Bevölkerung Fett zur Ernährung zur Verfügung gestellt wurde und nicht, dass es der allgemeinen Ernährung entzogen wurde.¹⁰⁰⁸ Außerdem trat das OLG der Ansicht des LG entgegen, wonach Lang sich eines versuchten Vergehens nach der VRStVO strafbar ge-

⁹⁹⁸ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLS 275/48, Nr. 2287, S. 24.

⁹⁹⁹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLS 275/48, Nr. 2287, S. 24.

¹⁰⁰⁰ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLS 275/48, Nr. 2287, S. 24 f.

¹⁰⁰¹ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLS 275/48, Nr. 2287, S. 25 f.

¹⁰⁰² LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLS 275/48, Nr. 2287, S. 25.

¹⁰⁰³ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLS 275/48, Nr. 2287, S. 25.

¹⁰⁰⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 10. Februar 1949, Az. KLS 275/48, Nr. 2287, S. 26.

¹⁰⁰⁵ OLG Nürnberg, B. v. 12. Mai 1950, Az. Ss 98/49, Nr. 2287.

¹⁰⁰⁶ OLG Nürnberg, B. v. 12. Mai 1950, Az. Ss 98/49, Nr. 2287, S. 1 f.

¹⁰⁰⁷ OLG Nürnberg, B. v. 12. Mai 1950, Az. Ss 98/49, Nr. 2287, S. 2.

¹⁰⁰⁸ OLG Nürnberg, B. v. 12. Mai 1950, Az. Ss 98/49, Nr. 2287, S. 2.

macht habe. Das Gericht habe den Einwand Langs, dass er der Ansicht war, dass Waren aus der Ostzone nicht bezugsbeschränkt seien, nicht ausreichend gewürdigt.¹⁰⁰⁹ Vielmehr schliesse dieser Irrtum die Schuld des Angeklagten aus, sodass eine Verurteilung auf dieser Grundlage ausscheiden müsse.¹⁰¹⁰ Der Irrtum beruhte nach Ansicht des Gerichts unter Berücksichtigung der Tatumstände nämlich auch nicht auf Fahrlässigkeit, ohne dass die Gründe hierfür jedoch ausführlicher dargelegt wurden.¹⁰¹¹ Übrig blieb mithin nach Ansicht des OLG nur eine Strafbarkeit nach der PStRVO.¹⁰¹² Es stellte trotz des Handelns in Gewinnerzielungsabsicht eine Einstellung auf Grundlage eines Amnestiegesetzes in Aussicht, verwies den Fall aber dennoch an das LG zurück, damit dieses eine weitere Tatsachenüberprüfung vornehmen konnte.¹⁰¹³ Eine weitere Entscheidung des LG ist jedoch leider nicht im Quellenmaterial enthalten. Die Möglichkeit einer vollständigen Einstellung liegt daher nahe.

Die Revision ist also durchaus entscheidend, um die Argumentation der zweiten großen Strafkammer einzuordnen. Die fehlende Auseinandersetzung mit den Irrtümern, denen der Angeklagte aufgrund der Aussagen des Hansen unterlag, ist auffällig. Die Argumentation des OLG ist überzeugender und deckt die Versäumnisse der ersten Instanz auf. Auch wenn Uneinigkeit zwischen der Einordnung der Irrtümer bestand, so hätte das LG seine Überlegungen wenigstens darlegen müssen, anstatt lediglich auszusprechen, dass es sich seiner Ansicht nach um einen unbeachtlichen Irrtum handle. Angesichts dieser Ergebnisse wäre es durchaus interessant gewesen, ob das OLG auch einer Revision des Angeklagten Hansen stattgegeben hätte. Der Irrtum, in dem er sich befand, wurde nämlich weitaus ausführlicher erörtert und war anderer Art als der des Lang.

Die Argumentation hinsichtlich des Verteidigungsvorbringens beider Angeklagten unterscheidet sich. Die Argumentation im Hinblick auf Hansen war ausführlicher und seine Argumente wurden sorgfältig geprüft, wenn auch schließlich verworfen. Positiv ist hervorzuheben, dass der Angeklagte Lang mangels ausreichender Beweise nicht wegen Hehlerei verurteilt wurde und so der Grundsatz in dubio pro reo beachtet wurde. Die Beurteilung der Irrtümer, in denen sich der Täter befand, ist zweifellos schwierig. Dass das OLG zu einem anderen Ergebnis als die Erstinstanz kommt, ist an sich nicht verwunderlich oder ein Zeichen für fehlende Qualität der Arbeit der Strafkammer. Sehr negativ fällt jedoch ins Gewicht, dass dieses entscheidende Thema vom LG kaum thematisiert worden war und so der wichtigste Punkt des Verteidigungsvorbringens weitgehend ignoriert wurde. So wäre es beispielsweise angebracht gewesen zu erläutern, inwieweit es der Täter selbst verschuldete, nicht über die gesetzlichen Regelungen Bescheid gewusst zu haben. Angesichts der Situation im Nachkriegsdeutschland mit den zahlreichen, teils neuen, teils alten Rechtssätzen unterschiedlicher Gesetzgeber, ist fraglich inwieweit die Normen im Einzelnen den gewöhnlichen Bürgern bekannt waren. Der Anwendungs-

¹⁰⁰⁹ OLG Nürnberg, B. v. 12. Mai 1950, Az. Ss 98/49, Nr. 2287, S. 2.

¹⁰¹⁰ OLG Nürnberg, B. v. 12. Mai 1950, Az. Ss 98/49, Nr. 2287, S. 2.

¹⁰¹¹ OLG Nürnberg, B. v. 12. Mai 1950, Az. Ss 98/49, Nr. 2287, S. 2.

¹⁰¹² OLG Nürnberg, B. v. 12. Mai 1950, Az. Ss 98/49, Nr. 2287, S. 2.

¹⁰¹³ OLG Nürnberg, B. v. 12. Mai 1950, Az. Ss 98/49, Nr. 2287, S. 2 f.

bereich und die Interpretation der Masse an Rechtsnormen gestaltete sich ja bereits für die Richter schwierig. Auch hätte die Strafkammer darlegen müssen, warum sie es für unwahrscheinlich hielt, dass gerade dieser Angeklagte den Ausführungen des Hansen Glauben schenkte. Dies ist ebenfalls unterblieben.

Alles in allem war die Auseinandersetzung mit dem Verteidigungsvorbringen weniger detailliert und vertieft sowie in sich weniger strukturiert als in dem zuvor besprochenen Urteil. Auffällig ist hier allerdings der klare Aufbau, der sich sowohl inhaltlich als auch formell durch den Text zieht. Angesichts der großen Zahl an Angeklagten und des deshalb komplizierten und umfangreichen Sachverhaltes ist dies hilfreich, war wohl aber auch notwendig. Dahingehend unterscheidet sich das Urteil von einigen der vorherigen Richtersprüche, bei denen dieser Aufbau noch nicht so klar zu erkennen war.

b. Rezeption der besprochenen Urteile

Den besprochenen Urteilen ist die Ausführlichkeit gemeinsam, mit denen sich die Richter mit dem in allen Fällen zumindest erkennbaren Verteidigungsvorbringen beschäftigten. Wie bereits in der Einführung angesprochen wurden die untersuchten Urteile entsprechend ausgewählt, da nur so die Arbeitsweise der Strafkammern untersucht werden kann. In anderer Hinsicht ergeben sich dagegen teils größere Unterschiede, nicht nur zwischen den Urteilen, sondern sogar in den einzelnen Urteilen selbst.

Inhaltlich beschäftigten sich die meisten der Urteile mit dem tatsächlichen Vorbringen der Angeklagten und die Richter konzentrierten sich häufig darauf, dessen Glaubwürdigkeit zu überprüfen. Dabei zog das Gericht allgemeine Beobachtungen ebenso heran wie einschlägige Erfahrungssätze und prüfte die Aussagen der Angeklagten so auf ihre Schlüssigkeit. Die Argumente der Verteidigung wurden so analysiert und ausgewertet – die Ausführlichkeit und Genauigkeit unterschied sich dabei in den einzelnen Urteilen. Hinzuweisen ist hier auch auf den Umstand, dass der Grundsatz in dubio pro reo Anwendung fand und in Zweifelsfällen von einer Verurteilung abgesehen wurde, wenn die vorliegenden Beweise nicht ausreichten. Eine geringere Rolle spielten rein rechtliche Fragestellungen. Lediglich im letzten der vorgestellten Urteile spielten anspruchsvolle juristische Überlegungen in Gestalt der Irrtumsproblematiken eine entscheidende Rolle.

Es kann beobachtet werden, dass unterschiedliche Beweismittel verwendet wurden und so beispielsweise in einigen Fällen Gutachter herangezogen wurden. Auch die Auslegung und Gewichtung der Aussagen von Zeugen oder Mitangeklagten nahm einen gewissen Raum ein und diente zum Teil als Basis für die Argumentation der Richter. Die Verwendung unterschiedlicher Beweismittel spricht für eine sorgfältige Ermittlungsarbeit und dafür, dass die Beschuldigten gerade nicht im Schnelldurchlauf angeklagt und verurteilt wurden. Dafür spricht auch die Beobachtung, dass die Strafkammern auch persönliche Umstände wie beispielsweise den Charakter oder die Lebensumstände der Täter in ihre Erwägungen aufnahmen und so tatsächlich von differenzierten Einzelfallentscheidungen ausgegangen werden kann.

An vielen Stellen gingen die Richter relativ ausführlich auf das Verteidigungsvorbringen ein und reagierten angemessen darauf. Dennoch wurden manche von den Angeklagten vorgebrachte Punkte seitens des Gerichts ignoriert oder nicht weiter aufgegriffen. Auffällig war dabei zum Teil, dass manche Überlegungen keinen Eingang in die richterlichen Erwägungen fanden, die sich eigentlich hätten aufdrängen müssen. Diese Versäumnisse wurden insbesondere im Urteil vom 10. Februar 1949 offensichtlich, als das OLG in der Revision einen Großteil der erstinstanzlichen Darlegungen widerlegte und die Strafbarkeit des Angeklagten weitestgehend anders beurteilte. Problematisch erscheint außerdem die unzureichende Argumentation im Urteil vom 20. Oktober 1947, als der Angeklagte trotz keineswegs eindeutiger Sachlage auf Basis des Bayerischen Gesetzes Nr. 3 verurteilt wurde, ohne dass zentrale, sich aufdrängende Punkte erörtert worden wären.

Die Argumentation der Strafkammern zeichnet sich weitgehend durch Neutralität und Sachlichkeit aus, lediglich bei einzelnen Äußerungen ist die Wahl des Tonfalls fraglich. In den meisten Fällen war die Argumentationsweise der Richter durchaus strukturiert und nachvollziehbar, auch wenn die Ausführungen an einigen Stellen etwas unzusammenhängend wirken. Zu beobachten ist außerdem, dass die Ausführlichkeit der Argumentation in den Urteilen selbst teils erheblich variierte. Im besten Falle wurden die offensichtlich unbeachtlichen Einwände der Angeklagten knapp widerlegt und die kritischen Punkte waren Gegenstand einer umfangreicheren Auseinandersetzung. Jedoch gab es auch Fälle, in denen, wie bereits dargelegt, eine eigentlich erforderliche Abwägung nicht vorgenommen wurde und so teils erhebliche Lücken entstanden. Zum Teil zeigten sich auch innerhalb eines einzelnen Urteils große Unterschiede beim Umgang mit dem Verteidigungsvorbringen. Bei einzelnen Vorwürfen argumentierten die Richter ausführlich und nachvollziehbar, während bei anderen Abschnitten unerklärliche Lücken auftauchten, durch welche die Angeklagten aus teils unklaren Gründen ohne ausreichende Darlegungen verurteilt wurden. Auch ist an manchen Stellen zu beobachten, dass die Ausführungen etwas konfus wirkten und eine klare Linie vermissen ließen oder gar hinsichtlich kleinerer Punkte in sich unschlüssig waren. Dennoch sorgte der größere Teil der Argumentation für in sich konsistente und nachvollziehbare Ergebnisse, die sich an der Lebenswirklichkeit orientierten und das Ergebnis einer sorgfältigen Abwägung waren.

Letztlich lässt sich festhalten, dass die Ausführungen der Strafkammern auch inhaltlich von Sachlichkeit geprägt waren. Es kann nicht beobachtet werden, dass bestimmte, unter Umständen auch ideologische, Motive die Erwägungen beeinflussten. Vielmehr waren allgemeingültige Erfahrungssätze oder einzelfallbezogene Überlegungen prägend. Eine Ausnahme kann lediglich in dem Urteil vom 20. Oktober 1947 gesehen werden, bei welchem sich der Eindruck aufdrängt, dass der Respekt den Amerikanern gegenüber die gebotene Neutralität und Sachlichkeit einschränkte. Den hier gewonnen Erkenntnissen zufolge dürfte es sich dabei aber um einen Einzelfall gehandelt haben.

Nach alledem kann außerdem festgestellt werden, dass kein Zusammenhang mit der Zeit bestand, in der die Urteile erlassen wurden. Auch wenn die hier vorgestellten Rich-

tersprüche nur einen Bruchteil der untersuchten Rechtsprechung ausmachen, so kann auch in der Gesamtheit der untersuchten Rechtsprechung keine signifikante Veränderung hinsichtlich der Art und Weise, des Umfangs oder der Qualität der Argumentationsweise im Laufe der Jahre erkannt werden. In aller gebotenen Vorsicht darf daher angenommen werden, dass der Standard der Rechtsprechung in etwa gleich blieb.

In der Gesamtschau der ausführlicher untersuchten Urteile ergibt sich mithin ein gemischtes Bild. Grundsätzlich gingen die Strafkammern auf das Verteidigungsvorbringen ein und erkannten es an bzw. widerlegten es. Die Argumentation war dabei oft nachvollziehbar und auch hinsichtlich ihres Umfangs angemessen. Sowohl inhaltlich als auch sprachlich zeichneten sich die Darlegungen dabei durch Sachlichkeit aus. Dennoch gab es Fälle, in denen das Vorbringen der Angeklagten entweder missachtet oder falsch ausgelegt wurde, sodass die Argumentation der Richter zu untragbaren Ergebnissen führte. Dies mögen zwar Einzelfälle gewesen sein, jedoch in nicht unerheblicher Zahl, sodass dadurch die Qualität der Arbeit des LG durchaus beeinflusst wurde. Mochte die Vorgehensweise des Gerichts auch häufig überzeugend sein – die genauere Auseinandersetzung mit einzelnen Urteilen zeigt, dass manche der Richtersprüche an gewissen Stellen teils gravierende Mängel aufwiesen. Eine kritische Betrachtung ist daher angebracht. In den meisten Fällen standen keine offensichtlichen Leitmotive hinter diesen fragwürdigen Entscheidungen, sodass kein Muster erkannt werden kann. Wie es zu diesen Ergebnissen kommen konnte, bleibt daher offen.

4. Fazit

a. Äußerungen der Richter als Spiegel der öffentlichen Meinung

Da sich das vorliegende Kapitel vor allem mit der Arbeitsweise der Gerichte und somit mit eher technischen als inhaltlichen Beobachtungen beschäftigt, gibt es an dieser Stelle nur wenige Anhaltspunkte für die Ansichten der Öffentlichkeit. In erster Linie dürfte die Untersuchung der niedrigen Fallzahlen und der daraus folgende Schluss, dass wohl nur ein geringer Anteil der Schwarzmarkttäter, darunter aber vor allem die in größerem Umfang Tätigen, von den Strafkammern des LG verurteilt wurden, die bisherige Perspektive entscheidend erweitern. Die daraus resultierenden Beobachtungen mögen in der Gesamtbetrachtung Anhaltspunkte dafür liefern, dass unter den vor dem LG Angeklagten besonders viele Menschen waren, die sich auf überdurchschnittliche Art und Weise auf dem schwarzen Markt betätigt hatten, weshalb anzunehmen ist, dass gerade diese Täter seitens der Richter und auch der Allgemeinheit als besonders negativ wahrgenommen wurden. So ist es denkbar, dass diejenigen, die sich durch ihre Geschäfte auf dem Schwarzmarkt bereicherten, weitaus stärker abgelehnt wurden als die Menschen, die lediglich ihre lebensnotwendige Grundversorgung sichern wollten. Auch dürften Letztere den „großen“ Schwarzhändlern gegenüber eher abgeneigt gewesen sein – finanzierten sie ihnen doch deren oft als unverdient wahrgenommenen Gewinn. Da es vermutlich die in größerem Umfang Tätigen waren, die proportional besonders häufig vor den Kammern des LG standen, kann angenommen werden, dass die angesprochenen Aversionen

hier noch deutlich stärker zum Tragen kamen als dies im Hinblick auf die Schwarzhändler im Allgemeinen der Fall war.

Durch Äußerungen des OLG im Rahmen von Straferlassverfahren wird deutlich, dass die Öffentlichkeit wohl verlangte, gegen die Schwarzhändler fühlbare Sanktionen zu verhängen. Dies wird zwar nicht häufig so deutlich geäußert, es ist jedoch nicht auszuschließen, dass diese Auffassung im Allgemeinen bestand und den Richtern durchaus bewusst war. Diese Erwartungshaltung könnte wiederum damit zu begründen sein, dass die Täter, die sich vor dem LG und dem OLG zu verantworten hatten, von der Gesamtgesellschaft ob des Umfangs ihrer Tätigkeiten besonders verachtet wurden und deshalb auch von Menschen, die sich selbst ab und zu auf dem schwarzen Markt betätigten, hohe Strafen gefordert wurden. Dieses Strafverlangen der Allgemeinheit dürfte sich angesichts der so weit verbreiteten Schwarzmarktwirklichkeit in erster Linie auf die besonders aktiven Täter, die außerdem häufig von Streben nach Gewinn geleitet waren, bezogen haben. Letztlich muss aber festgehalten werden, dass es sich hierbei lediglich um seltene Äußerungen des OLG handelte und nicht mit Gewissheit festgestellt werden kann, ob hohe Strafen tatsächlich dem Verlangen der Bevölkerung entsprachen oder ob sich das Gericht deren vermeintlicher Erwartungen als Rechtfertigung für den nicht erfolgten Straferlass bediente.

Der bereits angesprochene, abwertende Tonfall vielen Tätern gegenüber im Rahmen der Böswilligkeit dürfte im Wesen des Begriffs wurzeln, der als Überbleibsel des nationalsozialistischen Gesinnungsstrafrechts anzusehen ist. Gerade weil sich weite Teile der Urteile durch Sachlichkeit auszeichnen, kann das Tatbestandsmerkmal der Böswilligkeit gemeinsam mit den Strafzumessungserwägungen als Einfallstor für moralische Betrachtungen bezeichnet werden, die sich auch entsprechend im Tonfall niederschlugen. Die Ausführungen waren insbesondere an diesen Stellen häufiger geprägt von Geringschätzung und persönlich anmutenden Vorwürfen. Der Rest der Urteile und insbesondere die Beschlüsse des OLG waren hingegen weitgehend objektiv formuliert.

Im Hinblick auf die Vergangenheit ist ein sehr differenzierter und distanzierter Umgang zu beobachten. Beachtlich ist die bereits 1948 erfolgte Bemerkung der zweiten großen Strafkammer zu den „Autarkiebestrebungen der damaligen Staatsführung“,¹⁰¹⁴ womit die Zeit der NS-Herrschaft vor dem Beginn des Krieges gemeint war. Insbesondere hinsichtlich des erst wenige Jahre zurückliegenden Ende des Dritten Reiches wirkt dieser Sprachgebrauch sehr kritisch und lässt bereits eine große Distanz zum früheren nationalsozialistischen Staat erkennen.

Fragwürdig ist das Verteidigungsvorbringen einer Angeklagten, die sich auf ihre Angst vor „herumstreunenden Fremden“ berief.¹⁰¹⁵ Diese Aussage wurde seitens der Richter nicht kommentiert oder aufgegriffen. Die Täterin erwähnte diese Furcht wie selbstverständlich und da diesen Bedenken auch nicht widersprochen wurde, entsteht der Eindruck, dass diese Haltung nicht ungewöhnlich war, sondern unter Umständen von

¹⁰¹⁴ LG Nürnberg-Fürth, 2. große Strafkammer, U. v. 02. August 1948, Az. KLs 140/48, Nr. 2181, S. 11.

¹⁰¹⁵ LG Nürnberg-Fürth, 2. Strafkammer, U. v. 20. Oktober 1947, Az. KLs 118/47, Nr. 1940, S. 6.

Teilen der Bevölkerung geteilt wurde. Es ist möglich, dass mit diesen „Fremden“ Vertriebene oder Ausländer, jedenfalls Menschen, die von außerhalb kamen, gemeint waren. An kaum einer anderen Stelle ergeben sich jedoch Hinweise auf Flüchtlinge oder andere Zugezogene, sodass die unkommentierte Äußerung der Angeklagten isoliert steht.

b. Auseinandersetzung mit moralischen Konflikten

Im Rahmen der zentralen moralischen Fragestellungen der Schwarzmarktrechtsprechung ist zunächst zu erwähnen, dass sich das OLG zweimal in aller Kürze bei Revisionsentscheidungen zu der Anwendbarkeit von Rechtfertigungsgründen äußerte. Diese spielten in den erstinstanzlichen Urteilen kaum eine Rolle, die Erwähnung in den Revisionen zeigt jedoch, dass seitens der Verteidigung durchaus versucht wurde, eine Rechtfertigung der Taten über die Figur des Notstandes zu erreichen. Dem wurde vom OLG jedoch eine eindeutige, kaum weiter ausgeführte Absage erteilt. Es wurde mithin festgestellt, dass auch die persönliche, individuelle Not nicht zu einer Rechtfertigung führen konnte. Das LG stellte im Einklang dazu ebenfalls knapp fest, dass neben den im konkreten Fall bestehenden praktischen Hinderungsgründen auch das Vorliegen der Voraussetzungen des Notstandes gerade nicht dazu führen konnte, dass eine illegale Schlachtung gerechtfertigt wäre. Dies ist insgesamt nur folgerichtig, da alles andere jedem Sinn der juristischen Schwarzmarktbekämpfung zuwiderlaufen würde.

Auch die sich beständig ändernde Gesetzeslage hatte indirekt Auswirkungen auf die moralischen Wertungen der Schwarzmarktrechtsprechung. Anhand der revisionsrichterlichen Entscheidungen, insbesondere in den späteren Jahren des Untersuchungszeitraums zeigt sich, dass etliche Angeklagte aus eher zufälligen Gründen schlussendlich unbestraft blieben. Wenn zwischen dem erstinstanzlichen Urteil und dem Beschluss des OLG ein Amnestiegesetz erlassen worden war, unter dessen Anwendungsbereich der Angeklagte fiel, so entfiel seine Strafe ohne weitere Diskussionen. Dies zeigt, dass es in einer nicht unerheblichen Anzahl von Fällen schlussendlich nicht auf eine sorgfältige Auseinandersetzung mit den entscheidungserheblichen Erwägungen ankam, sondern schlicht der zufällige Faktor, wann ein bestimmtes Gesetz erlassen worden war, über die Bestrafung entschied. In diesem Bereich spielen einmal mehr die damals herrschenden, oft chaotischen Zeitumstände eine entscheidende Rolle.

Außerdem lassen sich weitere Hinweise auf den Umgang mit dem Spannungsverhältnis zwischen Eigentumsrechten und den Bewirtschaftungsbestimmungen herauslesen, insbesondere im Rahmen der Analyse der Argumentationsweise einzelner Urteile. Anhand mehrerer Beispiele wird deutlich, dass private Initiativen zur Bildung von Rücklagen äußerst negativ betrachtet wurden. Eine derartige persönliche Vorsorge wurde häufig von vornherein als Gewinnsucht klassifiziert – womit die Richter wohl in vielen Fällen nicht falsch gelegen haben dürften. Dennoch wird an den Äußerungen, wonach die Bildung einer privaten eisernen Reserve und Ähnlichem strikt abgelehnt wurde, deutlich, dass mündige Entscheidungen in den Zeiten der Zwangsbewirtschaftung unerwünscht waren. Vom Eigentümer wurde verlangt, die Bewirtschaftungsregeln einzuhalten und so sein Soll zu erfüllen. Darüber hinausgehende Aktivitäten waren ausdrücklich unter-

sagt und wurden dementsprechend geahndet. Dies mutet zwar unverdient und hart an, entsprach aber voll und ganz dem Sinn und Zweck der Bewirtschaftungsregularien. Nur wenn sich jeder an die Regeln hielt und die Ausgabe der begrenzten Güter einer zentralen staatlichen Stelle überlassen war, konnte eine sinnvolle Verteilung sichergestellt werden. Die Unterordnung sämtlicher Eigentumsrechte, aber auch der Interessen und möglichen Initiativen des Einzelnen unter das Ziel der gerechten Verteilung entsprach dem Grundgedanken und dem Charakter der Zwangsbewirtschaftung, sodass die Gerichte hier lediglich der Intention der Gesetze zum Durchbruch verhalfen, auch wenn dies aus heutiger Perspektive befremdlich erscheinen mag.

In eine ähnliche Richtung zielte die Entscheidung der zweiten großen Strafkammer, die hinsichtlich der Produkte, die ein Täter durch seine effiziente Arbeitsweise zusätzlich aus seinen Zuteilungen erwirtschaften konnte, feststellte, dass diese Waren keinesfalls der persönlichen Verfügungsbefugnis des Eigentümers unterstanden, sondern ebenfalls an die staatlichen Stellen gemeldet und abgeliefert werden mussten. Lediglich der Gewinn, der durch die Ablieferung der Gegenstände entstehen konnte, stand dem Eigentümer zu. Der Nutzen dieses Geldes dürfte zu jener Zeit jedoch fraglich gewesen sein. Im Rahmen der Beurteilung der Tatbestandsmerkmale spielte es für die Richter ebenfalls keine Rolle, dass die schwarzen Waren aus legalen Arbeitsprozessen hervorgegangen waren und nicht aus weiteren Straftaten stammten. Insofern gingen sie davon aus, dass der Ursprung der Waren und insbesondere die Frage, ob diese aus den rechtmäßigen Beständen des Eigentümers kamen, für die Beurteilung der Strafbarkeit unerheblich war. Auch hier entsteht also der Eindruck, dass die Bewirtschaftungsregeln jegliche Eigentumsrechte überlagerten, was allerdings teilweise dadurch revidiert wurde, dass gerade die soeben erläuterten Umstände in der Strafzumessung eine erhebliche Rolle spielten und sich strafmindernd auswirkten. Dies könnte dahingehend interpretiert werden, dass die Richter zwar in ihrer Auslegung an die Bewirtschaftungsbestimmungen gebunden waren, welche die Verfügungsrechte weitgehend einschränkten, in den Strafzumessungserwägungen aber korrigierend auf dieses oft unbillig anmutende Resultat einwirkten. Zumindest in Einzelfällen war der Umstand, dass Waren im Eigentum des Täters standen, also nicht unerheblich. Das LG dürfte so versucht haben, diesem zentralen Konflikt im Rahmen der Schwarzmarktrechtsprechung Rechnung zu tragen und einen eigenen Lösungsansatz für das andauernde Spannungsverhältnis zu finden.

c. Moralische Legitimation der Gerichte

Für die Überlegung, inwieweit den Gerichten auch eine Legitimation in moralischer Hinsicht zukommen konnte, ist die Analyse der Arbeitsweise von besonderem Interesse. Dabei ergibt sich ein gemischtes Bild.

Zunächst ist zu erwähnen, dass die essentiellen Verfahrensrechte von LG und OLG eingehalten wurden. Der Grundsatz in dubio pro reo fand in vielen Fällen Anwendung, in denen das Gericht zwar von der Schuld der Angeklagten ausging, aber nicht ausreichend Beweise dafür finden konnte. Dieser Maxime zufolge wurden beispielsweise alle legalen Möglichkeiten, durch die es zum Besitz bestimmter Gegenstände kommen konn-

te, ausführlich erläutert und berücksichtigt. Das Gebot rechtlichen Gehörs wurde durch die Befolgung der einschlägigen gesetzlichen Vorgaben ebenfalls ausreichend gewahrt. Auch die allgemeine Beweiswürdigung hinterlässt einen zufriedenstellenden Eindruck. Aus einigen Urteilstexten geht hervor, dass unterschiedliche Beweismittel wie beispielsweise die Einvernahme von Zeugen oder Sachverständigen verwendet wurden. Soweit erkennbar, wurden diese sorgfältig ausgewertet und gewürdigt. Bereits die Verwendung dieser Beweismittel spricht für eine präzise Ermittlungsarbeit, die nicht den Anschein erweckt, als seien die Urteile im Schnellverfahren erlassen worden, sondern vielmehr den Eindruck einer gründlich arbeitenden Justiz auch in jenen schwierigen Zeiten nahelegt.

Auch die Untersuchungshaft schränkte das Recht auf ein zügiges Verfahren nicht übermäßig ein. Die Dauer der Untersuchungshaft bewegte sich auch im Vergleich mit den heute herrschenden Verhältnissen in einem angemessenen Rahmen. Insbesondere ab 1948, als die Länge der Inhaftierungen deutlich abnahm, ist anzunehmen, dass zwischen der Tat selbst bzw. deren Aufdeckung und der Aburteilung nicht allzu viel Zeit verstrich. So war zwischen der Tatbegehung und der Strafe noch ein gewisser Kontext erkennbar. Dies könnte dazu beigetragen haben, dass die Rechtmäßigkeit der Sanktionen und damit die Entscheidung des Gerichts nicht nur von den Tätern, sondern auch von der Bevölkerung eher respektiert wurde und ihr so in der Öffentlichkeit ein größeres Gewicht zukam.

Im Kontext der Untersuchungshaft wurde auch ein zeitweise bestehender Personalmangel der Justiz angesprochen, der in einzelnen Fällen dazu führte, dass die Untersuchungshaft außergewöhnlich lange dauerte. Dieser Umstand dürfte sich zwar auf die Länge der Untersuchungshaft ausgewirkt haben – die gerade 1946/1947 im Schnitt deutlich länger andauerte als in den späteren Jahren – inwieweit er darüber hinaus eine Rolle spielte, kann aber nur schwerlich beurteilt werden. Geht man davon aus, dass der Mangel 1946 und in der ersten Jahreshälfte 1947, als dieser Umstand das einzige Mal Erwähnung fand, besonders groß war, kann zumindest in der vertieften Analyse der Urteile keine Qualitätsminderung im Vergleich mit den früheren oder späteren Richtersprüchen festgestellt werden. Auch gemessen am Umfang der Ausführungen ist kein offensichtlicher Unterschied sichtbar. Die Anzahl an eingelegten bzw. erfolgreichen Revisionen dürfte hierfür weniger aussagekräftig sein, da diese wie bereits dargelegt vermutlich weniger von der Qualität der richterlichen Arbeit als von den Zeitumständen und anderweitigen Gründen geprägt war.

Hinsichtlich der Argumentationsweise kann in Anbetracht der analysierten Beispiele festgestellt werden, dass sie oft von klaren Strukturen und nachvollziehbaren Darlegungen geprägt war. Um die Glaubwürdigkeit des Verteidigungsvorbringens zu untersuchen, beriefen sich die Richter häufig auf allgemeine Erfahrungssätze und bemühten sich so um eine sehr lebensnahe Betrachtungsweise. Auf die Aussagen der Angeklagten wurde direkt eingegangen und sie wurden gründlich hinterfragt, sodass keineswegs der Eindruck entsteht, dass blindlings verurteilt werden sollte. Außerdem geschah die Auseinandersetzung mit den strittigen Punkten auf einer individuellen Basis, sodass bestimmte

Faktoren wie der Charakter, die Erfahrungen oder das persönliche Umfeld des Täters durchaus Berücksichtigung fanden – sei es auf für ihn positive oder negative Art und Weise. Die teils sehr treffenden und aufmerksamen Beobachtungen der Richter führten häufig außerdem zu exakten Differenzierungen zwischen den einzelnen Tätern. Auch wenn das Verteidigungsvorbringen schlussendlich weitgehend widerlegt wurde, entstand in jenen Fällen trotzdem nicht der Eindruck, dass dies aus unerklärlichen Gründen geschah. Vielmehr war die Argumentation der Strafkammern in sich schlüssig und nachvollziehbar, sodass das Ergebnis als logische Konsequenz dessen erschien.

Jedoch trafen diese Beobachtungen nicht auf alle Urteile oder Teile von Urteilen zu. In manchen Fällen wirkten die richterlichen Ausführungen etwas konfus und es gestaltet sich schwierig zu eruieren, was mit einzelnen Äußerungen bezweckt wurde oder deutlich gemacht werden sollte. Außerdem waren einige Darlegungen zu knapp, sodass teils entscheidende Erwägungen überhaupt nicht angesprochen wurden, obwohl dies erforderlich gewesen wäre. Die Argumentation muss in Einzelfällen aufgrund gravierender Lücken daher als fragwürdig oder sogar unzureichend eingeordnet werden. Gerade bei Erörterungen vieler verschiedener Erwägungen zu einer Fragestellung und den damit verbundenen längeren Argumenten ist zu beobachten, dass es zu manchen widersprüchlichen Äußerungen kam. Gleiches gilt für einzelne Aussagen, die in sich nicht schlüssig waren. Dies dürfte zwar häufig keinen Einfluss auf den Ausgang des Urteils gehabt haben, erweckt aber dennoch den Eindruck, dass die Strafkammern in einzelnen Fällen den Überblick über die Fülle an Argumenten verloren hatten.

Im Rahmen der Kritikpunkte muss schließlich noch ein einzelner Fall herausgegriffen werden. Grundsätzlich ist anzumerken, dass die Entscheidungen kaum erkennbar von sachfremden Motiven beeinflusst waren, sondern sich inhaltlich meist recht nüchtern auf die im jeweiligen Fall relevanten Fragestellungen beschränkten. Eine Ausnahme davon lag aber in demjenigen Fall vor, in dem ohne ausreichende Argumentation ein Verstoß gegen das Bayerische Gesetz Nr. 3 angenommen wurde, obgleich es erhebliche Zweifel an der Darstellung des Sachverhalts durch die Amerikaner hätte geben müssen. Die Aussagen, angeblichen Motive und das Handeln der Besatzungssoldaten und deren Behörden wurde an dieser Stelle jedoch keineswegs hinterfragt, sondern ohne weitere Ausführungen als gegeben und richtig gewertet. Dieser Fall war der einzige in der vorliegenden Rechtsprechung, in dem eine kritische Auseinandersetzung mit dem Handeln der Besatzungssoldaten in Frage kam. Dass ein derartiges Hinterfragen der Aussagen der Amerikaner überhaupt nicht erfolgte, legt wenigstens die Überlegung nahe, ob die Justiz auch hinsichtlich der Besatzungsmächte frei und unabhängig war. Der vorliegende Fall eröffnet die Möglichkeit, dass die Gerichte sich in ihren Entscheidungen bemühten, den Besatzern nicht zu nahe zu treten, so aber ihre Neutralität entscheidend beeinträchtigt war.

Negativ fällt außerdem an manchen Stellen der verwendete Tonfall auf. Auch wenn dieser über weite Strecken hinweg neutral und sachlich ist, so gibt es davon doch etliche Ausnahmen. Besonders im Rahmen der Subsumtion unter das Tatbestandsmerkmal der Böswilligkeit und bei der Darlegung der strafzumessungserheblichen Umstände

sind einige verurteilende und abwertende Formulierungen zu finden. Einige Äußerungen wirken gar so, als hätten sich die Richter von den Straftaten der Angeklagten persönlich angegriffen gefühlt. An diesen Stellen wird die moralische Verurteilung bestimmter Handlungsweisen offensichtlich, sodass ein eher unprofessioneller und wenig objektiver Eindruck von der Arbeitsweise des Gerichts entsteht und angenommen werden muss, dass die nötige Distanz nicht vorhanden war. Auch wenn solche Äußerungen nur selten gehäuft vorkamen und nicht in jedem der Urteile ein derartiger Eindruck entstand, so muss dennoch darüber nachgedacht werden, ob dieser teils unangebrachte Tonfall der Wahrnehmung und Anerkennung der Gerichte in der Bevölkerung geschadet haben könnte.

Auch wenn etliche Richtersprüche nach alledem keineswegs frei von Kritik waren, muss doch festgehalten werden, dass zumeist vertretbare Ergebnisse erzielt wurden. Obwohl diese Urteile Schwächen aufwiesen und so beispielsweise die der Entscheidung zugrundeliegenden Erwägungen nicht ausreichend aufzeigten, führten sie schlussendlich zu akzeptablen Resultaten. Dennoch gab es teilweise, wenn auch deutlich seltener, einzelne Urteile, deren Konsequenzen fragwürdig blieben. Insgesamt ergibt sich so ein durchwachsenes Bild. Teilweise war die Qualität innerhalb der einzelnen Urteilen hinsichtlich der Argumentation sehr unterschiedlich. Während bei einem Angeklagten oder einem Vorwurf sehr sorgfältig, differenziert und ausführlich argumentiert wurde, stellte sich die Situation an einer anderen Stelle ganz anders dar und es wurden beispielsweise wichtige Punkte gar nicht angesprochen oder die Ausführungen wirkten chaotischer und wenig nachvollziehbar.

Für die Wahrnehmung und die Stellung der Gerichte in der Gesellschaft war die Arbeit des OLG Nürnberg als Revisionsinstanz darüber hinaus von großer Bedeutung. Das OLG hob einige Entscheidungen der Strafkammern auf, sodass davon ausgegangen werden kann, dass das Resultat fehlerhafter Entscheidungen revidiert werden konnte. Im Ergebnis wurden die Strafen, die vom OLG aufgehoben wurden und in denen der Fall zumeist an das LG zurückverwiesen wurde, deutlich nach unten korrigiert. Dies ist auffällig, dürfte aber aufgrund der verbotenen *reformatio in peius* nicht allzu überraschend sein. Dass das OLG sich nicht davor scheute, Entscheidungen der Strafkammern aufzuheben war dennoch ein wichtiges Zeichen für die Glaubwürdigkeit der Justiz. Dies dürfte für die Bevölkerung ein bedeutender Hinweis dafür gewesen sein, dass sie den erstinstanzlichen Richtern nicht ausgeliefert waren, sondern im Falle unrichtiger Entscheidungen durchaus die Möglichkeit zu einer objektiven Revision bestand. Dieser Umstand, der durch die sorgfältige Arbeitsweise des OLG weiter untermauert wurde, dürfte das Vertrauen in die Justiz gestärkt haben.

Erwähnenswert ist schließlich auch, dass das OLG in einigen Beschlüssen betonte, dass die Strafe der Schuld des Angeklagten entsprach und nicht zur Abschreckung zu hoch ausfiel, wenn sich eine Revision gegen die erstinstanzliche Strafzumessung wandte. Dies ist insofern beachtlich, als dass im Rahmen der Strafzumessungserwägungen in der ersten Instanz häufiger der Eindruck entstand, dass die Abschreckung einen nicht unerheblichen Faktor bei der Strafbemessung darstellte. Die entsprechenden Äußerungen

des OLG weisen hingegen in die Richtung, dass die Strafen dennoch nicht zu hoch ausfielen und die Abschreckung so kein schädigendes Ausmaß annahm.

Insgesamt betrachtet macht die Rechtsprechung des OLG einen zufriedenstellenden und von einer Revisionsinstanz erwartbaren Eindruck. Es zitierte häufiger als die Strafkammern weitere Quellen, wie Literatur oder die Rechtsprechung anderer Oberlandesgerichte bzw. des RG. Des Öfteren berief es sich auf die eigene, etablierte Rechtsprechung, die aber in einzelnen Punkten auch von Zeit zu Zeit geändert wurde. Inhaltlich bewegte sich die Rechtsprechung des OLG teils auf einem sehr hohen juristischen Niveau, teils befasste es sich auch mit praktischeren Fragestellungen. Die Qualität der Arbeit des OLG dürfte zur Legitimierung der Justiz auch in moralischer Hinsicht beigetragen haben.

d. Rechtsprechung als Spiegel der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung

Am hilfreichsten, um die Arbeit der Gerichte im Spiegel der Zeit zu beobachten, erwiesen sich die Revisionsbeschlüsse des OLG. Hinsichtlich der Häufigkeit der Einlegung des Rechtsmittels ist zu beobachten, dass im ersten Halbjahr 1947, also in den Verfahren, in denen diejenigen Taten verhandelt wurden, die in den Phasen der größten Not begangen wurden, die zur Zeit des Urteilserlasses außerdem noch andauerten, auffallend wenige Revisionen eingelegt wurden. Hingegen war die Anzahl der Revisionen bei den Urteilen, die in der zweiten Jahreshälfte 1948 und 1949 erlassen wurden, anteilig besonders hoch. In jener Zeit dürfte sich die Lage wieder einigermaßen entspannt haben, so dass eher Ressourcen für einen längeren Verhandlungsgang vorhanden waren. Außerdem wurden in jenen Jahren insgesamt höhere Strafen erlassen, weshalb eine Revision wohl noch lohnenswerter erschien. Nicht zuletzt bot die sich in jener Zeit beständig ändernde Rechtslage weitere Anhaltspunkte für Rechtsmittel. Dabei ist insbesondere der Erlass der Amnestiegesetze zu nennen, durch den die Täter in der Revisionsinstanz auf eine Einstellung ihres Verfahrens hoffen durften. Das Inkrafttreten neuer Gesetze Ende der 1940er Jahre hatte außerdem zur Folge, dass für diese Normen noch keine etablierte Auslegung existierte und die Anwendung der neuen Rechtssätze ein größeres Fehlerpotential für die erstinstanzlichen Richter bot, sodass Revisionen auch deswegen bessere Aussicht auf Erfolg hatten. Alleine die Häufigkeit der Rechtsmitteleinlegung spiegelt so einige der wichtigsten Entwicklungen des Untersuchungszeitraums wieder. Weniger aufschlussreich für den zeitlichen Verlauf erwies sich jedoch die Erfolgsquote der Revisionen, was vor allem mit den relativ geringen Fallzahlen zu begründen ist.

Auffällig ist außerdem der Umstand, dass sich die Strafen nach einer Revision insbesondere in der Endphase der Schwarzmarktrechtsprechung deutlich reduzierten und oft sogar ganz entfielen. Einige der Revisionsentscheidungen wurden erst im Jahre 1950 erlassen, sodass zu diesem Zeitpunkt noch weitere für die Angeklagten günstige Rechtsnormen in Kraft getreten waren, die Wirkung zeigten. Sowohl hinsichtlich dieser Legislatur als auch hinsichtlich der Beschlüsse des OLG entsteht der Eindruck, dass in jener Phase der jungen Bundesrepublik der Wunsch, das Kapitel des Schwarzmarktes hin-

ter sich zu lassen und zu vergessen, Einfluss auf die Bestrafung der Täter gehabt haben könnte. Das so oft erwähnte Motiv der Abschreckung, das die Strafhöhe beeinflusst hatte, war zu diesem Zeitpunkt jedenfalls entfallen, sodass das Bestreben nach entsprechend strengen Sanktionen womöglich weitgehend verschwunden war.

Auch die ungeordneten und vom Mangel geprägten Phasen sind in der Rechtsprechung abzulesen. So ist erkennbar, dass die Untersuchungshaft in den Jahren 1946 und 1947 deutlich länger dauerte als in den folgenden Jahren. Das weist darauf hin, dass in diesen Zeiten, in denen der Schwarzhandel besonders florierte, die Gerichte mit ihrer Arbeit kaum hinterherkamen und den Aussagen einer Strafkammer zufolge auch der größte Personalmangel herrschte. Außerdem waren in eben jener Zeit nach Angaben der Richter auch die Zustände in den Untersuchungsgefängnissen die schlimmsten. Ein weiteres Zeichen für die eher chaotischen Verhältnisse zum Beginn der Schwarzmarktrechtsprechung ist der Umstand, dass in einigen der damaligen Urteile für spezifische Verordnungen erst nachträglich gefüllte Lücken gelassen wurden, sodass anzunehmen ist, dass es auch den Richtern schwer fiel, den Überblick über die Fülle an neuen und alten Rechtsnormen zu behalten. Die damaligen Umstände schlugen sich so in der Arbeit der Justiz durchaus nieder, auch wenn – wie im vorherigen Absatz ausführlicher dargestellt – keine direkten Auswirkungen auf den Inhalt der Rechtsprechung selbst beobachtet werden können.

Schlussendlich ist also festzuhalten, dass hinsichtlich der Analyse der richterlichen Arbeit vor allem Unterschiede zwischen den Jahren 1946/1947 und 1948-1950 deutlich wurden. Der in der ersten Phase herrschende Mangel wird an einigen unterschiedlichen Stellen offensichtlich, sodass hier am ehesten davon auszugehen ist, dass sich die schwierigen allgemeinen Umstände auf die Rechtsprechung auswirkten. Ein offensichtlicher qualitativer Mangel konnte jedoch nicht festgestellt werden. In den Jahren 1948, 1949 und für die Revisionen auch noch 1950 ist hingegen zu beobachten, dass sich alles normalisierte und so auch die Arbeit der Justiz wieder ihren gewöhnlichen Gang nehmen konnte. Der Mangel war nicht mehr allgegenwärtig erkennbar und die Situation dürfte sich in vielerlei Hinsicht verbessert haben.

FAZIT: DIE RECHTSPRECHUNG ALS ILLUSTRATION DER GESELLSCHAFTLICHEN WIRKLICHKEIT – ANALYSE UND AB- SCHLIESSENDE BEURTEILUNG

1. Äußerungen der Richter als Spiegel der öffentlichen Meinung

Aus den Äußerungen und allgemeinen Anschauungen der Richter lassen sich stellvertretend Hinweise auf die vorherrschende Meinung in der Bevölkerung hinsichtlich des schwarzen Marktes und der auf ihm tätigen Menschen finden. Darüber hinaus nahmen die Gerichte teils indirekt, teils explizit Stellung zu allgemeineren zeitgenössischen Fragestellungen, wobei auch der Umgang mit unterschiedlichen Aspekten des Nationalsozialismus von Interesse ist.

Der vorherrschende Tenor bei der Auseinandersetzung mit dem schwarzen Markt war geprägt von Verachtung den Schwarzhändlern gegenüber. Ausgangspunkt dabei war häufig die Verwerflichkeit der Tätigkeiten. Die Bedeutung dieses Begriffes ist auch damit zu begründen, dass er zur Definition der Böswilligkeit verwendet wurde und an dieser Stelle, gemeinsam mit den Strafzumessungserwägungen, vorrangig über die moralische Bewertung der Delikte diskutiert wurde. Der Grad der Verwerflichkeit richtete sich dabei nach verschiedenen Kriterien.

Tätigkeiten in größerem Umfang wurden dabei besonders ablehnend betrachtet. Sowohl konstantes Beiseiteschaffen von Waren über einen längeren Zeitraum hinweg als auch Handlungen, durch die einmalig eine große Menge an Gütern betroffen war, führten dazu, dass die Täter besonders negativ betrachtet wurden. Die Äußerungen denjenigen Menschen gegenüber, die zu den „Schiebern“ und damit zu den Großen des schwarzen Marktes gezählt wurden, waren häufig geprägt von Verachtung. Dies ging weit über eine sachliche, juristische Verurteilung hinaus. Vielmehr kann man beobachten, dass die Formulierungen häufig geprägt waren von einem gewissen Pathos und von Emotionalität. Es entsteht dabei der Eindruck, dass dies sogar so weit ging, dass von der Ablehnung dieser Täter auch auf einer persönlichen Ebene gesprochen werden kann. Die Art und Weise, auf die diese Abneigung kundgetan wurde, legt den Schluss nahe, dass sie besonders tief wurzelte und so der allgemein herrschenden Auffassung in der Bevölkerung entsprach. Angesichts des Umstandes, dass in größerem Umfang Tätige häufig auch höhere Gewinne erzielten, mag für viele Menschen der Eindruck entstanden sein, dass sich diese Täter auf Kosten aller bereicherten – sowohl hinsichtlich derjenigen, die überhaupt nicht auf dem Schwarzmarkt tätig wurden, als auch hinsichtlich der kleineren Schwarzhändler, die durch ihr Handeln zum Gewinn der „Schieber“ beitrugen, selbst aber um ihr Überleben kämpften.

Sofern Täter bei der Ausführung ihrer Delikte Gelegenheiten ausnutzten, die anderen nicht zur Verfügung standen, war dies ebenfalls Anlass dafür, eine besondere Verwerflichkeit ihres Handelns anzunehmen. Dies traf vor allem Schwarzhändler aus spezifischen Berufsgruppen. Zu nennen waren dabei beispielsweise Tätigkeiten, durch welche

gute Kontakte aufgebaut werden konnten, wie zum Beispiel Transportunternehmer oder Händler, die nach Ansicht der Richter ohnehin bessere Möglichkeiten hatten, auch auf legale Art und Weise relativ gut gestellt zu sein. Gleiches traf auf die Landbevölkerung im Allgemeinen und auf Bauern im Besonderen zu. Nach Ansicht der Nürnberger Richter ging es diesen Menschen im Vergleich zur Stadtbevölkerung ohnehin nicht allzu schlecht, sodass es auf besonders viel Unverständnis stieß, wenn ausgerechnet die gut versorgten Landwirte auf dem Schwarzmarkt tätig wurden. Dabei wurde häufig der subjektive Vergleich mit den hart und ehrlich arbeitenden Städtern gezogen, deren Rationen dennoch kaum oder gar nicht zum Leben reichten. An dieser Stelle entsteht häufig der Eindruck, dass die städtische Bevölkerung und unter ihnen auch die Richter selbst durchaus mit gewissem Neid auf die Bauernfamilien blickten und über deren Handeln daher betont geringschätzig geurteilt wurde. Zuletzt sind im Rahmen dieser kritisch betrachteten Tätergruppen auch Behördenmitarbeiter im weiteren Sinne zu nennen, die mit dem Druck, der Verwaltung oder der Ausstellung von Lebensmittelmarken befasst waren. Diese Menschen wurden im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeiten hinreichend über ihre Pflichten belehrt und sollten so über die rechtlichen Rahmenbedingungen ihrer Arbeit Bescheid wissen. Sofern diese Arbeitskräfte die Kenntnisse der Betriebsabläufe, die sie während ihrer Tätigkeiten genauer kennenlernten, dazu benutzten, sich Lebensmittelmarken zu beschaffen, so wurde dies, auch im Einklang mit den Wertungen des KRG Nr. 50, als besonders negativ wahrgenommen.

Im Falle dieser Angestellten spielten außerdem nicht nur die Möglichkeiten, die sich ihnen boten und die sie verbotenerweise nutzten, sondern auch die Erwartungen, die die Richter ihnen aufbürdeten, eine entscheidende Rolle. Mehrfach wurde betont, dass diesen Mitarbeitern eine besondere Verantwortung hinsichtlich einer zuverlässigen Arbeitsweise der Behörden zukam. Dies war durchaus nachvollziehbar: Nur wenn die Bürger Vertrauen zu denjenigen Stellen haben konnten, die über die Gesamtheit aller Lebensmittel und anderer notwendiger Güter verfügten, konnte das Bewirtschaftungssystem funktionieren. Sofern die Bevölkerung diesen Behörden misstraute, stellte sich die Unterordnung unter die Bewirtschaftungsregeln noch schwieriger dar und der Schwarzmarkt konnte weiter florieren. Die Überzeugung, dass die zuständigen Stellen zuverlässig und unbestechlich arbeiteten, war ein wichtiger Faktor dafür, dass die Bürger Vertrauen in die Behörden hatten und den Regularien so Folge leisteten. Auch darüber hinaus kam der Verwaltung in der Zeit so kurz nach dem Sturz des NS-Regimes große Bedeutung zu. Sie war Repräsentantin der Obrigkeit. Durch eine zuverlässige Arbeitsweise zusammen mit der damit verbundenen Außenwirkung war diese Obrigkeit dazu in der Lage, sich Respekt und Akzeptanz in der Bevölkerung zu verschaffen. Die Integrität der Behörden und ihrer Mitarbeiter hatte demnach eine dem Einzelfall übergeordnete Bedeutung. Sie war auch auf gesellschaftlicher Ebene im Spannungsverhältnis zwischen dem untergegangenen NS-Staat, dem Besatzungsregime und der sich neu formierenden Bundesrepublik essentiell. Zu Beginn dürfte die Abgrenzung der Staatsmacht zum Dritten Reich im Allgemeinen ebenso wie die Darstellung einer unvoreingenommenen Verwaltung von großer Bedeutung gewesen sein, während in der Endphase wohl vor allem das Vertrauen in den neuen demokratischen Staat und in seine Behörden gefördert werden sollte.

Dementsprechend wurde erwartet, dass die Mitarbeiter der Behörden erst recht nicht auf dem schwarzen Markt tätig wurden. Sofern dies dennoch geschah, wurde diese unzureichende Dienstauffassung als besonders negativ wahrgenommen und entsprechend verurteilt. Im Übrigen galt diese von den Gerichten auferlegte Sorgfaltspflicht nicht nur für Behördenmitarbeiter, sondern wurde manchmal auch für Landwirte mit größeren Anwesen und Viehhändler so angenommen. In solchen Fällen kommt dieser Erwartung einer zuverlässigen Arbeitsweise eine andere Bedeutung zu, die weniger mit gesellschaftspolitischen Erwägungen zu tun hat. Vielmehr ist anzunehmen, dass Menschen in sensiblen Positionen ob ihres Vorbildcharakters im Allgemeinen eine höhere Verantwortung zugesprochen wurde.

Unterstellt man, dass die Äußerungen der Richter tatsächlich einen Spiegel der gesellschaftlichen Meinungen bildeten und so die Verachtung, die den beschriebenen Tätergruppen entgegenschlug, nicht nur von den Richtern ausging, sondern die Auffassung der Gesamtbevölkerung darstellte, so muss angemerkt werden, dass diese Auffassung in sich nicht gänzlich schlüssig war. Geht man davon aus, dass weite Teile der Bevölkerung auf die eine oder andere Art und Weise Kontakt mit dem Schwarzmarkt hatten, so bedeutete dies, dass auch diese Menschen das Ausnutzen von besonderen Möglichkeiten als verabscheuungswürdig beurteilten. Dabei darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass es nur dem Handeln der Personen in sensiblen beruflichen Positionen zu „verdanken“ war, dass der Schwarzmarkt überhaupt florieren konnte. Nur weil diese Menschen die von ihnen beiseitegeschafften Güter auf dem Markt veräußerten, konnten auch die kleineren Schwarzhändler begehrte Gegenstände erstehen. Dabei ist vor allem an den Weg zu denken, den die landwirtschaftlichen Produkte – in erster Linie Fleisch – vom Land in die Stadt nahmen. Insofern ist fraglich, ob den Tätern in spezifischen beruflichen Situationen tatsächlich von allen Seiten oder nur seitens der Richter Verachtung entgegenschlug. Denkbar ist es jedoch auch, dass die in kleinerem Umfang am Markt Beteiligten nicht daran dachten, dass der für sie so wichtige Handel nur wegen dieser Menschen funktionieren konnte und sie ihnen so in erster Linie ihre Chancen neideten und übelnahmen.

Schließlich galt es als besonders verwerflich, wenn die Täter aus Sicht der Richter aus einer gesteigerten Form des Egoismus heraus tätig wurden. Dies war beispielsweise der Fall, wenn die Gerichte den Eindruck hatten, dass die Tätigkeiten auf dem schwarzen Markt ohne eine tatsächliche Notlage vorgenommen wurden oder die daraus gewonnenen Vorteile für die Täter nicht überlebensnotwendig waren – sie also in erster Linie handelten, um sich eine Besserstellung zu verschaffen. Gleiches galt, wenn ein Täter die aus seinen Taten erhaltenen Waren nur für sich selbst verwendete, weil er keine Familienangehörigen hatte, oder wenn die Vorteile der Tat nur bestimmte, abgrenzbare Personen und Personengruppen betrafen. Auch ein unachtsamer Umgang mit überlebensnotwendigen Gütern oder gar das Verderbenlassen von Lebensmitteln wurde – angesichts der allgegenwärtigen Not – nachvollziehbarerweise als verabscheuungswürdig wahrgenommen. Schlussendlich durften auch diejenigen Täter mit keiner Form des Verständnisses rechnen, die mit Nahrungsmitteln verschwenderisch umgingen. Dies war zum

Beispiel der Fall, wenn ein Täter Getreide zum Schnapsbrennen verwendete und damit dringend benötigte Lebensmittel illegal zu einem reinen Genussmittel verarbeitete. Auch gab es Angeklagte, die ihre Schwarzmarktkanäle nutzten, um sich ein bequemes und vor allem sattes Leben zu bereiten. Der Genuss und der Überfluss, dem sich so manche Täter hingeben konnten, wurden als äußerst negativ wahrgenommen. Insbesondere diesen Menschen wurde ihr egoistisches Verhalten besonders übelgenommen und es kann angenommen werden, dass unter den Not Leidenden weitgehend Einigkeit über die Verabscheuungswürdigkeit dieser Handlungen herrschte. Die Art der besonders negativ wahrgenommenen Verhaltensweisen war ein Resultat der allgemein herrschenden Not, durch die derartige Handlungsweisen für die meisten Menschen in keiner Weise nachvollziehbar erschienen.

Obwohl es Abstufungen anhand der soeben dargestellten Kriterien gab, entsteht der Eindruck, dass das Schwarzmarktgeschehen auch im Gesamten als verurteilenswert eingeordnet wurde. Verständnis wurde nur an sehr wenigen Stellen geäußert und lediglich dann, wenn sehr spezifische Faktoren vorlagen, die eine besondere, persönliche Notlage begründeten. In solchen Fällen wirkten sich diese Einzelschicksale meist positiv in den Strafzumessungserwägungen aus. Bei der Beurteilung von Notsituationen im Rahmen des Straffreiheitsgesetzes waren die Ausführungen der Richter hingegen nüchtern und restriktiv. Bestimmte Ereignisse wie der Verlust von Wohnraum durch Bombardierungen genügten beispielsweise nicht zur Annahme einer besonderen, persönlichen Notlage, da viele Menschen ein ähnliches Los teilten. Dies mag auch dafür sprechen, dass in Zeiten, in denen viele Menschen von Schicksalsschlägen getroffen waren, nur wirklich außerordentliche Gegebenheiten dazu führen konnten, eine Strafe entfallen zu lassen. Das impliziert auch die Wertung, dass ein hartes Schicksal alleine keinen Grund dafür darstellen durfte, auf dem Schwarzmarkt tätig zu werden. Wäre dies anders betrachtet worden, so wäre angesichts der vielen Schicksalsschläge schließlich fast jeder zu Schwarzmarktgeschäften legitimiert gewesen.

Die Verachtung, die in den Urteilen zum Tragen kommt, mag aber auch auf anderen Gründen beruht haben. Der Schutz der Versorgung als solcher war das prägende Element bei der Gesetzgebung der Schwarzmarktbekämpfung. Die Normen dürften demzufolge aber nicht nur dazu gedient haben, der darbenden Bevölkerung zu ausreichenden Lebensmittelrationen zu verhelfen, sondern auch den Status der staatlichen Gewalt zu erhalten. Das mehr oder minder geglückte Funktionieren der Obrigkeit, aber auch der Gesellschaft konnte nur durch entsprechende Sanktionen aufrechterhalten werden. Dies galt für die Zeit des Nationalsozialismus ebenso wie für die Nachkriegszeit. Anderenfalls wäre nämlich wohl zu befürchten gewesen, dass es zu anarchischen, unkontrollierbaren Zuständen gekommen wäre, was keinesfalls im Interesse der Besatzungsmächte und der deutschen Verwaltung gewesen wäre. Der permanente, eindringliche Verweis auf den Schaden, welchen die Schwarzhändler der übrigen Bevölkerung zufügten, dürfte insofern eine – in gewisser Weise scheinheilige – Entschuldigung für die harten Entscheidungen gewesen sein. Eine derartige Begründung dürfte in der Gesellschaft

deutlich einfacher zu akzeptieren gewesen sein, als die Aufrechterhaltung der ohnehin instabilen politischen Machtverhältnisse.

Auch aus diesen Gründen darf es als unwahrscheinlich gelten, dass diese Einstellung der Richter die gesamtgesellschaftliche Auffassung vollkommen korrespondierend widerspiegelte. Wie anhand der allgemeinen historischen Forschung bekannt ist und wie zu Beginn dieser Arbeit geschildert wurde, war der Schwarzmarkt in weiten Teilen der Bevölkerung verbreitet, sodass ein nicht unerheblicher Anteil der Menschen sich in mehr oder weniger hohem Maße selbst in diesem Geschehen wiederfand. Es ist natürlich zu berücksichtigen, dass es die Aufgabe der Gerichte war, dieses Treiben auf das Schärfste zu verurteilen und es so nach Möglichkeit einzudämmen. Dies machte eine entschiedene Abgrenzung vom schwarzen Markt erforderlich, ohne dass dies notwendigerweise der allgemein herrschenden Auffassung entsprach. Dennoch kann dieser Hintergrund kaum die teils auffallend emotionalen und unsachlichen Formulierungen erklären. Vielmehr dürfte hinzukommen, dass diejenigen Täter, mit denen sich das LG auseinanderzusetzen hatte, als besonders negativ wahrgenommen wurden. Aufgrund zahlreichen Möglichkeiten geringere Taten anderweitig zu ahnden und der wohl generell eher niedrigen Aufklärungsquote insbesondere bei kleinen Schwarzmarktgeschäften ist anzunehmen, dass vor allem die in größerem Umfang Tätigen von den Strafkammern verurteilt wurden. Hinzu kamen auch etliche Angeklagte mit weniger gravierenden Taten, jedoch entstammten sie alle dem privaten oder geschäftlichen Umfeld jener „Schieber“, da ihre Delikte im Zusammenhang mit denjenigen der Hauptangeklagten standen. Insofern ist davon auszugehen, dass in den untersuchten Urteilen Menschen vor Gericht standen, deren Handeln als besonders verachtenswert angesehen wurde und die sich so in gewissem Maße von den gewöhnlichen Schwarzhändlern unterschieden. Sowohl die Tätigkeiten in großem Umfang als auch die Tatbegehung ohne echte Not und das Ausnutzen von Gelegenheiten, die nur einer Minderheit offenstanden, bzw. der Kontakt zu jenen Menschen waren Umstände, die auf den Großteil der Bevölkerung nicht zutrafen. Die Tatbegehung insbesondere beim Vorliegen eines oder mehrerer jener Faktoren führte dazu, dass sich die Situation für die Allgemeinheit spürbar verschlechterte. Es ist davon auszugehen, dass die meisten Menschen weder auf einem landwirtschaftlichen Anwesen lebten, noch einer beruflichen Tätigkeit nachgingen, die den Zugang zu Lebensmitteln oder Lebensmittelmarken gewährte, sondern aus der größten Not heraus handelten und sich auf dem schwarzen Markt nur in dem für die Erhaltung der Lebensgrundlage notwendigen Maße betätigten. Unter der Prämisse, dass der Großteil der Bevölkerung in der Nachkriegszeit irgendwann aus dieser Situation heraus auf dem Schwarzmarkt tätig wurde, liegt es nahe, dass die Menschen, die sich in einer besseren Situation befanden, entsprechend negativ wahrgenommen wurden. Insofern dürften die von den Gerichten getätigten Aussagen nur bedingt die öffentliche Meinung zum gesamten schwarzen Markt abbilden.

Die an manchen Stellen erwähnte Forderung nach einem harten Durchgreifen der Justiz fügt sich in dieses Bild ein und ist durchaus nachvollziehbar. Bei manchen Entscheidungen beriefen sich die Strafkammern auf die Erwartungshaltung seitens der Bevöl-

kerung bezüglich entsprechender Sanktionen für die Schwarzhändler. Angesichts der weiten Verbreitung des Schwarzmarktes in der Gesellschaft und des Umstandes, dass diese Erwartungshaltung insbesondere dann betont wurde, wenn es um nicht unerhebliche Straftaten ging, liegt der Schluss nahe, dass es sich vor allem um den Wunsch der entsprechenden Sanktionierung schwererer Delikte handelte. Dieser dürfte sowohl von den in geringerem Umfang am Schwarzmarkt Beteiligten, als auch von der übrigen Bevölkerung getragen worden sein. Die Erwähnung dieser Erwartungen legt nahe, dass sich die Richter der Allgemeinheit gegenüber in der Verantwortung sahen, gegen den Schwarzmarkt in aller gebotenen Härte vorzugehen. Dahinter dürfte der Wunsch gestanden haben, den Markt soweit möglich mit allen Mitteln einzudämmen. Es sollte wohl alles dafür getan werden, die Bewirtschaftungsregeln aufrecht zu erhalten und sinngemäß anzuwenden, um die Versorgung der Bevölkerung einigermaßen zu gewährleisten. In diesem Kontext spielte auch das Element der Abschreckung eine nicht unerhebliche Rolle. Dieser Beweggrund wurde im Rahmen der Strafzumessung des Öfteren implizit oder explizit erwähnt, sodass davon auszugehen ist, dass die teils empfindlichen Sanktionen durchaus auch dazu dienen sollten, den schwarzen Markt dadurch auch im Interesse der Allgemeinheit zu bekämpfen. Letztlich muss zu den Forderungen nach harten Strafen angemerkt werden, dass es keineswegs gesichert ist, dass die Stimmung in der Bevölkerung tatsächlich dergestalt war, sondern dass auch die Möglichkeit besteht, dass sich die Richter dementsprechend äußerten, um ihre Entscheidungen zu legitimieren und ihre Akzeptanz zu steigern.

Neben diesen Rückschlüssen hinsichtlich der richterlichen und gesellschaftlichen Sichtweise auf den Schwarzmarkt ist auch der Blick auf den Umgang mit der erst kurz zurückliegenden nationalsozialistischen Vergangenheit und anderen zeitspezifischen Gegebenheiten von Interesse. In sprachlicher Hinsicht kann festgehalten werden, dass in einigen Äußerungen gewisse nationalsozialistische Relikte erkennbar sind. Dies gilt insbesondere für den Bezug auf das deutsche Volk, der zu Formulierungen wie die „Pflicht eines jeden Volksgenossen“¹⁰¹⁶ führte. An dieser Stelle ist der Sprachgebrauch der Zeit vor dem Kriegsende zu erkennen, in der dem völkischen und nationalen Aspekt die bekannt große Bedeutung zukam. Jedoch muss erwähnt werden, dass derartig geprägte Aussagen nur selten vorkamen. Angesichts des erst wenige Jahre zurückliegenden Endes des NS-Regimes ist es vielmehr überraschend, dass nur wenige entsprechend geartete Formulierungen in den Urteilen zu finden sind. Ansonsten war die Sprache in dieser Hinsicht äußerst neutral und ließ keinerlei Verbindung zu nationalsozialistischer Ideologie erkennen. Auch in inhaltlicher Hinsicht war, soweit aus den Urteilen ersichtlich, eine Distanzierung vom Nationalsozialismus erkennbar. Eine Thematisierung dieser Vergangenheit fand nur relativ selten statt, aber sofern sich die Richter dazu äußerten, geschah dies reflektiert und distanziert. Einzelne Äußerungen waren sogar kritisch und angesichts des erst kurze Zeit zurückliegenden Untergangs des NS-Staates auffallend differenziert. Insgesamt konnte an keiner Stelle erkennbare Sympathie mit dem nationalsozialistischen Staat oder der entsprechenden Weltanschauung erkannt werden.

¹⁰¹⁶ LG Nürnberg-Fürth, I. Strafkammer, U. v. 22. November 1946, Az. KLS 91/46, Nr. 1766, S. 8.

In rechtlicher Hinsicht waren hingegen noch gewisse Verbindungen zum Dritten Reich erkennbar. Dadurch, dass etliche Normen weiterhin Anwendung fanden, war fast zwangsläufig eine gewisse Kontinuität zu beobachten. Dies wird in erster Linie im Rahmen der Auslegung der Böswilligkeit deutlich. Die KWVO wurde ebenso wie andere Gesetze zur Schwarzmarktbekämpfung auch über das Ende des Krieges hinaus angewandt, allerdings auf modifizierte Art und Weise. Praktisch bedeutete dies, dass die national und völkisch geprägte Präambel nicht mehr zur Auslegung herangezogen wurde und auch der Krieg selbst keine relevante Erwägung mehr darstellte. Die zentrale Norm, nämlich § 1 KWVO, bestand jedoch weiter fort und mit ihr das Tatbestandsmerkmal der Böswilligkeit. Deren Interpretation blieb mit Ausnahme der Berücksichtigung der Kriegsumstände und allzu völkisch oder nationalsozialistisch geprägter Formulierungen weitestgehend gleich und damit auch die Verwerflichkeit als zentrales Auslegungs- und Beurteilungskriterium. Insofern kann die Böswilligkeit als Überbleibsel des Gesinnungsstrafrechts betrachtet werden. Die Ausführungen zu diesem Tatbestandsmerkmal unterschieden sich ob der Fokussierung auf die Verwerflichkeit insofern auch deutlich von der Interpretation anderer Begrifflichkeiten. An dieser Stelle sowie im Rahmen der Strafzumessung waren am ehesten sowohl unsachliche und emotionale Äußerungen als auch völkisch geprägte Formulierungen zu finden. Die Weiterverwendung dieses Rechts aus den Zeiten des Dritten Reiches schlug sich so auch in der Nachkriegsrechtsprechung nieder.

Für den Umgang mit ehemaligen Nationalsozialisten ergeben sich wenige Hinweise. Lediglich in Einzelfällen wurde es von den Richtern negativ gewertet, wenn ein Angeklagter versucht hatte, seine einschlägige Vergangenheit zu verleugnen. Dies stand im Einklang mit den Entnazifizierungsvorschriften der Besatzungsmächte. Allerdings muss angemerkt werden, dass eine nationalsozialistische Vergangenheit kaum je Erwähnung fand. Angesichts der Zahl von fast 300 Angeklagten ist es aber äußerst unwahrscheinlich, dass keine weiteren ehemals aktive Parteimitglieder, Politiker, Mitglieder in den bekannten nationalsozialistischen Vereinigungen oder anderweitig mit dem NS-System in Verbindung stehende Menschen vor den Strafkammern wegen Schwarzmarktdelikten angeklagt waren. Es ist daher davon auszugehen, dass der Erörterung der einschlägigen Vergangenheit schlicht kein Raum gegeben wurde und sie für die Richter in den Urteilen zum Schwarzmarkt keine Rolle spielte. Zum Umgang mit ehemaligen aktiven Nationalsozialisten kann daher keine konkrete Aussage getroffen werden.

Hingegen erfolgten einige Äußerungen zu ehemaligen KZ-Insassen. Abneigung oder Ressentiments konnten dabei nicht beobachtet werden. Vielmehr gereichte diesen Menschen ihre Vergangenheit eher zum Vorteil, da ihnen auch seitens der Gerichte eine bevorzugte Stellung bei der Lebensmittelverteilung zugesprochen wurde. Außerdem wirkte sich eine zurückliegende Inhaftierung strafmildernd aus, da die Richter davon ausgingen, dass sich die Täter deshalb in einer besonderen Notlage befanden. Auffallend war auch, dass die Richter an mehreren Stellen das Leid, das die KZ-Insassen erdulden mussten, erwähnten und so in gewisser Weise würdigten. Gleichzeitig impliziert dies auch, dass die Vorgänge in den KZs von den Richtern als durchaus unrechtmäßig wahrgenom-

men wurden. Insgesamt kann daher festgehalten werden, dass den ehemaligen Gefangenen der Konzentrationslager grundsätzliches Wohlwollen seitens der Richter entgegen-schlug.

Die Nachkriegszeit war in Deutschland geprägt von Flüchtlingszuzug. Angesichts der Bedeutung, der diesem Umstand zukam, ist es überraschend, wie selten er Erwähnung in den Nürnberger Urteilen fand. Allerdings ist dabei zu bedenken, dass, wie bereits in der Einleitung dargestellt, in die Nürnberger Region zunächst weniger Vertriebene zuzogen als in andere Gegenden. Sofern Flüchtlinge erwähnt wurden, geschah dies nicht auf eine abwertende Art und Weise. Vielmehr wurde den Menschen ihr Schicksal im Rahmen der Strafzumessung mildernd ausgelegt, da sie durch den Verlust der Heimat und ihres sozialen Umfeldes in eine Notlage geraten waren. Einer eher negativen Konnotation waren dagegen Ausländer ausgesetzt, die bei der Lebensmittelzuteilung bevorzugt wurden. Weitere Aussagen wurden dazu jedoch nicht getroffen und es bleibt offen, wer mit „Ausländern“ gemeint war. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang eine weitere Äußerung, in der sich eine Angeklagte auf ihre Furcht vor Fremden berief. Es bleibt zwar unklar, wer damit genau gemeint war, deutet aber darauf hin, dass es in der Bevölkerung gewisse dahingehende Ressentiments und Ängste vor „Fremdem“ gab. Auch in jenem Fall erfolgte keine Auseinandersetzung mit dieser Aussage. Insgesamt spielte die Problematik der Vertriebenen und Ausländer nur eine marginale Rolle in der untersuchten Rechtsprechung.

Schlussendlich wurden auch die damals bestehenden Rollenbilder an einigen Stellen deutlich. So wurde Frauen eine gewisse psychische oder physische Schwäche unterstellt, wenn angenommen wurde, dass eine Haftstrafe für Frauen ohnehin gravierender sei als für Männer. Außerdem wurde von einer Mutter seitens einer Strafkammer ein erzieherisches Einwirken auf ihren längst erwachsenen Sohn gefordert und es wurde für unwahrscheinlich gehalten, dass sich ein junger unverheirateter Mann für Babyausstattung interessierte. All diese Äußerungen dürften sich jedoch mit dem Geschlechter- und Familienbild der damaligen Zeit decken, sodass es sich um keine ungewöhnlichen Aussagen handelte. Insofern kann die Rechtsprechung hier als zeithistorisches Dokument betrachtet werden.

Abschließend kann festgehalten werden, dass die Auseinandersetzung der Gerichte mit den unterschiedlichen, kritischen Themen auf eine nüchterne Art und Weise erfolgte. Keiner Personengruppe gegenüber sind eindeutige Ressentiments erkennbar. Auch der Umgang mit den nationalsozialistischen Relikten kann als distanziert und reflektiert bezeichnet werden. Allerdings ist hier durchaus fraglich, ob dies der allgemein herrschenden Auffassung entsprach. Es gilt zu bedenken, dass die Justiz stark von den Entnazifizierungsmaßnahmen betroffen war und außerdem davon auszugehen ist, dass die Gerichte unter besonderer Beobachtung durch die Besatzungsmächte standen, sodass fragwürdige Aussagen zu diesem Thema wohl durchaus Folgen gehabt haben dürften. Möglicherweise galt dies für die Justiz in Nürnberg aufgrund der Bedeutung der Stadt im Nationalsozialismus sogar im Besonderen. Die reflektierten und differenzierten Äußerungen hinsichtlich der nationalsozialistischen Vergangenheit beruhten natürlich dar-

über hinaus auch darauf, dass es sich bei den Richtern um für damalige Verhältnisse weit überdurchschnittlich gebildete Menschen handelte. Ob die Richter hier stellvertretend für weite Teile der Bevölkerung sprachen, dürfte daher durchaus zweifelhaft sein. Nichtsdestotrotz ist zu beobachten, dass der Umgang mit den verschiedenen Bevölkerungsgruppen deutlich sachlicher war als derjenige mit den Schwarzmarkttätern. Insofern wird deutlich, dass gerade der Schwarzmarkt in der Nachkriegszeit prägend war und in höchstem Maße emotionale Auseinandersetzungen hervorrief. Dies spricht auch dafür, dass der schwarze Markt eines der zentralen Probleme und Anliegen der Menschen in jener Zeit war.

2. Auswirkungen auf die Gesellschaft

Um das Zusammenspiel zwischen dem Schwarzmarkt, seinen Händlern und der Gesellschaft zu beleuchten, ist es zunächst erforderlich, der damaligen Definition der Gesellschaft nachzugehen. In der Zeit des beständigen Wandels nach Kriegsende beinhaltete diese Fragestellung zahlreiche neue Herausforderungen. Aus den Äußerungen der Richter wird deutlich, dass sich die Bevölkerung in jener Zeit als Gemeinschaft betrachtete, die im gemeinsamen Kampf gegen den allgegenwärtigen Mangel zusammenhielt. Die meisten Menschen befanden sich aufgrund der Kriegsfolgen und der schlechten Ernährungslage in einer unverschuldeten Notsituation. Trotz vieler harter Schicksalsschläge sollte dies aber gerade keine Rechtfertigung dafür bilden, in die Kriminalität abzurutschen. Vielmehr wurde erwartet, dass die Bürger innerhalb dieser Schicksalsgemeinschaft zusammenstanden. Dies beinhaltete auch eine gewisse Verantwortung den anderen Menschen gegenüber, denen es nicht besser erging, bestimmte Gelegenheiten zu kriminellern Handeln nicht zu nutzen und so die Situation für alle zu verschlechtern.

Aufgrund der zahlreichen gesellschaftlichen und politischen Veränderungen der damaligen Zeit, die außerdem noch in Teilen von der nationalsozialistischen Ideologie beeinflusst gewesen sein dürfte, stellte sich die Frage, wer zu dieser Gemeinschaft gehörte. Es fällt auf, dass in den Äußerungen der Richter häufig die Rede von einem Volksganzen oder dem deutschen Volk war. Durch diese Formulierungen sollte wohl ein allgemeines Zusammengehörigkeitsgefühl ausgedrückt werden. Dass dabei auf das nationale Volk Bezug genommen wurde, mag angesichts des vermutlich noch tief wurzelnden Nationalstolzes aus dem Dritten Reich ebenso wenig überraschen wie angesichts der bestehenden Besatzungssituation durch andere Staaten. Dementsprechend erfolgte auch eine gewisse Abgrenzung gegenüber Ausländern, deren höhere Lebensmittelzuteilungen mit einer leicht negativen Konnotation Erwähnung fanden. Wie bereits angesprochen waren jedoch keine ablehnenden Äußerungen gegenüber Flüchtlingen und Vertriebenen zu finden, sodass davon ausgegangen werden kann, dass diese Menschen durchaus als zur Volksgemeinschaft gehörig betrachtet wurden. Gleiches galt für ehemalige KZ-Häftlinge. Bei Kriegsheimkehrern entsteht sogar der Eindruck, dass diese bewusst in die Gesellschaft re-integriert werden sollten. Sofern die ehemaligen Soldaten Schicksale erlitten hatten, die über den gewöhnlichen Kriegsdienst hinausgingen wie beispielsweise eine schwere Verletzung, ein besonders langer Kampfeinsatz oder längere Kriegsgefan-

genschaft, wurde ihnen das im Rahmen der Strafzumessung mildernd zuerkannt. Der Schluss liegt nahe, dass so den teils traumatischen Erlebnissen, der langen Abwesenheit vom vertrauten Umfeld und der damit einhergehenden Entfremdung von den normalen Wertvorstellungen Tribut gezollt wurde und durch die Anerkennung der Opfer der Soldaten deren Integration in die sich neu formende Gesellschaft unterstützt werden sollte. Wie bereits erwähnt, wurde der Nationalsozialismus selbst kaum thematisiert, sodass sich auch keine Aussagen darüber ergeben, inwieweit die früher beispielsweise in Ämtern aktiven Nationalsozialisten als der Gesellschaft zugehörig betrachtet wurden.

Eine Gruppe, die nicht gänzlich als zur Gesellschaft gehörig wahrgenommen wurde, war die Landbevölkerung. In den Augen der Richter hatten diese Menschen aufgrund ihrer besseren Versorgungslage eine Betätigung auf dem schwarzen Markt nicht nötig, sodass ihr Handeln im Kontext des Schwarzmarktes als besonders negativ wahrgenommen wurde. Die städtische wurde an dieser Stelle klar von der ländlichen Bevölkerung abgegrenzt. Dabei betonten die Strafkammern, dass die Städter weitaus schlechter gestellt waren und trotz ehrlicher, harter Arbeit und größter Anstrengungen kaum an ausreichende Lebensmittelrationen gelangen konnten. Dadurch entsteht der Eindruck, dass der Kern der Solidarität innerhalb der Schicksalsgemeinschaft vor allem bei den unterversorgten Stadtbewohnern lag und unter diesen ein besonderes Zusammengehörigkeitsgefühl in der Not herrschte. Es kann zwar nicht festgestellt werden, dass die ländliche Bevölkerung nicht als Teil der Gesellschaft betrachtet wurde, allerdings entsteht der Eindruck, dass es innerhalb der großen Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes durchaus Abstufungen gab. Differenzierungen anhand des Bildungsstandes, der beruflichen Stellung oder aufgrund anderer sozialer Faktoren fanden hingegen nicht erkennbar statt.

Es kann demnach festgehalten werden, dass weite Teile der Bevölkerung als Einheit betrachtet wurden, die zusammenhalten und die Not gemeinsam ertragen mussten. Die Schwarzhändler wurden seitens der Gerichte dabei als Schädiger gesehen, die sich auf Kosten dieser Gemeinschaft persönliche Vorteile verschafften. Egoismus galt dabei als ein Leitmotiv dieser Täter, die sich nach Ansicht der Richter gleichgültig über die Interessen der Allgemeinheit hinwegsetzten. Dies galt insbesondere dann, wenn sich die Schwarzhändler rücksichtslos einen höheren Lebensstandard, als ihn der Rest der Bevölkerung hatte, verschaffen wollten. Die Verbesserung der eigenen Situation unter Missachtung des Gemeinwohls galt so als ein Charakteristikum der Schwarzhändler. Dies wurde von der KWVO im Rahmen des Merkmals der Böswilligkeit und der dafür erforderlichen Verwerflichkeit des Handelns entsprechend gefordert. Es entspricht auch dem Wesen des schwarzen Marktes, dass durch den Vorteil eines Einzelnen der Rest der Gesellschaft mehr oder weniger direkt geschädigt wird. Konsequenterweise wurden die Schwarzhändler deshalb als Außenseiter betrachtet, die die Allgemeinheit kollektiv schädigten. Durch ihr Handeln grenzten sich die Täter so selbst aus der Gemeinschaft aus, indem sie ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft ignorierten und sich bietende Gelegenheiten zu ihrem persönlichen Vorteil ausnutzten. Der moralische Ausschluss aus der Notgemeinschaft war so besiegelt. Dafür spricht auch die Beobachtung, dass der Schaden, verursacht durch die Schwarzmarktdelikte, häufig dadurch versinn-

bildlicht wurde, dass er in Bezug zu den bestehenden Kontingenten für Gemeinden oder Regionen gesetzt wurde. Das bedeutet, dass dem Täter genau vor Augen geführt wurde, wie viele Monatsrationen der Bevölkerung durch sein Handeln fehlten. Dies unterstreicht die Rolle des die Allgemeinheit schädigenden Außenseiters.

Jedoch legt eine Äußerung der Richter den Schluss nahe, dass die Schwarzhändler möglicherweise nicht als individuelle Außenseiter, sondern vielmehr als Teil einer zwielichtigen Parallelgesellschaft gesehen wurden. Ein nur in geringerem Maße am Schwarzmarkt beteiligter Angeklagter wurde nämlich hinsichtlich des schwarzen Marktes als Außenseiter bezeichnet. Dies spricht dafür, dass die Situation so wahrgenommen wurde, dass außerhalb der etablierten Gesellschaft auch ein Bund von Schwarzhändlern existierte, dem nur peripher Beteiligte nicht zugerechnet wurden.

Fraglich ist jedoch wiederum, ob dieses von den Richtern so eindeutig und schlüssig gezeichnete Bild im Hinblick auf die Schwarzhändler auch der gesellschaftlichen Wirklichkeit entsprach. Es finden sich etliche Hinweise, dass der schwarze Markt in der Gesellschaft durchaus etabliert war. Dafür sprechen zum einen die erhebliche Menge an Gütern, die wie in der Einleitung dargelegt ihren Weg auf den schwarzen Markt fand, aber auch einige Hinweise, die sich aus der untersuchten Rechtsprechung selbst ergeben. Unter den Angeklagten befanden sich Menschen aus unterschiedlichen sozialen Gruppen mit den unterschiedlichsten beruflichen Tätigkeiten und Familienverhältnissen. Außerdem ist zu beobachten, dass nur auffallend wenige Angeklagte vorbestraft waren. Auch wenn die Aussagen hierzu nicht eindeutig sind, kann hinsichtlich der Gesamtzahl der Vorstrafen von einem unterdurchschnittlichen Anteil ausgegangen werden. Dies zeigt, dass der Schwarzmarkt in gewisser Weise von anderen Formen der Kriminalität entkoppelt war und dort nicht nur die „gewöhnlichen“ Kriminellen, sondern auch andere Menschen tätig wurden. In diese Richtung zielt auch die Beobachtung, dass im Rahmen der Strafzumessung nur wenige sehr hohe Strafen, dafür aber viele im niedrigen und mittleren Bereich ausgesprochen wurden. Ebenso wie der Umstand, dass nicht allzu häufig zusätzlich Straftatbestände im Sinne des StGB begangen wurden, spricht dies dafür, dass es sich oft um kleinere Delikte handelte und sich die Kriminalität häufig auf den schwarzen Markt als solchen beschränkte. Außerdem kann festgehalten werden, dass nicht nur die Anzahl der Vorstrafen insgesamt, sondern auch diejenige einschlägiger Vorstrafen niedrig ausfiel. Das spricht für eine geringe Rückfallquote. Einerseits könnte dies dahingehend interpretiert werden, dass die von den Strafkammern betonte abschreckende Wirkung der Sanktionen tatsächlich funktionierte und die Täter sich nach ihrer ersten Verurteilung vom schwarzen Markt abwandten. Andererseits kann der niedrige Anteil auch mit rein praktischen Gründen erklärt werden. Der Untersuchungszeitraum war verhältnismäßig kurz, sodass insbesondere Täter, die gegen Ende dieser Phase zu längeren Haftstrafen verurteilt worden waren, im Anschluss gar nicht mehr die Gelegenheit hatten, auf dem schwarzen Markt zu agieren, da dieser sich nach ihrer Haftentlassung bereits aufgelöst hatte. Außerdem kann davon ausgegangen werden, dass nur ein kleiner Teil der Schwarzhändler überhaupt je von der Polizei aufgegriffen wurde und etliche der Vorbestraften schlicht das Glück hatten, kein weiteres Mal erwischt zu werden.

Möglicherweise wurden sie nach den Erfahrungen der ersten Verhaftung auch vorsichtiger und konnten sich so eher dem polizeilichen Zugriff entziehen.

Anhand der Gesamtheit dieser Beobachtungen wird deutlich, dass der Schwarzmarkt die verschiedensten Schichten und Bevölkerungsgruppen betraf. Obwohl davon auszugehen ist, dass sich vor dem LG vor allem die Täter schwererer Delikte zu verantworten hatten, entstammten diese keineswegs alle dem kriminellen Milieu. Vielmehr entsteht der Eindruck, dass der Schwarzmarkt die unterschiedlichsten Menschen anzog und nicht allzu eng mit der üblichen Kriminalität verbunden war, was für eine weite Verbreitung in der Gesellschaft spricht. Dieses Bild steht im Kontrast zu der von den Richtern propagierten Außenseiterstellung der Täter. Die hier dargestellten Begleitumstände sprechen eher dafür, dass sich der schwarze Markt durch weite Bereiche der Gesellschaft zog und dort tief verankert war. Im Rahmen einer Gesamtbetrachtung erscheint es nicht unwahrscheinlich, dass die Gerichte versuchten, die Schwarzhändler als Außenseiter darzustellen, um so deren Ausgrenzung zu betreiben und die abschreckende Wirkung der Strafen zu verstärken. Das Bild des Schädigers, der die Allgemeinheit in ihrer Gesamtheit Nachteile zufügt, entspricht durchaus den Charakteristiken des Schwarzmarktes. Durch die ausgedehnte Verbreitung des Marktes in weiten Teilen der Bevölkerung dürfte diese Sichtweise aber nicht der gesellschaftlichen Realität entsprochen haben.

3. Auseinandersetzung mit moralischen Konflikten

Dem schwarzen Markt waren vor allem zwei Konflikte mit all ihren Fragestellungen inhärent. Dies war zum einen die Problematik, inwieweit der Not des einzelnen Schwarzhändlers Rechnung getragen werden konnte, der durch sein Handeln die Ernährungssituation der Allgemeinheit weiter verschärfte. Zum anderen warf das Spannungsverhältnis zwischen den Bewirtschaftungsregeln und den Verfügungsbefugnissen des Eigentümers Probleme auf.

So stellte sich die Frage, inwieweit Menschen bestraft werden konnten und durften, die in größter Not auf dem Schwarzmarkt tätig wurden, um so ihre lebensnotwendige Grundversorgung zu decken. Durch diese Handlungen sorgten sie gleichzeitig dafür, dass sich die gesamte Ernährungssituation durch diesen Verstoß gegen die Bewirtschaftungsregeln weiter verschlechterte, da nun insgesamt noch weniger Güter vorhanden waren, die geregelt verteilt werden konnten. Das Wohl des Individuums und das Allgemeinwohl standen sich so unvereinbar gegenüber. Hinsichtlich des Umgangs mit diesem Konflikt muss betont werden, dass es in den Tätigkeiten der Schwarzhändler zahlreiche Abstufungen gab. Es stellt sich daher auch die Frage, wie die individuellen Umstände einer Tat sich auf dieses Konfliktfeld auswirkten.

Es ist zu beobachten, dass dieser Fragestellung an unterschiedlichen Stellen Rechnung getragen wurde, die Leit motive dabei aber stets ähnlich blieben. Bereits bei der Anwendbarkeit der relevanten Strafnormen ergaben sich Differenzierungen. Die sachlichen Anforderungen an das Straffreiheitsgesetz wurden hinsichtlich des Vorliegens einer ausreichend gravierenden Notlage sehr restriktiv ausgelegt. Dies war erforderlich, da das Gesetz wohl ansonsten alle weiteren Bewirtschaftungsvorschriften ad absurdum ge-

führt hätte. Ganz ähnlich verhielt es sich mit den teils von der Verteidigung vorgebrachten Rechtfertigungsgründen. Hätte der Mangel, den die Angeklagten zu erleiden hatten, dazu geführt, dass ihre Taten gerechtfertigt waren, wäre eine noch größere Ausbreitung des schwarzen Marktes, verbunden mit gravierenden Folgen für die Ernährung der gesamten Bevölkerung, wohl unvermeidbar gewesen. Dementsprechend wiesen die Gerichte ein derartiges Vorbringen knapp ab.

Durch die Entscheidung, welches Strafgesetz Anwendung auf den konkreten Fall finden sollte, und damit auch durch die Interpretation bestimmter Tatbestandsmerkmale, wurden implizit weitere Aussagen zu dieser Fragestellung getroffen. Sofern der Täter eine sensible berufliche Tätigkeit ausübte, wurde sein Handeln anhand des KRG Nr. 50 beurteilt. Je nach dem Umfang der strafrechtlich relevanten Handlungen und damit vor allem abhängig davon, welche Menge an Waren betroffen war, wurde der Sachverhalt in den anderen Fällen entweder unter die KWVO oder die VRStVO subsumiert. Wenn dem Bewirtschaftungssystem derart viele Gegenstände entzogen wurden, dass die Richter feststellten, dass die Bedarfsdeckung gefährdet war, wurde die KWVO angewandt. Somit waren insgesamt betrachtet die Menge sowie eine besondere berufliche Position entscheidend für die Anwendung der relevanten Strafnormen. Davon wiederum hing grundsätzlich die Höhe der Strafe ab, da es dabei im Rahmen der VRStVO die Grenze der Höchststrafe, beim KRG Nr. 50 hingegen die Mindeststrafe zu beachten galt. Auch wenn diese Abstufungen in erster Linie auf den Gesetzen beruhten, kann dennoch festgehalten werden, dass auch die Richter gewisse Wertungen vornahmen, wenn sie den Tatbestand unter die jeweiligen Strafnormen subsumierten. Insbesondere hinsichtlich der Menge der betroffenen Waren ergaben sich dort durchaus gewisse Spielräume. Die Quantität war auch das entscheidende Kriterium, wenn es darum ging, einen strafscharfenden schweren Fall anzunehmen. Außerdem war der Umfang der Tätigkeiten indirekt auch relevant dafür, ob die Täter in Bereicherungsabsicht und in mehr oder minder großer Gewinnerzielungsabsicht handelten, da es anhand der in mehreren Urteilen genannten Zahlen wohl nur möglich war, durch Veräußerungen im größeren Stile einen nennenswerten Gewinn zu erzielen. Dies wiederum konnte zur Verhängung einer zusätzlichen Geldstrafe führen.

Die wohl bedeutsamste Stelle, an der der Umgang mit dem moralischen Problemfeld des schwarzen Marktes untersucht werden kann, war die individuelle Strafzumessung. Der Schwarzmarkt verfügte über zahlreiche unterschiedliche Facetten, was die Art des Handels, die auf ihm aktiven Personen und vor allem auch deren Umfang der Beteiligung anging. Sowohl das Strafmaß selbst als auch die ihm zugrundeliegenden Strafzumessungserwägungen eigneten sich dafür, diese Unterschiede auf einer relativ variablen Basis abzubilden. Demnach waren die ausgesprochenen Strafen ebenso unterschiedlich wie die Teilnahme der einzelnen Menschen am schwarzen Markt. Besonders strafscherkend wirkte sich dabei eine große Menge an betroffenen Gütern aus, unabhängig davon, ob diese dem Verteilungsgang durch eine einzelne großangelegte Tat oder durch mehrere Delikte über einen längeren Zeitraum hinweg entzogen wurden. Der Umfang der Tätigkeit und dabei insbesondere das Ausmaß der Taten war das zentrale Kriteri-

um unter den Strafzumessungserwägungen. Auch die Ausübung einer sensiblen beruflichen Tätigkeit, mit der auch die Übernahme von Verantwortung für das Funktionieren des Bewirtschaftungssystems einherging, wirkte sich erschwerend auf die Höhe der Strafe aus. Insofern waren hier die gleichen Kriterien wie bei der Abgrenzung der Strafnormen relevant. Die negative Bewertung der Beteiligung von Menschen in verantwortungsvollen beruflichen Positionen am Schwarzmarktgeschehen ist nachvollziehbar und entspricht dem Sinn und Zweck der Schwarzmarktbekämpfung. Anhand der Auswertung der Urteile zeigt sich, dass sich an denjenigen Stellen im Prozess der Markenverwaltung, der Lebensmittelproduktion und der Verwaltung von Nahrungsmitteln Schwachpunkte ergaben, wenn persönliche Verantwortung ins Spiel kam. Trotz umfangreicher Belehrungen und spezieller gesetzlicher Regelungen gelang es den Menschen, Gegenstände abzuzweigen. Die Bekämpfung der Zuflusskanäle des schwarzen Marktes gestaltete sich dementsprechend schwierig, da immer wieder persönliche Interessen der Beteiligten dazu führten, dass die einschlägigen Regeln missachtet wurden. Die aus diesem Verhalten resultierenden harten Strafen waren daher folgerichtig.

Ein besonders hartes Einzelschicksal wirkte sich dagegen tatsächlich strafmindernd aus. Auch wenn dadurch die Strafbarkeit nicht entfiel, wurde sie doch abgemildert, wenn der Aspekt der individuellen Notlage schwer wog. Es entsteht so der Eindruck, dass dem Schutz der Gesellschaft auch hier Vorrang eingeräumt wurde, den Tätern unter gewissen Umständen aber Begebenheiten wie eine kleine Menge an betroffenen Gütern oder schwierige persönliche Lebensverhältnisse zum Vorteil gereichen konnten. Dafür spricht auch, dass es als äußerst negativ wahrgenommen wurde, wenn Menschen auf dem Schwarzmarkt tätig wurden, um sich eine Besserstellung gegenüber dem Rest der Bevölkerung zu verschaffen. Demnach konnte wohl höchstens derjenige mit Milde im Rahmen der Strafzumessung rechnen, der aus unterschiedlichen Gründen um sein nacktes Überleben kämpfen musste, nicht aber derjenige, der eine Besserstellung gegenüber der Allgemeinheit erreichen wollte.

Das Strafmaß bildete durch diese Differenzierungen die tatsächlichen Gegebenheiten des Marktes ab, sodass es wenig verwunderlich ist, dass auch dort große Unterschiede bestanden. Es zeigt sich demnach, dass die Höhe der Strafe ein probates Mittel darstellte, den intrinsischen Konflikten des Schwarzmarktes gerecht zu werden. Vor allem die hohen Strafen sollten dazu beitragen, das Funktionieren des Bewirtschaftungssystems sicherzustellen und diejenigen Täter, die es durch ihre Taten besonders gefährdet hatten, entsprechend zu sanktionieren und von weiteren, ähnlichen Delikten abzuhalten. Letztlich fand auch in rhetorischer Hinsicht eine Abgrenzung der „großen“ und „kleinen“ Schwarzhändler statt. Erstere wurden häufig als „Schieber“ oder versierte Schwarzhändler bezeichnet oder mit weiteren abwertenden Ausdrücken bedacht. Auch anhand der Formulierungen wird deutlich, dass diese Menschen vor allem als verabscheuungswürdig wahrgenommen wurden und ihr Verhalten aufs Schärfste verurteilt wurde. Die in geringerem Umfang Tätigen durften zwar selten auf zum Ausdruck gebrachtes Verständnis hoffen, dafür aber zumeist auf einen sachlichen Tonfall.

Schlussendlich kann also festgehalten werden, dass die Richter sich insbesondere an den Intentionen der Normen zur Schwarzmarktbekämpfung orientierten. Das Bemühen, den Sinn und Zweck dieser Gesetze zu achten und diese nicht durch widersprechende Entscheidungen auszuhöhlen, ist nachvollziehbar. Folgerichtig genoss das Allgemeinwohl im Großen und Ganzen Vorrang gegenüber der individuellen Notlage. Dies dürfte unumgänglich gewesen sein, da ansonsten ob der zahlreichen notleidenden Menschen das gesamte Bewirtschaftungssystem zusammengebrochen wäre. Dennoch bemühten sich die Richter um einen Ausgleich der verschiedenen Interessen, weshalb insbesondere im Rahmen der Strafzumessung beobachtet werden kann, dass Differenzierungen anhand unterschiedlicher Kriterien vorgenommen wurden. Durch diese für das Bewirtschaftungssystem unumgängliche Priorisierung des Allgemeinwohls, verbunden mit individuellen Abstufungen, wählten die Gerichte einen angesichts der herrschenden Umstände angemessenen Ausgleich. Die Kriterien, anhand derer die Taten der Schwarzhändler eingeordnet wurden, waren insbesondere der Umfang der Tätigkeiten und die unter Umständen kritische berufliche Stellung der Täter.

Abschließend kann zu diesem Konflikt festgehalten werden, dass der allgegenwärtige Mangel selbst und die teils ungeordneten Verhältnisse den Kampf gegen den schwarzen Markt zusätzlich erschwerten. Das Fehlen von Schlussscheinen, das dazu führte, dass der Viehhandel zum Teil kaum kontrolliert werden konnte, steht stellvertretend für den wohl auch an anderen Stellen existentiellen Mangel an Personal und Ressourcen. Dies zusammen mit den immer neuen Gesetzen, die dazu führten, dass das Strafmaß und die Strafbarkeit als solche teils eher zufällig davon abhingen, zu welchem Zeitpunkt welche Norm in Kraft getreten war, symbolisieren die Schwierigkeiten im Kampf gegen den schwarzen Markt. All diese Umstände bedeuteten auch, dass es zum Teil wohl nicht einmal darauf ankam, inwieweit sich die Richter mit den komplizierten rechtlichen Fragestellungen auseinandersetzten, sondern einige Strafen schlicht vom Zufall abhingen und die Rechtsprechung so stark von den ungeordneten Zeitumständen geprägt wurde.

Der zweite zentrale Konflikt des schwarzen Marktes ist im Spannungsverhältnis zwischen den Verfügungsbefugnissen des Eigentümers und den Bewirtschaftungsbestimmungen zu finden. Die Ausübung von Eigentumsrechten war über lange Jahre hinweg sozialadäquat gewesen, stand aber angesichts der Zwangsbewirtschaftung weitgehend unter Strafe, sodass die Wahrnehmung dieser Rechte in hohem Maße eingeschränkt war. In rein rechtlicher Hinsicht ist anzumerken, dass die Strafnormen keinen Unterschied machten, woher die Gegenstände stammten, die dem Bewirtschaftungssystem entzogen wurden. Im Rahmen der Strafgesetze zur Schwarzmarktbekämpfung galt die Hortung von legal erworbenen Gegenständen oder das Schlachten eines eigenen Tieres als ebenso strafwürdig wie die Unterschlagung von Gegenständen von der Arbeitsstelle oder der Diebstahl von fremden Tieren. Für diejenigen Fälle, in denen die Täter über ihr Eigentum verfügten, waren keine Milderungsgründe vorgesehen. Insofern waren die Richter an die Gesetze gebunden. Jedoch legten die Nürnberger Gerichte das Merkmal des „Entwendens“ im Rahmen des KRG Nr. 50 nach längerer Diskussion dahingehend aus, dass dafür keine Eigentumsverletzung erforderlich sei. Das bedeutete, dass auch Hortungen

oder der Verkauf von eigenen Beständen unter den Anwendungsbereich des KRG Nr. 50 fielen. Angesichts der hohen Mindeststrafe dürfte dies häufig eine Strafverschärfung bedeutet haben. Durch diese Interpretation war auch in der Rechtsprechung eine Tendenz dahingehend zu beobachten, der strengen Auslegung der Bewirtschaftungsregeln Vorrang vor den aus dem Eigentum abgeleiteten Rechten zu gewähren.

Es ist darauf hinzuweisen, dass in denjenigen Fällen, in denen Gegenstände veruntreut, gestohlen oder unterschlagen wurden, die entsprechende Strafbarkeit nach den Tatbeständen des StGB zu der Sanktionierung durch die schwarzmarktspezifischen Normen hinzutrat. Allerdings war zu beobachten, dass die Gesamtstrafe im Allgemeinen kaum höher ausfiel, wenn zusätzliche StGB-Straftatbestände abgeurteilt wurden. Dies impliziert, dass der Verstoß gegen die Bewirtschaftungsregeln als weitaus gravierender wahrgenommen wurde als die Verletzung fremden Eigentums durch die Täter. Diese Beobachtung ist durchaus beachtlich. Das strafrechtliche Gebot, fremdes Eigentum nicht zu verletzen hatte auch damals eine weitaus längere Tradition als die Bewirtschaftungsregeln. Dass dem Verstoß gegen diese tradierten Rechtssätze seitens der Gerichte keine größere Bedeutung beigemessen wurde, ist überraschend. Aus heutiger Perspektive ist es schwer nachvollziehbar, dass Sachverhalte, in denen durch ein lange Zeit sozialadäquates Verhalten gegen nur temporär geltendes Recht verstoßen wurde und Sachverhalte, in denen gegen etablierte, allgemeingültige Wertvorstellungen und Rechtssätze verstoßen wurde, im Wesentlichen gleich behandelt wurden. Aus der Perspektive, dass der Effizienz des Bewirtschaftungssystems aus Sicht der Richter wohl die größte Bedeutung zukam und sämtliche Eigentumsrechte ohnehin deutlich abgewertet waren, ist dies aber durchaus konsequent.

In eine ähnliche Richtung geht die Beobachtung, dass private Initiativen zur Bestandserhaltung keineswegs positiv gesehen wurden. Diese galten vielmehr als weitgehend unerwünscht. Im Rahmen der Erörterung solcher Fälle wurde stets betont, dass es sich dabei um ausschließlich staatliche Aufgaben handelte, nicht aber um solche des individuellen Betriebsinhabers. Der dem Bewirtschaftungssystem immanenten Forderung der Unterordnung des Individuums unter die staatliche Lenkung der Wirtschaft wird durch solche Aussagen weiter Nachdruck verliehen. Allerdings fanden sich in manchen Fällen – selten – auch Hinweise darauf, dass den Richtern die Besonderheiten der Eigentumsverhältnisse nicht entgangen waren. So wurde erwähnt, dass Hortungen grundsätzlich weniger strafwürdig als Diebstähle waren oder dass in diesen Konstellationen ein geringerer Grad an Böswilligkeit vorlag. Dementsprechend wurden diese Umstände bei der Strafzumessung explizit mildernd berücksichtigt. Dies kann dahingehend interpretiert werden, dass dadurch eine gewisse Korrektur des gesetzlich vorgegebenen Ergebnisses vorgenommen wurde. Auch wenn dies nur in wenigen Fällen so praktiziert wurde, kann die Vorgehensweise der Richter dahingehend interpretiert werden, dass sie sich an die strikte Gesetzeslage hielten, sich aber der damit einhergehenden Schwächen bewusst waren und in den Strafzumessungserwägungen ein geeignetes Mittel erblickten, um gewisse Korrekturen vorzunehmen. Insofern ist hier hinsichtlich des Problemfeldes der Eigentumsrechte zum Teil ein eigener Lösungsansatz seitens des LG zu erkennen. Der

Umstand, dass früher sozialadäquates Verhalten nun kriminalisiert war, fand dabei zwar zumindest explizit keine Berücksichtigung. Dies dürfte angesichts der sehr eindeutigen Gesetzeslage im Allgemeinen jedoch auch wenig überraschen.

Auch an manch anderen Stellen ist außerdem zu beobachten, dass die Richter darum bemüht waren, einen angemessenen Ausgleich hinsichtlich der Einordnung als kriminelles Handeln zu schaffen. So wurden bestimmte Sachverhalte, in denen die Abgrenzung von strafbarem und sozialadäquatem Verhalten fraglich war, dergestalt gelöst, dass die Grenzen der Strafbarkeit im Rahmen des vorgegebenen gesetzlichen Rahmens nach hinten verschoben wurden. Dies galt insbesondere beim Versuchsbeginn und bei Schenkungen. Hier ist also festzustellen, dass auch lange Zeit legale Handlungen nicht ohne weiteres kriminalisiert wurden, wenn dies nicht zwingend vorgeschrieben war. Bei genauerer Betrachtung dieser Beispiele fällt zudem auf, dass es sich hierbei um Konstellationen handelte, bei denen entweder noch kein Schaden entstanden war und die Ernährungssituation daher nicht betroffen war, oder bei denen keine Bereicherung oder eigene Besserstellung erzielt wurde.

Insgesamt betrachtet kann festgehalten werden, dass auf die zentralen moralischen Fragestellungen im Kontext des Schwarzmarktes eine ähnliche Antwort gefunden wurde. Dem Funktionieren des Bewirtschaftungssystems und damit auch dem Wohl der Allgemeinheit wurde oberste Priorität eingeräumt. In Einzelfällen wurden bestimmte Umstände zwar differenziert betrachtet und zumeist im Rahmen der Strafzumessung berücksichtigt, dies waren jedoch Ausnahmen. Alles in allem handelte es sich dabei um pragmatische Entscheidungen, die den gegebenen Umständen Rechnung trugen und versuchten, für die gesamte Bevölkerung das beste Ergebnis zu erzielen. Dabei kann nicht beobachtet werden, dass die Richter besonders ideologisch vorgehen, vielmehr orientierten sie sich stark an den gegebenen Gesetzen und legten diese strikt aus.

4. Moralische Legitimation der Gerichte

Um eine Legitimation der Justiz auch in moralischer Hinsicht zu untersuchen, wurde ihre Arbeitsweise analysiert, um so Rückschlüsse darauf zu gewinnen, wie diese in der Bevölkerung wahrgenommen und eingeordnet wurde. Denn nur, wenn die Gerichte als neutral angesehen wurden, konnten sie auch glaubwürdig sein und die Menschen konnten Vertrauen in ihre Entscheidungen haben. Dies bildete die Basis dafür, dass die Urteile unter Umständen als moralische Leitlinien für die Gesellschaft dienen konnten.

Zunächst ist festzuhalten, dass die richterliche Arbeit keineswegs als gänzlich über jede Kritik erhaben bezeichnet werden kann. Es entsteht manchmal der Eindruck, als würde der Wunsch, die Angeklagten zu bestrafen, andere Erwägungen überlagern. Dies wurde bei der Auslegung einzelner Tatbestandsmerkmale deutlich. Zu nennen ist dabei das „Beiseiteschaffen“ im Rahmen der KWVO, zu dem entschieden wurde, dass ein mehrfaches Beiseiteschaffen grundsätzlich möglich war oder die Subsumtion eines illegalen „Gewerbes“ als Schwarzhändler unter den Gewerbebegriff der VRStVO. Insbesondere letztere Interpretation könnte sich bereits im Bereich einer unzulässigen Analogie zu Lasten des Angeklagten bewegt haben. Außerdem wurden manche Behauptungen,

die in den Strafzumessungserwägungen aufgestellt wurden, nicht weiter begründet, so dass hier unklar bleibt, welche Anhaltspunkte das Gericht für diese Annahmen hatte oder ob es sich im Bereich der Spekulation bewegte.

Auch generell waren die Ausführungen der Strafkammern, weniger hingegen diejenigen des OLG, an einigen Stellen zu knapp oder ließen wesentliche Erwägungen unerwähnt. Dies fällt insbesondere im Umgang mit dem Vorbringen unterschiedlicher Angeklagter auf, wenn auf manche Argumente des Verteidigungsvorbringens nicht eingegangen wurde oder sich aufdrängende Überlegungen nicht angestellt wurden. In Einzelfällen ergaben sich so gravierende und unter Umständen auch bedenkliche Lücken. Außerdem wurden vor allem geringere Strafen oft nur sehr dürftig begründet. Ein Grund dafür könnte auch der Umfang der Verfahren sein, da dies vor allem bei Prozessen mit einer Vielzahl an Angeklagten zu beobachten war. Weiterhin fällt auf, dass manche Aussagen im Rahmen der Auslegung der Tatbestandsmerkmale wenig durchdacht erscheinen und teilweise unklar bleibt, was damit bezweckt werden sollte. Im Rahmen einzelner Fragestellungen kam es demnach auch vor, dass in verschiedenen Urteilen zu ähnlichen Sachverhalten unterschiedliche Ergebnisse erzielt wurden, ohne dass dieser Dissens thematisiert wurde. Ähnlich verhielt es sich bei der Strafzumessung. Bestimmte Umstände wirkten sich nur in manchen Fällen strafmildernd bzw. strafschärfend aus, sodass es auch hier manchmal an einem einheitlichen Vorgehen fehlte. Außerdem kam es, wenn die Strafkammern auf das Vorbringen der Angeklagten eingingen, zu Aussagen, die entweder in sich nicht schlüssig waren oder nicht zu den Darlegungen an anderer Stelle passten. Fraglich ist allerdings, ob diese Mängel insbesondere für juristische Laien erkennbar waren und sich so auf die Anerkennung der Rechtsprechung in der breiten Bevölkerung ausgewirkt haben konnten.

Bedeutsamer könnte es unter Umständen gewesen sein, dass die Gerichte der Besatzungsmacht allem Anschein nach relativ unkritisch gegenüberstanden. Obwohl dies nur in einem Urteil relevant war, ist nach den dort gewonnenen Eindrücken davon auszugehen, dass sowohl das Verhalten als auch die damit im Zusammenhang stehenden Aussagen der Amerikaner nicht kritisch hinterfragt wurden. Eine Abwägung der Äußerungen amerikanischer Militärbeamter gegenüber denjenigen des Angeklagten fand in jenem Urteil keineswegs statt. Daher muss sich berechtigterweise die Frage stellen, ob eine ausreichende Unabhängigkeit von der Besatzungsmacht gegeben war und die Richter so – auch in den Augen der Bevölkerung – frei urteilen konnten.

Entscheidend für die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit dürfte schließlich vor allem der in den Urteilen verwendete Tonfall gewesen sein. Wie bereits angesprochen, war dieser zwar über weite Strecken hinweg neutral, in einigen Passagen fanden sich jedoch etliche emotionale und unsachliche Äußerungen. Insbesondere im Bereich der Böswilligkeit und der Strafzumessungserwägungen, die häufig auch den Anlass für moralische Überlegungen insbesondere hinsichtlich der Gesinnung der Täter darstellten, war der Tenor oft so subjektiv, dass er auf den Leser unprofessionell wirkt. Dies mag sich auf die Reputation des LG nicht gerade positiv ausgewirkt haben. Die angesprochenen Formulierungen kamen im Verhältnis zu den gesamten Urteilstexten zwar selten vor, aber im-

mer noch so häufig, dass es als auffällig bezeichnet werden kann. Gerade derartige Äußerungen legen den Verdacht nahe, dass sich die Richter durch das Handeln mancher Schwarzhändler persönlich angegriffen fühlten. Dies mag unter Umständen auch der Wahrheit entsprochen haben, da die Richter wie alle Menschen auch selbst unter dem allgegenwärtigen Mangel gelitten haben dürften. Jedenfalls entsteht durch einige der Bemerkungen wenigstens der Eindruck, dass manche Sachverhalte nicht ausreichend neutral betrachtet werden konnten, was nicht zur Glaubwürdigkeit der Justiz beigetragen haben dürfte.

Die hier dargestellten Kritikpunkte sind keineswegs unerheblich und waren durchaus dazu geeignet, das Vertrauen in die Justiz zu erschüttern. Dennoch kann Diverses zur Verteidigung der Gerichte vorgebracht werden. Angesichts der Zeitumstände standen die Richter vor zahlreichen Schwierigkeiten. Dies waren zunächst Ereignisse, die in ihrer Folge komplizierte juristische Beurteilungen erforderlich machten, die teilweise noch nie zuvor dagewesen waren. Zu nennen ist hierbei beispielsweise die Währungsreform. Auch die sich beständig ändernde Rechtslage und die Vielzahl an Gesetzen, die von unterschiedlichen Gesetzgebern erlassen worden war, brachten immer neue Herausforderungen mit sich. Hinzu kam, dass binnen kurzer Zeit eine Loslösung vom nationalsozialistisch geprägten Rechtssystem erfolgen musste und die aus dieser Phase bereits bekannten Normen nun ebenfalls neu ausgelegt werden mussten. Auch die Besatzungszeit brachte ihre eigenen Herausforderungen mit sich. Dabei ist zum einen daran zu denken, dass sich die rechtliche Situation in jeder Besatzungszone mehr oder weniger unterschied, sodass es weniger Rechtsprechung anderer höherer Gerichte gab, die zur Beantwortung juristischer Fragen herangezogen werden konnte. Dies dürfte vor allem für das OLG relevant gewesen sein. Zum anderen traten auch Sprachbarrieren hinzu, wenn es um die Auslegung der von den Besatzungsmächten erlassenen Gesetze ging. Insofern kann festgehalten werden, dass sich die Richter mit immer neuen Problemen und damit auch neuen, teilweise sehr anspruchsvollen juristischen Fragestellungen auseinandersetzen hatten. Dies mag angesichts des allgemein herrschenden Mangels, von dem die Richter ebenso wie der Rest der Bevölkerung betroffen waren, und der beschränkten Ressourcen auch in personeller Hinsicht umso schwerer gewogen haben. Ein Personal-mangel in der Justiz fand zwar nur selten Erwähnung, dürfte aber durchaus bestanden haben, auch wenn seine Auswirkungen nur selten, wie zum Beispiel an der Länge der Untersuchungshaft, klar erkennbar waren.

Zur Rechtfertigung der Schwächen in der Rechtsprechung dürfte es nicht zuletzt eine gewichtige Rolle spielen, dass zur Arbeitsweise der Gerichte auch viele positive Aspekte zu erwähnen sind. An erster Stelle ist dabei die konstante Einhaltung des Grundsatzes in dubio pro reo zu nennen, an dem sich die Gerichte orientierten, wenn anhand der Beweislage die Schuld der Angeklagten nicht eindeutig festgestellt werden konnte. Auch die Untersuchungshaft bewegte sich in einem Rahmen, in dem das Recht auf ein zügiges Verfahren nicht beeinträchtigt wurde und das Recht auf rechtliches Gehör wurde, soweit relevant, auch ausreichend gewahrt. Herauszuheben ist außerdem die häufig be-lastbare Argumentationsweise. Es kann beobachtet werden, dass in vielen Fällen in an-

gemessenem Umfang auf das Vorbringen der Angeklagten eingegangen wurde und auf strukturierte Art und Weise argumentiert wurde, sodass es zu nachvollziehbaren und schlüssigen Ergebnissen kam. Die Basis hierfür bildete häufig eine erkennbar sorgfältige Beweisarbeit, was die Aufnahme und Einordnung unterschiedlicher Beweise, vor allem Gutachter und Zeugen, beinhaltete. Wesentlich war häufig eine lebensnahe Auslegung, die sich an den praktischen Umständen orientierte. Dies bot den Vorteil, dass dadurch auch relativ leicht auf sich ändernde Umstände, wie beispielsweise die Ernährungssituation, reagiert werden konnte, was insbesondere in der von Umbruch und Neubeginn geprägten Zeit essentiell war. Erwähnenswert ist außerdem die Berücksichtigung individueller Umstände, die sich auf die richterlichen Erwägungen auswirkten und so zu teils erkennbar differenzierten Ergebnissen führten. Dies ist auch im Rahmen der Strafzumessung erkennbar. Sofern hohe Strafen im Raum standen, argumentierten die Strafkammern an dieser Stelle häufig sehr gründlich und legten die strafmildernden und straferschwerenden Faktoren für den Angeklagten ausführlich dar. Die Sorgfalt, die aus der Arbeitsweise der Gerichte – insbesondere der Beweismwürdigung und den ausführlichen und individuellen Darlegungen – spricht, hinterlässt den Eindruck, dass es nicht darum ging, blindlings zu verurteilen, sondern den Umständen des Einzelfalles gerecht zu werden und zu vertretbaren Ergebnissen zu gelangen. Gegen eine Vorverurteilung spricht auch die verhältnismäßig hohe Quote an Freisprüchen, die ebenfalls ein Zeichen für eine neutrale Arbeitsweise darstellt.

Für die Arbeit der Richter spricht schließlich auch, dass keine Voreingenommenheit bestimmten Gruppen gegenüber erkennbar ist. Flüchtlinge, Kriegsheimkehrer und ehemalige KZ-Inassen hatten nicht mit abwertenden Äußerungen oder auffallend höheren Strafen zu rechnen. Diskriminierendes Verhalten konnte demnach an keiner Stelle erkannt werden. Dies betrifft auch den Umgang mit Männern und Frauen, in dem keine wesentlichen Abweichungen erkannt werden können. Aus einigen Aussagen sprechen leichte Ressentiments gegenüber Ausländern, ohne dass diese näher spezifiziert wurden oder Angeklagten gegenüber entsprechende Nachteile erkennbar wären. Zu erwähnen ist schlussendlich auch eine leichte Empathie mit den Opfern des Nationalsozialismus, sodass keine Verbindung, sondern eher Abstand zu dieser Ideologie festgestellt werden kann. Diese Distanz zusammen mit der Neutralität, die im Umgang mit den einzelnen Gruppen erkennbar ist, könnte von großer Bedeutung für die Wahrnehmung der Justiz in der Bevölkerung gewesen sein und die Glaubwürdigkeit der gerichtlichen Entscheidungen gestärkt haben.

Letztlich ist auch die Rolle des OLG zu würdigen. Indem sich das Gericht nicht davor scheute, in seiner Funktion als Revisionsinstanz einzelne Urteile des LG aufzuheben, setzte es ein Zeichen dafür, dass die Angeklagten dem erstinstanzlichen Gericht und seinen Urteilen keineswegs ausgeliefert waren, sondern die Möglichkeit zur Einlegung eines Rechtsmittels bestand, über das seitens einer unabhängigen und objektiven Instanz entschieden wurde. Häufig bestärkte das OLG auch die Strafkammern in ihrer Arbeit, indem es beispielsweise feststellte, dass Strafen angemessen und nicht aus Gründen der Abschreckung zu hoch waren. Die regelmäßige Bestätigung durch das OLG sollte auch

den Urteilen des LG insgesamt auf längere Sicht zu einem besseren Stand in der Bevölkerung verholfen haben. Das Funktionieren des Instanzenzuges dürfte ein wesentliches Element für das Vertrauen in die Justiz gewesen sein.

Das OLG war darüber hinaus auch Ausgangspunkt für einige bedeutsame rechtliche Entwicklungen. Durch seine Entscheidungen konnte sich häufig an Stellen, wo zuvor zwischen den Kammern des LG Dissens oder Unsicherheit geherrscht hatte, eine belastbare Rechtsprechung entwickeln. Die Beschlüsse waren hinsichtlich anspruchsvoller Fragestellungen häufig sehr strukturiert aufgebaut und stützten sich auf weitere Quellen. Dadurch war es möglich, für schwierige Fragestellungen dogmatisch, aber auch moralisch überzeugende oder zumindest zufriedenstellende Lösungen zu finden. Diese wurden im weiteren Verlauf von den Strafkammern des LG übernommen, sodass die Entscheidungen des OLG von großer Bedeutung waren, es den dahingehenden Erwartungen aber auch gerecht werden konnte.

In der Gesamtbetrachtung all dieser Umstände kann festgehalten werden, dass die Arbeit der Gerichte grundsätzlich überzeugend war. Der positive Eindruck überwiegt, gerade wenn man die schwierigen Umstände bedenkt, unter denen die Urteile zustande kamen. Obgleich die Richtersprüche nicht über jeden Zweifel, auch in rechtsstaatlicher Hinsicht, erhaben waren, so kann beobachtet werden, dass in den meisten Fällen, in denen es fragwürdige Passagen gab, schlussendlich akzeptable Ergebnisse erzielt wurden. Dies mag zwar nicht über die teils erheblichen Schwächen hinwegtäuschen, jedoch überzeugt die Rechtsprechung in ihrer Gesamtheit aufgrund der vielen Aspekte, in denen die Richter glaubwürdige Arbeit leisteten. Der verwendete Tonfall ist zwar an einigen Stellen kritikwürdig, inhaltlich waren die meisten Urteile aber überwiegend wenig ideologisch, stattdessen pragmatisch. So war auch bei den Strafzumessungserwägungen zu beobachten, dass die dort verwendete Sprache zwar manchmal unangemessen war, die Überlegungen selbst aber durchaus nachvollziehbar waren. So verbleibt nur ein geringer Anteil an Urteilen, deren Ergebnisse hinsichtlich einzelner Angeklagter als fragwürdig bezeichnet werden müssen. Zum Teil wurden diese Richtersprüche jedoch auch vom OLG revidiert. Aufgrund des insgesamt belastbaren und zuverlässigen Eindrucks, den die Rechtsprechung erweckt, kann davon ausgegangen werden, dass die Gerichte dazu in der Lage waren, eine moralische Orientierung in schwierigen Zeiten zu bieten. Auch wenn der Tonfall manchmal die nötige Objektivität vermissen ließ und so unter Umständen die Glaubwürdigkeit der Gerichte negativ beeinflusste, ist grundsätzlich anzunehmen, dass die Gerichte es schafften, den Glauben an eine funktionierende und unabhängige Justiz zu stärken. Dadurch könnte es ihnen auch gelungen sein, das Vertrauen in den neuen Rechtsstaat nach dem Ende der NS-Diktatur zu fördern.

Dies dürfte auch dem Selbstverständnis der Gerichte selbst entsprochen haben. Im Rahmen mancher Entscheidungen wurde betont, dass die Richter davon ausgingen, dass die Allgemeinheit bestimmte Strafen forderte oder anderweitige Erwartungen an die Urteile hatte. Anhand dieser Äußerungen wird deutlich, dass die Richter sich als durch das Volk legitimiert ansahen und ihre Entscheidungen auf dieser Grundlage trafen. Sie könnten sich so als Vertreter der Bürger betrachtet und versucht haben, deren Willen in

ihren Entscheidungen zum Durchbruch zu verhelfen. Dies beinhaltet auch ein hohes Maß an Verantwortung. Es ist daher möglich, dass sich die Richter selbst zwar als Teil und Vertreter der Gesellschaft, gleichzeitig aber auch als moralische Instanz betrachteten, die aus dieser Verantwortung und Legitimation heraus urteilte. Insofern spricht auch die Einschätzung der Richter selbst dafür, dass den Gerichten durchaus auch eine Funktion in moralischer Hinsicht zukam, die sie aufgrund ihrer Arbeitsweise auch grundsätzlich ausfüllen konnten.

5. Rechtsprechung als Spiegel der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen

Die vorliegende Rechtsprechung spiegelt Entwicklungen und Ereignisse unterschiedlicher Art wieder. Dabei sind mehrere Phasen zu unterscheiden. Diese sind die ersten Monate zu Beginn des Untersuchungszeitraums, die noch vom Kriegsende und den damit verbundenen Umwälzungen geprägt waren, die Zeit des darauffolgenden Hungerwinters, der eine Zuspitzung der Ernährungssituation mit sich brachte, bis zur Währungsreform Mitte 1948, sowie der Zeitraum von der zweiten Jahreshälfte 1948 bis 1949 oder sogar 1950.

In der Spanne der unmittelbaren Nachkriegszeit, im Rahmen der hier vorliegenden Rechtsprechung also vor allem die Urteile aus dem Jahre 1946, sind die damals herrschenden, chaotischen Umstände anhand unterschiedlicher Kriterien erkennbar. Zum einen kann dies anhand von praktischen Gegebenheiten beobachtet werden. Viele der Kontrollmechanismen wie beispielsweise die Sicherheitsmerkmale der Lebensmittelmarken oder auch bestimmte Regularien waren noch lockerer und wenig ausgereift. So wird durch unterschiedliche Äußerungen seitens der Richter deutlich, dass in der Bevölkerung auch Unklarheiten und Zweifel hinsichtlich der ernährungswirtschaftlichen Rechtslage bestanden und demnach auch Unsicherheit über die Legalität bestimmter Handlungen herrschte. Dies wird auch daran deutlich, dass sich die Strafkammern des Öfteren auf diese Umstände beriefen und daher in diesen Fällen häufiger Milde walten ließen. Doch auch die Richter selbst dürften mit den Veränderungen unterschiedlicher Art zu kämpfen gehabt haben. Dies wird daran erkennbar, dass einige Tatbestandsmerkmale noch eher uneinheitlich ausgelegt wurden und so wohl gerade bei den eher offen formulierten Begriffen wie der Gefährdung der Bedarfsdeckung im Rahmen des § 1 KWVO noch keine etablierte Judikatur existierte. Außerdem befanden sich gerade in jener Zeit häufiger Lücken im Urteilstext, die erst nachträglich mit der korrekten Bezeichnung mancher Verordnungen und Gesetze gefüllt wurden. Dies ist ein Hinweis darauf, dass es den Gerichten selbst schwergefallen sein dürfte, über die Normen und deren exakte Bezeichnung den Überblick zu wahren.

Zum anderen lassen sich auch Anzeichen für eine allgemeine Orientierungslosigkeit im psychisch-moralischen Kontext finden – insbesondere im Hinblick auf das Ende der NS-Herrschaft und dem damit verbundenen Untergang der nationalsozialistischen Ideologie sowie der sich anschließenden Besatzung durch fremde Staaten und den damit einhergehenden Veränderungen. Die soeben genannten praktischen Schwierigkei-

ten können durchaus als Versinnbildlichung dieser Phase betrachtet werden. Bezeichnend dafür ist auch die zu jener Zeit in einigen Urteilen zu findende Diskussion darüber, ob die KWVO oder die VRStVO als Normen, die aus dem Dritten Reich stammten, weiterhin Anwendung finden durften. Überraschend ist in diesem Kontext jedoch, dass der Anteil an allgemeiner Kriminalität bei der Verwirklichung der Straftaten nicht höher war als in den anderen Phasen des Schwarzmarktes der Nachkriegszeit. Es wurden somit im Hinblick auf die Gesamtzahl der vor dem LG verhandelten Schwarzmarkttaten nicht mehr allgemeine StGB-Tatbestände verwirklicht als in späteren Zeiten. Dies mag als Zeichen dafür gewertet werden, dass sich zwar zahlreiche Umbrüche ergaben, diese aber nicht dazu führten, dass die allgemeinen und traditionellen Wertvorstellungen gänzlich außer Kraft getreten waren.

Außerdem wird der allgegenwärtig herrschende Mangel an etlichen Stellen deutlich. Dies galt nicht nur für die Monate des Jahres 1946, sondern auch für den sich anschließenden Hungerwinter um die Jahreswende 1946/1947 und die ersten Monate 1947. Zu beobachten ist in jener Phase ein Ansteigen der Dauer der Untersuchungshaft. Dies dürfte zum einen damit zu begründen sein, dass der Schwarzmarkt besonders florierete und die Gerichte daher mit ihrer Arbeit kaum hinterherkamen. Zum anderen war die Justiz wahrscheinlich nicht nur wegen der Masse an Tätern, sondern auch aufgrund eigener personeller Schwierigkeiten überlastet. An einer Stelle sprach eine Strafkammer den Personalmangel sogar im Kontext langer Untersuchungshaft an und aus einer weiteren Äußerung geht hervor, dass die Zustände in den Untersuchungsgefängnissen damals als besonders schlimm wahrgenommen wurden. Darüber hinaus wurden in der Zeit des Hungerwinters und den Monaten danach auffallend viele niedrige Strafen erlassen. Die möglichen Gründe dafür sind vielfältig, dürften aber zum großen Teil auf den damals bestehenden Zuständen beruhen. Zu denken ist einerseits daran, dass gerade in jener Phase viele verzweifelte Menschen tätig wurden, die sich in haushaltsüblichen Mengen mit Schwarzmarktsgütern versorgten. Deren Anteil dürfte aufgrund des Ausmaßes der Not höher als in anderen Zeiten gewesen sein. Andererseits könnte es auch vorstellbar sein, dass angesichts der besonderen Situation seitens der Richter eher milder geurteilt wurde. Doch auch das zu diesem Zeitpunkt gerade noch nicht in Kraft getretene Strafrechtsgesetz dürfte für dieses Ergebnis mitverantwortlich gewesen sein, da sich deswegen künftig viele dieser niedrigen Strafen bereits erledigten. Zu beobachten ist auch, dass die Begründungen für diese Strafen relativ knapp ausfielen. Der Grund dafür kann in den niedrigen Strafen selbst gesehen werden, die zu allen Zeiten weniger ausführlich begründet wurden oder auch in der Arbeitsbelastung der Gerichte durch die knappen Ressourcen und die hohen Fallzahlen. Schlussendlich fällt in diesem Kontext auch die niedrige Zahl der eingelegten Revisionen ins Auge. Die Urteile, die in den ersten Monaten 1947, also einer Zeit der größten Not, erlassen wurden, beschäftigten sich überwiegend mit Delikten, die während des Hungerwinters begangen worden waren. Dass gegen diese Richtersprüche auffallend selten Rechtsmittel eingelegt wurden, mag mit den häufig geringeren Strafen, aber auch den im Allgemeinen begrenzten Ressourcen zu begründen sein. Vermutlich hatten die Menschen in jener Zeit schlicht andere Sorgen, als

sich in einen monatelangen Instanzenzug zu stürzen. Von den dargestellten Beobachtungen abgesehen ergaben sich aus den Urteilen relativ wenige Hinweise auf jene besonders entbehrungsreiche Zeit. Dass es den Menschen in dieser Phase besonders schlecht erging, geht nur aus wenigen Äußerungen hervor und der Höhepunkt der Ernährungskrise wurde von den Richtern zwar häufiger erwähnt, aber an unterschiedlichen Zeitpunkten verortet.

Die Zeit des Hungerwinters markierte gleichzeitig auch den Beginn einer Phase, die als gewisse Stabilität des Schwarzmarktes bezeichnet werden kann. Im Jahre 1947 und der ersten Jahreshälfte 1948 waren die unmittelbaren Kriegsauswirkungen immer weniger spürbar. Viele Dinge stabilisierten sich zunehmend, was daran erkennbar ist, dass sich eine einheitlichere Rechtsprechung hinsichtlich auslegungsbedürftiger Tatbestandsmerkmale etablierte und auch organisatorische Maßnahmen beispielsweise im Rahmen der Lebensmittelmarken und ihrer Verwaltung und Produktion zunehmend besser organisiert waren. Einige Sicherheitsmaßnahmen wurden erhöht, wodurch versucht wurde, die in der ersten Zeit des Schwarzmarktes erkennbar gewordenen Schwachstellen der Arbeitsabläufe auszumerzen. In juristischer Hinsicht ergaben sich einige Neuerungen. Vor allem durch das Inkrafttreten des KRG Nr. 50 kam der Frage nach dem Anwendungsverhältnis von nationalem und Besatzungsrecht größere Bedeutung zu, während die Verwendung der älteren deutschen Verordnungen nicht mehr in Frage stand. Außerdem trat das erste spezifische Straffreiheitsgesetz in Kraft, das zum einen noch den Kriegs- und Nachkriegswirren Rechnung trug, zum anderen aber seiner Intention nach bereits in die Zukunft wies. Ähnliches galt für die Währungsreform im Juni 1948. Sie war eine erste Zäsur in der Schwarzmarktrechtsprechung und ein erstes Zeichen für die sich anbahnenden politischen Veränderungen. Ansonsten wurde die Währungsumstellung vor allem in den aus ihr resultierenden juristischen Schwierigkeiten erkennbar, die in der untersuchten Rechtsprechung auftauchten. Die Auslegung einiger Tatbestandsmerkmale erforderte in diesem Kontext ein nicht unerhebliches Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge seitens der Richter, um zu vertretbaren Ergebnissen zu gelangen. Es handelte sich um eine fast noch nie dagewesene Sonderkonstellation, in der im Rahmen des bestehenden Rechts geurteilt werden musste. Insbesondere die Entwertung der alten Währung, die Einführung der neuen DM und die damit verbundenen Umrechnungsschwierigkeiten im Kontext der Bewirtschaftungsregeln waren Probleme, die eine umsichtige Abwägung erforderten. All diese Umstände richtig einzuschätzen war jedoch zentral zur rechtlichen Beurteilung einiger Handlungsweisen. Insofern waren die Währungsumstellung und vor allem die ihr inhärenten Schwierigkeiten klar in der Rechtsprechung erkennbar. Die Währungsreform markierte gleichzeitig auch das langsame Ende des Schwarzmarktes.

In der letzten Phase der Schwarzmarktrechtsprechung traten weitere Veränderungen ein. Erstens ist festzuhalten, dass in jener Zeit besonders viele größere Händlernetzwerke vor Gericht standen. Es handelte sich um etliche Verfahren mit einer Vielzahl an Angeklagten und es wurden zumindest hinsichtlich der jeweiligen Haupttäter Delikte großen Umfangs verhandelt. Hinzu kamen in jedem Prozess einige nur peripher Beteiligte.

Die Bandbreite an Strafen in den einzelnen Verfahren war somit nochmals höher als in den vorherigen Jahren. Für die Häufung der Taten größeren Umfangs gibt es mehrere Erklärungsansätze, die alle in engem Zusammenhang mit der sich langsam entspannenden Ernährungssituation stehen. Zunächst folgte daraus, dass der schwarze Markt auf dem Rückzug war. Dies bedeutete, dass weniger Menschen dort tätig wurden und sich diejenigen, die lediglich zu ihrer eigenen Versorgung mit dem Nötigsten partizipiert hatten, als erste zurückzogen. Mithin blieben vor allem diejenigen Täter mit höherer krimineller Energie weiter im Schwarzhandel aktiv, sodass es sich insgesamt um eine andere Tätergruppe gehandelt haben dürfte. Der geringere Absatzmarkt hatte außerdem zur Folge, dass jene Täter in größerem Umfang tätig werden mussten, damit sich ihr Handeln überhaupt noch lohnen konnte. Außerdem ist anzunehmen, dass dem Schwarzmarkt aufgrund seiner abnehmenden Bedeutung weniger behördliche Aufmerksamkeit zukam. Einzelne in den Urteilen wiedergegebene Aussagen von Amtsträgern legen nahe, dass man dem Markt mit weniger Strenge als zuvor begegnete. Somit könnte es sein, dass deshalb nur noch die besonders auffälligen Tatkomplexe aufgedeckt wurden, durch die ein besonders großer Schaden entstand. Schließlich ist es auch denkbar, dass die Justiz selbst in diesem Kontext häufiger Nachsicht walten ließ und kleinere Fälle deshalb noch seltener vor dem LG verhandelt, sondern anderweitig eingestellt wurden. Welchem Faktor in jener Zeit welche Bedeutung zukam, kann heute nicht mehr nachvollzogen werden. Vermutlich dürften all diese Erwägungen einen gewissen Einfluss gehabt haben. Korrelierend zu den Taten, die einen größeren Umfang aufwiesen, stiegen auch die Strafen, insbesondere für die Haupttäter, spürbar an. Dabei kann es ebenfalls eine Rolle gespielt haben, dass das Kriegsende mittlerweile weit zurücklag, sodass Unklarheiten über die Rechtslage oder die Nachwirkungen der Kriegswirren nicht mehr strafmildernd wirken konnten.

Zweitens kann festgestellt werden, dass die allgemeine Kriminalität im Kontext des Schwarzmarktes in jenen Jahren leicht abnahm. Dies galt allerdings nur bei Betrachtung aller Täter. Diejenigen Angeklagten, die in den einzelnen Verfahren die höchsten Strafen erhielten, waren sogar häufiger kriminell als in den Jahren zuvor. Zusammen mit der Beobachtung, dass es sich um Taten größeren Umfangs sowie um besonders weit verzweigte Händlernetzwerke handelte, ist dies nicht überraschend. Hinzu kam, dass die großen Mengen an Waren häufig auf eine Art und Weise beschafft wurden, die die Begehung weiterer StGB-Delikte erforderte. Durch die hohe Zahl an lediglich peripher Beteiligten, die zumeist kleinere Mengen erwarben, sank der Anteil allgemeiner Kriminalität jedoch insgesamt. Hingegen stieg der Anteil derjenigen Taten, durch die die Preisvorschriften verletzt wurden, insgesamt spürbar an. Dies spricht für die Bedeutung, die dem Handel an sich in jener Phase zukam, da bei fast jedem Handelsgeschäft gegen die PStRVO verstoßen wurde, nie jedoch im Rahmen der Beschaffungskriminalität. Dies zeigt, dass dem Handel selbst in den letzten Monaten des schwarzen Marktes große Bedeutung zukam, die Beschaffungskriminalität in kleinerem Umfang jedoch abnahm. Die Menschen wurden wohl in erster Linie durch Täter, die Güter in großem Umfang beiseiteschafften,

versorgt, während es beispielsweise kaum noch vorkam, dass die Menschen eigene Tiere schlachteten.

Eine dritte Beobachtung betrifft den Anteil an weiblichen Angeklagten. Dieser war in der Endphase des schwarzen Marktes weitaus geringer als kurz nach dem Krieg. Das kann auch daran liegen, dass ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung durch die Heimkehr der Soldaten und Kriegsgefangenen statistisch tatsächlich geringer wurde. Entscheidender dürfte aber sein, dass sich durch die Heimkehrer die Stellung der Frauen veränderten. Während die Frauen zuvor häufig die beruflichen Stellungen der Männer übernommen hatten und so auch in Positionen tätig waren, in denen sie die Möglichkeit dazu hatten, Lebensmittelmarken oder andere Güter abzuzweigen, änderte sich dies mit der Rückkehr der Soldaten. Die Männer dürften auch wieder die Rolle als Familienoberhaupt eingenommen haben, sodass sie nun anstelle der Frauen für die Versorgung der Familie verantwortlich waren. Durch die Abgabe dieser Verantwortung zogen sich die Frauen wohl auch wieder aus dem Schwarzmarkt zurück, auf dem sie zuvor für ihre Angehörigen die nötigsten Güter beschafft hatten. Außerdem dürfte es in der Schlussphase des schwarzen Marktes mehr um Gewinnerzielung als um die Versorgung einer bedürftigen Familie gegangen sein. Auch angesichts moderner Kriminalitätsstatistiken ist der deutlich überwiegende Männeranteil daher nicht überraschend. Die Menschen waren vermutlich schlicht zu ihren althergebrachten Werten und ihrer traditionellen Auffassung zurückgekehrt.

Schlussendlich ist in verfahrensrechtlicher Hinsicht zu beobachten, dass die Dauer der Untersuchungshaft in jener Zeit spürbar abnahm. Auch hier war also eine gewisse Normalisierung erkennbar. Dafür wurden sehr häufig Revisionen eingelegt. Die möglichen Gründe hierfür sind vielfältig. Zum einen dürften in der Phase der Entspannung mehr Ressourcen für aufwändige Gerichtsverfahren vorhanden gewesen sein, was die Rechtsmittellegung erst ermöglichte. Zum anderen dürften Revisionen aufgrund der hohen Strafen für viele Angeklagte lohnenswerter erschienen sein. Vor allem aber ergaben sich durch die immer wieder veränderte Rechtslage mehrere Ansatzpunkte für Revisionsbemühungen. Die Chancen, unter ein neues Amnestiegesetz zu fallen oder von einer anderen neuen Regelung zu profitieren, waren wenigstens existent. Auch dürften sowohl seitens der Richter als auch seitens der Anwälte Unsicherheiten über die Anwendung und Interpretation der neuen Normen geherrscht haben, sodass sich hier durchaus Potential hinsichtlich der Rechtsmittellegung bot.

Insgesamt kann so beobachtet werden, dass sich die Ernährungssituation langsam entspannte und eine Normalisierung auf mehreren Ebenen eintrat. Es handelte sich dabei in gewisser Weise um einen langsamen Übergang hin zur Lebenswirklichkeit der jungen Bundesrepublik. Deren Einfluss ist insbesondere in den letzten Urteilen und in den teilweise bis ins Jahr 1950 reichenden Revisionsbeschlüssen ersichtlich. So spielte das neue Recht, insbesondere das Wirtschaftsstrafrecht, in einigen Entscheidungen bereits eine Rolle. Außerdem gibt der Umstand, dass durch die Revisionsbeschlüsse gerade in den letzten Entscheidungen die Strafen drastisch verringert wurden oder ganz entfielen, Hinweise darauf, dass eine Art Abschluss des Kapitels des Schwarzmarktes gewünscht

gewesen sein könnte. Mehrere Amnestiegesetze sowie das neue Wirtschaftsstrafrecht steckten den Rahmen dafür, doch auch die Argumentation der Nürnberger Richter wirkt so, als sollte der Schwarzmarkt als Relikt der entbehrungsreichen Nachkriegs- und Besatzungszeit nun endgültig hinter sich gelassen werden. Dies mag auch damit zusammenhängen, dass die so oft propagierte abschreckende Wirkung der Strafen im Hinblick auf den Schwarzmarkt nun obsolet war.

Letztlich kann außerdem festgehalten werden, dass es im Rahmen des schwarzen Marktes auch Umstände gab, die sich wenig oder kaum veränderten, so aber ebenfalls Rückschlüsse auf das damalige Geschehen gaben. Zu nennen sind hierbei in erster Linie die Güter, die auf dem Schwarzmarkt gehandelt oder beschafft wurden. Sowohl in den Zeiten größten Mangels, als auch in der Phase der Entspannung bildeten Nahrungsmittel, darunter vor allem Fleisch neben anderen überlebensnotwendigen Gegenstände den Kern des schwarzen Marktes. Luxusgüter und Zigaretten waren zu jedem Zeitpunkt zwar ebenfalls betroffen, aber eher am Rande. Auch kann beobachtet werden, dass in jeder Phase StGB-Delikte im Kontext des Schwarzmarktes begangen wurden, dies aber vor allem geschah, um das Schwarzmarktgeschehen zu ermöglichen. Außerdem blieb deren Anteil überschaubar und das Zentrum bildete die Schwarzmarktkriminalität. Dies kann als Hinweis dahingehend interpretiert werden, dass der Wertekodex der Gesellschaft trotz einiger Ausnahmen relativ ähnlich blieb und allgemeine Kriminalität weiterhin verpönt war. Der Handel hingegen, der lange Zeit legal war, könnte deswegen als weniger verwerflich wahrgenommen worden sein,¹⁰¹⁷ sodass die allgemeine Kriminalität lediglich als Mittel zum Zweck der Teilhabe am Schwarzmarkt diente, wenn dies unvermeidbar war. Dafür spricht auch, dass StGB-Delikte vor allem im Rahmen von größeren Taten verwirklicht wurden. Zum einen waren dort bestimmte Delikte wie Unterschlagung oder Urkundenfälschung unvermeidbar, um Güter für den schwarzen Markt erst zu beschaffen, zum anderen handelte es sich dabei vermutlich auch um Täter mit höherer krimineller Energie, die den tradierten Wertvorstellungen ohnehin weniger verbunden waren. Auch in rechtlicher Hinsicht ergaben sich bezüglich der Auslegung vieler zentraler Tatbestandsmerkmale keine Veränderungen im Laufe der Jahre, sondern die Rechtsprechung blieb stabil. Die Qualität der Urteile wies außerdem keine offensichtlichen zeitlich bedingten Unterschiede auf, sodass bestimmte Umstände, wie beispielsweise die Zeiten des größten Mangels, zwar im Rahmen der Richtersprüche erkennbar sind, aber kein Zusammenhang mit der Güte der Entscheidungen gesehen werden kann.

Schlussendlich kann man feststellen, dass sich die historisch gefestigten Erkenntnisse über den Schwarzmarkt der Nachkriegszeit in der hier untersuchten Rechtsprechung widerspiegeln. Dabei kommt es zu keinen größeren Überraschungen, die Rechtsprechung bildet die damaligen Zeitumstände vielmehr ab und wird mehr oder minder in unterschiedlicher Hinsicht von ihnen geprägt.

¹⁰¹⁷ Auch wenn dies im Widerspruch zu den Wertungen der Richter steht, wonach die Strafen durch die zusätzliche Verwirklichung allgemeiner Kriminalität nicht spürbar höher ausfielen.

6. Schlussgedanken

Abschließend lässt sich zur Rechtsprechung zum Schwarzmarkt der Nachkriegszeit festhalten, dass sie erkennbar von den Umständen der damaligen Zeit geprägt war. Die wesentlichen Ereignisse und Entwicklungen dieser Jahre lassen sich anhand der Urteile nachvollziehen und beeinflussten sie vermutlich auch an einigen Stellen. Die Umwälzungen in praktischer und ideologischer Hinsicht, mit denen sich Deutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der NS-Diktatur konfrontiert sah, spiegeln sich in der Rechtsprechung wider. Diesen Schwierigkeiten setzten die Richter Pragmatismus entgegen. Von dem manchmal aus heutiger Sicht ungewohnt subjektiven Tonfall abgesehen, waren die Auslegung der oft weit formulierten Tatbestandsmerkmale, die Strafzumessungserwägungen und weite Teile der richterlichen Argumentation geprägt von Sachlichkeit und ausgelegt an praktischen Erwägungen und Überlegungen. Ideologie, gerade im Zusammenhang mit dem gerade erst untergegangenen Dritten Reich, war keineswegs ein leitendes Motiv. Die Distanz, die sich die Richter im Hinblick auf den Umgang mit den daraus resultierenden Fragestellungen und auch im Hinblick auf die Entscheidungen selbst auferlegten, ist bezeichnend. Die differenzierte und kritische Betrachtung, die an einigen Stellen in Verbindung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit erkennbar ist, mag möglicherweise eine Vorbildfunktion für die Bevölkerung eingenommen haben. Nicht nur durch die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, sondern auch durch ihre Arbeitsweise als solche dürften die Richter dazu beigetragen haben, dass den Gerichten nicht nur eine Legitimation in sachlicher, sondern auch in moralischer Hinsicht zukam. Dadurch könnten sie die öffentliche Meinung und die gesellschaftliche Entwicklung wesentlich beeinflusst haben. Dieser Rolle kam insbesondere wegen der zeithistorischen Umstände eine nicht unerhebliche Bedeutung zu.

Der Schwarzmarkt der Nachkriegszeit war das Symptom einer Zeit des Umbruchs und der Orientierungslosigkeit, aber auch des Neubeginns. Dies gilt gleichermaßen für die Rechtslage, die wirtschaftliche Situation und die politischen Entwicklungen, aber auch für gesellschaftliche Veränderungen und das Werteverständnis der Menschen. In dieser Phase konnten die Gerichte als moralische Instanz gelten und wirken. Gerade aufgrund der Unordnung und der bedeutsamen Umwälzungen war ein in ethischer und struktureller Hinsicht anerkanntes Organ unverzichtbar, um den Menschen eine Orientierungshilfe zu bieten und so Halt zu geben. Dadurch, dass diese Institution staatlich legitimiert war, verblieb auch die Deutungshoheit über den Schwarzmarkt bei den Besatzungsmächten, dem Land Bayern und später bei der Bundesrepublik Deutschland. Die Gerichte waren, auch aufgrund ihrer Arbeitsweise, grundsätzlich in der Lage dazu, diese Rolle auszufüllen, sodass die Justiz dazu beitragen konnte, dem neu entstehenden Staat Respekt und Anerkennung in der Bevölkerung zu verschaffen. Der Justiz als einer der staatlichen Gewalten könnte es so gelungen sein, das Vertrauen in eine neue staatliche Macht zu fördern. Dies dürfte nach den von der NS-Ideologie und der Besatzungszeit geprägten Jahren eine besondere Herausforderung gewesen sein. Die Gerichte begleiteten die Menschen so in das neue Zeitalter der Bundesrepublik. Die in den letzten Urteilen und Beschlüssen erkennbare Normalisierung der Verhältnisse setzte sich in den

folgenden Jahren auf vielen Ebenen fort – in rechtlicher und wirtschaftlicher, sowie in politischer und gesellschaftlicher Hinsicht. Die Rechtsprechung blieb dabei ein stabiler Anker, der sich in den schwierigsten Zeiten als verlässlich erwiesen hatte. Die Nürnberger Gerichte dürften dabei stellvertretend für weite Teile der deutschen Justiz gestanden haben.

An dieser Stelle ist jedoch anzumerken, dass in jenem Kontext durchaus eine vergleichende Betrachtung mit der Rechtsprechung in anderen Städten von Interesse sein könnte. Wie bereits häufiger erwähnt, fand in der Forschung bislang keine weitere, auf juristische Aspekte fokussierte Auseinandersetzung mit dem Schwarzmarkt statt, sodass sich an dieser Stelle weitere Untersuchungen anbieten würden. Zu denken ist hier beispielsweise an eine Analyse der Rechtsprechung in anderen deutschen Städten, unter anderem auch in den anderen westlichen Besatzungszonen. Ebenso könnte es relevant sein, den Schwarzmarkt in der sowjetischen Zone zu analysieren. Dabei könnte insbesondere die Entwicklung, welche die spätere BRD sowie die DDR, ausgehend von der Zwangsbewirtschaftung und der mit ihr verbundenen Einschränkung der Eigentumsrechte nahmen, von Interesse sein. Soweit sich die bisherige Forschung¹⁰¹⁸ mit der Untersuchung der Schwarzmarktrechtsprechung befasste, kann beobachtet werden, dass sich anhand der unterschiedlichen Städte und damit auch der unterschiedlichen tatsächlichen und politischen Verhältnisse wohl durchaus signifikante Unterschiede ergaben. Eine ausführliche Auseinandersetzung vor allem auch mit der Arbeitsweise anderer Gerichtsbezirke wäre sehr hilfreich, um unter anderem die Qualität der Nürnberger Justiz besser beurteilen zu können. Davon ausgehend könnten sowohl regionale Besonderheiten besser eingeordnet, als auch allgemeine Feststellungen mit größerer Zuverlässigkeit getroffen werden.

¹⁰¹⁸ Zu nennen sind hier in erster Linie Mörchen und Zierenberg.

LITERATURVERZEICHNIS

Amt für Stadtforschung und Statistik	<p>Statistisches Handbuch der Stadt Nürnberg 1965, Nürnberg 1966.</p> <p>http://www.archiv.statistik.nuernberg.de/JB/1965/seiten/JB_1965_000R01_Deckblatt.htm (aufgerufen am 05.12.2017).</p>
Beschluss der Bundesregierung vom 13. Januar 1950	veröffentlicht im Bundesarchiv, Kabinettsprotokolle 1950, 35. Kabinettsitzung, Tagesordnungspunkt D.
Boelcke, Willi A.	Der Schwarz-Markt 1945-1948, Braunschweig 1986.
Brenner, Wolfgang	Zwischen Ende und Anfang, Nachkriegsjahre in Deutschland, München 2016.
Conrad, Rolf	Die in der britischen Besatzungszone gültige Fassung des Strafgesetzbuchs (Stand vom 01. Mai 1947), Juristische Rundschau 1947, Vol. 3, S. 65 ff.
Frevel, Bernhard	<p>Die Kriminalitätslage – im Spiegel der Polizeilichen Kriminalstatistik, Bundeszentrale für politische Bildung, 04.05.2012.</p> <p>http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/innere-sicherheit/135312/die-kriminalitaetslage-im-spiegel-der-polizeilichen-kriminalstatistik?p=all (aufgerufen am 06.12.2017).</p>
von Goetze, Karl	Probleme des Wirtschaftsstrafrechts, Juristische Rundschau 1948, Vol. 10, S. 263 ff.
Grube, Frank/Richter, Gerhard	Die Schwarzmarktzeit, Hamburg 1979.
Häusser, Alexander/Maugg, Gordan	Hungerwinter, Augsburg 2010.
Hoffmann, Dierk	Nachkriegszeit, Deutschland 1945-1949, Darmstadt 2011.
Höverkamp, Ingeborg	Nürnberg von 1945 bis heute, in: Ingeborg Höverkamp (Hrsg.), Von der Trümmerstadt zur Frankenmetropole, München 2011, S. 86 ff.

Joecks, Wolfgang/Miebach, Klaus	Münchener Kommentar zum StGB, 3. Auflage 2017.
Kern, Eduard	Das Begnadigungsrecht des Bundes, Juristische Rundschau 1949, Vol. 0 (12), S. 367 ff.
Kromer, Karl	Schwarzmarkt, Tausch und Schleichhandel, Schloss Bleckede an der Elbe 1947.
Mittenhuber, Martina/ Schmidt, Alexander/Windsheimer, Bernd	Der Nürnberger Weg 1945-1995, Eine Stadtgeschichte in Bildern und Text, Nürnberg 1995.
Mörchen, Stefan	Schwarzer Markt – Kriminalität, Ordnung und Moral in Bremen 1939-1949, Frankfurt/New York 2011.
Nüse, Karl-Heinz	Gedanken zum Gesetz zur Vereinfachung des Wirtschaftsstrafrechts, Juristische Rundschau 1949, Vol. 13, S. 401 ff.
Rauh-Kühne, Cornelia	Hitlers Hehler? Unternehmerprofite und Zwangsarbeiterlöhne, Historische Zeitschrift 2002, Vol. 275 (1), S. 1 ff.
Schäfer, Gerhard/Sander, Günther M./van Gemmeren, Gerhard	Praxis der Strafzumessung, 5. Auflage 2012.
Schieber, Martin	Geschichte Nürnbergs, München 2007.
Schmidt, Eberhard	Zur Anwendung des Kontrollratsgesetzes Nr. 50, Deutsche Rechts-Zeitschrift 1948, S. 412 ff.
Schultheiss, Werner	Kleine Geschichte Nürnbergs, 3. Auflage, Nürnberg 1997.
Sprenger, Bernd	50 Jahre Währungsreform 1948 und die wirtschaftspolitischen Folgen, Historisch-politische Mitteilungen 1998, Vol. 5 (1), S. 201 ff.
von Stackelberg, Curt	Zum Begriff der Böswilligkeit in § 1 der Kriegswirtschaftsverordnung, DRZ 1947, S. 19 f.
Statistisches Bundesamt	Justiz auf einen Blick, Ausgabe 2015. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Rechtspflege/Querschnitt/BroschuereJustizBlick0100001159004.pdf?__blob=publicationFile (aufgerufen am 06.12.2017).

Statistisches Bundesamt	Rechtspflege – Strafverfolgung, Fachserie 10, Reihe 3. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Rechtspflege/StrafverfolgungVollzug/Strafverfolgung2100300157004.pdf?__blob=publicationFile (aufgerufen am 06.12.2017).
Theis, Alfred	Das Merkmal der Böswilligkeit und die persönlichen Eigenschaften oder Verhältnisse, Süddeutsche Juristen-Zeitung 1946, Nr. 8/9, S. 213 ff.
Trittel, Günter J.	Hunger und Politik, Frankfurt am Main/New York 1990.
Zahlaus, Steven M.	Was diesen Menschen nottut, in: Michael Diefenbacher, Steven M. Zahlaus (Hrsg.), Dageblieben! Zuwanderung nach Nürnberg gestern und heute: Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung des Stadtarchivs Nürnberg, Neustadt an der Aisch 2011, S. 59 ff.
Zierenberg, Malte	Stadt der Schieber: Der Berliner Schwarzmarkt 1939-1950, Göttingen 2008.
Zierenberg, Malte	Zwischen Herrschaftsfragen und Verbraucherinteressen - 'Kriegswirtschaftsverbrechen' vor dem Sondergericht Köln während des zweiten Weltkrieges, Geschichte in Köln 2003, Vol. 50 (1) S. 175 ff.

